

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

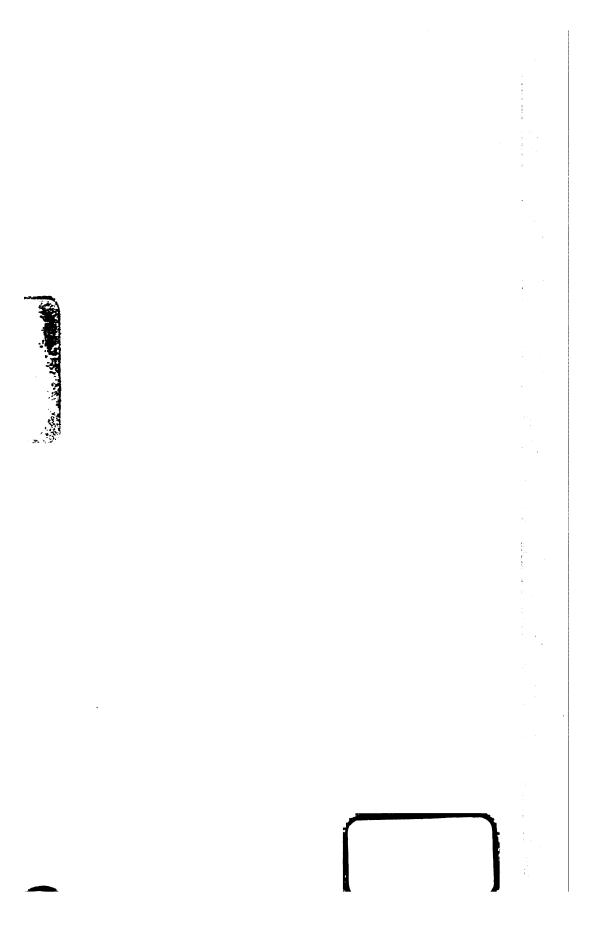
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

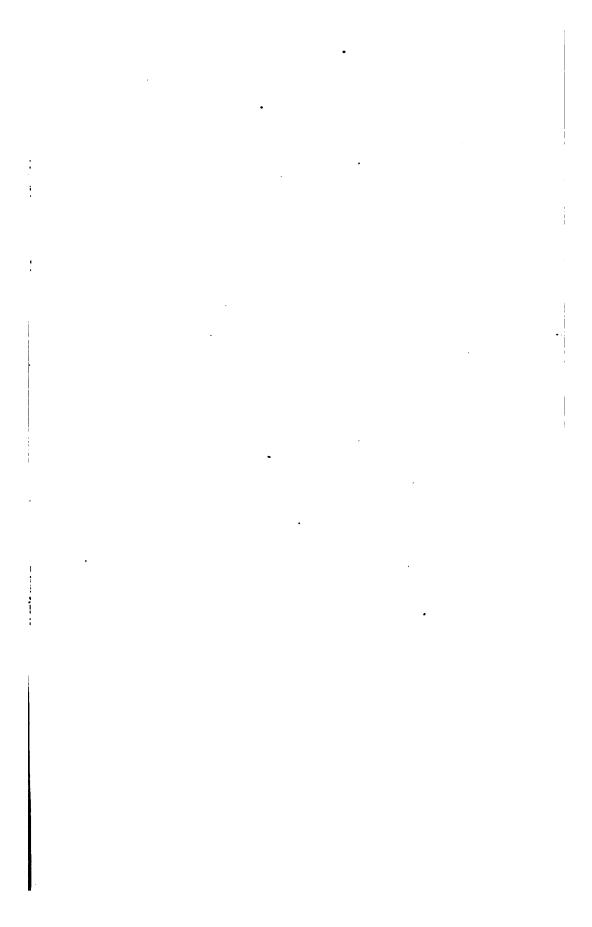
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.







• • • Denkwürdigkeiten
 des Fürsten Chlodwig zu
 Hohenlohe-Schillingsfürst



THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY

ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATION



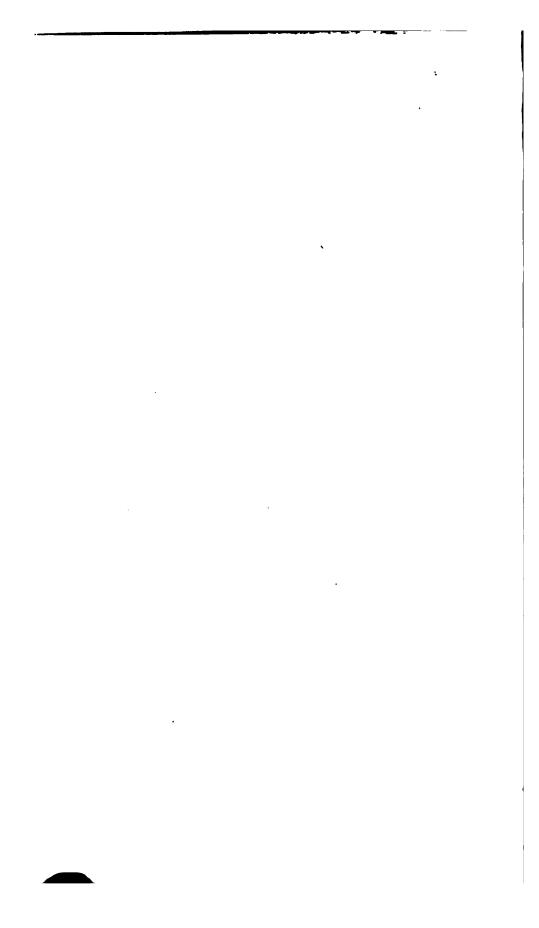
Fürst Chlodwig zu Hohenlohi-Schillingsfürst im Sahre 1846





Fürst Chlodwig zu Hohinlohv-Schillingsfürst im Supre 1846





Denkwürdigkeiten bes Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst

Im Auftrage des Prinzen Alexander zu Sohenlohe-Schillingsfürst herausgegeben von Friedrich Curtius

Erfter Band

Mit zwei Bildniffen



Siebentes Caufend

Stuttgart und Leipzig Deutsche Verlags-Anstalt

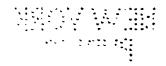




Alle Rechte, insbesondere das lieberfegungsrecht, vorbehalten

Published October 10, 1906
Privilege of Copyright in the United
States reserved under the act approved
March 3, 1905 by DeutscheVerlags-Anstalt
in Stuttgart

Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart



Vorwort des Herausgebers

Mm 31. Marg 1901 feierte Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürft, der im Berbst vorher bas Amt bes Reichstanzlers niebergelegt hatte, ju Colmar im Baufe feines Sohnes feinen Geburtstag. Nach bem festlichen Mable nahm er ben Unterzeichneten beiseite und überraschte ihn burch die Frage: "Bollen Sie mir helfen, meine Memoiren ju schreiben?" An diese Frage knupfte sich eine Unterredung, in welcher ber Fürft mir aussprach, daß es sein Bunsch fei, ben Reft feines Lebens bafur zu verwenden, seine schriftlichen Aufzeichnungen zu ordnen und beren Beröffentlichung vorzubereiten. Er wollte alle seine Papiere und Atten nach Schillingsfürft schaffen und lub mich ein, ihn im Laufe bes Commers auf einige Wochen bort zu besuchen. Da sollte bas Material ber Arbeit gesichtet und beren Plan festgestellt werben. Für den Fall seines Todes, fagte mir ber Fürst, werbe sein Sohn, Pring Alexander, die Berfügung über seinen schriftlichen Nachlaß haben und in die Beziehungen zu mir, mit benen er einverstanden sei, eintreten. Die Entscheidung über Gingels heiten wurde auf weitere Besprechungen verschoben, die im Laufe des Sommers stattfinden follten und die nicht mehr stattgefunden haben. Anfang Juli 1901 berührte ber Fürst Colmar noch einmal, als ein Sterbender. Benige Tage darauf endete sein Leben in Ragaz. Go war es ihm nicht vergonnt, die lette Arbeit, mit der er fein langes und arbeitsreiches Leben abschließen wollte, selbst anzugreifen. Für ben Prinzen Alexander und für den Unterzeichneten ergab sich hieraus die Verpflichtung, den letten Willen bes Fürsten, soweit möglich, auszuführen. Freilich konnte nach bem Scheiben bes Fürften feine Abficht nur in unvolltommener Beife Er hatte gehofft, bei Durchsicht feiner Aufzeichnungen erfüllt werben. und Aften feine Erinnerungen ju beleben und fo fein eigner Biograph Nach feinem Scheiben tann es fich nur barum handeln, au werben. bie hinterlaffenen Aufzeichnungen, soweit fie jur Beröffentlichung geeignet find, gemäß bem Willen des Entschlafenen weiteren Rreisen bekanntzumachen.

7

1

η.

۲ì

O

Seit bem Jahre 1866 hat ber Fürst seine Erlebnisse und Eindrücke in fortlaufenden Aufzeichnungen, die er als sein "Journal" bezeichnete, niedergelegt. Die Mitteilungen dieses "Journals" werden erganzt durch

Ronzepte und Abschriften von Berichten und Briefen, die der Fürst ihres autobiographischen Wertes wegen für biefen Zweck zuruckgelegt hatte. Bare es bem Furften vergonnt gewesen, bie Redaktion seiner Denkwürdigkeiten selbst zu leiten, so würde er vermutlich das Journal und biefe Aftenftucke zu einer einheitlichen Darftellung verschmolzen haben. Da bies nicht geschehen ift, mußte ber Herausgeber auf eine einheitliche Gestaltung verzichten. Denn es konnte ihm nicht in ben Sinn kommen, ben schriftlichen Nachlaß bes Fürsten nur als Material für eine Biographie zu verwerten. Eine Biographie gibt immer bas Bilb einer Berfonlichkeit, welches bie Betrachtung ihres Wirkens in bem Geiste bes Berfaffers geftaltet bat. Selbft wenn ich mir baber bie Fähigkeit autraute, eine Biographie bes Fürsten au schreiben, so murbe mich ber von biefem empfangene Auftrag baran hindern. Denn biefer ging bahin, daß ich ihm belfen follte, feine Memoiren zu schreiben. Die größte Buruchaltung bes Berausgebers mar bie Bebingung für bie Erfüllung biefer Aufgabe. Sieraus ertlart fich bie Form bes vorliegenden Werks, welche bem, was ber Fürst wünschte, so nahe kommt, als bies nach seinem Tobe zu erreichen mar. Der Leser steht nur bem Fürsten felbst gegenüber, er hört ihn reben ober betrachtet bie urtundlichen Belege seines Wirkens. Nur was von tatsächlichen Notizen für bas Verständnis bes Gebotenen unentbehrlich schien, ift hinzugefügt worben.

Für die Zeit vor dem Beginn des Journals hat der Fürst nur Einzelauszeichnungen über Reisen, politische Resterionen und Beodachtungen hinterlassen. Ein in Koblenz im Jahre 1842 begonnenes Tagebuch gibt für die Bergangenheit nur einige Notizen, die zur Unterstützung des eignen Gedächtnisses bestimmt waren, und ist auch für die Folgezeit unvollständig. Zur Ergänzung konnten Briese an die Mutter und an die Schwester, Prinzessin Amalie, benutzt werden. So ist es gelungen, auch für die Jugend des Fürsten eine Selbstdarstellung seiner Entwicklung zu gewinnen, für deren fragmentarischen Charakter die Authentizität des Gebotenen entschädigt.

Wertvolle Ergänzungen ber eignen Aufzeichnungen bes Fürsten boten bem Herausgeber Mitteilungen ber verwitweten Prinzessin Konstantin zu Hohenlohe, geb. Prinzessin zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, und ber überslebenden Schwester bes Fürsten, Prinzessin Elise zu Salm-Horstmar. Dem gütigen Interesse beiber hohen Frauen ist es zu danken, daß auch in den späteren Zeiten, in denen die eignen Aufzeichnungen des Fürsten sich wesentlich auf Politik beschränken, das persönliche Leben und allgemeinere Interessen nicht unberücksichtigt bleiben. Dies gilt besonders von den Mitteilungen der Frau Prinzessin zu Salm-Horstmar über die letzten Monate des Lebens.

Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen für die gnädige Erlaudnis zum Abdruck einiger an den Fürsten gerichteter Briefe, welche insbesondere die Kämpfe und Schwierigkeiten der Uebergangszeit von 1866 bis 1870 in lehrreichster Beise beleuchten und zugleich ein schönes Denkmal des rückhaltlosen Vertrauens sind, welches den Großherzog mit dem bayrischen Staatsmanne verband.

Für mannigsache Förberung der Arbeit durch Auskunft über bayrische Verhältnisse ist der Herausgeber seinem Freunde Freiherrn Julius von Freyberg in München zu warmem Danke verpslichtet. Ebenso Hern Prosessor Friedrich in München, welcher die Redaktion der auf das Vatikanische Ronzil bezüglichen Teile des Werks durch freundliche Mitteilungen und Literarische Hinweise gefördert hat.

Straßburg, im Juli 1906.

Friedrich Curtius.

Inhalt des erften Bandes

1	Ethes Sud: Ans der Indend 1013 bis	
ŀ	1847	1
ı	3meites Buch: Die Revolution und bie	
	Reichsgesandtschaft 1848 bis 1850 .	38
	Drittes Buch: Aus ben Jahren 1850	
	bis 1866	64
	1. Paris und Rufland	65
	2. Rom 1856;57	73
	3. Aus bem Jahre 1859	82
	4. In Rufland und in Wien 1860/61	94
	5. Tätigfeit in ber Rammer ber Reichs-	
	răte 1861	102
	6. Reifen nach Baben, Schlefien und	
	Berlin, Paris und Karlsrube und	
	jum Frantfurter Fürftentag 1861	
	bis 1863	111
	7. Schleswig-Bolftein	134
	8. Das Jahr 1866	
	Biertes Buch: Das baprifche Minifte-	
	rium 1867 bis 1870	194

.Illustrations-Beigaben: Fürst Chlodwig Sohenlohe im Sahre 1846

Fürst Chlodwig Hohenlohe zur Zeit bes baprischen Ministeriums vor 209

Titelbild

Erftes Buch

Aus der Jugend

1819 bis 1847

ürft Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst wurde am 31. März 1819 zu Rotenburg an der Fulda geboren.

Sein Bater, Franz Joseph, war am 26. November 1787 in Rupferzell geboren. Dit sieben Jahren wurde er mit seinem Bruder Albert einem Institut ber Franziskaner in Barma zur Erziehung übergeben, von bem er keine freundlichen Erinnerungen mitnahm. Nach Bollenbung seiner Erziehung in bem Theresianum zu Wien trat er in ein ungarisches Husaren-1804 vertauschte er ben österreichischen Dienst mit bem preußischen und stand ein Sahr lang in einem Susarenregiment zu Ansbach. welches Pring Solms, ber Gemahl ber Schwester ber Königin Luise, sväteren Königin Friederike von Hannover, kommandierte. Mediatisierung des Hohenloheschen Landes verließ er den Militärdienst. Sein alterer Bruder Karl, ber Stifter ber Linie Hohenlohe-Walbenburg. trat ihm im Jahre 1807 mit Zustimmung der Agnaten die Herrschaft Schillingsfürft ab. Er wurde erblicher Reichsrat und baprischer Major. Sehr gegen seine Reigung und nur aus Liebe zu seiner Mutter hatte er ber militärischen Tätigkeit entsagt. Die Verwaltung ber wenig einträglichen und mit einer schweren Schulbenlaft behafteten Berrschaft Schillingsfürst war eine undankbare Lebensaufgabe. Seit dem frühen Rünglingsalter liebte er die Bringessin Konftanze zu Hohenlohe-Langenburg. Sieben Sahre lang hinderten die äußeren Berhältniffe die ersehnte Berbindung. bis die beiben Schwäger, der Landgraf Viktor Amadeus von Heffen-Rotenburg, welcher in zweiter Che mit der Bringesfin Glife von Sobenlobe-Langenburg, der Schwefter der Bringeffin Ronftange, vermählt mar. und Graf Moriz Fries, ber Gemahl ber Schwester bes Rurften. Bringeffin Therese, durch die Aussetzung eines Jahresgehalts die pekuniaren Schwierigteiten beseitigten. Am 30. Marz 1815 murbe bie Ehe geschlossen, welche ben Fürsten burch ein reiches Familiengluck für den Verzicht auf militarische Erfolge entschädigen follte. Das junge Paar lebte zuerft auf dem Gute bes Grafen Fries in Boslau bei Wien, bann abwechselnd in Schillingsfürft und Rotenburg. Der Landgraf nämlich, welcher kinderlos mar, hatte die Söhne seines Schwagers zu Erben seines Allodialbesiges ausersehen und wünschte an beren Erziehung teilzunehmen und sich ihrer hoffnungsvollen Entwicklung zu erfreuen. Die hin- und herreisen zwischen

Fürft Bobenlobe, Dentwürdigfeiten. I

Schillingsfürst und Rotenburg nahmen in den Jugenderinnerungen des Fürsten Chlodwig die erste Stelle ein.

Ueber ben Charafter bes Fürften Frang fchreibt feine altefte Tochter, die verewigte Fürftin Therese von Hohenlohe-Waldenburg: "Das Verlassen ber militärischen Rarriere trübte sein ganges Leben. Er hatte überhaupt einen melancholischen Rug, babei mar er aber sehr witzig und konnte sehr heiter fein. Er war unendlich gutig, leutselig und liebenswurdig, und jedermann hatte ihn gern. Fur Geschichte und Politit interessierte er sich lebhaft und sagte stets, er habe einen prophetischen Geist: es ist mahr, er hat manches vorausgesehen. Nur ungern entschloß er sich, sein ihm liebes, ftilles Dabeim in Schillingsfürst zu verlassen und fast alljährlich mit der großen Familie nach Heffen zu ziehen, aber er brachte, den Brüdern zuliebe, bem guten Ontel Bittor biefes Opfer. Auch ben Aufenthalt in Corvey 1) liebte er nicht sehr und sehnte sich stets nach Subbeutschland jurud." Bur Erganjung biefer Charafteriftit feien noch bie Worte einer langjährigen Sausgenossin, der Erzieherin der Kürstin Therese, Frau Schneemann geb. Freiin von Ethorff, angeführt. "Der Stern und die Leuchte seines Lebens," schreibt fie über ben Rurften Frang, "war die Liebe gu seiner Gattin. Deren hoher Geift, ihre Charafterstärke und ihre treue Liebe haben bas höchste Berdienst. "Weine Frau trägt ihren Namen (Konstanze) mit Recht, fagte er einst, da er ihre liebevolle und geduldige Pflege in einer längeren Krankheit lobte. Er hatte nicht viel ftudiert, aber instinktiv hatte er über viele Dinge ein befferes Urteil als mancher Gelehrte. Geschichte war ihm ein liebes Studium und erhielt sein Urteil kar und unparteiisch. Er hatte keine Standesvorurteile, ehrte die Arbeit und die braven, rechtschaffenen Menschen in jedem Lebensverhaltnis. Die Josephinische Luft, welche damals die höheren Schichten, auch in Desterreich, für eine Zeit wenigstens gereinigt hatte, hatte wohltätig auf ihn gewirkt. In guten Stunden war sein geistreicher With entzuckend. Und nun sein Leben in ber Familie! Dem Baterlande konnte er in jener Zeit nichts fein, so ließ er im Hauche seiner Baterliebe seine Kinder um sich herum erbluben. Biele Abende verlebte er in ihrem Kreise, und alle umfaßten ihn mit dem gleichen schrankenlosen Vertrauen. Die Fürstin war Aristokratin, aber ihr unerbittlicher Verstand ersparte ihr bie Verirrungen, die andre sich auschulben kommen laffen. Dazu kam die schöne Humanität und beider so aufgeklärte religiöse Ansichten, die allen ihren Handlungen ben Stempel aufbrückten. Im mahren Sinne des Wortes waren beibe eble Fürften und waren es, weil sie edle Menschen waren."

Während die Sohne katholisch erzogen wurden, folgten die Tochter

¹⁾ Siehe Seite 4.

ber Konfession ber protestantischen Mutter. Religiöse Dulbung war also die Grundlage und die Boraussetzung eines glücklichen Familienlebens, und die Tendenz, welche das politische Wirken des Fürsten Chlodwig beherrscht hat, war ein natürliches Ergebnis seiner Kindesliebe und seines innigen Verhältnisses zu den protestantischen Schwestern.

Den ersten Unterricht empfing der Knabe zusammen mit seinem am 10. Februar 1818 geborenen Bruder Biktor, dem späteren Herzog von Ratibor. Den ersten Bericht über das Leben und Lernen der Kinder gibt der folgende Brief der Mutter an eine Freundin:

Rotenburg, 13. Februar 1826.

... Chlodwig ift sehr wizig in seinen Lehrstunden und macht tausend Poffen, die ben Hofmeister ins Lachen bringen. Beibe Buben lernen jetzt auch Klavier. Pater Flbephons gibt ihnen bie Religionsstunden so außerordentlich gut und fängt es so gemütlich an, daß ich mich nicht genug barüber freuen tann . . . Nachmittags war große Kindergefellschaft, wo benn eifrig Sprichwörter gespielt wurden, was überhaupt alle Sonntage geschieht. Unter anderm führten fie neulich auf bie Burft nach ber Speckseite werfen', da war Chlodwig die Speckseite und Philipp Ernst!) die Burft, welche durch Otto Queffel mit folder Gewalt gegen ben Chlodwig geworfen wurde, daß die unglückliche Wurft auf dem Boden liegend in ein gräßliches Gefchrei ausbrach. Chlodwig follte neulich in ber Geographie fagen, wie man biejenigen Bersonen nenne, welche bie Aufsicht hätten, daß die Untertanen ihre Gesetze hielten. Da sagte er: ,bie Obertanen. Geftern war hier Theater, nämlich eine Art Panorama, wo die Schlacht bei Leipzig vorgestellt wurde. Da beutete der Mann auf Figuren, welche die alliierten Mächte vorstellten, worauf Chlodwig sagte: ,ich sehe ja keine Mägbe.' Neulich sollte er sagen, wie viel die Hälfte von 10 sei, da sagte er 0, weil man einen Strich durch die 1/0 machen konne.

Von dem Winteraufenthalt in Rotenburg 1830 bis 1831 berichtet das Koblenzer Tagebuch: 2) "zerrüstete Gesundheit des Körpers und Geistes. Schreckbilder."

Von 1832 bis 1833 besuchten die drei Prinzen Viktor, Chlodwig und Philipp Ernst das Gymnasium zu Ansbach. Im Sommer 1833 machte Chlodwig das Scharlachsieber durch, und auch für den Herbst 1833 ist in dem Tageduch wieder "Krankheit" notiert.

Im Oktober 1833 wurden Viktor und Chlodwig in die Tertia des Gymnafiums zu Erfurt aufgenommen. "Freudloses und freundloses Leben,"

¹⁾ Der britte der Brüber, geboren am 24. Mai 1820.

²⁾ Siebe bie Borrebe.

so charakterisiert das Tagebuch die Ersurter Ansänge. 1834 rückte der Prinz nach Sekunda auf. Im Herbst dieses Jahres heißt es: "Ankunft der ganzen Familie auf dem Neuerbe. Allgemeine Krankheit." Am 12. Nosvember 1834 war nämlich der Landgraf Viktor Amadeus gestorben und hatte seinen Allodialbesit, das Herzogtum Ratibor in Schlessen, das Fürstenstum Corvey in Westfalen und die Herrschaft Treffurt im Regierungsbezirk Ersurt seinen Nessen, den Prinzen Viktor und Chlodwig, hinterlassen. Corvey wurde seit dieser Zeit der regelmäßige Ausenthalt der Familie.

Aus dem Sommer 1835 stammt der erste uns erhaltene Brief des Prinzen. Er ist auf einer Fußreise durch den Harz geschrieben und vom Brockenhaus, 12. Juni 1835, datiert. Der Brief schilbert den Weg durch das "romantisch fürchterlich schöne Bodetal" und berichtet mit Genugstuung von den Ergebnissen botanischer Bemühungen. Auf dem Brocken hat er "Trientalis Europaea" und "Brockenmyrthe" gefunden.

Die Sommerserien verlebte die Familie wieder in Corvey, von wo mit dem Bückeburger Hose Berkehr gepflegt wurde. Ueber das gesellige Leben während der Schulzeit berichtet der folgende Brief an die Schwester Amalie, 1) die, anderthalb Jahre jünger als der Prinz, als dieser zum Jünglinge heranreiste, immer mehr seine vertraute Freundin wurde.

Erfurt, 3. März 1836.

... Gestern Abend waren wir beim Kreisphysiko, wo wir uns sehr gut unterhalten haben, obgleich die Gesellschaft nicht sehr zahlreich war. Zuerst wurden Charaden aufgesührt und dann nach dem Klavier getanzt, das Herr Golde spielte. Heute abend werden wir auf einige Stunden auf den Kasinoball gehen, da wir hin müssen, weil es schon der zweite ist, zu dem wir geladen sind und wir den ersten nicht besuchten . . .

Retschau hat uns gestern ein sehr schönes, selbstkomponiertes Lied für Baßstimme mitgebracht, wir studieren es jest ein, und es wird Euch gewiß sehr gefallen. Gustels?) neues Klavier ist vortrefflich und hat, wie Ketschau sagt, einen besseren Ton als das in Corvey; Gustel spielt auch sehr eifrig darauf.

Noch vergaß ich Dir zu schreiben, daß wir neulich in Weimar uns sehr gut unterhalten haben. Es wurde eine neue Oper von Auber gegeben, "Die Ballnacht", mit ungeheuerm Pomp. Von der Musik weiß ich nichts mehr, denn der Großherzog, 3) neben dem ich saß, sprach fast immer mit mir. Die Herrschaften in Weimar sind doch unmäßig artig. Auf

¹⁾ Geboren am 31. August 1821.

²⁾ Der spätere Kardinal, geboren am 26. Februar 1823, welcher wie Prinz Philipp Ernst ebenfalls das Ihmnasium zu Ersurt besuchte.

⁸⁾ Karl Friedrich (1828 bis 1853).

nächsten Sonntag haben sie uns zum Konzert eingeladen, natürlich gehen wir nicht hin. Auch von einem Hofball sprach ber Großherzog.

Mündlich haben wir uns viel zu erzählen, und ich sehe auch mit Freuden den Osterferien entgegen. Indem ich alles grüßen, kuffen und empsehlen lasse, bin ich Dein Dich herzlich liebender und sich freuender Chlodwig.

Im Herbst 1836 notiert das Tagebuch: "Schrecken vor dem Abisturienteneramen. Einsame Spazierritte."

Auf das Gesuch des Fürsten Franz Joseph genehmigte der Minister Altenstein durch Erlaß vom 28. April 1837, daß die Prinzen Viktor und Chlodwig ausnahmsweise schon nach einem Besuch der Prima von etwas mehr als einem Jahre zur Abiturientenprüfung zugelassen wurden. Ueber den glücklichen Ausgang der Prüfung berichtet der folgende Brief an die Schwester:

Erfurt, 1. Juni 1887.

Heute der letzte Brief aus Erfurt, vielleicht sind wir früher da als er. Heute Morgen ist nämlich das Examen abgemacht worden. Denke dir, von 8 bis 1 Uhr mußten wir herhalten, um auf den Zahn gefühlt zu werden. Wir sind, wie natürlich, nicht unzufrieden mit der Beendigung dieser Geschichte, teils weil gewiß jeder gern ein Examen im Rücken hat, teils weil die Abreise uns mit Freude erfüllt. Wir haben das Zeugnis noch nicht. Der Landrat Türk (Prüfungskommissar) erklärte uns aber am Schlusse dieses Aktes für vollkommen reis. Frei sind wir jetzt auch von Sorgen, daher auch mehr in Corven bei Euch als hier. Es wird sehr sleißig eingepackt und, wie man zu sagen pslegt, "rumort". Visiten werden wir morgen machen, ein Schock ungefähr. Es hat doch immer etwas Wehmütiges, von Menschen sich zu trennen, mit welchen man drei Jahre zusammen gelebt hat. Doch die Hoffnung besiegt das Unangenehme der Gegenwart, die Hoffnung des Wiedersehens alles...

Am 3. Juni fand die feierliche Entlassung der Prinzen statt. In seiner Abschiedsrede sagte der Direktor Straß: "Es ist der Triumph des Jahrhunderts und der Wissenschaften, daß deutsche Fürstensöhne, weit entsernt, nur die Verdienste großer Ahnen statt eignen Werts für sich geltend machen zu wollen, durch rastloses Streben nach eignem wahren Wert sich ihrer Ahnen würdig zeigen und dem Neid und der Scheelsucht seden Vorwand rauben, ihnen die Anerkennung zu versagen, die sie mit verstärktem Rechte sordern können. Indem sie mit jedem in die Schranken treten, der nur durch sich selbst, durch das, was er selbst ist, Beachtung gewinnen kann, beschämen sie nicht nur die geldstolze Trägheit, die vorsnehm sich spreizende Leerheit, die anmaßende Unwissenheit, die sich vorsdrängende Roheit, die ränkevolle, schleichende Heuchelei, sondern erwerben selbst einen höheren Rang unter den ihnen Ebenbürtigen."

Das Zeugnis der Reife des Prinzen Chlodwig rühmt sein sittliches Berhalten, seine Anlagen und seinen Fleiß: "Stets durch sittlichen Ernst und Anstand ausgezeichnet und mit echtem Ehrgefühl bemüht, in jeder Beziehung tadelfrei zu sein und durch inneren Wert zu gelten, behauptete sich derselbe unausgesetzt in der ausrichtigen Achtung seiner disherigen Rommilitonen und in der herzlichen Zuneigung sämtlicher Lehrer. Die guten Anlagen des Prinzen, früh geweckt und entwickelt, sanden in den Wissenschaften eine anziehende Beschäftigung. Ausmerksamkeit und rege Teilnahme an allen Gegenständen des Unterrichts war stets sichtbar und wurde durch anhaltenden Fleiß in den Ausgaben und durch vielsache Privatarbeiten bewiesen." Bei Beurteilung der Leistungen des Prinzen in den einzelnen Fächern wird besonders im Deutschen seine "Gewandtheit, die Ausgaben zu durchdringen und logisch zu ordnen", gerühmt. "Er schreibt," heißt es weiter, "korrett und sließend und entwickelt in poetischen Versuchen viel Lebhaftigkeit und Phantasse."

Am 23. Juni wurde der Prinz in Göttingen immatrikuliert und hörte noch in diesem Sommer Institutionen bei Mühlenbruch. Im September wurde von Corvey aus eine Reise über Driburg nach Paderborn, Isersohn, Barmen und Elberfeld, Köln, Bonn und Neuwied ausgeführt. Das noch vorhandene Tagebuch dieser Reise enthält heitere und lebendige Schilderungen und zeugt von der regen Wißbegierde des jungen Reisenden. Im Winter 1837/38 hörte der Prinz Pandekten bei Mühlenbruch "ohne Verstand", wie das Tagebuch berichtet, außerdem Logik und Einleitung in die Philosophie bei Herbart.

Von den Ofterferien in Corvey meldet das Tagebuch nur: "Sentimental. Schöner April. Letture des Werther."

Das Sommersemester 1838 studierte der Prinz in Bonn. Das Tagebuch nennt die Standesgenossen unter den Kommilitonen: den Erbgroßeherzog von Mecklenburg-Streliz, die Prinzen von Schaumburg-Lippe, von Löwenstein, den späteren Herzog Ernst II. von Sachsen und dessen Bruder, den Prinzen Albert, späteren Gemahl der Königin Biktoria.

Ueber das gesellige Leben in Bonn berichtet ein Brief an die Prinzeffin Amalie:

Bonn, 20. Juli 1838.

... Unfre hiesige Lebensweise ist in Studien und Vergnügungen genau geteilt. Einen Brief hatte ich an dich zu schreiben begonnen, dessen Ende der bückeburgische Besuch verhinderte. Wir wurden nach Godesberg eingeladen, wo unser ein splendides Diner harrte. Der Fürst war sehr freundlich, die Fürstin auch, jedoch schien sie mir noch mehr zu spähen benn ehemals; sei dies nun, weil sie uns nicht recht traute, oder um zu untersuchen, welche von den acht Prinzen gute Chemänner für ihre Töchter

sein könnten. Ich konnte nicht das Glück haben, lange mit ihr zu sprechen, da ich nicht oft neben sie zu sitzen kam. Den Abend ward auf die Ruine Godesberg gestiegen, wo ein alter Gras Beust den Grasen Erdach zur allgemeinen Belustigung eine Weinbergsmauer hinunterredete. Beide waren nämlich so tief im Gespräch versunken, daß sie nicht merkten, wie sie sich dem Abgrund näherten, die Erdach unten lag, natürlich ohne sich zu beschädigen. Den folgenden Tag war ein Diner von Prosessoren bei dem Fürsten, dem wir nicht beiwohnten. Nachmittags machten wir mit der fürstlichen Familie eine Partie auf die Rosenburg, den Kreuzberg und tranken in Godesberg Tee. Wo man sich denn allerseits empfahl. Die Prinzessin Mathilde 1) sieht sehr wohl aus.

Am Montag kommt ber Herzog von Koburg, 2) von England zurückkehrend, hierher... Du siehst, es geht hier ziemlich bunt zu. Wir sammeln für die Zukunft Samen, der nützliche Früchte bringen wird.

Unsre Schwimmübungen von 1 bis 3 Uhr jeden Tag sind höchst angenehm. Die Gesellschaft — der Erbprinz, der Prinz von Koburg, Prinz von Löwenstein, Erbach und wir — ist immer sehr vergnügt und laut. Einen Kahn haben wir uns zurechtmachen lassen, auf dem sämtliche Fahnen wehen, in welchem wir uns selbst rudern.

Mit Beginn der Ferien 1838 trat der Prinz mit seinen Brüdern Biktor und Philipp Ernst eine Schweizer Reise an. Die Reisenden fuhren den Rhein hinauf nach Mannheim und Leopoldshasen. Dort wurde das Dampsschiff verlassen. Die Reise ging nun über Karlsruhe, Baden, Freiburg, durch das Höllental nach Schaffhausen, Zürich, Zug, über den Rigi nach Luzern, Langnau, Bern, schließlich über Lausanne nach Genf, wo im Hotel des Bergues abgestiegen wurde. Nach einem Aussluge nach Chamonix ließ man sich zum Zwecke französischer Studien in Plongeon dei Genf nieder. Der Ausenthalt scheint nicht ausschließlich für Bildungszwecke benutzt worden zu sein, denn das Tagebuch meldet: "Torheiten, schöne Abende, Erinnerungen! Philipp Ernst und ich im Kastanienschatten sorgensvoll. Miß Jones."

Im November verlegten die Prinzen ihren Aufenthalt nach Lausanne, wo zuerst, vermutlich mit Bezug auf die anmutigen Erlebnisse in Plongeon, "traurige Tage" notiert werden. Ein Brief an die Schwester vom 18. Dezember ist in französischer Sprache geschrieben und bekundet den Fleiß und das eifrige Bildungsstreben des Prinzen. Von der waadtsländischen Aristokratie, welche die deutschen Prinzen mit Zuvorkommenheit aufnahm, werden M. de Blonay, Mesdemoiselles de Seigneur und Madame

¹⁾ Spätere Herzogin von Bürttemberg (1818 bis 1891).

²⁾ Ernft I. (1784 bis 1844).

be Gingins genannt, ferner ber Baron be Chavette, beffen Gattin eine Tochter bes Duc be Berry war. Vorlesungen in ber Akademie werden gehört und die Sitzungen der waadtlandischen Bolksvertretung fleißig besucht. Um 12 Uhr pflegt ber Pring "allein spazieren zu geben und seinen Gebanken Audienz zu geben, die teils in Erinnerungen, teils in Planen, teils auch in soi-disant philosophischen, wenn nicht misanthropischen ober philanthropischen Resterionen bestehen". Sieben junge Leute in ber Benfion, außer ben brei Prinzen zwei Kantakuzenes, ein Hollander und ein Schweizer, vereinigen fich ju einer Gefellschaft, die einen Prafibenten, einen Bizepräsibenten und einen Sekretar hat und in französischer Sprache über politische Gegenftande disputiert. "Bir ftreiten gewöhnlich," beißt es in einem Briefe an die Prinzessin Amalie vom 15. Januar 1839, "über Politif. Da wird benn ber Streit zuweilen fo ftart, bag alle blag, grun und rot werden. Wir verteidigen unfre Sache, fie als Liberale die ihrige. Nachher ift aber alles beim alten. Jeder bleibt bei feiner Meinung. Wir find jett sehr oft im Grand Conseil bu Canton be Baud gewesen, ber legislativen Versammlung. Da kommt oft grauenhaftes Reug zutage. sowohl in politischer als in logischer Hinsicht. Denn bas hiefige Bauernvolk hat einen gewiffen gebilbeten Anstrich, ber aber schlimmer ift als keine Bildung. Ihre Kultur ift nur Farbe. Dann bruften fich aber biese Rerle mit ihrer Weisheit, ruhmen ihre schone Republit u. f. w. 3ch bin nie mehr Monarchift und Aristokrat gewesen als hier in dieser Republik. Ich haffe jetzt mehr als jemals die Radikalen, da ich mehr als je hinter bie Ruliffen gefehen und ihre eigentlichen egoiftischen Blane erkannt habe. Uebrigens muß man auch vielen von den Leuten Gerechtigkeit widerfahren laffen, wie g. B. bem Professor Monnard, beffen Ramen Du vielleicht in ber Beitung gelesen haft. Er ist zwar als Radikaler verschrien, aber nur ein ganz einfacher Republikaner, und das muß er auch in einer Republik fein. Er ift ein fehr ebler, mutiger Mann und der beste Redner im Grand Confeil. Es ift fehr intereffant für uns, biefe für uns neue Berfaffung genau kennen zu lernen.

Du kannst Dir nicht benken, wie angenehm es ist, in der Gesellschaft Französisch zu sprechen. Jett, da ich etwas Geläusigkeit habe, sinde ich immer mehr, daß die französische Sprache dazu geschaffen ist. Man kann den ganzen Abend sprechen und hat dann doch nichts gesagt. Mehrere Franzosen sind indessen hier, von denen man bisweilen interessante Dinge erzählen hört, wie z. B. der bekannte Karlist Chavette, ein höchst liebens=würdiger Mann."

Vom 5. März bis 29. April machten die Prinzen eine Reise nach Italien, die sie die Neapel führte. In Rom trasen sie mit dem Prinzen Albert von Koburg zusammen. Im Mai 1839 wurde die Universität Heibelberg bezogen. Unter den Kommilitonen nennt das Tagebuch den Fürsten Karl Egon von Fürstensberg (geboren 4. März 1820), den Grafen Erbach-Erbach (geboren 27. November 1818), ferner die Badenser Marschall, Dusch und Sternberg. Die Briefe an die Schwester bezeugen den großen Fleiß des Prinzen. Jeden Morgen von 5 dis 10 Uhr wird gearbeitet, dann beginnen die Vorlesungen, 1) und erst die Abendstunden sind der Erholung gewidmet.

Beibelberg, 30. Juni 1839.

... Die Aubitorien boten bei der Hitze ein herrliches Schauspiel dar, alle Studenten zogen ihre Röcke aus, was hier Mode ist. Mir war das sehr satal, da alle diese sonst weiß gewesenen Hemdärmel die frühere Weißheit nur erraten ließen, auch übrige Folgen daraus sich einstellten.

Jett wird hier tüchtig studiert, Partien werden wenig gemacht, mit Ausnahme einiger abendlicher Spazierritte mit Fürstenberg und Erbach, ober einiger Spaziergänge, die ich mit Sternberg und einem Herrn Uhde aus Dresden mache. Dieser letztere, ein Freund von Sternberg, ist sehr gescheit und angenehm. Diese Spaziergänge ziehe ich allen Partien vor. Besonders großen, zahlreichen Spazierritten, für welche Erbach eine große Rage hat, wobei er dann gewöhnlich zu fünsen in einer Reihe durch die Straße reiten will.

An die Mutter.

Heidelberg, 5. August 1839.

Den Nachmittag in Heibelberg erwartet wurde, kam erst um 11 Uhr bes Abends. Wir konnten also nicht daran benken, ihm dann noch Visite zu machen. Heut ersuhren wir, daß er noch bis ½1/212 Uhr bliebe. Wir machten also (Viktor und ich) unsre Visite heute ab. Wir wurden sehr steundlich empfangen. Er erkundigte sich, wie lange unsre Studien noch dauern würden 20.... Es freute ihn wahrscheinlich auch, daß wir uns nach seinem Besinden erkundigten, welches wirklich sehr schlecht gewesen sein soll. Zum Abschied wünschte er uns, indem er uns die Hand drückte, wir möchten noch recht gut studieren, damit wir desto besser praktisch wirken könnten. Ein Wunsch, welcher mich persönlich sehr rassüriert über

¹⁾ Der Prinz hörte im Sommer 1839 Lehnrecht, allgemeines europäisches Völkerrecht und allgemeines und beutsches Staatsrecht bei Zachariä, Kriminalrecht bei Zöpfl, Psychologie und Goethes Faust bei Reichlin-Melbegg, im Winter 1839 bis 1840 beutsches Staatsrecht bei Morstadt, katholisches und protestantisches Kirchen-recht bei Zachariä, beutsche Staats- und Rechtsgeschichte bei Zöpfl und bei Reichlin-Welbegg über die philosophischen Systeme Kants, Fichtes, Schellings und Hegels.

meine künftigen Zivilpläne, da er doch voraussetzen muß, man tritt in ben Zivildienst, wenn er einen guten Fortgang der juristischen Studien (diese hatte ich vorher angesührt) wünscht. Auch scheint es solglich gar nicht aufzusallen, daß wir so lange nicht in Berlin gewesen sind. Man setzt voraus, daß wir erst etwas lernen, ehe wir uns präsentieren. Freilich sind das alles Fiktionen, aber es läßt sich doch so manches aus der Art und Beise der Unterhaltung schließen.

Nachdem die Ferien in Corvey im Familientreise fröhlich verlebt waren, 1) wurden die Studien in Heidelberg wieder aufgenommen und auch in der Weihnachtszeit nicht unterbrochen. "Stille Weihnachten" melbet das Tagebuch. Am ersten Weihnachtstage schreibt der Prinz seiner Schwester:

"Ich lese jett Müllers Briefe an Bonstetten. Es ist nichts, was einen gewöhnlichen Menschen so erhebt, als zu sehen, wie große Männer, leuchtende Phänomene der Geisterwelt, durch ihre eignen Anstrengungen, freilich begünstigt durch Genie, zu einer Höhe gelangt sind, an der wir andern armen Erdenbürger hinaufschauen. Ich habe den Thomas a Rempis lateinisch bekommen. Eine ganz andre Sache. Herrliche Kraftsprache, die im Deutschen übersetzt immer etwas undeutsch wird. Auch kann man den Sinn nur da recht erfassen."

Beidelberg, 25. Januar 1840.

Unser Leben ist von mancherlei Kurzweil verschiedener Abendbelustigungen durchstlochten, die weniges zum Studium der ernsten Rechtswissenschaft, weniges zum Studium der Menschen, deren Studium umsonstift, gar nichts zum Bergnügen beitragen. Doch darf ich nicht ungerecht sein. Vor einigen Tagen habe ich mich mit Philipp Ernst sehr gut unterbalten bei Graf Ranzau, der einen niedlichen Lesezirkel hat, wo Rollen verteilt sind und danach Trauerspiele gelesen werden. Den Abend wurde der "Raufmann von Benedig" gelesen. Wir beide hatten auch Rollen. Man unterhielt sich allgemein sehr gut.

Wir find in einem Entzuden über ben freundlichen Brief, ben uns Bring Albert auf die ihm geschriebenen Gludwunsche 2) hat zukommen

^{1) &}quot;Wie schön war es," schreibt die überlebende Schwester des Fürsten, Prinzessin zu Salm-Horstmar, "wenn die Brüder in den Ferien von der Universität nach Hause kamen und in das große Schloß in Corven Leben brachten. In dem herrlich großen Zimmer saß meine Schwester Amalie am Alavier und begleitete meinen Bruder Chlodwig, der einen schwester Amalie, oder sie sangen auch Duette. Als kleines Kind sah ich bewundernd zu den Geschwistern auf. Oder meine Schwester spielte auf der Harfe und sagu. Die andern Brüder zeichneten viel, besonders Philipp Ernst, dem ein so kurzes Leben beschieden war."

²⁾ Zu seiner Verlobung mit ber Königin Viktoria.

laffen. Ein mahrhaft berglicher, freundschaftlicher Brief. Auf einen Ball, ber nachstens bei bem Großherzoge 1) sein wird in Mannheim, freue ich 3th habe nun einmal die Manie, großstädtisches Wesen dem tleinftädtischen vorzuziehen, wenn auch beibes auf dieselben Resultate hinausläuft. Die Soireen, die der Graf Ranhau bisweilen veranftaltet, haben außer dem, daß man fich dafelbst amusiert, noch den Borteil, daß sie an die Stelle des ekelhaften Teeschlappertons und der medisances mannlicher und weiblicher Raffeeschwestern eine vernünftige Ronversation setzen und fo vor dem horreur aller horreurs, den Abgeschmacktheiten einer Teegesellschaft, wahren. Freilich il faut savoir s'ennuyer avec grâce! bien! mais je n'ai pas le temps de m'ennuyer. Auf der andern Seite muß ich freilich zugefteben, daß man fich nicht so unbedingt über lanaweilige Gefellschaft erheben soll. Großenteils sind wir selbst schuld, wenn wir uns langweilen. Es gibt in jeber Gefellschaft ein intereffantes Element, welches nur aufgefunden und zutage gefördert werden muß. Wer sich langweilt, meffe die Schuld fich selbst zu und packe die Sache so an, daß fie ihn nicht langweile. So faß ich neulich bei einem Souper neben einer jungen polnischen Grafin. Sie gilt für fehr einfilbig und ift es auch gewöhnlich. Mein guter Genius indeffen führte mich auf einen Konversationsbeginn, der das angenehme Resultat hatte, den wahrhaft lebendigen Geift und das elegante Französisch meiner sonst so einsilbigen Dame bewundern zu konnen. So ift jeder felbst schuld, wenn er sich langweilt. Bei Leuten freilich, die keinen tiefen Geift und keine elegante Sprache aufzuweisen haben, muß man sich begnugen, beren Charatter zu sondieren, deren Dummheit zu vergleichen mit der unfrigen, mas mich oft zu angenehmen, oft zu traurigen Refultaten führt, man muß sich begnügen, Pfpcholog zu fein, b. b. Geiftestrafte-Erforscher. Denn nur bei biefem Bringip kann man versichert sein, seinen eignen Charakter bei Sallunken, fein bifichen Verstand bei Schafen und seinen fröhlichen Sinn bei Totengräbern zu bewahren.

In einem Briefe vom 13. Februar 1840 erzählt der Prinz von musikalischen Genüssen und schließt mit dem Sate: "Ohne Musik ist der Mensch nur ein Halbmensch."

In einem Berichte über uninteressante und leere Gesellschaften heißt es: "So ist es mir schon vorgekommen, daß ich so gleichgültig neben einer Dame stand, daß ich mich im stillen für das Repetitorium des nächsten Tags überhörte." Berletzend ist dem Prinzen die Feindseligkeit der in Heidelberg einheimischen Aufklärung gegen die "Pietisken". "Die größten Philosophen," schreibt er, "sind in ihren Forschungen auf die Grunds

¹⁾ Großherzog Leopold von Baden.

wahrheiten des Christentums zurückgekommen, haben die Größe von dessem Wahrheit angestaunt — und unbedeutende Kreaturen, die noch nicht über ihre Stiefeln philosophiert haben, wollen sich lossagen vom Glauben, von wahrer Frömmigkeit."

Anfangs März 1840 verlebte ber Prinz den Karneval in Mannheim. Bon da schreibt er am 2. März: "Gestern war hier ein wahrhaft prachtvoller Maskenzug: ein Jagdzug von den frühesten Zeiten deutscher Geschichte an bis auf die neueste Zeit. Prächtige Kleidung, schöne Pferde, hundert Hauptpersonen und viel Train. Es waren die hiesigen Herren, Ofsiziere und andre, die das mit großer historischer Treue und vielem Auswand aufführten."

Nachdem die Ofterferien in Corvey verlebt waren, wurden die Studien im Frühling 1840 wieder aufgenommen. 1) Die Briefe an die Schwester rühmen die Lage der neuen Wohnung am Neckar.

"Die Kollegien sind noch nicht alle angegangen," schreibt der Prinz am 9. Mai 1840, "Mittermaier und Rau, zwei unsrer besten Professoren, sind noch auf dem von mir schon so oft und auf jede Weise verdammten Landtage. Ich muß mich zusammennehmen, Dir nicht noch stärkere Ausdrücke für diese Lumpenversammlung zu schreiben. Nie haben mich diese dummen Schwäheranstalten mehr geärgert als jezt, wo wir selbst darunter leiden. Wenn ich künstig irgend einmal kann, so soll dieser Aerger sich noch an dergleichen Instituten Luft machen."

Im September besselben Jahres folgte ber Prinz einer Einladung des Prinzen Albert, der am 10. Februar der Gemahl der Königin Viktoria geworden war, nach Windsor. Leider sind von diesem englischen Aufenthalte, der vom 20. dis 24. September dauerte, nur die Namen von Personen und Sehenswürdigkeiten notiert. Den Rest der Herbsterien verlebte der Prinz in Corvey. Unterbrochen wurde dieser Ausenthalt durch eine Reise zu der Huldigung in Berlin am 15. Oktober und in Schlesien. Darauf solgten "fröhliche Hochzeitstage" bei der Vermählung der ältesten, am 19. April 1816 geborenen Schwester Therese mit dem Fürsten Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldenburg, welche am 26. November 1840 zu Langenburg geseiert wurde. Bald darauf trat die schwere Erkrankung des Fürsten Franz Joseph ein, welche indessen den Prinzen nicht hinderte, den Abschlußseiner Studien zu betreiben. Zur Vorbereitung auf das Examen wurde Vonn gewählt. "Hier die Wintermonate still und traurig," sagt das Tagebuch.

¹⁾ Der Prinz hörte im Sommersemester 1840 Geschichte bes römischen Privatzrechts und Prozesses und römisches Erbrecht bei Deurer, Zivilprozes bei Mittermaier, Naturrecht bei Röber, Nationalökonomie bei Rau, endlich bei Zöpst ein Privatissimum über beutsches Staatsrecht und ein Zivilprozespraktikum und Restatorium, ebenfalls privatissime.

Am 14. Januar 1841 starb der Fürst Franz Joseph. "Traurige Reise nach Corvey. Rückfehr nach Bonn," heißt es in dem Tagebuch. Zunächst wurde nun die Borbereitung auf das Auskultatorexamen beendigt. Am 3. April bestand der Prinz die Prüfung in Koblenz. Nach dem Zeugnisse vom 10. April hatte er "vorzüglich gute Kenntnisse und Fähigsteiten" bewiesen. Die Muße nach dem bestandenen Examen verwendete der Prinz für Besuche bei Berwandten. Das Tagebuch notiert: "Fröhliche Reise nach Castell über Meiningen, Langenburg, Kupferzell, Wickersheim. Wundervolle Maitage. Schöne Erinnerungen einer fröhlichen Bereinigung." Ueber die innere Entwicklung gibt ein Tagebuchblatt Auskunst.

Rupferzell, 6. Mai 1841.

Warum sollte man nicht unter den vielen fühlenden Herzen eines sinden, das uns versteht, weil es uns innig liebt? Wahr ist's, die Menschen sind so verschieden gerade in dem eigentlich durchaus Individuellen, dem Gesühl. Erziehung, Schickal, Verschiedenheit der Geistesrichtung und Anlage gestatten nicht, daß das Auffassen der äußeren Welt bei zwei Seelen dasselbe sei. Allein sollte darin das allein bestehen, was wir "Verstehen" in seinem tröstlichen Sinne nennen? Sollte nicht vielmehr das Erkennen des fremden Gedankens, der uns neuen Auffassungsweise, das Inunsübergehen des fremden Schmerzes, sollten nicht alle diese möglichen Berührungen, dieses immer neue Ineinanderleben zweier besreundeter Seelen das wahre Verstehen im tröstlichen Sinne sein? Ist ein andres wünschenswert und möglich? Ist aber dieses unmöglich? Darum lasse ich die Hossfnung nicht sinken!

Nach dem Tode des Vaters waren die Brüder übereingekommen, daß der dritte von ihnen Fürst in Schillingsfürst werden sollte, da die beiden älteren, Viktor in Ratibor und Chlodwig in Corven, durch die Roten-burger Erbschaft gebunden waren. Im Juni 1841 reiste der Prinz nach Schlesien zum Besuche des älteren Bruders, welcher am 3. November 1840 seinen Einzug im Schlosse Rauden dei Ratidor gehalten hatte. Der Nebenzweck dieser Reise war die Anknüpfung von Verbindungen mit den leitenden Persönlichkeiten des preußischen Ministeriums zur Vorbereitung des Eintritts in den preußischen diplomatischen Dienst. Der Prinz beschloß, ein Sesuch an den König zu richten, um von dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdienste dei der Justiz und den Verwaltungsdehörden, welcher nach den Anschauungen des hohen Abels nicht standesgemäß war, dispenssiert zu werden. Am 21. September 1841 schrieb er der Mutter aus Rauden:

"... Unfre Reise nach Breslau ist fehr gut abgelaufen. Ich habe mit Graf Stolberg Konferenz gehalten, er war fehr freundlich und gut.

lleberhaupt sind wir in Breslau von den höchsten Herrschaften, insbesondere vom Prinzen von Preußen, auf das freundlichste empfangen worden, so daß Graf Styrum sagte: "On voit que le roi vous veut du dien. A votre place j'en prositerais." Und indem er sich zu Viktor wendete, sagte er: "Il n'y a pas d'autre moyen d'en prositer, Monseigneur, que d'entrer au service militaire." Was freisich Viktor nicht tun kann..."

Bur Förderung seiner Blane hielt sich Bring Chlodwig im Berbst in Berlin auf. "Schone Versprechungen," notiert das Tagebuch. Um die Entscheidung abzuwarten, begab er sich im Spatherbst nach Corven. Die Entscheidung blieb lange aus. Ungebulbig barüber erwog er auch bie Möglichkeit, auf ben Staatsbienst gang zu verzichten und in Corvey als freier Ebelmann nach eignem Geschmad zu leben. Aber bie innere Rötigung ju politischem Wirken mar boch ju ftart, um einen solchen Bergicht auf die Dauer annehmbar erscheinen zu laffen. Go schreibt er der Mutter von Corvey am 23. November 1841: "Mein bisheriger Aufenthalt in Corvey hat mir die Unmöglichkeit mehr und mehr bargetan, mich je hier zu etablieren. Das hat sein Gutes. Ich steuere nun heimatlos in die Welt und muß mit Gifer einen Berufszweck verfolgen, bei bem eine folche Heimatlosigkeit das Allerbefte ift . . . Wenn ich nur endlich Gewißheit hätte und meinen Winteraufenthalt beginnen könnte! Wenn ich teine Aufnahme in die Diplomatie finde, so werde ich suchen, in England in das Militar zu treten, um dann die chinesische Expedition mitzumachen. Der Plan ist aber noch sehr unreif."

Corvey, 19. Dezember 1841.

... Eben erhalte ich einen Brief von Löwenstein, der mich bestimmt, sogleich nach Berlin zu gehen. Mir scheint, als ob Stolberg den Brief an den König nicht abgegeben habe. Indessen schadet es nichts, ich bleibe nun den Winter in Berlin und richte mich da ein. Bekomme ich eine abschlägige Antwort, so bleibe ich doch dis zum Frühjahr da und sehe, was andres zu machen ist.

Aus Berlin schrieb er der Mutter am 3. Januar 1842: "Deinen lieben Brief vom 21. habe ich erhalten und sage Dir meinen herzlichen Dank für die Wünsche und Hoffnungen. Ich will wenigstens meine Kräfte zusammennehmen und auf das Ziel losgehen, das ich mir gesetzt habe. Es kann dem einzelnen Menschen niemand raten in bezug auf den Lebensplan, mir ist dis jetzt nur zu viel geraten worden über das Ziel und über die Mittel. Dadurch habe ich mich oft irre machen lassen, indessen hoffe ich jetzt so ziemlich im klaren zu sein. Hier fange ich nun an zu arbeiten, vieles zu sehen und zu hören, habe sehr vergnüglichen Umgang mit den Fürstenbergs und Löwenstein und andern sehr netten Leuten."

17. Januar 1842.

Leider kann ich Dir heute keine sehr gute Nachricht mitteilen. Ich habe vom König Antwort erhalten, und zwar abschlägige. Sie lautet wie folgt:

Hochgeborner Fürst! Ich habe über ben Mir von Euer Liebben unter dem 19. Ottober v. J. zu erkennen gegebenen Wunsch, Ihre Zulaffung zur diplomatischen Brüfung ohne die vorherige reglementarische Beschäftigung bei den Gerichten und der Verwaltung betreffend, den Bericht des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten erfordert. Wenn 3ch in Berfolg beffen Anstand nehme, auf jenen Bunfch einzugehen, so beftimmen Mich nicht bloß die Aufschluffe, welche Mir bei dieser Gelegenheit über den augenblicklichen Stand der Brufungsverhältniffe im Ministerium im allgemeinen zuteil geworden sind, sondern wesentlich auch die Rucksichten auf bas eigene persönliche Interesse Guer Liebben, ba Sie sich gewiß mit Mir selbst nicht verhehlen wollen, daß eine Bevorzugung, wie Guer Liebben folche in Antrag bringen. Sie kunftig benen gegenüber in eine minbeftens beengte Stellung bringen burfte, mit benen Sie berufen werben, dem diplomatischen Dienst obzuliegen. Es wird mir daber angenehm fein, wenn Guer Liebben Ihren Entschluß, sich ber biplomatischen Laufbahn in Meinen Diensten zu widmen, unter Erfüllung ber bieserhalb beftehenben allgemeinen reglementarischen Borschriften zur Ausführung bringen.

Berlin, 14, Januar 1842.

Euer Liebden freundwilliger Friedrich Wilhelm.

So stehen nun die Sachen. Du kannst Dir benken, daß ich mich keineswegs in erfreulichem Gemütszustande befinde.

Der Prinz überwand indessen die Borurteile der "Mediatisierten" gegen eine regelrechte Beschäftigung im preußischen Staatsdienste und verstand sich dazu, den ihm durch den König gewiesenen Weg einzuschlagen. Um 6. April 1842 traf er in Koblenz ein, um als Auskultator bei den Gerichten zu arbeiten.

Das Tagebuch klagt über die "Langeweile der ersten Tage", berichtet die Namen der Tischgesellschaft, die aus Offizieren und Beamten bestand, und die Besuche, die gemacht wurden. Unter den letzteren wird der Oberpräsident von Bodelschwingh hervorgehoben, "ein liebenswürdiger Mann, einer, dem man die Rechtlichkeit des Charakters und den edeln Sinn sowie den Berstand auf der Stirn geschrieben sieht".

Die ernste juristische Tätigkeit gewährte dem Prinzen bald volle Bestriedigung, und die Muße wurde zu eifrigem Studium benutzt. "Was es heißt, gründlich zu arbeiten und die Wonne davon zu empfinden," sagt

bas Tagebuch, "habe ich heute und gestern recht empsunden, als ich mit der Feder in der Hand das Bülow-Cummerowsche Werk") gründlich studiert habe. Durch das Wiederaussehen des inneren geistigen Lebens schwinden alle die kleinlichen äußeren Sorgen, das Leben verliert seine Eintönigkeit, und ich lebe wieder ganz eigentlich. Es ist ein glücklicher Zufall, der Wille des Königs, daß ich zu diesem wirklichen Leben zurückzgekommen din. Wenn auch die Form des hiesigen gerichtlichen Versahrens eben keine Bekanntschast mit den preußischen Verhältnissen verschafft, so ist doch die Vildung, welche ich dadurch erlange, das kräftige, klare juristische Denken mehr wert. Die Verhältnisse haben mir den hiesigen Aufenthalt als notwendig, als einzig möglich dargestellt. Ein Schelm macht's besser, als er kann.

Eines Vorteils muß ich entbehren und bin bessen doch so bedürftig. Einen Freund, irgendeine Seele, der ich trauen könnte, so ganz dis ins Innerste, dem ich Leiden und Freuden mitteilen könnte! Außer Philipp Ernst und Viktor habe ich nie dergleichen besessen. Nur Sternberg, 2) der edle, gemütvolle, wahre Mensch voll Geist und Streben nach Höherem, ist der einzige außer jenen beiden (neben Mama und Amalie). Ach, warum ist der Mensch dem armen Mitmenschen so fremd! Warum quält sich der unglückliche in dem lumpigen, kurzen Menschenleben? Und wofür? Um dann zu sterben. Und dazu gehen sie alle kalt umeinander herum, nehmen Rücksichten, quälen und betrügen sich."

11. April 1842.

Das hausbackene Wesen der Koblenzer Hautevolee will mir noch nicht recht gefallen. Es sehlt jener Aplomb, jenes Sichgehenlassen der großen Welt. Denn das Außerordentliche einer Soiree in einer kleinen Stadt bringt es mit sich, daß jeder einzelne sich in einem sozusagen überreizten Zustand besindet, der insbesondere, wenn die Liebenswürdigsteit des Charakters nicht das Gleichgewicht hält, zu sehr ins Gemeine spielt.

Am 12. April klagt das Tagebuch über "geistige Trägheit, Folge des Berliner Nichtstuns". "Was für ein ganz andrer Mensch wäre ich vielleicht geworden, wäre ich ohne strenge hosmeisterliche Leitung vielleicht von meinem sechzehnten Jahre ab geblieben. Manche Torheit hätte ich begangen, vielleicht

¹⁾ v. BillowsCummerow: Preußen, seine Verfassung und Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland. Berlin 1842. Vergl. Treitschie, Deutsche Geschichte, Bb. 5, S. 198.

²⁾ Freiherr August v. Ungern-Sternberg, mit dem der Prinz in Bonn und Heidelberg studiert hatte, geboren zu Mannheim 16. August 1817, starb als Großh. badischer Geheimer Rat und Borstand des Geheimen Kabinetts in Karlsruhe, 20. März 1895.

wäre ich untergegangen. Allein mir scheint, ohne daß ich den Verhältniffen zürnen will, daß ich besser geworden wäre. Einer von Natur
ruhigen, träumerischen, tatschwachen Seele ist die Aufregung des Selbsthandelns, des nicht bloßen Geschehenlassens durchaus notwendig, wenn sie
wirklich zu etwas gelangen will. Ich din von Natur passiw, durch diese
ewige Bevormundung zu einer großen Ausbildung innerer Beschaulichkeit,
die ich nicht einmal Philosophie nennen kann, gelangt, ohne daß mein
Charakter die geringste Festigkeit erlangt hätte. Diesen zu erhärten muß
jeht mein Streben sein."

Un bie Pringeffin Amalie.

Roblenz, 3. Mai 1842.

... Du hast recht, wenn Du glaubst, daß ich nie unglücklich sein werde, was man so eigentlich unglücklich sein nennt. Denn es wird immer das Begreisen des Unglücks und die Fähigkeit, darüber nachzudenken, mich schüken, daß es mich nicht ganz erdrücke. "Nur der Mensch ist wirklich unglücklich, der nicht die Fähigkeit besitzt, darüber zu weinen," werde ich einmal in einem Roman sagen. Dabei fällt mir ein Gedicht ein, das ich neulich gemacht habe und welches hierher paßt. Es sind sogenannte Gaselen:

Bolken auf am Himmel steigen, Blüten welken an ben Zweigen, Und die Wellen sließen langsam, Und es fenkt sich banges Schweigen Auf die dürstenden Gesilde. Ach, wie die Gewitterzeichen In den schwülen Sommertagen Jenen Lebensstunden gleichen, Da das Herz, alt und verhärtet, Tränen wünscht, um zu erweichen!

Du hast recht, wenn Du mich um den schönen Ausenthalt beneidest. Seit sast drei Wochen haben wir hier so warmes Wetter, daß alles nach Regen seufzt. Die Blüten sind bald vorüber, und die Wälder fangen nun an zu grünen. Ach, es ist doch eine schöne Sache um den silbernen Mondschein, der sich im Rhein spiegelt, und die dunkeln Berge und den ehrwürdigen Ehrendreitstein mir gegenüber. Hätte ich diese schöne Natur nicht, so wäre ich bei all meiner Philosophie doch unglücklich. Denn die Menschen sind hier keine Oreaden und Hamadryaden. Ich habe recht liebe, gute Leute kennen gelernt und mag manche recht gern leiden. Aber es sehlt ihnen jener seine Ton der Vornehmheit, das Sich-von-selbst-verstehen vieler Dinge, Du wirst es fühlen, was ich damit sagen will. Man kann

das nur bei wohlgezogenen Leuten oder in der großen Welt finden. Mein Umgang beschränkt sich mehr ober weniger auf sogenannte sell mich aborfamfcht', zu benen sogar die höchften Damen, Erzellenzen u. f. w. gehören (mit rühmlichen Ausnahmen). Eine schone Witwe . . ., 21 Jahre alt, die eine recht schone Altstimme bat, gefällt im ersten Augenblick. Aber wie sich bei aufmerksamem Ruhören in ihrem Gesange der Mangel an auter Schule entdeckt, so fand ich bald in ihrem Wesen eine gewifse pachters= töchterliche (verzeih biefen Ausbruck) Gewöhnlichkeit, untermischt mit fentimentaler Belesenheit und englischer Sprachkenntnis, die mir als solche Mirtur noch unangenehmer ift als die gewöhnliche Natur der Landkonfekte. bie nichts andres fein konnen und wollen. Die alten Damen find nun gar lanaweilig, und ich vermiffe die Konversation mit meinen Berliner Freundinnen, wie Frau von Luck u. a. Unter den Herren und überhaupt in der gangen Gesellschaft berrscht bei allen Borgugen rheinischer Gutmutigkeit ein gewiffer Wirtshauston, ber mir zuwider ift. Das einzige. was mich tröstet, ist die Musik. Die wird viel getrieben, und die vergnügliche Frau . . . und ihre Schwefter . . . fingen und spielen in jeder Gefellschaft von Anfang bis zu Ende, bann wird einmal ein Chor ober Trio ober Quartett ober sonst etwas gesungen und Maitrank getrunken, so geht's hier zu, und man kann ganz vergnügt sein. Mein Gesangstalent ift noch nicht entdeckt. Ich nehme jett fleißig Singstunden und werde bann nach einiger Uebung plöglich als ber einzig vernünftige Bariton hier auftreten und alles bezaubern. Dein Lehrer ift nicht so übel, er läßt mich Solfeggien von Cherubini fingen, blaut mir bie Roten ein und gibt fich manche Mühe, so daß ich in zwei Monaten vom Blatt singen werde. Denke dir, welche Luft! Auch lerne ich die Tonarten begreifen, B-dur, C-dur und die Molltone, halbe und gange Borzeichen u. f. w. Go daß ich bald so weit sein werbe, Lieber zu komponieren, die Begleitung muß mir bann mein Lehrer machen.

Ich bin gestern in Neuwied gewesen und kann nicht genug die guten Leute dort rühmen. Statt daß ich, wie ich gefürchtet hatte, wegen meines Auskultators schief angesehen worden wäre, sehen mich die Leute im Gegenteil mit einer Art von Staunen als ein besonders merkwürdiges Subjekt an. Dies hat mich nun noch mehr beruhigt. So ist der Mensch. Er will immer ein wenig von außen beruhigt sein und sollte doch zusrieden sein, wenn er sich seines guten Willens bewußt ist. Der Fürst ihat etwas sehr Interessantes in seinem leidenden Gesicht. Bon der blassen Totensfarbe stechen die schönen Augen ganz merkwürdig ab; er soll sehr talentvoll sein, schön zeichnen u. s. w. Ich habe ihn nur vom Sehen lieb=

¹⁾ Fürft Hermann zu Wieb (1814 bis 1864).

gewonnen und bedauere seine zerrüttete Gesundheit. Schönlein, 1) der vor kurzem hier war, hat ihm große Hoffnung gemacht, auch geht es wirklich besser. Der Prinz Max ist ein gescheiter, gesprächiger Mann. Prinz Karl hat den Papa und die Mama in Wien viel gesehen und erinnerte sich mit großem Vergnügen an jene Zeit. Während der Tafel kam Prinz Philipp Löwenstein, jeune homme fort élégant, wie immer, womöglich rajeuni. Er konnte mir nicht oft genug sagen: "Aber du siehst sehr gut auß!"

Wenn Du vorigen Sommer in Riefernluft die Bemerkung machteft, daß sie den Menschen schlechter mache, so ist hier gewiß die Bemerkung angebracht, daß die Frühlingsluft am Rhein den Menschen verbessert. Wenn ich mitunter am Abend auf der beliedtesten Promenade am Rhein spaziere, so sinde ich, daß die prosaischsten Philister eine Art poetischer Berklärung haben, die etwas Rührendes hat. Es ist aber auch gar nicht anders möglich, denn wenn einem vom Rhein her eine kühle Blütenluft anweht, dann mag der trübste Gedanke mich niederdrücken, gleich bin ich bis ins Innerste ausgefrischt und sehe mit noch größerem Genuß in die vergoldeten Berge und nach den friedlichen Kirchtürmen der gegenüberliegenden Dörfer. Dann fängt auch die Abendglocke zu läuten an, so daß nichts mehr sehlt, um die Seele in jene himmlische Stimmung zu versehen, die jeden irdischen Gedanken ausschließt, nur nicht den, Euch alle zu mir her zu wünschen.

Seit mehreren Tagen ift dieser Brief liegen geblieben, da mich eine Tour nach Franksurt und die auf solche Dampsschiffreise solgende Oede vom Schreiben abhielt. In Franksurt saß ich mittags dem Herzog Paul von Württemberg gegenüber. Sein Gespräch war unaushörlich, besonders da er in seinem Nachbarn Rüppell, einem der berühmtesten Reisenden unsrer Zeit,2) eine sehr gute Dachrinne für das Regenwasser seiner Erzählungen hatte. Ich mußte mir alle Mühe geben, nicht zu lachen über diesen netten Kerl.

Das Dampsschiff war höchst langweilig wie immer. Dazu war ich mit einem jungen sächsischen Offizier bekannt geworden, der sich ganz nach den Regeln der Komplimentierbücher "vollendeter Gesellschafter" und wie sie heißen, benahm und dadurch höchst langweilig wurde. Nun sitze ich hier wieder an meinem Schreibtisch, studiere meine Akten und freue mich meines Daseins bei einer Havannazigarre (das Tausend zu 50 Talern, dies für Viktor zur Nachricht) und einer Tasse Kassee.

¹⁾ Der berühmte Berliner Pathologe.

²⁾ Sbuard Müppell (1794 bis 1884), Naturforscher und Reisender in Aegypten, Rubien und Arabien.

Ich rate Dir, meine Briefe aufzuheben, wie ich es mit den Deinen tue, wie überhaupt mit allen. Wenn wir auch keine Bettinaschen Briefe herausgeben wollen, so würde es doch interessant sein, dieselben später wieder zu lesen. Sind wir dann später zu besseren Resultaten mit uns selbst gelangt, dann ist es erfreulich, den Weg, den man zurückgelegt hat, zu übersehen.

Sage Biktor, ich ginge biesen Sommer, wenn die Arnims 1) nach Winkel am Rhein kommen, dorthin, wo ich vergnügliche Stunden zu versleben hoffte (bei der Bettina).

Aus bem Tagebuch.

3. Juni 1842.

Vom 3. Mai bis zum 3. Juni tritt eine Pause ein durch die dazwischen liegenden Masern. So unangenehm eine solche Krankheit ist, so hat sie doch auch ihr Gutes gehabt, denn sie hat das Uebermaß von Krast des Körpers absorbiert, und ich kann nicht anders sagen, als daß eben dadurch und durch die einsamen Studien und Betrachtungen gar manches im Geist mir klarer geworden ist. Ich habe sogar diese Einsamkeit liebzgewonnen; das Einsörmige eines Krankenbetts hat, wenn nicht besondere Schmerzen vorhanden sind, für den Denksähigen gar manche angenehme Stunde, wenngleich auch viele trübe, denn "es kehrt an das, was Kranke quält, sich ewig der Gesunde nichts". Scheußlich war das Kindergeschrei, und hätte ich Heiratspläne, sie würden durch dieses Plärren meiner Hauszgenossen um zehn Jahre verschoben sein. Es gibt in der Welt wenig Unzangenehmeres als Kindergeschrei.

Sowie ich wieder tüchtig arbeiten kann, muß ich mich an eine gründliche Bearbeitung des Staatsrechts begeben. Nichts ist gefährlicher als die Passivität in Betrachtung der staatswissenschaftlichen Gegenstände. Ohne Gründlichkeit werden wir insbesondere im Staatsdienst entweder blinde Werkzeuge oder gar Leute, die die Fahne nach dem Winde hängen, oder wir werden einseitig und dadurch der Raub einer Partei. Nur Gründlichkeit ist das Mittel, durch welches die Integrität des Charakters erhalten werden kann.

16. August 1842.

... Es ift boch etwas Trauriges um das Junggesellenleben. Die "Freiheit" wird immer gerühmt. Ja, wer in Liederlichkeit Befriedigung findet, dem ist freilich eine solche Freiheit zu gönnen. Aber in dieser Freisheit des alten Hagestolzen liegt ein furchtbarer Keim zu Egoisterei und Herzlosigkeit.

¹⁾ Die Bekanntschaft der Bettina von Arnim hatte der Prinz im Winter 1841/42 in Berlin gemacht.

11. September 1842.

Studium der Marheinekenschen Schrift über die Bruno Bauersche Angelegenheit, 1) in der er, wie die Deutschen Jahrbücher nachweisen, nicht ganz konsequent geblieben ist. Indessen kann man, wenn man, wie die Jahrbücher tun, verschiedene auseinandergerissene Stellen zusammenpaßt, recht leicht Inkonsequenzen nachweisen.

Im Laufe des Sommers wurde der Prinz zu einer Soiree nach Schloß Brühl eingeladen und von dem König und der Königin sehr freundlich empfangen. Unter den Gästen erwähnt das Tagebuch den Prinzen von Cambridge, den Prinzen von Oranien, Erzherzog Johann von Oesterreich, den Großherzog von Mecklenburg und den Erdprinzen von Baden, "letzterer höchst liebenswürdig". Bei dem Konzert spielten die Schwestern Milanollo.

Im September machte ber Prinz mit seinem Bruber Gustav eine Reise über Straßburg, Basel, Solothurn, Bern nach Lausanne. Bon ba berichtet das Tagebuch am 27. September:

Bei all diesen Freuden kann ich doch nicht sagen, daß ich noch so wie früher von all diesem hingerissen würde, daß ich alles aufgeben könnte, um ganz für alle Zukunft hier zu bleiben. Vielleicht din ich jett zu sehr durch und deutsch. Bielleicht ist jene innere Unruhe und der noch wachsende Ehrgeiz auch an dieser Beränderung schuld. Der Mensch muß in der Jugend das Leben versuchen, sehen, was es ihm bringe und was er sich und andern geistig nützen könne. Jenes sentimentale Anschauen der Natur schwächt den Geist, der immer mehr zu Klarheit und Bestimmtheit heranwachsen soll. Das kann er nur durch außerordentliche Tätigkeit und bestimmten Lebenszweck. Darum vorwärts!

Nach der Rückkehr aus der Schweiz verlebte der Prinz die Herbststage im Kreise der Verwandten in Kupserzell. Bon dort aus besuchte er Bettina von Arnim in Franksurt. Ueber einen Abend bei ihr berichtet das Tagebuch: "Die Töchter der Bettina liebenswürdig und geistreich wie immer. Wenn sie nur nicht paradox sein wollten! Das ist ganz unnötig. Sie sind so liebenswürdig und so gebildet und vernünstig, daß sie die Unvernunst des Paradoxen recht gut entbehren könnten. Manche tadelnde Mitteilung über die Zustände in Berlin wurde mir gemacht. So zum Beispiel das unnatürliche Zusammenrusen der Dichter u. s. w. in Berlin. Nach einer nicht eben günstigen Beurteilung des Tieckschen Charakters ging sie zu Kückert über und tadelte an ihm insbesondere, daß er ein Mensch

¹⁾ Der Minister Eichhorn hatte die theologischen Fakultäten zu einem Gutsachten darüber aufgefordert, ob Bruno Bauer nach seinen radikalen Schriften noch sür fähig und würdig zu halten sei, Theologie zu lehren.

fei, mit bem ber König nichts anfangen könne, ein ungehobelter fonderbarer Rauz, der stets einen Ueberrock angehabt habe und nun glaube, auch im Frack gehen zu muffen, was ihm sehr schlecht stehe. Sie machte einen eigentümlichen Bergleich zwischen Rückerts Gesicht und, wenn ich nicht irre. einem schlapp getretenen Pantoffel. Das mitunter etwas harte Urteil über den König entspringt aus einer großen Liebe zu ihm und dem Wunsche. ihn als einen unfterblichen König zu sehen, was er ihrer Ansicht nach nicht anders werden kann als badurch, daß er auf dem einmal betretenen Wege des Fortschritts rustig fortschreitet und sich durch die Hemmungen der Minister, die sich zu viel Gewalt aneignen wollen, nicht abhalten läkt. Das Eigentumliche und Angenehme bei der Bettina ift, daß sie nicht eine gelehrte, verbilbete, bochtrabende Dame, sondern trot allem Interesse an gelehrten Gegenständen boch ein Naturkind ift. In ihrem Rreise ift alles ungezwungen, jeder tut, mas er will, fie läßt alle Berfonlichkeiten gelten und schließt sich an die an, die ihr gerade für den Augenblick neu und angenehm find."

Im Jahre 1843 beschäftigte den Prinzen die Vorbereitung auf das zweite Examen und die Ueberlegung, was dann zu tun sei. Er entschloß sich, nach dem zweiten Examen aus dem Justizdienste auszuscheiden und sich für die Verwaltung und die Diplomatie vorzubereiten: "Mso Landrat oder Diplomat oder beides!" heißt es im Tagebuch. Am 18. Februar 1843 schrieb er an die Mutter:

... Uebrigens gewinne ich meine juriftische Beschäftigung immer lieber, einmal, weil ich sehe, daß ich darin vorwärts komme, und dann, weil der Nuten, der für die Regulierung unsteter Gedanken daraus entspringt, sehr groß ist. Hatte ich früher die Ueberzeugung gehabt, wie ich fie jest habe, daß man durch die Zivilkarriere seinem Standpunkt nicht schadet, sondern nützt, indem man durch bas Ungewohnte sich Ansehen verschafft und der Abel nur durch geistige oder moralische Vorzüge oder wenigstens Anstrengungen die Stellung behaupten kann, die ihm überall ftreitig gemacht wirb, so hatte ich manches Jahr meines Lebens gewonnen, das mit bloger Deliberation zugebracht ift. Jest, wo ich mich in der Karriere befinde, schweigen alle Stimmen, die früher dagegen waren, und mir ist bis jest noch keine Zurucksehung zuteil geworben, wenn ich sie mir nicht durch Berftreutheit und Unachtsamteit felbst zugezogen habe. Selbst in neuerer Zeit habe ich wieder vollkommene Billigung meiner Berufsmahl erfahren durch den Herzog von Nassau und den hiefigen kommandierenden General, die beibe mit mir über die Troftlosigkeit des preußischen Militärlebens einverstanden waren. Uebrigens fummere ich mich um das Urteil andrer Menschen jetzt nicht mehr und freue mich meiner Selbständigkeit, nachdem ich die Nachweben der hofmeisterlichen Bevormundung ganz abgeschüttelt habe. Ob ich in dieser Karriere bleibe in der Zeit, wenn die Bildung vorüber ist und das Arbeiten des Berufs angeht, weiß ich nicht. Mehr Nuzen würde es für mich gewähren, wenn ich dann in friedlicher Zurückgezogenheit, womöglich mit Dir zusammen, irgendwo leben könnte und meine Studien fortsetzen. Denn ich din der Ansicht Wilhelm von Humboldts, daß das hauptsächlichste Streben des Menschen dahin gehen muß, sich als Individuum auszubilden und nach Vollkommenheit zu ringen, um durch das, was wir geworden sind, auf andre zu wirken und so Nuzen zu stiften. Das kann man aber besser allein und im stillen als in einem großstädtischen Rollegium.

Die folgende Betrachtung des Tagebuchs ift wohl der Niederschlag unbequemer Erfahrungen in der Koblenzer Gesellschaft.

80. Juli 1848.

... Für mich ift es gut, ja notwendig, überall Mißtrauen zu haben. Was gehen mich diese zufällig in mancher Beziehung mit mir harmonierenden Charaktere an! Ich muß vorsichtig sein, sonst gehe ich in Hingebung unter. Ueberall berechnen und beobachten mit dem äußern Schein der größten Gemütlichkeit und Freundschaft ist ein Ziel, das sich jeder Prinzsetzen muß, wenn er nicht zu Torheiten geführt werden will, vor denen jeden andern jugendlichen Charakter die inferiore Stellung schützt. Also Vorsicht!

D Unnatur der jetigen Zeit, Verderbtheit unsers jetigen Menschengeschlechts, glänzendes Elend unsrer gesellschaftlichen Zustände, daß ein kräftiger Mann nur dadurch zum Ziele gelangen kann, daß er seine Kraft vergeudet, seine Sinne abstumpft, um auf diese Weise sich auf das Niveau seiner Umgebung stellen zu können, daß er schlecht wird, um den Schlechten nicht unbehaglich zu werden!

Nachdem der Prinz am 17. August das Examen bestanden hatte, wurde er am 9. September 1843 zum Referendarius ernannt. In diesem Monate machte er eine längere Reise durch die Schweiz nach Südfrankreich und Oberitalien, von Lausanne ab mit dem Bruder Gustav, der dort französische Studien getrieben hatte. In Lyon erlebten die Brüder die Ankunst des Duc de Nemours zu einer Truppenrevue. Er kam zu Dampsschiff. "Unter den 100 000 Zuschauern," sagt das Tagebuch, "erschallte auch nicht eine Stimme." Bom 10. dis 25. Oktober reiste der Prinz allein nach Sardinien und kehrte dann von Genua aus über den Splügen zurück. Den November verlebte er in Kupserzell und ging dann über Corven und Berlin nach Rauden, wo er dis zum Jahresschluß verweilte. Hier blieb der Prinz auch die ersten Wochen des Jahres 1844 und kehrte nach einem Ausenthalt in Berlin vom 8. Februar dis 25. März dorthin zurück. Der April wurde zu einer Reise nach Wien verwendet.

Inzwischen war er am 4. April der Regierung in Potsdam zur Besschäftigung überwiesen und durch Berfügung des Justizministers vom 17. April "behufs Eintritts in die Administration" mit dem Zeugnis "guter Qualifikation und rühmlichen Berhaltens" aus dem Justizdierist entlassen worden. Am 13. Mai kangte der Prinz in Berkin an, um die Tätigkeit bei der Potsdamer Regierung zu beginnen.

Tagebuch.

19. April 1844.

Wochen und Monate hat dies Buch geruht. Unterdessen hat sich um mich her manches verändert, auch in mir. Jedoch bin ich in allem diesem bewegten Leben doch nur in meinem alten Sate bestätigt worden, daß geistige Tätigkeit allein den Menschen glücklich machen kann. Alles übrige ist als Nebensache, als Nebenvergnügen gar wohltuend. Wird aber die Erholung zum Zweck, so wird sie mühsam, und dann gibt es für uns natürlich keine Erholung mehr.

An die Mutter.

Berlin, 16. Mai 1844.

Ich werde morgen bei der Regierung in Potsdam eingeführt. Gegen Potsdam und seine Bewohner habe ich eine unbegrenzte Abneigung, die ich auch nicht zu verlieren hoffe, da ich jede freie Stunde zu einer Exkursion nach Berlin benuhen werde. Meine Bisten sind abgemacht. Die Prinzen habe ich auf der Eisenbahn getroffen, wo ich mit dem gewohnten Humor empfangen wurde, der noch dadurch gesteigert wurde, daß ich meinen Plan mitteilte, was den Prinzen Friedrich zu der Aeußerung veranlaßte, ich wolle wahrscheinlich Landrat werden, ohne daß er wußte, wie nahe er im Scherz an der Wahrheit war. Uebrigens billigte der Prinz von Preußen mein Vorhaben, bei der Regierung zu arbeiten, und sagte, er freue sich besonders, "da man Sie mitunter zu einem Löffel Suppe bitten kann".

Tagebuch.

29. Mai 1844.

In der letzten Zeit war mein Geist zur Wiedergabe des Empsundenen wenig geeignet. Erst die friedliche Erregung des Attenlebens erweckt wieder die Fähigkeit, das Gedachte wiederzugeben, ja es wird ein Bedürfnis, das aufzuschreiben und vor sich zu sehen, was sich nicht aussprechen läßt. Das war ja auch mein Zweck beim Wiederaufnehmen der Karriere, daß ich meiner selbst wieder recht bewußt würde. Und daß diese Fähigkeit nicht untergegangen ist, nur geruht hat, diese Ueberzeugung erfreut mich und macht mir meinen Beruf, der im übrigen nicht beneidenswert ist, zu einem angenehmen.

25. Juni 1844.

Durch die Gesetze der Jahre 1807 bis 1811 wurde in Preußen ein gewisser liberaler Geist geweckt, der in den Jahren 1813 und 1814 das ganze Volk zu einem merkwürdigen Nationalenthusiasmus bringen konnte. Nach dem Wiener Kongreß sanden die Regierungen in diesem durch ganz Deutschland verbreiteten Geiste etwas Gesährliches, und wenn auch die Gesetze von 1820 und 1821 in Preußen auf eine baldige Einrichtung einer ständischen Versassung hindeuteten, so wurde diese Ansicht dem Volke doch bald durch die Einrichtung einer provinzialständischen Versassung genommen. Indessen beruhigte man sich dei einer regelmäßigen Verwaltung, bei dem gerechten Sinne des Königs, der mit seinem Volke als Vater mit seinen Kindern manches Trübe und Fröhliche erlebt hatte und dessen Gesinnung die Garantie sur das Bestehen des Guten und für Nichteinsührung von Schlechtem so gut darbot wie jede konstitutionelle monarchische Versassung. So trat der Tod König Friedrich Wilhelms III. ein.

Durch die Huldigungsreden wurden alle jene Hoffnungen auf eine freie Berfaffung erwectt, wenngleich das Publitum in der Wahl ber Minister Eichhorn, Stolberg, Thiele und andrer Staatsbeamten eine Neigung bes Königs zu einer mehr firchlichen Richtung erkennen wollte. Diefe trat auch bald beutlicher hervor. Bugleich zeigte fich aber auch, daß jene Reben keine reichsftanbische Berfassung verheißen wollten, sondern bas Gegenteil. Dies erregte überall Unzufriedenheit, und ichon anfangs 1842 trat Mißftimmung ein. Mehr noch, als trot ber Zensurgesete, die eine freiere Besprechungserlaubnis zu verheißen schienen, von seiten bes Arnimschen Ministeriums immer mehr auf Restriktion hingearbeitet wurde, während das Oberzensurgericht nach freieren Grundsätzen viele Artikel freigab. Dazu kamen und kommen jetzt manche materielle Not- und Uebelstände, Arbeitsnot in Schlesien, in neuester Reit bas sonst so notwendige Gifenbahnaktiengesetzu. f. w. Endlich im allgemeinen eine gewiffe Schwankung und Bringiplofigkeit ober, beffer gefagt, Syftemlofigkeit in ben hochften Staatsbehörben, Berzögerung ber Geschäfte, Gelbnot und verwirrte Finangen, fo baß jett bie Stimmung, je nach ben Provingen, schlechter Run schickt man in der neuesten Zeit einen frommen Mann in die Rheinproving, um die Stimmung zu untersuchen. Als wenn dies die Behörden nicht besser wüßten! Dies wird am Rhein besprochen und fritifiert. Der Abel macht fich burch Gemeinheiten einzelner verächtlich. Und was sonft noch alles vorgebracht werden mag, das Chescheibungs= gefet und bas Strafgefet gar nicht zu erwähnen. Rehmen wir nun biefe Stimmung mit ben Perfonlichkeiten bes jetigen Ministeriums zusammen, fo findet fich von felbft, daß bem Uebel nicht abgeholfen werden kann, wenn nicht von oben her eine Beränderung der Personalien geschieht.

Man darf es sich nicht verhehlen: eine kleine Beranlassung, und wir haben Aufstand. Einer reißt den andern fort. Das Militär ist unzuverlässig. Wer soll den Strom aushalten, wenn er den Damm durchbricht und brausend über Wiese und Feld dahinströmt! Wer jetzt nicht seinen Kopf oben hält, wer nicht mit Macht daran arbeitet, sich eine tüchtige Vildung zu verschaffen, ist verloren. Denn es wird eine Zeit kommen, wo auf den Stand nicht mehr gesehen wird, wo sich Hohe und Riedere im freien Wort gegenseitig bekämpsen müssen. Die Pflicht der Aristokratie ist, sich zu wassen, nicht mit Schild und Speer, sondern mit dem Wort voll Krast, das sie aus der Wissenschaft schöpse, damit sie eine seste, wahre und undurchbringliche Stütze für den Thron und für sich selbst sein könne. Wir sind die Bäume, auf die die Untergehenden sich bei der Wasserslut retten können. Sehen wir zu, daß unsere Wurzeln nicht morsch werden, sondern auf sestem Grund und Voden stehen!

An die Mutter.

Berlin, 15. Juli 1844.

Bei Hofe bin ich fast alle Sonntage zum Diner und habe mir zu meinem Erstaunen die Gunst der hohen Herrschaften erworben. Der König offerierte mir gestern sogar seine Dose, aus der ich mit Begeisterung eine Prise nahm.

"Mitte Juli," schreibt das Tagebuch, "reiste ich nach Corvey und empfand dort recht wieder den Unterschied der Luft. Hier Geist und Körper niederdrückend, dort erhebend. Dazu kam die freundliche Bereinigung mit Viktor, Gustav und Konstantin. 1) Dann dis zum Oktober ruhiges und ungestörtes Leben in Potsdam. Parsorcejagden, Ende mit Schrecken. Im Dezember nach Nauden. Frohes, inniges und unvergeßliches Zusammenleben mit Mama, Philipp Ernst, Konstantin und Gustav. Am 8. Januar 1845 nach Berlin. Interessanter Karneval, Krollsche Komantik, Gisbahn, Hosseste. Viktors Ankunst. Freude über sein Glück." 2)

Un bie Mutter.

Berlin, 17. Januar 1845.

Gestern erhielt ich einen Brief von Viktor mit der Nachricht, daß er erst am 20. hierherkommen wird. Zugleich bestätigte er meine Landtagsvertretung. 3) Ich gehe dann mit Viktor zusammen nach Breslau. Wie

¹⁾ Der jüngste ber Brüber, geboren 8. September 1828.

²⁾ Infolge ber Berlobung mit ber Bringeffin Amalie von Fürstenberg.

³⁾ Im schlesischen Brovinziallandtag.

viel Nutzen diese Landtagsvertretung auch für mich hat — ich habe schon die interessantesten Gespräche mit Ministern und andern, auch mit dem Prinzen von Preußen darüber gehabt —, so ist mir doch unangenehm dabei zumute. Ich habe aus den wenigen Konversationen die Verwirrung und Unklarheit der Begriffe in den höchsten Regionen erkannt und gesehen, wie man jeden Bunsch des Volks, der mit den Absichten der Regierung nicht übereinstimmt, für ein Staatsverdrechen ansieht. Der Landtag würde für mich ein Bendepunkt sein, wenn ich nicht als Ansänger das Recht hätte, wenig zu sprechen und meine Prinzipien möglichst noch im Dunkeln zu halten.

Der Aufenthalt des Brinzen in Breslau dauerte von Anfang Kebruar bis zum 10. April. Am 19. April fand die Vermählung des Herzogs von Ratibor mit der Brinzessin Amalie von Kürstenberg in Donaueschingen ftatt. Schon vorher war die ernste Ertrantung des Fürsten Philipp Ernst "Frohe und doch schon getrübte Hochzeitstage," fagt das einaetreten. Tagebuch. Bald nach ber Hochzeitsfeier in Donaueschingen verschlimmerte fich der Zustand, und am 3. Mai 1845 trat der Tod ein. "Mit diesem Ereignis," schreibt das Tagebuch am 14. Mai, "fängt ein neues Leben für mich an. Dieser Todesfall, der mir den genommen hat, der meinem Berzen am nächsten war, mit bem ich so unendlich viel Uebereinstimmendes in der Art zu denken und zu fühlen hatte, der mir den vergangenen Binter wieder so gang nabe getreten mar, gerftort mir meine innere Beiterteit, den eigentlichen weltlichen Frohfinn auf immer. Was ich niemand vertraute, habe ich ihm gesagt, weil er alles verstand, überall die Perfonlichkeit nachsichtig berücksichtigte, mild und liebenswürdig . . . "

Die außere Folge dieses Verlustes war die Entscheidung in dem Leben bes Bringen, die ihn jum regierenden Fürsten von Schillingsfürst machte. Im Laufe des Commers fanden die Berhandlungen ftatt, die zu einem Bertrage mit dem Bergog von Ratibor führten. Durch diesen Bertrag verzichtete Brinz Chlodwig auf Corvey, mährend ber Herzog von Ratibor ihm die Erbfolge in Schillingsfürst abtrat. Die Herrschaft Treffurt blieb bem Fürsten Chlodwig, später hat er diese Besitzung vertauft und bafür größeren Grundbesitz in der Proving Bosen erworben. Das Aufgeben bes preußischen Staatsbienstes war die weitere Folge. "Am 11. Juni," schreibt bas Tagebuch, "war ich bei Arnim. Der Empfang war fehr förmlich und kalter als fonst. Auf mein Exposé erwiderte er bloß, ob ich nun noch weiter in Botsbam arbeiten wolle. Da ich ihm hierauf sagte, daß dies vielleicht der Fall, aber ohne Riel sei, gab er seine Beistimmung, mithin zu erkennen, daß es ihm pollständig einerlei sei oder vielmehr erwünscht, wenn ich meine Karriere aufgebe. Wo ich nicht bas geringste Encouragement finde, tue ich beffer, abzugeben. Borerst werde ich meine

Rückfunft nach Potsdam dahingestellt sein laffen, auf unbestimmte Zeit Urlaub nehmen und dann sehen, was in Schillingsfürst zu machen ist."

Den ganzen Winter 1845 bis 1846 brachte der Fürst in Schillingsfürst zu. "Schrecklicher Winter," heißt es in dem Tagebuch, "der doch auch sein Gutes gehabt hat. Der Mensch kann alles ertragen, wenn er nur will. Voluntas est potestas." Aus dem einsamen Winter auf Schillingsfürst stammt das folgende Gedicht:

Bom Schloffe schau' ich einsam Jns stille Tal hinab. Da seh' ich im Mondschein blinken Die Kirche und das Grab.

Da haben sie dich begraben, Den ich so heiß geliebt, Den Freund, ben tapfern, treuen, Den — ach, wie's keinen gibt! Sie haben viel tausend Tranen Ins Grab bir nachgesandt; Sie haben sich wieder getröstet, Sie haben bich nicht gekannt.

Doch meine Tränen sließen Noch wie an jenem Tag, Da man bich hinuntergetragen Und mir das Herz zerbrach.

Aus Briefen an die Prinzeffin Amalie.

Schillingsfürst, 4. März 1846.

In die Ferne möcht' ich ziehen, Durch die Täler, über die Höhen, Ob auch grause Winterstürme Um des Schloffes Zinnen wehen.

Durch die Meere follt' mein Schifflein Einen fühnen Seemann tragen, Ob auch Bell' auf Belle drohet Und die Schiffer bang verzagen. Mit bes Sübens Kinbern möcht' ich Palmenwälder fühn durchstreifen Und auf mut'gem Roß Arabiens Durch die glühende Wüste schweifen.

Mit dem Schwert, dem freiheitsstarken, Möcht' ich in die Feinde hauen Und die siegende Einheit Deutschlands Noch mit brechendem Auge schauen.

Alles möcht' ich, nur nicht einsam Hinter staub'gen Alten sitzen Und in Schlafrock und Pantoffeln Gähnend mir die Feder spizen.

Eben habe ich meinen unruhigen, nervösen Brief etwas unterbrochen und zum Fenster hinausgeschaut. Ach, was das beruhigt! Diese wunderbar schöne Mondnacht, die sich über die weiten Täler und die Berge herabsgesenkt hat. Es ist alles so still und friedlich und warm, und Frühlingsslüfte wehen hier oben auf dem Berg. Da zieht denn die Erinnerung an vergangene Zeiten mit stiller Wehmut in das Herz, und was wir Sutes im Leben einmal gedacht und getan, steigt wieder aus der Bergangenheit empor und mit diesem die Erinnerung an die Abgeschiedenen, ja sie selbst. Ach, es ist doch ein Trost, daß dies alte heimliche Nest nicht verwaist und tot in die schöne Nacht hinaussieht, sondern so einem verdorbenen

Poeten gehört, der dann und wann selbst in eine schöne Mondnacht hinaus sieht. Es ist mir dann, als freute sich der alte Steinkasten selbst darüber.

14. März 1846.

... Ich bekomme jetzt einen sehr guten Pfarrer nach Frankenheim, einen ernsten, tüchtigen Mann namens Bischof, der neulich hier war. Er ist von allen Bewerbern der sähigste seinen Zeugnissen nach, und seine Unterhaltung war mir eine Freude in meiner Einsamkeit. Ich war gleich mit ihm ganz zu Hause in einem philosophischen Gespräch, was immer ein Beweis für ihn ist. Dabei ist er kein Nationalist, sondern ein ordentlicher Christ, aber auch kein Mucker, und, wenn meine Menschenkenntnis mich auch oft täuscht, so habe ich doch für Pfarrer, Gouvernanten und Hosemeister einen richtigen Blick.

Ich richte ben Garten jett etwas her, mache Anschläge und Plane für Einrichtung eines Gartenhauses. Anlagen zu machen und zu bauen, wird mich übrigens nie sehr beschäftigen. Ich langweile mich horrend babei, besonders beim Bauen.

7. April 1846.

Das Gervinussche Buch 1) habe ich gelesen. Vieles ist mir aus der Seele geschrieben, besonders der Ekel vor allem Dogmatischen, der mir durch Traktätchen von Gustel die zum höchsten Grade gesteigert worden ist. Sehr richtig ist auch, was er über Schleiermacher sagt. Allein in seine sanguinischen Hoffnungen kann ich nicht einstimmen, insbesondere darin nicht, daß er seine Hoffnungen auf solche Wasserschale wie Ronge und Czersky verschwendet. Zwar würde ich mich auch über eine große, allgemeine christliche Kirche freuen, die das Christentum rein und erhaben erfaßte, ich glaube auch, daß so etwas möglich ist, ich bin aber darin entgegengesetzer Ansicht, daß diese kirchliche oder religiöse Einigung vor der politischen möglich sei. Letzteres glaube und hoffe ich nicht. Der religiösen Einheit muß die politische vorangehen, wenn nicht eben durch das Streben nach religiöser Einheit ein Zustand herbeigeführt werden soll, der zum Gegenteil führt. Dieser unklare Sat sollte freilich noch weiter ausgeführt werden, doch hoffe ich, Du verstehst ihn schon.

Ich kann mich übrigens, soviel ich mir in letzter Zeit habe vorlügen wollen, in alle Dogmen nicht mehr hineinarbeiten, und beshalb eben habe ich einige Stellen in dem Gervinusschen Buche als meine innersten Gedanken erkannt. Ich bin überhaupt in der Einsamkeit dieses Winters unendlich

^{1) &}quot;Die Mission ber Deutschkatholiken." 1846.

aufrichtig gegen mich felbst geworben und strebe nun, auch gegen andre ebenso aufrichtig zu sein. Die Lüge bat nie in meiner Natur gelegen, und alles, was bavon in mich gekommen ift, verbanke ich Herrn Boltes 1) in ihrer Art vortrefflichen Erziehung. "Bleibe bir felbst getreu" ift ein Sat, ben man sich mit goldenen Buchstaben überall hinschreiben sollte . . . Und barum muß ich benn fagen, baß ich burchaus noch nicht ans Heiraten bente. Ich tomme mehr und mehr zu ber Ueberzeugung, bag bas Beiraten für einen Mann nicht Zweck, fondern Mittel fein foll, Mittel zur Berebelung feiner Die Frau soll "der schattige Fußpfad neben der Heerstraße des Lebens" sein. Allein um solchen Glückes teilhaftig zu werden, bazu gehört, baß man ruftig auf ber Beerstraße bes Lebens einherwandeln konne, daß man ein Ziel erreicht, ein weiteres vor fich habe. In unferm Stande wird bas Heiraten zu leicht zum Amed bes Lebens. Da fest fich so ein Reichsfürft in sein Schloß, verheiratet sich, geht auf die Jagd, unterschreibt Detrete und benkt munder, mas er für ein Beld fei, und dabei fühlt er, wenn er noch so glücklich in seiner Ehe ist, eine gewiffe innere Unzufriedenbeit, die er fich nicht erklaren kann und die ihm feine Tage verbittert, und bas ift ber Mangel eines bestimmten Ziels, ber Mangel an tätiger Teilnahme an den höheren Interessen der Menschheit, furz, die Stimme bes Gewissens, die er nicht versteht, nicht verstehen tann ober will. Gin Grundbesit wie in Schlesien, bas regere Leben ber Nordbeutschen und Preußen gewährt für folche Existenzen schon ganz andre Ersatz und Anregungs mittel, Suddeutschland nicht. Und die Glücklichen find in diesem Lande und in unserm Stande nicht die Manner, sondern die Frauen, wenn fie einigermaßen ihre Stellung verfteben. Nichts aber läßt einen gescheiten. bentenden Menschen leichter in Melancholie verfallen als das Bewuftfein. nichts mehr erstreben, wirten und schaffen zu konnen. Sage mir nicht, daß mein hiefiger Wirtungstreis mir genugen muffe. Der gibt viel zu wenia au tun, und alles, was er au tun gibt, ift nicht geeignet, bie Geele zu erheben. Das ist gut für die reiferen Jahre, nicht aber als Schule fürs Leben, und ich will und muß noch in die Schule geben, ich will und muß noch die Wahrheit der Worte Chamiffos anerkennen: "Laß uns arbeiten und schaffen in unfrer Wiffenschaft, bamit wir nicht auf ben Gebanken geraten, uns eine Rugel burch ben Ropf zu jagen."

Am 18. April 1846 war der Fürst in die bayrische Kammer der Reichsräte eingetreten und hatte sich an deren Arbeiten in München beteiligt. Den Niederschlag seiner ersten Erlebnisse auf dem Gebiete der bayrischen Politik gibt die folgende Auszeichnung des Tagebuchs:

¹⁾ Langjähriger Hofmeifter ber Prinzen.

München, 9. Mai 1846.

Nichts ift im politischen Leben schlimmer und beffer als jene Uebergange vom Zweifel zum festen Bewußtsein. Schlimm, weil fie am innerften Leben zehren, gut, weil fie bem Buftande bes 3weifels ein Ende machen. Ich bin jetzt so weit gekommen. Wenn ich bisher noch von der sogenannten ultramontanen Partei gut dachte, wenn ich sie für ungefährlich hielt, so ift biefer Gebante, ber mich bisher immer im Zweifel hielt, mas ich zu tun habe, gewichen. Seit meinem Gespräche mit H. J. hat sich meine Anficht befestigt. Ich sehe nun plötzlich den Abgrund, in den ich durch Die Politik ber Jesuiten ju fturgen Gefahr lief. Die Undulbsamkeit, ber haß gegen ben Protestantismus, ber sich bei ihm gang tlar barftellte, bie Ibee, daß die Reformation mit allen ihren Folgen nur eine Verirrung gewesen, daß unfre philosophischen, literarischen und andern Glang- ober Größenpuntte nur Berirrungen bes menschlichen Geiftes seien, ift eine gu absurde, meinem innersten Wesen zu diametral entgegengesetzte Perfibität und auf eine innere Berworfenheit zeigende Korruption, als daß ich mich je entschließen dürfte und könnte, ohne mein ganzes vergangenes inneres Leben, alle meine teuerften Ueberzeugungen ju verleugnen, biefer Partei auch nur die geringfte Silfe zu leiften. Ich bitte Gott um Rraft, baß er die Bersuchung dieser Teufelsgesellschaft, die nur auf Unterjochung der menschlichen Freiheit, und zwar der geiftigen, hinarbeitet, von mir fernhalten moge, bamit ich weber burch Berfprechungen noch burch Drohungen irre gemacht werde, vom rechten Pfabe ber Bahrheit abzugehen. Dazu bedarf es eines offenen Bruchs mit der ganzen Clique, den ich so bald wie nur immer möglich herbeiführen werbe.

An bie Prinzeffin Amalie.

München, 2. Juni 1846.

Ich akklimatisiere mich, wie Herr Bolte sagt, mehr und mehr in München. Schon ist es mir möglich, mit dem Bolke in einem aus Hohenlohisch und Altbayrisch zusammengesetzen Dialekt zu sprechen und in der Gesellschaft französische Phrasen mit deutschen elegant zu verschmelzen. Sonst lebe ich, da die große Welt sich zerstreut hat, still für meine Pläne und für die Kunst und bedauere, daß ich dich nicht in all dem Schönen herumführen kann.

An die Mutter.

Schillingsfürft, 20. Juni 1846.

Meine Plane sind noch unbestimmt, da ich noch abwarte, ob der König mich zum Vorstande des Landwirtschaftlichen Zentralvereins ernennt, und dann nach München gehe, um mich zu orientieren. Hier beschäftige

ich mich neben meinen Geschäften mit Lesung landwirtschaftlicher Bücher, um dann recht salbungsvoll über Berbesserung der Bodenkultur reden zu können. Das Amt läßt nun freilich eine Fortsetzung der preußischen Karriere nicht zu, allein es bringt mich in so genaue Berbindung mit dem Kronprinzen und macht mich zu einer Art Bermittler zwischen dem Kronprinzen und dem König, daß ich zwar in eine sehr schwierige, aber ebenso lehrreiche als vielleicht für spätere hohe Staatsdienstpläne fruchtbringende Stellung gesetzt werde. Da man mir diese Stelle, ohne daß ich etwas verlangte, angeboten hat, der ich erst seit Wochen in München bekannt bin, so war es zu ehrenvoll, als daß ich ausschlagen konnte.

Am 26. Juni 1846 erfolgte die Entlassung aus dem preußischen Staatsdienste durch die Regierung zu Potsdam mit dem Wunsche, "daß der Rückblick auf die Zeit Ihres hiesigen Referendariats, während welcher Sie sich mit lebendiger Teilnahme dem Geschäftsleben widmeten, für Eure Durchlaucht nur angenehme Erinnerungen mit sich führen möge".

Un bie Bringeffin Amalie.

Schillingsfürft, 1. Juli 1846.

Wenn man in einem einsamen Schlosse, um bas die Winde heulen, ohne menschliche Gesellschaft, nur mit Büchern und Jagd beschäftigt, seinen Lebensmut erhält, so muß wohl die Luft daran schuld sein. Und diese Luft ift es auch, die mich an der neuen Tätigkeit, die mir bevorsteht. Bergnügen finden läßt. Allerdings ift diese Landwirtschaft wirklich pure Migwirtschaft, und barum studiere ich auch mit Gifer barauf bezügliche Bücher. Da tut sich mir denn ein neues Feld des Wissens auf, eine neue Welt der Erkenntnis, ich sehe die Menschen und das Bieh mit andern Augen an, erhalte Achtung vor Personen und Bestrebungen, die ich früher verachtete, und finde mehr und mehr ben alten Sat beftätigt, daß alle Philosophie, alle Abstraktion nur dann einen Wert hat, wenn sie auf die konkrete Basis einer möglichst großen und weiten positiven Renntnis ge-Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet und aus der Rücksicht, aründet ist. daß der Mensch, der von Natur faul ift, einen äußeren Antrieb zur Beschäftigung haben muß, wenn er nicht untergehen will, und daß ber Mann nur ein ganzer Mann ift, ber etwas Tüchtiges tut (im Gegensat jur Frau, die etwas fein muß), aus diefer Rucficht und vielen andern ift mir die in Aussicht gestellte Tätigkeit sehr erwunscht und erfreulich. Sollte, was noch immer nicht bestimmt ist, die Sache für mich gunstig ausgehen, fo febe ich darin einen gludlichen Wint bes Schickfals. 1) Wie gern faße ich jetzt einen Abend bei Euch in Mamas Zimmer! Ihr würdet

¹⁾ Der Fürst erhielt bas in Aussicht gestellte Amt nicht.

Eure Freude haben an dem frischen, frohlichen Mut, mit dem ich mir mein Leben gimmern will. Dann wollte ich auch ber lieben Mama ihre Sorgen möglichst verscheuchen und ihr sagen, daß Guftavs Plan, ben Winter nach Italien zu geben, gar nicht gefährlich ift, baß es zweierlei Menschen gibt und geben muß: die, welche sich und der Welt durch den freien Gebanken in ber Wiffenschaft und im Staat nuten, und andre, bie, an das Gegebene fich haltend, für ben positiven Glauben arbeiten, beffen Rulminationspunkt die tatholische Kirche ist. Daß man aber eines ober bas andre ergreifen könne, wenn man es aber ergriffen hat, auch ganz durchführen musse, daß deshalb auch der Aufenthalt in Rom Gustav nicht zu einem Jefuiten, sondern zum klaren und festen tatholischen Beiftlichen machen werbe, wie es Diepenbrock und Schwarzenberg, welche auch in Rom waren, geworben find. Alles, was man tut, muß man ganz tun; unfre Zeit der Widerspruche und des Kampfes verlangt, daß jeder feine Ueberzeugung ausspreche, daß er Partei nehme. Denn nicht jeder ift berufen, zu vermitteln, sondern in einer Partei mitzubauen, damit alles porbereitet werbe, wenn Gott die Stunde der Ausgleichung ober der Bereinigung schlagen läßt.

Mit dem Gefühle innerer Klarheit und männlicher Entschlossenheit, das die letzten Briefe erfüllt, war in dem Fürsten die Ueberzeugung entstanden, daß nunmehr auch der Zeitpunkt gekommen sei, der ihm am 7. April noch sern schien, der Zeitpunkt für die Vollendung seiner Existenz durch die Sehe. Wir sehen aus den folgenden Briefen, daß er freundlichen Gedanken befreundeter Personen, die ihm zu diesem Glück zu helsen wünschten, nicht mehr ablehnend begegnete.

An die Bringeffin Amalie.

Frankfurt, 8. August 1846.

... In Köln sagte mir Herr v. Berno, daß die Wittgensteins nach Schwalbach kämen. Onkel Konstantins Freund, Herr Müssens in Frankfurt, ist mit der Familie sehr bekannt. Nach seiner Aussage soll diese Familie ganz ausgezeichnet sein, und Herr Mülhens ist der ehrenhafteste, gemütlichste und eleganteste Wensch von der Welt. La personne principale soll ein Bunder von Liebenswürdigkeit und Natürlichkeit sein, fromm, gut u. s. w. Wäre ich nun nicht ein Vieh, wenn ich diese Gelegenheit, sie zu sehen, vorübergehen ließe? Die Dame soll trot ihrer 17 Jahre selbsständig sein und nicht leicht zu gewinnen. Der Eintritt in die Familie ist so leicht wie möglich. In Ostende sand ich Frau v. Lazarest und Prinzeß Fanny Biron, die mit Wittgensteins sehr genau befreundet ist. Beider Herzen habe ich mir durch ungemeine Liebenswürdigkeit, Mondscheinspromenaden, Seefahrten und Gesang erworden, so daß sie mich dringend Fark Hohenlohe, Ventwärdigkeiten.

einluben, sie in Schwalbach zu besuchen, wo sie bei Wittgensteins acht Tage bleiben wollen. Ohne je über ben Plan zu sprechen, ber mich bewegte, merkte ich, daß sie denselben Wunsch hegen, und da sie ungemein zart und taktvoll, dabei doch ein wenig intrigant sind, so gehe ich mit großer Seelenruhe in diese Falle, die ich mir von andern habe bauen lassen. Das Gewebe von Intrigen, welches ich zu dem einen Zwecke angesponnen habe, die Personen, die, ohne es zu wissen, dabei tätig waren, ist wahrhaft jesuitisch, und ich tue mir viel darauf zugute. In der Hauptsache aber könnt Ihr wohl überzeugt sein, daß ich nur ehrenhaft handeln und Gelzers zehnte Rede i nicht vergessen werde. Ich din von dem Ernst des Schritts, der sich an diese Reise knüpsen kann, wohl überzeugt, werde mich durch keine äußeren Verhältnisse bestimmen lassen, eine Lüge zum Begleiter meines Lebens zu machen. Ich habe Mut genug und Ruhe und Selbstbewußtsein, um die Sache vorsichtig zu betreiben.

Bingen, 5. Ottober 1846.

... Mit jedem Tage fühle ich mehr und mehr, welches unbeschreibeliche Glück mir unverdienterweise zugefallen ist. Jeder Tag bringt neue Annäherung, und zwar nicht gewöhnlicher Art, sondern eine jener innigen, verstandenen Konversationen, bei denen die Augen sich gegenseitig in Freude anleuchten, daß man auch hier, auch in diesem Punkte so von Grund der Seele übereinstimmt. Um so anerkennenswerter ist dies, als ich, wie Du weißt, nicht gern ernste Konversationen französisch führe, um so bewunderungswerter, als sie erst $17^{1/2}$ Jahre alt ist. Daß mir in solchem Beisammensein die Zeit wie im Paradies hingeht, kannst Du benken. Daß noch keine Erklärung ersolgt ist, gibt der ganzen Sache noch einen eigentümlichen Reiz.

Bingen, 30. Ottober 1846.

Nachdem die äußeren Rücksichten beseitigt, traten mir nun auf der Reise die inneren Beziehungen und Rücksichten recht klar und deutlich vor die Seele. Die Heiligkeit der Ehe ward mir klarer, die Notwendigkeit gegenseitiger unbegrenzter Liebe und unbedingten Bertrauens und alle ähnlichen Betrachtungen kamen mir vor die Augen und peinigten mich gewaltig. Denn ich mußte zwei Dinge anerkennen. Einmal, daß ich selbst mit meiner Zuneigung über ihre Gefühle nicht im klaren sei, ferner aber, daß eine Reise nach Bingen einer Deklaration sehr nahe kam und der Rücktritt dann sehr schwer werde. Diese Betrachtungen und Skrupel waren es denn auch, die mein Blut zum Herzen trieben und mir jene

¹⁾ Gelzer, Die Religion im Leben. Reben an Gebilbete. Zehnte Rebe: Die sittlich-religiöse Che.

unbehagliche Empfindung gaben, die den leichtsinnigsten und entschlossensten Menschen ergreift, wenn er im Begriffe ist, einen für das ganze Leben entscheidenden Schritt zu tun. So stieg ich denn a rather pale looking young man ans User und bewegte mich nach dem Hotel Viktoria. Niemand war zu Hause bis 1/25 Uhr. Ich hatte also Zeit zur Ruhe. Zur bestimmten Stunde kam ich in den Salon. Die Fürstin kam zuerst, hinter ihr eine andre schöne große Dame. Alles, was mir mißsallen hatte, sah ich nicht mehr, was ich aber sah, war ein freundlicher, verständnisinniger Blick, der mir wie ein milder Sonnenstrahl ins Herz siel und vor dem alle Zweisel und Skrupel wie Eis zerschmolzen. Bon diesem Augenblick an war aller embarras weg. Wir unterhielten uns dei Tisch mit jener extlusiven, alles vergessenden Gesprächigkeit, die aus dem frohen Behagen entspringt, sich nun nach langer und nicht zu langer Zeit wiederzusehen, jenem Behagen, jener Freude, die so viel Hossmung, so viel Glück in sich trägt.

München, 16. November 1846.

... Ich bleibe nun noch einige Zeit hier, ungefähr bis zum 3. Dezember, bann kehre ich nach Schillingsfürst zurück. Ich habe wieder recht schöne, liebe Briefe bekommen und sehe mehr und mehr, wie sich da eine ganze Welt des Vertrauens und der Sicherheit für mich eröffnet, die mir in allen Schwierigkeiten und Fatalitäten des Lebens gleichsam wie ein sicherer Hafen eine Zuslucht gibt ...

Minchen, 21. November 1846.

... Wenn ich erst verheiratet bin, dann werde ich mit neuer Kraft und Tätigkeit an mein Tagewerk gehen, gesährlich vielleicht, ehrenvoll immer. Es ist eine schöne Sache um eine großartige Tätigkeit für ein ganzes Land. Und in allen Arbeiten an eine gute, freundliche Frau zu benken, das ist ein großer Trost und eine Stärkung... Ich kann Gott nicht dankbar genug dasür sein. Ich habe ein solches Vertrauen in diesen Charakter, wie ich noch selten auf ein menschliches Wesen vertraut habe. Es ist in Beziehung auf Marie eine Stetigkeit und Unveränderlichkeit des Gesühls und der Gedanken über mich gekommen, von der ich früher keinen Begriff hatte.

Königs waren sehr gnäbig gegen mich. Ich habe auch die Bekanntsichaft des Herzogs von Leuchtenberg und des Kronprinzen von Schweden gemacht. Deux jeunes gens fort aimables.

Frankfurt, 80. Dezember 1846.

Seit brei Tagen bin ich hier, und wenn ich Dir alles sagen wollte und könnte, was mich jetzt bewegt, so müßte ich Zeit, Ruhe und immenses Talent haben. Bon bem Augenblick an, als ich abends im Salon, am Ramin wartend, Marie freundlich und seelenvergnügt mir entgegenspringen sah und wir, glücklicherweise allein, beide vor Freude kein Wort sprechen konnten, seitdem ich sie nun jeden Tag sehe, spreche und unsre Konversation nie ausgeht, seit ich sie wiedergesehen habe so schön, ausrichtig, edel und alles, was man sonst sein kann, liebe ich sie nicht mehr mit der ruhigen Uederzeugung ihrer guten Eigenschaften, nicht mehr so, ich möchte sagen, bräutigammäßig, sondern ich din — c'est une expression un peu triviale — verliedt, unruhig, siederhaft . . . Und dabei müssen voch etwas Romödie spielen, da die Deklaration erst in einigen Tagen stattsinden kann.

Am 16. Februar 1847 vermählte sich ber Fürst zu Franksurt a. M. mit der Prinzessin Marie zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg. Das junge Paar begab sich zunächst nach Corvey, von wo der Fürst am 5. März an die Prinzessin Amalie schrieb:

• Ich habe kein andres Gefühl als das einer fröhlichen Frühjahrssftimmung, wenn man unter einem schattigen Baum auf einem nicht zu hohen Berg liegt und die Wolken über sich am blauen Himmel ziehen sieht. Denn mag draußen über dem Ziegenberg eine graue Schneewolke nach der andern herüberziehen, mich kümmert das wenig, denn ich din glücklich und innerlich zufrieden, und ein seltsames Gefühl der Dankbarkeit erfüllt mein Herz gegen Gott, der die Schritte der Menschen so freundlich leitet zum Segen und zur Freude.

Wir haben hier bas vernünftigfte, Marste, schönfte Leben, bas einem Sterblichen zuteil werden kann. Wenn ich morgens zwischen 8 und 9 Uhr aufstehe, mache ich gewöhnlich einen Spazierritt, bann komme ich gerabe zurück, wenn Marie fertig ist. Dann frühstücken wir zusammen im gelben Zimmer, freuen uns jeden Tag über den guten Kaffee oder eine neue Sorte Ruchen, mit der uns der Roch überrascht, und unterhalten uns bis gegen 11 Uhr, wo ich in mein Zimmer gebe, um meine Geschäfte zu besorgen, während Marie lieft, Rlavier spielt ober sich sonst beschäftigt. 2 Uhr bin ich fertig, bann gehen wir ein wenig in die Allee, wenn das Wetter schon ist, um dem Postboten zu begegnen, wo wir dann auf der Straße die Briefe lesen. Nach 2 Uhr effen wir, ebenfalls im gelben Bimmer, und fahren bann im kleinen Wagen gegen Gobelheim, Brenthausen ober nach bem Chausseehaus über die Weser, mitunter reiten wir beide, Marie in einem schönen braunen Kleid und schwarzem Hut auf dem Fuchs, der so ruhig geht wie ein Badeesel. Zuruckgekehrt finde ich gewöhnlich Debie 1) in meinem Zimmer, ber mir feine Angelegenheiten und fonftigen Neuigkeiten mitteilt. Abends lefen wir bis jum Tee alle mog-

¹⁾ Rammerrat Debié, fürstlicher Beamter in Corvey.

lichen Bücher ober machen Musik... Ein solches Glück wird aber besonders badurch gehoben, daß man weiß, daß man nun doch nicht allein auf das idyllische Leben angewiesen ist, sondern nach wie vor am großen Rade der Zeit mitdrehen kann und besser als vorher und nicht eine Last von Sorgen uns in den Schmutz einer mediatisserten Langweile herunterzieht...

Der Aufenthalt in Corvey wurde bis zum 29. April ausgebehnt. Dann reiste das fürstliche Paar über Berlin nach Schlesien. Am 29. Juni 1847 fand der Einzug in Schillingsfürst statt.

3meites Buch

Die Revolution und die Reichsgesandtschaft

1848 bis 1850

m November und Dezember 1847 war der Fürst mit einem Aufsatze "über den politischen Zustand Deutschlands, seine Gesahren und die Mittel zur Abwehr" beschäftigt, von dem der Entwurf und einzelne Aussführungen vorliegen. Die durch alle Kreise Deutschlands verbreitete Unzufriedenheit sollte durch eine Betrachtung der Zustände in Oesterreich, Preußen und den kleineren Staaten erklärt werden. Ausgeführt ist die solgende Betrachtung über Preußen:

Die Geschichte seit dem Emportommen des Hauses Hohenzollern als Rurfürften und Ronige bat biefem Saufe ftets bie Stellung angewiefen, ben Protestantismus in Deutschland zu vertreten. Wenn und solange Breufen ben Protestantismus in der weitesten Bebeutung, nämlich die freie Entwicklung bes menschlichen Geistes innerhalb ber gesetzlichen Sphare beschützte und als das Motto seiner Handlungen die Wahrheit festhielt. daß eine Regierung dem Geift ber Zeit voranschreiten und zuvorkommen musse. so lange war Preußen an ber Spitze bes beutschen Bolks, geachtet und gefürchtet von seinen Feinden. Wenn und sobald aber die preußische Regierung ihre Stellung verkannte, so versant sie in bas Labyrinth ber Inkonsequenz, die jeden Staat an den Rand des Berberbens bringt. In einem folchen Abgrund lag Preußen 1806. Da vermochte es nur bas wahrhaft staatsmannische Talent eines Stein und seiner gleichgefinnten. begeisterten Freunde, den Staat aus dem Schmutze einer Miserabilität ohnegleichen zu retten. Die Gesetze, die damals gegeben wurden, haben dem Bolke die Freude am Baterlande und dadurch die Liebe zu diesem wiedergegeben und mit dieser Baterlandsliebe bie Rraft, sich von der Allein dieser Erfolg war nur der Anfang Frembberrschaft zu befreien. zu weiterer Entwicklung des Volks. Die reaktionären Bestrebungen der Regierung von 1817 bis 1840 konnten es nicht verhindern, daß jene Gesetgebung ihre segensreichen Früchte trug. Die Städteordnung von 1808, die agrarischen Gesetze, das ganze trot aller Unterbrückung bes ftändischen Lebens fortdauernde mehr demokratische System der Regierung. die Freiheit der Religionsübung, die unter dem philosophischen Ministerium Altenstein geförderte freie geistige Entwicklung, endlich aber jener unverlöschliche Eindruck, ben eine Zeit ber Begeisterung ohnegleichen fort und fort auf die alte und auch auf die neu heranwachsende Generation ausübte, hatten zur Folge, daß sich ein wenn auch nicht frei rebendes, doch frei benkendes Bolk gebildet hatte, ein Bolk, das sustematisch einer Teilnahme am Staat entgegengebildet worden war. Dieses Bolk glaubte sich zu Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms IV. aus dessen Worten zu einer Hossung auf Erfüllung seiner Wünsche, die seit dem Jahre 1817 geschwiegen, aber nicht geschlasen hatten, berechtigt. Allein die Regierung schlug einen andern Weg ein als den, den das Bolk erwartete . . .

Bekannt ist das kirchliche System der Regierung Friedrich Wilhelms III. Es war nicht auf unbeschränkte kirchliche und religiöse Freiheit gegrundet, was insbesondere seine Magregeln gegen die tatholische Rirche und die teilweise gezwungene Einführung der Union, die Unterdrückung und Berfolgung ber sogenannten Altlutheraner zeigte. Allein, wenn wir fragen, warum diese Maßregeln eine mehr partielle als allgemeine Aufregung hervorgerufen haben, warum biefe Ereigniffe ohne weitere Folgen vorübergingen, so konnen wir biefe Erscheinung nur baraus erklären, bag trot aller Eigenmacht, trot aller Uebergriffe bas Regierungsspftem Friedrich Wilhelms III. ein protestantisches war, daß diese Uebergriffe und Dißgriffe eben aus ber Freifinnigkeit ber Regierung hervorgingen und beshalb die Gewiffen nicht beunruhigten. Ja, es zeigten diese Handlungen die alten Symptome bes Preugentums, bie Aufflärung mit bem Stocke zu verfündigen, ju febr an ber Stirn, fie maren beshalb, mehr als man es glaubt, ju febr in Uebereinstimmung mit bem Geiste ber Nation, als bag mehr benn eine bloß momentane Unzufriedenheit baraus entstehen konnte. Die freie Forschung, die dem Preußen angeborene rasonierende Philosophie, blieb unangetaftet.

Das Ministerium Gichhorn — wer will es leugnen? — steht auf einem antipreußischen Grund und Boden. Bekannt und nicht zu beweisen ist sein System bes orthodoxen Protestantismus.

Ueber die Gefahr der allgemeinen Unzufriedenheit schreibt der Fürst: Die eigentliche Gefahr sind nicht die Parteien der Rommunisten, Sozialisten und Radikalen, deren es in jedem Staat und zu allen Zeiten gegeben hat, die eigentliche Gesahr sind nicht die im stillen wirkenden Bäter der Gesellschaft Jesu und ihrer Freunde, die die Verdumpfung des Volks als das einzige Heil, den einzigen Rettungsanker darstellen, die eigentliche Gesahr ist die, daß die Unzufriedenheit, von der jene Parteien so geschickt Gebrauch zu machen wissen, so allgemein verbreitet, so wohl begründet ist. Wie der Mensch, wenn er zum Bewußtsein seiner selbst, wenn er nach sorgsältiger Erziehung und jugendlicher Ersahrung auf den Höhenpunkt der freien Selbstbestimmung und tatkräftigen Handelns gelangt ist, nun in eine Zeit tritt, in der er jede Hand zurückweist, die ihn weiterssühren will, um allein den Weg zu betreten, den er für den guten hält,

so hat auch die Geschichte aller Völker eine Epoche, wo sie zum Selbstewußtsein und zum Wunsche der freien Selbstbestimmung gelangen. In einer solchen Zeit werden die wohlgemeintesten Handlungen der besten Regierungen verkannt, die eifrigste Pflichterfüllung einer bevormundenden Beamtenwelt als ungenügend angesehen, wenn diese Regierungen, diese Beamten die Mündigkeit des Volks nicht anerkennen und aus Gewohnheit oder falsch verstandenem Interesse auf der alten Bahn sortschreiten.

Wir find in Deutschland auf einem folchen Puntte angelangt. Wohin wir sehen, regt sich eine Teilnahme bes Bolts an den öffentlichen Angelegenheiten, wie noch zu feiner Beit. Aber bie Regierungen verkennen biefe Bewegung. Gie feben ober wollen in biefer Bewegung nur bas Treiben einer propaganbistischen radikalen Clique finden und erfüllen sich mit Mißtrauen. Ein Grund der Unzufriedenheit ift in Deutschland allgemein verbreitet, jeder benkende deutsche Mann empfindet ihn tief und schmerzlich. Es ift die Rullität Deutschlands gegenüber ben andern Staaten. Man fage uns nicht, daß Defterreich und Preußen als Großmächte die Macht Deutschlands nach außen vertreten. Ginesteils vertritt Defterreich nach außen gar wenig, weil ihm die innere Kraft fehlt, andernteils hat Breußen, wenn man recht offen sein will, boch nur eine gebulbete Stellung unter ben Großmächten und wird auch biefe Stellung, wenn die politische Bewegung im Innern so fortgebt, wie sie begonnen hat, nicht lange mehr halten. Endlich aber find bas boch nur Preugen und Defterreich, und ber übrige Teil von Deutschland spielt immer die Nebenrolle und ben kannegießernden Zuschauer. Niemand wird leugnen, daß es für einen benkenden, tatkräftigen Mann ein trauriges Los ift, in der Fremde nicht sagen zu können: ich bin ein Deutscher, nicht mit Stolz die deutsche Flagge auf seinem Schiffe zu feben, in Bedrangniffen teinen beutschen Ronful zu finden, sondern fich sagen zu muffen: ich bin ein Rurheffe, ein Darmftabter, ein Bückeburger, mein Vaterland war einmal ein großes, mächtiges Land, jest ift es zersplittert in achtunddreißig Lappen. Und wenn wir die Rarte betrachten und feben, wie Oftfee, Nordfee und Mittelmeer an unfre Ruften schlagen und kein beutsches Schiff, keine beutsche Flagge auf ber See ben ftolzen Englandern und Frangofen ben üblichen Gruß abzwingt, muß uns ba nicht die Farbe ber Scham von dem schwarzrotgolbenen Banbe allein übrigbleiben und in die Wange steigen? Und muß das elende Gerede über Einheit Deutschlands und deutsche Nation nicht so lange lächerlich und betrübt bleiben, bis das Wort kein leerer Schall, keine Phantasmagorie unsers gutmutigen Optimismus mehr ift, sondern wir wirklich ein großes, einiges Deutschland haben? Der durch ben Bollverein mächtig heranwachsenden Industrie genügt ber Sandel in seiner bestehenden Ausbehnung nicht mehr, ber reiche Handelsstand sucht auswärtige Märkte und überseeische Verbindungen. Nun werden sich die Klagen über die mangelnde beutsche Flotte mehren und die Frage der Einheit Deutschlands, der wirklich politisch vertretbaren Einheit, wird mit erneuerter Kraft in der nun freien Presse behandelt werden.

Es ist ein Jrrtum, die Revolution durch liberale Reformen in den Einzelstaaten ohne Resorm der Gesamtversassung Deutschlands verhindern zu wollen. Die freie Presse ist eine Notwendigkeit, der Fortschritt ist eine Bedingung der Existenz der Staaten. Aber wenn wir die Presse freigeben wollen, müssen wir wissen und uns klarmachen, was von ihr gesagt und wiedergesagt in das Gemüt der Staatsbürger dringt und Früchte trägt. Wir müssen uns fragen: wollen wir diese Früchte? Wenn wir sortschreiten, müssen wir offenen Augen fortschreiten und die Augen recht aufmachen. Ehe wir ein ganzes Land auf einen Weg gehen lassen, müssen wir wissen, wohin dieser Weg führt. Es ist eine beklagenswerte Täuschung vieler wohlmeinender Staatsmänner, wenn sie in Deutschlands setzigem Zustande den Fortschritt für etwas Unschädliches halten. Der Fortschritt führt zur Revolution. Ein hartes Wort, aber gewiß ein wahres!

Ueber die Absicht des ganzen Aufsates äußert sich die folgende Bemerkung: "Aus dem fraglichen Aufsate ist eine Darstellung zu machen, in der gezeigt wird, daß der ganze jetzige Fortschrittslärm zur Revolution sührt, wenn man die Sache nicht am rechten Punkte ansaßt. Solange dies, eine Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse, nicht von den Regierungen mit Ernst und Ausopserung angegriffen wird, solange sührt das ganze Fortschrittse und Konzessionswesen zur Revolution. Solange ich also eine solche Stimmung nicht sehe, din ich ultrakonservativ, weil ich darin mehr Garantie für die Ruhe des Vaterlandes sinde. Ich will nicht Mitarbeiter an einer Revolution sein, und wenn über Deutschland die Revolution nach dem Vordilde von 1789 einbricht und man den Abel vernichtet, so will ich wenigstens nicht sagen, daß ich mich durch eignen Unverstand dahin gebracht habe."

Am 3. März 1848 schrieb ber Fürst an die Prinzessin Amalie von Schillingsfürst: "Also wir stehen jett nicht mehr am Vorabende großer Ereignisse, sondern mitten darinnen. Wir müssen jett auf alles gefaßt sein. 1) Nachdem der erste Augenblick der Aufregung vorüber ist, sehe ich mit Ruhe dem entgegen, was kommen wird, und werde nicht untätig bleiben."

Am 31. Mars heißt es in einem Briefe aus München: "Wenn ich Dir bisher nicht geschrieben habe, so war es nicht Mangel an Schreibluft,

¹⁾ Nach ben revolutionären Bolksversammlungen, die in verschiebenen Städten Sübbeutschlands stattsanden und von den Regierungen geduldet wurden.

sondern vollkommene Unmöglichkeit. Ich bin so mit allen Segeln im Meer der politischen Tätigkeit eingefahren, daß ich meine Zeit nur zwischen Konferenzen und Schreiben geteilt habe. Ich beschäftige mich jetzt mit der Vordereitung auf unsre Sitzungen, die acht Tage ausgesetzt sind. Daß ich Mitglied von drei Kommissionen auf einmal geworden bin, zeugt von der Absicht meiner Kollegen, mich vorzuschieben."

Am 3. April: "Finfter sieht es allerbings aus in ber Welt bis in bie nächste Rabe, aber keinesweas in meinem Innern. Wenn man erft ben einen unangenehmen Moment bes Aufwachens aus bem Zivilisations= schlaf überstanden und sich die Augen ausgerieben hat und um sich sieht. baß bas, mas wir von Mord, Totschlag, Best und hunger, Berarmung und bergleichen gelesen haben, nun auch uns einmal recht nabe kommen könne, wenn man biesen ersten Schrecken überstanden hat, ohne wie der gute Großherzog von Weimar in Ohnmacht zu fallen — bas Weitere erträgt fich leicht. Denn das innere Licht bes Geiftes brennt noch recht hell und freundlich, und das kann uns doch niemand auslöschen. alle Aeußerlichkeiten bes Lebens bin ich so erst in ben letten Jahren mehr aufmerksam geworben und werbe sie leicht wieder entbehren. Denn bas werben wir vor allem verlieren, ben Nimbus unfrer fürstlichen Stellung, auch für die Pairswurde habe ich keine großen Hoffnungen. fonst ruhig abgeht, ob wir zu bem Ziele einer politischen Einigung Deutschlands ohne ben Zwischenraum einer Anarchie und gräßlichen Blutvergießens gelangen werden, scheint mir zweifelhaft."

Die Befürchtung gewaltsamer Ereignisse, die sich in diesen Worten ausspricht, sindet sich auch in der nachfolgenden Aufzeichnung vom 7. April über die Ergebnisse des Frankfurter Vorparlaments:

Die Versammlung in Frankfurt hat einen Beschluß gefaßt, nach dem binnen vier Wochen eine konstituierende Nationalversammlung in Frankfurt zusammentreten muß.

Indem die deutschen Regierungen hierzu die Hand bieten, sind sie verloren. Die konstituierende Nationalversammlung wird über die Resorganisation Deutschlands beraten. Sie wird entscheiden, ob Deutschland Republik oder konstitutionelle Monarchie werden soll, ob die einzelnen Regierungen fortbestehen sollen oder nicht.

Im günstigsten Falle werden also die Monarchen aus den Händen des Bolks ihre Krone, ihr Mandat zum Weiterregieren mit höflichem Dank empfangen. In einem weniger günstigen Falle werden sie von dem konstituierenden Parlament gebeten werden, den Agenten der provisorischen Regierung Platz zu machen. Bis zum 1. Mai ist also die Existenz der deutschen Regierungen eine gefristete. Denn wer bürgt für den Ausfall der Wahlen? Wer kann diese Wahlen so leiten, daß sie konservativ aus-

fallen? Und wenn sie konservativ ausfallen, wenn bann die deutschen Regierungen die Erlaubnis erhalten, fortzubestehen, wird eine solche Existenz nicht ein bloßes Begetieren sein, ein weitergefristetes Dasein dis zu dem Zeitpunkte, wo es einer andern Bersammlung nötig scheinen wird, ihnen dieses Dasein zu rauben?

Soweit ist es also gekommen durch die Weisheit unser Regenten! Soweit ist es gekommen, daß jedes Recht in Zweifel gestellt wird, das seit Jahrtausenden bestanden hat. Das wenige, was sich die deutschen Regierungen dis heute an Kraft und Ansehen erhalten haben, es wird im günftigsten Falle am 1. Mai eine Lächerlichkeit sein. Wit der Kraft und dem Ansehen der Regierungen, mit einem auf gesetzlichem Boden gegründeten Rechtszustand der Staaten stürzen aber auch die Rechte der einzelnen, die persönliche Freiheit und das Eigentum unwiderrusslich zusammen!

Ist aber dieser Zustand der Auflösung, den wir als unvermeidlich voraussehen, ein aus dem Willen des deutschen Bolks hervorgehender, ist es nicht vielmehr die revolutionäre Minderheit, die uns in einen solchen Abgrund wissentlich und unwissentlich stürzen will? Wahrlich, ich sage es mit Schaudern, der Schlaf, in den das deutsche Bolk von seinen Regierungen seit dreißig Jahren eingewiegt worden ist, er ist noch nicht vollständig aus den Augen gerieben. Das deutsche Bolk wird aber die Augen aufmachen, wenn die verderbendringende Woge der Anarchie über seinem Haupte zusammenschlägt. Dann wird es staunen, daß es einem kleinen, aber tätigen Häuslein von Republikanern und Kommunisten gelungen ist, Deutschland zugrunde zu richten. Dann wird es sich selbst das fürchterzliche Wort zurusen: Zu spät!

Ist es aber jett zu spät? Der beutsche Mann, der noch an die Tattraft und den guten Willen der Regierungen glaubt, muß nein sagen.

Noch haben die Regierungen Zeit, nicht eine konstituierende Bersammlung, sondern ein Parlament zu berusen. Noch haben sie Zeit, eine Fürstenkammer zu bilden, ein Bundeshaupt zu ernennen. Die freisgewählten Bolksvertreter werden neben dem Hause der Fürsten ein auf breitester Basis gegründetes Volksparlament bilden. So gestaltet, wird die Versammlung nicht das Geseh umstürzen, sondern begründen. Nur so und auf diese Art, nicht aber, wenn die Regierungen ängstlich schweigend zusehen, werden sie sich erhalten, wird Deutschland ein einiges freies, wird die Anarchie abgewendet werden.

Am 12. April 1848 schreibt ber Fürst seiner Schwester: "Man gibt mir fürchterlich zu tun. Heute abend um 6 Uhr habe ich ein Reserat über einen Gegenstand vorzutragen, den ich eben, das heißt um 5 Uhr, erhalten habe: das Wahlaesek zur Versammlung in Franksurt."

Am 13. April fand die Plenarsitzung der Kammer der Reichsräte Im Beginne seines Vortrags sagte ber Fürst: "In bezug auf bas Gefet, im allgemeinen barf ich wohl sagen, daß wir es mit Freude begrußen. Es ist ber erste bebeutenbe, ich mochte sagen, fühlbare Schritt, ber das beutsche Bolt der Erreichung seines sehnlichsten Bunsches entgegenführt. Tief im Bergen aller Deutschen lebt ber begeisternbe Glaube an ein einiges, freies, traftiges beutsches Baterland. Dieser Glaube ift zur Tat, ber Bunich bes Bolks ift zum bringenden Verlangen geworben. Es wird ihm ein gesehmäßiger Weg burch biesen Gesehentwurf vorbereitet geebnet. Die Versammlung der Volksvertreter wird uns von der Anarchie retten, die noch immer brobend über dem Baterlande schwebt. Die Bolksvertretung am Bunde wird das Bett fein, in dem die Wogen der allgemeinen politischen Erregung als Strom babinfließen werben. Sie wird es sein im Gegensake zu jenem alten Bundestage, der allerdings auch ein Bett war, in bem aber bas beutsche Bolt breißig Jahre geschlafen hat einen Schlaf, aus dem nur der Sturm der neuen Reit mit Gewalt uns ermeden fonnte."

An bie Pringeffin Amalie.

München, 24. Mai 1848.

Ich habe Dir am 3. Mai geschrieben, aber nur angefangen, heute will ich es von neuem tun, weil mir immer beibe Tage besonders wehmutig ums Berg ift und Du vor allen mit mir übereinstimmst. 1) Es ist gar wohltuend, in dem muften Treiben der politischen Eriftens sich von Beit zu Beit zuruckzutouchen in eine beffere Beit und in ihren Schmerz. Gerade so ist es, wenn man von Zeit zu Zeit in eine Kirche geht, was ich besonders gern jetzt tue, wo die wunderschönen Maiandachten in der Dämmerung gehalten werben. Denn in ber politischen Beschäftigung, bie recht nüglich und mir recht angenehm ift, zehrt sich bas Gemut ganz auf, und ber Mensch wird zum berechnenden egoistischen Besen. Ich habe ben heutigen Tag mit einem oratorischen Triumph gefeiert, auf den ich sehr stolz bin und von dem ich Dir munblich mehr erzählen werde. Unser Landtag zieht fich von einem Tage zum andern hin, zum Teil beshalb, weil ber Hof Zeit gewinnen will und zu reagieren ober zu reaktionieren anfängt. Ein solcher reaktionärer Bersuch ber Hofpartei hat mir heute Morgen Gelegenheit gegeben, diese Partei niederzudonnern, wodurch nebenbei nun unfre Geschäfte beschleunigt werben.2)

¹⁾ Der 24. Mai war ber Geburtstag, der 8. Mai der Todestag des Fürsten Philipp Ernst.

²⁾ Die Rebe bes Fürsten bezog sich auf das Geset über die Ministerverantwortlichkeit. Die Augsburger Allgemeine Zeitung berichtet: "Die Fürsten Waller-

Nachdem der Landtag am 5. Juni geschlossen war, hatte die praktische politische Tätigkeit des Fürsten zunächst ihr Ende erreicht, und er war während des Sommers auf die Rolle des Zuschauers beschränkt. Ueber die Tätigkeit des Franksurter Parlaments schrieb er aus Franksurt am 31. August: "Bon politischen Berhältnissen kann ich Dir nur so viel sagen, daß es mit der deutschen Einheit ziemlich schief zu geben scheint. Man hat hier die Zeit, wo das Eisen warm war und wo man die Einheit hätte schwieden können, mit dummen, einfältigen Schwätzereien verdracht, und jetzt sind die einzelnen Nationalitäten so erstarkt, insbesondere Preußen, daß wir weiter von der Einheit sind als je. Die ganze Nationalversamm-lung ist jetzt lächerlich. O Deutschland!"

Wiesbaben, 23. September 1848.

Wie schnell die politischen Verhältnisse sich andern können, zeigt die Frankfurter Revolte, wo nicht viel gefehlt hatte, daß man die rote Republik ausrief. Unfre ganzen fozialen und politischen Berhältniffe find furchtbar zerrüttet, insbesondere im Sudwesten von Deutschland und überall da, wo das Christentum seit Jahren ausgerottet ift. Diese Berworfenheit zeigt die Ermordung Lichnowskys und Auerswalds, über die ich nicht imstande bin mehr zu schreiben. Es ift die grausenhafteste Tat, die je die Weltgeschichte gesehen hat. So groß ist aber die Verblendung unter den Deutschen, daß selbst die scheußlichsten Berbrechen ohne Gindruck vorübergehen und das ganze Bolt bennoch aus bloger purer Dummheit ber Barbarei und bem Untergang ber Zivilisation jeben Tag mehr und mehr in die Arme rennt. Es legt fich mehr und mehr eine Hoffnungslofigkeit ohnegleichen über mein politisches Bewußtsein. Bu bem Aufblühen eines großen freien Deutschlands, an das ich noch vor zwei Monaten geglaubt, gehört ein gesundes, fraftiges und frommes Bolt. Mit Steptifern und da, wo ber Zweifel in die untersten Schichten ber Gesellschaft eingebrungen ift, kann man kein ftaatliches Leben mehr hervorrufen. Da geht die soziale und staatliche Ordnung zugrunde. Reine Zeit hat in dieser Beziehung mehr Aehnlichkeit mit ber unsern als die des Untergangs des römischen Reichs. Christentum und Livilisation werden sich ein andres, gesunderes Volk aussuchen als das europäische. Es ist, als wollte Gott die Zivilisation nie bis zu ihrem Kulminationspunkt kommen lassen, damit der arme Erdenwurm nicht gar zu übermütig werbe.

stein, Leiningen und Hohenlohe begrüßten das Gesetz als einen erfreulichen Fortsschritt, sahen aber in demselben doch nur einen Uebergang zur Verwirklichung des wahren konstitutionellen Prinzips." Seit dem 19. April waren die Sitzungen der Kammer der Reichstäte öffentlich.

Trot dieser pessimistischen Beurteilung der Entwicklung entzog sich der Fürst der an ihn ergehenden Aufsorderung zu politischer Tätigkeit nicht. Durch das Geset vom 28. Juni 1848 war "bis zur desinitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland" eine "provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation" eingesetzt worden. Diese hatte unter anderm "die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen".

Durch Rundschreiben ber provisorischen Zentralgewalt vom 20. Geptember wurden die Einzelstaaten aufgeforbert, ihre Bertretungen im Auslande gurudtaugieben ober burch biefe wenigstens erklaren gu laffen, bag die politische Vertretung Deutschlands in den Gesamtangelegenheiten der Nation ausschließlich in ben Händen ber Reichsgesandten liege. "Eines Tages," so melbet eine mit Bleistift geschriebene, nicht batierte Aufzeichnung bes Fürsten, 1) "tam ein Universitätsfreund ber Beibelberger Zeit zu mir und teilte mir mit, das Reichsministerium beabsichtige, mir eine Mission anzuvertrauen. Bayrische Abgeordnete zum Reichstage hatten meine Tätigfeit im bayrischen Reichsrate erzählt und meine rege Anteilnahme an der Politik jener Tage gerühmt. Allerdings warnten mich erfahrene alte Diplomaten, setzten mir auseinander, daß bas neue Reich keine Dauer verspreche und rieten mir, mich nicht auf ein wankenbes Schiff zu begeben. Ich glaubte ihnen nicht. Ich hoffte auf ben Sieg ber preußisch-beutschen Ibee. Dazu kam, daß die Gefandten, die das Reich bis dahin ausgeschickt hatte, eine ziemlich trifte Rolle gespielt hatten, und ich meinte in jugendlichem Selbstbewußtsein, daß ich das beffer machen und das Reich mit mehr Nachbruck werbe vertreten und zur Geltung bringen konnen. Ich war jung und hatte eine mutige, reifeluftige Frau." Durch ein Schreiben bes Ministers v. Schmerling vom 1. November 1848 erhielt ber Fürst bie amtliche Mitteilung, daß ber Reichsverweser ihn erwählt habe, "um seinen Antritt als Reichsverwefer an ben Sofen zu Athen, Rom und Floreng gu notifizieren". Ein Schreiben bes Ministers v. Schmerling vom 13. November übermittelt bem Fürften die Notifikationsschreiben für ben Bapft, ben König von Griechenland und ben Großherzog von Toskana. Für die Instruktion bes Fürsten wird Bezug genommen auf bie ihm übersandten Abschriften von Instruktionen 2) und auf mündliche Mitteilungen des Unter-

¹⁾ Diese Aufzeichnung stammt offenbar aus ben letzen Monaten bes Fürsten und ist anscheinend die einzige Spur bes Beginns der Arbeit, die er noch aussführen wollte.

²⁾ Es waren bies die Instructionen für den Reichsgesandten v. Raumer in Paris, den Gesandten Dr. Heckscher bei der sardinischen und sizilianischen Regierung und die Reichskommissare Welder und Oberst Wosle in Wien und Olmütz —

staatssekretärs v. Biegeleben. Unter den Instruktionen befindet sich auch ein Rundschreiben der Zentralgewalt vom 14. November, das die vorläufige Stellung und Seschäftssührung der Reichsgesandtschaften regelt, solange die Einzelstaaten noch Gesandte beglaubigt haben.

Der Fürst verließ in Begleitung seiner Gemahlin Schillingsfürst im November 1848 und begab sich über Belsort, Lyon, Avignon nach Marseille mit der Absicht, sich dort nach Civitavecchia einzuschiffen, um seinen Austrag zunächst bei dem Papste auszusühren. Als Sekretär war ihm Herr v. Schack zugesellt worden. Die Nachricht von dem Ausbruche der Revolution in Rom und der Flucht des Papstes, die der Fürst in Marseille durch römische Prälaten erhielt, veranlaßte ihn, sich zunächst nach Athen zu begeben. Hierüber berichtet er dem Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten am 29. November 1848:

Da Sie bereits durch die Zeitungen von den Ereignissen in Rom Renntnis erhalten haben werden, so unterlasse ich es, die mir von Augenzeugen mitgeteilten Einzelheiten zu berichten, sehe mich aber durch die neueste wichtige Nachricht zu einem kurzen Berichte veranlaßt.

Die durch die hiesigen Blätter verkündigte Nachricht von der Flucht des Papftes aus Rom unterliegt teinem Zweifel, fie ift mir burch bie mundlichen Erzählungen zweier geflüchteter Pralaten aus ber Umgebung Seiner Beiligkeit bestätigt worben. Der Bapft hat sich banach unter ben Schut bes frangöfischen Gesandten an Bord bes "Tenare" begeben und aus Stalien entfernt. Welche Richtung bas Schiff eingeschlagen bat, ift bis jest nicht zu erfahren. An die Rucklehr des Papstes nach Rom ist in ben nächsten Wochen nicht zu benten. Auf biese Art ist nun für ben Augenblick meine Sendung nach Rom unmöglich gemacht, und ich bin entschlossen, am 1. Dezember mit bem Dampfschiffe birekt nach Athen abzureisen, um in der Zwischenzeit wenigstens diesen Teil meines Auftrags zu erledigen. Möglicherweise kann mahrend biefer Zeit ein Umschwung ber Dinge zum Besseren erfolgen und der Bapft burch die Wünsche der Beffergefinnten zurückgerufen ober burch bie morgen von hier abgehenden französischen Truppen die Ordnung wiederhergestellt werden. Möglicherweise kann aber auch die Proklamierung der Republik das Resultat dieser Umwalzung fein. Dit einem folden Ereigniffe murbe aber felbstrebend die Politik in der italienischen Kriegsfrage eine wesentliche Aenderung erleiden, und es möchten bann von der neuen republikanischen Regierung Unsichten manifestiert werden, die mit den Grundsätzen der Zentralgewalt in Wiberspruch stehen. Denn wenn auch die Zentralgewalt von Deutsch-

betreffend die Stellung der Zentralgewalt zu den Friedensverhandlungen zwischen Desterreich und Sardinien und den italienischen Angelegenheiten.

land die Selbständigkeit und nationale Kräftigung von Italien wünschen muß und sich in die inneren Angelegenheiten der italienischen Staaten nicht einzumischen gedenkt, so sind doch mit der Bildung der neuen radikalen Regierungen in Italien Grundsätze in die italienische Politik gekommen, die eine friedliche Lösung der oberitalienischen Frage auf der von Deutsch-land bisher festgehaltenen Grundlage nicht erwarten lassen.

Es ist mir daher zu wissen nötig, ob meine Mission nach Rom im Falle der Proklamierung der Republik als beendigt anzusehen, ob ich noch einer speziellen Sendung an den Heiligen Vater, im Falle seiner gänzlichen Entsernung auf lange Zeit von Rom und dem Kirchenstaat, entgegenzusehen habe und endlich welche weiteren Instruktionen über mein Verhalten gegenüber den radikalen Regierungen Italiens mir von dem Reichsministerium gegeben werden wollen.

Ich ersuche Sie daher, Herr Reichsminister, mir gütigst die nötigen Weisungen nach Athen unter der Abresse der preußischen Gesandtschaft zukommen lassen zu wollen.

Am 1. Dezember schifften sich die Reisenden auf dem "Telémaque" nach Neapel ein, lagen einen Tag vor der Stadt und suhren dann auf dem "Scamandre" weiter durch die Meerenge von Messina nach Malta, wo sie einen Tag verweilten. Es folgte dann eine stürmische Fahrt um das Rap Matapan. Erst am 11. Dezember kamen die Reisenden im Piräus an und nahmen in Athen im Hotel d'Angleterre Quartier.

An den Reichsminifter ber Auswärtigen Angelegenheiten. Athen, 17. Dezember 1848.

Unerwartete Hinderniffe verzögerten die Seereise von Marseille nach dem Piräus, so daß ich erst am 11. abends hier eintraf. Ich übersandte am folgenden Morgen die Schreiben in der vorgeschriebenen Form an den Minister Kolototroni, ward von ihm zu einer Besprechung eingeladen und erhielt nach gegebenen Erläuterungen das Versprechen möglichster Besförderung meiner Angelegenheit.

Die seierliche Audienz sand auch gleich am daraufsolgenden Tage, dem 13. dieses Monats, statt. Seine Majestät der König empfing mich im Thronsaal nicht weit vom Throne stehend in Gegenwart des Ministers Rolodotroni, des Hosmarschalls und zweier Abjutanten. Meine dem Inhalte des zu übergebenden Schreibens entsprechende Anrede hörte der König mit Ausmerksamkeit an und beantwortete sie durch eine Gegenrede, in welcher er seine Teilnahme an der Bildung der Zentralgewalt aussprach, die völkerrechtlichen Beziehungen Griechenlands zu Deutschland berührte und seine freundschaftlichen Gefühle für Seine Kaiserliche Hoheit den Erzberzog

Reichsverweser zu erkennen gab. Hierauf wurde die Unterhaltung in ungezwungener Weise fortgesetzt, und teilnehmende Fragen des Königs über die deutschen Angelegenheiten gaben Beranlassung zu ziemlich umfassenden Mitteilungen.

Schon am folgenden Tage wurde ich zur Tafel geladen, eine nach der hier bestehenden Etikette ganz besondere Bevorzugung, bei welcher Gelegenbeit der König, der mich mit ungewöhnlicher Auszeichnung behandelte, mehrsach sein reges Interesse an der neuen Gestaltung Deutschlands betundete.

Die Audienz bei Seiner Majestät soll nach dem Versprechen des Ministers in der für offizielle Mitteilungen bestimmten Zeitung erscheinen. Ich erwarte nun hier die Nachrichten über die Rücksehr des Papstes nach Rom und die mir in meinem ersten Berichte vom 29. November erbetenen Befehle des Reichsministeriums, um mich dann nach Italien einzuschiffen.

Die hier lebenden Deutschen haben sich mir in corpore vorgestellt und ihre Freude sowohl über die einheitlichen Bestrebungen in Deutschland als auch über die Ankunft eines Reichsgesandten ausgesprochen, was ich mit anerkennenden und ausmunternden Worten erwiderte.

Der hier erwähnte Empfang der Deutschen von Athen hatte am 14. Dezember ftattgefunden. In feiner Antwort auf ihre Begrußung fagte ber Fürst: "Sie haben recht, sich über die neue Gestaltung Deutschlands zu freuen. Denn das ift ja das Große und Herrliche ber erftrebten Ginheit Deutschlands, daß wir nun nicht mehr ein vergessenes Bolk, ein geographischer Name sind, sondern daß sie es wissen, die Amerikaner und Ruffen, die Türken und Griechen, daß fie es miffen, daß es ein mächtiges beutsches Bolk gibt, bas einen Willen hat und ihn geltend zu machen weiß. 3ch aber, meine Herren, kann Ihnen Runde geben von ber deutschen Einheit, daß fie wohl noch Feinde hat, die fie uns miggonnen, daß fie aber fo fest in der Bruft jedes Ehrenmannes gewachsen ift, daß kein Mensch der Erde sie uns entreißen soll. Mir ist es in diesem Augenblick das erhebendste Gefühl, meinen deutschen Landsleuten zum erstenmal als Vertreter der deutschen Nation gegenüberzustehen. Ich verdanke dies Gefühl Ihrem freundlichen Besuche, barum nochmals meinen herzlichen Dant."

Am 17. Dezember war abends Diner bei Hofe, am 18. machten ber Fürst und die Fürstin eine Promenade zu Pferde mit dem Könige und der Königin. Am 19. nahmen beide an einem diplomatischen Diner bei dem österreichischen Gesandten v. Prosesch teil. Am 20. Dezember gaben die Deutschen ihnen zu Ehren ein Fest. Die Fürstin schreibt darüber in ihrem Reisetagebuche: "A $8^{1}/_{2}$ heures une députation vint nous chercher

avec une voiture. La salle était décorée de drapeaux allemands. Il y eut un concert à la fin de la première partie duquel on nous présenta du vin du Rhin et on fit un discours à Chlodwig auquel il répondit. Un maître de musique me présenta une polka dédiée par lui à moi. A $10^{1/2}$ heures nous étions de retour." Die Rebe bes Fürsten galt bem beutschen Bolke. "Dem beutschen Bolke," sagte er, "dies Glas beutschen Beins! Dem beutschen Bolke mit seinen jugenblichen Träumen und seinen männlichen Taten! Mit seiner warmen Begeisterung und seinen tiesen Gebanken! Dem beutschen Bolke in allen Teilen ber Welt! Und Ihnen vor allem, den Deutschen in Athen! Mögen Sie von Tag zu Tag stolzer werden, Deutsch zu reden und Deutsche zu sein! Das beutsche Volk hoch!"

An den Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten. 1) Athen, 28. Dezember 1848.

Die große Zuvorkommenheit, mit welcher mich der König aufgenommen hat, gab mir in der letzten Woche noch verschiedentlich Gelegenheit, mich mit Seiner Majestät über politische Dinge zu unterreben. Die beutschen Berhältniffe und beren Neugestaltung burch die Zentralgewalt bilbeten natürlich das Hauptthema. Ich fand Seine Majestät von aufrichtiger Teilnahme für die sich bilbende Einheit Deutschlands erfüllt, und wenn fich über biesen und jenen einzelnen Punkt noch ein Borurteil im partikulariftischen Sinne bemerklich machte, so versaumte ich nicht, dasselbe burch Darlegung ber mahren Absichten ber Zentralgewalt zu bekämpfen. Die entgegenkommende Weise, mit welcher der König meinen berartigen Erläuterungen Gehör schenkte, die vielfachen, von lebhaftem Interesse für die Zentralgewalt zeugenden Aeußerungen aus seinem Munde sowohl als aus dem des Minifters der Auswärtigen Angelegenheiten, dies alles läßt mich nicht mehr baran zweifeln, daß ber Zweck meiner Sendung erfüllt und die Anbahnung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen der Zentralgewalt und Griechenland gelungen ift.

Ich würde nun nach Erfüllung meiner hiefigen Mission mich sofort nach Rom begeben, um mich meiner Aufträge an den Papst zu entledigen, wenn nicht nach den neuesten Nachrichten der letztere sich noch als Flüchtling in Gaëta befände. Da jedoch unter diesen Umständen das Oberhaupt der Kirche und die weltliche Regierung des Kirchenstaats als zwei getrennte Potenzen dastehen und ich mich weder mit einer bloß persönlichen Sendung an den Papst noch mit irgendeiner Mission an ein von letzterem gesondertes

¹⁾ Am 17. Dezember hatte Schmerling sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger war Heinrich v. Gagern.

Souvernement beauftragt glaube, so ist offenbar in diesem Augenblick noch kein Terrain für ein Auftreten in Rom vorhanden. Ich glaube daher den nicht mehr fernen Moment, daß diese Differenz ausgeglichen und der Papst zurückgekehrt ist, abwarten zu müssen. Mein erster Entschluß war, während dieses Zeitraums hier in Athen zu verweilen. Da ich indessen nach dem überaus glänzenden Empfange fürchten mußte, dem königlich griechischen Hose durch zu lange Anwesenheit lästig zu werden, so habe ich das freundsliche Anerdieten des königlich großbritannischen Gesandten Sir Edward Lyons, welcher mir ein englisches Regierungsdampsschiff zur Disposition gestellt hat, angenommen, um eine Extursion nach verschiedenen griechischen Inseln und benachbarten Küsten des Mittelländischen Meeres zu machen. Diese Fahrt werde ich am 25. antreten. Etwaige Schreiben des Reichssministeriums erbitte ich nach wie vor unter der Adresse der preußischen Gesandtschaft in Athen, durch welche dieselben nach meinen Anordnungen jedensalls sofort in meine Hände kommen.

Am 24. Dezember verlebte das fürstliche Paar den Weihnachtsabend im Hause des preußischen Gesandten Werther. Am 25. hatte die Fürstin ihre Abschiedsaudienz dei der Königin. Der Abend wurde dei Prosesch zugedracht, und am 26. abends sand die Abreise von Athen statt. Das Wetter war schlecht. Wegen des Sturmes mußte das Schiff in den Hasen von Milo einsausen. Bom 28. meldet das Reisetagebuch des Fürsten: Noch immer in der Bucht von Milo. Der Regen und Sturm dauert sort. In unserm Salon drennt ein freundliches Kaminseuer, Bücher haben wir genug. Der Sturm heult wie zu Hause und erweckt in mir angenehme Erinnerungen einer vergangenen Zeit und die Sehnsucht nach der Heimat. Es ist doch etwas Schönes und Freundliches um das deutsche Vaterland trotz Schnee und Sturm und trotz der politischen Wirren. Letztere können einem freilich die Heimat verleiden.

Mein Herz, bewegt von innerlichem Streite, Erfuhr so balb in diesem kurzen Leben, Wie leicht es ist, die Heimat aufzugeben, Und boch wie schwer, zu finden eine zweite.

29. Dezember.

Der Wind wird etwas weniger stark. Doch ist das Wetter immer noch zu schlecht zum Aussahren. Die Bucht, in der wir liegen, mag im Sommer recht schön sein. Vor uns liegt ein versallenes Dorf an einem Hügel, der sich rechts und links ausdehnt. Hinter uns sind ziemlich hohe Berge, die den Meerbusen wie einen See umschließen. Das Meer ist trozdem bewegt. Möven sliegen mit melancholischem Geschrei um das Schiff herum. Das Ganze erinnert mehr an Achenbachs Seelandschaften

von Norwegen als an die Inseln des Archipelagus. Mit Lesen, Schreiben und Whistspielen geht die Zeit recht angenehm vorüber.

Am 30. Dezember wurde bei fehr bewegter See die Fahrt fortgesett. Gegen Morgen bes 31. lag man im Angesicht von Rhobos: "Leiber halten wir nicht an, sondern fahren zwischen Rhodos und Starpanto burch, die See ift nicht unangenehm." Den Ort, wo ber Fürft bas neue Jahr begann, bezeichnet eine noch erhaltene Melbung bes Rapitans: "The position of Her Majesty's Steam Vessel Volcano at the commencement of the year 1849: Latitude 35" 4 North, Longitude 29" 21 East of Greenwich, distant 324 miles from Jaffa." Am 2. Januar 1849 lag ber schneebebectte Libanon vor ben Reisenden, gerade ihnen gegenüber ber Berg Karmel. Wegen hoher See war die Landung in Jaffa unmöglich. das Schiff mußte beshalb bei Haifa in ber Bucht von St. Jean d'Acre einlaufen. Bon hier aus machte bas fürftliche Paar einen Ausflug zu Pferbe in das Heilige Land. Am 3. wurde der Karmel bestiegen, am 4. war man abends in Nazareth, am 8. in Jerufalem, am 9. in Bethlebem, am 12. in Ramle, am 13. in Jaffa, am 15. wieder auf dem Karmel, da ein Sturm die Abreise verzögerte.

Tagebuch.

Berg Karmel, 16. Januar 1849.

Ich überzeuge mich mehr und mehr von der Notwendigkeit baldiger Zentralorganisation Deutschlands. England und Rußland machen sich hier nach Möglichkeit breit. Der Orient weiß von Deutschland nichts. Es muß ein deutscher katholischer Konsul nach Jerusalem. Der Einfluß Deutschlands im Orient gibt

- 1. Deutschland überhaupt mehr Macht,
- 2. befördert den deutschen Handel und etwaige Rolonisation.

Um diesen Einfluß zu begründen, ist das religiöse Element des katholischen Klerus zu benutzen. Daher muß diesem Gegenstand mehr Aufsmerksamkeit geschenkt werden.

18. Januar.

Die Angelegenheit der Kolonisation deutscher Auswanderer wird in neuerer Zeit mehrsach mit größerem Eiser betrieben. Projekte aller Art tauchen auf und gehen wieder zugrunde. Reines wird aber zu irgendeinem gedeihlichen Resultat führen, wenn nicht die Zentralregierung selbst und eine unter dem Miniskerium des Aeußern stehende ständige Kommission sich damit abgibt. Aber vor allem ist die deutsche Diplomatie damit zu beschäftigen. Alles Auswandern, alles Kolonisieren, alles Wegschicken von Wenschen selbst mit reicher Unterstützung in fremde Länder ist am Ende nichts andres als eine anständige Art Seelenverkäuserei, wenn nicht

umfaffende völkerrechtliche Verträge zwischen ben betreffenden Regierungen abgeschloffen werden. Tut man bies aber, tritt die Zentralregierung mit auswärtigen Regierungen in biplomatische Berhandlungen, so ist kein Grund vorhanden, sich nicht von dem fernen, schon ziemlich bevölkerten und nicht überaus fruchtbaren Nordamerika abzuwenden und zum Orient zuruckzukommen. Es find drei Infeln im Mittellandischen Meere, die schon europäischen Staaten gehört haben und die zur Zeit der Macht des osmanischen Reiches von biesem gewonnen wurden. Ich rebe von Rhobus, Eppern und Randia. Warum sollte man nicht jetzt bei der grenzenlosen Schwäche ber türkischen Regierung trachten, biese Inseln wieberzugewinnen und beutsche Ansiedler darauf unterzubringen. Bor allem geeignet scheint mir Cypern. Die bobenlos schlechte türkische Verwaltung entvölkert diese Insel von Jahr zu Jahr mehr. Einwohner murben also bie Einwanderer wenige vorfinden. Die Infel ist eine ber fruchtbarften bes Mittellandischen Meeres, alle Früchte gedeihen baselbst. Die Mineralgruben, Rupfer und andres, würden reiche Ausbeute geben. Es gabe keine vorteilhaftere Eroberung als diese Insel für Deutschland. Und beshalb müßte vor allem dahin getrachtet werden, diese auf friedliche Weise, etwa durch Kauf von der türkischen Regierung zu erlangen. Vor allem müßte sogleich ein geheimer Agent, der die Insel in geologischer, topographischer und jeder andern Hinsicht untersuchte, abgesendet werben. Würden biese Untersuchungen sich als genügend ausweisen und zeigen, daß es sich ber Mube Lohnte, die Insel zu erwerben, so mußte mit allem Gifer und Klugheit in Konstantinopel darauf hingewirkt werden. Die Aufgabe der deutschen Bentralgewalt in bezug auf die orientalische Frage scheint mir nicht die zu sein, de se joindre aux intrigues absurdes dont s'amusent les diplomates à Constantinople, sondern die orientalische Frage zu irgendeiner Entscheidung zu bringen. Bei dem jetzigen Zustand der Frage gewinnt Deutschland nichts, verliert aber Zeit. Rommt aber die ganze Geschichte jum Busammenbrechen, und ift Deutschland einig, ftart, geruftet, bann kann es Cypern und mehr noch bei der allgemeinen Teilung fischen. Vor allem aber möge Gott Einheitsfinn und Verstand in die Berzen ber patriotischen Schwätzer und ber Regierungen Deutschlands senden, vor allem muffen wir über die kleinlichen Gifersuchteleien des parlamentarischen Lebens hinaus fein, wenn wir mit ber alten deutschen Derbheit und Kraft gegen außen auftreten wollen. Aber wann wird's sein? Wenn wir aber auf friedlichem Bege bes Vertrags mit ber türkischen Regierung ober bei einer Erschütterung der orientalischen Frage Cypern und Rhodus ober sonst was erwerben, so gewinnen wir dadurch ein vortreffliches Asyl für Tausende von Proletariern, wir gewinnen Seehäfen und Handelsschiffe, Marine und Seeleute. Ebenso ist Sprien und Kleinasien nicht außer

Augen zu lassen und möglichst dahin zu trachten, die Russen und Engländer dort zu beschränken, und dazu ist vor allem nötig, keine proteftantischen Bischöfe und Missionare dorthin zu schicken, sondern sich einen Halt an der katholischen Welt des Orients zu verschaffen. Ronfulate, mit tuchtigen Mannern besetzt, find eine der dringenoften Aufgaben bes Reichsministeriums. Gher aber teine Ronfuln als schlechte! Ein Ronful im Orient muß tatholisch fein, ber orientalischen Sprachen mächtig, gewandt und im Handelsfach erfahren, dabei muß der Generaltonsul in jeder Hinsicht ein guter Diplomat sein. Bis jetzt weiß man im Orient von Defterreich nicht viel Gutes, von Preußen, daß es ben protestantischen Bischof und Judenbekehrungen in Jerusalem beförbert, von Deutschland gar nichts. Es ift eine ber nieberschlagenbsten Empfindungen, als Deutscher im Orient zu reifen. Mehr als je beklage ich die Erbarmlichkeit, mit ber man die erste Zeit der Revolution hat verstreichen laffen, ohne etwas Tüchtiges und Ganzes zu schaffen, bamals, wo noch alle einzelnen Regierungen ohne Kraft waren. Doch wozu klagen! Suchen wir zu retten, was noch zu retten ist!

Am 19. konnte das Schiff Haifa verlassen und langte am 21. Januar 1849 vor Alexandria an. Bis zum 29. dauerte die Quarantäne. Am 30. konnten der Fürst und die Fürstin landen und trasen am 31. in Rairo ein, von wo in der Zeit dis zum 15. Februar eine Reise nach Oberägypten gemacht wurde. Bom 16. dis 19. verweilten die Reisenden wieder in Rairo, reisten am 20. Februar nach Alexandrien und vom 21. dis 25. nach Malta. Nach mehrtägiger Quarantäne landete das fürstliche Paar am 6. März in Neapel und tras am 9. in Molo di Gaëta ein. In Neapel hatte der Fürst die folgenden Briese des Reichsministers Heinrich von Gagern gesunden:

Frankfurt, 6. Januar 1849.

Ihren gefälligen Bericht vom 17. v. M. habe ich richtig erhalten, und mit wahrer Teilnahme und Befriedigung hat der Reichsverweser durch mich die Benachrichtigung von dem so sehr entsprechenden Empfange ershalten, welchen E. D. in Athen getrossen haben . . . Da für den Augenblick dem Reichsministerium keinerlei Beranlassung zur Berlängerung Ihres Ausenthalts in Athen bekannt ist, so soll ich Sie ersuchen, sich, sodald es geschehen kann, zu Seiner Heiligkeit dem Papste, sei es in Gasta oder wo er sonst zu tressen sein wird, zu verfügen und die Uebergabe der Notissikation des Reichsverwesers zu bewirken. Die unbestimmbare, vielleicht nur noch kurze Dauer des Provisoriums liegt diesem Wunsche des Minissteriums zugrunde, und der Art nach zu urteilen, wie der Aufenthalt Seiner Heiligkeit in Gasta eingerichtet zu sein scheint, zweisse ich keines

wegs daran, daß der Papst dort Gesandte empfangen werde. Bom Hoflager des Papstes würde E. D. dann nach Florenz reisen. Ihrem Berichte sehe ich mit vielem Interesse entgegen.

28. Nanuar 1849.

- E. D. wird der Erlaß vom 6. Januar, durch welchen ich Sie ersuchte, Seiner Heiligkeit dem Papste an dem Orte seines jetzigen Ausenthalts das Notisikationsschreiben vom 12. November v. J. zu übergeben, richtig zugekommen sein. Ich erhielt inzwischen auch Ihren gefälligen Bericht aus Athen vom 23. Dezember v. J. und din mit der Ihrer Reise gegebenen Einrichtung einverstanden. Da die Zeit, welche Sie sür Ihre Abwesenheit von Athen bestimmten, unterdessen abgelausen ist und ich zweisle, od Sie gegenwärtiger Erlaß noch daselbst getroffen haben würde, so erhalten Sie denselben in Gaëta durch Vermittlung der Kgl. preußischen Gesandtschaft in Neapel, an welche er heute abgeht. Als Anlagen solgen bei:
- 1. Abschrift eines Schreibens, welches ber Heilige Bater d. d. Gaëta 4. v. M. u. J. an ben Reichsverweser gerichtet bat,
 - 2. das Antwortschreiben des Reichsverwesers nebst
 - 3. offener Abschrift und
 - 4. Ueberfegung besfelben,

bie beiben letzteren zur vorläufigen Mitteilung an die auswärtige Ranzlei des Papstes. Das Antwortschreiben des Reichsverwesers ersuche ich Sie Seiner Heiligkeit zu überreichen, was gleich nach erfolgter Uebergabe des erwähnten Notifikationsschreibens wird geschehen können.

Auf biese Erlasse berichtet ber Fürft am 10. März 1849:

Rardinal Antonelli, der als Prosegretario di Stato die Geschäste eines Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten versieht, überreichte demselben das an den Kardinalstaatssertetär gerichtete Schreiben des Ministeriums sowie Abschrift und Uebersetzung des Notisitationsschreibens vom 12. November v. J. und der Antwort Sr. K. H. des Reichsverwesers auf das Schreiben des Heiligen Baters vom 4. Dezember, und dat den Kardinal, dei Seiner Heiligkeit um eine Audienz für mich nachzusuchen. Kardinal Antonelli erklärte sich sogleich bereit, mich vorzustellen, und führte mich nach vorzänziger Meldung zum Heiligen Bater, der in demselben Hause wohnt. Die Etikette und das Beremoniell sind in Gaëta durch die Umstände sehr vereinsacht, so daß diese Audienz als eine vollsommen entsprechende gelten kann, um so mehr, als auch die übrigen neu beglaubigten Gesandten und sogar der belgische Botschafter in gleicher Weise bei dem Heiligen Bater eingeführt worden sind.

Ich wurde gleich beim Eintreten vom Heiligen Vater mit herzlichem

Buruf begrüßt, sette mich nach bem üblichen Zeremoniell bem Beiligen Bater gegenüber und erwähnte nun bes Zwecks ber Senbung, überreichte das Notifikationsschreiben und sodann das Schreiben des Reichsverwesers vom 23. Januar, welches lettere ich noch mit der Verficherung der tiefen Betrübnis Gr. R. H. über bie Ereigniffe in Rom begleitete, Gefühle, die ich auch im Namen von ganz Deutschland aussprach. Diese Worte nahm ber Beilige Bater sehr freundlich auf und knüpfte hieran die Bemertung, wie das feste Zusammenhalten der Regierungen Europas um so notwendiger sei, als es sich um einen Rampf der Barbarei gegen Religion und gesellschaftliche Ordnung handle. Ich erwähnte nun ber einheitlichen Beftrebungen in Deutschland und ihres gleichen 3wecks ber Befestigung staatlicher und sittlicher Ordnung, worauf bann ber Beilige Bater mit Barme feine rege Teilnahme an ber Ginheit Deutschlands zu erkennen gab, bas Verhältnis zwischen Desterreich und Preußen als ben nocho gordiano che vuol essere sciolto" bezeichnete und hinzufügte, er bete für die gludliche Beendigung der deutschen Angelegenheiten. Hierauf sprach ber Beilige Bater noch mit ber ihm eignen Liebenswürdigkeit von einigen mich perfonlich betreffenden Angelegenheiten, worauf die Audienz beendigt war. Diefelbe wird, wie dies im Hoflager des Papftes nun gebräuchlich ift, in Ermanglung eines eignen Organs im neapolitanischen Staats= anzeiger veröffentlicht werben.

Wie dem Reichsministerium bereits bekannt sein dürste, ist auch der Großherzog von Toskana hier anwesend, empfängt aber dis jetz keine Gesandte. Für den Fall jedoch, daß, wie das Gerücht geht, ein französsischer Gesandter an den Großherzog hier ankommt, würde ich dies als ein Präzedenz betrachten und auch meinerseits mein Schreiben abgeben. Ueber die politischen Berhältnisse behalte ich mir vor in meinem nächsten Berichte Vortrag zu erstatten, bemerke nur unterdessen, daß ich mich den Bestredungen der hiesigen Diplomatie, den Papst auf geeignetem Bege in seine unabhängige Stellung in seinen Staaten zurückzusühren, ansschließen werde.

Bericht vom 24. März 1849.

Der Prosogretario di Stato Seiner Heiligkeit des Papstes hat mir auf mein Ersuchen die Dokumente mitgeteilt, welche einerseits auf die Stellung des Heiligen Baters zu der in Rom herrschenden usurpatorischen Regierung, anderseits auf die Verhältnisse Seiner Heiligkeit zu den europäischen Regierungen und die von denselben begehrte Intervention Bezug haben.

Der Stand der Interventionsfrage ist heute folgender: Auf die Bitte des Papstes um Intervention haben sich die vier anį

gerufenen Mächte 1) zur Intervention bereit erklärt, die Regierungen von Neapel und Spanien hatten dies bereits früher getan, die Antworten ber französischen und ber öfterreichischen Regierung sind vor wenigen Tagen Auch halt, wie mir Karbinal Antonelli heute mitteilte, Frankreich seine Truppen zur Ginschiffung an die italienische Ruste bereit. Um über bie Art ber Intervention und beren Zeitpunkt zu beraten, soll in diesen Tagen eine Konferenz der Bevollmächtigten von Frankreich, Defterreich, Neapel und Spanien in Gaëta ftattfinden. Wenn nun gleich die Entscheidung nabe bevorfteht, so kann man sich doch nicht verhehlen, daß bie eigentumliche Lage ber französischen Regierung gegenüber ber Nationalversammlung und ihr Verhältnis zu Defterreich im Schofe ber Ronferenz Schwierigkeiten aller Art hervorrufen können. Dies verhehlt fich auch ber Rardinal-Staatssetretar nicht, glaubt aber boch vermittelnd eingreifen zu konnen und vertraut hauptfächlich barauf, bag er bie gange Frage möglichft vom religiösen Standpunkte aus behandelt habe, die politischen Folgen bis nach beendigter Intervention vorbehaltend.

An das übrige diplomatische Korps sowie an mich sind keine Mitteilungen ergangen. Ich werde also nur dem Gang der Verhandlungen zu folgen suchen und seinerzeit weiter zu berichten die Ehre haben.

Bericht aus Reapel 11. April 1849.

Da eine Veranlassung zur Verlängerung meines Aufenthalts in Gaëta nicht gegeben war, so verabschiedete ich mich vorgestern bei dem Heiligen Vater und wurde auf die freundlichste Weise entlassen. Dem Großberzog von Tostana konnte ich das Schreiben des Reichsverwesers nicht übergeben. Denn wenn auch der Großherzog wahrscheinlich in nächster Zeit einen auswärtigen Minister in seine Nähe berusen und Gesandte empfangen wird, so konnte ich diesen Zeitpunkt dei der voraussichtlich nur noch kurzen Dauer des Provisoriums in Deutschland nicht abwarten. Ich habe dies dem Großherzog mitgeteilt und mich privatim bei ihm empfohlen. Da ich mit einem der nächsten Dampsschiffe nach Deutschland abreise, so werde ich bemnächst die Ehre haben, meine Berichte mündlich zu ergänzen.

In einem Briefe aus Neapel vom 11. April 1849 schreibt der Fürst der Prinzessin Amalie: "Wein Aufenthalt in Gasta in der Umgebung des vortresslichen und edeln Papstes war sehr schön, und ich rechne ihn zu den erhebendsten Tagen meines Lebens."

Noch in Gasta hatte ber Fürst die Nachricht erhalten, daß König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone abgelehnt hatte. "Damit war,"

¹⁾ Defterreich, Frankreich, Spanien und Reapel.

heißt es in der obenerwähnten Notiz, "das Schickal des Frankfurter Reichs besiegelt. Ich verabschiedete mich bei dem Papst und dem Groß-herzog von Toskana, an den ich mein Schreiben nicht abgeben konnte, da er keinen Minister des Aeußern hatte. Er sagte: "Grüßen Sie meinen Better in Frankfurt!" Wir gingen nach Neapel, blieben da den Monat Mai und kehrten über Paris nach Franksurt zurück."

Als sich der Fürst bei dem Erzherzog Reichsverweser zur Audienz gemeldet und eine Stunde erhalten hatte, wurde ihm eine Stelle in dem Ministerium Grävell, das am 17. Mai der Nationalversammlung vorgestellt war, angedoten. Er lehnte ab, "da er keine Lust hatte, einem Ministerium anzugehören, das nur dazu berusen war, das Reich zu Grade zu tragen". Als der Fürst den Erzherzog sah, sprach dieser nicht mehr davon.

Mit bem Ende der Reichsgesandtschaft war die aktive Beteiligung des Fürsten an der Politik vorläufig abgeschlossen. Er war wieder im wesentlichen auf die Rolle des Beobachters beschränkt. Die Eindrücke, die der allmähliche Niedergang der nationalen Hoffnungen und der beschämende Abschluß der Bewegung in ihm erregte, sind aus den Briefen an die Schwester und aus den Reden in der Kammer der Reichsräte zu erkennen.

An die Pringeffin Amalie.

München, 18, November 1849.

... Es ist ein eigentümliches Band geistiger Berwandtschaft, bas uns Geschwister alle fest zusammenhält und von dem andre Menschen selten einen Begriff haben. Ich habe es in wenigen Familien gefunden. In der Gesellschaft der großen Welt findet man folchen Geist selten. Im allgemeinen und insbesondere hier ift die große Welt im innerften Bergen fehr gemein. Gut, wenn Du willst, freundlich, weniger schlecht, als fie von Landpaftoren gewöhnlich geschildert wird. Aber es ist gar wenig bahinter. Mit ben ebeln Menschen, die diese Stadt birgt wie jebe andre, kommt man schwer zusammen. Ich werbe in solcher Umgebung, ohne es zu wollen, Demokrat; gerade, wie es mir in der Kammer geht, wo ich burch die Partei eingefäumter Ariftokraten, die es find ohne innere Berechtigung, auf die linke Seite getrieben und jum Beifpiel bei ber letten Sitzung veranlaßt wurde, die deutsche Nationalversammlung gegen ftupide Ungriffe eines alten Berrn in Schut zu nehmen. Wir haben eine intereffante Sitzung über die deutsche Frage gehabt, und ich habe vor einer gedrängt gefüllten Galerie ziemlich gut gesprochen. Ich freute mich bei bieser Gelegenheit meiner Ruhe und Unbefangenheit. Es ift ein Glud in unfrer Beit, wenn man dazu gelangt ift, ohne Berlegenheit klar vor vielen

Menschen zu reben. Meine sehr zahme Rebe ist aber boch zu antiministeriell gefunden worden, und ich werde dadurch bei Hose in Berruf kommen. "Rein Bernünftiger kann zergliedern, was den Menschen wohlsgefällt."

Die Sigung, die dieser Brief ermähnt, fand am 12. November ftatt und betraf die Haltung ber baprischen Regierung in ber beutschen Frage, für welche die Rammer dem Ministerium ihre "bantbare Anerkennung" aussprach. Diese "bantbare Anerkennung" bezog sich, wie die Berhandlungen ergeben, auf die Ablehnung sowohl der Frankfurter Verfassung wie des Dreitonigsbundniffes. Fürft Hobenlohe fcolog fich von biefem Botum nicht aus, erklärte aber bezüglich bes Beitritts zum Dreikonigsbundnis folgendes: "Bare die Frage ber hoben Kammer vorgelegt worben, als sie noch eine offene war, wäre die hohe Rammer aufgefordert worden, fich au erklaren, ob fie ihre Buftimmung ju biefem Bunbniffe gebe, fo gestehe ich, daß ich geraten haben würde, diese Zuftimmung zu erteilen. 3ch gehe von bem Grundfage aus, bag eine ftarte Bentralgewalt nottut, und von diesem Standpunkte aus wurde ich mir die Frage erlaubt haben, ob benn auf einem anbern Wege bem Drange nach nationaler Einigung entsprochen werden könne als auf dem, der in großen Grundzügen in dem Dreikonigsbundnis enthalten ift.

Sämtliche beutschen Staaten sind konftitutionell monarchisch; es kann also eine autokratische Form der Zentralgewalt nicht wohl gedacht werden. Ein Parlament an ber Seite biefer Zentralgewalt ift eine allgemein anerkannte Notwendigkeit. Nun ift aber meiner Ansicht nach eine kollegiale Führung der Exetutive gegenüber einem Parlament eine sehr gefährliche Sache. Ein Direktorium von Bevollmächtigten — benn Direktoren muffen immer bevollmächtigt sein —, ein Gesamtkollegium, überhaupt jede von biefen vielköpfigen Geftaltungen ber Bentralgewalt wird immer nach Instruktionen handeln. Nun ist aber einem Parlament gegenüber burchaus notwendig, rasch, entschieden und kraftvoll zu handeln. Dir scheint, daß eine solche Kraftentwicklung, solche Raschheit, solche Entschiedenheit in ber Ausführung nicht wohl mit bem Handeln nach Inftruktionen vereinbar ware; wir haben bies bamals erfahren, als ber Bund in seiner früheren Form noch exiftierte, und ich glaube, daß bis jest wenigstens bas Ratfel noch nicht gelöst ift. Doch ich schweige heute von allebem. Die Frage über ben Dreikonigsbund ift in diesem Augenblicke eine geschloffene. ist wenigstens jett in ein Stadium getreten, in welchem eine weitere Berteidigung besselben zwecklos ift. Das bayrische Bolt hat sich in seiner Bertretung gegen ben Dreikonigsbund ausgesprochen. Die königliche Regierung hat ben Dreikonigsbund zurückgewiesen, geftütt auf die Mehrzahl bes baprischen Bolts. Meine entgegenstehenden perfonlichen Anfichten, bie ich jedoch in wenigen Borten vortragen zu muffen glaubte, muffen beshalb zurücktreten, sie berechtigen mich nicht, ber Regierung beshalb zu gurnen, weil sie bas getan hat, was die Mehrzahl des Bolts will. einer Frage, wo es fich um die Rechte eines ganzen Bolts, um die Gelbftanbigkeit eines Staates handelt, muß die perfonliche subjektive Ueberzeugung bes einzelnen zurücktreten. Ich weiß auch gar keinen andern Weg anzugeben, welchen die Regierung hatte einschlagen sollen, um die Münsche bes Bolls mit bem Brinzip ber Einigung bes ganzen Deutschlands in Einklang zu bringen. Es ift schwer, ja fast unmöglich, ben Bunfch nach nationaler Ginigung zu erfüllen und zu ber gleichen Zeit bie ganze Selbständigkeit eines einzelnen Staates aufrechtzuerhalten. Wenn die Einheit im Jahre 1848 zugrunde gegangen ist, so ist es nicht sowohl burch die Sonderintereffen ber Dynaftien als durch die Feindseligkeiten ber einzelnen beutschen Stämme geschehen. Das ist eine traurige Bahrheit; es ist aber notwendig, daß man sich die Wahrheit so oft als möglich geftebe. Unter folchen Berhaltniffen, muß ich betennen, tonnte bie Staatsregierung nicht anders handeln, als sie gehandelt hat."

An die Prinzeffin Amalie.

München, 22. Dezember 1849.

... Gegenwärtig lesen wir immer von Zeit zu Zeit in Humboldts Briefen an eine Freundin. Darin sinde ich meine eignen Gedanken auf jeder Seite. Doch kam ich in der letzten Zeit sehr wenig zum Vorlesen. Meine Tage waren vollkommen absorbiert durch die reichskrätliche Tätigkeit. Ich habe mir vor einigen Tagen durch eine recht gute improvisierte Rede einen großen Ruf erworben. Dieses événoment war an jenem Tage der Gegenstand aller Gespräche. Da der Gegenstand nicht allgemeine Bebeutung hatte, so wirst Du die Sache nicht in der "Augsburger Zeitung" sinden. Ich selbst din gegen diese Ersolge gleichgültig. Ich freue mich, daß ich so etwas zustande bringe, weil es sehr unangenehm ist, wenn in ernsten Zeiten die Form uns am Handeln hindert. Doch macht mir dergleichen keine Freude.

Die Verhandlungen der Kammer, auf die sich diese Mitteilungen beziehen, betrasen die strasrechtliche Versolgung der Pfälzer Revolutionäre. In der Sigung vom 18. Dezember hatte Graf Arco-Valley im Gegensatz gegen die "jungen Reichstäte" sich selbst als einen "Hemmschuh auf dem Wege zur Republit" bezeichnet. Die Erwiderung auf diesen Angriss war wohl die "improvissierte Rede", von der der Fürst berichtet. Ueber die Frage der Amnestie sagt der Fürst in einer Auszeichnung aus diesen Tagen:

Ich glaube, es dürften alle, die an den verbrecherischen Bestrebungen des letzten Frühjahrs teilgenommen haben, in zwei Hauptabteilungen zerfallen:

- 1. die eigentlichen Demagogen ober Radikalen von Profession,
- 2. Revolutionare aus vorübergebenden Motiven.

Es ift bekannt, daß eine Partei, eine weitverbreitete Sekte besteht, die, mit der gegenwärtigen sittlichen und ftaatlichen Ordnung der Dinge zerfallen, eine neue erstrebt. Durch das Studium der Philosophie, insbesondere der Hegelschen, sind die Führer dieser Partei zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Christentum eine Luge, ber christliche Staat also auf Fretum gegründet sei. Sie wollen also die von ihnen erkannte Wahrheit in Religion und Staat zur Geltung bringen. Was sie uns Positives bringen wollen, habe ich bei ben eifrigsten Forschungen nie recht erfahren Wo sie zum praktischen Handeln gezwungen werden, ist bas Geltendmachen ber Theorie, die ihnen vorschwebte, an dem bloß negierenben Charafter eben dieser Theorie zugrunde gegangen. Mazzini in Italien, Bierre Lerour in Frankreich, Karl Bogt — ich nenne nur besonders hervorragende Perfonlichkeiten ber Partei —, alle haben fich bisher nur im Verneinen bedeutend gezeigt. Bare aber auch biese Partei imftande, ein neues religiofes und foziales Gebaube aufzuführen, fo konnte fie es nur, nachdem sie das bestehende vollständig zerstört hätte. Bier begegnet fie nun dem Widerstande der vernünftigen Männer. Es ist klar, daß aus einer Zerftorung ber gegenwärtigen Zivilisation nur Barbarei entfteben tann. Es ift also Pflicht, ben Beftrebungen ber rabitalen Partei mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Die raditale Partei ift zu flug, als daß fie zur Verföhnung, die ihr nichts nutt, je die Sand bieten follte. Sie will eben Rampf. Diefer also Berzeihung, Milbe zuteil werben zu laffen, ware Schwachheit.

Allein gerade diese Partei ist in der Pfalz wenig vertreten. Ihre Führer haben sich fast alle in Sicherheit gebracht. Es bleibt uns hauptsächlich die zweite Klasse, nämlich die Revolutionäre aus vorübergehender Beranlassung, die politisch Ausgeregten, deren Bewegung sich legt wie die Wellen des Meeres, wenn der Sturm aushört. Als im vergangenen Jahre die Begeisterung für das einige Deutschland das Land durchzog, da stellten sich eble Männer an die Spize der Bewegung und sagten dem Volke: "Beruhigt euch, wir wollen auf gesetzlichem Wege ein einiges Deutschland schafsen!" Die Nationalversammlung trat zusammen, das Volk deruhigte sich und wartete. Es wartete ruhig ein ganzes Jahr. In diesem Jahre beruhigte sich die Revolution, die Regierungen erstarkten. Ja, die Begeisterung für die deutsche Einheit erkaltete in manchen Herzen. Viele von denen, welche in Frankfurt zusammensaßen, hatten selbst nicht Lust, das Werk zustande zu bringen. Als nun die Verfassung mit Not und Mühe

zustande tam, da erwachte in vielen Mannern von neuem die Begeisterung. die Erregung, wie im Jahre 1848. Aber die Zeiten hatten sich geandert. Was im vorigen Jahre gebulbet wurde, weil man es nicht hindern konnte, es war jetzt Verbrechen. Das aber begriff jener bewegliche Teil des Volks nicht. Er konnte nicht wissen, daß das, was im März 1848 manchem Bewegungsmann zu hohen Ehren verholfen hatte, nun Bergehen sei. Er tannte die Zeit nicht. Gewiß, es ift fcwer, fich immer von ben politischen Ronstellationen genaue Rechenschaft zu geben, genau zu berechnen, was gelingen wird, was nicht. Diefer Teil bes Bolks wußte nicht, daß die Regierung nun von kräftigen Männern geleitet wurde, die bie Revolution zu besiegen wußten, bie bem Gesetze Achtung zu verschaffen die Kraft hatten. Diese erregten Gemuter wußten nicht, daß die Zeit vorüber sei, wo man in Ratenmusiken die öffentliche Meinung zu erkennen glaubte. Daß das Volk alles dies nicht wußte, daß es im Glauben an eine Revolution handelte, die nicht mehr existierte, bas ist der Hauptfehler, den die meisten Angeklagten und Kompromittierten begangen baben.

Die Stimmung des Fürsten bei dem Schwinden der letzten patrioti= schen Hoffnungen, die sich an das Dreikonigsbundnis geknüpft hatten, spricht sich in einem scharfen Artikel aus, in dem er in Nr. 71 des "Frankfurter Journals" die Thronrede des Königs von Württemberg besprach. "Durch die ganze Thronrede," heißt es darin, "klingt ein unbeimlicher Ton, ber von ben Gefahren ergablt, die uns von außen broben, wenn bas württembergische und das beutsche Bolt nicht den väterlichen Ermahnungen seiner Monarchen folgt und noch weiter dem Traumbilde der deutschen Einheit nachjagt. Wir vernehmen ausbrücklich, daß die Realisierung bes Bundesstaates nicht möglich sei, ,ohne Verletzung jener feierlichen Traktate. worauf unfre Stellung und unfre Unabhängigkeit gegen Europa sowie das politische Gleichgewicht Europas Aberhaupt beruht'. Wir hören von ben Gefahren, zu benen bas Bundnis vom 26. Mai sowohl im Innern als nach außen führen muß'. Es ist also jest dem erhabenen Redner klar, bag bas Ausland unfre Unabhängigkeit gefährben konnte, bag eine Einmischung ber fremben Mächte in unfre innersten Angelegenheiten So weit find wir also gekommen, bag man bie politische Schamhaftigkeit in einem beutschen Königreiche ganz ablegt und vor ben Augen von gang Europa gesteht, daß wir es nicht mehr wagen, uns eine Berfaffung ju geben, wie fie unfern Bedürfniffen entfpricht. fondern daß die lette Stimme ben Machten zusteht, die die Bertrage garantiert haben! So weit ift es also gekommen, daß man diese Beständnisse einer demokratischen Versammlung ohne Scheu macht und machen kann! Wahrlich, man hätte besser getan, in der Thronrede vom alten Recht' zu schweigen, wenn man die alte Ehre so ganz und gar verleugnet."

Rurz vor der Ratastrophe von Olmütz schreibt der Fürst an die Prinzessen Amalie:

Sayn, 16. November 1850.

... Ich war gestern bei der Prinzessin von Preußen zum Tee. Sie war sehr niedergebeugt durch die neuesten politischen Ereignisse; 1) sie ist so von Schwerz und Jammer über die Berliner Jämmerlichkeiten erfüllt, daß es einem leid tut, sie anzusehen. Ich möchte sie mit einer Niobe vergleichen. Jedenfalls ist der Bergleich auch deshalb richtig, weil sie im Untergang Preußens auch den Untergang der Zukunst ihres so vortresslichen und vielversprechenden Sohnes betrauert.

¹⁾ Entlassung von Radowitz am 2. November nach der "vorläufigen Uebereintunft" in Warschau am 28. Oktober, durch welche die Unionsversassung aufgegeben wurde.

Drittes Buch

Aus den Jahren 1850 bis 1866

Tür die Jahre 1850 bis 1866 fehlt das Material, um eine zusammen-D hängende Darftellung von dem Leben und Wirken des Fürsten aus seinen eignen Worten herzustellen. Gin fortlaufendes Tagebuch hat er in biefer Zeit nicht geführt, und die Briefe an die Prinzessin Amalie, in welchen vor der Heirat das Innenleben des Fürften sich aussprach, nehmen, feit er in einer glucklichen Che lebte, begreiflicherweise einen andern Charakter an, beschränken sich auf tatsächliche Mitteilungen über bie Erlebniffe und Geschäfte bes Tags. Auch fehlt biefer Periode bie Einheit, welche in ben Entwicklungsjahren burch bas Werben ber Perfonlichkeit gegeben ift. Diese ift gewiffermaßen fertig und sucht nach einer Gelegenbeit, sich in ber Politit zu betätigen. Aber die Zeit war bafür nicht gunftig. Der nationale Ibealismus bes Jahres 1848 war in der Debe der Reaktion erftorben und ein ehemaliger Reichsgesandter hatte keine Aussicht, von der baprischen Regierung geschätzt und im Staatsbienfte verwendet Für einen nach seiner Bildung und sozialen Stellung konservativ gerichteten, dabei aber von starkem Nationalgefühl erfüllten Bolitiker bot das Bayern der fünfziger Jahre keine Gelegenheit, seine Kraft zu be-Es ist psychologisch interessant, wie der Drang nach politischem Wirken den Kursten allmählich zu einem Kompromiß mit den Berbältniffen führt, in benen allein ein solches Wirken für ihn möglich war, wie er beftrebt ist, seinen Frieden mit dem baprischen Königtum zu machen und wie unter ber Einwirkung biefer außeren Gegebenheiten auch seine politischen Anschauungen allmählich eine Wendung nehmen, die ihn dem bayrischen Partikularismus näher bringt. Er wird ein Anhänger der Triasibee nicht aus innerer Ueberzeugung, aber aus bem Gefühle, daß bei ber scheinbaren Aussichtslosigkeit bes kleinbeutschen Programms, bei ber zweifellosen Unmöglichkeit einer großbeutschen Politik die Sammlung der in den fübbeutschen und mittelbeutschen Staaten vorhandenen nationalen Kräfte zu einem dritten Deutschland immer noch den Vorzug verdiene vor der völligen Zersplitterung und Machtlosigkeit tüchtiger beutscher Stämme. Diese bayrisch-partikularistische Wendung ist besonders deshalb beachtenswert, weil sie auch in der späteren Wirksamkeit des Kürsten an der Spike des baprischen Staats nachwirkt und weil gerade diese Konzession an den Bartifularismus die Voraussekung war für die nationale Volitik des

bayrischen Ministerpräsibenten. Nur ein Staatsmann, an bessen korrekt bayrischer Gesinnung nicht zu zweiseln war, konnte bas Bertrauen König Ludwigs II. gewinnen und die nationale Haltung dieses Fürsten in den großen und entscheidenden Fragen der deutschen Politik bestimmen.

1. Paris und Rufland.

Im Dezember 1850 reifte der Fürst mit seiner Gemahlin für mehrere Monate nach Paris. Von dort schrieb er der Prinzessin Amalie am 15. Dezember:

... Die ersten acht Tage benutten wir neben unsern Ginrichtungs= geschäften, die verschiedenen Theater zu besuchen, weil dies nicht mehr möglich ift, wenn man abends ausgeht . . . Die Theater find intereffant und lehrreich, was die Sprache anbetrifft. Madame Rachel und Madeleine Brohan in der Comédie Française sind sehr merkwürdig. Letztere wird besonders ihrer Schönheit wegen applaudiert, erstere ist über alle Kritik erhaben, so daß man sogar ihr Judengesicht vergißt. Im Théatre de la Gaîté wird ein Melobrama "Paillaffe" gegeben, bas von Freberic Lemaître außerorbentlich gut bargeftellt wirb. Die neue Oper "L'enfant probique" von Auber ift ber Gegenftand aller Unterhaltung. Es ift bie Geschichte aus ber Bibel und spielt in Aegypten und Palaftina. Gin größeres Aergernis als diese Oper kann man sich nicht benken, ja am Schluß tommt eine Szene vor, wo ber himmel fich auftut und man die Engel mit Barfen fieht. Die Deforationen find prachtvoll, die Musik elend, und während fünf Stunden muß man dieses Gebärmel mit anhören. Einmal und nicht wieder!

Madame Sontag sah ich im "Barbier de Séville". Ein sonderbarer Eindruck, nachdem ich sie zuletzt in ihrem Salon in Berlin gesehen hatte. 1)

Unsre "entrée dans le monde" haben wir bei Frau von Narischkin gemacht. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, uns möglichst schnell bekannt zu machen, und hat dies mit der größten Freundlichkeit und Gewandtheit ausgeführt. Wir fanden viele Bekannte in ihrem Salon aus Athen und Neapel, so daß ihr ihre Aufgabe erleichtert wurde. Tags darauf ließ ich mich durch den bayrischen Gesandten bei dem Präsidenten vorstellen. Die Masse geht in die großen Salons, vornehme Leute in die kleinen Appartements des Präsidenten. Heinen führte mich Wendland. Im ersten Salon sanden wir den Hosstat und an der Tür des zweiten einen Kleinen Mann mit dem Gesicht eines bayrischen Chevaulegersofsziers und dem großen Band der Ehrenlegion. Es war "le Prince".

¹⁾ Henriette Sontag (1808 bis 1854) hatte als Gräfin Roffi von 1843 bis 1849 in Berlin gelebt.

Ich wurde ihm vorgestellt, und dann sprach er mit mir über Bayern: "J'y ai passé ma jeunesse, à Augsbourg, et j'en conserve toujours un très bon souvenir."1) Er ergählte von einem Pringen Hohenlohe, den er in München gekannt hatte. Dann wurde ich ber Prinzes Mathilbe porgeftellt, einer biden, schonen Dame mit Diamanten. Balb barauf fette sich die ganze Gesellschaft in Bewegung und befilierte in die Tangfale, wo das Bublitum Spalier bilbete, um uns wie einen großen Hofstaat durchgehen zu sehen. Im Saal wurde ich Lord und Lady Normanby porgestellt. Lord Normanby ist ein großer trausköpfiger, immer lächelnder Engländer mit vielen Orben, Laby Normanby ein bickes, impaffibles Wesen mit Diamanten. Graf Hatzselbt, der preußische Gesandte, den ich auch tennen lernte, ein rheinischer Rittergutsbesitzer dans toute la force du terme. Seine Frau eine geistreiche Französin. Der österreichische Gefandte Hübner ift eine Melange zwischen Lifzt und Rarl von Roschentin, 2) geschickt und gewandt wie alle öfterreichischen Diplomaten. Die Ruffen find sahlreich und für uns fehr liebenswürdig, im übrigen abgeschliffen und leer.

Geftern abend waren wir bei ber Herzogin von Maillé, einer freundlichen Dame mit grauem Schnurrbart. Die Annehmlichkeit, in einen Salon von wenig Menschen zu kommen, von benen man niemand kennt. wurde uns da zuteil. Man bleibt jedoch nur eine halbe Stunde in biesen Avant-soirées. Nachher gingen wir zur Fürstin Lieven. war es mir intereffant, alle möglichen merkwürdigen Leute zu sehen und kennen au lernen. Guigot ift eine gleich im ersten Augenblick auffallende Erscheinung. Er ist der einzige Mensch, den ich in der Pariser Welt bisher getroffen habe, der nicht an andre Dinge benkt oder zu benken scheint, wenn er mit einem spricht. Es ist dies sehr schwer und es gehört viel geiftige Rraft bagu, in biefem heillofen Geschrei eines Parifer Salons und umgeben von den verschiedenartigsten Versonen nicht verwirrt zu sein und zu scheinen. Molé 3) ift ein ernster Mann, aber auch gerftreut, Berryer, 4) ber ebenfalls ba war, ben ich aber nicht kennen lernte, fieht aus wie ein Landpfarrer. Unter ben Damen, Die ich bisher geseben, zeichnet sich Madame Kalergi durch Schönheit, Fürstin Graffalkowitsch burch ruftiges Alter, Mabame Gubin burch Fett und naive Bemerkungen

¹⁾ Napoleon hatte von 1816 ab mit seiner Mutter Hortense mehrere Jahre in Augsburg gelebt und das dortige Symnasium zu St. Anna besucht.

^{*)} Pring Rarl zu hohenlohe-Ingelfingen (1820 bis 1890) auf Roschentin.

³⁾ Graf Louis Mathieu Molé, konservativer Staatsmann, Minister unter Louis Philippe.

⁴⁾ Der berühmte Redner, Verteidiger Neys und Napoleons nach dem Unternehmen von Boulogne.

aus. Junge Mädchen sah ich bisher nicht, nur auf dem Ball bei dem Prasidenten einige.

Im allgemeinen ist alles hier sehr vormärzlich, mein Kutscher schreit enir immer "oui, Monseigneur" zu. Wer einen Orden hat, trägt ihn immer, überall und zu allen Tageszeiten. Das Leben ist indessen angezuehm und leicht, die Soireen, da deren viele an demselben Abend sind, Kurz und bloße Bisten . . .

4. Februar 1851.

... Ich höre einen fehr intereffanten cours bei Michel Chevalier über Nationalokonomie, wohin ich mit Marie, Kürstin Menschikoff und Frau von Seebach fahre. Das Collège de France ift leider fo weit, daß ich die übrigen cours, wie einen ganz verrückten cours de philosophie bei Michelet, nur ab und zu besuchen kann. Dienstag und Freitag um 7 1/2 Uhr liest Blanqui 1) in dem Conservatoire des arts et métiers über "économie industrielle", eine höchst interessante und merkwürdige Borlefung, die ich aber der Diners wegen nur felten besuchen kann. ift besonders mertwürdig, die verschiedenen Buhörerklaffen zu beobachten, Damen und herren auf ben reservierten Plagen und Blusenmanner in Maffe auf bem Amphitheater . . . Im allgemeinen gehe ich beruhigt, um manche Illufion armer von hier fort, also reicher im Innern. Marie fühlt mit jedem Tag mehr den Wert unfrer ftillen Erifteng in Schils lingsfürst zunehmen und hat nun einen Schritt naber zum mahren Frieden getan. Und im Augenblick, wo alle biefe Erfahrungen uns ben Aufenthalt in der Beimat wert und teuer machen, broht uns eine unabweisbare Pflicht in die Ferne zu führen und eröffnet sich mir die Aussicht auf eine mübevolle aber fruchtbare Existenz.

Die letzte Bemerkung bezieht sich auf eine Uebereinkunft bes Fürsten mit seinem Schwiegervater, dem Fürsten zu Sann-Wittgenstein, nach welcher der Fürst die Berwaltung der großen Besitzungen in Rußland übernehmen sollte, welche das Erbteil der Fürstin und ihres Bruders von ihrer am 26. Juli 1832 verstorbenen Mutter geb. Prinzessin Stephanie von Radziwill bildeten. Die Uebersiedelung nach Rußland wurde für den Herbst 1851 sestgeseht.

An bie Pringeffin Amalie.

Schillingsfürst, 24. Juli 1851.

... Nach London zu gehen habe ich große Lust, doch weiß ich nicht, wie ich es bei meinen bevorstehenden großen Reiseplanen machen soll. Es wird wohl nicht möglich sein, und ich werde, wenn auch mit großem Bedauern,

¹⁾ Nationalotonom, ber ältere Bruber bes Kommunisten.

barauf verzichten müssen, den Kristallpalast und die Weltausstellung zu sehen. Daß durch dieselbe nun der lange verkannte Wert des Prinzen Albert recht deutlich an den Tag getreten ist, freut mich sehr und ist ein neuer Beweis, wie unrecht man tut, wenn man der sogenannten öffentlichen Meinung und dem Urteil des Pöbels über hervorragende Personen Glauben schenkt . . .

Un biefelbe.

Rauben, 4. Ottober 1851.

... Je langer ich von Schillingsfürft weg bin, besto fester wird in mir ber Entschluß, nicht so balb babin gurudgutebren, und ba bleibt benn nur Rufland, bas mit ben bortigen Geschäften so schwer wiegt, baß bie kleinen Schillingsfürfter Geschäfte nichts bagegen wiegen. Warum ich gern von Schillingsfürst weggehe, warum ich so leicht das wirklich schone, gemutliche und reiche Leben bort aufgebe und verschmerze, weiß ich kaum. Je älter wir werden, besto mehr tritt bas ideale Leben in den Hintergrund. Der Mann foll und will schaffen und arbeiten, ber vernünftige Mensch erkennt in ber Arbeit die Quelle ber Glückfeligkeit, und deshalb burfte ich nach Arbeit, weil wir ja, wir mögen uns anstellen, wie wir wollen, doch immer nach Glückfeligkeit ftreben. Darum ift mir bas fübbeutsche ftanbesherrliche Leben immer ungenügend gewesen, weil es die Fausheit zum Lebensberuf stempelt. Darum habe ich durch die Uebernahme von Schillingsfürst etwas meiner Natur und meiner Bilbung nicht Entsprechendes, sich stets Rächendes getan, und darum endlich danke ich Gott, daß er mich da mit Gewalt herausgeriffen und auf eine wenn auch ungewiffe, gefahrvolle, muhfame, aber boch naturgemäße Laufbahn geworfen hat. Berzeih, daß ich Dir fo viel von meinen inneren und außeren Berhaltniffen vorerzähle, aber es ift mir, als brachte es Dir, wenn auch nur indirekt, Beruhigung, wenn Du siehst, daß ich meine Pflicht tue und nicht aus Leichtsinn in die weite Welt hinein fahre.

Un bie Pringeffin Glife. 1)

Werki, 25./13. Oftober 1851.

... Wir sind nun zwei Tage hier, und ich kann nicht sagen, daß Land und Leute einen unangenehmen Eindruck auf mich gemacht hätten. Wäre ich zehn Jahre jünger und noch voll Lebenshoffnung und Erwartung von zu verwirklichenden Ibealen, so würde es mich allerdings etwas melancholisch stimmen, in diesen menschenleeren, traurigen Gegenden zu reisen, von denen man nicht weiß, ob sie von vergangener Größe oder

¹⁾ Jüngste Schwester bes Fürsten, geboren ben 6. Januar 1891, seit 1868 vermahlt mit bem Prinzen zu Salm-Horstmar.

von zukunftiger reben. Mir scheint, weber das eine noch das andre. Das Land kann nie anders gewesen sein und eine andre Gestalt wird es auch nie annehmen. Man muß es nehmen, wie es ist. Es hat etwas Beruhigendes, Wohltuendes, diese großartige Einsamkeit der littauischen Wälder und unabsehdaren Kornselder. Werkt selbst erinnert an Ludowitz oder Fürstenderg. Es ist das Oders oder Wesertal, nur ohne die Dörser und mit mehr Wald und Wildnis. Die Lage des Schlosses ist sehr schon, das Schloß selbst und der Park ganz englisch. Wir werden uns ganz gut hier eingewöhnen... Ich war heute beim Generalgouverneur in Wilna, Bibikoss, einem sehr artigen Manne. Wir bleiben noch ein paar Tage hier und reisen dann weiter nach Rorden und werden in Petersburg Ende des Monats eintressen und im Bariatinskyschen Hause wohnen, von dem man einen Flügel für uns gemietet hat.

Die fürstliche Familie verlebte ben Winter 1851/52 in Petersburg und kehrte im Frühling 1852 nach Werki zurück. Der Aufenthalt in Rußland dauerte bis in den Sommer 1853. Leider sind aus dieser Zeit schriftliche Aufzeichnungen des Fürsten nicht vorhanden. Ein Bild des häuslichen Lebens in Werki geben Briese der Prinzessin Elise, welche den Sommer 1852 im Hause des Bruders verlebte. Einige Auszuge aus diesen Briesen, welche die Frau Prinzessin dem Herausgeber gütigst überslassen hat, mögen hier folgen.

Werti, 26. Juni 1852.

... Man sieht vom Schlosse ziemlich hoch hinunter auf den Fluß, die Wilia, der sich durch das Tal schlängelt. Bon meinem Zimmer sehe ich nur ein kleines Stuckhen bes Fluffes, ba ich parterre wohne und bie vielen Laubbaume, die den ganzen Berg bedecken, mir die Aussicht verbergen. Dicht vor dem Fenfter find viele Bufche, Jasmin u. a., und zwischen biefen und ben Baumen, die am Rande bes Berges ftehen, ift ein Grasplat mit einem Riesweg ringsherum. Bon oben, aus bem Salon, sieht man über bie Baume weg. Da tann man einen Meinen, gang von Baumen eingeschloffenen See sehen, der am Ruße des Berges liegt, links ben weiteren Lauf bes Fluffes und mehrere gang im Grun verstedte Baufer, bie zu Berki gehören. Das Schönste ift bie Terraffe. Im Garten nämlich, am Ranbe bes Berges, ist ein Stuck ausgemauert, mit eisernem Gelanber darauf. Unter einer großen Linde stehen Banke und Stuble, und man hat eine herrliche Aussicht auf ben Fluß. Gine weiße griechische Kirche sieht man am Ufer, und hinter bem Walbe auf ber Bobe liegt Wilna fehr hubsch. Es sieht sehr nahe aus, man braucht aber boch eine halbe Stunde, um hingufahren. Die Straße führt rechts vom Fluffe zwischen Riefern ben Berg hinauf. Der Horizont ift ringsherum von bunkelm Balb begrenzt.

Am Morgen ist es am schönsten auf der Terrasse. Der himmel und die Luft sind klar wie im September.

Bauern habe ich noch nicht viel gesehen, es wohnen sast gar keine hier, bie Häuser sind von Handwerkern bewohnt, die alle wohlhabend sind. Manchmal kommen Bettler mit Bittschriften in den Garten. Die sind gewöhnlich von entsernteren Orten und machen Komplimente dis auf den Boden.

28. Juni.

Ich sitze in einem Pavillon nahe bei der Terrasse; es ist ein runder Saal mit Glasturen ringsherum. Auf ber Seite, wo ich fitze, sehe ich nur Riefern und höre ben Wind im naben Walbe rauschen und die Raben frachzen, beren es hier eine Menge gibt. Außer Schillingsfürft habe ich noch keinen Ort gesehen, wo es so viele schone Spaziergange gibt wie hier; jeben Tag nach Tisch führt mich Marie einen neuen Weg. Heute fuhren wir ein Stud bis hinüber auf einen walbigen Berg, wo wir ausstiegen und herrliche Wege gingen. Es standen immense Tannen unter ben Riefern, und grune, sonnige Wege führten zwischen ben Baumen hindurch. Alle Augenblicke kam man an eine weiße Kapelle, von dunkeln Tannen umgeben. Dort in der Rähe ist der Kalvarienberg, auf dem die katholische Rirche fteht. Wir stiegen hinauf, ebe wir gurudfuhren. Man fieht von bort das weiße Schloß mit seinem Turm aus bem bichten schwarzen Walbe hervorragen wie ein Feenschloß; ringsherum nichts als Wald. Das Wilbe und Liebliche ift hier vereinigt. Wenn bie bufteren Balber traurig stimmen, fo wird man burch ben blauen, spiegesklaren Flug wieder erheitert und durch die reine, klare Luft gestärkt. Die Luft war heute wie am Meer: im Hause ist fie dumpf, die Gange sind so finster und schmal, die Zimmer hoch, aber meistens auch schmal. Das ganze Haus ift schmal, ohne Seitenflügel, am einen Ende der Turm, am andern ein Anbau von Glas, in bem ber Wintergarten ift. Schöne Balmbaume und alle möglichen Bflanzen find darin. Aus Chlodwigs Zimmer und aus Mariens Schlafzimmer führen Turen hinein. In ersterem trinken wir immer Tee des Abends. Um 2 Uhr lese ich Marie vor, jest "Economie politique" von San und um 4 Uhr effen wir in bem hoben hellen Ritterfaal.

22. Juli.

Abends, wenn ich das Licht ausgelöscht habe, nachbem ich noch mit Chlodwig aufgewesen bin, fühle ich mich oft ganz beseligt, auch seine Gefährtin sein zu dürfen, stolz, daß er seine Gedanken bei mir niederlegt. Da möchte ich alle Liebe auf ihn ausströmen lassen.

24. Juli

Abends lesen wir jett die chemischen Briefe von Liebig, d. h. ber Doktor lieft sie vor und erklärt vieles von ben Eigenschaften bes Sauerstoffs,

Rohlenstoffs u. s. w., da in diesem Buche schon viele chemische Kenntnisse vorausgesetzt sind. Chlodwig zeichnet dabei, Marie und ich arbeiten. Mit Chlodwig bleibe ich nach dem Lesen noch ein Viertelstündchen auf. Diese und meine einsame Morgenstunde im Garten sind mir die liebsten im Tage.

5. September.

Chlodwig ist seit bem 2. nach Süben gereist auf die andern Guter, wo er Jagben machen will, in 14 Tagen wird er wohl erst zurud sein.

8. Ottober.

Chlodwig ist endlich zurück, am 4. kam er, hat leiber nur einen Elchshirsch geschoffen. Er sieht besonders wohl aus nach dieser Reise in den Wäldern. Seit seiner Rückehr ist wieder ein ganz andres Leben im Hause, es wird mehr gesprochen. Die Tage haben mehr Gehalt.

3ch muß Chlodwig immer bewundern, wenn er abends Elisabeth 1) auf dem Schofe bat und für fie zeichnet: Die beiben feinen Gesichter, seines in Milbe strahlend und ber fleine Lockentopf, ber sich beständig bewegt, wenn sie ihm mit den zarten Handchen das Gesicht streichelt, es gabe ein wunderschönes Bild. Als sie zu Bette war, sing Chlodwig an uns vorzulefen : "Ihr naht euch wieber, schwankenbe Geftalten." Jest geht mir in bem Buche eine Welt auf. Nach bem Tee fing ber Doktor wieder zu lefen an. Neulich hat er uns ben Bau bes Auges erklärt an einem Ochsenauge. Den Schluß bes Tages bilbete ein Gespräch mit Chlodwig, bas erquidend gewesen ware, wenn ich ihm nicht zu fehr angemerkt hatte, bag fein Berg schwer war. Das macht mich immer unglücklich. An einem Morgen, als ich Elisabeth die Buchftaben lehrte, mas ich lange ausgesetzt hatte, weil sie immer so unaufmerksam war, nahm ich mir vor, nicht ungebulbig zu werben, sondern wohl breißigmal benselben Buchstaben zu wiederholen und immer mit Freundlichkeit, wie man eine Melobie vorsingt. Ich wurde belohnt, benn sie begriff nun auf einmal. Da sah Chlodwig einen Augenblick, ebe er zu ben Geschäften ging, auf uns mit freundlichem Gesicht und fagte: "Das ift ein gutes System." Dies war genug, um mich gut und freudig zu stimmen.

Aufzeichnung bes Fürften.

3. Juli 1858.

Die gegenwärtige Bewegung in den Naturwissenschaften, welche einen Fortschritt derselben zuwege gebracht hat, von dem sich die früheren Jahrhunderte nichts träumen ließen, hat die Forscher dahin gesührt, eine Bereinigung von Glauben und Wissen als eine vollständige Unmöglichkeit

¹⁾ Die älteste Tochter, geboren 80. November 1847.

barzustellen. Ja, die moderne naturwissenschaftliche Schule erklärt auch der Transzendenz den Krieg und verweist das Transzendentale in das Gebiet des Glaubens.

Damit find wir auf einer gefährlichen Stufe angelangt.

Schon jett zeigt es sich, daß die wiffenschaftlich gebilbeten Menschen entweder keinen Glauben haben oder sich der Rirche ohne Ueberzeugung anschließen und unterordnen, soweit ihr Gebiet reicht. Ift aber letteres mit dem erfteren nicht gleichbebeutend? Ift nicht der Glaube begienigen. welcher sich, ohne innerlich bavon burchbrungen zu sein, ben firchlichen Sakungen unterwirft, b. h. nach ben Borschriften der Rirche handelt. ohne baran zu benten, diese Satzungen fur Wahrheit zu halten, ift ein solcher Glaube bann etwas andres als Pharifaismus? Bobl weiß ich, daß fehr wohlbenkenbe, tieffühlende Menschen biesem sogenannten Pharifaismus hulbigen. Bird aber eine folche mehr konventionelle Soflichfeit gegen die Rirche von Dauer fein? Werben nicht die Refultate biefer glaubenslofen Wiffenschaft sich auch in jene Rlaffen verbreiten, bie gar tein Interesse baran haben, sich ber Rirche und ihren Lehren, ben von ihr auferlegten Brufungen und Entbehrungen unterzuordnen? Wird nicht am Ende bie Berfetjung um fich greifen, ober hat fie nicht vielmehr fcon begonnen, sich in die unteren Schichten der Gesellschaft auszubreiten? Noch leben die meiften in der fugen Tauschung der Tranfgendeng, Die Wirkungen des Fortschritts in den Naturwissenschaften, wie er sich in der mobernen Schule ausgebildet hat, find bis jest nur fühlbar in der wiffenschaftlich gebildeten Welt: wird es aber babei bleiben? Und wenn sich nun biefe Resultate weiter verbreiten, fo geben wir einer Glaubenslosigkeit entgegen, die unfehlbar zur Auflösung unfrer ganzen modernen Zivilifation führen wird. Darum die Fortschritte der Naturwiffenschaften beklagen ju wollen, mare kindisch. Denn alles ist zweckmäßig, notwendig und gut, weil es ift, d. h. weil es sich in der Entwicklung der Menschheit so herausgebildet hat. Allein notig ift, sich nicht die Augen zu verschließen. "Man foll die menschlichen Dinge nicht beweinen, nicht belachen, man foll fie zu verstehen trachten."

Aus berfelben Beit stammt anscheinend die nachfolgende Aufzeichnung ohne Datum.

Wir sehen in neuester Zeit mehr und mehr die Ueberzeugung vorherrschen, daß Wifsen und Glauben vollständig voneinander getrennt bleiben müssen. Insosern nun im Protestantismus eine Bereinigung von Wissenschaft und Dogma angestrebt wurde, hat dieser infolge der Ausbreitung jener Ueberzeugung an Boden verloren. Der wissenschaftlich gebildete Mann, dem die Vernunft die Notwendigkeit der Religion und

Rirche klarmacht, wendet sich, aber ohne Ueberzeugung, zur katholischen Kirche, weil diese mehr den Anforderungen, die seine Vernunft an ein konsequentes Dogma stellt, entspricht. So wird sich nach und nach der ungläubige Teil der Menschheit dem katholischen Dogma nähern. Aber ob dadurch wirklich etwas begründet werden wird? Soll sich die Menschheit mit einem Dogma begnügen, das sie annimmt aus Notwendigkeit, aber ohne innere Ueberzeugung, während sie nach einem Dogma schmachtet? Ich glaube, daß das nicht auf die Dauer der Fall sein wird. Ich glaube aber, daß die Menschheit sich ein ihrem Standpunkte angemessenes Dogma wieder schafsen und dadurch wieder religiös werden wird.

Im Jahre 1853 gab der Fürst wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinem Schwiegervater die Verwaltung der littauischen Güter wieder auf. Die Familie kehrte nach Schillingsfürst zurück und behielt für die folgenden Jahre dort ihren Wohnsty. Unterbrochen wurde das Leben in Schillingsfürst durch die Winteraufenthalte in München zur Teilnahme an den Landtagsverhandlungen und durch häusige größere Reisen. Von der Tätigkeit des Fürsten in der Kammer der Reichsräte und von den Besobachtungen über die europäische Politik, zu denen ihm seine Reisen Geslegenheit boten, mögen die folgenden Auszeichnungen zeugen.

2. Rom 1856/57.

Den Winter 1856/57 verlebte die fürstliche Familie in Rom, wo der Bruder des Fürsten, Prinz Gustav zu Hohenlohe, damals Geheimer Kämmerer des Papstes war. Aus dem Tagebuche des Fürsten über seinen römischen Ausenthalt seien hier einige Auszüge mitgeteilt, die für die Kenntnis der damaligen Zustände und Persönlichkeiten der römischen Gesellschaft von Bedeutung sind.

Rom, 2. Dezember 1856.

... Ich verstehe jest mehr und mehr den Unterschied, der zwischen den Jesuiten und ihren Anhängern und den ihnen abgeneigten Geistlichen besteht. Erstere sehen in der Abtrennung der Geistlichen von der bürger-lichen Gesellschaft, in der Abtötung alles dessen, was den übrigen Menschen angenehm ist, in der völligen Unabhängigkeit von allem, was mit den bestehenden Formen, der bestehenden sozialen Hierarchie zusammenhängt, das Seil und die Zukunft der Kirche, während die andre Partei mit den Menschen als Menschen leben will, den bestehenden Standesunterschieden Rechnung trägt und nicht auf die Zerstörung der sozialen Weltordnung rechnet, sondern auf deren Bestand. Während die Jesuiten sich auf den Untergang dieser Ordnung gesaßt machen, glauben die andern nicht daran und meinen, die Ordnung aufrechterhalten und sich mit ihr identissieren zu können.

12. Dezember.

... Der Nachmittag verging mit allerlei Gängen in die Stadt, abends waren verschiedene Geistliche bei uns, zuerst der gute Abbé de Geslin, dann der gescheite und energische Père Etienne Djunkowsky, Präsekt der nördlichen Regionen, der uns viel von seinem Aufenthalt in Lappland erzählte. Er ist auch von den Jesuiten angeseindet. Ich höre jeden Tag neue Intrigen dieser Leute und sange an, die gute Meinung, die ich von ihrer Wirksamkeit gehabt habe, zu verlieren.

17. Dezember.

... Später ging ich zu Theiner, 1) ber mir von seinen Arbeiten im Archiv erzählte, das er in der größten Unordnung gefunden hat. Er ordnet nun alles mit deutscher Gründlichkeit und wird sich dadurch um den Heisligen Stuhl sehr verdient machen. Alle bisherigen Archivare hatten diesen Posten nur als ein Mittel benutzt, um weiterzukommen, Runzius zu werden u. s. w., und hatten das Archiv liegen lassen...

18. Dezember.

Um 11 Uhr war das Tedeum zu Ehren des Königs von Neapel 2) und für dessen glückliche Rettung. Der neapolitanische Chargé d'affaires hatte uns auch dazu eingeladen. Wir kamen etwas spät und begaben uns auf die diplomatische Tribüne, die nicht weit vom Hochaltar aufgerichtet war. Wir fanden dort das ganze diplomatische Korps, daneben mehrere Damen. Gegenüber war eine Tribüne für die römischen Fürsten, in der Mitte eine kleine erhöhte Tribüne für die Königin Christine von Spanien. Der Hochaltar war prächtig verziert mit Kerzen von ungeheurer Länge, und die ganze Feierlichkeit mit den vielen funktionierenden weißen Dominikanern war imposant. Die Musik ließ zu wünschen übrig und ist zu der Kategorie des Gedudels zu rechnen.

Rom, 27. Januar 1857.

... Nachmittags besuchte ich Gustav im Batikan. Ich fand einen Franziskaner, Pater Petrus, bei ihm, einen Dänen. Als wir gerade zusammen sprachen, wurde der Papst angekündigt; ich zog mich in das innere Zimmer zurück, der Mönch in die Rapelle, und Gustav ging dem Heiligen Bater entgegen, der mit Stella und Merode kam und sich im Salon etablierte. Bald darauf hörte ich, daß von mir die Rede war, und da der Papst erlaubte, daß ich hereinkomme, so erschien ich, setzte mich neben ihn und wohnte der lebhaften Unterhaltung dei, die über die verschiedensten Gegenstände geführt wurde. Wir sprachen von der Zeremonie

¹⁾ Augustin Theiner (1804 bis 1874) war durch den Einfluß des Prinzen Hohenlohe im Jahre 1855 zum Präsetten des Batikanischen Archivs ernannt worden. Siehe Schulte in der "Allgemeinen Deutschen Biographie" Bb. 37 S. 674.

²⁾ Ferdinands II., ber am 11. Dezember einem Attentat entgangen war.

in San Pasquale, bann von Stiftern, Chanoinessen, von Neuchatel, China, Bersien u. s. w. Nachher sah sich ber Papst bie ganze Wohnung Gustavs wit vielem Interesse an, begrüßte auch ben Franziskaner, der zum Vorschein kam, und war sehr heiter und teilnehmend.

1. Februar 1857.

Heute morgen um $7^{1/2}$ Uhr fand die Messe in der Kapelle des Heisen Sakraments in der Peterskirche statt, dei welcher der Papst die Rommunion austeilte. Wir beeilten uns deshalb, zur rechten Zeit hinzukommen. Es war seit langer Zeit wieder einmal ein heller Morgen, die aufgehende Sonne erleuchtete prächtig die Säulen der Peterskirche. Der Papst las die Messe mit besonders kräftiger Stimme, es war eine stille Messe. Dann teilte er den Damen die Rommunion aus, auch einige Herren kamen. Ich war nicht dabei, weil ich Aussicht habe, in der päpstlichen Privatkapelle kommunizieren zu dürsen, was mir lieber ist als dieser Trubel.

8. Februar.

Heute um 11 Uhr ging ich in die Kirche del Gefü, um eine italienische Predigt zu hören. Ein Jesuit predigte sehr klar und gewählt. Er hatte sich zur Aufgabe gestellt, diejenigen zu widerlegen, welche behaupten, daß es der Würde eines freien Menschen widerspreche, seine Vernunft der Kirche zu unterwerfen.

7. März.

Da wir nicht allein hierhergekommen sind, um Merkwürdigkeiten zu feben, sondern hauptfächlich, um uns eine Stellung in ber hiefigen Gefellschaft zu machen und bamit Guftav und auch bem ganzen Stand ber Mediatisierten zu nützen, so vergeben manche Tage in scheinbar gleichgultigen Borbereitungen zu frivolen Bergnugungen, Die aber fur uns einen tiefen Sinn haben. Heute waren wir auch mit ben Borbereitungen gur Soiree beschäftigt, die wir geben wollten. Es war nur ein Bersuch, und beshalb hatten wir teine von ben eigentlichen romifchen Großen, fondern mehr ben eleganten Teil ber Gesellschaft, ber fich genau tennt, gelaben, um als Lodfpeise für fpatere Soireen eine amufante Soiree vorausgeben ju laffen. Dies gelang auch volltommen. Daburch, bag wir bie Ducheffa Ragarolo, die Marchesa Calabrini u. a. sowie einige russische Damen geladen hatten und bazu viele Herren, wurde die Soiree zu einer jener eleganten Causerien, Die bem Salon, wo fie ftattfinden, eine eigne Berühmtheit und Basis in ber Gefellschaft geben. Daß bie Soiree bis 1 Uhr dauerte, ift ein Beweis, daß sie gelungen mar.

8. März.

... Um 1/24 Uhr ging ich nach ber Kirche von San Jgnazio, wo eine sogenannte Jesuitenmission stattfand. Auf einer Erhöhung saßen

zwei Jesuiten, welche miteinander disputierten. Der eine stellte ben Unwissenden, der andre den Gelehrten vor und nun stritten sie sich über Gegenstände der Moral. Für heute hatten sie die üble Gewohnheit des Fluchens zum Gegenstand ihrer Disputation gemacht. Während der "dotto" die Sünde der "imprecazioni" auseinandersetze, sand der "ignorante" doch nichts so Schreckliches darin. Letzterer, der seine Rolle etwas gar zu natürlich spielte, erheiterte das Publikum über alle Maßen. Es mag sein, daß diese Art des Vortrags dem Volk hierzulande Eindruck macht.

16. Marz.

Diner. König Max war verhindert, kam erst nach bem Diner, als die Gaste fort waren.

Nachdem er fort war, zog ich schnell meine Unisorm an, um mit Marie zu ben zwei ricevimenti zu fahren. Rarbinal Geißel von Roln und Karbinal Haulit von Agram, die gekommen find, um ihren Hut in Empfang zu nehmen, hielten beut ihren Empfang ober ricevimento. Geißel empfing in den Appartements des Rardinals Reifach im Balano St. Croce, Haulit im Balazzo di Benezia. Das glanzendere ricevimento war bas des Agramer Karbinals. Der Palast war erleuchtet. Bor demselben spielten abwechselnd zwei Musikbanden Walzer u. bergl. Auf der Treppe wogte eine Menge Frember und Einheimischer in Uniform. Die Salons waren voll. Gräfin Colloredo machte bie Honneurs für ben öfterreichischen Karbinal. Alle römischen Damen schmucken sich bei einer solchen Gelegenheit mit ihren schönsten Diamanten. Nachdem wir nach langem Warten unfern Wagen wiebererlangt hatten, fuhren wir noch zu Salviati, wo fich die bekannte Besellschaft zusammenfand.

Sonntag, 22. März.

... Um 1/24 Uhr ging ich in die Stadt, und da ich glaubte, daß in San Agostino Predigt sei, so wandte ich mich dahin. Beim Eintreten überraschte mich das Summen vieler Stimmen. Als ich näherkam, erklärte sich dieses Sprechen. In der ganzen Kirche saßen Gruppen, hier Knaben, vor denen ein Geistlicher saß und examinierte, hier kleine Mädchen, vor denen wohlgekleidete Mädchen aus dem höheren Bürgerstand saßen, die sich ebenfalls mit den Kindern unterhielten und sie belehrten, dort erwachsene Mädchen mit einem alten Geistlichen. Alles war eistig bemüht, die Ausmerksamkeit der Schüler war überall ungeteilt, der Eiser der Lehrenden und ihr Geschick und guter Wille sehr erbaulich. Aeltere Leute saßen dabei und hörten zu. Dieser Unterricht, der am Sonntag in vielen Kirchen gegeben wird, ist ein erfreuliches Zeichen des religiösen Lebens im Bolke, das man nicht nach einigen Szenen in der Peterskirche beurteilen darf, und das mehr gepslegt wird als in vielen andern Ländern.

Bon hier wanderte ich weiter, der Zusall führte mich in die Kirche San Luigi de' Francesi. Hier predigte der Père Chevreaux mit großem Pathos und vielem Geschick über den Unterschied zwischen Religion und Philosophie. Die Predigt war so interessant, daß ich dis zu Ende dablied. Da es noch immer regnete, so suchte ich noch eine Kirche auf, trat zuerst in eine leere Kirche, San Apollinare, dann ging ich auf die Piazza Capranica und kam in die Kirche degli Orfanelli. Hier sassen viele Leute und warteten auf die Predigt. Auf einer kleinen Estrade stand ein rotseidener Lehnstuhl und ein Tisch. Nach einiger Zeit erschien ein Geistlicher, setzte sich auf den Lehnstuhl und begann seine Predigt oder vielmehr den Unterricht über die Beichte, der die ganze Woche jeden Nachmittag um 5 Uhr stattsindet. Der Geistliche redete einsach, klar und eindringlich in einer ungemein angenehmen Weise. Ich wäre gern dis zu Ende geblieben, da es aber schon 1/26 Uhr war, mußte ich vor dem Schluß weg.

24. Mära.

... Nach Tisch ging ich in den Batikan, um Gustav in der Antikamera Gesellschaft zu leisten. Ich gehe immer mit neuem Bergnügen die alten Treppen des Batikans in der Dunkelheit hinauf, dei den Schweizern vorbei in den großen Hof der Loggien. Es ist da alles so still und feierlich, dabei die warme Frühlingsluft, der Sternenhimmel, die hohen Säulen und Galerien. In dem Vorzimmer war es wie gewöhnlich still und einsam. Wir sprachen, während im Nebenzimmer der Papst Audienz gab.

29. März.

Da ich erfahren hatte, daß in der Kirche St. Lucia del Gonfalone ein guter Prediger sei, so begab ich mich um 10 Uhr dahin. Nach dem Evangelium während der Messe kam der Pfarrer, setzte sich auf einen Lehnstuhl, der ihm vor den Altar gestellt wurde, und begann nun in einer so einsachen, logischen und klaren Weise und dabei so eindringlich über die Beichte zu sprechen, daß ich nur bedauerte, daß sein Auditorium so klein war. Es waren höchstens zwanzig dis dreißig Personen da. Ich habe selten etwas so Vollkommenes gehört. Es war eine der Reden, "die mit urkräftigem Behagen die Herzen aller Hörer zwingt". Nicht ein einzgelerntes Wort, keine Rhetorik, keine Phraseologie. Es war ein neuer Beweis sür die römische Seelsorge.

4. April.

Mit Gustav, der gestern nach Frascati gesahren war, hatte ich ausgemacht, ihn dort aufzusuchen . . . Da der Wagen geschlossen und der Morgen wunderschön war, setzte ich mich zu dem Kutscher auf den Bock und fuhr durch die Campagna, die bei Morgenbeseuchtung prächtig ausssah, nach Frascati. Im Hotel de Londres ersuhr ich, daß Gustav die

Nacht bei den Kamaldulensern zugebracht habe. Ich frühftückte baher und ließ mir ein Pferd kommen, um hinaufzureiten. Der Weg ist ungefähr drei Viertelstunden weit. Man reitet bei verschiedenen Landhäusern und Garten vorbei und sieht bei jedem Schritt, wie die Gegend sich weiter und weiter ausbreitet. Bald sieht man Rom in ber Ferne, dann das Meer, rechts die Berge im Morgenduft, darunter die grünen Hügel von Tivoli. Nun ift man auf der Höhe, und vor mir lag das Rlofter ber Ramalbulenser. Ein weißgekleibeter Portier begrüßte mich und führte mich zu dem Prior, wo ich Gustav und noch einen der Mönche fand. ber Brior und dieser Monch sprechen und zeigen fich, die andern leben in ihren Sauschen als Ginfiedler und versammeln sich nur um Mitternacht, um im Chor zu fingen. In bem großen Zimmer fagen wir um einen Ramin: es war ziemlich talt. Durch die Warme bes Feuers batte sich ein Storpion anlocken laffen und spazierte zu meinen Rufen, ber Prior faßte ihn aber alsbald mit einer Feuerzange und warf ibn in die Flammen. Nach einiger Konversation schlug man mir vor. bas Rlofter und bie Rirche anzusehen, mas ich mit Bergnugen annahm. Die Kirche bietet nichts Besonderes bar. Das Kloster besteht aus einer Reihe kleiner Baufer, beren jebes von einem Monche allein bewohnt wird. Reber Mönch hat darin ein Rimmer mit Bett und einigen Möbeln, daran anstokend ein kleines Studierzimmerchen und jenseits des Banges eine Ravelle. Man zeigte mir auch die Rapelle, wo Guftav wohnt, wenn er langere Zeit hier oben ift: ein hubsches Sauschen mit freundlichem Garten und Aussicht auf die Gegend von Rom, Meer, Campagna.

Nachdem ich alles gesehen hatte und von dem Pater Lorenzo reichlich mit Rosenkränzen beschenkt worden war, ritten wir, Gustav und ich, wieder nach Frascati, besahen uns unterwegs die Villa Falconieri, die dem Rardinal, dem letten Falconieri, gehört und wo man intereffante al fresco gemalte Familienportrats fieht. In Frascati fekten wir uns in Guftans Wagen und fuhren über Marino, wo wir ben Dom besahen, nach Castel Gandolfo. Sier ftiegen wir am Garten aus und gingen burch die schattigen Laubengange nach bem papftlichen Schloß. Das Innere ift recht komfortabel für eine papstliche Residenz. Interessant war mir das von einem Neapolitaner gemalte Bild bes Sturzes, ben ber Beilige Bater in St. Agnese gemacht hat, wo alle Ungludsgefährten bes Papstes porträtiert find. 3ch fab auch Guftavs Zimmer mit ber schonen Aussicht auf ben See. Bon hier gingen wir hinunter nach Albano, aßen bort in der "Bost" zu Mittag und ritten nach Tisch über Ariccia nach Genzano, wo wir in bem schönen Bark ber Cesarini umberwanderten. Dann ritten wir wieder nach Albano. Es war 1/26 Uhr und wir eilten beshalb nach Baufe. Der Rutscher bes Batikans brachte uns auch in weniger als zwei Stunden im

raschesten Trabe nach Rom. Als wir an das Kolosseum tamen, schien ber Mond so hell, daß wir uns entschlossen, auszusteigen. Es war wunder-voll still und heimlich, die Ruinen gar ernst und seierlich.

Palmsonntag, 5. April 1857.

Um 9 Uhr fuhren wir in die Peterskirche, um dem feierlichen Hochsamt beizuwohnen. Eine große Menschenmenge drängte sich dort zusammen, doch ist die Rirche so ungeheuer groß, daß die 20 bis 30 000 Menschen, die da versammelt waren, durchaus nicht aussielen. Wir nahmen heutezum ersten Male von unser Tribüne Besitz, die man sur nahmen heutezum ersten Male von unser Tribüne Besitz, die man sur nahmen heutezum ersten neben der Tribüne der königlichen Herschaften errichtet hatte. Wir waren sehr nahe am Papst und konnten die Zeremonien, insbesondere die Austeilung der Palmen, sehr bequem ansehen. In der königlichen Tribüne waren der König von Bayern, die Königin Christine von Spanien, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg und Prinz Karl von Preußen. Alle mit zahlreichem Gesolge. Da die Frage wegen des Ranges noch nicht entschieden war, so mußte ich darauf verzichten, die Valme aus den Händen des Papstes zu empfangen. Die Messe dauerte dis 1/22 Uhr.

29. April.

Um $11^{1/2}$ Uhr war ich zur Audienz beim Heiligen Vater bestellt und sand mich zur rechten Zeit ein. Da die Abreise des Papstes bevorsteht, so war das Vorzimmer voll von Wartenden. Vor mir wurden noch Deputationen eingelassen, dann kam Kardinal Roberti und endlich kam ich an die Reihe. Der Papst empfing mich wie immer sehr freundlich. Da ich sah, daß er eine Anrede erwartete, so begann ich damit, ihm zu sagen, daß ich gekommen sei, vor seiner Abreise um seinen Segen zu ditten, ihm danken wolle für seine Gnaden und ihm Gustav noch besonders empsehlen wolle. Er antwortete darauf sehr freundlich, sprach von Gustavs Unwohlsein und bemerkte, daß er nicht meine Gesundheit habe. Dann spracher von der Audienz, die Marie und Fürstin Léonille den ihm gehabt hatten, und von andern Dingen und verabschiedete mich. Ich küßte ihm die Hand und er blieb stehen, bis ich an der Tür war. Er war besonders heiter und freundlich.

4. Mai.

Da der Papst seine Abreise nach Loreto u. s. w. auf heute festgesethatte, so begab ich mich um 6 Uhr früh zu Gustav, den ich im Begriffesand, zum Heiligen Vater zu gehen. Wir blieben noch einen Augenblickbeisammen, besprachen noch einiges und trennten uns dann. Ich ging.

¹⁾ Die aweite Gemahlin bes Baters ber Fürstin, geborene Bariatinsty.

nach Sause und holte Marie ab, um in die Peterstirche zu geben. Sier fanden wir ben Bapft ichon am Hochaltar, die Meffe lefend. Bir borten biefe und die andre Meffe, welche ber Papft nach Beendigung feiner Meffe anbörte, saben bann Gustav noch einen Augenblick in ber Kirche, während ber Papft in einem Zimmer vor der Kirche mit bem Eingang unter bem Monumente des Bapftes Alexanders VIII. frühftückte, und eilten dann por die Kirchentur, um hier ben Papft noch zu feben. Auf dem Plate maren viele Truppen aufgestellt. Dazwischen sab man die mit Bostpferben bespannten Reisewagen des Papstes. Bald darauf, ungefähr um 81/2 Uhr, trat ber Bapst mit seinem Gefolge aus ber Kirche. Als er in unfrer Nabe war, sagte ibm Baur, daß wir da seien, da wandte er sich noch freundlich gegen uns und gab uns seinen Segen. Wir gingen nun mit bem Gefolge hinter ibm ber bie Stufen hinab und faben ibn in ben Bagen einsteigen. Rarbinal Antonelli tufte ihm zum Abschied bie Sand. Der Papft segnete noch aus bem Wagen das Volt, und die Wagen fuhren zur Borta Angelica hinaus. Guftav faß im zweiten Wagen.

Ueber die damalige römische Gesellschaft fagt das römische Tagebuch:

Wenn man von der römischen Gesellschaft spricht, so muß man drei Kategorien scharf unterscheiben: die eigentlich römische Gesellschaft ober die römische Aristokratie, das diplomatische Korps, die Fremden. Die römische Gesellschaft ober römische Aristokratie ist eine ber besten Gesellschaften ber Welt. Der Anstand (bas decoro), ber bem römischen Bolke überhaupt eigentumlich und angeboren ist, biefes feine Gefühl für Schicklichkeit ist natürlich bei dem vornehmften Teile des Boltes, der Aristofratie, gang besonders ausgebildet und gibt der Gesellschaft einen Anstrich von Wohlanständigkeit, der auf den zivilisierten Menschen einen angenehmen Eindruck hervorbringt. Allerdings gibt das der Gesellschaft auch eine gewisse Steifbeit, die im Anfang auffällt, die aber bei näherer Bekanntschaft perschwindet, wo dann im vertrauteren Umgange die höchst willtommene Rurückaltung und Höflichkeit übrigbleibt. Im allgemeinen findet man wenig Bilbung in ben höheren Klassen, die Männer sind, mit wenigen Ausnahmen, fehr unwiffend, unter ben Frauen findet man auch wenig gebildete, doch fand ich mehr Wiffen unter ben Frauen als unter ber Maffe ber Männer. Die Erziehung ber letzteren ist im allgemeinen bochft mangelhaft, sie besuchen weber öffentliche Schulen noch suchen sie irgendeine miffenschaftliche Bilbung zu erlangen. Wenn sie die Jahre bes Elementarunterrichts hinter sich haben und etwas Frangosisch konnen, fo ift die Erziehung vollendet, und der junge Mann tritt nun hochft forgfältig gekleidet in die Welt. Einzelne studieren dann noch auf der Uni= versität. Da sie indessen keine Aussicht haben, eine Karriere zu machen,

so fehlt ihnen der Sporn, sich weiter auszubilden. Sie treiben sich nun auf der Straße, auf dem Pincio, in den Soireen umher, tun ihren Dienst in der guardia nobile, wenn sie Nachgeborene sind, verheiraten sich mög-lichst früh, wenn sie Aussicht auf selbständige Stellung haben, und freuen sich ihres Daseins. Es sind meistens harmlose Menschen, in den Formen des gesellschaftlichen Lebens um so vollkommener, als ihnen dies Lebenszweck ist, vorsichtig wie alle Römer die Schwierigkeiten und Gefahren des Lebens umgehend und höchst erstaunt, wenn sie hören, daß es Menschen gibt, die bei hinreichendem Vermögen beslissen sind, "sich abzuplagen und geplagt zu sterben". Die Damen haben meist eine französische Erziehung erhalten, einige der jüngeren sogar eine originale italienische Bildung, Kenntnis ihrer eignen Schriftsteller, Interesse für ihr Land und seine Geschichte. Sie tragen aber ihre Kenntnisse wenig zur Schau, weil sie den Titel eines Blaustrumpfs vor allem fürchten und vermeiden wollen.

Die Sitten sind im ganzen gut. Jedenfalls bemerkt man in der Gesellschaft wenig. Das sogenannte Courmachen ist verpont. Daß unter Damen und Herren der Gesellschaft Berhältnisse bestehen, ahnt man nur, zu sehen ist nicht viel. Ich rede natürlich nur von der ganz vornehmen Gesellschaft, den römischen Fürsten. Was unter dem "mezzo ceto", der zweiten Gesellschaft, vorgeht, weiß ich nicht. Auch die zur vornehmen Gesellschaft zugelassenen und in ihr geduldeten Adeligen der niedrigeren Kategorie sollen nicht viel taugen, und es kursieren darüber allerlei Skandalgeschichten.

Das Familienleben in der römischen Aristokratie ist noch vielsach patriarchalisch. Gemeinsames Morgen- und Abendgebet sindet sich in den ersten Familien. Die Ehen werden nicht nach Neigung, sondern nach Nebereinkommen zwischen den Häuptern der Familien abgeschlossen, et les jeunes gens ne s'en trouvent pas plus mal. Extravaganzen junger Mädchen in den höheren Familien sind unmöglich. Bei dem Abschluß der Ehe werden in dem Heiratsvertrag alle Details des täglichen Ledens sestigesetzt, so daß das junge Ehepaar seine Existenz genau vorgezeichnet erhält, es wird darin nicht nur die Mitgist, sondern auch deren Berwendung festgesetzt, man weiß, wie oft die Eheleute ins Theater gehen können, wie viel Reisen sie machen dürsen, wie viel Bediente, Pferde, Wagen sie halten können u. s. w. Dies ist nötig, weil die Ehen sehr frühgeschlossen und Mann und Frau meist von gleichem Alter und gleicher Unersahrenheit sind.

Alle diese Eigenschaften und Eigenheiten der Aristokratie fallen aber bem Volk nicht auf. Mit kleinen Modifikationen finden sich dieselben Sitten auch bei dem niederen Volk, und dieses findet es sehr in der Ordnung, daß gleiches in anderm Maßstabe auch bei der Aristokratie

stattfinde. Ueberhaupt hat die römische Aristokratie trot aller ihrer Fehler größeres Ansehen, größeren Respekt, größere Anhänglichkeit beim Volke als wir in Deutschland. Der bei uns herrschende Neid der niederen Klassen gegen die höheren, dieser demokratisch revoltierende Geist, der bei uns alle Schichten der Gesellschaft durchdrungen hat, existiert dort nur in den Köpfen der revolutionären Sekten, nicht in dem Kern und in der Masse volks.

3. Aus dem Jahre 1859.

Im Beginn bes Jahres 1859 begab sich ber Fürst nach Berlin, um sich von ben leitenden Persönlichkeiten und den Tendenzen der neuen preußischen Politik durch eigne Anschauung zu unterrichten. Ueber seine Eindrücke geben die folgenden Aufzeichnungen Ausschluß.

Politische Notigen, gesammelt in Berlin 1859.

Bildung des Ministeriums. Fürst von Hohenzollern wird als geeignet betrachtet, bas zu erseten, mas bem Bringen von Preußen fehlt: Geschäftsgewandtheit und Charakterstärke. Gegengewicht gegen den Einfluß des Herrn von Auerswald, den man als unzuverlässig, falsch und zu liberal bezeichnet. Er hat Schulden, ift faul und genießt seines Privatlebens wegen teine Achtung. herr von Batow ift ein guter Geschäftsmann, ber seine Sache versteht und die Sympathien der konservativen Partei erworben hat. Bethmann-Hollweg tritt gegen die zu streng orthodoxe Partei auf, ohne Rationalist zu sein. Herr von Bonin hat nicht das Vertrauen der Armee, fie halt ihn für zu liberal. herr von Boigts-Reet ift in bas Rriegsministerium berufen worden, um die Armee zu beruhigen. Die bevorstehende und nötige Reorganisation der Armee findet an der Trägheit des Ministers ein Sindernis. Flottwell ist zu alt und soll bald wieder abtreten. Arnim Boigenburg wollte nur unter ber Bedingung eintreten, daß Auerswald abträte. Dies will der Prinz-Regent nicht, da Auerswald sein Freund ist. Schleinit hat sich das Vertrauen der Diplomatie erworben.

Berlin, 17. Februar 1859.

Das preußische Kabinett wünscht den Frieden zu erhalten, weil es keine Lust hat, einen Nationalkrieg zu beginnen, dessen Ende und zwar dessen glückliches Ende einen Nationalfrieden bedingen, d. h. die bei dem Kriege mitwirkende Nation zu Hoffnungen berechtigen würde, deren Realisierung man als sehr unbequem ansieht. Man gibt sich also von hier aus alle mögliche Mühe, das aus dem Leim gegangene europäische Konzert wieder zusammenzuleimen. Man stößt aber dabei

- 1. auf die Unberechenbarkeit Napoleons III.,
- 2. auf die politische Unfähigkeit, Grobheit und Unwahrheit des östers reichischen Rabinetts,
- 3. auf den Aerger des John Bull, der durch die Pariser Winkelzüge seinen Handel beeinträchtigt sieht und nicht übel Lust hat, wenn es doch Geld kosten soll, die unbequeme Wirtschaft nun alsbald abzutun, endlich
- 4. auf ben Haß ber Ruffen gegen Desterreich, die die Haltung Desterreichs zur Zeit des orientalischen Kriegs mit einem Aberlaß in Italien rachen möchten.

Daraus folgt also, daß der Krieg zwar für den Augenblick vermieden werden kann, daß er vielleicht vertagt werden wird, daß er aber sehr wahrscheinlich über kurz oder lang kommen wird.

Der Herzog von Koburg ist hier und agitiert für die Verföhnung. Da er ein rühriger Mann ist, so kann er jedenfalls nüglich wirken . . .

26. Februar 1859.

Preußen besindet sich jett in einer besonders günstigen Lage. Seine innere Politik hat ihm die öffentliche Meinung in Preußen und Deutsch-land gewonnen. Desterreich ist in einer gefährlichen Lage: die deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten sehen auf Preußen als den eigentlichen Führer in der schwierigen Zeit. Dies wissen die Herren hier sehr gut. Fürst Hohenzollern wird sich auch sehr wenig um die Kleinstaaten bekümmern, sondern ruhig seinen Weg gehen. Man mißbilligt hier die kriegerischen Worte in den süddeutschen Kammern.

8. März.

In der Zwischenzeit ist es Desterreich gelungen, in den süddeutschen Ländern die öffentliche Meinung für den Krieg zu ftimmen. Breußen dagegen hat sich ziemlich isoliert, indem es auf seine Gewalt pocht. Es hatte sich eine Annäherung an Frankreich und Rußland fühlbar gemacht, die von den Oefterreich feindlichen Preußen ausgebeutet wurde und die Regierung in die gefährliche Lage eines möglichen Bundniffes mit Frankreich brangte. Die Friedensnachrichten haben Preußen aus dieser Gefahr gerettet. Die österreichische Zirkulardepesche vom 22. Februar sieht man als eine Drohung an und ist barüber mißgestimmt. Jett ift Preußen burch ben Frieden in die Lage versett, wieder einzulenken, und die öffentliche Meinung wird sich beruhigen, die in den letten Tagen anfing, sich gegen Preußen zu wenden. Es scheint übrigens, daß man die Luft nach der Hegemonie in Deutschland noch immer verspürt. Die Neigung zu einer sogenannten Gothaischen Politik ist vorhanden, und es ist nicht unmöglich, daß sich bies bemnächst noch beutlicher zeigen wird. Die Stellung ber Mittelftaaten und Rleinstaaten wird recht schwieria.

14. März.

Eine wirklich kleindeutsche Politik, wie sie im Jahre 1849 versucht wurde, scheint hier wenigstens für den Augenblick nicht angestrebt zu werden. Alles beschränkt sich auf Mißtrauen gegenüber Oesterreich und auf eiserssüchtige kleine Querellen. Eine positive Politik wird nicht versolgt. Das Ministerium hat keine Staatsmänner. Das hat sich auch während der Debatte im Herrenhause bewährt. Der Ausdruck eines großen Teils der öffentlichen Meinung in Preußen sindet sich in der Broschüre "Preußen und die italienische Frage". 1) Bei dieser Reizbarkeit preußischer Eitelkeit wird hier von vernünstigen Männern bedauert, daß man von österreichischer Seite nicht vorsichtig genug zu Werke geht, wenn es sich um Absfassung von Depeschen in deutschen Angelegenheiten handelt, und es wird sehr gewünsicht, daß man von Bayern aus in dieser Beziehung guten Rat geben möchte.

22. Marz.

Es verbreitet sich das Gerücht eines europäischen Kriegs. Das Ministerium ist hier nicht mehr recht solid. Es sehlt ein tüchtiger Minister des Innern und ein Redner im Ministerium. Man weiß nicht, wen man nehmen soll, auch ein andrer Handelsminister ist notwendig.

27. Mārz.

... Ich wurde hier durch einen Artikel der "Allgemeinen Zeitung" überrascht, der mir die Stelle eines bayrischen Ministers der neuen Aera, des Chefs eines Ministeriums der Morgenröte in Aussicht stellt. Ob der König von Bayern diese Idee haben wird, weiß ich nicht . . .

31. März.

... Neuere Nachrichten aus München lassen mich hoffen, daß der Ministerkelch diesmal an mir vorübergehen wird . . .

Notizen über eine Reife nach England im Juni 1859.

Veranlassung zu der Reise war die Bitte meiner Tante, der Fürstin Feodora von Hohenlohe-Langenburg, sie nach England zu begleiten, wohin sie durch die Krankheit ihrer Mutter, der verwitweten Herzogin von Kent, 2)

¹⁾ Von Konstantin Rößler.

²⁾ Der Herzog von Kent, jüngerer Bruber Wilhelms IV., war vermählt mit der Prinzessin Viktoria von Sachsen-Saalseld-Roburg. Diese war in erster She vermählt gewesen mit dem Fürsten von Leiningen. Ihre Tochter erster She war die Prinzessin Feodora, welche seit dem 18. Februar 1828 mit dem Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, dem Bruder der Mutter des Fürsten Chlodwig, vermählt war. Sie war also die Halbschwester der Königin Viktoria.

gerufen war. Da der Fürst von Langenburg frant ift, die Gohne im Militardienst stehen, so war es ber Fürstin munschenswert, eine andre verwandte Begleitung zu haben und mir baburch Beranlaffung gegeben. ju feben, wie es in England in biefem Augenblicke aussieht. Ich beeilte mich alfo, bem Bunfche ber Tante zu entsprechen, verabrebete burch Briefe unser Zusammentreffen am 21. Juni in Maing und machte mich an biesem Tage fruh auf ben Weg. Marie begleitete mich, ba fie ihre Eltern in Sann besuchen wollte. In Mainz fanden wir die Tante. Bon Roblenz fuhr ich mit ihr allein den Rhein hinunter, tam um 6 Uhr nach Köln, besuchte ben Dom und fuhr bann abends noch bis Aachen, wo wir die Nacht zubrachten. Den andern Morgen, am Fronleichnamstag, ging ich erft in die Rirche und setzte bann mit ber Tante die Reise bis Oftende fort, wo wir um 6 Uhr abends ankamen. Am Bahnhof empfing uns ber Rapitan bes für uns herübergesandten Schiffs, Rapitan Smithead, ein alter ansehnlicher Seemann mit weißem Badenbart und majeftatischer Er schlug der Tante vor, erft am andern Morgen früh abzureisen, was sie mit großem Vergnügen annahm, ba sie es vorzog, sich erst noch auszuruben. Ich machte ben Abend noch einen Spaziergang nach bem Bafen und ben verschiedenen mir bekannten Promenaden von Oftende, wo es ftill und obe mar, begrüßte einige Bekannte und ging bann zu Bett.

Den 23. Juni früh um 7 Uhr waren wir auf dem Schiff, einem neuen, sehr schnell fahrenden Dampser "Frederic William". Es war ein heller kühler Tag, die See wenig bewegt, und nach vier Stunden zwanzig Minuten waren wir vor den weißen Felsenriffen der englischen Küste, kamen bei einem großen amerikanischen Dreimaster vorbei, der langsam den Kanal heruntersegelte, und suhren bald darauf in den Hasen von Dover ein.

Hier hatte sich am User eine zahlreiche Menschenmenge ausgestellt, angelockt durch die militärische Ausstellung, die der Tante zu Ehren statzsand. Sobald das Schiff angelegt hatte, kamen der Hafenkommandant, ein Marineossizier und der kommandierende General mit seinem Adjutanten in Galaunisorm auf das Schiff, um die Tante zu begrüßen. Nach einer kurzen Vorbereitung und Umkleidung verließen wir das Schiff und gingen, die Tante am Arm des Generals, ich mit den übrigen hinterher durch die Volksmasse und durch die Spaliere der ausgestellten Linientruppen und Milizen auf den Bahnhos. Auch hier fanden sich innerhald des Bahnhoss militärische Ausstellungen. Längs der Waggons stand eine Rompagnie des durch seine Taten in Lucknow berühmten 32. Infantetieregiments. Von den Soldaten schienen nur wenige den indischen Feldzug mitgemacht zu haben, dagegen sah man den Ofstzieren die Wirkungen der indischen

Sonne an. Beim Abfahren bes Bugs prafentierte bie Kompagnie bas Gewehr und die Musik spielte das "God save the Queen". Durch die grune Landschaft, bei freundlichen Börfern und Landhäusern vorbei, fuhren wir nun rasch nach London. Deffen Nähe verkundete der Anblick bes impofanten Glaspalaftes von Sybenham und balb auch bie rauchige Atmosphäre ber Stadt felbft. Bom Bahnhofe brachte uns ein Sofwagen nach bem Balaste ber Königin, Buckingham-Balace, wo wir an bem großen Portal von dem Obersten Biddulph, dem Master of the household der Rönigin, empfangen wurden. Die Halle bes Palastes, in die wir nun eintraten, ift wie ber ganze Palaft in mobernem Bauftil mit korinthischen Saulen verziert und mit biden Teppichen belegt. Die Dienerschaft, Die uns empfing, waren die sogenannten Pages, Rammerdiener in blauem Fract und schwarzen seibenen Strumpfen. Während wir in ben Seitengang eintraten, ber gur Treppe führt, tam die Ronigin ber Tante entgegen und begrüßte fie aufs freundlichfte. Wir gingen mit ihr in ein kleines Kabinett, wo einige Worte gewechselt wurden, ich erhielt meinen Teil freundlicher Begrüßung, und hierauf führte die Konigin die Tante nach ihren Zimmern. Ich empfahl mich, um in ben Gasthof zu fahren, in welchem mir vom Hofe aus Quartier bestellt war, ba ich wegen Mangel an Raum nicht in bem Palast einquartiert war. Die Hofequipage brachte mich nach bem Brunswick-Sotel, Jermyn Street, einem ziemlich fchlechten, aber feiner Nähe wegen gewählten Gafthof. Sier fand ich eine Wohnung mit mehreren Zimmern für mich hergerichtet, nahm davon Befit und machte bann sofort einen Spaziergang. Ich hatte teine Beit, war auch burch bie Reise zu fehr zerftreut, um irgend etwas Ernsthaftes zu sehen ober zu tun, richtete also meine Schritte nach bem Sybepark, wo gerabe große Promenade mar. Rein Bolt ift fo wie bas englische ber Stlave seiner Sitten und Gebräuche, Dieses schafsmäßige Nachahmen und Nachtun zeigt sich auch bei ben Spazierfahrten in bem Sybepark. Jeber, ber bie Mittel dazu hat, fährt, reitet ober geht dahin und bewegt sich nun auf bem verhältnismäßig fleinen Raum mahrend einer ober zwei Stunden mechanisch umber. Hier bilbet sich bas, mas man bie fashion nennt, in bezug auf Wagen, Pferbe und Morgentoilette. Bas hier getragen und gebraucht wird, gibt und bilbet die Mode, die fich bann schnell über England verbreitet. So hat sich jum Beispiel in biefem Sommer bie violette Farbe bei Herren und Damen in Halstüchern, Handschuhen u. f. w. auf eine merkwürdige Beife eingebürgert. Deshalb haben alle Raufleute violette und lilafeibene Gegenftande aushängen.

An schönen Pferden war kein Mangel, obgleich die Stunde 5 Uhr nachmittags nicht die Zeit zum Reiten für die vornehme Welt ist. Diese reitet mittags 12 Uhr und geht den Nachmittag oder fährt. Ich konnte es übrigens nicht lange aushalten, da mir durch die Masse von Menschen, die Hitze und das ewige Vormirvorbeireiten und sahren der Kopf ganz wüst wurde.

Als ich nach Hause kam, war es Zeit, das Hofkoftum, den schwarzen Frad, turge Sofe und feibene Strumpfe, anzuziehen, worauf ich bann um 8 Uhr zum Diner nach Buckingham-Palace fuhr. 3ch kam zwar nicht vor 8 Uhr an, tam aber boch viel zu früh und hatte Reit, mich in bem für die königliche Familie bestimmten Versammlungezimmer umzusehen. Es war basselbe Rabinett, in welches uns die Rönigin am Morgen geführt hatte: rot- und gelbseibene Tapeten und altmodische (Empire-) Möbel von demfelben Stoff. Gin marmorner Ramin und ein großer Tifch in ber Mitte. Zwei Fenster gewähren Aussicht auf ben Garten. ein wohlgehaltener kleiner Park mit wunderschönen großen Bäumen und grunen Rasenplaken, gewährte beim Untergang ber Sonne einen friedlichen und erfrischenden Anblick. Während ich mich daran erfreute, kam Fürst Ernst Leiningen, ben ich seit zehn Jahren nicht gesehen hatte. Er ift in englischem Seedienft und trug auf seinem Fract eine auffallend große Anzahl von Medaillen, die er mahrend der Krimkampagne erhalten hatte. Rach ihm erschien König Leopold ber Belgier, mit seinem alten Auchsgesicht ftill umberschleichend, mit ihm sein zweiter Sohn, ein langer faber blonber Jungling, ber Graf von Flanbern. Balb tam auch Bring Albert, der mich in gewohnter Beise freundlich begrüßte. Er mar den Mittag bei dem großen Sandelfest im Glaspalast gewesen und rühmte die Aufführung der Musitstücke durch viertausend Musiker vor fünfundamangiataufend Buhörern. Bahrend noch hierüber gesprochen murbe, tam bie Königin in Begleitung ihrer Tochter, der Brinzeß Alice, und der Tante. und nun zog die ganze Gesellschaft, die Königin mit König Leopold voraus, nach bem großen Empfangsfalon. Unterweas schlossen sich uns die Damen der Königin an, darunter die Herzogin von Sutherland als Mistress of the robes, wenn ich nicht irre, und die Herzogin von Atholl, Lady in waiting. Im großen Saal fanden wir die eingelabenen Gafte, und sofort ging man zu Tisch. Mir war bie Berzogin von Atholl bestimmt, die sich neben den Prinzen Albert setzte. Auf der andern Seite hatte ich eine Hofbame, ich glaube, fie hieß Miß Bullfteel. Beide maren aleich gesprächig, boch erinnere ich mich nichts Genaueres mehr über die Gegenftande der meinerseits mit einiger Mühe geführten englischen Konversation, außer daß bei Gelegenheit eines Gesprächs über russische Bustande die Bergogin von Atholl mit vielem Interesse von den schwarzen und braunen Rafern fprach, die ruffische Wohnungen bevölkern; ob es nun ethnographisches Interesse ober entomologische Renntnisse waren, die sie auf dieses Thema führten, kann ich nicht beurteilen. Während der Tafel beobachtete ich den Fürsten Paul Esterhagy, 1) ber, eben von Wien angelangt, neben ber Königin fag und fie mit fehr lauter Stimme aufs befte unterhielt. Er ergählte ihr von feinem Aufenthalt in Rugland, und ich fah, daß die Königin durch seine Erzählungen sehr erheitert wurde. 213 fich die Königin mit den Damen entfernt hatte, sah ich ihn eifrig mit Rönig Leopold sprechen, auch hörte ich, daß er über die neueste öfterreichische Regierungspolitik sprach. Der König hörte ihm mehrenteils aufmerkfam zu. Ich kam nun neben Pring Albert zu fiten und, wie naturlich, tam bas Gespräch sogleich auf ben österreichisch-französischen Krieg. Ueber ben Raiser von Desterreich und beffen Politit sprach er fich überaus ungunftig aus und behauptete, daß der Erzherzog Ferdinand Max nur beshalb keine besseren Resultate in Italien erzielt habe, weil man von Wien aus alles hintertrieben und zerstört habe, was er in Italien getan und angestrebt. Ich erwiderte ihm hierauf, daß mir dies neu sei. "Ueberhaupt," fiel er mir bann fogleich wieder ins Wort, "kann man fich von einem Berrn nicht viel versprechen, ber von den Jesuiten erzogen murde, von biesen Menschen, die in ihren Mitmenschen nur das Schlechte anerkennen, die die menschliche Natur edler Gefühle und Gedanken für unfähig halten und immer die unlautersten Motive voraussetzen." Diese Menschen und die von ihnen inspirierte Politik sei die Veranlassung der gegenwärtigen Wirren. Ich erwiderte ihm darauf, daß, wenn ich auch keine besondere Neigung für die Jefuiten habe, ich doch bemerken muffe, daß die geheimen revolutionaren Gesellschaften wohl ben größten Teil ber Schuld an ben gegenwärtigen Wirren haben bürften und daß es leiber das Reichen einer im Niedergang begriffenen menschlichen Gesellschaft fei, wenn die Geschicke ber Menschheit durch jene Gesellschaften geleitet würden. Dies bestritt Bring Albert. Die geheimen Gesellschaften seien nur da vorhanden, wo Migregierung fie hervorrufe; Reformen wurden fie unmöglich machen, Freiheit der Bolfer werde die geheimen Gesellschaften verschwinden machen. Ich behauptete bagegen, daß mir das fehr unwahrscheinlich sei. Republiken des spanischen Amerikas gebe es so gut geheime Gesellschaften wie in Italien. Unter ben Bölkern romanischer Rasse werde immer die Bartei, welche nicht an der Regierung teilnimmt, eine geheime Gesellschaft Auf die von dem Prinzen hierauf vorgetragene Theorie, daß das Chriftentum im philosophischen Sinne (Bunfen) bas Wohl ber Menschbeit begründen werde, erwiderte ich ihm, daß das höchstens bei der beutschen Nation als eine Möglichkeit zugegeben werden könne, bei ben romanischen Bölkern aber führe Aufgeben bes Autoritätsglaubens zum

¹⁾ Fürst Paul Anton Esterhazy (1786 bis 1866), welcher von 1815 bis 1842 österreichischer Botschafter in London gewesen war. 1856 war er als Krönungs-botschafter nach Moskau gegangen.

sofortigen Atheismus, zur Auflösung ber sozialen Ordnung. Ueber dieses Thema wurde noch vielsach hin und her geredet, bis endlich der Hofmarschall kam und bemerkte, daß die Königin uns erwarte. Mit einem Zitat aus den Briefen des Apostels Paulus erhob sich der Prinz, in dessen ganzer Anschauungsweise mich ein gewisser doktrinärer Geist anwehte, der mir zeigte, wie unglücklich es für den Prinzen war, daß er unmittelbar von einer deutschen Universität, auf der er nur oberstächliche Studien gemacht hat, in seine jezige Stellung kam, ohne durch die Berührung mit der praktischen Welt die Doktrin abgeschlissen zu haben. 1)

Nach Tisch hielt sich der ganze Hof in dem großen Saale, einer länglichen, prachtvoll dekorierten, mit Säulen verzierten Galerie, auf. Die Königin sprach nun mit den Anwesenden. Bei mir erkundigte sie sich mit vieler Teilnahme und in einem sehr ungekünstelten, ganz natürlichen Tone (ungleich dem gleichgültigen Geschnatter kontinentaler Souveräne) nach allen Berwandten und zeigte dabei daß gute Herz, das man ihr häusig abgesprochen hat. Nach Beendigung des Cercle ging die Königin in den benachbarten Salon, wo sie auf einem Kanapee Platz nahm, die Damen und einige Herren umher. Hier hörte man der Musik zu, die in einem Nebengemache spielte. Gegen oder nach 11 Uhr erhob sie sich, und dies war das Zeichen zum allgemeinen Ausbruch.

Sonnabend ben 25. Juni besuchte ich ben österreichischen Gesandten Grafen Apponyi, ber mir die Nachricht der unglücklichen Schlacht am Mincio²) mitteilte, die er eben durch telegraphische Depesche aus Paris erhalten hatte. Er war äußerst niedergeschlagen und sprach mit vieler Bitterkeit von der preußischen Politik, der Oesterreich diese Niederlage zu verdanken habe. Werde Oesterreich nun gezwungen, einen schimpslichen Frieden zu schließen, so werde sich Napoleon hierauf gegen Preußen und Deutschland wenden, und dann sei Oesterreich nicht mehr imstande zu helfen.

An diesem Tage war Lever, d. h. große Borstellung bei Hose. Ich ging in die Nähe des St. James Palastes, um die vorbeisahrenden Equipagen zu sehen, unter denen die des Lordmayors von London und seiner Suite sich durch besonderen Glanz auszeichneten. Den übrigen Teil des Tages benutzte ich, um Einkäuse zu besorgen. Da die Königin kein großes Diner hielt, wurde ich nicht eingeladen und konnte bei Apponyi essen, wo ich dann auch den Abend zubrachte und um 12 Uhr nach Hause ging. Da es Sonnabend Abend war, so waren die Vikualienläden, besonders in den kleineren Straßen, offen, damit die Einkäuse für den Sonntag gemacht werden konnten. Auch sand ich die Straßen durch viele Betrunkene belebt.

¹⁾ Bergl. die übereinstimmende Beurteilung bes Prinzen Albert in dem Werke bes Herzogs Ernst: "Aus meinem Leben", Bb. I S. 129 ff.

²⁾ Schlacht bei Solferino am 24. Juni.

Sonntag ben 26. früh $9^{1}/_{2}$ Uhr ging ich in die mir bekannte Kirche in Farm=Street, eine ganz besonders reinliche und freundliche Kirche.

Um 1 Uhr suhr ich auf die Eisenbahnstation Waterloo-Bridge, um nach Windsor zu sahren. Auf dem Bahnhose waren zahllose Sonntags-leute, die außerhalb der Stadt Erholung suchten. Ich kam um ½3 Uhr nach Windsor, besuchte Tante Feodora und die Herzogin von Kent, die ich auf dem Wege der Besserung sand, in Frogmore und ging dann über die Terrasse des Schlosses Windsor nach dem Bahnhose zurück, von wo ich mit dem Zuge um 6 Uhr nach London zurücksuhr, wo ich um 7 Uhr ankam.

Um 8 Uhr war wieder Diner bei Hose. Hier sah ich den Prinzen von Wales, der eben von seiner Kontinentreise zurückgekomnen war. Er sprach mir viel von Rom und seiner Seereise nach Gibraltar auf Biktors Schiff. Er scheint ein recht wohlerzogener junger Mensch, etwas erschreckt durch seinen Bater. Leider ist er auffallend klein für sein Alter.

Bu Tische führte ich Lady Sidney Herbert, die Frau des gegenwärtigen Rriegsministers, mit welcher ich übrigens nur wenige Worte wechseln konnte, da die auf der andern Seite sitzende Prinzeß Alice, zweite Tochter der Königin, mir viel zu erzählen hatte. Sie scheint für ihr Alter moblunterrichtet, ist aufgeweckt und munter, und ihr Gesicht ist trot ber langen Nase, die sie selbst als eine Ralamität bedauerte, ganz hübsch. Nach Tisch war wieder Cercle, bei welchem sich die Königin lange mit mir über die neuesten politischen Verhältniffe unterhielt und dabei die Besorgnis ausfprach, daß man in Berlin wieber halbe Magregeln ergreifen werbe. Eine Befürchtung, die ich volltommen teilte. Unter ben geladenen Gaften war der alte, nun sehr gebrechliche Lord Aberdeen, dann ein Mann mit großem Bart, ber mir als Herzog von Newcastle bezeichnet wurde, Lord Carlisle, der Statthalter von Frland, ein affektierter Mensch, ber gang bie Bewegungen eines alten Ballettmeifters hat, endlich Sir Sibney Berbert, ein lebhafter, viel geftifulierender Mann. Beim Auseinandergehen verabschiedete ich mich bei der Königin, da ich die Absicht hatte, den nächsten Abend abzureisen. Prinz Albert bat mich, ihn den andern Tag noch zu besuchen.

Montag den 27. besorgte ich einige Geschäfte, besuchte bei dieser Gelegenheit den Tower und sah mir dann Lincolns Inn an, das große Gebäude, in dem die Gerichtsverhandlungen der Court of Chancery und andrer Zivilgerichte abgehalten werden. Ich trat in einige der Sitzungszimmer und fand, daß die Verhandlungen vor den mit Perücken gezierten Richtern mit großer Gemütlichkeit geführt wurden. Leider hatte ich niemand, der mir die verschiedenen Personen und ihre Funktionen nennen konnte.

Um 31/4 Uhr fuhr ich nach bem Palast, um Pring Albert meinen Abschiedsbesuch zu machen. Wie immer, geschah bies im gewöhnlichen Morgenanzug, ohne Uniform, Stern u. f. w. Ich wurde in seine Bibliothek geführt, wo ich in einem in Wien gearbeiteten Glasschrant viele beutsche Bucher, Rupferwerke u. f. w. fah. Er zeigte mir sogleich die Karte bes Kriegsschauplates, migbilligte ben Angriff ber Defterreicher, behauptete, die Desterreicher hatten, wenn sie überhaupt angreifen wollten, im Dreied, mit ber Spige voran, vorgeben und bie beiben Seiten bes Dreiecks bann auseinander legen follen. Er tam bann nochmals auf die ganze österreichische Bolitit zu sprechen, fagte, die Sommation an Sardinien fei ohne Wiffen bes Grafen Buol unter bem Ginflusse von Grunne und Windischgrak Letteres zog ich entschieden in Zweifel. Dann zog er gegen bie bemokratische Desorganisation bes Ministers Bach los, mas ich gern zugeftand, endlich ergählte er, Defterreich habe geglaubt, wenn es den Krieg anfange, werbe Deutschland gezwungen fein, mit loszuschlagen, eine Revolution fei von Defterreich in München vorbereitet worden. ermähnte er bas Gerücht, Napoleon wolle bem Kaifer von Defterreich direkt Friedensvorschläge machen, und schließlich sagte er mir Lebewohl, indem er zu dem Rampfe in Deutschland alles Glud munschte. Er schien aber nicht zu glauben, daß es bazu kommen werbe. Der Pring von Bales erschien, um ju sagen, daß die Königin im Wagen warte, worauf beibe eilig fortgingen. Ich wanderte nun langsam durch Regent-Park nach Biccavilly gurud, beforgte einige Kommissionen und fuhr abends zu Appongi, wo ich zu Mittag ag und von wo ich mit Graf Chotek nach bem Olympiatheater ging, wo einige komische Stude in großer Vollkommenheit aufgeführt murben. Beim Berausgeben aus bem Theater fanden wir einen Gewitterregen, ber uns notigte, in einem Cab nach Sause zu fahren. Dienstag Morgen ben 18. besuchte ich einen alten Befannten, ben ich feit 19 Jahren nicht gesehen hatte, Mister Cauvin. Er freute sich, nach langer Zeit seine Jugenderinnerungen an Göttingen und Corven wieder auffrischen zu konnen. Da er ein Literat ist und die öffentliche Meinung in England genau tennt, fo fragte ich ihn über die Absichten ber englischen Regierung, über die Stimmung u. s. w. 3ch fragte ihn insbesondere, ob man nicht fürchte, daß, wenn Napoleon Desterreich und Deutschland geschlagen habe, er sich gegen England wenden werbe. Er erwiderte mir, das englische Bolk sei im vergangenen Winter gegen Napoleon gewesen, jest habe sich die Stimmung ihm zugewandt. Dies habe in zwei Urfachen seinen Grund. Erstens in der Teilnahme der Englander an der angeblichen Befreiung Italiens, für welche fich der englische Philister gern begeistere, bann aber in bem Beifalle, ben ber Erfolg immer erringe. Außerdem glaube man fich ftart und reich genug,

um Napoleon zu jeder Zeit entgegenzutreten, wenn es ihm einfallen sollte, England anzugreisen. "Wir haben," sagte er, "kein System in der Politik, wir leben von der Hand in den Mund." Cauvin begleitete mich noch auf einigen Touren in der Stadt und verließ mich dann, als ich um 5 Uhr zum Essen ging. Nach Tisch suhr ich sogleich auf den Bahnhof und kam um 11 Uhr nach Dover, wo das Dampsschiff sogleich nach Ostende abging.

Dialogue royal.1)

Der König. Sie haben mich allein zu sprechen gewünscht, lieber Kürst!

Ich saß sie geruht haben, mich allein zu empfangen. Um so mehr, als ich kein eigentliches petitum habe. Ich habe nur Gelegenheit haben wollen, Eurer Majestät meine untertänigsten Dienste anzubieten. Ich hätte schon längst gewünscht, Gelegenheit zu haben, Eurer Majestät die Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit durch die Tat zu beweisen. Icht bei dem Tode des Grasen Lerchenseld? ist mir der Gedanke gestommen, ob nicht für mich die Möglichkeit gegeben wäre, in den königslichen Dienst einzutreten. Wenn Eure Majestät die Gnade hätten, mich zu verwenden, so weiß ich, daß ich durch Vermögen und Stellung in der Lage wäre, den bayrischen Namen würdig zu vertreten und die bayrische Fahne mit Energie und Entschiedenheit aufzupslanzen.

Der König. Diese Gesinnungen sind mir sehr erfreulich. Ich freue mich um so mehr barüber, als ich früher baran gezweifelt habe.

(Ce n'était pas tout à fait cela, c'était plus poli, mais le fond était le même.)

Wir sind aber alle jung gewesen, und die Erfahrung andert manches, Berzeihen Sie, daß ich Ihnen das so offen sage.

Ich. Eure Majestät wollen ohne Zweifel von meiner Reichsgesandtsschaft reden. Indessen erlaube ich mir zu bemerken, daß damals der Erzsberzog Johann mich besonders ausgewählt hat, um auch einen Bayern in die Diplomatie der Zentralgewalt auszunehmen. Es war dies die Hauptabsicht bei meiner Ernennung, und der Erzherzog wünschte sogar, daß ich meinen Weg über München nehmen sollte, um dies Eurer Majestät

¹⁾ Die Niederschrift der Unterredung mit König Maximilian II. ist für die Fürstin aufgesetzt, daher die Zwischenbemerkungen in französischer Sprache.

⁴⁾ Graf Max Joseph von Lerchenfeld, bayrischer Gesandter in Wien, war am 8. November 1859 gestorben. Die Unterredung wird also im November 1859 stattsgefunden haben.

selbst anzuzeigen. Ich wurde damals durch Umstände daran gehindert. die abzuwenden außer meiner Macht lag. Auch dachte ich bei der Ansnahme jener Gesandtschaft, daß doch die Zentralgewalt von allen Regierungen anerkannt sei. Als sie sich wieder in Nebel auflöste, habe ich mich sosort zurückgezogen.

Der König. Ja, ja! (Sehr gnäbig:) Das waren bamals andre Zeiten. Jett ist dies anders. Bayern ist doch immer die dritte deutsche Macht. Und ich werde mich weder von Oesterreich noch von Preußen ins Schlepptau nehmen lassen.

Ich. Jene Ansichten haben sich jest überlebt, es ist ein überwundener Standpunkt. Eine Zentralgewalt in jenem Sinne ist jest nicht mehr möglich. Auch stützen sich Eure Majestät auf die Gesinnung des ganzen bayrischen Bolkes, das von einer preußischen Hegemonie nun einmal nichts wissen will.

Der König. Sehr wahr! Dies geht so weit, daß man mir es in diesem Frühjahre sogar übelnahm, daß ich nur den Schein einer Hinneigung zu Preußen hätte. Dies war gar nicht der Fall. Ich liebe die Wissenschaften und kann preußische Prosessoren berufen. Darum werde ich aber doch die Selbständigkeit meines Landes aufrecht zu erhalten wissen. Wie gesagt, Ihre Gesinnungen machen mir sehr viel Freude.

(Ici je craignais qu'il ne se contentât de ces phrases et je repris:)

Ich. Wenn ich es gerade jett gewagt habe, Eure Majestät mit dieser Bitte zu kommen, so habe ich noch einen persönlichen Grund. Wenn es Eure Majestät erlauben, so werde ich ganz offen reben.

Der König nickt gnädig.

Ich. Der Grund und die nächste persönliche Anregung kommt durch einen Brief meiner Schwiegermutter. Ici je lui raconte la conversation de Maman avec la Princesse de Prusse. Je parle de Hatzseldt et de Louis. (Wunsch des Prinzen und der Prinzessin von Preußen, daß ich in den preußischen Dienst zurücksehren möchte.) Ich erwarte nun eine Proposition von Berlin, die mich in einige Verlegenheit setzen würde. Wenn ich dagegen als Ablehnungsgrund den Wunsch Eurer Majestät entgegenstellen könnte, mich in Höchstihrem Dienst zu verwenden, so würde mich dies aus der Verlegenheit ziehen. Auch würde dies den Wunsch meiner Schwiegermutter zugleich erfüllen.

Der König. Also glauben Sie, daß dies der Fürstin denselben Dienst erweisen wurde?

Ich. Ja, benn wenn ber Sohn auch in der preußischen Diplomatie wäre, so könnte er doch an demselben Orte sein, wo ich Eure Majestät repräsentierte und damit wäre dann derselbe Zweck erreicht, denn ich könnte ihn da auch beaufsichtigen.

Der König. Ah so! Gut, ich werde mir die Sache überlegen und freue mich sehr über die Gesinnungen, die Sie mir ausgesprochen haben. Hierauf Erkundigungen nach Mama, toi u. s. w.

Beim Hinausgehen abermals: "Ich werde das, was Sie mir gesagt haben, in reisliche Ueberlegung ziehen."

Révérence et départ.

Ueber dieselbe Angelegenheit schreibt ber Fürst an die Prinzessin Gise: Schillingsfürst, 14. Januar 1860.

... Mit unfern Planen fieht's noch schwach aus. Der König ift in Verlegenheit. Er möchte mich wohl verwenden, weiß aber nicht, wie er es machen soll, da eine Menge Konkurrenten unter den bereits angestellten Diplomaten vorhanden sind. Ich wurde es bedauern, wenn mir diese Gelegenheit, eine dauernde Beschäftigung und feste Lebensstellung zu erhalten, wieder entginge. Je alter man wird, befto nötiger ift ein Beruf. Was uns bas Leben nimmt, muß die Pflichterfüllung ersegen. Ich bin nicht geschaffen, mein Leben zur bloßen Erfüllung bes aristofratischen Lebensberufs zu verwenden. So gern ich anerkenne, daß biefer Beruf ernfter und wichtiger ift, als man gewöhnlich annimmt. Ich glaube sogar, daß ich ber Aufgabe nicht einmal gewachsen bin und mir personliche Hindernisse im Wege ftehen, die ich nicht zu überwinden imftande bin. Entweder ift biefer aristokratische Beruf gut burchgeführt, bann ist er achtungswert und wird Anerkennung finden, oder er endet in Berfplitterung und mit Sortierung von goldenen Dosen und Weihnachtsgeschenken. Es find schon beffere Menschen als ich bahin gekommen.

4. In Rufland und in Wien 1860/61.

Im September 1860 unternahm der Fürst eine Reise auf die Wittgensteinschen Besitzungen in Rußland und traf am 20. September in Werki ein.

Aus dem Reisetagebuch: Den 22. waren wir dei dem Generalsgouverneur Nasimoss zu Mittag eingeladen, der in Swievinic wohnt, einem hübschen Landhaus an der Wisia. Wir waren auf 4 Uhr einsgeladen und kamen zu spät, das Diner sand aber erst gegen ½6 Uhr statt. Der Generalgouverneur ist ein kleiner Mann mit buschigen Augensbraunen und starkem Schnurrbart. Er gibt sich martialische airs, ist aber ein unbedeutender, gutmütiger Mann. Seine Frau war früher eine Schönheit und bewahrt noch einige Reste davon. Sie hat sehr gescheite, liebenswürdige Augen und ist die Seele des Hauses. Das Diner war schlecht und wurde mangelhaft serviert. Da nach russischen Begriffen ein Fürst, der keinen dienstlichen Rang besitzt, keinen Rang hat, so stürzten

bie zwei anwesenden Zivilgouverneure, als die Tafel angekundigt murde, por mir auf die Damen bes Hauses, und ich ging mit dem Sausherrn und Beter 1) nach. Ich faß neben bem Generalgouverneur, ber mährend bes Effens das absurdeste Zeug über höhere Politik bebitierte, und hatte zu meiner Linken ein junges Mädchen, das mit seiner Nachbarin in verschies benen Sprachen konversierte. Ich fand keinen Grund, mich hineinzumischen. Nach Tisch besuchten wir ben Park, ber bas haus umgibt, und saben uns die zwei lebendigen Auerochsen an, die da gehalten werden. Zwei merkwürdige Tiere. Bahrend die übrige Gesellschaft scheu hinter ben Baumen versteckt blieb, ging ich mit Beter und bem Bachter ber Tiere gang nabe heran und hatte bas merkwürdige Schauspiel, zwei diefer sonderbaren Tiere auf brei Schritte vor mir ju feben. Sie fragen ruhig an einigen auf bem Boben liegenden Aesten, ihrer Hauptnahrung, und fummerten fich wenig um uns. Doch follen fie bisweilen kleine Attaden auf Menschen ausführen. Der Park mar munderschon burch ben aufgehenden Mond und die Abendbammerung erhellt. Vor uns floß der stille Fluß in sanften Windungen, jenseits lagen bunkle Kiefernwälder, und neben uns rauschte ein kleiner Wafferfall dem Fluffe zu. Wir zogen uns, ba es 7 Uhr mar, bald zurud, fetten uns in unsern Wagen und fuhren nach Werki zurud, wo wir uns mit astronomischen Betrachtungen durch ein Teleskop unterhielten, bis Paftor Lipinsky tam, mit bem ich in ein langes Gespräch über die neuesten Bewegungen in ber protestantischen Rirche in Deutschland geriet. Er wußte merkwürdigerweise weniger bavon als ich, und mein Licht leuchtete hell. Doch balb hatte ich auch meine enzyklopäbische Beisheit verbraucht, worauf bann allgemeine Schläfrigfeit eintrat.

25. September 1860.

Ich schreibe hier in einem Zelt, das mir Schatten gewährt, da draußen eine große Sonnenglut herrscht. Die Tür ist offen, ich sehe vor mir den Wald und höre die Eichen und Kiesern über mir rauschen.

Am 23. fuhren wir Morgens in einer halbbebeckten Kalesche von Werki ab, wechselten in Wilna und einigen andern Stationen die Pferde und kamen durch häßliche öde Gegenden nach Lubcz abends $8^{1/2}$ Uhr. Nur zuletzt wurde die Gegend etwas freundlicher, der erste Teil des Wegs war lediglich Sand und Kiefern. Lubcz ist ein Wittgensteinsches Gut nahe am Niemen. Das Schloß war früher großartig und besestigt. Der Brand hat aber dis auf zwei Türme alles zerstört.

Am 24. wurde eine Jagd abgehalten. Erst gegen Abend kamen Rebhühner, Birkhühner und Bekassinen zum Vorschein. Der Tag war hell und warm und abends waren die weite Ebene und die grünen Ufer des

¹⁾ Fürft Beter zu Sayn-Bittgenftein (1831—1887), Bruber ber Fürftin.

Niemens durch die untergehende Sonne magisch beleuchtet. Um 1/29 Uhr sekten wir uns in den Wagen, um das Jagdbimat zu erreichen. mar eine prachtvolle Mondnacht, und ber Unblid ber muften Ebene mit niebrigem Geftrupp, aus bem ber Nebel langfam emporftieg, zauberhaft. Nach einer halbstündigen Fahrt tamen wir an ben Niemen, fuhren auf einem Rlok hinüber und tamen bann in ein Dorf. Sier wurde uns mitgeteilt, daß der große Bagen nicht weiterkonne. Gin einspänniger Bauernmagen ftand bereit. Wir bestiegen ihn und fuhren nun bem Balbe gu. Bald konnte aber auch bieses Behilel nicht mehr weiter, wir machten uns zu Fuß auf ben Weg und erreichten bald Roslowabor, ein einsames Behöft, in beffen Nahe bie Belte und bas flackernde Feuer uns angenehm Wir machten nun unfre Vorbereitungen für ben entaegenleuchteten. morgenden Tag, luden die Buchsen, richteten Patronen und legten uns schlafen. Es war bas erstemal, daß ich in einem Belt schlief. Draußen am Feuer sprachen die Jager, ber Wind rauschte durch ben Wald. Nach und nach verstummten die Gespräche, und bald fielen wir in einen angenehmen Schlummer, ber jedoch um 1/24 Uhr mit dem Rufe: "Es ist Zeit" gestört murbe. Wir maren bald fertig; die Buchse auf ber Schulter und einen langen Stod in ber Band ging es nun in ben Balb. Zwei Jager begleiteten uns. Allerdings teine Jager, wie man fie fich bei uns vorftellt. Sie hatten graue Rocke, weiße Leinwandhofen und Candalen. Deffenungeachtet sind es die besten Jager für diese Art Jagb, die ich fenne. Es handelte fich nun barum, in ben Gumpfen ben Elchhirsch an-Bulocken. Auf einem freien Plat angelangt, rief ber eine Strajnik burch ein Birkenhorn, gang wie die Birsche zu tun pflegen. Gin Birsch antwortete nicht weit von uns, fam aber nicht zum Vorschein. Wir versuchten nun an andern Stellen Biriche ju locken, aber umfonft. Lohnend aber mar ber Weg burch ben Balb; ber über zwei Quadratmeilen große Sumpf ift bedeckt mit Erlen, Birken, Efeu und anderm Laubholz. Dabei ift bas Unterholz so bicht und so mit Schilf durchwachsen, in bem Schlinggewächse aller Art muchern, daß es faft unmöglich ift, durchzukommen. Es ift bas vollständigfte Bild eines Urwaldes. Un den tiefften Stellen find Straucher und Bäume in das Baffer gelegt, auf benen man muhfam hinüberwandelt, menn nicht gerade ein umgestürzter Baumstamm eine begueme Brucke baut. An den meisten Stellen ift aber keine Borbereitung dieser Art getroffen, und es bleibt nichts andres übrig, als burch bas moorige Waffer und ben Schlamm zu maten. Es ist ein ewiges Platschen, Springen von festem Boben zu festem Boben, ein Durchwinden durch engverwachsene Sträucher. So ging es fünf Stunden. Es wurde viel gerufen burch bas Birkenhorn. Endlich gaben wir die Jagd auf und tamen um 9 1/2 Uhr jum Bimat jurud, mo bie jurudgebliebenen Berren uns mit einem guten

Frühstück empfingen. Die Toilette wurde nun teils in den Zelten und teils vor der Tür gemacht, und jetzt pflegt alles der Ruhe.

Den Abend, nachdem wir im Freien gegessen hatten, begaben wir uns in unsern Salon, b. h. wir legten uns auf einen großen Haufen Stroh neben einem mächtigen Feuer und betrachteten die versschiedenen Sternbilder.

Montag 1. Ottober.

Nach Tisch zum Grasen Chreptowitsch in Sciorsz. Er hatte neue Zeitungen und teilte uns die Niederlage Lamoricières mit. 1) Seine Salons sind groß und im Stile Louis XVI. gebaut. Ein Bild seines Groß-vaters, des polnischen Neichstanzlers, siel mir durch die Aussalfung und durch das interessante Gesicht des Mannes auf. Unsre Zimmer waren ganz nach englischer Art eingerichtet. Die Frösche, die auf dem Vorplatze herumhüpsten, kamen glücklicherweise nicht hinein.

Am 13. Oktober kam ber Kaiser nach Wilna. Sonntag den 14. war die große Parade. Auf dem großen Exerzierplaze standen acht Ravallerieregimenter und einige Infanterieregimenter. Auch etwas Artillerie war dabei. Zufällig stand ich in der Nähe des Regiments "Prinz Karl von Preußen", als der Inhaber die Truppen begrüßte. Bald kam auch der Raiser mit glänzendem Stade und ritt unter Hurra die Front ab. Dann begann das Desilieren. Als alles vorüber war, suhr ich nach Werk zurück, wo inzwischen die Prinzen Karl und Albrecht von Preußen und Friedrich von Hessen ihren Besuch angemeldet hatten. Sie erschienen bald mit ihren Adjutanten, sahen alles an, frühstückten im großen Saale und suhren dann wieder nach Wilna. Der Adjutant des Prinzen Albrecht hatte ein Notizduch, in welches er alles eintrug, was sein Prinz gesehen hatte, ausgestopste Vögel, Vilder u. s. w., damit sein Prinz später wieder daran erinnert werden kann.

Abends war Ball bei dem Gouverneur. Alles war Uniformen und elegante Toiletten, die Nichtmilitärs in Zivil. Bon alten Bekannten begrüßte ich Leon Radziwill, Graf Alexander Ablerberg und mehrere preußische Offiziere. Als der Raiser kam, stand ich zufällig neben einer alten Gräfin Choiseul, mit welcher der Raiser zuerst sprach, und wurde beshalb auch alsbald begrüßt und mit einigen wohlwollenden Aeußerungen beglückt, was mir den Neid aller anwesenden "Reußen" zuzog. Die fragliche Dame hatte auf ihrem grauen Kopse eine Art Spange oder Brasselett über der Stirne, an beiden Enden zwei Granatsteine, von den

¹⁾ Die Niederlage der päpstlichen Truppen bei Castelsibardo am 18. September. Fürst Hohenlohe, Denkwürdigkeiten. I 7

beiden Ohren herunter ein Paket Perlenschnüre, eine Coiffure von Tüll auf dem Hinterlopf. Sie war mir durch eine Geschichte interessant, die ihr Ehre macht. Als Napoleon in Wilna war, trug sie von allen Damen allein die Chiffre der Kaiserin Warie. Napoleon fragte sie: "Qu'est-ce que c'est que cela?" — "C'est le chiffre de S. M. l'Impératrice Marie." — "C'est dien, de le porter en face de l'ennemi!" soll Napoleon geantwortet haben.

Den 15. waren militärische Uebungen auf dem Exerzierplatze bei Wilna. Die Uebung der Insanterie war schon vorüber, als ich ankam, nur die Ravallerie stand auf dem Platz zwei Husarenregimenter, zwei Ulanenregimenter und zwei Dragonerregimenter. Im ganzen etwa sechstausend Pserde. Erst wurde einzeln in Karriere desiliert mit Abschießen der Pistolen und Schwenken der Lanzen, dann wurde manövriert. Sehr komisch war es, als eine Batterie gegen die Zuschauer angeritten kam, abprotze und seuerte. Das aus Juden bestehende Publikum schrie "au weih!" und stürzte übereinander. Eine große Frontveränderung sämtlicher Regimenter wurde mit großer Präzisson ausgeseichnet manövrierte. Mach dem Manöver suhr ich mit Peter nach der Stadt, wo wir uns bei den fremden Fürsten einschrieben.

Um 2 Uhr war die Eröffnung eines Tunnels durch den Raiser. Die bazu eingeladenen Bersonen, barunter viele Damen, versammelten sich auf bem Bahnhofe, wo ein in maurischem Stile ausgeführtes provisorisches Bahnhofsgebäube von Holz die Gefellschaft empfing. Der Raifer, sein Gefolge und viele Damen setten sich in einen offenen Baggon, der tunftreich gearbeitet war. Ich fuhr mit Peter, Leon Radziwill und zwei Generalen in einem andern Waggon. Um Tunnel angekommen, stiegen wir aus und folgten dem Raiser zu Fuß in den durch Kronleuchter erhellten Die Geiftlichkeit begleitete den Raiser bis in die Mitte, wo er einen Stein einsette, auf ben auch ber Großherzog von Weimar einige Schläge tat. Letterer führte bies mit vieler Grazie aus. Dann ging es im Geschwindschritt bis an das Ende des Tunnels und wieder zuruck. Der Aufenthalt war nicht behaglich, da man ohne Hut ging und häufige Wassertropfen auf ben Scheitel bekam. Der Rudweg wurde wieder mit ber Eisenbahn genommen. Die überall aufgestellten Arbeiter begrüßten den Kaiser mit Hurrarusen. Eigentümlich war in Wilna das Hurra der Ruben, bas gang bem Bloken ber Schafe glich. Daß fie trot ihrer loyalen Demonstrationen von ber Polizei vielfach gestoßen und geprügelt murben, versteht sich um so mehr, als ich nie ein unverschämteres Publikum gesehen habe als diese polnischen Juden, die sich überall wie wilde Tiere binstürzen, auch wo sie gar nicht hingeboren.

Wiener politische Notizen im Januar 1861.1)

Die gegenwärtige Lage Oesterreichs ist eine erwartende und abwartende. Daß das Diplom vom 20. Oktober 2) niemand zufriedengestellt hat, ist bekannt. Es teilt Berechtigungen aus, ohne Berpstichtungen auszulegen, schwächt die Regierungsgewalt, ohne die öffentliche Meinung zu gewinnen. Daher Unzufriedenheit und Mißtrauen.

Der Zwiespalt im Ministerium zwischen Rechberg und Schmerling ist bas Symbol ber ganzen Lage.

Bahrend die Partei, ju der Rechberg gehört, sich nur de très mauvaise grace ben liberalen Strömungen anbequemt, hofft bie Partei Schmerlings aus den einmal erlangten freisinnigen Magregeln eine konftitutionelle Entwicklung bes ganzen Staatslebens zu erzwingen. Als ich Schmerling besuchte, fing er gleich damit an, es sei allerdings leichter gewesen, eine ber vorhandenen Konftitutionen, zum Beispiel die belgische ober die baprische. jum Mufter zu nehmen und banach eine öfterreichische Gesamtverfassung zu machen. Allein man habe gründlicher zu Werke geben muffen in Berudfichtigung ber eigentumlichen Berhaltniffe bes öfterreichischen Staats. Nicht die ungarischen Zuftande allein seien das Hindernis. Diese betreffend äußerte er fich dahin, daß eine Revolution kommen, daß man aber damit fertig werben werbe. Die altungarische Partei habe nie Sympathie in Ungarn gehabt, die konstitutionelle Bartei von Deak sei und werde noch mehr von der Anarchie überflutet. Ueber die Haltung der Deutschen in Ungarn sprach er sich mit ber größten Berachtung aus. Auf meine Frage, wie fich benn bas Ministerium den vielen Landesvertretungen gegenüber ftellen konne und ob bies nicht zu großen Schwierigkeiten führen werbe, antwortete er rafch, feit feinem Eintritt in bas Ministerium habe sich bas wesentlich geandert. Man werde auch nach und nach dem repräsentativen Gefamtstaat naherkommen. Die Angelegenheiten ber protestantischen Ronfeffionsverwandten murden in den nächsten Tagen geordnet. Das Ronkordat selbst rühre er nicht an, da dies am besten dem Reichsrat überlassen bleiben konne. Durch eine beffere Stellung ber Protestanten hoffe er bas Berbaltnis zu England zu verbeffern. Mir icheint, bag Schmerling barauf rechnet, sich seiner ihm unbequemen Rollegen burch die Landesvertretung zu entledigen. Was in diefer Manipulation Gefährliches und Unpolitisches liegt, weil es abermals ein Sichabdringenlassen in sich schließt, mag er wohl nicht

¹⁾ Der jüngste Bruder bes Fürsten Prinz Konstantin hatte sich im Jahre 1859 mit der Prinzessin Marie zu Sayn-Wittgenstein vermählt. Seit dieser Zeit psiegte der Fürst mit seiner Gemahlin regelmäßig im Winter einen Aufenthalt in Wien zu machen.

²⁾ Das am 20. Oktober erlassene Staatsgrundgeset, welches besondere Statuten für die einzelnen Kronländer verhieß.

verkennen. Seine Stellung dem Hofe, dem reaktionären Teile des Adels und der Konkordatspartei gegenüber macht ihm aber einen andern Weg unmöglich. Die Furcht vor dem Wort "Konstitution" verleitet die Regierung und den Kaiser, sich nach und nach mehr abdringen zu lassen, als die freisinnigste Konstitution geben könnte, und dazu gewinnen sie nicht einmal den Dank der Bevölkerung. Man hofft Zeit zu gewinnen und, wenn die Umstände besser werden, dann um so energischer den Absolutismus wiederherstellen zu können. In diesem Mangel an Ausrichtigkeit liegt die eigentliche Gesahr. Doktrinäre des religiösen Absolutismus, eingesamte aristokratische Kasinomitglieder, Hossichanzen ohne politische Gessinnung — das sind die eigentlichen Katgeber des Kaisers. Jetzt ducken sie alle. Bald wird aber die Zeit kommen, wo sie entweder alle in der Revolution unterliegen oder in einer allgemeinen Reaktion siegen werden.

21. Januar 1861.

Heute bei Fries fand ich Fürst Jablonowski. Nach Tisch ward bas kaiferliche Manifest an die Ungarn 1) vorgelesen. Ich knupfte daran die Bemerkung, daß es mir sonderbar erschiene, von ungarischer Nationalität im Gegensatz zur beutschen sprechen zu wollen, ba bie Ungarn boch mefentlich beutsch seiner von allen, die ungarische Tracht tragen, spreche etwas andres als öfterreichisches Deutsch. Außerdem nahm ich Gelegenheit, den Herren die Gefahr ihrer "historisch-politischen Individualitäten" vorzuhalten. Jablonowski fagte, er erkenne keinen öfterreichischen Staat, sonbern nur einen öfterreichischen Raiser an. Wenn er bem Raiser hatte raten können, so murbe er geraten haben, bem Reichsrat nur beratende, ben Provinzialversammlungen aber beschließende Stimme zu geben. Fries behauptete, die öfterreichische Monarchie sei so eigentumlich gestaltet, daß nur gang besondere Institutionen bafür paßten. Ich bemerkte bagegen, daß mit ihrer Art, den Staat zu bilben, die Monarchie zerfallen werde; ich sei vor allem Deutscher und würde raten, sogar durch das bemokratische Element die Reichseinheit aufrechtzuerhalten. Diefe, die Demokratie, murde schon mit ben Nationalitäten fertig werben. Darauf große Ginsprache und Entrüftung.

Es war interessant, die Ansichten der österreichischen Abelspartei zu hören. Sie halten sest an dem Diplom vom 20. Oktober und glauben, daß damit die Monarchie gerettet werden könne. Ein heilloser Jrrtum. Die Regierung sieht den Irrtum ein, das heutige Manisest deweist dies. Allein nachdem das junglückliche Diplom einmal gegeben ist und damit

¹⁾ Vom 16. Januar, welches sich gegen das revolutionäre Treiben in Ungarn richtete.

alle nationalen Leidenschaften entfesselt sind, wird das schwer werden, die Sache wieder in das Gleis zu bringen.

Von einer Reichsversammlung mit allgemeinen Wahlen wollen die durch das Diplom begünstigten Nationalitäten nichts wissen. Ich glaube aber, daß man mit den Tschechen schon fertig werden könnte. Die Ungarn müßte man vorderhand außer Berechnung lassen, und die Polen würden sich am Ende auch fügen. Mir scheint, als wenn weniger das Volk der einzelnen nichtbeutschen Landesteile, als die Aristokratie aus Ehrgeiz einzelner, Beschränktheit anderer oder Doktrinarismus einiger Prosessoren an der Autonomie und dem Diplom sesthält.

Ich glaube, Schmerling ift meiner Ansicht und wird seinen Weg ruhig fortgeben.

22. Januar 1861.

Heute war ich bei dem großen Diner, welches zu Ehren des Generals Werder, der die Notification der Throndesteigung König Wilhelms I. überbrachte, dei Hof gegeben wurde. Damen waren keine da, was durch die Abwesenheit der Kaiserin erklärlich ist. Es waren alle Notabilitäten des Hofs vertreten. Der Obersthosmeister Fürst Liechtenstein mit seinem weißen Schnurrbart, ganz wie ein alter Kater. Ferner der Obersthosmarschall Graf Kuesstein, ein Exdiplomat, der mir viel vom Wiener Kongreß erzählte, da ich neben ihn zu sitzen kam. Graf Lanckoronski, Oberstkämmerer, der Generaladjutant Graf Crenneville, ein sehr achtungswerter, anständiger Mann mit napoleonischen Jügen. Außerdem waren noch da Graf Grünne, Kriegsminister Graf Degenseld, Graf Rechberg, Feldmarschalleutnant Graf Henriksein und dann die preußische Gesandtschaft, sowie einige preußische Offiziere, welche dem General Werder zugeteilt sind und ihn begleitet haben.

Der Raiser machte nach dem Diner Cercle. Mit mir sprach er längere Zeit über die neapolitanischen Zustände, rühmte den Mut der Königin, 1) der es hauptsächlich zu verdanken sei, daß sich der König so lang gehalten, 2) und sprach seine lebhaste Indignation über das Benehmen der neapolitanischen Offiziere aus, durch welche die Königin im vergangenen Sommer verraten worden. Bei der freundlichen und natürlichen Art des Kaisers, zu sprechen, bedauerte ich innerlich, daß er diese Sade seinen Untertanen gegenüber so wenig zu gebrauchen versteht. Es ist ihm nicht möglich, sich durch herablassendes Wesen populär zu machen, was dei einem kindlichen Volke, wie die Oesterreicher, von großer Bedeutung wäre.

Heute ben 30. war Bürgerball. Der Hof erschien gerade, als wir

¹⁾ Der Schwester ber Raiserin von Defterreich.

²⁾ Bis zur Ravitulation von Gaëta am 14, Nanuar.

ankamen. Der Empfang war lautlos. Man merkte von seiten des Publikums die absichtliche Gleichgültigkeit und eine Art Unzufriedenheit. Der Kaiser blieb lange da, stand aber immer oben auf der Galerie und sprach mit dem Bürgermeister, statt im Saale herumzugehen und mit den Bürgern zu reden, wie König Ludwig und König Max es zu ihrem großen Borteil tun.

4. Februar.

Heute hat Graf Rechberg das Präsidium des Ministeriums abgegeben und Erzherzog Rainer dasselbe übernommen. Rechberg bleibt Minister des Auswärtigen. Die Leute wissen noch nicht recht, was sie dazu sagen sollen. Die Stellung eines Erzherzogs als Ministerpräsident ist etwas sonderbar. Es scheint mir, daß man auf diese Art Rechbergs Rücktritt recht anständig machen wollte, d'avoir cédé le pas à un archiduc. Schmerling wird die Seele des Ministeriums sein, der Erzherzog den Namen hergeben.

Der alte Graf Hartig, mit dem ich bei Bray eine lange Unterhaltung hatte, erzählte mir viel Interessantes. Er behauptet, man habe sich durch die Ungarn überlisten lassen, als man das Diplom vom 20. Oktober gab. Er hält wie ich das Diplom für einen Unsinn und meint, man werde bessere Zustände nur dadurch herbeisühren, daß man mehr Sicherheit und Stabilität in die Gesetzgebung bringe. Er glaubt, daß dies auch jetzt der Fall sein werde, und verspricht sich viel von den zu erwartenden organischen Einrichtungen.

5. Tätigkeit in der Kammer der Reichsräte 1861. Emanzipation ber Juben.

Im April 1861 hatte der Fürst das Reserat in der Kammer der Reichsräte über einen von der Zweiten Kammer ausgegangenen Gesesentwurf, betreffend die Ausbedung gewisser Beschränkungen der Freizügigsteit und des Gewerbedetrieds der Juden. Indem er diesen Gesehentwurf zur Annahme empfahl, mußte der Fürst dem dei den Reichsräten erhobenen Einwurf entgegentreten, daß dei zunehmender Gleichberechtigung der Juden der bayrische Staat aushören werde, ein christlicher Staat zu sein, und an dessen Stelle der "nackte Rechtsstaat" treten werde. Um hier zu einem richtigen Urteil zu gelangen, heißt es in dem Reserat vom 25. April 1861, "muß man sich vor allem über die Begriffe des christlichen und des Rechtsstaats klar werden".

Nach der im Mittelalter in ganz Europa verbreiteten Auffassung war der Staat der Kirche untergeordnet. Dieses Unterordnungsperhältnis versuchte man aus der Begründung der Staatsgewalt durch

die Rirchengewalt abzuleiten und zu rechtfertigen. Religion und Bolitik. Staat und Kirche wurden unablässig vermischt. Der Staat stand im Dienste ber Kirche: wer nicht Glied ber katholischen Kirche mar, ber galt überhaupt nicht als berechtigtes Glieb im Staate, und wer mit ber Eirchlichen Lehre und Einrichtung in Widerspruch trat, ward schon barum als Feind des Staates angesehen. So por allem bie Ruben, welche weniger als Fremdlinge in Europa, benn als Feinde des Christentums und driftlichen Staats als absolut rechtlose Wesen betrachtet wurden und froh sein mußten, im römischen Reiche beutscher Ration als "kaiserliche Rammerknechte" gegen nicht eben geringe Abgaben Dulbung und Schutz vom Raifer und später von ben Landesberren, benen bas "Jubenschutrecht" durch Privilegien verlieben murde, zu erlangen. An dieser Auffassung bes driftlichen Staats anderte auch die Reformation wenig. Sie löfte awar die alte Berbindung der katholischen Kirche mit dem Staate, aber ber Staat war barum boch nicht minder "chriftlich" geblieben, wenn man darunter die konfessionelle Exklusivität gegenüber den nichtanerkannten Religionsparteien auch auf bem Gebiete bes Rechts verfteht.

Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann eine neue Anschauung über das Berhältnis von Staat und Kirche und damit über das Wesen des ersteren Platz zu greisen. Man sing an, Staat und Kirche als zwei verschiedene, selbständige und von einander unabhängige Organismen zu ersennen, von denen jeder seine eigentümliche Mission zu erstüllen habe. So brachen sich gleichzeitig die Ideen der Bekenntnissreiheit und des Rechtsstaats Bahn. Mit dem Siege der ersteren war die dis dahin übliche Aufsassung des "christlichen Staates" nicht mehr zu halten. Der Staat konnte nicht mehr konfessionell und unduldsam bleiben, er mußte in einem andern Sinne christlich, d. h. gerecht und duldsam gegen alle Untertanenklassen, er mußte zum Rechtsstaate oder besser zum Gerechtigskeitsstaate werden.

Es wurde zwar die Ansicht und Befürchtung ausgesprochen, daß der moderne Staat ausgehört habe oder aushören werde, ein christlicher zu sein, und man hat auf den schon öfter gehörten Sat hingewiesen: "Der Staat sei ein atheistisches Wesen und müsse es sein." Allein ich teile diese Ansicht und Befürchtung durchaus nicht, und eine bessere Theorie hat jenen Irrtum auch längst erkannt und korrigiert. Man hat eingesehen, daß eine überstürzende Richtung in Trugschlüssen sicht werirrt und übersehen habe, daß sie das Unmögliche voraussetze. Der moderne Staat kann nur ein christlicher sein, wenn er auch ausgehört hat, der konfessionellseudale Staat des Mittelsalters zu sein. Er kann nur ein christlicher sein, weil alle Beziehungen des bürgerlichen und Familienlebens vom Geiste des Christentums durchdrungen, weil unsere sozialen, staatlichen und rechtlichen Institutionen auf

bas Chriftentum gegründet sind, weil unsre ganze moderne Gesittung, da wo sie überhaupt besteht, eine christliche, weil endlich das im Rechtsstaate nach voller Realisierung hinstrebende Sittengesetztein anderes ist als das christliche. Man kann also gar nicht darüber streiten, ob der christliche Staat sortbestehen solle oder nicht, weil er besteht und bestehen wird, solange das Christentum die Religion des größten Teils seiner Witzglieder ist.

Der moderne Staat hat aber ben mit einer wahrhaft chriftlichen Ansichauungsweise unvereinbaren Begriff der Rechtlosigkeit irgendwelcher Individuen längst ausgemerzt und den Begriff des Staatsbürgertums, auf welchem unser heutiges Staatsleben vornehmlich basiert ist, über alle Untertanenklassen ausgebreitet, ohne daß deshald, wie man allgemein wird zugestehen müssen, der christliche Charakter des Staats alteriert worden wäre. War aber im christlichen Charakter des Staats unserer Zeit kein Hindernis gegeben, den Nichtchristen die staatsbürgerlichen Rechte zu verleihen, so dürste der Verleihung aller dürgerlichen Rechte an die Juden noch weniger ein gegründetes Bedenken entgegenstehen. Jeder moderne Staat kann, ohne seiner ganzen historischen Entwicklung untreu zu werden, den Juden die politische und rechtliche Gleichstellung mit den Christen nicht versagen.

Die turhefsische Berfaffungsfrage. Mai 1861.

Der kurhessische Minister Hassenpflug hatte im Herbst 1851 die Unterftützung bes foeben wieberhergestellten Bundestags für ben Umfturz ber hessischen Verfassung vom 5. Januar 1831 erlangt. Nachdem der anfängliche Widerstand Preugens in Olmut gebrochen war, beschloß ber Bundestag am 27. März 1852, bie furheisische Berfaffung vom 5. Januar 1831 fei als unvereinbar mit ben Bestimmungen ber Wiener Schlufatte außer Birkfamkeit zu setzen. Gin von der kurheffischen Regierung in Gemeinschaft mit ben Bundeskommiffaren ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Berfaffung follte nebft bem zugehörigen Bahlgefete fofort als Gefet verfundigt und demnächst ben auf Grund bieses Bahlgesetes zu bildenden Stanben "gur Erklarung" vorgelegt werben. Die Berkundigung ber neuen konstitutionellen Gesetze geschah am 13. April 1852. Aber trot der rudfichtslosesten Anwendung aller Machtmittel, welche biese Gesetze ber Regierung gaben, gelang es biefer nicht, die nach bem oktropierten Bahlgefete gebilbeten Kammern zu einer zustimmenden Erklärung zu bewegen, so baß ber gesetzlose Zustand in Kurheffen noch ein Jahrzehnt lang fortbauerte. Am 15. Juli 1858 beantragte bie hessische Regierung bei bem Bundestage, biefer moge von einer zustimmenben Erklarung ber Stanbe absehen und bie oftropierte Verfassung von 1852 garantieren. Der Ausschuß ber

Bundesversammlung sprach sich am 26. Juli 1859 für den heisischen Untrag aus und beantragte, ber Bundestag moge Beffen auffordern, ben Berfaffungsentwurf von 1852 für endgültig zu erklären. Hierdurch wurde die in der allgemeinen Depression des Jahres 1852 kaum beachtete Frage, inwieweit das Recht, welches der Bund durch seinen Beschluß vom 27. Märg 1852 in Anspruch nahm, eine Gefahr für alle beutschen Ronftitutionen bedeute, zur Diskussion gestellt, und die kurhefsische Frage gewann unter biefem Gefichtspuntte eine neue Bebeutung, welche ihre lebhafte Erörterung in der Breffe, in den Berhandlungen der Regierungen und in den Landtagen herbeiführte. Im November 1859 trat die preußische Regierung im Bundestage für das verlette Recht Rurheffens ein und verlangte die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 unter Beseitigung ihrer bem Bundesrechte widersprechenden Beftimmungen, mahrend bie Mehrbeit des Bundestags unter Oefterreichs Kührung den reaktionären Brinzipien von 1852 getreu blieb. In seiner Thronrede vom 12. Januar 1860 sprach ber Bring-Regent aufs neue mit größter Entschiebenheit aus, baß bas Burudgeben auf die Berfaffung von 1831 der einzige Beg gur Biederberftellung gesetlicher Buftanbe in Rurheffen fei. Derfelben Ueberzeugung gab die preußische Regierung am 17. Mars 1860 in einer Erklärung über ihre bevorstehende Abstimmung im Bundestage Ausbruck. Indeffen entschied die Bundesversammlung am 24. März 1860 nach dem Antrage ihres Ausschuffes. An diesem Beschluffe hatte auch ber baprische Bundestagsgefandte von der Pfordten teilgenommen. Preußen protestierte gegen den Befchluß und verwahrte sich gegen beffen Folgen. Das preußische Abgeordnetenhaus fprach am 20. April mit großer Mehrheit feine Bustimmung aus.

In Bayern wurde die kurhessische Frage im März 1861 in der Rammer der Abgeordneten verhandelt. Auf Antrag des Dr. Bölk beschloß diese Kammer, "gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die demselben zugrunde liegenden, dem bayrischen Bersassuchte widersprechenden Prinzipien seierlichst Berwahrung einzulegen" und dem Könige die Bitte vorzutragen, daß das Staatsministerium angewiesen werde, "zur Herstellung rechtlich geordneter Bersassussäuftände in Kurhessen nach Kräften mitzuwirken".

Der erste dieser Beschlüsse wurde der Kammer der Reichsräte zur Kenntnisnahme, der zweite zur Beratung mitgeteilt. Der Reserent der Kammer der Reichsräte, Reichsrat von Bayer, bestritt die Kompetenz des bayrischen Landtags, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, weil eine solche Kompetenz nur dann begründet sei, "wenn sich hierfür eine Borschrift der Versassungsurfunde ansühren lasse" und weil nach allgemeinen Grundsätzen des deutschen Staatsrechts die Entscheidung in Angelegen-

heiten der auswärtigen Politit allein dem Staatsoberhaupte zustehe. Demsentgegen stellte Fürst Hohenlohe den Antrag:

- 1. es sei gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die ihm zugrunde liegenden Prinzipien und Motive . . . feierlichst Verwahrung einzulegen,
- 2. die Regierung sei zu ersuchen . . . auf geeignete Beise zur Herstellung rechtlich geordneter Zustände in Kurhessen nach Kräften hinzuwirken.

In der Sitzung der Kammer vom 4. Mai 1861 begründete er diesen Antrag mit folgender Rede:

Die Ursachen, welche den Abgeordneten Bölk veranlaßt haben, seinen Antrag über die kurhessische Frage in der Kammer der Abgeordneten einzubringen, sind Ihnen bekannt. Ich will Sie nicht ermüden mit einer Darstellung der kurhessischen Berfassungswirren . . Die Tatsache, an welche wir hier zunächst anzuknüpsen haben, ist die Intervention in Kurhessen im Jahre 1850. Ich din weit entsernt, der Königlichen Staatsregierung daraus einen Borwurf machen zu wollen. Die Intervention in Dessen war ein Glied in der Kette der Politik, zu welcher die bayrische Regierung durch die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 gedrängt wurde. Diese Politik fand ihre Berechtigung in der Abneigung der deutschen Stämme, ihre partikulare Selbständigkeit den Einheitsbestrebungen des Jahres 1848 zum Opfer zu bringen.

Folge dieser Abneigung war das Scheitern oer Einheitsbestrebungen von 1848, und hierdurch war die dayrische Regierung genötigt, zum Bundestage zurückzugreisen, und die Intervention war der Schlußstein dieser Politik, zu welcher die bayrische Regierung zum Teil durch die Bolksstimmung gedrängt wurde. Die Folge der Intervention war nun der vielbesprochene Bericht der Bundeskommissäre sowie der darauf gegründete Bundesbeschluß vom 27. März 1852. Dieser Bundesbeschluß setzte die kurhessseschluß won 1831 außer Wirksamkeit und forderte den Kurfürsten auf, eine neue Verfassung zu oktronieren und den Ständen vorzulegen.

Diese Verfassung wurde publiziert, eine Vereinbarung mit den Ständen aber ist dis jetzt nicht zustande gekommen. Es ist das auch ganz natürlich, benn auf der einen Seite hält das hessische Volk an seiner Versassung sest und erkennt den Rechtsbestand des Bundesbeschlusses von 1852 nicht an, auf der andern Seite stützt sich der Kurfürst auf die Verechtigung, welche ihm durch die Autorisation des Bundesbeschlusses zegeben wurde. Das ist der Kern der sogenannten kurhessischen Frage.

Ich brauche Sie wohl nicht zu ermüden mit Auseinandersetzungen der Rechtsfrage; auch darüber sind Sie bereits genügend informiert. Ich

Grauche mich beshalb nur zu beziehen auf Artikel 56 der Wiener Schlußakte, welcher hier besonders in Betracht kommt. In diesem Artikel heißt es: Eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Berfassung kann nur auf versassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.

Diefer Artitel murbe burch ben Bundesbeschluß von 1852 umgangen. Die Bundesversammlung glaubte sich hierzu durch die Interpretation berechtigt, daß unter dem Worte "verfassungsmäßig" nicht die Landesverfaffung, sondern die Bundesverfaffung zu verstehen sei. Ich brauche wohl biefer Interpretation nicht weiter entgegenzutreten. Gie ift nicht gerechtfertigt und mag wohl in neuerer Zeit von der Bundesversammlung felbst wieder aufgegeben sein. Da nun ein Bundesbeschluß vorliegt, der den Artikel 56 der Wiener Schlufakte außer acht läßt, so hat man daraus ben Schluß gezogen, daß dadurch der Beftand ber fämtlichen Berfaffungen der deutschen Einzelstaaten in Frage gestellt sei. Ich teile diese Ansicht und glaube baber, daß Grund gegeben ift, sich gegen eine folche Gefährbung auszusprechen. Dies ift die Beranlaffung, weshalb ich meinen Antrag, ber aus zwei Teilen, ber Bermahrung und einer Bitte an Seine Königliche Majeftat besteht, eingebracht habe. Die Königliche Staatsregierung hat zwar in der Rammer der Abgeordneten die Berechtigung der Rammer in Zweifel gezogen, über einen Beschluß ber Bundesversammlung in Beratung und Beschlußfaffung zu treten; es murbe bagegen eingewendet, daß dies ganz außer der Kompetenz der Rammern liege, und unser sehr verehrter Herr Referent hat eben wiederholt die Rompetenz der Rammern bestritten. Dies wäre ganz richtig, wenn der Bundesbeschluß in gar keinem Bezug zur baprischen Verfassung stände. Dies ist aber nicht ber Fall. Die Rönigliche Staatsregierung bat vielmehr mitgewirft zur Fassung biefes Bundesbeschluffes, fie hat sich ferner zu den demfelben zugrunde liegenden Prinzipien bekannt und könnte, wenn sie auch wollte, den Konfequenzen desfelben fich nicht mehr entziehen. Denn ein Bundesbeschluß ist ein bindendes Geset, ich sage nicht für die einzelnen Staaten, sondern für die Regierungen, welche eben durch die Bundesverfassung genötigt sind, einen folden Bundesbefchluß nach Möglichkeit zur Durchführung zu bringen.

Wenn es nun der Majorität der Bundesversammlung gefallen sollte, wieder auf diesen Bundesbeschluß zurückzukommen oder einen auf gleichen Prinzipien basierenden Beschluß zu fassen, so würde keine deutsche Regierung in der Lage sein, sich dieser Majorität zu entziehen, und wenn dieser Beschluß auf die bayrische Verfassung Bezug hätte, so würde auch die bayrische Regierung einem solchen Bundesbeschlusse in Anbetracht dieser Präzedenz nicht entgegenzutreten vermögen. Man sagt zwar, dies sei nicht möglich, weil die Verhältnisse bei uns nicht derart seien wie die kurhessischen Ver-

hältniffe, welche ben Bundesbeschluß von 1852 provoziert haben. R teile volltommen die ausgesprochene Hoffnung, daß wir nie in eine abnliche Lage versett werden können; aber es handelt sich hier nicht um Soffen ober Glauben, sondern um Rechtsprinzipien und Rechtsfragen, und in dieser Beziehung konnen wir nicht positiv genug sein. Ift aber eine Gefahr ober Gefährdung ber baprischen Berfaffung aus dem Bundesbeschluß abzuleiten, so bürfte damit auch die Rompetenz der Rammern, sich mit ber Beratung biefes Beschluffes zu befassen, gegeben sein, und es wird sich darum handeln, welche Mittel angewendet werden muffen, um einer solchen Gefährde entgegenzutreten. Es handelt fich um Aufrechterhaltung ber Staatsverfaffung. Ich beziehe mich mit bem herrn Referenten auf den § 25 Titel VII der Berfaffungsurtunde; burch diesen Paragraphen wird ber Eib normiert, welchen die Stande zur Aufrechterhaltung ber Staatsverfaffung ichwören. In Diefem Gibe liegt aber nicht bloß Die Berpflichtung, nichts zu tun, mas ber Staatsverfassung zuwiderläuft, sonbern auch die Pflicht und das Recht, darüber zu machen, daß die Staatsverfaffung von allen Seiten respektiert werbe. Bei wirklichen Berfaffungsverletzungen find ben Ständen die Wege vorgezeichnet. Es find dies die Anklage und die Beschwerde. Bon biesen kann hier nicht die Rede sein.

Hier handelt es sich um eine mittelbare Verfassungsverletzung, als welche die Gefährde der Verfassung anerkannt werden muß. Die bayrische Regierung hat zu dieser Gefährde beigetragen, und deshalb ist eine Verswahrung und eine Vitte an die Krone jedenfalls berechtigt.

Man hat zwar die Opportunität dieses Antrags bestritten und behauptet, es sei gar nicht nötig, eine Verwahrung auszusprechen . . . Ich teile nun vollsommen das Vertrauen in den guten Willen der Staatsregierung und der derzeitigen Herren Minister, nie etwas unternehmen zu wollen, was der Staatsversassung entgegen ist. Ich habe aber nachzuweisen versucht, daß es hier nicht allein auf den Willen der Regierung ankommt, ich glaube serner, daß der Wille der Regierung nicht ausreicht und daß er unterstüht werden muß durch eine Verwahrung von seiten der Kammer. Auch würde die Hinweisung auf die guten Absichten der Staatsregierung nur dann begründet sein, wenn positive Belege dafür vorhanden wären, daß sie sich von dem Bundesbeschluß und den demsselben zugrunde liegenden Prinzipien lossage.

Welche Erklärung hat aber der Königliche Staatsminister abgegeben? Ich habe die Aeußerung des Herrn Staatsministers in der Kammer der Abgeordneten nachgelesen und habe im allgemeinen gesunden, daß dersselbe die Berechtigung des Bundes, den Beschluß vom Jahre 1852 in der Art und Weise zu sassen, wie er wirklich gesaßt worden ist, volltommen anerkennt. Denn Seine Erzellenz der Herr Staatsminister sagen:

"Ich glaube, meine Herren, Sie werden aus dieser Darlegung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß nicht Willfür geübt worden ift, sondern daß die Bundesversammlung, auf dem Boden der Bundesgesehe stehend, sich berechtigt fand, in der Weise vorzusgehen, wie es geschehen ist."

Sie werden in nicht gar langer Zeit von seiten des Ministertisches wieder dieselbe Erklärung hören. Sie werden hören, daß das Staatsministerium den Standpunkt der Regierung in dieser Frage wahre und die Berechtigung des Bundes vollkommen aufrechterhalten muffe.

Ich halte also die Verwahrung für nötig. Ich gehe aber noch weiter und beantrage eine Bitte an die Krone.

Der Herr Referent hat das ganze Gewicht seiner Beweisführung gegen diese Bitte gerichtet, die Zulässigkeit berselben bestritten und seine Ansicht insbesondere dadurch zu begründen versucht, daß diese Bitte in keinem Zusammenhange mit der bayrischen Berfassung stehe, also vollständig außerhalb des Wirkungskreises der Kammern sich bewege . . .

Ich habe schon barauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der Staatsverfassung zu den Befugnissen der Kammern gehört; wenn also eine Beziehung zwischen dem Bundesbeschlusse und dessen Motiven mit dem Bestande unsver Versassung erwiesen ist, wenn daraus Befürchtungen für unsve Versassung hergeleitet werden, so ist auch die Besugnis der Rammern gegeben, nach § 19 Titel VII der Versassungsurkunde daraus hervorgehende Anträge und Wünsche an die Krone zu bringen . . .

Man hat barauf hingewiesen, daß es nicht an der Zeit sei, einen solchen Antrag zu bringen, weil der Bund jetzt nicht mehr in der Lage sei, einen Beschluß in dieser Angelegenheit zu fassen. Ich verweise hier nur auf den Bundesbeschluß von 1860, in welchem eine Aufforderung an die kurhessische Regierung enthalten ist, zur Feststellung des Versassungswerks unverzüglich Einleitung zu treffen und wieder an die Bundesversammlung Bericht zu erstatten. Die Sache wird also jedenfalls wieder am Bunde zur Sprache kommen, und es wird der Königlichen Staatsregierung Gelegenheit gegeben sein, ihre Ansichten wiederholt am Bunde auszusprechen, sie wird diese dann durch die kundgegebenen Meinungen der Kammern verstärken können.

Ich muß nun zum Schlusse eilen und erlaube mir nur noch, auf die politische Seite der Frage aufmerksam zu machen.

Es ist wahr, daß die kurhessische Frage als ein Mittel zu Agitationen und politischen Umtrieben benutzt wird, sie wird benutzt, um Mißtrauen zwischen Regierung und Bolk hervorzurusen. Die kurhessische Frage hat beshalb eine unangenehme Seite; dies kann aber bei der Entscheidung der vorliegenden Rechtsfrage nicht ins Gewicht fallen . . . In einer Zeit aber, wo, wie ein Redner der Kammer der Abgeordneten sagt, die Revolution das "fait accompli" auf ihr Banner schreibt, ist es notwendig, daß die konservativen Elemente des Staatslebens das Recht auf ihr Banner schreiben und dieses Banner hoch erheben. Ich fordere Sie auf, meine hohen Herren, zu zeigen, daß Sie wirklich eine konservative Versammlung sind, indem Sie das Recht unabhängig von politischen Rücksichten aufrechterhalten. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Fürsten mit 29 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Mit dem Fürsten stimmten Graf von Giech, Graf Fugger-Hoheneck, Graf zu Pappenheim, Präsident von Harleß, Freiherr von Franckenstein, Graf von Holnstein und Herr von Heintz.

Bekanntlich wurde die hessische Verfassungsfrage im Jahre 1862 im Sinne des von dem Fürsten Hohenlohe vertretenen Rechtsstandpunkts entschieden. Am 8. März 1862 stellten Oesterreich und Preußen den gemeinssamen Antrag beim Bundestage, die hessische Regierung aufzusordern, die geeigneten Schritte zu tun, damit die im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung von 1831 vordehaltlich derjenigen zunächst auf versassungsmäßigem Wege zu vereindarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Lebereinstimmung mit den Bundesgesetzten erforderlich seien, wieder in Wirksamkeit trete. Am 24. Mai nahm der Bundestag den preußisch-österreichischen Antrag an, am 26. Mai siel das reaktionäre Ministerium in Kassel und am 22. Juni 1862 wurde die hessische Versassung von 1831 wiederhergestellt.

Der Fürst hatte im Beginne bes Jahres 1861 in einer Korrespondenz mit seinem Bruder die Frage erwogen, ob ihm als dem Besitzer des von Friedrich Wilhelm IV. bestätigten zweiten Familiensideikommisses Ratibor-Corvey, nämlich der Herrschaft Tressurt, ein Sitz im preußischen Herrenhause gebühre. Nach einem Briese des Herzogs von Ratibor vom 14. April 1861 hatte sich der König bereit erklärt, ein Immediatgesuch des Fürsten, betressend dessen Genrenhaus, entgegenzunehmen, da er in dessen Eintritt "einen qualitativen Gewinn für Krone und Staat in so schwerer Zeit" sehen würde. Nach der Kammerverhandlung über Kurhessen antwortete der Fürst auf diese Mitteilung:

München, 14. Mai 1861.

... Was die obenerwähnte Angelegenheit betrifft, so will ich Dir ganz offen sagen, daß ich mich in einer eigentlimlichen Berlegenheit befinde. Ich wünsche allerdings in das Herrenhaus aufgenommen zu werden. Allein ich kenne die hiefigen Berhältniffe und Stimmungen zu genau, um nicht zu wissen, daß mir ein direkter Schritt, der darauf abzielt, sehr übelzgenommen werden würde. Ich habe mir die spezisisch bayrische Partei,

ben Hof, ja selbst den König durch meine Rede in der kurhessischen Frage spinneseind gemacht. Vernehmen nun diese Herren, daß ich "auf meinen besonderen Wunsch" zum Mitgliede des Herrenhauses ernannt worden din, so wird daraus der Schluß gezogen, daß ich meine hiesige Stellung ganz verlassen wolle, daß ich also aushören wolle, Bayer zu sein, daß ich gar nichts mehr von ihnen wissen wolle. Dies ist aber nicht der Fall; ich glaube im Gegenteil, daß beide Stellungen sich recht gut vereinigen lassen. Man wird mir serner folgendes vorwersen: man wird sagen, ja jetzt begreisen wir, warum der Fürst Hohenlohe sich in der kurhessischen Frage so entschieden ausgesprochen hat. Wir haben es ja immer gesagt, es ist bloß die Partei des Nationalvereins, die die kurhessische Frage in Bayern aufs Tapet gebracht hat. Der Fürst Hohenlohe gehört also auch zu der Partei, denn er hat sich ja um eine Stelle im preußischen Herrenbaus beworden, er will also Bayern an Preußen verkausen und was bergleichen Unsinn mehr ist.

Wenn also der König die Gnade hätte, mich auf Grund dessen, daß ich Besitzer des von Seiner Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV. bestätigten zweiten Fideikommisses din, ohne daß ich mich darum bewerbe, zum Mitgliede des Herrenhauses zu ernennen, so würde ich dafür sehr dankbar sein, und ich könnte hier die Sache als eine sich ganz von selbst verstehende Folge meines preußischen Grundbesitzes darstellen. Eine Eingabe ist mir in diesem Augenblick sehr schwer.

6. Reisen nach Baden, Schlesien und Berlin, Paris und Karlsruhe und zum Frankfurter Fürstentag (1861 bis 1863).

Baben-Baben, 17. Juli 1861.

Die Nachricht von bem Attentat 1) veranlaßte mich, nach Baben zu reisen, um dem König von Preußen meine Verehrung zu bezeigen.

Ich fand schon unterwegs mehrere hohe Persönlichkeiten, die ebenfalls nach Baden reisten, teils im Auftrage ihrer Souverane, teils aus eignem Antriebe, so Graf Ablerberg u. a.

In Baben war noch alles voll Entrüftung über die Tat und voll Freude über die wunderbare Rettung des Königs. Die Pistole soll eigentlich à bout portant abgeseuert worden sein. Die Kontusion ist ziemlich stark, doch geht der König aus, obgleich sein Hals noch etwas steif ist, wie ich heute auf der Promenade bemerkte, als er mit mir sprach.

Ich melbete mich geftern bei meiner Ankunft bei ben bienfttuenben

¹⁾ Das Attentat bes Stubenten Beder am 14. Juli 1861.

Abjutanten und hörte von ihnen verschiedene Details der Tat, die übrigens in allen Zeitungen stehen. Merkwürdig war eine Glückwunschadresse, welche dem Adjutanten des Königs aus Tharandt geschickt wurde. Sie lautete ungefähr: "Die preußischen Studenten Tharandts reiben zur Freude über die glückliche Rettung des Königs unter Pereat des Attentäters einen patriotischen Salamander."

Beute mar ich bei dem babischen Minister von Roggenbach. kamen balb auf die deutsche Politik zu sprechen. Er äußerte sich darüber ungefähr in folgender Beife: es fei ein unbegrundeter Borwurf, wenn man ihn mit dem Nationalverein identifiziere oder ihm vorwerfe, daß er Breußen zu einer unioniftischen Politik treiben wolle. Er halte ben Nationalverein für unnütz und für positiv nachteilig, er sei die irreguläre Truppe in dem Feldzuge. Vor allem handle es sich darum, daß man auf preußischer Seite wiffe, mas man wolle. Sei man überhaupt bort au angftlich, um fich an die Spike von Deutschland au ftellen, so moge man ben Wagen nicht aus ber Remise ziehen. Da aber boch auch von ben ängstlichen Leuten zugegeben werben muffe, daß etwas zu gescheben habe, um bem Bedürfnisse größerer Ginheit zu entsprechen, ba es im Interesse ber Erhaltung ber einzelnen Dynastien sei, nicht bei ber Berteidigung unhaltbar gewordener Positionen zu beharren, so sei es nötig, sich über das Ziel klar zu werden. Seiner Ansicht nach durfe Breußen weber eine Annexionspolitik noch eine Unionspolitik verfolgen. Ersteres verstehe sich von felbst. Unter letterem verstehe er eine Politik, welche die Konzentration auf Gebiete übertrage, wo sie nicht nötig, nicht praktisch und für die Erhaltung ber einzelnen Staaten gefahrbringend fei, wie zum Beispiel die Einheit der Gesetzgebung u. dergl. Ihm scheine es vor allem nötig, daß die einzelnen beutschen Staaten bas aufgeben, mas fie faktisch gar nicht haben, nämlich die Berteidigung Deutschlands und die Bertretung Deutschlands bem Auslande gegenüber. Desterreich muffe feinen eignen Beg gehen und werde es tun, wenn es einmal aufgegeben habe, Tendenzpolitik zu treiben, und fich ber Intereffenpolitik zuwende. Dann werbe es einsehen, daß es sich des Ballafts seiner deutschen Politik entledigen muffe. Wenn dann in den deutschen Mittelstaaten der öfterreichische Ginfluß aufhore, wurden auch diese sich eher zu einem Anschlusse an die preußische Politik versteben.

Im Verfolg des Gesprächs kamen wir auf die Stellung der deutschen Standesherren zu sprechen. Roggenbach bemerkte, er sehe mit Freude, wie viele deutsche Standesherren die traurige Rolle aufgeben, sich in dem Schlepptau der partikularistischen Junkerpolitik mitziehen zu lassen. Die Standesherren müßten dies zu ihrer Selbsterhaltung aufgeben. Ihre Stellung sei eine allgemein deutsche, ihre Politik müsse deshalb auch eine deutsche werden. Sie seien das Element, an dem sich die deutsche Rechts-

bildung aufrichten könne u. s. w. Teilweise waren dies allerdings captationes benevolentiae, allein Wahres liegt darin. Er ermahnte zu einer allgemeinen deutschen standesherrlichen Genossenschaft. Ich teilte ihm die desfallsigen Versuche und hindernisse mit.

Der König empfing mich mit ber gewohnten Freundlichkeit, bankte mir für meine Teilnahme, und daß ich sogleich gekommen sei. Ich bat um Entschuldigung, die Zahl der Audienzen noch um eine vermehrt zu haben u. f. w. Er war noch angegriffen und mübe und setzte sich auf einen Lehnstuhl, ich ihm gegenüber an seinem Schreibtische. erft von Berlin, vom Herrenhaus, vom Reichsrat in München u. a. Dann sagte er: "Sie erinnern sich, als ich Sie voriges Jahr hier sah, da waren alle beutschen Regierungen mit Preußen einverstanden, 1) man hatte Vertrauen zu mir. Jett ist bas anders geworden, es ist viel Migtrauen und gibt allerlei Diffense." Wir tamen dann auf die turbessische Frage zu sprechen, die er mit großer Sachkenntnis behandelte. hier seien Desterreich und Bayern am schwierigsten. Er verkenne allerdings nicht, daß es ihm leichter gewesen sei, einzulenken, da seit dem Umsturz der hessischen Berfaffung in Breußen ein Regierungswechsel stattgefunden habe, in Defterreich, wo weber ber Raifer noch ber Minister gewechselt hatten, sei bie Aenderung der Bolitik in der kurhessischen Frage schwieriger, allein es gebe nun einmal keinen Weg als ben der Umkehr. Schließlich bankte er mir noch einmal und ich verabschiedete mich.

Aufzeichnung aus dem Jahre 1862.

Es gibt unter ben beutschen Staatsmännern und Politikern viele, welche ber Bewegung, welche in neuester Zeit das beutsche Volk ersaßt hat, die Berechtigung absprechen, indem sie meinen, der politische Zustand Deutschlands, wenn er auch manches zu wünschen übriglasse, sei doch im ganzen zusriedenstellend, und nur böser Wille vermöge das Gute zu verkennen, welches uns die bestehende Gesamtversassung diete. Sie vergleichen Deutschland, wie es heute ist, mit dem Deutschland des Reichsbeputationshauptschlusses und sinden, daß denn doch die Föderativorganisation des Deutschen Bundes, wie sie aus den mühsamen Verhandlungen des Wiener Kongresses hervorgegangen, der Desorganisation des Deutschen Reiches weit vorzuziehen sei. In diesem Punkte mögen sie wohl recht haben; denn auch die entschiedenssten Mängel in unser heutigen Wilitärorganisation sind Vorzüge im Vergleich mit den Kömermonaten und Kreiskontingenten des Deutschen Reiches; auch die beklagenswertesten Beschlüsse des Vundestags sind weiss heitsvolle Krasssstädes im Vergleich mit den Verhandlungen des Regensburger

¹⁾ Bei ber Fürstenversammlung in Baben im Juni 1860. Fürft Gobentobe, Dentwürdigteiten. I

Reichstages, und unsere gegenwärtige Kleinstaaterei wird sich immer noch großstaatlich genug ausnehmen, wenn man sie mit dem buntgestickten Kleide der Karte des Deutschen Reiches zur Zeit des Friedens von Lunéville vergleicht.

Wenn bessenigeachtet auch die anerkennenswerten Seiten unsver Bundesversassung wenig gewürdigt werden und der Wunsch nach Resorm berselben sich mit immer größerer Entschiedenheit kundgibt, so liegt dieser Erscheinung unter vielen bekannten Ursachen eine zugrunde, die vielleicht noch nicht genügend hervorgehoben wurde. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in keinem Teile von Deutschland "die deutsche Sinheit" eine größere Popularität genießt als in den südwestdeutschen Staaten. Während Desterreich und Preußen die Frage der Verbesserung der Vundesversassung nur nebendei anerkennen oder als Mittel, sei es zur Aufrechterhaltung ihres Einslusses in Deutschland, sei es zur eignen Vergrößerung benutzen, wird im südwestlichen Deutschland die Frage der Resorm der Bundesversassung als eine Lebensfrage betrachtet und bildet fortwährend den Gegenstand ängstlichen Nachdenkens für den Politiker und spannender Aufregung für die Massen.

Rein vernünftiger Mensch wird ben Grund biefer Erscheinung in bemagogischen Umtrieben suchen wollen. Bewegungen solcher Art laffen sich nicht kunftlich erzeugen, sie murzeln tiefer. Wir glauben, daß biefer tiefere Grund in ber mehr ober weniger bewußten Ueberzeugung beruht, daß ein großer Teil ber beutschen Nation von ber Bestimmung ber Geschicke Deutschlands ausgeschloffen ift, weil biefe Geschicke in ihren Beziehungen zu ben übrigen Nationen burch Desterreich und Breußen mit Ausschluß ber übrigen 16 Millionen Deutscher bestimmt und geleitet werden. Dieses Gefühl ber Ausgeschlossenheit ist um so bitterer und schwerer zu tragen, als gerade im fühmestlichen Deutschland ber eigentliche Rern bes germanischen Stammes liegt und sich rein erhalten hat, mahrend in Defterreich und Preußen bas beutsche Element vielfach mit flawischen Elementen gemischt erscheint. Hier, im Sudweften von Deutschland, ift bie Wiege unfrer größten Fürften-Aus diesem Teile von Deutschland sind vorzugsweise die geschlechter. Männer hervorgegangen, die auf die ganze geistige Entwicklung der Nation ben entschiedenften Ginfluß geubt haben; ja noch bis auf die neueste Reit waren selbst in Defterreich und Preußen die hervorragendsten Staatsmanner von fubbeutschem Stamme. Diefes bittere Gefühl ift um fo fcmerglicher, je mehr diese Bolksstämme sich ihrer geistigen und materiellen Ueberlegenheit bewußt werden und bennoch ihre politische Tätigkeit auf mehr ober weniger lotale Intereffen beschränkt feben.

Wenn es aber unbestreitbar feststeht, daß zur politischen Ausbildung und Kräftigung eines Bolkes die Teilnahme an den Interessen der Menschheit, an dem, was man gewöhnlich große Politik nennt, unumgänglich nötig ist, und daß sich in kleinlichen, beschränkten Berhältnissen der Horizont des Individuums verengert und damit Tatkraft, gesundes Urteil und Charakterstärke zugrunde gehen und einer spießbürgerlichen Weichmütigkeit, einem ungesunden Rosmopolitismus Platz machen, so kann man nicht leugnen, daß der Ruf nach deutscher Einheit, wie er sich in den mittleren und kleineren deutschen Staaten erhebt, nichts andres ist als das Streben eines Kranken, der des Uebels sich bewußt nach dem Heilmittel verlangt, das ihn vom Untergange retten kann.

Es gibt philosophische Sozialpolitiker, die uns das Wort entgegenhalten werden: die Deutschen sind ein Kulturvolk, weniger berusen zum Eingreisen in die äußeren Geschicke der Welt als zur Pflege der geistigen Entwicklung und zur Lösung der großen Fragen der Menschheit. Wer sich damit tröstet, dem wünschen wir die Resignation der Juden. Denn auch die Juden waren ein Kulturvolk. Zu dieser Resignation haben wir es noch nicht gebracht. Wir glauben, daß das deutsche Bolk noch nicht so tief gesunken ist, um sich mit dem Bewußtsein, ein Kulturvolk zu heißen, über seine politische Machtlosigkeit zu trösten.

Reise nach Schlesien und Berlin im Winter 1862.

Der Zweck meiner Reise war ein doppelter. Einmal die Frage wegen des Berkaufs von Treffurt in Rauden zu besprechen und ferner erst mit Biktor wegen des Herrenhauses zu sprechen und dann später in Berlin dasselbe Thema in Ordnung zu bringen, womit sich auch noch weitere Pläne in Berbindung bringen ließen.

In Rauden kam ich am 31. Dezember an, fuhr bort fogleich bei grimmiger Ralte auf die Saujagd, ohne etwas zu schießen.

Den andern Tag war großes Neujahrsdiner, wo dann auch Justizrat Engelmann und Wiese erschienen, mit denen ich die Treffurter Sache absprach.

Nachbem ich noch in Rauben einige Tage mit Jagen zugebracht hatte, kam Karl von Koschentin. 1) Wit ihm hatte ich noch einige interessante Gespräche über die gegenwärtige politische Lage Breußens.

Er gesteht wie alle übrigen gescheiten Leute in Preußen, daß der Regierung nichts übrigbleibe, als sich entweder mit Energie an die Spize der Bewegung zu stellen oder eine mehr konservative Haltung einzunehmen. Mit der bloßen liberalen Gutmütigkeit kann die Regierung bloß das erreichen, daß sie es mit den Herren und den Demokraten gleichzeitig verdirbt, wie dies auch die Ersahrung bei den Wahlen gezeigt hat. Diese sind aus drei Gründen so demokratisch ausgefallen:

¹⁾ Prinz Karl zu Hohenlohe-Ingelfingen (1820 bis 1890).

- 1. weil sich die Bauern und Bürger vor den Lasten der neuen Militärorganisation fürchten und glauben, daß nur die Demokraten frech genug
 sein würden, den Wünschen des Königs in betreff der Militärorganisation
 entschieden entgegenzutreten,
- 2. weil das Ministerium den Landräten die Einwirkung auf die Wahlen verboten hat, wodurch diese dann in die Hände der demokratischen Kreisrichter sielen,
- 3. weil die Kreuzzeitungspartei eher rote Demokraten als Liberal-Ronfervative zu haben wünschte, ihre Teilnahme also eine sehr zweiselhafte blieb.

In Oppeln traf ich Regierungsrat Rubloff, 1) mit dem ich nach Breslau fuhr. Seine Ansichten gingen ungefähr auf basselbe hinaus, mas ich soeben gesagt habe. Ich brachte ben Tag mit Rubloff in Breslau zu, erfuhr von ihm manches über die gegenwärtige Situation, sprach ihn auch über mein Herrenhausprojekt und erhielt den Rat, mit Geheimrat von Obstfelder in Berlin zu sprechen. Abends traf ich mit Viktor und Fürst Karl Lichnowsky auf der Eisenbahn zusammen und kam den 14. Morgens in Berlin an. Hier wurden während bes Tages die nötigen Melbungen gemacht, in der "Maison dorée" zu Mittag gegeffen und bann ber Abend auf bem Rafino beschlossen. Die übrigen Tage wurden mit verschiedenen Bisiten hingebracht. Zwei Abende war ich bei ber Königin zum Tee. Ich faß den ersten Abend am Teetisch ber Königin zwischen Frau von Lazareff und Hugo, 2) ben aweiten awischen ber Königin und Frau von Lazareff. Am Sonntag ben 19. war Ordensfest. Die Eingelabenen fanden sich um 1/2 12 Uhr in ber neuen Schloßtapelle ein, die mit einer für protestantische Rirchen überreichen Pracht ausgestattet ift. Es wimmelte von Dekorierten aller Art. vom Altar waren Fauteuils für die königliche Familie aufgestellt, links gegenüber waren die Sipe der Ritter des Schwarzen Ablerordens. ben übrigen Sitzen nahmen nach ber Rangordnung die übrigen Ritter Play. Die königliche Familie erschien um 12 1/2 Uhr, die Damen in Schleppkleidern. Nun begann der Gottesdienst nach der protestantischen unierten Liturgie, die Gefänge des Domchors vortrefflich vorgetragen. Die Predigt hielt ein Württemberger, Hofmann. Sie war taktvoll und inhaltreich und sehr gut vorgetragen. Er sprach von der Klarheit, Entschlossenheit und Hingebung an Chriftus als ben brei Eigenschaften, die ben Ritter zu zieren hätten. Nach dem Gottesdienst war großes Diner von fünshundert Gedecken. Ich faß zwischen zwei Hosbamen, Gräfin Brandenburg und Gräfin Schwerin. Neben letterer faß ber Feldmarschall Wrangel, ber gegen bas Deffert zu immer heiterer und lärmender wurde. Diese Stimmung wurde auch unter

¹⁾ Mit diesem war der Fürst als Auskultator in Koblenz bekannt geworden.

²⁾ Fürst Hugo zu Hohenlohe-Dehringen, Herzog von Ujest (1816 bis 1897).

ber ziemlich gemischten Gesellschaft in den andern Sälen immer vorherrschender. Um $4^1/_2$ Uhr war alles zu Ende.

Berlin, 18, Januar 1862.

Heute um 1/2 3 Uhr war ich bei dem Kronprinzen. Nach einigen allgemeinen Konversationen kam er auf unsre Familienverhältnisse zu sprechen, auf die Fibeikommisse von Ratibor und Corven, auch Treffurt u. f. w. Ich erklärte ihm bies auf feinen Wunsch und unterließ nicht zu betonen, daß ich mich noch weiter in Preußen anzukaufen gebächte. Er hob dies hervor und sagte, daß ihn das um so mehr freue, als er mit Bedauern erfahren habe, daß ich awar einmal die Absicht gehabt habe, mich um einen Sitz im Berrenhause zu bewerben, diese Absicht aber aufgegeben habe. Ich bemerkte hierauf, daß ich mich im vergangenen Jahre an meinen Bruder gewendet hatte, um ihn wegen bes Herrenhauses zu fragen. Er habe mir barauf günstige Nachrichten barüber gegeben. Ich hätte es aber damals sund während der Zeit des bayrischen Landtages nicht gewagt, eine Eingabe in biefem Betreff zu machen. Daraus sei bann das irrtumliche Gerücht entstanden, ich hätte erft gewollt und bann die Absicht wieder aufgegeben. Dies sei keineswegs ber Fall. Ich wurde im Gegenteil jeden Augenblick die nötigen Schritte tun und fande die Tätigkeit im preußischen Herrenhause fehr vereinbar mit meiner Tätigkeit in Bayern, da wir dort nur alle brei Jahre Landtag hatten. Was die politische Seite ber Sache betreffe, so sei dies für mich auch keine Schwierigkeit. Ich sei nun einmal in München als Preuße verschrien und werbe also weder eine beffere noch eine schlechtere Stellung baburch in Bagern bekommen. Diese letztere Aeußerung motivierte ich nun, indem ich in einer längeren Auseinanderlegung meine politische Lebensgeschichte vortrug, mit einer drastifchen Beschreibung ber Reichsgesandtschaft anfangend und bann übergebend zu meiner politischen Stellung in Bayern, mein Votum von 1849 hervorhob und meine damalige Stellung als Kleindeutscher charakterisierte. Der Pring borte mit ber größten Aufmerksamkeit zu und sprach bann gang offen seine ebenfalls kleindeutsche Ansicht, seine Freude über Die Tätigkeit des Herrn von Roggenbach aus, stimmte mir aber volltommen bei, als ich bemerkte, daß bei der herrschenden Stimmung in Süddeutschland, bei den sehr seinen und unbekannten Projekten des Raisers Napoleon nur mit der größten Vorsicht vorgegangen werden bürfe. Schließlich bat ich den Aronprinzen, dem König zu sagen, daß ich keineswegs meine Absichten auf den Eintritt in das Herrenhaus aufgegeben habe, sondern jeden Augenblick bereit sei, wenn es ber König wünsche, die nötigen Schritte zu tun. 1)

¹⁾ Der Fürst gab den Gedanken, in das Herrenhaus einzutreten, infolge des preußischen Berkassungskonstittes ganz auf. Am 12. Dezember 1862 schrieb er dem

Berlin, 21. Januar 1862.

Heute Abend war ich wieder bei der Königin zum Tee. Ich hatte mit ihr ein längeres Gespräch über Literatur und Literatentum, bei welcher Gelegenheit sie sehr vernünftige Ansichten über den Umgang mit Gelehrten und die Gesahren dieses Umgangs kundgab. Der König kam wie immer etwas später, war recht heiter und mitteilend, saß aber entsernt von mir, so daß ich ihn nur gegen Ende der Soiree einen Augenblicksprechen konnte.

24. Januar.

Heute Mittag ließ mir die Königin sagen, ich solle um $^{1}/_{2}4$ Uhr "im Morgenanzuge" zu ihr kommen. Da ich wußte, daß trotz aller anglomanen Tendenzen der Ueberrock doch noch nicht als Morgenanzug bei Hose eingeführt ist, so zog ich den Frack an und erlaubte mir nur die schwarze Halsdinde. Die Königin war aber noch spazieren gefahren und hatte die Gräfin Haacke beauftragt, mir unterdessen Gesellschaft zu leisten.

Um 4 Uhr kam die Königin, entließ die Gräfin, setzte sich, wie sie war, in Hut und Mantel an einen Tisch im Fenster und bedeutete mir, mich an das andre Ende des Tisches zu setzen.

Sie sagte, sie habe gewünscht, mir einige Fragen vorzulegen, die ich ihr ganz offen ohne Rückscht darauf, was und wer sie sei, als alter Bekannter beantworten solle. Sie sei früher durch den Fürsten von Hohenzollern mit der Politik in Verbindung gewesen. Dessen Gesundheitszumstände hätten aber seine Entsernung unumgänglich nötig gemacht. Sie mische sich gar nicht in politische Dinge, sie sehe die Minister nur zum Tee, könne also von ihnen nichts ersahren. Sie gestehe mir offen, daß sie sehr niedergeschlagen sei. So schlimm habe sie sich das Regieren nicht gedacht, so trostlos habe sie nicht geglaubt, daß ihr die Verhältnisse in ihrer neuen Stellung und nach kurzer Zeit erscheinen würden. Der König sei irritiert und mißgestimmt, man sehe allgemein schwarz in die Zukunst, die Menschen, mit denen man zu tun habe, die Führer der Parteien, schienen ihr so unangenehm, so wenig Gentlemen nach dem englischen Begriffe, alles stehe sich so schroft gegenüber, daß sie beunruhigt sei, besonders da ihr von allen Seiten die Verhältnisse als bedenklich geschildert würden.

"Wir, ber König und ich," fuhr sie fort, "find alte Leute, wir können am Ende nichts mehr tun, als für die Zukunft arbeiten. Aber für unsern Sohn wünschte ich eine glücklichere Lage voraussehen zu können."

Herzog von Ratibor: "Es tame mir inbelikat vor, mich bei Seiner Majestat um eine Stelle im Herrenhaus zu bewerben, wenn ich voraussehen zu mussen glaubte, baß ich über kurz ober lang mit ben Allerhöchsten Orts gehegten Ansichten in Wiberspruch geraten würde."

Nun ging sie über auf die äußere Politik. Hier spiele die deutsche Frage die Hauptrolle. Man seinde sie persönlich deshalb an und versleumde sie. Ihr Standpunkt sei weder der eines undeweglichen Stillsstehens noch der einer Eroberungspolitik, sie stehe in der Mitte zwischen den Parteien, sie wolle jedem deutschen Fürsten seine Rechte erhalten, ohne doch auf der andern Seite ihr Ohr den dringenden Wünschen und Besdürsnissen der Zeit zu verschließen.

Nachdem sie geendet hatte, überlegte ich mir kurz, was sie eigentlich wolle. Rlar wurde mir aber ihre Absicht noch nicht, boch glaubte ich am besten zu tun, ihr offen meine Ansicht zu sagen. Ich sing damit an, ich habe immer ben alten Spruch 1) für mahr gehalten, ben Dahlmann an die Spitze seiner Politik geftellt habe: "Man muffe die menschlichen Dinge nicht beweinen und nicht belachen, man muffe fie zu verstehen trachten." 3ch tonne beshalb ben gegenwärtigen Buftand von Preußen burchaus nicht für so bedenklich ansehen. Ich bat sie, nicht zu vergeffen, daß Breugen ein durch seine vierzigjährige Legislation gründlich bemokratisiertes Land sei. Diefe Demokratisation batiere aus einer Zeit, Die bas preußische Bolk als seine schönste Zeit verehre. Ich wies auf das Ordensfest als ein echt preußisches, aber bemotratisches bin. Wenn bieser Geift unter ber Regierung bes Königs Friedrich Wilhelm IV. gurudgebrangt fei, fo fei dies eben nur ein Burudbrangen gewesen, und mit ber neuen Regierung, mit ben Hoffnungen, die fie erregt, sei der alte demotratische Geift wieder kraftig hervorgetreten. Dies sei ein Grund der demokratischen Bahlen. Ein andrer Grund sei ber, daß ber Bauer und die übrigen steuerpflichtigen Untertanen geglaubt hatten, Demofraten wurden eber geeignet sein, burch ihre Frechheit bas Bubget zu vermindern als Ministerielle. Begen der Bahlen aber die Rammer aufzulösen, würde ich für einen großen Fehler ansehen. Es könnten im Laufe ber Sitzungsperiode Umftande eintreten, die einen solchen Schritt nötig machten, darüber könne ich mir ein Urteil nicht erlauben.

Ferner machte ich die Königin darauf aufmerksam, daß das konstitutionelle Leben in Preußen erst seit ungefähr zehn Jahren existiere, daß manche Erscheinung, die man als eine politische Katastrophe ansehe, nichts weiter sei als ein Symptom des Entwickelungsprozesses, durch den wir in den süddeutschen Staaten schon viel früher hindurchgegangen seien. Der Kamps des Rechtsstaats mit dem seudalen Staate des Mittelalters sei in Preußen natürlich viel heftiger als anderswo. Es sei dies ein Kamps, der den Engländern noch bevorstehe, den die Kontinentalstaaten zum größten Teile bereits durchgekämpst hätten.

¹⁾ Spinoza.

Bedauernswert sei es allerdings, daß wir in unserm politischen Leben nicht mit Gentlemen zu tun hätten, dies sei aber ein Begriff, der uns überhaupt abgehe.

Was die auswärtige Politik anbetreffe, so könne ich ihre Auffaffung nur billigen. Es sei auch eine zuwartende Politik jetzt nötiger als je. Die beutsche Frage werde bann ihrer Lösung näher geführt, wenn das revolutionare Prinzip in Europa die Oberhand gewinne, sie werde aber von ihrer Lösung dann entfernt, wenn das Prinzip des historischen Rechts mehr Chancen habe. In der neuesten Zeit scheine die letztere Eventualität eingetreten zu sein. In einem solchen Augenblick, wenn nur der gerinafte Schein gesicherter Zuftande auftauche, bente kein Monarch in Deutschland baran, auf irgendein Recht zu verzichten, bas feiner aristofratischen Bureaukratie Nachteil bringen, jum Beispiel die Zahl der Gesandtenftellen vermindern könne u. deral. Die beutsche Frage sei eine unendlich schwierige, und ich sehe zurzeit gar teine Möglichkeit, zu irgendeinem befriedigendem Resultat zu gelangen. Es entspann fich hierauf noch ein Awiegespräch über benselben Gegenstand, über bie Entrüftung, welche bie Bernstorffsche Note 1) hervorgerufen habe u. s. w., Klagen über die feindliche Haltung ber "Allgemeinen Zeitung", über Lerchenfelb u. a.

Schließlich sagte die Königin, sie müsse noch von meiner eignen Stellung sprechen: "Leonille?) hat mir oft gesagt, sie wünsche, daß Sie eine Stellung in Preußen einnehmen möchten. Es ist dies auch mein Wunsch. Sie sind uns nötig" — hierauf verschiedene schmeichelhafte Aeußerungen. "Ich glaube, der einzige Weg ist, wenn Sie in das Herrenhaus tämen. Wäre dies denn nicht möglich? Könnten Sie es mit Ihrer Stellung in Bayern vereinigen? Denn die dürsen Sie nicht aufgeden. Wir haben so wenig Beziehungen mit Süddeutschland, daß uns ein solches Band sehr nötig ist." Das war also der Zweck, die Vermittlerrolle zwischen preußischen Projekten und Süddeutschland!

Ich erklärte, daß ich allerdings Erkundigungen eingezogen habe über die Möglichkeit, in das Herrenhaus zu kommen, daß ich das Projekt voriges Jahr nur verschoben, nicht aufgegeben habe, und daß ich es wieder aufgreifen würde, wenngleich ich noch Schwierigkeiten begegnen würde.

¹⁾ Das Bundesreformprojekt des sächstschen Ministers von Beust, welches das Alternat zwischen Oesterreich und Preußen im Bundespräsidium vorschlug, hatte Preußen durch eine Note vom 20. Dezember 1861 beantwortet, in welchem die Bildung eines Bundesstaats innerhalb des Staatenbunds als möglich und allein ausschhrbar hingestellt wurde. Dagegen protestierten Oesterreich und die Mittelstaaten in identischen Noten am 2. Februar 1862.

²⁾ Die Stiefmutter der Fürstin Hohenlohe, Fürstin Leonille zu Sann-Bittgensstein, welche der Königin Augusta nahe befreundet war.

Nach einigen weiteren Aeußerungen über mich stand sie auf, sprach noch in einem fort, indem sie nach der Tür ging, drehte sich dann an der Tür um, gab mir die Hand, die ich respektivoll mit meinen Lippen berührte, und verschwand.

Paris, Winter 1862.

Aus einem Briefe an bie Pringeffin Glife.

Paris, 22. Februar 1862.

Das eigentliche Amusement existiert für mich nicht besonders hier unterhalte. Das eigentliche Amusement existiert für mich nur insosern, als es Ausruhen von der Arbeit ist. Wenn man aber in meinem Alter keine Arbeit dat, so langweilt man sich. Mein Interesse ist nicht hier, sondern zu Hause. Was ich hier sehe, erfüllt mich insosern mit Aerger, als ich eine große Nation mit einem nationalen Zentrum, großen, weltumfassenden Interessen, Plänen und Gedanken erblicke, während daheim Uneinigkeit, Zersplitterung nationaler Kräste, Pläne und Gedanken herrscht, und Deutschland nicht die Stellung einnimmt, die es in einer Zeit, wie die unsrige, einnehmen sollte. Wir werden hier angesehen wie die Polen, wie eine überlebte Nation, von deren Uneinigkeit man Nutzen zieht, und deren Reste man aufzuzehren sich anschiekt. Das trägt dazu bei, mir den Ausenthalt zu verbittern. Ich din nun einmal zu sehr Politiker, um nicht alles, was ich sehe, damit in Beziehung zu sehen.

Paris, 28. Februar.

Die Predigt, welche ich heute in ber Kirche St. Klothilbe gehört habe, war in mehrfacher Beziehung intereffant.

Ich ging mit der Fürstin Wittgenstein schon um 2 Uhr hin, obgleich die Predigt erst um 3 1/4 Uhr anfing.

Die Kirche ist in schönem gotischen Stil gebaut und erst im Jahre 1857 sertig geworden. Die Glasmalereien sind mittelmäßig. Die Orgel hat einen sehr schönen Ton, doch wurde sie während der Bespergesänge zu sehr im Pastoralstil gespielt, die Musik war eine Art Schweizerarie mit Bariationen. Der Prediger Pater Felix (Jesuit), ein kleiner Mann von mittleren Jahren, vielleicht dreißig, vielleicht vierzig Jahre alt. Er spricht sehr deutlich, mitunter etwas theatralisch, aber im ganzen ausgezeichnet.

Sein Thema war die Einladung zu Beiträgen zu einem Karmeliterlloster, welches in Meaux gegründet werden soll. Er beantwortete die Frage, wozu die Klöster überhaupt und die Karmeliterinnen insbesondere nötig sind, durch Hinweisung auf den Egoismus unsver Zeit, der sich überall geltend mache, der die Familie zerstöre und die Staaten zerstöre. "L'égoisme dans l'Etat," sagte er unter anderm, "c'est la tyrannie en haut, le servilisme en bas, la dépravation partout." Dieser Egoismus, bas Grundübel unstrer Zeit, gebe sich in drei Strömungen kund: als Habsucht, Sinnlichkeit und Hochmut. Diesem Egoismus wirkten die Rarmeliterinnen entgegen, indem sie das Gelübde der Armut, der Reuschheit und des Gehorsams ablegten. Es war eine wohldurchdachte und gut vorgetragene Predigt.

24. Februar.

Heute abend waren wir bei Galiera, wo sich die Gesellschaft bes Faubourg St. Germain vereinigt fand. Auch Thiers war da, ebenfo Montalembert und ber ehemalige Minister Graf Duchatel. Der Duc be Balençay, der von Berlin angekommen war, erzählte von der dort herrschenden Stimmung. Ein alter M. de Pontois beklagte ben Mangel der Einigkeit in Deutschland. Canofari, ehemaliger Gesandter des Königs von Neapel, geht mit mifgeftimmtem Gesicht umber. Er ist ein gescheiter Diplomat, der aber wohl umsonst auf die Widerherstellung des Königreichs Neapel wartet. Man spricht viel von den Szenen, die im Senat flattgefunden haben. Die Rede des Brinzen Napoleon 1) beschäftigt alles. Ich habe bie Ueberzeugung, daß biese Rebe nicht ohne die Zustimmung des Raisers gehalten worden ist, obgleich gestern ber Duc de Tacher und Duc de Baffano verficherten, man folle nicht glauben, daß der Raifer diese Ansichten teile. Im Gegenteil, der Raiser fühlt, daß die Besetzung von Rom ihm bei der demokratischen Partei schadet, und hat diese Gelegenheit benützt, um burch seinen Better ber Demokratie eine Konzession machen zu laffen, um ihr Sand in die Augen zu streuen.

Paris, 9. März.

Die deutsche Frage beschäftigt zur Zeit alle Staatsmänner nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Es ist dies auch ganz natürlich. Jede Frage der Gegenwart, die von der Revolution ausgebeutet wird, muß die Aufmerksamkeit denkender Männer in um so höherem Grade beschäftigen, je begründeter die Klagen und Mißstimmungen sind, die diesen "Fragen" zugrunde liegen. Was man heutzutage "Fragen" nennt, sind große Bewegungen, Oszillationen der Menschheit, Kätsel, die gelöst werden müssen. Die deutsche Frage ist nicht bloß in den Köpsen der Demagogen entstanden, sie ergibt sich aus der Natur der Dinge und durchdringt die Männer aller Parteien in Deutschland. Denn ein ganzes Bolk, dessen einzelne Stämme, verbunden durch gemeinsame Sprache und Literatur, bewegt durch gleiche Interessen, infolge der erleichterten Verkehrsmittel mit jedem Tag in immer engere

¹⁾ Bei der Abrestdebatte im Senat hatte der Prinz Napoleon am 22. Februar eine sehr heftige Rede gegen den legitimistischen Grafen Laroche Jaquelein gehalten.

Berbindung treten, wird auf die Dauer einen Zustand staatlicher Bersplitterung nicht ertragen, der es zum Spielball fremder Intrigen und zum Spott fremder Nationen macht.

Hierin liegt die große Gefahr. Hieraus erklärt es sich, daß auch die friedlichsten, konservativsten Leute in Deutschland dahin geführt werden, zu erklären: wir müssen durch die Revolution zur Einheit kommen, weil wir auf gesehlichem Wege das Ziel nicht erreichen können.

Damit gewinnt die Demagogie die Allianz der ehrlichen Leute und wird zu einer Macht, der keine Regierung gewachsen ist. Es fragt sich nun: kann die Revolution, die zwar nicht in nächster Nähe bevorsteht, die aber unvermeidlich ist, wenn nicht vorgebeugt werde, auf dem Wege der Resorm vermieden werden?

Die Projekte, welche bisher von den Regierungen ausgegangen sind, um zur Resorm des Bundes zu führen, sind durchaus unpraktisch. Das Projekt des Herrn von Beust 1) ist nichts als ein Schachzug gegen Preußen. Ueberzeugt, daß Preußen nicht darauf eingehen wird, haben die Mittelsstaaten dieses wohlseile Anerbieten gemacht, das sie zu realisieren nie Gelegenheit haben werden.

Das Wort "großbeutsch" hat zwei Bebeutungen. Entweder heißt es "eine große beutsche Republit", in welche auch die deutsch-österreichischen Länder mitausgenommen werden sollen, oder es ist nichts als eine Phrase, mit der Preußen entgegengearbeitet und der gutmütige Spießbürger in Schlaf gehalten wird. Der großdeutsche Föderativstaat kann in der Theorie richtig sein, er ist aber unpraktisch und unmöglich. Er setzt das Aufgeben gewisser Hoheitsrechte von seiten der Souveräne voraus, wozu sich diese nur dann verstehen werden, wenn sie von der Revolution gedrängt sind; käme es aber soweit, wäre die Revolution eine Macht geworden, die die beutschen Fürsten zu irgend etwas drängen könnte, so würde sie sich nicht mit dem Föderativstaat begnügen.

Ein praktisches großbeutsches Programm hat nie existiert und wird nie existieren.

Der Antagonismus zwischen Preußen und Desterreich kann beklagt, aber nicht wegdemonstriert werden. Es ist ebenso unmöglich, daß Desterreich unter Preußen, wie daß Preußen unter Desterreich stehe. Die Monarchen und die Diplomaten können da nichts zu- und nichts abtun. Die Bölker wollen es nicht. Alles was man von der Wiederherstellung eines Deutschen Reichs unter dem Hause Habsburg redet, ist eitel Träumerei.

Will man aber keine großbeutsche Republik, sieht man ein, daß bie

¹⁾ Siehe Seite 120.

Fortbauer des gegenwärtigen Zustands zur Revolution führt, so muß man sich nach einem Projekte umsehen, das innerhalb des Bereiches der Mögslichkeit liegt. Da kommt man denn solgerichtig wieder auf die Joee des Herrn von Radowitz zurück: Bundesstaat unter Preußen und Bündnis mit Oesterreich.

Diese Idee ist gescheitert, weil im Jahre 1849 die Geister noch nicht von der Ueberzeugung. durchdrungen waren, daß alle andern Pläne unmöglich seien. Seitdem sind aber 13 Jahre verslossen, und jene Idee gewinnt mit jedem Tage neue Anhänger. Die Idee des Bundesstaats ist aber serner gescheitert an dem Widerstand der katholischen Partei in Deutschland, an der Abneigung dieser, sich unter einem protestantischen Raiser zu einigen. Ich glaube, die katholische Partei ist hier im Irrtum. Durch den Anschluß an die großbeutsche Partei, durch das Festhalten des großbeutschen Programms hindert sie die Reform ohne irgend eine Ausssicht auf die Verwirklichung ihrer Wünsche. Sie arbeitet für die Stagnation und damit für die Revolution, während sie unter einem preußischen Kaiser nichts verlieren, sondern nur größere Freiheit für die Kirche erlangen wird. Der Zustand der Ratholisen in Preußen, verglichen mit dem Zustand der Ratholisen im übrigen Deutschland, beweist dies.

In die Hand dieser Partei ist es jetzt gegeben, zu entscheiben, ob die Reform des Deutschen Bundes auf friedlichem Wege oder auf dem Wege der Revolution geschehen soll. Schließt sie sich der Ibee des Nationalvereins an, so werden die Regierungen gezwungen, nachzugeben. Es wird damit in die Bewegung ein konservatives Element hineingetragen, welches dassür Bürgschaft leistet, daß die Bewegung eine Resormbewegung bleiben wird.

In diesem Sinne ware ein Wort des Grafen Montalembert von großer Wichtigkeit und gundender Wirkung.

10. März.

Heute habe ich Montalembert in diesem Sinne bearbeitet. Er hat mir zwei Gründe entgegengehalten:

- 1. klagt er über die preußische Intoleranz gegen die Katholiken, insbesondere in betreff der Universitäten. Er sagt, daß die den Katholiken seindliche Politik Friedrich Wilhelms III. die Katholiken gegen Preußen aufgebracht habe. Dazu komme, daß die Katholiken in Deutschland "par suite d'un préjugé et de traditions" an dem österreichischen Kaiserhause hingen und beshalb gegen Preußen seien,
- 2. aber hält er die Idee des Herrn von Radowitz deshalb für unausführbar, weil Defterreich den Einheitsstaat nicht halten könne. Defterreich sei für den Föderativstaat gemacht und könne die widerstrebenden Stämme auf die Dauer nicht in den Einheitsstaat einzwängen.

Ich verteidigte die Ideen des Herrn von Schmerling und suchte ben erften Punkt zu widerlegen. Darüber wurden wir unterbrochen.

Rarlsruhe, 26. September 1862.

Während meines Aufenthalts in Karlsruhe hatte ich Gelegenheit, mehrere Gespräche mit Roggenbach zu führen, die teilweise mich selbst, teilweise allgemeine politische Fragen betrasen. Zunächst wurde bei einem Souper bei Roggenbach zwischen ihm und mir und den beiden Holstein die preußische Frage diskutiert. Der gegenwärtige Zustand sei, sagte Prinz W. Holstein, die Folge der Macht und des Einslusses, den die Kreuzzeitungspartei noch immer nicht bloß im Herrenhause, sondern auch gegenzüber der Krone und der Gesellschaft ausübe. Unter diesem Drucke leide alles. Es wurde viel hin und her geredet über Detailfragen, Kreisordnung u. a., worauf Prinz Fr. Holstein Gewicht legte, wogegen Roggendach hervorhob, es handle sich vor allem darum, daß die Aristokratie oder ein Teil derselben sich an die Spize der Bewegung, soweit sie das Recht vertrete, stelle und in die liberale Partei konservative Elemente hineinstrage, statt in die konservativen Fraktionen liberale Elemente hineinstragen zu wollen. Das übrige werde sich dann schon sinden.

In betreff ber beutschen Frage führte er aus, diese könne nicht diskutiert werden, solange nicht eine große europäische Frage, etwa die orientalische, den Hebel abgebe, durch welchen die Großmächte zu Konzessionen gegenüber Deutschland gezwungen würden. Deutschland könne sich nicht de dut en blanc als Einheitsstaat konstituieren, ohne das europäische Gleichgewicht in Frage zu stellen und ohne also sofort eine Koalition gegen sich hervorzurusen, was dann vermieden werden würde, wenn die betreffende europäische Frage die Großmächte scheide und Gelegenheit gebe, die Konzession in betreff der deutschen und holsteinischen Frage als Gewicht der Allianz in die Wagschale zu werfen.

Auf dem Hofball kamen W. Holstein und Roggenbach nochmals auf die preußische Frage zurück, und Roggenbach betonte, es müsse sich vor allem eine regierungsfähige Partei im Herrenhause bilden, diese müsse dann zum Beispiel in den Fragen wegen Versassungsverletzung, Interpretation der Versassung u. s. w. die Initiative ergreisen, etwa in Form einer Interpellation, und dann dem Lande gegenüber sich Achtung erwerben und dadurch bei eintretender Kriss in der Lage sein, die Augen auf sich zu ziehen als auf Männer, aus welchen eine Regierung zusammengesetzt werden könne.

Bei der letten Konferenz mit Roggenbach im Ministerium, wo wir allein waren, kamen wir zuerst auf die Stellung Oesterreichs in Deutschland zu sprechen. Hier führte er nun aus, daß es sich für Oesterreich nur barum banble, seine Stellung gegenüber Deutschland und seinen Ginfluß auf ein bestimmtes Dag au reduzieren und seine Stellung innerhalb ber Möglichkeit zu fixieren. Jest gehe Desterreich von ber 3bee aus, Breufen au gerftoren und fich an die Spite bes Reichs ber Mitte gu Dies sei eine unausführbare Aufgabe, ba Desterreich berselben nicht gewachsen sei. Durch bas Anregen ber beutschnationalen Frage treibe Desterreich ein sehr gefährliches Spiel, da es die nationalen Sympathien seiner beutschen Bevölkerung für Deutschland rege mache, für bie es keine Form gebe und worüber ber Einheitsstaat zugrunde gehe. Europa werde nie bulben, daß bas protestantische Preußen zerftort werde, diese Zerstörung sei aber die Vorbedingung der österreichischen Herrschaft in Deutschland. Wenn also ber Zwed, welchen enthusiaftische Röpfe in Defterreich erreichen wollten, nicht erreichbar sei, so bleibe eine fruchtlose Agitation, bie für Desterreich selbst von ben gefährlichsten Folgen sein werbe. großbeutsche Programm sei ein radikales, sowie es aufhöre, ein negatives Mit meiner Ibee, daß durch ein Parlament ohne gleichzeitige starte Bentralregierung ber Revolution ein Organ geschaffen werbe, war er einverftanben.

Ueber meine eigne Stellung sagte er am Schlusse ber Unterredung: Bei der Thronbesteigung des jezigen Kronprinzen werde man sich nach einem Manne umsehen, dessen solltens Stellung, Bildung und Gesinnung für die Uebernahme des Postens des Winisterpräsidenten geeignet sei, da wisse er nun niemand als mich, und es sei auch bereits für mich vorgearbeitet. Als Winister des Auswärtigen schlug er sür diesen Fall Usedom vor. (Ich denke aber, er wird sich selbst im Auge gehabt haben, denn Usedom ist dazu ganz ungeeignet.)

Sein Programm scheint etwas Cavourisches zu haben. Er will Preußen auf Kosten von Oesterreich an die Spize von Deutschland bringen. Wenn Oesterreich zerstört wird, fallen die deutsch-österreichischen Provinzen ohnehin an Deutschland. Das ist das sin mot des kleindeutschen Parteiprogramms. Oesterreich soll, wenn einmal Kleindeutschland konstituiert ist, das Venetien für Deutschland werden. Deshalb hat Herr Metz von Darmstadt aus der Schule geschwätzt, als er die Oesterreicher Schwerzenstinder nannte. Das war versrüht. Der Ruf wird in einiger Zeit wiederskommen.

Roggenbach meint, daß alle diese Versammlungen in Franksurt, Weismar u. s. w. Fiasko machen werden. Auf meinen Einwurf, daß man mich nicht kenne, wenn ich etwa in die Lage kame, preußischer Miniskerpräsident zu werden, antwortete Roggenbach mit großer Naivität: "Wenn man einen Braten serviert, so gibt man auch die Sauce dazu. Die liefert dann die Presse."

Reise nach Frankfurt gum Deutschen Fürstentag.

Freitag ben 14. Auguft Abreise von München um 6 Uhr Morgens über Ulm und Stuttgart.

Bei dem öfteren Wechseln der Waggons kam ich mit Graf Waldstein, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, zusammen, der ebenfalls aus Interesse an dem Fürstentag nach Franksurt reiste. Er erzählte mir manches Interessante über die böhmischen Zustände und schien der gesamtstaatlichen Partei anzugehören. Seine Urteile über die tschechisch-deutsche Aristokratenpartei waren äußerst vernünstig. Auf den Bahnhösen in Usm und auf der Route sah man schon die Bordereitungen zur Dekorierung. Die Hitze überstieg alle Begriffe. In einem Zustande von Sekochtsein kamen wir nach Franksurt. Ich fand ein bescheidenes Zimmer im Hotel de Russie und deeilte mich, mich umzuziehen und zu Tisch zu gehen. Hier sand ich zu meiner freudigen Ueberraschung Mülhens, mit dem ich dann den Abend verledte. Wir gingen nach Tisch zu Madame Metzler, dann einen Augendlick ins Theater, wo wir den letzten Akt des "Raufmanns von Benedig" sahen.

Ueber die Sache selbst habe ich dis jetzt nichts gehört. Das Publikum ist hier hauptsächlich mit Ausschmucken der Häuser, mit dem bevorstebenden Einzug, der Wohnung der hohen Herrschaften und ähnlichen Dingen beschäftigt.

15. Auguft.

Um 10 Uhr zum Herzog von Roburg. Ich fand ihn glücklich darüber, daß der Gedanke, welchen der Raiser eingegeben hatte, ausgeführt worden sei. Er meint, der Raiser solle den deutschen Fürsten sogleich eine neue Bundesversassung vorschlagen, gewissermaßen oktronieren. Preußen werde dann auf vierzehn Tage aus dem Bunde austreten, dann aber sehr glücklich sein, wenn man es wieder aufnehmen wolle. Der König von Bayern sei wiltend, die andern Monarchen sehr konsterniert, es sei eine sehr komische Situation, daß die Herren, die eben erst die deutsche Fahne in ihren Ländern verboten hätten, nun gezwungen seien, unter einer prächtigen schwarzrotgoldenen Fahne in ihren Wohnungen in Frankfurt zu seuszen.

Bon hier ging ich zu Pfordten. 1) Er war sehr freundlich, schien aber die ganze Situation sehr bebenklich anzusehen. Daß man gar nichts vorher mitgeteilt habe, scheint ihm sonderbar. Daß ihn seine Freundschaft sür Oesterreich, seine Antipathie gegen Preußen dahin geführt hat, machte ihm einen unangenehmen Eindruck. Er ist offenbar betroffen darüber und gegen Oesterreich mißgestimmt. Mir machte es ein wahres Vergnügen,

¹⁾ Freiherr von der Pfordten war Vertreter Bayerns beim Bundestage von 1859 bis 1864.

ihn in dieser Alemme zu sehen, die ich den bayrischen Herren schon lange vorausgesagt habe. Ich din neugierig auf den König, der auf einmal ungeheure preußische Sympathien haben soll.

Nachmittags 5 Uhr begab ich mich mit Mülhens und bem Prinzen Bernhard Solms, mit dem ich gegeffen hatte, in das Beifußsche Haus, von dessen Balkon wir den Einzug des Kaisers mitansehen wollten.

Um 6 Uhr kam ber Raiser in einer offenen zweisitzigen Ralesche. Da man geglaubt hatte, er werde mit großem Gesolge mit acht Pferben u. s. w. kommen, so erkannte ihn niemand, und er suhr ohne Hurra vorbei. Nur Frau von Bethmann auf unserm Balkon warf einige Bukette hinunter, bie aber, glücklicherweise für ben Raiser, nicht in den Wagen sielen.

Abends wanderten wir noch in den Straßen umher, und um 9 Uhr fuhr ich zur Madame Mehler, wo ich dis 11 Uhr blieb. Ich kam gerade nach Hause, als der König von Hannover ansuhr.

Heute den 16. großes Treiben auf den Straßen, die Souverane befuchen sich gegenseitig, das Publikum staunt und kritisiert.

Die Situation scheint jest folgende: Desterreich wird ein Delegiertens projekt vorlegen, über bessen Detail noch nichts bekannt ist. Der Herzog von Koburg und Herr von Kerstorf sollen die Idee dazu gegeben haben.

Der König von Bayern und der Großherzog von Baden sind nicht günstig gestimmt. Württemberg will annehmen. Bon Hannover weiß ich nichts. Die Oesterreicher sind bei der Sache am sichersten. Kommt nichts zustande, so können sie sagen: wir haben alles tun wollen, aber die deutschen Souverane wollen nicht. Entsteht dann Unzusriedenheit, Revolution u. s. w., so ziehen sie sich in ihren Gesamtstaat zurück und sischen im trüben. Stimmen aber die Souverane zu, so steht Desterreich an der Spize seines ersehnten Siedzigmillionenreichs. Insosern ist der Coup sehr geschickt, ob im Interesse von Deutschland, ist eine andre Frage.

Nachmittags.

Es scheint, daß das Projekt der kunftigen Versaffung doch nicht so übel ist: ein Direktorium, Fürstenrat, darin eine Stimme für die Reichsunmittelbaren, dann Delegiertenhaus mit ziemlich weitgehenden Besugnissen. An Preußen will man dann eine Deputation der Fürsten senden, um es zum Beitritt aufzusordern. Morgen wird also die erste Beratung sein. Gott gebe, daß der Widerspruch, der sich erheben wird, nicht zu einem Zersall des Ganzen sühre!

Mein Tag wurde großenteils auf der Straße zugebracht. Ueberall traf ich Minister und Diplomaten, Apponyi von London, Larisch, Schrenck u. a. Dem Herzog von Augustenburg machte ich meinen Besuch im "Englischen Hof".

Abends Ermubung und Spaziergang im Boologifchen Garten.

Um 11 Uhr besselben Tags kam noch Hermann 1) zu mir und teilte mir mit, daß er am andern Tage eine Besprechung mit dem bei dem Herzog von Koburg angestellten Regierungsrat Samwer haben werde über die den Reichsunmittelbaren im Fürstenrat zugedachte Stimme. Er wünscht, daß ich auch dabeisein möchte.

18. Auguft.

Infolgebessen ging ich heute Morgen zum Herzog von Koburg, wo ich ben Herzog mit Erbach, Hermann und einigen Herren beim Fruhftuck fand.

Es wurde über das neue Verfassungsprojekt gesprochen, und ich ersuhr erst hier die Details.

Es soll ein Bundesdirektorium aus fünf Stimmen gebilbet werden. Eine Stimme Defterreich, eine Preußen, eine Bayern. Die Fürstenversammlung besteht aus der bisherigen Bundesversammlung.

Den Standesherren ist ein Anteil an einer Kuriatstimme im Fürstenrat zugedacht. Hiergegen hat sich schon Opposition erhoben. Es handelte sich also bei der Beratung mit Hermann und Samwer darum, ob man darauf hinarbeiten solle, uns in den Bundesrat zu bringen. Wir waren aber der Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, wenn wir möglichst danach trachteten, in den Fürstenrat zu kommen. Biel ist nicht dabei zu machen, nur würde dadurch das Prinzip der Ebenbürtigkeit gewahrt. Samwer meinte dies auch. Uebrigens glaubt er, daß die Frage des Bundesstaats durch diese Versassing nicht beseitigt sei. Diese Versassung werde nicht lange dauern und dann die Frage des Bundesstaats wieder auftauchen.

Jetzt um 11 Uhr ist die Versammlung beim Kaiser, wo der Kaiser den Souveränen das Projekt vortragen wird. Es heißt, der König von Bayern werde die Antwortrede halten. Dann werden die Souveräne in Beratung treten, die noch einige Tage dauern wird. Man spricht davon, eine Fürstendeputation mit dem König von Sachsen an der Spize nach Baden zu dem König von Preußen zu schicken. An einen Austritt Preußens aus dem Bunde glaubt man nicht, besonders wenn Hannover beitritt.

Montag ben 17. August kam ich zu bem Entschlusse, nach München zu gehen und Donnerstag wieder zurückzukehren, da in diesen Tagen eine Pause eintreten mußte. Die Fürstenversammlung hatte sich zu einem Briefe an den König von Breußen entschlossen.

Nach einem Aufenthalt von einem Tage in München kam ich Donnerstag ben 20. wieber nach Frankfurt zurück. Der König von Sachsen 2) war

¹⁾ Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, ber gegenwärtige Statthalter in Elfaß-Lothringen.

⁴⁾ Belcher am 19. August mit bem Schreiben ber Bersammlung an ben König von Preußen nach Baben gereift war.

noch nicht wieder da. Ich ging Abends zum Herzog von Koburg, wo ich Hermann fand. Hier bemerkte ich sogleich, daß die Lage sich vollkommen geändert hatte. Der Herzog lamentierte, daß nichts zustande kommen werde. Von seinem Schwager, dem Großherzog von Baden, werde gegen das ganze Projekt agitiert. Hinter dem Großherzog stehe die Gothaische Partei mit Häusser und Bluntschli an der Spize, die Desterreich Opposition machen wolle. Der Großherzog verhindere alles, hehe die Fürsten gegen Desterreich auf und sei gegen den Kaiser persönlich unhössich.

Ich ging dann mit Hermann nach Hause, der die Absicht hatte, den andern Morgen nach Langenburg abzureisen.

Freitag 21. Auguft.

Beute Morgen in den Abgeordnetentag, der in einem schönen Saale bes sogenannten Saalbaus abgehalten wird. Die Galerien sind geräumig. Die ständige Rommission des Abgeordnetentags schlug vor, gleich ohne weitere Brozebur bas Bureau zu mablen und proponierte Bennigsen. Unruh und Barth, die bann fogleich zu Prafidenten gewählt wurden. Bennigfen hielt eine Art Antrittsrede mit wohltlingender Stimme und großer Gewandtheit. Er sieht jung aus und hat ganz die Sicherheit eines Mannes, der sich viel im öffentlichen Leben bewegt hat. Unruh ist der preußische Regierungsrat, wie er im Buche steht. Barth war mir bekannt. Bon ben Reden, die gehalten wurden, war die bedeutenoste die von Häuffer, der ben Standpunkt feiner Bartei gegenüber bem Reformprojekt des Raifers fehr klar darlegte. Ich fah daraus fogleich, daß die liberale Bartei in Deutschland von Desterreich nichts wissen will und an der preußischen Spitze festhält und bem Programm des Nationalvereins. Welcker, der sehr alt geworben ist, sprach mit gewohntem Eifer für Reichsverfaffung. Schulze-Delitich hielt eine fehr schöne Rebe, die aber beffer für eine Volksversammlung gepaßt hatte. Einige andre Redner waren unter aller Kritik widerwärtig, so ein deklamierender Jude Fischer aus Breslau, ein Berr Beder und einige andre Unbefannte.

Nachmittags war ich wieder da, konnte aber nur dis 4 Uhr bleiben und hörte daher die Rede von Bölk nicht, die gut gewesen sein soll. Um 5 Uhr aß ich mit Larisch, der als altenburgischer Minister hier ist, im "Russischen Hos" zu Mittag. Dieser ist nun in gewohnter ehrlicher Weise offen gegen das österreichische Bundesresormprojekt. Er hält die Resorm ohne vollkommene Gleichstellung beider Großmächte für unmöglich und die Gleichstellung beider Großmächte im Bunde für unausssührbar. Wolle man; so sagte er, den Bund mit Desterreich, so könne man nur eine Föderation in der bisherigen Weise beibehalten. Ein Bundesstaat mit Desterreich an der Spike seke eine Demütigung Preußens voraus, zu der mitzuwirken die

kleinen Souverane keine Luft und kein Interesse haben und die sich Preußen, und insbesondere das preußische Bolt und die preußische Armee, nicht gefallen laffen wurden. Diefer Anficht find Olbenburg, Baben, Meiningen, Altenburg und andere. Darmstadt und Nassau gehen mit Desterreich, ebenso Sachsen, mahrscheinlich weil der kluge Herr von Beuft meint, daß doch nichts daraus wird. Bayern verhält sich abwartend, Württemberg Da das Reformprojekt die liberale Masse nicht ebenfalls zweifelhaft. befriedigt, so fagen sich bie Souverane: warum sollen wir unfre Selbständigkeit aufgeben, wenn wir damit nicht einmal Dank bei unsern Liberalen ernten? Für Defterreich tun sie natürlich keinen Schritt trot, der zur Schau getragenen Sympathie. Das Wegbleiben Preußens ift ben herren ohne Ausnahme ein prächtiger Vorwand, nichts zu tun. Nun unterftützt fie der Deutsche Abgeordnetentag. Hätten diese Professoren ihr Intereffe gekannt, sie würden das Parlament gehabt haben, auch wenn es nur Delegierte waren, sie hatten eine Handhabe und konnten baraus später machen, was die Umstände erlaubten. Statt beffen reiten biese Schafsköpfe auf ber Reichsverfaffung herum, die ihnen kein Mensch geben wird, und fitzen in ber Luft. Ich habe mich wieder einmal überzeugt, daß die Deutschen für die deutsche Einheit noch nicht reif sind. Ob sie es je werben, weiß Gott.

Bei Roggenbach fand ich eine Anzahl preußisch gesinnter Diplomaten, die die Köpfe zusammensteckten. Hier ist das Hauptquartier derer, die das Projekt nicht wollen, weil sie Oesterreich nicht in Deutschland wollen. Sie wollen reindeutsch bleiben, keine Konzession an Oesterreich. Hier vermischt sich der Liberalismus mit der Sorge für die Aufrechterhaltung der Partikularsouveränität und persönlichem Ehrgeiz. Hier wird besonders darauf Gewicht gelegt, daß Preußen nicht majorisiert werden dürse. Alle diese Herren sind preußisch gesinnt. An sie schließen sich aber auch im geheimen die an, die dis jett noch äußerlich österreichisch waren und sind und die über das Gebaren der Feinde Oesterreichs, troß äußerlicher Demonstrationen des Mißvergnügens, innerlich herzlich froh sind, daß sie den Kopf aus der österreichischen Bundesresormschlinge wieder herausziehen können.

Herumgeschickt, in welchem es den Fürsten vorschlägt, die ihnen günstigsten Hauptpunkte in der heutigen Konserenz endgültig anzunehmen und nur über die Details und über Nebensachen Ministerkonserenzen beraten zu lassen. Darüber große Konsternation unter den kleinen Opponenten. Selbst der Herzog von Koburg findet, daß das zuviel sei, das könnten sich die Kleinen nicht gefallen lassen. Großes Herumsahren der Minister am frühen Morgen. Um 11 Uhr sindet die Fürstenkonserenz statt. Es scheint aber,

baß Desterreich die Partie verloren hat. Meiner Ansicht nach hatte man sich in Wien über die Stimmungen der mittleren und kleinen Fürsten getäuscht. Man glaubte sie in der Tasche zu haben und dachte mit einem Coup d'Etat Preußen zugrunde richten zu können. Dies ist nun nicht gelungen, da die deutschen Souveräne sosort gegen Oesterreich Front machten, als dies merken ließ, es wolle die andern unterdrücken. Hätte Desterreich sein Terrain besser gekannt, so würde es dieses Manöver unterlassen haben oder es mußte noch revolutionärer vorgehen und die Demokratie durch eine demokratische Versassung gewinnen.

22. August.

Desterreich hat gestern früh ben Vorschlag, ben es in ber Nacht gemacht hatte, wieder zurückgezogen, wie es scheint, auf Beranlassung des Königs von Sachsen. Dann fand die Konferenz statt, in der viel diskutiert worden sein soll. Man hat sich dis zu Artikel 6 geeinigt, den Artikel 3 aber — über das Direktorium — ausgesetzt. Ueber diesen sindet heute Mittag eine Beratung statt. Die kleinen Souveräne wollen sich dem Fünserdirektorium nicht so unbedingt unterwersen, sie wollen, daß dieses der Ausdruck der Gesamtsouveränität der deutschen Bundesstaaten, nicht aber ein Herrscher über die andern sei. Deshalb wollen sie, daß das Direktorium dem Fürstenrat eine Art Rechenschaftsbericht vorlegen müsse. Die Könige sind mit dem Direktorium von 5 nicht zusrieden, Sachsen proponiert 6 Direktoren, davon sollen 2 Desterreich und Preußen, Bayern 1, Sachsen, Württemberg, Hannover zusammen 2 haben und der letzte von den andern Fürsten gewählt werden.

Morgen wird darüber beim Kaiser abgestimmt. Wenn dieser Punkt beseitigt ist, wird das übrige wohl in kurzer Zeit beendigt sein, so daß Mittwoch alles zu Ende sein kann.

Abends war Ball bei Baron Bethmann. Ich fand da eine Menge Bekannte, so u. a. Herrn von Bincke (Gisbert), der jeht hier wohnt, Sternberg, Dumreicher, Zachariä aus Göttingen. Der Großherzog von Baden nahm mich beiseite, um mir seine Ansichten auseinanderzusetzen. Der Großherzog von Weimar lud mich ein, im Herbst nach Weimar zu kommen. Ebenso sprach ich mit dem Herzog und dem Erdprinzen von Meiningen, mit Rechberg, Crenneville, Schrenck und vielen andern. Die Nachricht, daß die bayrische Kammer sich für den Versassungsentwurf ausgesprochen habe, machte viel Sensation.

Herr von Kerftorf bemerkte, daß es Zeit sei, daß die Souverane von Frankfurt wieder abreisten, "sie fingen an, das Publikum zu langweilen."

Fürst und Fürstin Metternich waren ebenfalls auf dem Ball. Letztere in einer etwas auffallenden Toilette und sehr bemalt.

Heute Nachmittag war Pferderennen, wohin ich mit Lerchenfeld und Hompesch fuhr. Auf der Tribune für die Souveräne waren der Kaiser, der Kurfürst von Hessen, der Herzog von Meiningen und einige andre.

Nach bem Rennen ging ich noch zum Großherzog von Baben. ergählte mir aus ber Fürstenkonfereng, bag biejenigen Souverane, welche an der Reformatte etwas auszusegen fanden, von Defterreich und ber Majorität terrorisiert würden. Er habe sich erlaubt, barauf aufmerksam ju machen, daß man doch nicht ohne Geschäftsordnung biskutieren könne, sein Einwurf sei aber nicht berlickfichtigt worden. Man habe fortgefahren zu fprechen, und zulett habe ber Raifer gefagt: "Wir wollen es einmal mit der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen probieren", und aus bem Probieren sei bann Ernst geworben. Gleich nach ber Vorlesung bes erften Artikels über ben 3med bes Bundes habe ber Raifer gefragt, ob jemand etwas bagegen zu erinnern habe. Da niemand bas Wort erariffen. jo habe er, ber Großherzog, bemerkt, er muffe boch darauf aufmerkfam machen, daß diefer Artikel die wichtigften ftaatsrechtlichen Fragen in sich schließe, ba fich aber keiner ber Herren barüber ausspreche, so nehme er an, daß man eben teine Distussion wolle. Darüber allgemeines Migvergnügen. Man habe ihn gefragt, ob er etwas Befferes wüßte u. f. w. Ueberhaupt werbe burch Terrorismus und Intrige jebe von der öfterreichischen Ansicht abweichende Ansicht niebergehalten. Der Großberzog scheint von ber Ansicht auszugeben, daß hier Preußen zugrunde gerichtet werben foll, und daß er berufen ift, dies zu hindern. Abends traf ich bei Madame Metgler ben Fürften Metternich, Rechberg, ben Erbprinzen von Meiningen und einige Diplomaten und viele elegante Damen von Frankfurt. Ich machte mich balb aus bem Staube.

24. Auguft.

Nachmittags vor meiner Abreise ging ich noch einen Augenblick zum Herzog, der eben aus der Fürstenkonserenz kam und sehr befriedigt über deren Resultat war (sechs Stimmen im Direktorium). Er hat Hoffnung, daß die Sache zustande kommen werde.

Um 4 Uhr reiste ich nach Sayn ab, überzeugt, daß im standesherrlichen Interesse nichts zu tun sei, und ermüdet von einer Existenz, die dadurch peinlich wurde, daß ich nur halb hörte und erfuhr, was geschah, und dabei zu einem Urteil aufgefordert wurde von Leuten, die eingeweiht waren, über Dinge, die ich eben nur halb kannte, und durchdrungen von der Bahrheit des Spruchs: "Wo deines Amtes nicht ist, da laß deinen Fürwik!"

7. Schleswig-Holstein.

München, 18. Februar 1864.

Gestern war ich bei Bodenstedt. Ich hatte ersahren, daß er wünsche, daß ich in den Schleswig-Holstein-Berein eintreten möchte, und daß dies das Mittel sei, um Minister zu werden, was er und die liberale Partei in Bayern für nötig halten. Bodenstedt beklagte, daß ich nicht früher gekommen sei, da ich dann im Berein hätte nügen können. Jett sei es schon zu spät. Er beklagte sich über Schrenck und dessen Untätigkeit, glaubt, daß der König, wenn er einen andern Minister hätte, ganz anders auftreten würde, und teilte mir mit, daß Schrenck dem Könige schon über die schleswig-holsteinsche Frage gesprochen habe, Deutschland sehe auf den König, habe Schrenck gesagt u. s. w.

Heute war ich nun bei Schrenck. 1) Dieser fing bamit an, mir zu fagen, er habe gehört, ich werbe in ihren Verein eintreten. Auf mein Berneinen hielt er mir eine Vorlesung, daß man in einer so heiligen Sache mit seiner Ansicht nicht hinter bem Berge halten burfe u. f. w. Ich erwiderte barauf, daß ich mit meiner politischen Meinung nie hinter bem Berge halte, wenn ich berufen sei, meine Ansicht zu außern, daß ferner jeber Mensch in Bayern wiffe, welcher Ansicht ich angehore, baß mir aber folgende Erwägung ben Eintritt in den Berein unmöglich mache: ich glaube nämlich, daß die schleswig-holsteinschen Bereine bemnächft in der Lage sein wurden, sich über die Alternative zu entscheiden, ob sie den gesetlichen Weg verlaffen wollten ober ob fie, ber Macht weichend, fich in das Privatleben zurückziehen wollten. Beide Entschlüsse seien mir unangenehm. Wenn ich einmal einem Berein beiträte, so würde ich auch alle logischen Folgerungen, die man daraus ziehen und die sich daraus ergeben würden, atzeptieren. Auf halbem Wege stehen zu bleiben, sei meine Sache nicht. Da ich aber die Revolution in gewissen Verhältnissen als eine logische Folge biefer Bereine kommen fabe, so hielte ich es für zwedmäßig, mich nicht zu beteiligen.

Auf den Einwurf Schrencks, daß der Verein aus sehr soliden Leuten zusammengesett sei — er zitierte Ringseis —, bemerkte ich ihm, daß ich ohne Selbstüberschätzung behaupten müsse, daß eben mein Beitritt dem Verein eine politische Färdung geben werde. Im Verlauf des Gesprächssset ich ihm mein Programm auseinander, machte ihm klar, daß es sich für Bayern um eine Existenzfrage handle, und daß zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Bayerns die Zusammenberufung eines deutschen mittelsstaatlichen Parlaments und eine entschiedene Politik nötig sei.

¹⁾ Minister bes Auswärtigen und bes Handels 1859 bis 1864.

München, 12. März 1864.

In der Zwischenzeit sind verschiedene Ereignisse eingetreten.

Der Tob des Königs 1) wird an der Politik in der schleswig-holsteinschen Frage zunächst nichts andern. Schrenck wird im Amt bleiben. Die Sache selbst steht jetzt folgendermaßen:

Hannover hat einen Antrag gestellt ober stellen wollen, Dänemark solle durch den Bund zur Aufgebung der Kaperei deutscher Schiffe aufgesordert werden. (Oesterreich ist dagegen, der Antrag wird also unterbleiben.) Im Weigerungsfalle solle Dänemark durch den Bund der Krieg erklärt werden. Die Vormächte wollen aber vom Bund nichts wissen.

Ebenso soll Darmstadt verlangt haben, die Bundestruppen sollten an dem Krieg gegen Dänemark teilnehmen. Auch dies wird von Desterreich und Preußen abgewiesen. Hilse einzelner deutscher Staaten will man annehmen, aber keine Bundeshilfe. Die Vormächte wollen die Sache selbst in der Hand behalten.

Der Antrag auf Beratung wegen der Erbfolgefrage soll in die Länge gezogen werden. Bon einer Einberufung der holsteinschen Stände wollen die deutschen Großmächte nichts wissen. Man will nur freie Hand haben. Herr von Bismarck hat, wie es scheint, Oesterreich ins Schlepptau genommen.

Die Sendung des Erzherzogs Albrecht ist teilweise allgemeinen Inhalts, Anknüpfung freundlicherer Beziehungen. Aber auch spezielle Borschläge sollen gemacht worden sein, insbesondere wegen der Stellung der Anträge beim Bunde, die mit den Ansichten der österreichischen Regierung nicht übereinstimmen. Die bayrische Regierung, insbesondere der versstorbene König Max, sind aber festgeblieben.

Fürst Hohenlohe gehörte zu ben entschiedenen Anhängern des Herzogs Friedrich. Am 12. Mai 1864 richtete er in Gemeinschaft mit zwölf andern Mitgliedern der Kammer der Reichsräte das folgende Schreiben an den Minister von Beuft, welcher auf der Londoner Konferenz den Deutschen Bund pertrat:

Eurer Ezzellenz liegen bereits eine Reihe von Zuschriften vor, welche als Ausdruck der in Deutschland herrschenden Rechtsüberzeugung hinssichtlich des deutschsdämischen Konslittes gelten dürsen. Wenn die unterzeichneten Mitglieder der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern in gleichem Sinne sich hiermit schriftlich an Eure Ezzellenz wenden, so geschieht es nicht bloß in vollem Einklange mit dem von der eignen Landesregierung beharrlich festgehaltenen Standpunkte, sondern auch in der freudigen Anerkennung, daß Eure Ezzellenz für dieselbe Ueberzeugung, für

¹⁾ Rönig Maximilian II. gestorben 10. März 1864.

basselbe Recht von je Ihr gewichtiges Wort in die Wagschale gelegt haben. Es ift bas altverbriefte Recht ber Herzogtumer Schleswig und Holftein auf untrennbare Zusammengehörigkeit unter ihrem eignen Berzoge: es ift. nach dem Ableben Friedrichs VII., Königs von Dänemark und Herzoas von Schleswig-Holftein, ber rechtsbegrundete Anspruch des legitimen Bergogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holftein-Sonderburg-Augustenburg auf die Thronfolge in den Herzogtumern Schleswig und Holstein. ftrittenen und unbestreitbaren Bringipien bes Brivatrechtes wie des öffentlichen Rechtes steht niemand, also auch nicht ben europäischen Großmächten. bie Befugnis zu, über klare Rechte britter Versonen — hier des Herzoas Friedrich VIII., ber Stande ber Berzogtumer und, soweit es Solftein betrifft, des Deutschen Bundes — eine biese Rechte beeinträchtigende Berfügung zu treffen. Je unheilvoller und gefahrbrohender ber Rückschlag fein wurde, welchen eine folche Verfugung auf bas Rechtsbewußtfein ber beutschen Nation ausüben müßte und je empfindlicher hierdurch die Ehre und die Interessen Deutschlands verletzt wurden, um so zuversichtlicher geben wir uns ber hoffnung bin, daß Eure Erzelleng als legaler Bertreter bes Deutschen Bundes auf ber Londoner Konferenz alles aufbieten werden, eine ben Rechten bes legitimen Erbfolgers, bes schleswig-holsteinschen Boltes sowie des Deutschen Bundes entsprechende Lösung herbeiführen zu helfen.

Da der Landtag zurzeit nicht einberufen ist und hiermit, wie in Ermanglung einer Bertretung des Bolkes am Bunde, es nur den einzelnen als solchen gestattet ist, ihrer Besorgnis wie ihrer gewissenhaften Ueberzeugung in dieser ganz Deutschland tief berührenden Frage Ausdruck zu geben, so bitten wir Eure Ezzellenz, in diesem Sinne gegenwärtiges Schreiben genehmigen und es zugleich als Zeugnis der sessen Zuversicht hinnehmen zu wollen, mit welcher wir Deutschlands Ehre und Interessen in die Hände Eurer Ezzellenz gelegt sehen.

Herr von Beuft erwiderte hierauf:

London, 20. Mai 1864.

Eure Durchlaucht haben mir ein von mehreren Mitgliebern der Rammer der Reichsräte des Königreichs Bayern unterzeichnetes Schreiben, d. d. München, 12. l. M., zu übersenden die Geneigtheit gehabt, welches einen neuen gewichtigen Ausdruck der in Deutschland herrschenden Rechtszüberzeugung hinsichtlich des deutschzednischen Konstliks enthält. Ich danke Eurer Durchlaucht verdindlichst für diese gefällige Mitteilung, die mir um so wertvoller sein mußte, als sie neben den mir bereits vorliegenden Kundgebungen einen abermaligen und sehr erfreulichen Beweis dafür liesert, wie lebhaft die hochwichtige Angelegenheit, die mich hierher geführt hat, von allen, auch den konservatiosten Kreisen der Nation in ihrer

ganzen Bedeutung für die politische Zukunft Deutschlands erkannt und gewürdigt wird.

Mit gutem Gewissen darf ich mir das Zeugnis geben, daß, soweit es auf meine Bestredungen ankommt, das schmeichelhaste Vertrauen, welches in der erwähnten Zuschrift sich ausgedrückt sindet, nicht unbegründet ist. Aber ich hege zugleich die Zuversicht, daß auch der Erfolg meiner Bemühungen dieses Vertrauen rechtsertigen wird. 1) Ich hoffe, daß es gelingen soll, eine Lösung der schleswig-holsteinschen Frage herbeizusühren, welche die Rücksichten auf das Rechtsbewußtsein und die politischen Interessen der deutschen Nation mit den Rücksichten auf die Wünsche der Vevölkerung der Herzogkümer vereinigt.

Aufzeichnung über eine Reise von Auffee über Wildalpen nach München.

2. bis 10. Ottober 1864.

... In Linz kaufte ich mir eine "Presse" und ersah baraus, daß Minister Schrenck seinen Abschied genommen hat.

In München Ankunft um 10 Uhr.

Den andern Morgen besorgte ich einige Kommissionen, kam dann in die Ludwigsstraße, wo ich Benninger tras, der mir zu meiner Ernennung zum Ministerpräsidenten gratulierte. Er sagte, in der Bankstung sei ich als solcher genannt. Bald darauf begegnete ich dem Handelsgerichtsrat Völderndorff, mit dem ich spazieren ging. Er sprach auch von dem Ministerwechsel und erzählte, daß man in Franken allgemein auf mich rechne und auf mich daue. Wir sprachen über das, was der Minister des Auswärtigen in Bayern jetzt zu tun habe und waren beide einverstanden, daß die Einwirkung auf den jungen König jetzt das wichtigste sei, sonst Vorsicht in den Bestrebungen, Bayern an die Spize der Mittelstaaten zu bringen. Strengere Handhabung der inneren Verwaltung, keine Reaktion, gegen außen Vorsicht und Unabhängigkeit.

¹⁾ In der Sizung der Londoner Konferenz vom 17. Mai hatte der preußische Bertreter die deutsche Erklärung verlesen, welche für die Herzogtümer vollständige politische Unabhängigkeit forderte. Obwohl hierdurch die Erbsolge des dänischen Königs nicht ausgeschlossen war, wurde dieser Untrag doch von Dänemark sofort abgewiesen. Dadurch war die Möglichkeit einer Entscheidung für die Personalunion mit Dänemark endgültig beseitigt und die Fortsehung des Kriegs mit dem Ziele der völligen Trennung der Herzogtümer von Dänemark gesichert. Beust hatte in der Sizung namens des Bundes die Erklärung abgegeben: "que la majorité de la Diète ne consentirait pas à une solution qui même sous la forme d'un arrangement conditionnel ou éventuel rétablirait l'union entre les Duchés et le Danemarc." Graf Beust: "Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. I S. 888.

Dettingen lamentiert über die Schwierigkeiten, die ein Standesherr in dieser Stellung haben würde. Harles erzählte, daß der König sich geäußert habe, er werde keinen Standesherrn zum Minister machen.

Die neuesten Nachrichten nennen Hompesch als Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Als ich ihn in den "Bier Jahreszeiten" bei Tisch sand, war er nicht angenehm überrascht, mich zu sehen. Dies bestätigt mir, daß er Hossung hat. Im Theater sah ich den König. Er sieht wohl aus. Mir kam es aber vor, als wenn er schon den mißtrauischen Ausdruck seines Baters annehme.

Meine Gegner sind die Hosseute, der niedere Abel, die Ultramontanen und die österreichische Partei. Der gebildete Mittelstand ist für mich, desegleichen die Demokraten. Es scheint aber, als ob preußische und österreichische Einstüsse sich geltend machten, eine Reaktion in Bayern anzubahnen. Diese wollen mich nicht, und in dieser Ueberzeugung din ich denn auch ruhig und unbehelligt wieder abgereist.

Mus einem Briefe an die Bringeffin Glife.

Auffee, 29. Ottober 1864.

... Die "Presse" hat einen geharnischten Artikel aus München gegen mich gebracht. Sie wirft mir vor, ich erscheine jedesmal, wenn ein Ministerwechsel bevorstehe, in München und spricht in sehr wegwersendem Ton von dieser ungerechtsertigten Prätension. Auch meine Jugend wirst sie mir vor! Ich gestehe, daß mich der Artikel etwas geärgert hat. Es ist aber recht gesund, wenn man auch mitunter geschimpst wird.

Aus einem Briefe an Herrn von Mülhens in Baben. Schillingsfürft, 28. November 1864.

Minister bin ich trotz ber öffentlichen Stimme nicht geworden. Die bayrische Dynastie will keinen Mediatisierten als Minister. Es soll bies Hauspolitik sein. Ich kann mich darüber nicht betrüben. Besser Ministerkandidat als abgetakelter Minister...

An Ronig Ludwig.

München, 3. April 1865.

Eure Königliche Majestät haben zu befehlen geruht, ben Gegenstand, ber mich zur Bitte einer Audienz veranlaßt hat, zu Allerhöchster Kenntnis zu bringen, und ich zögere nicht, diesem Besehle zu folgen und die Bitte, die ich mündlich vorzutragen beabsichtigte, schriftlich zu den Füßen Eurer Königlichen Majestät zu legen.

Eure Königliche Majestät haben mir seit Allerhöchsteren Regierungsantritt stets nur Beweise Allerhöchster Gnade zuteil werden lassen. Ich bin darauf stolz und dafür tief dankbar. Die wahre und innige Verehrung, welche ich für Eure Königliche Majestät im Herzen trage, läßt mich dringend wünschen, dieses gnädigen Wohlwollens und insbesondere der Achtung Eurer Königlichen Majestät nicht verlustig zu werden.

Der Beginn des Landtags hat aber in mir die Befürchtung erregt, daß es möglich sei, Eure Königliche Majestät könnten über meine Wirksamkeit in der Kammer und über die Motive meiner Handlungen Berichte erhalten, die mich in falschem Lichte erscheinen lassen.

Gewohnt, bei den Beratungen des Landtags nur nach Ueberzeugung und treu meinem geschworenen Eide zu handeln, verhehle ich mir nicht die Möglichkeit, in einzelnen Fällen mit der Staatsregierung nicht in Uebereinstimmung zu sein. Die erhabene Gesinnung Eurer Königlichen Majestät weiß die Unabhängigkeit der Vertreter des Landes, zu denen auch die Reichsräte gehören, zu würdigen. In dieser Beziehung fürchte ich also nichts. Wohl aber sürchte ich salsche Darstellung in betreff der Motive meiner Handlungen.

Sollten daher Eure Königliche Majestät in vorkommenden Fällen meine Reden und Tun im Reichsrate für wichtig genug halten, denselben Allershöchstihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und darüber Aufklärung für nötig erachten, so würde ich Eurer Königlichen Majestät zum tiefgefühltesten Danke verpslichtet sein, wenn Allerhöchstdieselben diese Aufklärungen direkt von mir zu befehlen oder durch Allerhöchstihr Kabinett einfordern zu lassen die Gnade haben wollten.

Das ift die alleruntertänigste Bitte, die ich Eurer Königlichen Majestät mündlich vorzutragen beabsichtigte und die ich hier schriftlich niederzuslegen wage.

Bwei Schreiben an die Königin Viktoria von England über bie sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands, 1864, 1865.

Im April 1864 erhielt der Fürst einen Brief seiner Tante, der Fürstin Feodora von Hohenlohe-Langenburg, in welchem diese ihm einen Wunsch ihrer Schwester, der Königin Viktoria, aussprach. 1) Die Königin klagte darüber, seit dem Tode des Prinzen Albert von der Verbindung mit Deutschland gewissermaßen abgeschnitten zu sein, sich mit niemand offen aussprechen und von niemand genaue, unparteiische Ansichten hören zu können. Sie hegte Vertrauen zu dem Fürsten, als dem alten Freunde des Prinzen Albert, und wünschte durch ihn in bezug auf die sozialen und

¹⁾ Siehe Seite 84.

politischen Berhältnisse von Deutschland au courant erhalten zu werden. Bei der Ausmerksamkeit, mit welcher man in England deutsche Einslüsse versolgte, sollten diese Berichte an die Königin durch die Bermittlung der Fürstin Feodora übersandt werden. Namentlich sollte der Fürst die schleswig-holsteinsche Sache und deren Bedeutung für Deutschland besprechen, da die Engländer diese nicht verständen. Auf den Wunsch der Königin Biktoria erstattete der Fürst die nachsolgenden beiden Berichte vom 4. Mai 1864 und 15. April 1865, ein politisches Glaubensbekenntnis unmittelbar vor dem Ausbruch der großen Bewegung, die den Fürsten selbst zum politischen Handeln an leitender Stelle berief.

München, 4. Mai 1864.

Eure Königliche Majestät haben mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, von Zeit zu Zeit Bericht über die sozialen und politischen Zustände von Deutschland abzustatten. Ich erlaube mir, diesem Auftrage in nachstehendem Folge zu leisten.

Was die sozialen Zustände betrifft, so find diese zu allen Zeiten in Deutschland mit den religiösen so eng verbunden gewesen, daß der religiösen Bewegung in Deutschland zunächst Erwähnung zu tun ist.

Bor allem ift es eine bemerkenswerte Erscheinung, daß sich die Gegenfate ber glaubigen und nichtglaubigen Richtung immer ichroffer gestalten. Während die im Westen von Deutschland herrschende Richtung. beren Repräsentanten in einigen Ländern sogar das Rirchenregiment in ber Hand haben, ben Grundsatz aufstellen, daß die Reformation auf halbem Beg fteben geblieben fei, von ber tatholifchen Rirche zu viele Elemente in sich aufgenommen und dadurch sich dem Fortschritt verschlossen babe. baß aber jett die Beit getommen fei, bas Chriftentum im Geifte ber Reit umzubilden und das Glaubensbekenntnis dem wirklich bestehenden Glauben und damit den Bedürfnissen einer nicht mehr orthodox gläubigen Gemeinde entsprechend zu reformieren, schließt fich im Gegenfat zu biefer proteftantischen Bewegungspartei die orthodox lutherische Glaubensgenoffenschaft fester aneinander an. Diese bestreitet die Notwendigkeit des Fortschritts und der zeitgemäßen Entwicklung des Protestantismus, sie halt sich an bie Bibel und an Luther, ja ein Teil berfelben murbe gern in ben Schoß ber katholischen Rirche gurudkehren, wenn biese ihr nur einige Ronges= sionen im Dogma, insbesondere in der Lehre von der Rechtfertigung durch ben Glauben, machen wollte ober könnte. Da bies nicht möglich ift, so bilbet fie wenigstens innerhalb ihrer Rirche eine strenge Gläubigkeit aus. modifiziert ihre Liturgien in einer ber katholischen abnlichen Art und nimmt so viel als immer möglich von den Werken der katholischen Rirche in ihre Sitten und Gebräuche auf. Die Inftitution ber Diakoniffen,

die Brüder des Rauhen Hauses in Hamburg und Berlin, die Johanniterstitter u. s. m. sind Beweise dieses Strebens.

Außerhalb dieser chriftlichen Parteien steht die große Schule des Materialismus ober Nihilismus, vertreten durch die Korpphäen ber materialistischen Philosophie und Naturforschung. Darunter sind Männer von großem positiven Wiffen und gewiffenhaftem Streben, die aber im Berfolg ihrer Studien zur Ableugnung alles bessen gelangt find, mas sie nicht mit dem Mitrostop erfassen können. Wären diese Theorien auf Die Schule beschränkt, so murbe bie Gefahr nicht groß sein. In Deutschland aber ist die Bildung eine so verbreitete, bas Bolk selbst nimmt so Lebhaften Anteil an dem, was die Brofessoren sagen, die Wissenschaft ist, wenn ich mich so ausdrucken soll, so bemotratifiert, daß solche Theorien nicht ohne bedenklichen Einfluß auf unfre sozialen Rustande bleiben werden. Allerdings haben wir kein Proletariat in ber Ausbehnung wie England, Belgien und Frankreich. Die Arbeiterbevolkerungen find auf verhaltnismäßig wenige einzelne Puntte zusammengebrängt, und große Teile von Deutschland, wie namentlich Bayern, haben vorzugsweise eine ruhige Acterbaubevölkerung. Bei ben Fortschritten ber Industrie wird aber auch die Arbeiterbevölkerung an Bahl zunehmen und einen um fo nachteiligeren Ginfluß auf die fozialen und politischen Buftande ausüben, je tiefer in Dieselbe eine halbe, falsche und subversive Bilbung eingebrungen ift.

Was die politischen Zustände betrifft, so löst sich in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick alles in die schleswig-holsteinsche Frage auf. Daß diese Frage eine so große Bedeutung erlangen konnte, hat seinen Grund zunächst in dem Umstand, daß die Deutschen ein Rechtsvolk sind, daß Rechtsfragen stets den größten Anklang sinden, wie denn Prozesse in manchen Gegenden von Deutschland zu den erheiternden Beschäftigungen in der Erholungszeit des Landmanns gehören. Abgesehen aber hiervon fühlt jeder in Deutschland die tiesere Bedeutung der schleswig-holsteinschen Frage sur unsre inneren Zustände. Jeder weiß, daß in jener Frage die deutsche Frage entschieden wird. Im Ansang hatte es den Anschein, als wenn die deutschen Mittelstaaten, die eigentlich reindeutschen Staaten, durch die schleswig-holsteinsche Sache zu einer größeren politischen Geltung gelangen könnten. Hier liegt der Grund, warum diese Frage in den deutschen Ländern außerhalb Preußens und Desterreichs eine arößere Bewegung hervorgerusen hat.

Wer die Erschütterungen, welche Deutschland in den letzten fünfzig Jahren bewegt haben, ausmerksam beobachtet, wird sinden, daß deren eigentliches Motiv in der Unzufriedenheit der Bewohner der Mittelstaaten und Kleinstaaten, einer Bevölkerung von ungefähr neunzehn Millionen Menschen, zu finden ist, die sich von der Teilnahme an den Geschicken

Europas ausgeschlossen sehen. Diese Bevölkerung der Mittelstaaten und Kleinstaaten Deutschlands sieht sich in dem Zustand großjährig gewordener Männer, denen die Verwaltung ihrer eignen Angelegenheiten vorenthalten wird. Ein solcher Zustand wird auf die Dauer unerträglich. Man hat dagegen eingewendet, der materielle Zustand der Mittelstaaten sei ein befriedigender, und es sei eine Torbeit, einen andern Zustand anzustreben, in welchem jedenfalls größere materielle Opser als die disherigen erfordert würden. Allein dieser Ehrgeiz oder, um es besser auszudrücken, dieses Bedürsnis nach Ehre und Ansehen ist ein Zeichen der Lebenssähigkeit des beutschen Bolks, das Ehre und Ansehen höher stellt als das bloße materielle Genügen. Um also aus diesem Zustande herauszukommen, hat man im Jahre 1848 die sogenannte deutsche Einheit angestrebt. Denn diese Bewegung begann in Südwestdeutschland. Sie hat sich als unpraktisch erwiesen, da weder Oesterreich noch Preußen sich einer idealen Nacht unterwersen konnten.

Eine Partei hat sodann die preußische Hegemonie durchführen wollen. Sie ist an dem Ablehnen des preußischen Köniashauses gescheitert.

Jenes obenerwähnte Streben blieb aber bestehen, weil es auf einer tatsächlichen Grundlage beruhte. So fand sich die schleswig-holsteinsche Frage, die den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, wenn sie sich hätten einigen können, die Möglichkeit gewährt hätte, eine politische Stellung in Europa zu erringen. Das Volk glaubte den Augenblick gekommen und drängte die Regierungen. Diese, uneinig und unfähig, ließen den günstigen Augenblick vorübergehen. Als nun die deutschen Großmächte die Sache in die Hand nahmen, schwanden die politischen Hossnungen, welche das süddeutsche Volk an die schleswig-holsteinsche Sache geknüpst hatte, ohne daß aber das Interesse an der Sache abnahm. Nun wandte sich die öffentliche Meinung wieder mehr Preußen zu, da man die Hossnung hegt, Preußen werde nach den kriegerischen Ersolgen die Rechte der Herzogtümer nicht untergeben lassen.

Das beutsche Volk hat seit 1848 in der politischen Bildung Fortschritte gemacht, es hat insbesondere warten gelernt. Es hat gelernt, daß man in politischen Dingen nicht mit dem Kopse durch die Wand rennt. Es ist aber bei dieser Lage der Sache und bei der in Deutschland durchgängig herrschenden Stimmung unausbleiblich, daß die Folgen einer das Rechtsedewußtsein des Volks verlegenden Lösung der schleswigsholsteinschen Frage für Deutschland und insbesondere für die Existenz der Mittelstaaten und Kleinstaaten von den bedenklichsten Folgen sein würde. Nicht daß daraus ein sosoriger revolutionärer Ausbruch hervorgehen könnte. Dazu ist die Masse des Volks zu ruhig und zu schwer erregbar. Aber es würde eine Mißachtung der Regierungen, denen man einen großen Teil der Schuld

zuschieben wurde, weil sie nicht rechtzeitig eingegriffen, eine langsame, schleichende Unzufriedenheit entstehen, die auf die Dauer zu einer Untergrabung der Existenz der Dynastien dieser Staaten führen müßte.

Dies erkennen auch die Staatsmänner dieser Staaten vollkommen an, und hieraus erklärt es sich, daß konservative Männer wie Beust und Pfordten in dieser Frage mit der Bewegungspartei gehen.

Wenn ich mich nicht täusche, ist man auch in Breußen zu bieser Ueberzeugung gelangt. Denn was die Mittelftaaten und Kleinftaaten zugrunde richten wurde, mußte auch in Preußen, wenn auch erft fpater, verderbliche Folgen herbeiführen. Denn Preußen ift ein beutsches Land, und seine Regierung muß, mag sie wollen ober nicht, auf die Strömung ber öffentlichen Meinung Ruchsicht nehmen, mahrend Defterreich als vorherrschend flawischer Staat auf seine beutsche Bevölkerung und beren Stimmung wenig Rucksicht zu nehmen pflegt und es auch nicht nötig bat. Die schleswig-holsteinsche Frage ist also eine Rechtsfrage für bas Bolf. eine Machtfrage für die Regierungen und eine Eriftengfrage für ben Bund, bas beißt für die Mittelftaaten und Rleinftaaten. Ich bitte Gure Majeftat um Entschuldigung, fo weitläufig in einer Sache gewesen ju fein, über die Eure Majestät ohne Zweifel beffer unterrichtet find als ich. Meine Berichte können selbstwerftanblich keine politischen Neuigkeiten bringen, ba ich den Rentralpunkten der europäischen Politik fernstehe. Sie sollen nur der Ausdruck der politischen Meinung der gebildeten Klasse in Deutschland fein, und als solche bitte ich meine Darftellung im allgemeinen nachsichtig beurteilen zu wollen.

München, 15, April 1865.

Eure Majestät wollen gnäbigst entschuldigen, wenn ich dem im Mai vorigen Jahres vorgelegten Berichte erst jetzt einen zweiten folgen lasse. Mein Aufenthalt im öfterreichischen Gebirge und die Entsernung vom Schauplatze der Politik mährend des vergangenen Sommers machte es mir schwer, ein Urteil über die politischen Dinge in Deutschland abzugeben. Seitdem ich hierher zurückgekehrt din, habe ich öfters versucht, das Versäumte nachzuholen, ich fand aber, daß ich, sowie ich zu schreiben ansing, in den widerwärtigen Stil unser Zeitungen geriet und konnte mich nicht entschließen, das Geschriebene Eurer Majestät vorzulegen.

Ich muß es nun aber bennoch wagen, auch auf die Gefahr hin, durch meine Darstellung einen ungünstigen Eindruck zu machen, die Fortsehung meiner politischen Beobachtungen einzusenden, die am Ende doch größtenteils Resultate der Lektüre von Zeitungen und Zeitschriften sein können, weshalb ich um gnädige nachsichtige Beurteilung bitte. Die Frage, welche im vergangenen Frühjahr noch ganz Deutschland in Aufregung hielt, ist

in den Hintergrund getreten. Es wird zwar noch viel von Schleswig-Holstein gesprochen und geschrieben, allein die Teilnahme im Bolk hat sich vermindert. Es beweist dies die Richtigkeit meiner früheren Behauptung, daß das Interesse für die Herzogtümer, welches sich im vorigen Jahre in so stürmischer Weise kundgab, weniger der schleswig-holsteinschen als der deutschen Frage galt, welche bei diesem Konslikt zur Lösung zu kommen versprach. Nachdem nun die Sache eine Frage der Macht und des Einsslusses zwischen Preußen und Oesterreich geworden ist, hat sich die aufgeregte Stimmung der Wassen gelegt oder eine andre Richtung genommen. Allerdings trägt zu dieser Beruhigung auch die Befriedigung bei, die man darüber empsindet, daß die Herzogtümer aufgehört haben, dänisch zu sein, aber dies hindert nicht, daß sich in den süddeutschen Staaten mehr und mehr das Gesühl der Mißstimmung verbreitet über die passive Rolle, zu welcher diese Staaten bei der die beutschen Interessen berührenden Frage verurteilt sind.

Dieses Gefühl teilen Regierungen und Volk in gleichem Maße, und es erscheint beshalb für die Regierungen notwendig, die Mittel zu suchen, aus dieser Lage herauszukommen. Bayrische Staatsmänner sehen die Rettung in der sogenannten Trias, d. h. in dem sesteren Zusammenschluß der Mittelstaaten und deren Organisation zu einem Bundesstaat unter der Hegemonie Bayerns. Ein Bundesstaat, der mit Oesterreich und Preußen zusammen den eigentlichen Deutschen Bund zu dilben hätte.

Der Berwirklichung dieser Ibee treten aber noch viele zunächst unsübersteigliche Hindernisse entgegen. Zunächst die Abneigung der verschiedenen Dynastien, auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zugunsten desjenigen Herrscherhauses zu verzichten, welches an die Spitze des engeren Bundes zu treten hätte. Ich glaube, daß weder der König von Sachsen noch der König von Württemberg Lust haben werden, zugunsten unseres jugendlichen Königs auf irgendein Recht zu verzichten. Auch der König von Hannover wird dazu keine Neigung verspüren.

Ein zweites Hindernis bildet die Abneigung der demokratischen Partei gegen den Triasgedanken. Die süddeutsche und mitteldeutsche Demokratie gehört zum Teil dem Nationalverein an und erstrebt in diesem die Organissation eines deutschen Bundesstaats unter der Führung Preußens. Die Regierung des Herrn von Bismarck halten sie für ein vorübergehendes Uebel, nach dessen Entsernung der Gedanke doch zur Aussührung kommen werde. Die übrigen Demokraten sind bewußte oder undewußte Republikaner, die auf die Zeit warten, wo ein demokratischer Sturm des Kontinents die Throne erschüttern und die glücklichen Zeiten einer konstituierenden Nationalversammlung für ganz Deutschland wiederbringen werde. Bei der Abneigung gerade dieses Teils der öffentlichen Meinung, die sich am

entschiedensten zur Geltung zu bringen weiß, ift eine Reform der Bundessverfassung in der angedeuteten Richtung sehr schwierig.

Ein brittes hindernis für die bayrische Ibee liegt in der Abneigung Oesterreichs und Preußens gegen die Trias. In Oesterreich will man die Aufrechterhaltung des Bundes, wie er ist, und widerstrebt auch aus dem Grunde der Bildung einer dritten Staatengruppe, weil in derselben protestantische und katholische Staaten in Verbindung gedracht werden, ein Gedanke, der den Ultramontanen unangenehm ist. Vielleicht vertraut man auch in Wien auf den Zerfall des ganzen Deutschen Bundes, um dann aus den absallenden Stücken die österreichische Monarchie gegen die deutschen Grenzen hin besser zu arrondieren. Ich din in die Geheimnisse der Wiener Hose und Staatskanzlei zu wenig eingeweiht, um darüber ein Urteil zu haben.

Die preußische Politik sieht in der Trias sowohl eine Beeinträchtigung ber preußischen Hegemonie über Deutschland als auch ein Hindernis der Bergrößerung Preußens im Norden von Deutschland. Hier werden also die baprischen Gedanken auf entschiedenen Widerspruch stoßen.

Ich fürchte daher, daß die Mittelstaaten dazu verdammt sein werden, nach wie vor in dem gegenwärtigen Zustand zu verbleiben, dis sie einmal in einem großen europäischen Konslikt als Opser von notwendigen Territorialveränderungen fallen werden.

Mir scheint dieser Zuftand beklagenswert nicht allein im Interesse ber bedrohten Staaten, sondern sogar im Interesse ber beutschen Großmächte felbst. Defterreich bedarf keiner Territorialvergrößerungen. Eine geordnete innere Verwaltung und geregelte Finanzen find ihm zu allen Zeiten nötiger und genügen, um seine Macht dauernd zu begründen, insbesondere wenn bazu naturliche Allianzen kommen. Breußen konnte seinen beutschen Bundesftaat nur infolge einer ganz besonders günstigen Konstellation der europäis ichen Lage ausführen und nur dann, wenn Desterreich von der Karte von Europa verschwände. Die politische Lage von Europa war im Jahre 1848 ber Durchführung bes Bunbesstaats gunftig. Man hat damals in Breugen die Gelegenheit nicht benutt. Gine solche Gelegenheit wird so bald nicht wiederkommen. Defterreich wird trot Italien, trot schlechter Finangen und trok Konfordat nicht von der Karte von Europa verschwinden. Die Borbedingungen bes Auftandekommens eines beutschepreußischen Bundesstaats werben also noch lange nicht gegeben sein. Unterbessen kann aber ber gegenwärtige Buftand bes Deutschen Bundes zu ber heillosesten Ronfusion führen, ju einer Berwirrung, die ihre Schwingungen auch nach Wien und Berlin tragen murbe.

Aus diesem Grunde würde ich es im Interesse von Desterreich und Farn Bobentobe, Denkwürdigkeiten. 1

Preußen für zweckmäßig halten, wenn diese Staaten, den gegebenen tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragend, sich nicht allein der Konstituierung der dritten Staatengruppe nicht entgegenstellten, sondern ihren Einsluß geltend machten, um dieselbe formell zustande zu dringen. Unter diesem Einsluß würde sowohl die Abneigung der einzelnen deutschen Souveräne in den Hintergrund treten, als auch die Sympathien und Antipathien der demokratischen Partei an Bedeutung verlieren. Ich glaube, die deutschen Großmächte würden damit die Ruhe von Deutschland und Europa auf lange Jahre sichern, indem sie eine Hauptursache der Unruhe und Unzusriedenbeit in Deutschland beseitigten.

Ich sehe keine andre Lösung des beutschen Ratsels. Man wird nie zum Ziel kommen, wenn man ben tatfächlichen Verhältnissen nicht bie nötige Rechnung trägt. Bu biefen gehört vor allem ber individuelle Charafter ber beutschen Bollsstämme und die Zähigkeit, mit ber fie an ihren Stammeseigentumlichkeiten festhalten. Das Gleichmachen in politischer und sozialer Beziehung geht in Frankreich und Italien, wo ber Nationalcharatter eine größere Gleichförmigkeit, weniger individuelle Selbftanbigkeit hat. Wie aber in Deutschland bie Bolksftamme noch beutlich au unterscheiben sind, in die sich Deutschland in der Zeit Rarls bes Großen teilte, wie noch heute die Württemberger ben alemannischen und suevischen, die Bapern ben bojoarischen Charafter beibehalten haben, wie man das lebhafte Wesen ber Franken in Mittelbeutschland, das gemeffene und tüchtige ber Sachsen unter ber westfälischen und hannoverschen Bevölkerung erkennt, so hat im allgemeinen bas, was man gewöhnlich Partitularismus nennt, in bem beutschen Nationalcharakter seine feste Burgel und ist mit Theorien nicht auszutilgen.

Da wo, wie in Preußen und Desterreich, ber Einsluß der Slawen sich geltend gemacht hat, ja teilweise überwiegend vorherrscht, ist die staatliche Bereinigung und Gleichmachung leicht gewesen. In dem von dem slawischen Elemente underührten Teile des süblichen und westlichen Deutschlands ist die Zersplitterung geblieben, weil sie durch den Bolkscharakter bedingt ist. Diese Staaten zu einer nur einigermaßen praktischen söderativen Berbindung zusammenzubringen, wird schwer, aber immer noch leichter sein, als sie einem Staat wie Preußen oder Desterreich in irgendwelcher Form, ob staatlich oder bundesstaatlich, zu inkorporieren. In politischen Dingen ist aber immer nur das Mögliche zu erstreben, so schwerzlich es sein mag, liebgewordene theoretische Pläne aufzugeben.

Wenn ich schließlich zusammensassen soll, womit sich zurzeit das Publikum in Deutschland beschäftigt, was den Gegenstand der Unterhaltung politisch gebildeter und ungebildeter Menschen ausmacht, so sind dies folgende Punkte:

- 1. die papstliche Enzyklika, 1) die im allgemeinen unter den deutschen Katholiken keinen günftigen Eindruck gemacht hat,
- 2. die Frage, wer in Preußen bei dem Kampfe zwischen Regierung und Bolt den Sieg davontragen wird,
- 3. die damit zusammenhängende Lösung der schleswig-holfteinschen Frage, ob der Herzog Friedrich selbständiger Monarch von Schleswigs Holftein oder dieses preußische Provinz werden wird,
- 4. der amerikanische Krieg. Dieser greift besonders in Süddeutschland tief in die materiellen Interessen ein. Nicht allein leiden unsre Baumwollspinnereien in einer Weise, die deren Existenz in Frage stellt, sondern auch die Rapitalbesitzer, die ihr Geld in amerikanischen Papieren angelegt haben, sehen mit Spannung auf die Entwicklung des Kriegs und ersehnen den endlichen Frieden und den Sieg der Nordstaaten. Dazu kommt, daß die Sympathie der demokratischen Bevölkerung Süddeutschlands aus politischen Gründen auf Seite der Nordstaaten steht.

Was endlich Bayern betrifft, so kann ich die Bemerkung nicht unterbrücken, daß wir den liebenswürdigsten Monarchen haben, der mir noch je vor Augen gekommen ist. Er ist eine durchaus edle, poetische Natur. Sein Wesen ist so außerordentlich einnehmend, weil man fühlt, daß seine Hösslichkeit der Ausdruck eines wohlwollenden Herzens ist. Dabei sehlt es ihm nicht an Verstand und Charakter. Ich hoffe, daß die Aufgaben, welche ihm während seiner Regierung bevorstehen, nicht seine Kräfte überssteigen möchten.

Die vorstehenden Auszeichnungen des Fürsten über seine Reisen und über politische Eindrücke geben kein Bild von dem reichen und glücklichen Familienleben des Schloßherrn auf Schillingsfürst, das sich gerade in dieser ruhigen Periode von 1853 dis 1866 stetig entwickelte. Am 30. November 1847 war dem fürstlichen Paare die älteste Tochter Elisabeth geboren, am 6. Juli 1851 die Prinzessin Stephanie. Am 5. Juni 1853 wurde ihm der Stammhalter geschenkt, der jetzt regierende Fürst Philipp Ernst. Ein am 14. Oktober 1857 geborener Sohn Albert wurde den Eltern im Frühling 1866 durch die Diphtheritis entrissen. Endlich wurden am 6. August 1862 die Zwillinge Prinzen Morit und Alexander geboren.

Im Jahre 1858 erwarb ber Fürst das Haus an der Briennerstraße in München, welches er dann während der Sitzungen des Reichsrats mit seiner Familie bewohnte. Im Jahre 1865 kaufte er ein Bauernhaus in

¹⁾ Die Engyflika "Quanta Cura" vom 8. Dezember 1864 mit bem "Syllabus".

Alt-Auffee in Steiermart, das er zu einer Villa umbauen ließ. Dort pflegte die Familie seitbem einen Teil bes Sommers zu verbringen. In der Erziehung der Rinder unterftutte die Eltern die jungste Schwester des Fürften, Prinzessin Elise, welche bis zu ihrer Bermählung mit bem Bringen zu Salm-Horstmar im Jahre 1868 im Hause bes Bruders ihre Heimat hatte. Aus ihren Briefen, beren Einsicht bem Herausgeber freundlichst gewährt wurde, seien hier einige kurze Notizen mitgeteilt, welche das Leben und ben Geift des Hauses beleuchten. Die Bringesfin Amalie, die Bertraute der Jugend des Fürsten, heiratete 1857 gegen den Bunsch der Familie den Hofmaler Richard Lauchert. Die hierdurch herbeigeführte zeitweilige Entfremdung dauerte nur wenige Jahre. Die Prinzessin Salm schreibt barüber: "Später hat sich meine Schwester mit allen Brübern wieder ganz ausgeföhnt und hat auch mit meinem Bruder Chlodwig wieder schone Stunden verlebt. Die Brüder faben ein, daß der treffliche Mann, um beffentwillen sie alles verlassen hatte, ihrer wert war. war nicht nur ein talentvoller Künftler, sondern ein vorzüglicher, zuverläffiger Charafter. Leiber ift er schon 1868 gestorben, sie waren nur 11½ Sabre verheiratet."

Ueber bas Berhaltnis bes Fürsten zu seinen Geschwiftern schreibt bie Prinzessin: "Alle Geschwister haben in allen zweifelhaften Fällen bei ihm ihre Ruflucht gesucht. Die große Klarheit und Ruhe, der Ernst und die brüderliche Liebe, die man immer spürte, gaben seinen Ratschlägen ein großes Gewicht. Unfrer Mutter Milde war in Amalie und Chlodwig übergegangen. Er hatte Aften angelegt über jedes seiner Geschwifter, um die Käden ihrer Angelegenheiten jederzeit wieder anknüpfen zu können. man in Schillingsfürst in seinem kleinen Schreibkabinett saß, er an seinem Schreibtisch und eines von uns auf einem kleinen Kauteuil baneben, wenn er von seiner Arbeit auffah und sich gleich in die Angelegenheit vertieste, die man ihm vortrug — das ist eine unbeschreibliche Erinnerung, man spürt noch heute seinen durchdringenden Blick." "Chlodwig," heißt es in einem Briefe ber Prinzessin aus dem Jahre 1852, "muß ich immer mehr bewundern, wie ruhig, uneigennützig und geduldig er handelt. Man mag fagen, was man will, über ,männliche Energie, kräftiges Auftreten' u. f. w. - bas ist alles recht schon, aber ,a noble mind' und ,a refined one' geht über alles und ist besser allein, ohne jene Eigenschaften, als umgekehrt. Heute sprach er sich wieder einmal über das Heiligste aus. Ich weiß nicht, was mir bas für einen eignen Einbruck macht, wie es mich bewegt wenn ich aus seinem Munde den Namen "Christus" höre, das ift so tief gefühlt, wenn es von ihm kommt."

Ueber die Lage von Schillingsfürst schreibt die Prinzessin: "Im Sommer war das Leben dort anziehend durch die weite Aussicht, die

großartige Stille oben auf bem Berge, ben Sonnenglanz, ber bie großen Bimmer durchleuchtete, und die glorreichen Sonnenuntergange. Die Nabe von Langenburg, wo damals noch der Kürft Ernst, Bruder meiner Mutter und Bater bes jezigen Statthalters, wohnte, ein Mann von alter ritterlicher Art mit seiner geistwollen und schönen Gemahlin, 1) war für uns von großem Wert. Nähere abelige Nachbarschaft gab es nicht, so baß Schillingsfürft boch im ganzen ein einsamer Ort genannt werben konnte. Kur meine liebe Schwägerin, die von Jugend her so etwas nicht gewohnt war, war dies in mancher Beziehung schwer, zumal die trodene Luft, ber Mangel eines Fluffes und ber scharfe Wind, ohne ben Schillingsfürst selten war, ihrer Gesundheit nicht zuträglich schien. Dies veranlaßte öftere Babereisen nach Schwalbach und Schlangenbab ober an die See. Auch nach Rauben bei Ratibor, nach England und später auch nach Wien2) wurden öfters Reisen unternommen. Meines Bruders eigentlicher Natur war dies viele hin- und herreisen nicht sympathisch. Aber er nahm von allem das Beste heraus, machte überall interessante Notizen, hatte mit allen Menschen lehrreiche Gespräche und stellte sein eignes Ich immer in den Hintergrund.

Bon allen seinen Reisen und Ausenthaltsorten machte mein Bruber an den Winterabenden in Schillingsfürst Zeichnungen in ein großes slaches Buch. Er hatte dabei das jüngste Kind auf dem Schoße, die älteren standen daneben, und alle schauten mit größter Begier in das Buch, in welchem sie ihre eignen Porträts in den verschiedensten Situationen und die Porträts ihrer Eltern, Berwandten und Dienstdoten unter der Hand ihres Vaters entstehen sahen. Es entstanden auf diese Weise viele Bücher, welche eine ganze Familiengeschichte enthalten.

Mein Bruder liebte die Jagd und war ein geschickter Schütze, aber es geschah mit Maß. In seinen letzten Jahren im Reichskanzlerpalais sagte er einmal zu mir: "Ich kann keine Geweihe mehr sehen, denn die Jagd ist eine Abgötterei geworden."

Bur Ergänzung ber Mitteilungen ber Prinzessin Elise mögen bie solgenben Aufzeichnungen ber Schwägerin bes Fürsten, Prinzessin Konstantin zu Hohenlohe, bienen, welche nicht das häusliche, sondern das gesiellschaftliche Leben des Fürsten betreffen.

"Mein Schwager Chlodwig," schreibt die Prinzessin, "erschien mir stets als ein Uebergangscharakter, der, tief in den seudalen Anschauungen der Reichsunmittelbaren wurzelnd, ein intuitives lebhastes Verständnis für

¹⁾ Siehe Seite 84.

¹⁾ Siehe Seite 99.

alle liberalen Strebungen hatte, die erst in unsrer modernsten Zeit zum Durchbruch gekommen sind. Seiner milben Lebensphilosophie war es gegeben, Schroffheiten abzustumpsen, Gegensätze zu vermitteln. Ob die Gegensätze in der eignen Brust ihn nicht oft schwerzlich erschütterten, hat er in undurchbringliches Schweigen gehüllt. Wir erschien seine unwandelbare Ruhe nur eine Folge der Selbstüberwindung nach langen Seelenskämpsen.

Er nahm fich mit väterlicher Fürforge seines jungften Brubers Ronftantin an, der zur Zeit des Todes der geliebten Mutter taum dem Knabenalter entwachsen war. Er und seine Frau vermittelten auch unfre Seirat, und Marie freute sich, eine Cousine in ihren engeren Familienkreis zu bringen. Als solche hat sie mich stets bevorzugt. Sie kamen auch alle Jahre, uns als junges Chepaar zu besuchen. Die damals so extlusive, vornehme und glanzende Wiener Gesellschaft übte auf meine Schwagerin einen unwider-Ihr Mann war weniger bafür empfänglich, aber wie stehlichen Reiz. immer wollte er tein Störenfried sein und beteiligte sich mit heiterer Resignation an allen prunkvollen Festen, auf benen die schöne Erscheinung, ber toftbare Schmuck feiner geliebten Fürftin Auffehen erregten. gleitete er mich in eine Borlefung, die mich interessierte, während bie beiben übermütigeren Chehalften sich in einer Offenbachschen Operette In den Jahren 1866 bis 1870 anderten fich diefe beffer unterhielten. harmlosen Beziehungen, benn Chlodwigs bekannte politische Gesinnungen und sein Erlaß gegen bas Konzil erregten großes Mißfallen in Bien. Das machte meinem Mann große Sorgen, der felbst seines Bruders politisches Vorgeben lebhaft migbilliate. Doch Chlodwigs kamen nach wie Sie wollten fich naip ihren Anteil an bem gewohnten festlichen Treiben nicht schmälern laffen, und er tat, als merke er nicht die kuhle Steifheit, mit ber man ihm begegnete, lachelte bochftens, wenn einer gar ju plump fich feiner Begrugung entzog. Seine murbige verschloffene Haltung hielt jeden direkten Angriff ab, so daß jede peinliche Erörterung unterbleiben mußte. Unfer Raifer war ibm ftets freundlich gefinnt, was in ben letten Jahren ber Elfaffer Statthalterschaft und bes Reichstanglertums sich bis zur Berglichkeit steigerte. Der Raifer bedauerte, bas Golbene Blies nicht dreien Brudern Sobenlohe gleichzeitig verleihen zu konnen. Außer meinem Manne hatte auch der alteste Bruder Ratibor bas Blies erhalten, weil er fich stets tatträftig öfterreichischer Interessen in Berlin annahm. Gleich nach bem Tobe bes Herzogs von Ratibor wurde Chlod: wig durch das Golbene Blies, diesen exklusivsten aller Orden, ausgezeichnet. Wir hatten viele gemütliche Begegnungen im einsamen Bilbalpen, wo mein Mann eine ber schönften Gemsjagben unfrer Monarchie gepachtet hatte. Meine Schwägerin flammte auf in leibenschaftlicher Erregung für

dies neue eble Beidwerk. Ihr Gatte kam seinem Beidmannsberuse stets korrekt nach, aber mit viel geringerer Passion. Er nahm lateinische Rlassiker auf seinen Stand mit, was meine Söhne, die damals noch im Symnasium schwizten, mit Staunen erfüllte. Ich erinnere mich, daß ich einmal in den letzten Jahren auf dem Stand mit ihm war. Um uns die lange Bartezeit abzukurzen, rezitierte er mir aus dem Gedächtnis ohne Stocken die längsten und schönsten Gedichte. In unsrer poetischen Bezeisterung verpaßte er denn auch die Gemsböcke, die ihm zugetrieden waren. Zum Schlusse, als wir schon ausbrechen sollten, sesselte ihn eine Meise, die, von all dem Geknatter und Geknalle erschreckt, ängstlich Schuz dei ihm suchte. Wir verspäteten uns beträchtlich, da er damals schon sehr langsam ging. Man war um uns besorgt und hatte uns Jäger entgegengeschickt. Das unauslöschliche Gelächter der Gesellschaft, die nicht glauben wollte, daß wir uns auf einer Gemsjagd wegen einer Meise aufgehalten hatten, störte Chlodwigs passive Ruhe nicht im geringsten."

8. Das Jahr 1866.

Aufzeichnung bes Fürsten.

München, 21. März 1866.

Bei der bevorstehenden oder beabsichtigten Demonstration 1) muß man sich vor allem kar werden über Zweck und Mittel, man muß sich fragen, ob der Zweck erreichbar ist und die Mittel, die uns zu Gebote stehen, Ersolg versprechen.

Der Zweck soll sein: die Regierung durch die Bildung eines Vereins zu einer mehr entschiedenen Haltung, zu tätigem Eingreisen in die gegenwärtige Krisis zu veranlassen und ihr dabei gleichzeitig die Allianz der Nation, wenigstens des südwestlichen Teiles derselben, durch die Voranstellung des Planes der Zusammenberufung eines deutschen Parlaments zu sichern.

Das tätige Eingreifen der Regierung soll befördert werden, damit eine Einigung der Mittels und Kleinstaaten zustande komme.

Hier fragt es sich: ift dieser Teil des Programms jetzt erreichbar? Was die Dynastien anbetrifft und die sie vertretenden Regierungen, so können wir auf Beistimmung nur rechnen bei Sachsen; Württemberg ist zweiselhaft, Baden seindlich, die kleinen Herzogtümer und ganz Nordbeutschland auf preußischer Seite. Alle diese Staaten würden nur dann

¹⁾ Raheres über die beabsichtigte "Demonstration", war nicht zu ermitteln. Die Beranlassung ergibt der nachfolgende Brief des Prinzen Karl von Bayern.

dem Ruf Bayerns folgen, wenn sie durch eine populäre Agitation gedrängt würden. Darauf ist aber nicht zu rechnen.

Schon im eignen Land würde die Joee eines deutschen Parlaments jetzt mit Mißtrauen betrachtet werden. Die Situation ist jetzt derart, daß eine naive, unbefangene Anregung der Berufung eines deutschen Parlaments mit Hohngelächter aufgenommen werden würde; es müßte also das Parlament der Mittelstaaten, das sogenannte Triasparlament, vorzugsweise betont werden.

Ist aber hier auf Zustimmung zu rechnen? Die ultramontane Partei will davon nichts wissen, die Fortschrittspartei, soweit sie nationalvereinlich ist, geht von der preußischen Spize nicht ab, sie will abwarten. Die demokratische Fortschritts- oder Bolkspartei ist bei uns zu schwach, um darauf irgendeine Rücksicht zu nehmen. Es bleibt also nur die großbeutsch-liberale Fraktion. Diese ist zurzeit ohne Einsluß; wenigstens ist ihr Einsluß zu gering, um durch das Ausstellen eines Programms die bayrische Nation mit fortzureißen.

In Württemberg ift die Parteigruppierung eine ähnliche, Baden ift teils ultramontan, teils nationalvereinlich, der Norden ift ganz für den Nationalverein, es ift also auch außerhalb Bayerns für das Triasparlament keine Begeisterung zu erwecken.

Das tätige Eingreifen der Regierung soll ferner darin bestehen, aus der Neutralität heraus und in eine entschiedene Allianz mit Oesterreich zu treten.

Dieser Zweck wird auch ohne unsre Mitwirkung erreicht werden. Entweder geht Oesterreich an den Bund, überträgt die Besetzung Holsteins den Bundestruppen oder Bundeskommissären, was Preußen nicht leiden wird, dann ist der Krieg mit Preußen da, und die Allianz mit Oesterreich folgt von selbst.

Ober Defterreich geht nicht an den Bund und schlägt allein los, was unwahrscheinlich ist, dann wird die sofortige kategorische Frage beider deutscher Großmächte an die Mittelstaaten, ob ja oder nein, nicht einen Augenblick auf sich warten lassen. Dann kann aber Bayern, ob gern oder ungern, nur mit Desterreich gehen.

Die Aufstellung der Parlamentsidee der beutschen Mittelstaaten konnte aber noch zu unerwarteten Resultaten führen, die für Bayern wenig erwünscht wären. Wer steht uns dafür, daß, wenn die Parlamentsidee plötslich in Anregung gebracht und Beifall sinden würde, Preußen nicht darauf einginge, die Bundesresorm offiziell und direkt in Vorschlag brächte, wie sie dieselbe schon offiziös angedeutet hätte. Dann säßen wir mit einem Male in der Union von 1849.

Sollte ich mich aber in allen biefen Puntten taufchen, follte es boch

zweckmäßig und nötig sein, in der vorgeschlagenen Weise zur Bildung eines Bereins vorzuschreiten, so ist ein wichtiger Punkt zu berücksichtigen. Politische Demonstrationen müssen weder von hominibus novis noch von solchen ausgehen, die nicht ganz oder nicht mehr das ungeteilte Bertrauen des Volkes besigen. Wenigstens dürsen diese beiden Kategorien nicht allein die Demonstration versuchen. Demonstrationen können nur dann auf Erfolg rechnen, wenn an deren Spize Männer stehen, die das Volk (ob mit Recht oder Unrecht, bleibt sich gleich) als die Männer seines Vertrauens ansieht. Stehen diese an der Spize, so können wir uns ihnen ansichließen, treten wir aber allein auf, so werden wir als sürwizige Aristokraten verhöhnt werden und uns sür ewige Zeiten unmöglich machen. Ich rechne zu den Vertrauensmännern, von denen die Demonstration ausgehen müste, unter andern folgende Persönlichkeiten: Pözl, Schlör, Hegnenderg, Lerchenseld, Stenglein und vor allen andern Völk und Marquart Barth.

Der Zweck der Demonstration ist von Ansang an versehlt, wenn sie nicht eine zündende Wirkung ausübt. Diese freiwilligen politischen Taten sind nur dann gerechtsertigt, wenn sie die Manisestation eines alle Herzen durchglühenden Gedankens sind, wenn in dem Augenblick, wo sie statisinden, jeder ausrufen muß: "Das ist das Richtige!" Nur keinen Schlag ins Wasser, besonders wenn das Wasser trüb ist!

Darum fasse ich ben Schluß in die Worte des ersten Briefes an die Korinther Rap. 9, Bers 26:

"Ich laufe aber also, nicht als aufs Ungewisse, ich fechte also, nicht als der in die Luft streichet."

Prinz Karl von Bayern an den Fürsten.

München, 23. März 1866.

Eurer Durchlaucht

sende ich Ihre Bemerkungen vom 21. b. M., die ich heute selbst zuruckbringen wollte, mit bestem Dank zuruck.

Das Programm Bayerns, Oesterreich zu unterstützen, wenn es zum Bundesstandpunkt zurückehrt, wird von allen Parteien gebilligt. Ein in bieser Richtung tätiger Verein ist überflüssige. Ein Verein, der die so fortige Berufung eines Parlaments für Gesamtbeutschland oder für die Mittelstaaten verlangt, ist unpraktisch und deshalb lächerlich. Einen solchen Gedanken hatte ich nicht.

Das Parlament foll einstweilen nur unter ben Bebingungen ents sprechender Reform der Bundesverfassung figurieren, an die Bayern seinen Anschluß an Desterreich zu knüpfen hätte. Mir dunkt, eine günstigere Gelegenheit, ohne Revolution zu einer Bundesresorm zu kommen, als heute durste so bald nicht wiederkehren, und würde ich noch heute eine in dieser Richtung tätige, allenfalls auch, im Falle steigender Berwicklung, Zusammenberusung des Landtags bezielende Bereinigung großbeutscher Liberalen für praktisch halten.

Möglich jedoch, daß Sie recht haben, daß auch hiezu die Zeit noch nicht gekommen.

Ich habe übrigens Pfordten im Berbacht, in aller Stille nebenbei Rheinbundpolitik zu treiben; wie bann?

Dies die Bemerkungen, auf die ich vorhatte die Aufmerksamkeit Eurer Durchlaucht zu lenken.

Ich einstweilen werde den Rat der Vorsicht nicht vergessen, für welchen ich den aufrichtigsten Dank wiederhole, und verharre

Eurer Durchlaucht

ergebenster Diener gez. Karl.

Journal. 1)

München, 11. April 1866.

Heute Diner beim König. Nach ber Tafel im Wintergarten fing ber König an, mit mir von Politik zu sprechen, und äußerte fich besorgt wegen ber von Preußen aufgestellten Parlamentsibee. Ich sagte, die Parlamentsibee werbe immer wieder auftauchen, jest fei ber Moment für Bayern aunftiger als zu irgendeiner andern Zeit. Die bemokratische Partei werbe nicht unbedingt mit Bismarck geben, während dies bei einem liberalen preußischen Ministerium der Fall sein wurde. Preußen erstrebe jetzt nur die Suprematie in Nordbeutschland. Hier unterbrach mich der König und fagte: "Jett, aber später werben fie auch noch mehr verlangen." bezweifelte dies und fügte bei, daß ich glaube, Bapern werde fich jetzt mit Breußen verständigen konnen, und Breußen werde nichts dagegen haben, wenn wir uns eine ansehnlichere Stellung in Subdeutschland bilben wollten. Darauf sprach er bann von bem Einfluß, ben Bismard auf ben Konig habe und ber unbeschränkt sei. Die Königin und ber Kronpring seien gegen Bismarck. Nach mir sprach ber König mit Maurer,2) ber auch in meinem Sinne sprechen wollte, und mir nachher fagte, er habe ben Rönig besonders ermahnt, sich jett nicht zu fürchten und die Gelegenheit au benüten.

¹⁾ Hier beginnen die regelmäßig fortlaufenden Aufzeichnungen des Fürsten, die er sein "Journal" nannte.

⁹⁾ Staatsrat von Maurer (1790 bis 1872), Mitglieb ber Rammer ber Reichsräte.

München, 31. Mai 1866.

Geftern Abend angekommen. Die Abresse ist gestern Morgen beraten worden. Arco-Balley, den ich auf dem Bahnhof fand, erzählte mir, daß Zu Khein eine gegen Preußen gerichtete Verschärfung der Abresse begutachtet und in längerer Rede besürwortet, Wilhelm Löwenstein eine Milderung im preußischen Interesse beantragt habe. Die Kammer nahm aber das Projekt von Harleß als genügend scharf und würdig an. Ich glaube, Staussenberg hat die Sizung, wenn auch nicht absichtlich, doch nicht ohne innere Vestriedigung unmittelbar vor meiner Ankunst angesetzt. Er wollte mir die Gelegenheit nehmen, ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Vielleicht hatte er aber auch nur den Plan, so bald wie möglich wieder acht Tage Ferien zu machen, um heute abreisen zu können.

Die Stimmung ist hier gegen Preußen. Die Sympathien für Preußen, die in der Armee geherrscht haben, sind verschwunden, wie man sagt. Ich ging gestern lange mit Bobenstedt auf dem Dultplatz auf und ab, der insbesondre für Volksbewaffnung sprach, natürlich neben den stehenden Heeren. Es sei nun einmal ein Schlagwort der Demokratie, und wenn die Leute sich diese Kosten und Unannehmlichkeiten machen wollten, so solle man sie damit beglücken. Revolution werde dadurch nicht entstehen.

Der König hat sich unter den Münchner Bürgern durch seine Reise nach der Schweiz 1) sehr geschadet. Man soll ihm öffentlich auf der Straße Schimpsworte nachgerusen haben; dei der Fahrt nach der Kirche am Eröffnungstag des Landtags ist er vom Publikum nicht behurrat worden, und man hat ihn kaum gegrüßt. Nun hat er den Polizeidirektor Pseuser, 2) wie man sagt, deshalb nach Augsburg als Regierungsdirektor versetz (als wenn die Polizei die Stimmung machen könnte), und Friz Luxburg 3) zum Polizeidirektor ernannt, der darüber unglücklich ist und sich noch nicht entschieden hat, ob er annehmen soll.

Pfordten erklärt wiederholt, daß er die Wirtschaft satt habe, bleibt aber doch und wird wahrscheinlich als Bundesbevollmächtigter zu den Konserenzen gehen. Ich begreise nicht recht, wie dies mit dem Landtag zusammenpassen wird, da dann kein Minister da ist, der die Vorlagen der Regierung vertreten kann.

Man erzählt, der König habe die Kammern nicht persönlich eröffnen wollen, da seien denn der alte König Ludwig und der Prinz Karl nach

¹⁾ Die Reise nach ber Schweiz, wo der König den Schauplatz des "Tell" bes suchte, wurde irrtümlich von der öffentlichen Meinung als eine Begegnung mit Richard Bagner außgelegt.

⁹ Spater Minifter bes Innern.

⁹⁾ Graf Lugburg, 1871 Prafett in Strafburg, dann Regierungsprafident in Burzburg.

Berg gefahren und hätten ihm la leçon gemacht. Der Schlußsatz ber Abresse ber Reichsräte ift auch eine gute Lehre:

"Bo die Hingebung eines Monarchen an seine in der Gegenwart doppelt schweren Regentenpslichten vom Bertrauen zu seinem Volke getragen ist und hinwiederum das Vertrauen des Volks sich durch jene Hingebung gestärkt und gehoben sühlt, da kann Fürst und Volk mit Zuversicht selbst in eine dunkle Zukunft blicken. Einigt uns ein solches Band wechselseitigen Vertrauens, dann dürsen wir mit Eurer Majestät hoffen, daß, wenn es trot aufrichtiger Bemühung um Frieden zum Wafsenkampse sur das Recht kommen sollte, die Tapserkeit unsers Heeres und des Volkestreue Vaterlandsliebe mit Gott den Sieg erlangen werde."

München, 1. Juni 1866.

Prinz Reuß 1) fürchtet, daß die antipreußischen Demonstrationen in der bayerischen Kammer das Resultat haben werden, schließlich die preußische Bewölkerung gegen die süddeutschen Staaten aufzubringen und dadurch den Krieg zu befördern. Er behauptet, Preußen werde immer mehr und mehr in die Desensive gedrängt. Desterreich werde durch die künstliche Steigerung des Kriegsenthusiasmus zum Krieg genötigt werden. Das Projekt der Bundesresorm, welches er mir mitteilte, bezieht sich auf wenige Punkte, läßt die Zentralgewalt ganz aus dem Spiel und wird niemand befriedigen. Ich sagte ihm dies heute und machte ihn ausmerksam, daß Bismarck durch eine Parlamentsberusung ohne gleichzeitige Organisierung einer Zentralgewalt nur die Revolution befördere. Vielleicht ist dies seine Absicht. Meiner Ansicht nach wäre eine Versammlung von Ministern mit gleichzeitiger Zuziehung von Vertrauensmännern aus den Kammern, die dann zusammen ein Projekt einer Bundesversassung zu beraten und ein Wahlgeset zu beschließen hätten, der einzig praktische Weg zum Ziele.

München, 3. Juni 1866.

Gestern Abend war wieder Bierkrawall im Sterngarten. Die Landswehr schoß auf die Tumultuanten, wobei ein Mensch getötet und zwei verwundet wurden. Ich hörte das Schießen, dachte aber, es sei Feuerwerk in einem der Biergärten. Daß dieser Unsug durch bezahlte Leute veranlaßt wird, unterliegt gar keinem Zweisel. Heute Nachmittag soll beim Löwensbräu der Lärm wieder beginnen. Wer es anstiftet, ist nicht klar. Die Liberalen sagen, es seien die Ultramontanen, die Revolution machen wollten, um den jungen König zu vertreiben; die andern sagen, es seien Bismarcksche Agenten, die den Spektakel veranlaßten, um Bayern zu nötigen, einen Teil seiner Truppen von der Grenze ab und nach dem Innern zu ziehen.

¹⁾ Preußischer Befandter in München.

Die Konferenzen scheinen auf Schwierigkeiten zu stoßen. Degenfeld,) ben ich heute traf, sagte, daß Oesterreich Bedingungen stelle, die ohne Zweisel die ganze Konferenz scheitern machen würden. Es scheint, man will in Oesterreich den Krieg um so mehr, je mehr man hört, daß in Preußen wenig oder keine Kriegsbegeisterung herrscht. Ich zweisle nicht mehr an dem Krieg. Napoleon wird sich dann schließlich mit Italien und Preußen verbinden, und wenn die südwestdeutschen Staaten zu viel Lärm machen, werden sie gemeinschaftlich von Frankreich und Preußen besetzt werden. Wir sind militärisch zu wenig organisiert, als daß hier auf großen Wiederstand zu rechnen wäre.

Die Entlassung des Polizeidirektors Pfeuser ist verursacht durch einen offenen Bericht desselben an den König über die notorisch schlechte Stimmung der Hauptstadt. Man hat ihn, ohne ihn davon zu benachrichtigen, seines Umtes entsetz und zum Regierungsdirektor in Augsdurg ernannt. Der Minister des Innern, statt dagegen zu remonstrieren, hat sich diesen sultanischen Eingriff seitens des Kabinetts als echt dureaukratische Schlasmütze gefallen lassen. Solange der König durch die Erdärmlichkeit des Beamten- und Hosadels in seinen Einfällen unterstützt wird, so lange wird er fortsahren, sich als einen Halbgott anzusehen, der sich alles erslauben kann, und für den die übrige, wenigstens die bayrische, Welt gesschaffen ist.

4. Juni.

Gestern Abend erzählte mir jemand, Blome²) sei der Chef der Kriegspartei in Oesterreich und dringe um so mehr auf Krieg, als er glaube, jett sei der geeignete Moment, um die weltliche Macht des Papstes in ihrem früheren Umfang wiederherzustellen. Wenn die Jesuiten, unter deren Einfluß selbst Bismarck steht, den Krieg für ihre Interessen nötig erachten, dann kann uns kein Gott den Krieg abwenden. Seit ich das weiß, zweisse ich nicht mehr, daß es in vierzehn Tagen losgeht.

München, 5. Juni.

Desterreich wird ben Kongreß oder die Konferenzen nicht beschicken. Daraus folgern die Leute, daß der Krieg sofort ausbrechen wird, insbesondere wenn es wahr wäre, daß Preußen in Wien erklären wolle, die Zusammenberufung der Stände in Holstein werde von Preußen als Casus belli angesehen werden. Infolgedessen allgemeiner Schrecken in München. Dagegen sagt Könnerig, 3) Bismarck sei in einer scheußlichen Lage, er sehe nun ein, daß er sich zu weit vorgewagt habe, daß die Stimmung gegen

¹⁾ Bürttembergischer Gesandter.

²⁾ Der öfterreichische Gesandte in München.

⁹⁾ Sachfifder Befanbter.

ihn zu sehr überhandnehme, die Militärorganisation nicht genüge und die Landwehr nicht den nötigen kriegerischen Geist habe. Das Gardekorps könne nicht von Berlin weg, weil die Stimmung dort zu schlecht sei, und infolge aller dieser Dinge spreche man von Abdankung des Königs. Ob dies eine zu sächsisch gefärdte Anschauung ist, weiß ich nicht.

In betreff ber schleswig-holsteinschen Sache soll ein Projekt besprochen werden, nach welchem der Herzog Friedrich zugunften seines Sohnes auf die herzogliche Krone verzichten und eine Vormundschaft einsgesett werden solle, dann könne Preußen eher nachgeben (?).

Wenn wirklich in Preußen ein Thron- und Systemwechsel eintritt, bann wird die preußische Nationalvereinspartei in Bayern wieder stärker und die Position der bayrischen Regierung schwieriger werden.

München, 7. Juni 1866.

Je länger ich hier bin, besto klarer wird mir die Lage der Dinge in Bayern. Es muß sich erst langsam alles vor mir aufrollen, damit ich ein richtiges Bild bekomme, und dazu gehören viele langweilige Besuche und Abende auf dem Klub.

Gestern war Berchtolb 1) lange bei mir und erzählte mir von ben Unterhaltungen der Abgeordneten im Abrefausschuß. Pfordten hat feine Politik offen dargelegt und die Zustimmung aller Parteien erhalten. Man hat ihm gesagt, gegen ihn habe man nichts, wohl aber gegen seine unfähigen Rollegen. Bayern halt am Standpunkte bes Bundes fest, und darin wird Pfordten von allen Parteien unterstützt. Die Linke der Kammer stimmt ungern mit, aber sie kann kein andres Programm finden. Trias ift dabei nicht ausgeschlossen und wird ebenfalls vorbereitet. Berchtold erzählte mir, es gehe das Gerücht, ich hätte mich mit der Fortschrittspartei. Barth und Bölt verständigt, und diefe wolle den König zu fich herliberziehen, Wagner zurückrufen laffen und mich dann zu ihrem Minifterkandidaten machen. Ich komme sehr unschuldig zu dieser Ehre und habe außer mit Herrn Umbscheiden, 2) dem ich oft auf der Straße begegne, da er in meiner Nachbarschaft wohnt, mit keinem Abgeordneten der Linken gesprochen. Da Pfordten aber jett fester steht als je, so ift von einer solchen Rombination, die mir sehr unangenehm wäre, keine Rebe.

9. Juni.

Heute ift die Abrestebatte in der Rammer der Abgeordneten zu Ende geführt worden. Sie hat zwei Tage gedauert. Im allgemeinen hat man das Ministerium Pfordten wenig angegriffen. Für unbedingten Anschluß

¹⁾ Fortschrittlicher Parlamentarier.

²⁾ Justizbeamter, ehemals Mitglied bes Frankfurter Parlaments.

an Oefterreich hat sich, soviel ich gehört habe, keine Stimme erhoben. Diese Ungewißheit und das Schwankende der ganzen Lage veranlaßte die Abgeordneten zu vorsichtigen Reden. Im ganzen wurde viel Unbedeutendes gesagt, da niemand mit der Farbe herauswollte.

Der Referent, Professor Ebel von Würzburg, sagte ungefähr das, was man gewöhnlich in der "Allgemeinen Zeitung" liest. Er war grenzenlos langweilig. Die Linke, Völk und Hofmann sprachen in sehr gewundenen Redensarten. Ein Abgeordneter der Pfalz sagte, man dürse nicht mit Desterreich und nicht mit Preußen gehen, aber auch nicht neutral bleiben, sondern müsse das Heer zur Disposition des deutschen Parlaments stellen, worauf ihm Pfordten erwiderte, er möchte ihm doch erst sagen, wo das deutsche Parlament zu sinden sei.

Pfordten sprach klar wie immer und stellte sich ganz auf den Standpunkt des Bundesrechts. Damit wird er freilich nicht weit kommen, wenn der Bund durch den Krieg der beiden Großmächte zerrissen sein wird. Für die engere Berbindung der deutschen Mittels und Kleinstaaten, die sogenannte Trias, scheint die Stimmung jetzt sehr günstig. Ob dieser Plan aber ernstlich durchgeführt werden wird, ist mir noch zweiselhaft.

Die Debatten über die Gelbfrage werden Ende der Woche in der Zweiten Kammer beginnen, dann bekommen wir diese Diskussionen in der Woche vom 17. zum 28. Juni. Ich werde dabei wahrscheinlich Gelegenheit haben, gegen das Staatspapiergeld zu sprechen.

Der Krieg scheint jetzt unvermeidlich. Ich habe allen Grund, zu vermuten, daß Napoleon mit Preußen einverstanden ist und die Sachen so gehen werden, wie ich es schon früher geschrieben habe.

München, 16. Juni 1866.

Schlag auf Schlag kommen jett merkwürdige Nachrichten. Erst der Austritt Preußens aus dem Deutschen Bund infolge der Mobilisierungserklärung der Bundesarmee — nun heute die Nachricht von dem Einmarsch
der Preußen in Sachsen, der Abreise des Königs Johann nach Prag und
dem Rückzug der sächsischen Truppen über die böhmische Grenze. An
hannover hat Preußen eine Sommation ergehen lassen, zu entwassen
oder es werde einrücken, ebenso an Kurhessen. So ist denn der Plan der
Teilung Deutschlands so ziemlich sertig. Wir hier lassen uns schieden,
bald von Preußen, dann wieder von Oesterreich und haben keinen sessen

Die bayrische Armee ist in keinem genügenden Zustand. Der Prinz Karl als Oberfeldberr ist zu alt. Die Offiziere haben kein rechtes Bertrauen in die eigne Kraft. Ich glaube nicht, daß wir große Lorbeeren ernten werden bei der noch so guten Gesinnung der Mannschaft und troß der angeborenen Rauflustigkeit der Bayern.

In der Kammer der Abgeordneten wird am Montag die Debatte über die 31 Millionen stattsinden, die für militärische Zwecke nötig sind. Ich bin neugierig, die Reden über Papiergeld zu hören. Brater und Kolbsind meiner Ansicht und dagegen.

Der König sieht jest niemand. Er wohnt mit Taxis 1) und dem Reitsnecht Bölf auf der Roseninsel und läßt Feuerwerke abbrennen. Auch die Reichsräte, welche ihm die Adresse überbringen wollten, sind nicht empfangen worden. Ein Fall, der im konstitutionellen Leben Bayerns unerhört ist. Ergebenheitsadressen nicht zu empfangen, und zwar von dem getreuen Reichsrat, das stimmt die hohe Rammer sehr trüb. Die eigentlichen Münchener räsonieren wieder recht. Andre Leute kümmern sich nicht um die Kindereien des Königs, da er ja die Minister mit den Kammern ganz ungestört regieren läßt. Es ist aber sein Benehmen unklug, weil es dazu Gelegenheit bietet, ihn verhaßt zu machen. Um 1 Uhr war ich bei Reuß, der seine Abberufung erwartet. Louis 2) will eintreten. Er muß es auch, wenn er seine Stellung in Preußen nicht ganz verderben will.

Das große Publitum sieht die ganze Krisis mit einer gewissen Gleichgültigkeit, mit einem objektiven Interesse an. Daß die gegenwärtigen Zustände nicht dauern können, das sieht jedermann ein. Warum für die Erhaltung derselben Krieg sühren? Könneritz meint, Bayern werde doch nicht aktiv auftreten.

Heute Abend ist, wie Stauffenberg erzählt, hier Judenkrawall angesagt. Ich glaube es aber nicht.

München, 19. Juni 1866.

Infolge des Antrags auf Mobilisierung des Bundesarmeekorps hat Preußen seinen Austritt aus dem Bund angekündigt und hat Sachsen, Hannover und Hessen angegriffen. Die bayrische Regierung, die die jest in einem Zwischenzustand angeblicher Unparteilichkeit war und sich schweichelte, darin bleiben zu können, ist plözlich zu ihrem Ersaumen aus ihrem Traum ausgeweckt und genötigt worden, sich auf die österreichische Seite zu stellen. Sie hat dem preußischen Gesandten angekündigt, daß sie die diplomatischen Verbindungen abbreche, und Reuß ist mit Louis heute abend um 6 Uhr abgereist. Ich habe ihm noch auf der Eisenbahn Lebewohl gesagt, es war dort die französsische, die russische, die italienische Gesandtschaft, serner Quadt, Deroy und ich.

Reuß ist mit schwerem Herzen abgereift, da er ohne Zweifel nicht

¹⁾ Ordonnanzoffizier Prinz Paul Taxis.

⁹⁾ Prinz Ludwig zu Sayn-Wittgenstein, Bruder der Fürstin, damals bei der preußischen Gesandtschaft in München.

wieder hierher zurücklehren wird. Alvensleben bleibt noch einige Zeit hier, um alles in Ordnung zu bringen.

Die verschiedensten Gerüchte werden hier verbreitet. Einen Tag sagt man, die Preußen seien in Hof, den andern Tag, die Oesterreicher hätten Görlitz mit Sturm genommen, ein Erzherzog sei geblieben u. s. w., dann will jemand ein Telegramm gelesen haben von jemand in der Nähe von Frankfurt, der dort Kanonendonner gehört habe.

Unfre Armee ift nicht in besonderem Stand, und die Oesterreicher tun gut, noch Truppen zur Unterstützung nach Süddeutschland zu schicken, es werden in diesen Tagen Oesterreicher erwartet.

Ich fürchte, daß jett der Krieg sehr lang und sehr blutig werden wird. Man wird sich nur nach und nach an den Krieg gewöhnen, aber die Gewohnheit wird kommen, und wenn die Deutschen einmal im Rausen sind, dann wissen sie kein Ende zu finden.

Die Rheinpfälzer haben eine Deputation hierher geschickt, um sich zu beklagen, daß man sie den Franzosen preiszebe. Der Kaiser Napoleon lasse scharakterlose Bolk dort, das nie eine Anhänglichkeit an irgendeinen Souverän und ebensowenig an Deutschland gehabt hat, wird sich leicht französisch machen lassen. Das empört die dortigen Patrioten, und sie schieden Deputationen, um zu bitten, daß man sie schütze. Wo aber eine Armee hernehmen, um die französischen Truppen abzuhalten? Unstre Truppen haben genug zu tun, um die Preußen abzuhalten, für die Pfalz bleibt nichts übrig.

Heute war eine lange Reichsratssitzung, in der ich einen Antrag zur Garantie gegen die Nachteile des Papiergeldes einbrachte. Die Kammer und das Ministerium waren aber nicht damit einverstanden, und so zog ich ihn zurück, da meine Absicht nur darin bestand, die Frage zur Sprache zu bringen.

Heute Abend fand ich Pfordten im Klub. Er klagte über den Krieg, der die Zerreißung Deutschlands zur Folge haben werde, er wiederholte: "Das ist das Ende von Deutschland!" Ich glaube es jetzt fast auch. Preußen wird sich in Norddeutschland arrondieren als großer preußischer Staat, wir in Süddeutschland werden unter französischer oder österreichischer Protektion fortvegetieren, dis auch unsre Stunde geschlagen haben wird, und ein Teil an Frankreich, ein Teil an Desterreich fallen wird.

Baron Guttenberg kam spät auf den Klub und erzählte, die Preußen hätten sich in der Nähe von Hof gezeigt. Taxis 1) habe darauf schnell seine Truppen gesammelt und ihnen entgegengeschickt, worauf sie wieder über die Grenze zurückgegangen wären ohne Gesecht. Das soll richtig sein.

¹⁾ General Prinz Taris mar ber Schwiegervater des Freiherrn von Guttenberg. Fürst Hohenlohe, Dentwürdigkeiten. I

Leidenhayn erzählt, man rasoniere in seinem "Alub" über den Arieg. "Was wir denn gegen die Preußen hätten, wozu wir für den Augustenburg Arieg sührten?" so sagten die dortigen Gäste. "Wenn der Max noch lebte," sehte er hinzu, "so würde es nicht soweit gekommen sein."

München, 21. Juni 1866.

Beute hatten wir unfre lette Sitzung über ein Geset, die Erweis terung bes Rechts ber Bant zur Emission von Banknoten betreffend. Pfordten hielt am Schluß ber Sitzung eine Abschiederebe, in ber er hervorhob, daß die baprische Regierung das ihrige getan habe, um den Krieg abzuhalten u. f. w. Um 1 Uhr af ich mit einer Anzahl Reichsrate und Guftav Caftell 1) im "Bayrischen Hof". Guftav Caftell war in Bamberg gewesen, um bort in der Residenz Anordnungen für das Hauptquartier zu treffen und mar gestern abend hierher zuruckgekehrt. Bring Karl ist gestern Mittag mit seinem ganzen Hauptquartier nach Bamberg abgereift. Bon der Tann ift Generalquartiermeifter, eine Unzahl Offiziere u. f. w. reisten im Gefolge mit; besgleichen ein österreichischer General Supn. Brinz Luitvold ist auch ins Hauptquartier, ber König geht morgen dabin ab, wie man fagt, wird fich aber nur turze Beit bort aufhalten. Es wird heute wieber von Schlachten gesprochen. So soll in Sachsen ober Böhmen ein Ravalleriegefecht gewesen sein und bei Oppeln eine große Schlacht stattgefunden haben. Doch ist nichts Sicheres bekannt. Die Stimmung ist bier nicht begeistert. Man ist von ber Notwendigkeit bes Rrieges überzeugt, beklagt ihn aber und geht ungern mit. München ift verobet die Leute stehen an den Schaufenstern der Buchhandlungen, feben Die Landkarten an und erzählen fich bie Gerüchte.

Dusemann war eben bei mir und erzählte, der "Neue bayrische Kurier" halte sich darüber auf, daß ich Reuß auf die Bahn begleitet habe. As wenn darin eine Sympathie für Preußen zu sinden wäre. Ich konnte doch Louis nicht abreisen lassen, ohne ihm das Geleit zu geben.

Gestern Abend war ich um 11 Uhr auf der Eisenbahn, um österreichische Truppen durchpassieren zu sehen. Es waren aber nur Wagen
mit Bedeckung von Italienisch sprechenden Soldaten. Eine Menge Zuschauer lustwandelte dort umher. Ueberhaupt ist alles immer auf den Beinen, um nach dem Bahnhof zu gehen und dort die Truppenzsige zu
betrachten. Ich gestehe, daß mich der Andlick traurig stimmt, da es sich
um einen Krieg in Deutschland und zwischen Deutschen handelt.

hier überlegt man, ob man feine Roftbarkeiten nicht in bie Schweiz

¹⁾ Graf Gustav Castell = Castell, damals Artilleriehauptmann und Abjutant des Königs.

bringen folle. Ich habe indessen doch wieder vernünftige Leute gehört, die solche Fluchtversuche für einfältig halten.

München, 26. Juni 1866.

Geftern Abend von Baben guruckfehrend, erfuhr ich, bag ber Bergog von Augustenburg hier sei. Ich ging heute Nachmittag zu ihm. Er lub mich ein, bei ihm zu effen, wo ich Samwer, einen Dr. Lorenzen und einen Major Schmidt fand. Nach Tisch fuhren wir beibe zu Schack und bann in den Englischen Garten. Er ergablte mir feine gange politische Lebensgeschichte seit 1863. Er ift merkwürdig ruhig und vertrauensvoll und zweifelt nicht an dem Gelingen seiner Sache. Neu war mir, daß ber König von Breußen und Bismarck mit ihm vollkommen einverstanden waren, bis zu der Reise Bismarcks nach Biarrig. 1) Nach bessen Ruckehr suchte Bismarck alle möglichen Ausflüchte und Umwege, und brachte bann die ganze Sache so weit, wie fie jett ift. Er, ber Bergog, mar zu allen moglichen Konzessionen bereit. Bismarct wollte aber die Annexion. Der Bertrag mit Italien war schon vor der Gasteiner Konvention abgeschlossen. 2) und Bismarct hat ben Rrieg schon seit zwei Jahren vorbereitet und alle barauf bezüglichen Magregeln getroffen. Damals scheiterte die Sache an dem Widerstand bes Konigs, der "nicht über ben Graben wollte". Deshalb allein schloß man die Gafteiner Konvention ab. Der Bergog fagt, die ganze Geschichte mit der deutschen Reform, mit dem Parlament u. f. w. sei lauter Schwindel. Bismarck wolle nur die Arrondierung Preußens, mas er von Preußen aufgeben muffe nach bem Rrieg, fei ihm gang gleichgultig, wenn er nur mehr Quabratmeilen burch anderweitige Entschädigungen erhalte. Er will Hannover, Schleswig-Holftein und Beffen, vielleicht auch Sachsen.

Der Herzog hofft, daß Oesterreich und die übrigen beutschen Staaten ichließlich stegen wurden.

Vom Herzog von Koburg sagte er, es sei einer von den Leuten, die immer eine Rolle spielen wollten und es nicht abwarten könnten, dis wieder das Rad herumgegangen sei, wo sie an ihrer Stelle wieder eingreisen könnten. Er selbst versteht das Warten. Das muß man ihm lassen. Er macht einen überaus guten Eindruck mit seiner Ruhe und seinem ehrlichen, guten Gewissen. Er wartet nun hier auf den König, weiß aber noch nicht, wo er sich nun hinwenden wird.

Im übrigen ist es hier ruhig. München ist wie ausgestorben. Die Nachricht vom Siege der Oesterreicher in Italien 3) hat große Freude erregt.

¹⁾ Gemeint ist wohl ber Aufenthalt in Biarrit im Oktober 1864.

²⁾ Ueber die Berhandlungen mit Italien im Sommer 1865 siehe Sybel, "Begründung des Deutschen Reichs", Bb.4 S.129 der Bolksausgabe.

³⁾ Schlacht bei Cuftozza am 24. Juni.

Thurnau, 28. Juni.

Seit gestern bin ich hier. Von München bis Nürnberg merkte man nichts von den Kriegszeiten. In Nürnberg sing es an, militärisch lebendig zu werden. In Bamberg war eine Batterie des 3. Artillerieregiments. Ich sand den Hauptmann von Massendach, dem ich meine "Allgemeine Beitung" gab, worüber er sehr erfreut war. Die Soldaten benahmen sich wie rohe Bauernlümmel am Sonntag, sie johlten und lärmten greulich. Der Restaurateur des Bahnhofs klagte mir sein Leid über die traurigen Beiten. Da, wo sonst Kissinger Badegäste in eleganter Toilette zu Mittag aßen, tobte das Kriegsvolk. Auf dem Weg nach Lichtensels begegnete ich Zügen mit Kürasseren. In Lichtensels standen Borposten aus. Hier herum ist alles leer. Wer weiß, ob nicht die Preußen hereinkommen, ehe ich wieder abreise. Doch wird sie die verlorene Schlacht in Böhmen, 1) von der man heute in der Zeitung liest, wohl etwas vorsichtiger machen.

München, 3. Juli 1866.

Die neuesten Nachrichten vom böhmischen Kriegsschauplat bringen hier eine Stimmung hervor, die nicht eben für die Charakterfestigkeit der Bevölkerung spricht. Jetzt finden auf einmal die Leute, es sei boch besser gewesen, neutral zu bleiben, gegen bie preußischen Bunbnabelgewehre konne man doch nichts machen u. f. w. Dazu kommt, daß unfre Armee, welche bie Hannoveraner fehr gut hatte befreien konnen, Wochen verloren bat, ohne daß dafür ein Grund befteht ober wenigstens bekannt ift. Man hörte im bayrischen hauptquartier ben Ranonenbonner von Langensalza und hat sich nicht gerührt. Wenn man freilich den Krieg von München aus birigiert, wenn sich bas Hauptquartier ber Leitung eines ehemaligen Professors 2) unterordnet und die Besehle erst aus dem Ministerium des Auswärtigen erhält, dann kann man keinen Krieg führen. Die Indignation ber baprischen Offiziere foll barüber groß gewesen sein. Infolge alles bessen verlieren die schwachen Leute den Mut, die andern schimpfen noch ärger als je. Daß die gegenwärtige Bundesmilitärverfassung sich nicht bewährt hat, daß auch die gegenwärtige Bundesverfassung sich überlebt hat, das wird nach und nach allen Leuten klar. Gestern Abend 7 Uhr ging ich vom "Bagrischen Hof", wo ich an der Table d'hote mit den Herren des Berzogs von Augustenburg gegeffen hatte (ber Berzog ift auf einige Tage nach Langenburg), nach Hause. Ich kam aber erst nach $1^{1}/_{2}$ Stunden zu Haufe an; benn in ber Ludwigstraße fand ich Taufffirchen, 3) Deroy

¹⁾ Das Treffen bei Trautenau am 27, Juni.

²⁾ von der Pfordten war in Würzburg und Leipzig Professor gewesen.

³⁾ Graf Taufftirchen, bamals Stabtrichter in München.

und Gustav Castell, benen sich andre anschlossen. Da stand man und politisserte eine Stunde. In der Briennerstraße fand ich Gräsin Lerchenseld mit sechs alten Damen, die mich umringten und ebenfalls politische Diskussionen begannen. Dann zog ich mit den Damen nach der Redaktion der "Bayrischen Zeitung", um das Extrablatt zu kausen, wo aber nichts Neues zu lesen war. Man fängt an hier einzusehen, daß wir uns wohl blamieren dürsten. Die Zögerung Pfordtens in diesem Winter trägt ihre übeln Früchte. Es kommt mir vor, als wenn wir uns zwischen zwei Stühle zu setzen im Begriff wären. Bielleicht wird jetzt das bayrische Armeekorps energisch vorgehen. Frau von der Tann behauptet es. Es ist zu hoffen, doch wäre es besser gewesen, unter dem Eindruck der ersten günstigen Gesechte in Böhmen und der Nachricht von Italien vorzurücken und die Hann es der "Ostdeutschen Post" nicht übelnehmen, wenn sie über Bayern loszieht.

Der König ist wieder in Berg. Die "Bayrische Zeitung" verkundet, zur Berbindung mit den Ministern werde jetzt ein Telegraph errichtet zwischen Berg und München, auch bleibe Staatsrat Pfistermeister zu dem Zweck des beschleunigten Berkehrs des Königs mit den Ministern hier in München!

München, 5. Juli 1866.

Die Nachrichten aus Böhmen bringen hier eine fehr niedergeschlagene Stimmung hervor. Dazu kommt, daß die bayrische Armee aus purer Unfähigkeit ihrer Führer ben Hannoveranern nicht zu Hilfe gekommen ift. Die "Bayrische Zeitung" entschulbigt bies bamit, "baß man im Hauptquartier nicht gewußt habe, wo die Hannoveraner seien". Rann man sich etwas Abfurberes benten ?! In unserm Kriegsministerium geht es nach altem bureaufratischen Schlendrian her. Selbstzufriedenheit und Langsamkeit überall. Der Kriegsminister von Lutz ist, soviel ich in den Aushußsitzungen der Rammer der Reichsräte beurteilen konnte, ein Mann von sehr geringen geiftigen Fähigkeiten. Ein folcher Mann, der sich noch dazu neulich seinen Ropf beim Aufsteigen aufs Pferd an die Tür anrannte und dadurch noch unfähiger wurde, leitet jett die baprische Armeeverwaltung. Prinz Rarl ist ein alter ängstlicher Herr, die Generalstabsoffiziere sind dum Teil nicht gescheiter als der Minister. Ich sehe mit Schrecken auf ben Fortgang bes Krieges. Gut ift es wenigstens, daß unsere bayrischen Soldaten ganz besonders rauflustig sind, insbesondere wenn sie gut genährt werden. Es ist möglich, daß die Solbaten das wieder gutmachen werden, was ihre Führer verfehlen.

hier, wo man schon in ruhigen Zeiten teine andre Erholung tennt, als zu rasonieren, nimmt bas Schimpfen und Besserwiffen tein Ende.

Die Nachricht der vorgestrigen Schlacht zwischen Königgrätz und

Josefstadt hat ganz besonders aufgeregt.

Jemand, der nicht ohne Einfluß ist, hat die Joee gehabt, mich zum Kultusminister in Vorschlag zu bringen, er hat mich vorher fragen Lassen. Ich habe aber gedankt, da ich erstens jeht nicht Minister werden will, zweitens nicht mit diesen Rollegen, und drittens nicht Kultusminister, wo ich mich vor Intrigen aller Arten nicht mehr retten könnte. Dazu kommt, daß das Kultusministerium die Musikanstalten unter sich hat, wo ich dann noch das Vergnügen hätte, mit Richard Wagner u. s. w. in Ronslist zu kommen. Ich wäre da wie verraten und verkauft.

Nachmittags 6 Uhr.

Mit Pfordten und mehreren Diplomaten zu Mittag gegessen. Pfordten erzählte mir, daß der Borschlag zu einem Wassenstüllstand von Paris nach Wien abgegangen sei. So scheint also der Friede in Aussicht. Es sei denn, daß man mit Preußen den Krieg allein fortsetzen wollte, was ich für eine Torheit halten würde. Un der Table d'hote stritt Pfordten mit Könnerig. Ersterer behauptete, Bismarck sei ihm noch lieder als die liberale preußische Partei, die ebensowenig Achtung vor dem Recht hätte. Rosty') meinte, Desterreich werde den Krieg mit Preußen fortsetzen, nachdem es Italien ausgegeben habe. Allgemeine Freude ist darüber, daß die Bayern sich auch wenigstens geschlagen haben. Die Preußen sind in Brückenau und in Neustadt a. S. Das 8. Armeetorps des Prinzen Alexander von Hessen läßt nichts von sich hören, und deshalb haben sich die preußischen Truppen zwischen dem 8. und 7. Armeetorps hereingedrängt. Nun wird der Wassenstillstand auch diesen Feldzug beendigen.

München, 7. Juli 1866.

Gestern hatte ich in Ansbach zu tun und suhr beshalb um 6 Uhr von hier ab. Auf dem Bahnhof begegnete mir der Redakteur der "Neuesten Nachrichten", der mir ein Telegramm zeigte, daß Napoleon die Bedingung stelle, Preußen solle Böhmen verlassen, sonst werde er die Rheinprovinz besehen. Ich habe seitdem nichts mehr von dieser Bedingung gehört. In Ansbach ersuhr ich, daß die Börse in Franksurt in Friedenshoffnungen schwelge und sich die Kurse ungeheuer gehoben hätten. In Ansbach wollte alles einpacken. Alles fürchtete die Preußen. Die Feigheit der Menschen ist noch größer, als ich es je gedacht habe. Was mich besonders ärgert, ist, daß auch die Behörden den Kopf verloren hatten. Da sieht man recht das Demoralisierende unser Bureaukratie. Männer gibt es nirgends, sondern nur tintenklecksende alte Weiber. Weil ein paar hundert Kürassiere

¹⁾ Defterreichischer Gefandtichaftsfetretar.

und Ulanen ben Ropf verloren hatten und bei einem Ravalleriegefecht bavongeritten waren und von Fulda bis Würzburg atemlos kamen, verlor ganz Unterfranken den Mut. Bon der Unfähigkeit unsere Militärverwaltung werden mir viele Beispiele erzählt. Der Präsident Zu Rhein telegraphierte nach München, man möchte doch ja besehlen, daß Würzburg nicht verteidigt werde, wenn die Preußen kämen! Unterdessen waren die Preußen schon längst wieder über die bayrische Grenze zurück.

Das Gesecht der Bayern bei Diedorf und Roßdorf 1) war sehr ansständig. General Zoller hat sich gut bewährt. Man hat sogar Gesangene gemacht und keinen Gesangenen verloren. Hier wird sortwährend Unssinn geschwatzt. So erzählt man, der Kaiser von Oesterreich sei durchzekommen, um sich in das Hauptquartier des Prinzen Karl zu begeben und von da nach Petersburg zu reisen! Dann soll er wieder nach Paris oder nach Straßburg geben u. dergl.

Ich fange an zu glauben, daß wir noch weit vom Frieden find. Benn es mahr ist, daß Napoleon den Breußen zu schroffe Bedingungen macht, zum Beispiel Wiedereinsehung ber vertriebenen beutschen Fürften, Abzug aus Böhmen mahrend der Waffenruhe u. f. w. (ich sage "schroff" im Sinne der Preußen), dann wird der König von Preußen nicht darauf eingehen, und dann rückt Rapoleon in die Rheinprovinz. Dann haben wir einen europäischen Krieg. Das wird sich nächstens entscheiben. Es spricht vieles für diese Ansicht. Es ist wahrscheinlich, daß es Napoleon gelegen fein wurde, wenn Preußen die jetigen Friedensbedingungen nicht annahme, bann hatte er bie beste Gelegenheit, bie Rheinproving zu besetzen. In biefem Fall wurde es aber möglich fein, daß Deutschland sich gegen Frantreich wendete. Die Verwirrung der politischen Angelegenheiten in Deutsch= land wurde ben hochsten Grad erreichen. Ich hoffe, bag ich mich tausche, aber unmöglich ware biefe Wendung nicht. Vorderhand ift ber Waffenstillstand wohl nicht zu bezweifeln. Was aber nachher kommt, ist unklar. Daß es so schnell aus sein sollte wie im Jahre 59, ift mir unwahrschein-Nach neueren Nachrichten foll die Panik der Würzburger ohne Grund gewesen sein, da gar teine versprengten Ravalleristen dort angetommen feien.

München, 13, Juli 1866.

Die letzten Tage hier waren Tage großer Aufregung über die Gesechte in und bei Kissingen. 2) Das Publikum machte seiner Aufregung durch Schimpsen Luft, wie es unter gewöhnlichen Leuten zu geschehen psiegt. Heute ich Gelegenheit, mit einem Offizier zu Mittag zu effen

¹⁾ Gefecht bei Bunfelb am 4, Ruli.

²⁾ Am 10, Juli.

(Dürig), ber Orbonnanzofstzier bes Generals Zoller war und bessen Leiche hierher begleitete. Dürig hat alle Gesechte mitgemacht und erzählte uns vieles. Die Soldaten haben sich überall sehr tüchtig geschlagen. Die oberste Leitung des Generalstabs und des Verpstegungswesens scheint viel zu wünschen zu lassen. Von Kissingen erzählte er, daß die Badegäste noch am Tage des Gesechts früh morgens in den Straßen umhergingen, dis auf einmal die erste Granate in die Straßen siel, dann vertrochen sie sich in die Keller, wo mancher Badegast zugrunde gegangen sein mag. Zoller wurde von einer Granate getötet, die auch Dürigs Pserd tötete. Beide stürzten gleichzeitig. Dürig hob Zoller wieder auf, der aber tödlich verwundet war. Das Stück der Granate hatte ihm die rechte Seite in der Lebergegend weggerissen. Dürig brachte die Leiche aus dem Gesecht und hat sie dann mit großem Glück durch die preußische Gesechtslinie nach Schweinfurt gesahren, wo sie ankam, als man dort von derselben Richtung, aus der er herkam, die Preußen erwartete.

Beute ift Durig wieder nach Bamberg gurud. Ueber ben Baffenstillstand herrschen die verschiedensten Gerüchte. Die einen sagen, er sei abgeschlossen, die andern, die Verhandlungen hatten sich zerschlagen. Ich glaube immer, daß man sich allerseits nach Frieden sehnt und die Preußen nur bie Berhandlungen in die Lange gezogen haben, um Beit und viel Terrain zu gewinnen. Wenn der Waffenstillstand nicht zustande kommt, so kommen wir in die üble Lage, mit Frankreich gegen Preußen fechten zu muffen, eine politische Position, die ich für unehrenhaft halte. Es wird dann bald eine Zeit kommen, wo das deutsche Bewußtsein dagegen reagieren und diejenigen verdammen wird, die einen folchen Bund eingegangen haben. Und boch kann man uns nicht zumuten, gleichzeitig gegen Desterreich und Frankreich zu kampfen. Es gibt Lagen wie die, in der fich Bayern im Jahre 1805 befand, wo man ju einem undeutschen Bundnis gezwungen wird ohne irgendeinen Ausweg! Das Leichenbegangnis bes Generals Boller geftern war impofant. Ich hatte mich bem Aug angeschloffen und ging neben bem Rriegsminister hinter bem Bringen Abalbert. Die Leichenrebe war unbedeutend. Der Pfarrer brauchte ben hochft unpassenden Ausbruck: ber Berlebte sei ein Opfer feiner Baterlandsliebe gefallen. Das kann man hochstens von jemand sagen, ber ermorbet worben ift, nicht aber von einem auf bem Felbe ber Ehre Gefallenen.

Die Deputierten der Stadt München haben Pfordten einen Besuch gemacht, um eine Aenderung des Ministeriums in betreff der Kollegen Pfordtens zu verlangen.

Ich betrachte die jetige Katastrophe mit großer Ruhe. Sie war unvermeiblich, weil der Gegensat zwischen Oesterreich und Preußen zum Austrag und zur Entscheidung kommen mußte; und es war besser jet als zehn Jahre später. Sie ist aber heilsam, weil sie viele verrottete Zustände in Deutschland aufräumt und namentlich den Mittels und Kleinsstaaten ihre Nichtigkeit und Erbärmlichkeit recht klar ad hominom demonstriert. Daß dies für die Dynastien ein Unglück ist, gebe ich zu, für die Bölker ist es ein Glück.

Der König hat Dürig nicht empfangen (obgleich er ihm auf Veranlaffung Holnsteins!) ein Pherd geschenkt hat). Aber ein "oberster Kriegsherr", der einen vom Schlachtselb rücklehrenden Offizier nicht empfängt! Ist so etwas nicht zum Schimpfen?

München, 13. Auguft 1866.

Bei meiner Ankunft in München am 12. Abends ging ich in den Klub, wo ich Gustav Castell und Taufstirchen fand. Letzterer teilte mir mit, daß Bayern zu Gebietsabtretungen genötigt werden würde. Man spricht von der Abtretung eines Teils der Pfalz an Frankreich und eines Teils von Unterfranken an Darmstadt. Ob Bayreuth an den Herzog von Roburg abgetreten werden soll, ist noch unentschieden. Die Kriegskosten, die Bayern zu zahlen haben wird, sollen sich auf dreißig Millionen Gulden belausen.

Der Herzog von Augustenburg ist wieder hier, nachdem er seinen Bruder Christian in der Schweiz besucht hatte.

Gestern Abend war ich in einer Bolksversammlung. Ich hielt dort trot einer Hike von 25° und einer Stickluft von Menschenausdünstung und Biergeruch dis 11 Uhr aus. Kolb sprach gegen den Anschluß an Preußen, Bölk für denselben. Die Stimmung in der Versammlung war geteilt. Allgemein war nur der Beisall, wenn die Tapferkeit der Armee gelobt, wenn die Führung derselben verdammt, und wenn auf von der Pfordten geschimpst wurde. Die Verssammlung war merkwürdig durch die Erregtheit, die sich in den Gesichtern der Zuhörer kundgad. Ich sand im Saal keinen Platz und brachte den Abend auf einem Gestell für Vierfässer in dem Vüsett zu, von wo aus man sehen und hören konnte, ohne gesehen zu werden, was für mich besonders wichtig war.

In der großen Politik liegt jetzt alles an der Entscheidung des Königs von Preußen. Bismarck will dem Wunsch des Kaisers Napoleon nachzeben und ihm Saarbrücken, Luxemburg und einen Teil der dayrischen Psakz geben, der König sträudt sich dagegen. Wenn der König nicht nachzeidt, so entsteht Krieg zwischen Preußen und Frankreich. Dann werden wir mit Desterreich und Frankreich gegen Preußen gehen. Ob dieser Entschluß sehr deutschpatriotisch ist, will ich nicht entscheiden, ob er Beisall im Volk sinden wird, dezweisse ich; doch scheint mir, es wird so kommen.

¹⁾ Oberft-Stallmeifter Graf von Holnstein.

Patriotismus und Volksstimmung kommen jett wenig in Betracht. Wollte man diese Eventualität vermeiden, so müßte man sich mit Preußen verständigen, und dazu ist weder in Berlin noch in München große Luft.

Die beposseiterten deutschen Souveräne intrigieren an allen auswärtigen Hösen um Intervention des Auslands. Die offiziellen und nichtofsiziellen Agenten laufen sich die Beine ab. Das deutsche Bost hält Reden und schimpft, und unterdessen bereiten sich die Tatsachen ohne seine Mitwirkung vor, die es dann plözlich vor sich stehen haben wird und zu denen es dann wird schweigen mussen und zahlen. So war es immer, und so wird es auch noch eine Zeitlang bleiben.

München, 18. Auguft 1866.

Gestern war ich beim neuen Ariegsminister, 1) um ihm meinen Gegenbesuch zu machen. Es ist ein eleganter Ofsizier, dem man es ansieht, daß er ein großes Vermögen, eine unabhängige Stellung und seine Vildung hat. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lutz, der ein geschraubtes, ungesundes Wesen hatte, macht er einen frischen, angenehmen Eindruck; und doch behauptet man, daß dieser Ariegsminister nicht die Fähigkeiten habe, die Armee neu zu organisieren. Was der bayrischen Armee sehlt, ist gründliche sachwissenschaftliche Vildung und die nötigen Vildungsanstalten. Man hat dies dem Prinzen Karl, wie mir der alte M. versichert, seit dreißig Jahren gepredigt, dieser fand aber die Vildung vollkommen genügend.

Bon den Berliner Friedensunterhandlungen erzählt man u. a. folgendes: von der Pfordten sagte Bismarck, er begriffe nicht, warum man Bayern so harte Friedensbedingungen mache, da doch Sachsen, Württemberg und Hessen so günstige Bedingungen erhielten. Darauf sagte Bismarck: "Was wollen Sie? Für Sachsen verwendet sich Desterreich, für Württemberg und Darmstadt Rußland — für Sie verwendet sich niemand!" Sine bittere Kritik der von der Pfordtenschen Politik.

Man hat sich hier les bonnes graces bes Kaisers Napoleon verschaffen wollen und hat Perglas nach Paris geschickt. Der ist aber gar nicht einmal von Napoleon empfangen worden, und seine Mission ist gescheitert. Wäre ich schadenfroh, so würde mich das freuen.

Gestern ging das Gerücht, Bayern habe mit Preußen eine Allianz geschlossen und ihm hunderttausend Mann zur Verfügung gestellt, wogegen Preußen auf jede Gedietsabtretung und Geldentschädigung verzichtet habe. Nähere Erkundigungen ergaben aber, daß dies Gerücht ersunden war. Der König beschäftigt sich mit Ersindung von Dekorationen für die Oper "Wilshelm Tell" und läßt sich Kostüme machen für Opern, die er dann anzieht

¹⁾ Freiherr von Pranch.

und womit er in seinem Zimmer umhergeht. Unterdessen handelt es sich darum, dem Königreich Bayern dreißigtausend Einwohner in Franken und siebenhunderttausend in der Pfalz wegzunehmen.

Der Herzog von Nassau ist hier. Er trägt eine blaue Brille und sieht wie ein Käuzchen aus. Warum er in Unisorm geht, weiß ich nicht; vielleicht haben ihm die Preußen seine Zivilkleider weggenommen. Ich sinde es begreislich und vom "rein menschlichen" Standpunkt aus zu entschuldigen, wenn sich diese vertriebenen oder, wie man jetzt zu sagen psiegt, "depossedierten" Monarchen an die fremden Mächte um Hilse gegen Preußens "Bergewaltigung" wenden. Vom deutschen Standpunkt aus läßt es sich aber nicht rechtsertigen, und im Interesse Deutschlands ist ihnen das Mißslingen ihrer Intrigen zu gönnen.

Meine Anwesenheit wird noch immer mit großem Mißtrauen betrachtet. Benn der Geheimrat Aretin ein wirklicher Basilisk wäre, so hätte er mich mit seinen Blicken schon längst vergiftet. Auch in vielen andern Blicken sehe ich solche mißtrauischen Gebanken. Prinz Ludwig ist noch nicht außer Gesahr. Man hat die Kugel noch nicht gefunden.

Bayern wird wahrscheinlich zwanzig Millionen Gulben zahlen und einen kleinen Teil von Unterfranken und ein Stück von Oberfranken, Hof u. s. w. abtreten muffen. Das ist das Neueste.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die an Preußen zu zahlende Kriegsentschädigung hatte die Kammer der Abgeordneten den Bunsch ausgesprochen, "Seine Majestät der König wolle allergnädigst geruhen, dahin zu wirken, daß durch einen engen Anschluß an Preußen der Weg betreten werde, welcher zurzeit allein dem angestrebten Endziele entgegenführen kann, Deutschland unter Mitwirkung eines freigewählten und mit den erforderlichen Besugnissen ausgestatteten Parlaments zu einigen, die nationalen Interessen wirksam zu wahren und etwaige Angrisse des Auslands erfolgreich abzuwehren".

Der Referent der Kammer der Neichstäte, Freiherr von Thüngen, sonnte diesen Antrag zur Zustimmung nicht empsehlen, sondern nur etwa in solgender Fassung: "Wir wünschen, daß Seine Majestät der König im Falle eines Angriffs des Auslands auf deutsches Gediet mit allen Kräften des Volks und des Heeres diesem Angriffe entgegentreten werde." Fürst Hohenlohe trat dagegen in der Sizung der Kammer der Reichstäte vom 31. August 1866 für den Antrag ein. "Wir scheint," sagte er, "dieser Antrag von hoher Bedeutung zu sein. Er führt uns mit einem Male in die deutsche Frage und zeugt von einer Meinungsänderung des ganzen Landes von so durchgreisender Art, wie sie mir in meinem politischen Leben noch nicht vorgekommen ist. Als ich vor siedzehn Jahren in der Sizung

vom 12. November 1849 ber Neugestaltung Deutschlands im Sinne ber damaligen Vorschläge Preußens im Sinne des engeren Anschlusses an Preußen das Wort redete, tat ich es und mußte es tun unter der ausbrucklichen Anerkennung, daß ich mich mit ben Anschauungen bes baprischen Volks im Wiberspruch befände. Ich habe mich damals den Anschauungen ber Majorität gefügt. Seitdem find zahlreiche Projekte im großbeutschen Sinne aufgetaucht und wieder verschwunden. Ich habe sie nie für prattifch burchführbar gehalten. Beute nun feben wir uns einem Antrage ber großen Mehrheit ber Abgeordnetenkammer gegenüber, ber bie Neugestaltung Deutschlands im engen Anschlusse an Breußen anstrebt. Sie werben, meine hohen Berren, es tonfequent finden, wenn ich mich biefem Antrage anschließe und Ihnen bessen Annahme empfehle. Wenn Sie ftaunend fragen, wie es möglich ift, daß ein folder Umschwung in ber Meinung bes bayrischen Bolks stattfinden konnte, so ist die Antwort darauf sehr leicht.

Nach dem Austritte Desterreichs aus dem Deutschen Bunde, nach der Sprengung des Deutschen Bundes trat an uns die Frage: was wird aus Bayern? Drei Wege blieben uns offen. Die Gründung des Südwestdeutschen Bundes, die Jsolierung Bayerns und die Anlehnung an Preußen. Daß die Gründung des Südwestdeutschen Bundes in das Bereich der Möglichlichteit gehöre, hat wohl noch niemand im Ernste behauptet. Es ist mir wenigstens noch tein wirklicher Anhänger dieses sogenannten Winkelbeutschlands vorgekommen. Ebenso unmöglich erscheint mir die Stellung Bayerns als selbständiger, unabhängiger Staat in der Mitte der europäischen Großmächte. Niemand wird behaupten, daß eine solche Stellung eines Staats von füns Millionen möglich ist ohne Anlehnung an eine größere Macht. Es könnte also nur die Frage sein, ob wir uns, wie zur Zeit des Rheinbunds, an Frankreich oder ob wir uns an Preußen anlehnen wollen.

Nun muß ich zur Ehre unsers Vaterlands konstatieren, daß selbst in den schlimmsten Tagen unser neuesten Geschichte sich kein Fürsprecher sür einen französischen Bund gefunden hat, mit Ausnahme vielleicht eines Münchner Winkelblatts, das diesen Gedanken verteidigt hat. Es bleibt also nur das Bündnis mit Preußen. Hier entsteht nun die Frage, od es jetzt schon an der Zeit sei, dieses Bündnis anzustreben. Man könnte dagegen einwenden und es ist dies, wenn auch nicht in dieser hohen Rammer, getan worden, es sei Bayerns nicht würdig, jetzt schon dem siegreichen Feinde die Hand zu reichen. Ich gestehe, daß ich diesen Einwand nie verstanden habe. Wir haben Frieden mit Preußen geschlossen, Friede aber bedeutet Versöhnung und schließt jeden Gedanken der Rache und Bitterkeit aus. Es ist die Prärogative zivilisserter Völker, den Krieg als eine politische Notwendigkeit anzusehen im Gegensate zu den Negersstämmen Mittelafrikas, die den Krieg aus Beutelust und Blutdurft sübren.

und schließlich ihre Gefangenen schlachten und verzehren. Bei zivilifierten Bölkern hort die feindliche Gesinnung auf, wenn die politische Notwendigfeit verschwunden ist, um fo mehr bei Boltern eines und besfelben Stammes, welche aufeinander angewiesen sind. Ein andrer Einwand, ber hier gemacht murbe, besteht barin, daß man erst abwarten wolle, wie ber Norddeutsche Bund sich gestalten wird, ehe man erklärt, ob man eintreten wolle ober nicht. Allein, bedenken Sie, meine hohen herren, bag folches Abwarten für Bayern fehr gefährlich werben tann. Wer steht Ihnen dafür, daß die gegenwärtige Rube Europas ungestört bleiben wird? Tritt aber ein Greignis ein, bas biese Rube erschüttert, fo fteht Bayern allein und verlaffen ba. Was es aber beißt, keinen Fürsprecher, keinen Freund, teinen Allierten ju haben, hat ber Berr Staatsminifter bes Meugern in Berlin zur Genüge erfahren. Ich halte es aber für zweckmäßiger, jeht, wo noch alles im Flusse ist, wo man noch im Organisieren begriffen ift, bie Stellung zum Norbbeutschen Bunbe zu erstreben, jest, mo es noch möglich ift, für die Gelbständigkeit Bayerns und feiner Dynaftie gunftige Bedingungen zu erlangen, als anzullopfen, um mich eines Bilbes zu bebienen, welches ber fehr verehrte zweite Herr Prafibent gebraucht hat, an einem fertigen Sause, bas sozusagen fristallisiert ift, und bessen Tore verichloffen fein können. Dann werden wir entweder ausgeschloffen bleiben, ober wir muffen uns Bedingungen fugen, die für unfre Dynaftie und für unfre Stammeseigentumlichteit vernichtend fein konnen. auch gefagt, Breugen will unser Bundnis gar nicht; ich glaube bie Stimmung in Breugen zu tennen und muß behaupten, daß biefe Abneigung gegen einen Bund mit Subbeutschland nur bei einer Bartei, bei ber fogenannten Rreuzzeitungspartei, eriftiert, ber bas tonftitutionelle Leben in Süddeutschland ein Greuel ist. Das preußische Bolt in seiner Majorität teilt diese Abneigung nicht und ebensowenig die Regierung. preußische Regierung uns keinen Borschlag gemacht hat, um uns jum Eintritt in ben Bund ober zu einem Bundnisse einzuladen, so ist bies bei ber Stellung Breugens ju Frankreich febr naturlich. Dies tann aber für bie fübbeutschen Lander und ihre Bertreter tein Grund fein, ihre Meinung du verschweigen. Ich sollte benn boch meinen, daß, wenn auch Preußen Grund hat, auf Frankreich Rucksicht zu nehmen, die deutsche Nation groß genug ift, ju fagen, mas fie will, mas fie für gut, für recht und für zwedmäßig halt für ihr eignes Wohl, unbekummert, was jenseits bes Rheins gewünscht und gehofft wird. Auch bin ich der Ansicht, daß die angebliche feinbselige Stimmung in Frankreich gegenüber von Deutschland eine durch unlautere Parteibestrebungen kunftlich gemachte ift. frangöfische Bolt ift zu großgesinnt, zu felbstbewußt und zu ebel, um sich zu fürchten vor ber Konftituierung eines geeinigten Deutschlands.

Ich gestehe, daß die Formulierung des Antrags zu wünschen übrigläßt. Wenn aber der Anschluß an Preußen notwendig ist, wenn er jetzt schon notwendig ist, so ist es Pslicht, dies auszusprechen, wie es der vorliegende Antrag, wenn auch in unvollsommener Weise, tut. Ich sehe in dem Antrage keine Mediatisierung Bayerns, sondern nur den Wunsch des Landes, auf irgendeine Weise aus der Isolierung herauszutreten. Er kann also nur die Grundlage weiterer Unterhandlungen bilden. Ich empsehle also dessen Annahme im Interesse unsers Baterlands, im Interessesse Bayerns, im Interesses Erhaltung Deutschlands."

Der Antrag der Rammer der Abgeordneten wurde von den Reichsräten abgelehnt. Mit Ja stimmten außer dem Fürsten Hohenlohe nur die Reichsräte Graf von Fugger-Babenhausen, Graf von Pappenheim und Fürst von Oettingen-Wallerstein.

In derfelben Sitzung verhandelten die Reichsräte über den weiteren Antrag der Rammer der Abgeordneten:

"Seine Majestät der König wolle dem bayrischen Volke den gebotenen Fortschritt in der Entwicklung der inneren staatlichen Einrichtungen, namentlich die Reform der Heeresverfassung, eine gesehliche Regelung des Schulwesens auf freisinniger Grundlage sowie die Sicherung voller Gewissensfreiheit gewähren und die ungesaumte Vorlage der Entwürfe zu den sozialen Gesehen anordnen."

Diesem Bunsche stimmte die Kammer der Reichsräte in der Sitzung vom 31. August 1866 bei. Dagegen stimmten die Erzbischöse von Scherr und von Deinsein, Bischof von Dinkel, Graf von Seinsheim und die Freiherren Karl und Karl Maria von Aretin.

Journal.

München, 1. September 1866.

Der zum Zweck ber Beratung des Friedenschlusses berusene Landtag ist nun zu Ende. Die Vorlage des Friedensvertrages gab mir keine Beranlassung zum Reden, und ich glaubte schon ruhig durchgekommen zu sein, als die Rammer der Abgeordneten bei Beratung eines Finanzgesetes einen Antrag sast einstimmig annahm, der die Regierung bittet, den engen Anschluß an Preußen und ein deutsches Parlament zu erstreben. So kam also diese Frage auch an uns, und nun konnte ich nicht mehr schweigen. Jedermann kannte meine Sesinnungen und erwartete von mir, daß ich diesem Antrag das Wort reden würde. Ich habe dies auch in der gestrigen Sitzung getan. Es ist nicht dem geringsten Zweisel unterworfen, daß die öffentliche Meinung in Bayern in allen Landesteilen, in allen Klassen sür den Anschluß an Preußen ist. Allerdings ist dies nicht die Meinung des Hoss und der Minister. Diese sehen darin eine Mediatisierung Bayerns

und wehren sich dagegen; ebenso die ultramontane Bartei, die aber mehr und mehr Boben verliert. Die Gegner von Preugen haben aber ein Gegenprojekt gegen ben Anschluß nicht aufgestellt. Einen Anschluß an Desterreich hat niemand vorgeschlagen, selbst die ultramontane Partei nicht, einen Anschluß an Frankreich und bas Wiederaufleben bes Rheinbundes wagt niemand vorzuschlagen; für ben südweftbeutschen Bund erhebt sich feine Stimme, ebensowenig glaubt jemand, daß Bayern allein bleiben könne. Tropbem wird mir ohne Zweifel meine Rebe in ber Hofvartei und von ben Ultramontanen fehr übelgenommen werben. Meine Chancen für bas Ministerium werden baburch sehr vermindert. Da ich nun aber boch einmal den Ruf eines Preußenfreundes habe und dieser Ruf auch durch meine politische Bergangenheit gerechtfertigt wird, so war für mich keine Wahl, als dieser Ansicht treu zu bleiben und fie offen zu vertreten, um so mehr, als ich die ganze Kammer der Abgeordneten hinter mir habe. In der Rammer der Reichsräte war die Opposition gegen mich sehr schwach. Pfordten hatte wegen des von einem baprischen Soldaten ermordeten preußischen Offiziers 1) ein Telegramm unfreundlichen Inhalts von Bismarck erhalten und bat bie Reichsräte, ja nicht zu heftig gegen Preußen aufzutreten. So fand ich wenig energische Opposition in der Rammer, und Pfordten war die preußisch gefärbte Rede recht angenehm. In der ultramontanen Presse, namentlich im "Volksboten" und im "Neuen bayrischen Kurier" werde ich ohne Zweifel recht geschimpft werden.

Man hofft hier in ultrabayrischen Kreisen durch Hinziehen und Abwarten noch etwas zu gewinnen. Man glaubt immer noch, daß es möglich sein werde, Bayern selbständig zu erhalten. Man hofft wie die Familie Micawber in "David Coppersield", "that something will turn up". Darzüber vergeht die Zeit, und Bayern geht so ganz langsam seinem Untergang entgegen. Wenn man sich zu entscheidenden Unterhandlungen mit Preußen entschließen könnte, so würde man jeht noch eine ganz erträgliche Stellung sur König und Land erreichen können. Das wird man aber nicht tun und bei der ersten großen europäischen Krisis irgend jemand zur Beutesallen. Ich habe wenigstens meine Meinung gesagt.

München, 11. Ottober 1866.

Meine Reise nach München ist in einen recht interessanten Moment gefallen und war mir zur Orientierung sehr nüglich. Gleich bei meiner Ankunft ließ ich Dr. Schanzenbach 2) rufen, um Philipp Ernsts Knie zu

¹⁾ Ein bayrischer Soldat hatte aus einem Gisenbahnwagen heraus einen preußischen Offizier erschossen.

²⁾ Angesehener Argt, ber sich ber Runbschaft ber vornehmen Gesellschaft erfreute.

untersuchen. Nachdem er das nötige Pflafter verordnet hatte, ging er gleich auf die Politik über. Ich sah ihm an, daß mit ihm etwas vorgegangen sein mußte; er hatte eine Atmosphäre von staatsmannischer Wichtigkeit um sich, die mir an ihm neu war. Das Ratsel löste sich sofort: benn er erzählte mir, er sei jest seit vierzehn Tagen fast jeben Abend mit bem König bei Paul Taris zusammengekommen. Sein Urteil über den König ist sehr gunftig; es stellt sich mehr und mehr beraus, daß alle Miggriffe und Unterlassungen, beren sich ber König schuldig gemacht hat, burch das Rabinett veranlaßt worden sind. Mein Gefühl hat mich nicht getäuscht; es ist wahr, daß Pfistermeister und Lug 1) ben König absichtlich isoliert haben, um ungeftort ihr Protektionswefen zu treiben in Gemeinschaft mit Pfordten und Bombard. So ist es gekommen, daß der König von bem Trauergottesbienst für die Armee nichts wußte. Pfistermeister mar es, ber ben König abgehalten hat, ber Beerdigung des Generals Roller beizuwohnen. Pfistermeister hat den Konig abgehalten, die Spitaler zu besuchen u. f. w. Es scheint, daß Schanzenbach mit bazu beigetragen hat, bem Konig bie Augen zu öffnen. Dann hat ber König den früheren Minister Neumapr2) konsultiert, und so kam er zu bem Entschluß, bas Rabinett zu andern, und Neumanr, Taufflirchen und Feilitich zu berufen. Die Unterhandlungen schweben noch. Neumanr foll Rabinettsminister ober Minister bes Roniglichen Hauses werden. Die beiden anbern sollen als Rabinettsräte eintreten. Pfordten wird dann weggeben muffen. Der König will mich an Pfordtens Stelle haben und hat dies gefagt, woraus bann die Zeitungsartitel entstanden find. Dagegen wird nun von der ultramontanen Bartei und wahrscheinlich auch von Neumayr gearbeitet, ber mir meine Angriffe bei einer Diskussion in der Rammer nicht vergeffen tann. Die Stimmung im allgemeinen ift noch immer gleich gunftig für mich. Meine Rebe hat mir viel genützt, weil die große Mehrheit eine Berftandigung mit Preußen, folange ber Nordbeutsche Bund nicht fest organisiert ist, für notwendig balt, und ich bas ungescheut zuerst ausgesprochen habe. Pfordtens planlose Politik wird allgemein verdammt. Gleich ben Tag nach meiner Ankunft wurde ich wieder burch einen Artikel ber "Neuesten Nachrichten" überrascht, in welchem bestimmt versichert murbe, ich sei außersehen, Pfordten zu ersehen. Die guten Münchner, bie alle die "Reueften Nachrichten" zum Raffee lefen, nahmen natürlich die Nachricht für bare Münze. Da hatte mich einer in Gala aum Ronig fahren feben, ber andre wollte gefeben haben, wie ber Ronig zu mir gekommen sei, um mich zu bitten, bas Ministerium anzunehmen,

¹⁾ Ministerialrat Pfistermeister, Chef bes Zivilkabinetts bes Königs, Appellationsgerichtsrat Lut, ber spätere Minister, im Rabinett beschäftigt.

²⁾ Mag von Neumayr, ehemals Gefandter in Stuttgart und Minister bes Innern.

ein britter wollte wiffen, ich hätte abgelehnt, weil man mich früher übersgangen habe u. dergl.

Die Wahrheit scheint zu sein, daß der König den Plan nicht aufgegeben hat, daß aber von allen Seiten dagegen intrigiert wird. Becchioni, 1) bei dem ich heute Nachmittag war, meint auch, daß es sehr möglich sei, daß die früheren Kabinettsräte wieder in ihre Stellen eingeseht würden und daß alles beim alten bleibe. Die "Augsburger Postzeitung" prophezeit Unheil aus meiner Ernennung zum Minister, die andern Lokalzeitungen sehen darin den Ansang einer paradiesischen Zeit; die "Augsburger Allgemeine" ignoriert mich vornehm.

Jedenfalls werden diese Intrigen noch einige Monate fortgehen. Das Provisorium im Kabinett soll noch dis zum 1. Dezember fortdauern, wie mir von der Tann sagt. Wenn aber Psistermeister definitiv abgesetzt sein wird, so können Pfordten und Bomhard nicht bleiben.

Ob ich Minister werde, hängt bavon ab, ob Neumayr es in seinem Interesse erachtet, seine Popularität burch meinen Eintritt in bas neue Ministerium zu erhöhen, oder ob er fürchtet, daß ich ihm schaden könne. Ist letzteres der Fall, so wird ohne Zweisel der gute Bray²) oder eine andre Nullität aus der bayrischen Diplomatie zum Minister des Aeußern gemacht.

München, 3. November 1866.

Am 25. Oktober erhielt ich einen Brief Holnsteins 3) vom 18., in welchem er mich zu einer Besprechung nach München über den Eintritt ins Ministerium einlädt, und den daraussolgenden Tag einen zweiten Brief mit dem Hundschreiben des Ministers von der Pfordten und dem Austrag des Königs, meine Ansicht darüber auszusprechen. Ich machte mich also sosort an die Arbeit und war einige Tage darauf fertig. Am 31. kam ich nach München. Tausslichen war der erste, den ich sah. Ich zeigte ihm das Rundschreiben und mein Gutachten, mit welchem er vollkommen einverstanden war, dis auf den Schluß, wo ich dann seinem Rat entsprechend einige Modisikationen anbrachte.

Den 1. November kam Holnstein. Er sing damit an, mir im Namen des Königs das Ministerium des Hauses und des Aeußern und die Ministerpräsidentschaft anzubieten, und stellte mir gleichzeitig die Uebertragung der Kronoberstämmererstelle in Aussicht. Un honneur que je goute fort médiocrement. Ich gab ihm dann das Gutachten und beriet

¹⁾ Chefrebatteur ber "Münchner Neuesten Nachrichten".

^{*)} Graf Bray=Steinburg, bamals Gefanbter in Wien, 1870 Minifter bes Aeußern,

⁵⁾ Oberft-Stallmeifter Graf Holnftein. Fürft Soben lobe, Dentwürdigtetten.

mit ihm die etwaigen Aenderungen in den übrigen Ministerien. wurden barüber einig, daß Bombard auch ausscheiben muffe, daß aber die übrigen Minifter bleiben konnten. Der Schluß ber ganzen Sache wurde aber noch vertagt, wenn Holnstein mit Reumayr gesprochen haben wurde. Dies follte ben 2. geschehen. Unterbeffen ging ich auf Ertundigungen aus und fand, daß eigentlich zurzeit kein Grund zu einer Ministerveränderung gegeben sei, und daß ich auf keinen außerordentlich aunstigen Empfang in ber öffentlichen Meinung wurde rechnen können. Man wurde im allgemeinen wohl meinen Eintritt ins Ministerium billigen, allein ein besonderer Wunsch besteht zurzeit nicht. Die Parteien haben sich noch nicht organisiert, und die antipreußische Stimmung hat sich noch nicht aenuaend beruhiat. Rubem kann ich mir nicht verhehlen, daß allen Ditteilungen Holnsteins zufolge ber Bunsch bes Rönigs, mich zum Dinifter zu haben, aus seiner Passion für Wagner hervorgeht. 1) Der König erinnert fich, daß ich einmal die Entfernung Wagners als etwas Unnötiges bezeichnet habe, und hofft, daß ich ihm die Rucktehr Wagners ermöglichen wurde. Ein Wagner-Ministerium zu bilden, dazu habe ich aber teine Luft, wenn ich auch die Rudtehr Wagners fpater für tein besonderes Unglud halte. Dies und bie Erwägung, bag ich nach bem Beginn bes Landtags ober vielleicht unmittelbar vorher eine bessere Stellung haben wurde als jetzt, wo das Ministerium nur durch eine Hofintrige zustande gekommen schiene, machte es mir gang erwunscht, bag Holnstein am andern Tage kam und sagte, daß Neumayr ganz entschieden gegen mich sei. Da nun aber Neumayr jett schon bem König zuwider ist und sich nicht lange halten wird, so wird er mir nicht lange schaden. Unterbessen wird sich Holnstein in der Gunft des Königs zu halten suchen und meine Intereffen vertreten. Nun höre ich allerbings auch von andrer Seite, namentlich von Dönniges 2) und Umbscheiben, daß die Rammer auf meiner Seite sein würde, wenn ich unmittelbar por dem Ausammentritt des Landtags ein Ministerium bilbete, daß aber, wenn bas Ministerium bis nach Eröffnung bes Landtags bliebe, die Beränderung schwieriger werden könnte. 3ch habe beshalb Taufftirchen in einem Brief freie Band gelaffen, wenn er es für nötig balt, in biesem Sinne zu wirken. Die Intrigen Neumanrs habe ich burch die Einwirkung von Donniges und Umbscheiden ungefährlich gemacht und bamit bas Terrain für mich günstig vorbereitet.

*) von Dönniges (1814 bis 1872) bamals, nachbem er als bayrifcher Geschäfts-

träger in ber Schweiz abberufen war, ohne Amt in München lebend.

¹⁾ In einem Briefe vom 17. Januar 1867, welcher in Nr. 574 ber "Münchner Neuesten Nachrichten" vom 8. Dezember 1904 veröffentlicht ift, nimmt Richard Wagner für sich die Ehre in Anspruch, dem König Ludwig zuerst den Rat erteilt zu haben, fich bem Fürften Hobenlohe anzuvertrauen und feinen Rat einzuholen.

Wenn also der König doch noch auf dem Gedanken bestehen sollte, daß ich vor dem Zusammentritt des Landtags ein Ministerium bilde, so habe ich Einleitungen getroffen, daß er mich telegraphisch zurückrusen läßt. Unterdessen wird die Presse in meinem Sinne bearbeitet.

Ich reise heute abend ab und werde suchen, die Sachen so schnell als möglich zu erledigen, um zu rechter Zeit wieder hier sein zu können, oder wenigstens & portée eines Telegramms, welches mir nach Rauben an Biktor zu adressieren wäre.

Die Projekte, die hier gemacht werden, sind wirklich so dumm und landesgefährlich, daß ich bei aller Bescheidenheit meinen Eintritt ins Ministerium als eine Notwendigkeit ansehe. Ich bin einem Komplott auf der Spur, welches Neumayr zum Ministerpräsidenten und Bray zum Minister des Aeußern machen will. Je l'ai ébruité und habe damit vielleicht der Sache die Spize abgebrochen.

In dem Seite 177 erwähnten Rundschreiben des Ministers von der Psordten, welches am 5. November 1866 abgesendet wurde, wird über die künftige Stellung Bayerns zu Norddeutschland folgendes gesagt:

"Der Eintritt in den Norddeutschen Bund kann auf keinen Fall als Ziel der bayrischen Politik betrachtet werden. Seit dem Jahre 1848 hat Bayern konsequent den Grundsat befolgt, jeder Resorm des Deutschen Bundes zuzustimmen, an welcher sich Oesterreich und Preußen gleichmäßig beteiligen, aber mit einer dieser beiden Großmächte allein in kein Bersassungsbündnis einzutreten, sowohl im bayrischen als im allgemeinen deutschen Interesse, weil darin ebenso die Mediatisierung Bayerns wie die Zerreißung Deutschlands liegen würde. Diesem Grundsatz gemäß hat die bayrische Regierung die Reichsversassung von 1849 abgelehnt und ihren Beitritt zu dem sogenannten Dreikönigsbündnis mit dem Ersurter Parlament verweigert. Diesem Grundsatz gemäß hat sie im Jahre 1863 nach dem Mißlingen des Fürstentags sich nicht dazu verstanden, eine Neusgestaltung des Bundes ohne Preußen durchzusühren. Diesem selben Grundsatz gemäß wird sie auch jetzt von einem Eintritte in den Norddeutschen Bund absehen müssen."

Hieft darin:

Wie die Tätigkeit der bayrischen Regierung in der deutschen Frage seit 1849 eine wesentlich negative war, so geht die Absicht des Herrn Dinisters von der Pfordten auch jetzt dahin, die bayrische Selbständigkeit durch negative Bestrebungen zu erhalten.

Mir scheint aber die Lage Bayerns nach ben neuesten Greignissen zu gefahrvoll, um in einer abwartenden Haltung die genügende Sicherheit

für die Selbständigkeit des Throns und die Unabhängigkeit des Landes erblicken zu können. Das Uebergewicht Preußens in Deutschland ist seit dem Austritt Oesterreichs aus dem Bunde und seit der Bergrößerung Preußens eine Tatsache. Das vergrößerte Preußen beherrscht den deutschen Norden, steht an der Spize von dreißig Millionen Einwohnern und verfügt über eine Armee von nahezu achthunderttausend Mann. Ein Freundschaftsbündnis zwischen Bayern und dem deutschen Norden ist die Allianz eines Stärkeren mit einem Schwächeren, die gerade so lange von Preußen respektiert wird, als dies im Interesse Preußens liegt.

Anders ist es mit einem Verfassungsbundnisse, wie die Ersahrung zeigt, dauernde Garantien bietet. Was dem Deutschen Bunde trot seiner Mängel eine fünfzigjährige Dauer gewährte, war sein Charakter als Versassungsbundnis. Und obgleich Preußen seit Jahrzehnten an dessen Auslösung gearbeitet hat, konnte die Zerstörung des Bundes nur durch das Zusammentressen außerordentlicher Umstände erreicht werden. Bayern hat auch disher nie ohne den Schutz eines solchen Versassungsbundnisses bestanden, denn der deutsche Reichsverband sowohl wie der Rheinbund können als solche gelten.

Nun soll aber das Experiment der selbständigen Stellung in einem Augenblicke versucht werden, in welchem die Existenz der Mittelstaaten, abgesehen von allem andern, schon durch das Streben der Völker nach großen Staatenbildungen und durch die prekare Lage Europas überhaupt gefährdet erscheint.

Ware Bayern ein Staat, ber sich selbst genügte und selbst genügen könnte, so ware die Gefahr geringer. Allein, wurde sich Bayern selbst genügen können in politischer Beziehung im Falle einer Bedrohung seiner Grenzen?

Würde es, auf eigne Kraft angewiesen, auch nur die Pfalz gegen Frankreich verteidigen können?

Ebensowenig genügt es sich selbst in der Regelung der volkswirtschaftlichen Berhältnisse. Wenn sich der Zollverein auf Norddeutschland zurückzöge und sich gegen den Süden abschlösse, so bliebe ihm immer noch ein Gebiet von dreißig Millionen. Diese Maßregel könnte aber die Industrie Bayerns nicht ertragen. Wenn der Norddeutsche Bund in bezug auf die Regelung des Berkehrs, auf Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, auf Münze, Maß und Gewicht gemeinschaftliche Einrichtungen trifft, wenn für Zivilrecht und Strafrecht eine einheitliche Gesetzgebung entsteht, und wenn Bayern von all diesen Vorteilen ausgeschlossen bleibt, so wird damit eine Anziehungskraft auf die süddeutsche Bevölkerung ausgesibt, deren Folgen sich nur zu bald erkennen lassen werden.

Man hat in letter Zeit mit gewisser Beruhigung auf Belgien und die Schweiz hingewiesen, um die Möglichkeit des Bestehens für Bayern als alleinstehender Staat nachzuweisen. Allein man vergißt dabei, daß die Schweiz und Belgien teils abgegrenzte, teils bestimmt ausgeprägte Nationalitäten sind, die sich in dieser Absonderung wohl fühlen und darin durch manche äußeren Umstände unterstützt werden, die Bayern sehlen, insbesondere aber, daß sie durch keine Nationalsympathien zu einem größeren Ganzen hingezogen werden.

Dies führt mich aber zu ber größten Gefahr, die der bayrischen Selbständigkeit droht. Das bayrische Bolk, darüber darf man sich keiner Illusion hingeben, ist von dem Einheitstrieb, der alle deutschen Stämme ersaßt hat, durchdrungen. Dieser, wie das Rundschreiben sich ausdrückt, "seit Dezennien erwachte Einheitstrieb" ist durch zahlreiche Kundgebungen der deutschen Regierungen gepslegt und gefördert worden. Der Antrag der Kammer der Abgeordneten vom 30. August hat diesem Streben abermals Ausdruck verlieben.

Bei einer eintretenden Katastrophe, etwa bei dem Tode des Kaisers der Franzosen, werden die revolutionären Elemente wieder in den Vordergrund treten. Das Streben der deutschen Bevölkerungen nach Einigung wird in einem solchem Falle Dimensionen annehmen, die gar nicht zu berechnen sind. Schon jetzt gewinnt diese Stimmung in Süddeutschland mehr und mehr Boden. Jetzt ist es noch möglich, sich auf den partikularistischen Geist der süddeutschen Bevölkerung zu stützen, um die partikulare Selbständigkeit in gewissem Grade zu erhalten. Jetzt ist die Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen und ihre Anhänglichkeit an die angestammten Fürstenhäuser noch start genug, um, gestützt auf diese Elemente, günstige Bedingungen beim Abschlusse eines neuen Bundesvertrags zu erlangen. Diese Stimmung wird aber nicht immer dauern, deshalb wäre sie jetzt zu benutzen, und zwar bei der Beratung eines neuen deutschen Bersassungswerks.

Wenn es allgemein anerkannt wird, daß durch die Auflösung des Deutschen Bundes die Existenz der Mittelstaaten bedroht ist, wenn es Pslicht eines Ministers Seiner Majestät des Königs ist, diesen Gesahren entgegenzutreten und die Rechte des Monarchen und seine Selbständigkeit zu verteidigen, so müssen die Wege eingeschlagen werden, die diesen Zweck am sichersten erreichen und die Krone auf möglichst lange Zeit hinaus vor äußeren und inneren Angrissen bewahren. Das Kundschreiben sagt mit vollem Recht, "daß die Mittelstaaten nicht sowohl durch ihre Macht, als durch ihre geschichtlichen und vertragsmäßigen Rechte existieren". Darum gebietet es aber die Pslicht der Selbsterhaltung, sich sobald als mögelich wieder auf den Boden vertragsmäßiger Rechte zu stellen.

Journal.

München, 12. Dezember 1866.

Bon Wien gestern fruh zuruckfehrend, schrieb ich sofort an Taufffirchen, um ihn zu bitten, zu mir zu kommen. Er erschien um 1 Uhr und teilte mir mit, daß er Holnstein zwar noch nicht gesprochen babe, aber aus Aeußerungen Schanzenbachs entnehme, daß Neumayrs Ginfluß fester stehe als je, und daß auch Holnstein sich von ihm habe überzeugen laffen, bag bie Rammer gegen mich fei. Neumanr habe beim Ronig Ludwig und Prinz Karl wahrscheinlich die Berpflichtung eingegangen, mich vom Ministerium fernzuhalten, und badurch bie Befürchtungen beschwichtigt, die beide hohe Herren gegen seinen Eintritt ins Rabinett gehegt hatten. Es scheint also, daß es mit meinem Eintritt ins Ministerium nichts sein werde. Jedenfalls werde aber, meint Taufflirchen, die Kammer sich für mein Programm entscheiben, und bann werbe meine Stellung um Abends begegnete ich Taufffirchen, ber zu Holnstein berufen so besser. war. Er versprach, bann um 8 Uhr zu mir zu kommen. Dies geschah, und nun zeigte es sich, daß die Situation wesentlich verandert mar. Pfordten hatte nach ber Ankunft des Königs in der Nacht vom 10. bis 11. fein Entlassungsgesuch eingereicht, Neumanr liegt frank zu Bett, und der König verlangt Holnsteins Rat. Taufffirchen hat ihm also geraten, den König zu bestimmen, Pforbtens Entlassung anzunehmen, das Winisterium bis zum Rusammentritt und zur Meinungsäußerung ber Rammern burch Staatsrat Darenberger verwalten zu laffen und bann erft bas Ministerium zu bilden. Das stimmt mit meinen früheren Vorschlägen überein. Jedenfalls wird fich die Rammer in meinem Sinne aussprechen, und bann ift meine Ernennung ficher und meine Stellung eine fehr gute.

Heute früh war Taufffirchen bei mir und sagte mir, daß dies geschehen sei. Der König geht nach Hohenschwangau und nimmt Lut mit. Dieser ist nicht gegen mich und wird nun dadurch noch gewonnen werden, daß man ihm das Justizministerium in Aussicht stellt. So bin ich sicher, daß in der Zwischenzeit keine Intrigen gegen mich angezettelt werden. Neumayr wird dann gestürzt, und Asselfes Rasbinettssekretär oder Rat ins Kabinett.

Den 17. Dezember.

Freitag ben 14. Abends kam Holnstein zu mir und teilte mir ben Wunsch bes Königs mit, daß ich mit Schlör 1) reden möchte, ben ber König im Ministerium behalten will. "Ich solle mich mit bemselben verständigen," ba Neumayr dem König gesagt hatte, daß alle Minister ihre

¹⁾ Schlör war als Direktor der Oftbahnen und einstußreicher Abgeordneter der erste Handelsminister in Bayern geworden. Er war damals Vertreter des Wahlkreises Amberg.

Entlaffung nehmen wurden, wenn ich ins Ministerium eintrate. Am andern Morgen kam Taufffirchen mit dem Brief des Appellationsgerichts. rats Lut, in bem biefer Auftrag für mich enthalten mar, und mit meiner Rritik des Bfordtenschen Rundschreibens zu mir, damit ich beide Aftenstlicke bei meiner Unterredung mit Schlör zur Hand hatte. Ich fand Schlör auf bem Ministerium und gab ihm die Papiere mit dem nötigen Kommentar. Das Resultat der Besprechung mar, daß wir in den hauptpunkten einverftanden maren, boch hielt Schlor die Erftrebung eines Bundesvertrags mit Preußen im Augenblick nicht für zweckmäßig und nötig. Ich versprach ihm nun ein Programm auszuarbeiten und ihm porzulegen. Dies Resultat beeilte ich mich sofort bem König burch Holn-Mein am Abend aufgesetzes Programm besprach ich ftein mitzuteilen. am Sonntag mit Donniges, gab es bann an Tauffkirchen, ber es nicht entschieden genug fand und nun ein neues Programm verfaßte, das er mir Montag brachte und mit bem ich mich um so mehr einverstanden er-Maren konnte, als ich in ber Zwischenzeit von Reuß gehört hatte, baß man aus Rucksicht auf Frankreich wegen ber bevorstehenden Beratungen bes nordbeutschen Parlaments auf Unterhandlungen mit Subbeutschland fich nicht einzulaffen geneigt fei. Ich fragte Taufffirchen am Schluß unfrer Beratung, ob er damit einverftanden fei, daß ich Schlor fage, daß er das Programm gemacht habe, und knüpfte daran die Frage, ob er zur Uebernahme bes Ministeriums bes Innern eventuell bereit sei. Er bejahte beibes und fügte die Bitte bei, daß er auch vor bem Lande als der Berfaffer des Programms genannt werde, wenn es soweit komme, was ich ihm auch zusagte, ba ich bas Motiv, sich baburch mehr Boben in ber öffentlichen Meinung zu gewinnen, volltommen anerkennen mußte.

Am Abend desselben Tages gab ich Schlör das Programm. Er brachte es am andern Tage (Dienstag) und erklärte sich damit einverstanden. Taufskirchen war anwesend. Es wurden einige Abänderungen beschlossen, und so schickte ich es an Holnstein. Da ich aber in der Zwischenzeit ersahren hatte, daß die Ernennung Taufskirchens zum Minister auf große Mißbilligung im Lande stoßen würde, so saßte ich das Schreiben an Holnstein so ab, daß daraus hervorging, ich beabsichtige keine Abänderung des Ministeriums mit Ausnahme vielleicht des Justizministers, für dessen Ersah ich Präsident Neumayr in Vorschlag brachte. Nun am 20. warte ich auf die Antwort des Königs.

Das in den vorstehenden Aufzeichnungen erwähnte "Programm" hat folgenden Wortlaut:

¹⁾ Ludwig von Neumayr, Appellationsgerichtspräsibent, Bruber bes ehemaligen Ministers, bebeutender Jurist, Landtagsabgeordneter für den Wahltreis München.

I

1. Als der wenn auch entfernte, doch unverrückt im Auge zu behaltende Zielpunkt der Politik Bayerns erscheint uns die Erhaltung Deutschlands, die Bereinigung der Gesamtzahl und, soweit dies unmöglich, der größeren Zahl der deutschen Stämme zu einem Bundesstaat, geschützt gegen außen durch eine starke Zentralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Bersassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staats und der Krone Bayern.

Dieses Ziel direkt und unmittelbar zu verwirklichen, halten wir nicht an der Zeit. Desterreich, aus dem Bunde geschieden, sucht im Augenblick einen Haltpunkt in seinen außerdeutschen Elementen. Die Bildung eines süddeutschen Bundesstaats unter Führung dieses Gesamtösterreichs halten wir weder für wünschenswert noch für aussührbar. Preußen in Bildung eines dem Einheitsstaate sich nähernden Bundes mit den kleineren Staaten des deutschen Nordens begriffen, will heute selbst den Eintritt der süddeutschen Staaten in diesen Bund nicht, und auch wir halten bedingungslosen Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund nicht für den geeigneten Weg, zur Einheit zu gelangen. Wir würden das Streben nach solchem Ausgehen im preußischen Staate mit den Pslichten der Käte der Krone Bayern für gänzlich unvereindar halten.

Ja, wir würden es als einen unnützen und beshalb besser zu unterlassenden Bersuch ansehen, mit Preußen in diesem Augenblick und ehe Nordbeutschland selbst das Bedürfnis solcher Einigung fühlt, über eine Bereinigung zu irgendeiner andern Form des Bundesstaats in Unterhandlung zu treten.

Ein Südwestbeutscher Bund mit parlamentarischer Verfassung wäre zwischen ben Staaten Bayern, Württemberg, Baden und dem nicht mit Nordbeutschland vereinigten Teile von Hessen vielleicht anzustreben, wenn der Wunsch nach solcher Einigung in der Bevölkerung der sämtlichen genannten Staaten lebendig wäre. Dies ist aber so wenig der Fall, daß von einem Versuche, der nur dazu dienen könnte, die innere Zersahrenheit zu offendaren und zu vergrößern, entschieden abzuraten ist.

Es ist sonach richtig, daß in der Frage der organischen Wiedervereinigung aller deutschen Stämme Bayern heute, wir sagen leider, zu einer abwartenden Haltung gezwungen ift.

2. Mit diesem Ausspruche ift aber nicht die heutige Aufgabe der baprischen Politik bezeichnet.

Bayern als Staat zweiten Ranges kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. Es bedarf einer solchen Stütze namentslich in einem Augenblick, in welchem die Verfassung des Deutschen Bundes zerrissen ist und die Möglichkeit ernster europäischer Konslikte nicht bestritten

werden kann. Der Großstaat, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse im Kriegsfalle es sich offen zu erklären hat, ist nach unsrer bestimmten Ueberzeugung Preußen.

Es ift nicht Oesterreich, beffen Organismus eine Gewähr einstigen Erreichens unfers Zielpunktes nicht bietet, es ist nicht Frankreich, welches, abgesehen von den Bedenken, die das Wiedererstehen eines von der Geschichte gebrandmarkten Bundes sinden muffen, ein solches Bündnis wohl nur im Interesse der Arrondierung seiner Grenzen eingehen könnte.

Durch die Allianz mit Preußen sind wir allein imstande, nicht die Erhaltung des Friedens in Europa zu sichern, aber doch ein Gewicht für die Erhaltung des Friedens in die Wagschale zu werfen.

Aber nicht Bundesgenossenichaft allein; die gegenwärtigen Machtverhältnisse bringen es mit Notwendigkeit mit sich, daß Bayern, gegen bestimmte Garantie der Souveränität seines Königs, im Falle eines Kriegs sich der Führung Preußens unterstellt, weshalb bei der Organisation unsere Wehrkräfte auf diese Möglichkeit Bedacht zu nehmen ist. Eine solche Allianz sofort anzubahnen, halten wir für geboten.

Wenn es aber offen ausgesprochen werden muß, daß Bayern im Falle eines Angriffs auf Preußen an dessen Seite stehen würde, so ist doch wohl selbstwerständlich, daß neben dieser Allianz die freundschaftlichen Beziehungen mit den Abrigen Mächten und vor allem mit dem Kaisertum Desterreich soweit möglich zu wahren sind.

3. Bezüglich ber deutschen Mittelstaaten ber subwestlichen Gruppe wird sich nach dem Borgetragenen unsre Politik in dem Streben betätigen, die gleiche Allianz mit Preußen und mit uns herzustellen.

П

- 1. Dem Zielpunkte ber bayrischen Politik in ber nationalen Frage entsprechend, ist es Aufgabe ber bayrischen Regierung, dahin zu wirken, daß Gesetzgebung und Verkehr in allen beutschen Staaten gemeinschaftlich und gleichartig geregelt werden.
- 2. Die Beratung und Durchführung ber sozialen Gesetzgebung sowie ber allgemeinen Prozegordnung sind diesem Grundsatz entsprechend zu leiten und möglichst zu beschleunigen.
- 3. Die Heeresorganisation ist nach den Grundsäten der allgemeinen Behrpflicht, doch unter Vermeidung derjenigen Mißstände durchzuführen, welche in der preußischen Heeresversassung zu gegründeten Klagen Veranlassung geben.

Gesetliche Regelung aller im Falle eines Krieges zulässigen Ausnahmebestimmungen erscheint nötig.

Die Untersuchung und Aburteilung gemeiner Berbrechen und Bergeben

der Soldaten im Frieden ist den Zivilgerichten zu überlassen, wobei Gesetzsverletzungen der Offiziere als Verbrechen und Vergeben gegen die Standesehre erklärt und deshalb nach wie vor militärgerichtlicher Aburteilung
unterliegen können.

- 4. Den erschütterten Handels- und Bodenkredit durch Affoziation des Rapitals zu heben und zu unterstützen, ist dringend geboten. Im Staats- haushalt ist strengste Ordnung und Vereinfachung der Perzeption durchzusschung. Auf allmähliche Beseitigung der Gesahren, welche dem Kredit des Staats aus dessen Haftung für Bankgeschäfte und die Ausgabe von Staatsnoten entstehen könnten, ist hinzuwirken.
- 5. Strenge Unterordnung aller Kreise der Verwaltung unter das Gesetz wird allmählich Achtung vor dem Gesetze auch im Volke zur Folge haben. Vereinsachung und damit Kräftigung des gesamten Verwaltungszorganismus und einheitliche Leitung des gesamten Sicherheitsdienstes werden genügen, um den berechtigten Ansorderungen bezüglich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu entsprechen. Wirklichen Mängeln der Gesetze in dieser Richtung ist, wenn solche bestehen, durch Antrag auf Modisizierung derselben abzuhelsen.
- 6. Bolltommene Unabhängigkeit des Richterstandes und der Rechtspflege ist zu wahren und die Aufsicht über die Richterbeamten durch ein Disziplinargesetz zu regeln. Die Disziplin der Anwälte und Notare wird durch Kammern vermittelt, die von den Betreffenden zu wählen sind.
- 7. Der Friede unter den Konfessionen und insbesondere der Friede mit der katholischen Kirchengewalt ist unter gewissenhafter Beobachtung der bestehenden Gesetz zu wahren. Rein Opfer ist zu scheuen, um bezüglich des öffentlichen Unterrichts den Anforderungen der Zeit zu entsprechen.
- 8. Das Recht des Landtags, die Regierung um Vorlage von Gefetzentwürfen zu bitten, wird anerkannt.
- 9. Die Erweiterung der Kammer der Reichsräte ist durch Vorlage eines Gesetzentwurfs zu bewirken.
- 10. Nötig endlich erscheint es, die Zuständigkeit des Ministerrats zu regeln und hierdurch die Bildung und Erhaltung eines einheitlichen Gesamtministeriums zum Schut der Krone und der Verfassung zu ermöglichen.

Aufzeichnung bes Fürsten aus diesen Tagen.

Bei der Uebernahme des Ministeriums sind noch einige Punkte in Erwägung zu ziehen.

Die Bildung eines Gesamtministeriums ist notwendig, damit sämtliche Ministerien, geleitet von demselben Geist und denselben Grundsätzen, zusammenwirken. Die darauf bezüglichen Borschläge, die Instruktion für ein solches Gesamtministerium und für den Ministerpräsidenten würden

Gegenstand einer späteren Borlage sein. Der Borstand des Kabinetts könnte gleichzeitig Minister ohne Porteseuille sein; dies gewährte den Borteil, daß der direkte Ratgeber der Krone den Kammern verantwortlich wäre. Die Berfassung kennt aber keinen Minister ohne Porteseuille, die Kröierung dieses Ministeriums würde die Zustimmung der Kammern zu einer Berfassungsänderung bedingen, und ich glaube deshalb, daß man vorderhand davon absehen und es dei der beschlossenen Ernennung des Herrn von Neumayr bewenden lassen sollte.

Bas die einzelnen Minister betrifft, so dürfte Herr von Pechmann in seinem Amte zu belassen sein. Er ist ein anständiger, geachteter Mann, der durch die Borlage seiner sozialen Gesehentwürse Gelegenheit hat, das Bertrauen des Landes zu erwerben. Ebenso ist gegen Herrn von Pfretzigner und Herrn von Schlör nichts zu erinnern.

Minister Greffer fehlt es vielleicht an der nötigen Energie, doch würde dieser Mangel durch das Zusammenwirken des Gesamtministeriums in wichtigen, die kirchlichen Angelegenheiten betreffenden, Fragen zu heben sein.

Minister Bomhard burfte am zweckmäßigsten burch Herrn von Reumayr zu erseben sein.

Graf Taufftirchen hält seinen Eintritt in das Ministerium aus Rücksicht auf die bureaukratischen Borurteile nicht für opportun und würde eine Ernennung zum Ministerialrat im Ministerium des Aeußern vorziehen. Die Besetzung der erledigten Reichsratstellen dürste am zweckmäßigsten durch die Berufung solcher Männer geschehen, die das Vertrauen des Landes, loyale Gesinnung und praktische Ersahrungen im Staatsleben oder in volkswirtschaftlichen Zweigen haben. Ich nenne Graf Hegnenberg-Duz, Dingler in der Pfalz, Neufser oder Fikentscher in Regensburg.

Journal.

München, 22. Dezember 1866.

Gestern Abend um 11 Uhr kam Holnstein zu mir und sagte mir, der König sei angekommen, sei aber noch zweiselhaft, da von seiten der königlichen Familie, namentlich des Königs Ludwig, sehr gegen mich gesarbeitet werde. Man halte mich für einen Berräter, der Bayern an Preußen bringen wolle u. s. w. Was die Sache noch mehr verzögere, sei die Ungewißheit wegen Neumayr, dessen Entlassung aber wohl kommen werde. Während wir noch sprachen, kam ein Jäger des Königs, der Holnstein das Entlassungsgesuch Neumayrs 1) brachte. Damit wäre also

¹⁾ Neumayr war seit seiner Entlassung als Minister des Innern im November 1865 außer Dienst. Mit dem "Entlassungsgesuch" muß also ein Gesuch, bei den bevorstehenden Beränderungen im Ministerium nicht herangezogen zu werden, gemeint sein.

wieder ein Hindernis beseitigt. Run schrieb Holnstein noch ein Billett an Lut, um ihm vorzuschlagen, heute mit ihm über die Sache zu sprechen.

Die Besprechung mit Lutz hat stattgefunden. Er ging auf alle einzelnen Punkte des Programms ein und hatte über einige noch genauere Auskunft zu verlangen, namentlich über die, welche das Innere betreffen. Er wollte wissen, ob ich in dem Ausdruck "strenge Unterordnung unter das Gesetz wird u. s. w. bie Absücht habe, eine größere Abhängigkeit der Verwaltung von den Gerichten zu veranlassen, die Verwaltung mehr binden wolle und dies durch Vorlegung von Gesetzentwürfen zu tun beabsichtige. Gegen den Verwaltungsgerichtshof hatte er nichts zu erinnern. In der Frage wegen der Unabhängigkeit des Richterstandes und der Rechtspslege fragte er, ob damit positive Aenderungen beabsichtigt würden, was ich ebenfalls verneinte und nur hervorhob, daß bei einem Programm, wenn es veröffentlicht würde, sämtliche Zweige der Verwaltung durchgegangen werden müßten und dieser Grundsat also nicht übergangen werden könne.

In betreff des Friedens der Konfessionen fragte er, ob ich zu Konzessischen gegenüber der Kirche neige und zu Abänderungen oder Verbesserungen zugunsten der Kirche geneigt wäre, was ich so allgemein verneinte. Ich hielte, sagte ich, eine Verständigung mit der Kirche, namentlich über das Verhältnis des Konkordats zur Versassung für wünschenswert. Die ge setzliche Regelung des Ministerrats halte er für bedenklich, namentlich abermalige Vorlage des Verantwortlichkeitsgesetzes an die Kammern, der Zweckwerde auch ohne es erreicht.

Schließlich kamen wir dahin überein, daß ich auf eine sofortige Aenderung des Ministeriums verzichten wolle, damit die einzelnen Minister noch Gelegenheit hätten, sich gegen etwaige Angriffe vor den Kammern zu rechtsertigen. Selbst der Justizminister solle bleiben. Bor den Weihnachtstagen sei jetzt mit dem König nichts zu machen. Ich könnte also heute abreisen, möchte aber am 27. abends wieder hier sein, damit ich vom 28. an zur Disposition des Königs stehe.

Am 27. Abends kam ich wieder nach München zurück und setzte den nunmehrigen Ministerialrat von Lutz, der an der Spitze des königlichen Privatkabinetts steht, von meiner Rücksehr in Renntnis. Er kam den andern Bormittag den 28. zu mir. Hier erklärte er mir, der König habe die Absicht, mich zum Minister des königlichen Hauses und des Aeußern an Pfordtens Stelle zu ernennen. Von der Ernennung zum Ministerpräsidenten sei auch die Rede gewesen, und er frage deshalb, ob bestimmte Zusicherungen durch den Grasen Holnstein gemacht worden seien. Ich erwiderte, daß dies allerdings der Fall gewesen sei, daß ich aber um so weniger Wert auf den Titel Ministerpräsident lege, als berselbe eine Solidarität des Ministeriums und eine Vertretung der Repräsentation

burch mich voraussetze, von der jetzt keine Rede sei und auch keine Rede sein könne. Ich würde deshalb vorziehen, mich mit der Vorstandschaft im Ministerrat zu begnügen. Wir hatten dann eine längere Besprechung über den Rang und erwogen das Für und Wider der Frage, ob ich mir den Rang vorbehalten solle oder nicht. Ich kam zuletzt zu dem Entschluß, die Rangfrage nicht als Bedingung meines Eintritts zu behandeln.

Wir kamen bann auf die noch zu besprechenden Bunkte des Programms. Bas die Beziehung zur Kirchengewalt betrifft, so machte er barauf aufmertfam, diefen Bunkt lieber auszulaffen, ba es ben Anschein gewinnen tonne, als wolle man ber ultramontanen Partei Ronzessionen machen, mas sofort einen Sturm erregen werbe. Im übrigen ließ mich ber Ronig aufforbern, die Grundzüge meiner politischen Anschauungen in einem besonderen Schreiben niederzulegen und dies an den Rönig zu richten, darin augleich mich darüber auszusprechen, ob ich bereit sei, wie dies Pfordten getan habe, jedes Schriftstud an Gefandte ober auswärtige Regierungen vorher bem Konig vorzulegen. Ich beeilte mich, zu erklären, daß ich keinen Anstand nähme, dies zu versichern, da es mir nur von Wert sein muffe, ber Bustimmung bes Königs in allen vorzunehmenben Schritten sicher zu fein. In ber Frage wegen Besetzung von Gesanbtenposten erklärte er, bag ber Ronig immer bereit sein wurde, auf meine Borschläge einzugehen, doch mache er mich barauf aufmerksam, daß die Befandten mit bem hiefigen Abel zusammenhingen und bag jebe Abberufung eines folchen mir eine große Anzahl von Feinden machen werbe. (Das bin ich gewohnt.)

In der Frage wegen des Rabinetts und seiner Stellung gegenüber dem Ministerium erklärte er mir seine Ansicht, nachdem er Neumayrs Bestrebungen charakterisiert hatte. Er hält eine Einwirkung des Königs auf die Geschäfte für nötig, will nicht, daß der König bloß die Unterschreibmaschine in den Händen seiner verantwortlichen Minister sei, und will dem König diese Stellung wahren. Im übrigen versprach er, loyal und offen mit mir zu verkehren. Dönniges rät er entschieden nicht im Ministerium zu verwenden; er wäre nur in der Schweiz zu brauchen, aber an keinem Hose, in Florenz nicht wegen des schlechten Eindruckes, den das in Rom machen würde. An anderen Hösen nicht wegen seiner Grobheit u. s. w. Ich könnte mich übrigens aus den Akten selbst überzeugen.

Auch auf die Besetzung der Reichsratstellen kamen wir zu sprechen, ich wies auf Hegnenberg hin, dessen Ernennung mir wünschenswert sei. Er hatte dagegen nur einzuwenden, daß nach seiner Ansicht ein ganz populärer Name oder eine tüchtige juristische Arbeitskraft gewählt werden musse. Hegnenbergs Zeit sei schon vorüber. Ich erwiderte darauf, daß was in der Kammer der Abgeordneten abgenützt sei, in der Kammer der

Reichsräte noch sehr brauchbar sein könne, und beshalb werde auch Hegnenbergs Ernennung von großem Werte und gutem Eindruck im Lande sein. Er meinte, Präsident Neumayr sei besser. Der ist aber in der Zweiten Rammer nicht zu entbehren. Endlich muß ich noch erwähnen, daß ich des Streites gedachte, welcher vor einigen Jahren in den beiden Rammern über das Necht der Anträge geführt worden ist. Ich machte deshalb darauf ausmerksam, daß ich auch jetzt noch dieselbe Ansicht hätte, und Lutz war einverstanden, daß dieser Punkt in dem an den König einzureichenden Schreiben zu erwähnen sei. Wegen Wagner, meinte er, möchte ich nichts erwähnen, er werde jedenfalls nicht vor dem Frühjahr zurücksommen.

Nach der Besprechung ging ich zu Taufftirchen, der darin eine Schlinge fand, daß Lut mir gesagt habe, ich möchte das Programm kurzer zusammensfassen. Man rede in der Stadt, daß ich meinen Ansichten untreu wurde, und deshalb sei es ratsam, mich strikte an das zu halten, was ich schon einmal schriftlich von mir gegeben habe, sonst werde man wieder sagen, daß ich noch ein Programm eingereicht habe.

Ich tat dies auch und schrieb dann das Schreiben vom 29. Dezember 1) an den König und einen Nachtrag, in welchem ich mich zur Vorlage der "Erlasse" an den König bereit erklärte. Beide Schreiben gingen am Morgen des 29. an den Kabinettssekretär ab.

Am Nachmittag besuchte ich den Minister des Innern,2) dem ich die Lage der Dinge auseinandersetze. Er war ansangs etwas befangen, und ich konnte ihm seine Mißstimmung gegen mich ansehen. Ich teilte ihm die Punkte meines Programms mündlich mit. Er sprach mir von seinen Maßregeln bezüglich der Presse. Dann bemerkte er, ich würde ohne Zweisel auch Borsitzender des Ministerrats werden, und da werde nun die Schwierigkeit entstehen, daß der Borsitzende disher immer das Gesamtministerium bei Angriffen in den Kammern verteidigt habe, das werde nun in betreff der vorliegenden Gesehentwürse nicht der Fall sein können. Ich schwieg darauf, da ich ihm nicht mitteilen wollte, daß ich den König um Ernennung zum Borsitzenden des Ministerrats gebeten habe.

Bei Minister Greffer 3) fand ich dieselbe etwas erschreckte und befangene Aufnahme. Er hörte auch meine Mitteilungen aufmerksam an und teilte mir dann seine Grundsätze mit, nach welchen er das Kultusministerium leite. Möglichste Unabhängigkeit der Kirche, soweit kirchliche Dinge berührt sind, Hebung des Unterrichts, Entziehung der Schulaussicht aus den aussschließlichen Händen des Klerus u. s. w.

¹⁾ Das Konzept bieses Schreibens ist nicht erhalten.

²⁾ Freiherr von Bechmann.

³⁾ Rultusminifter.

Um 7 Uhr ging ich zu Pfretzichner, 1) ben ich in seinem Ministerium sand. Ich teilte ihm den Zweck meines Besuches mit. Er sagte, er wisse school dass ihm des der meinem Programm. Er gestand, daß ihm besonders daran gelegen sei zu wissen, daß mein Programm die Selbständigkeit Bayerns betone. Er ist gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund, über die Frage des Süddeutschen Bundes verhielt er sich reserviert. Allianz mit Preußen, Unterordnung unter Preußens Führung im Fall des Krieges unter Garantien gab er zu. Doch wollte er die Freiheit Bayerns gewahrt wissen, auch anderweitige Bündnisse abzuschließen. Dann kam er auf meine Rede, gestand zu, daß sie zu verschiedenen Auslegungen Beranlassung gebe, daß sie aber gewisse Besürchtungen erweckt habe. Die bayrische Partei könne eben nicht glauben, daß es die Fortschrittspartei mit ihrer Bersücherung, die Unabhängigseit Bayerns nicht antasten zu wollen, ernst meine.

Dann kam er auf die Frage der Solidarität der Minister, daß sie sich stets an Pforden angeschlossen hätten, ein Herz und eine Seele gewesen wären. Wenn nun der Ministerwechsel eine Aenderung der Politik bedeute, so müsse er sich fragen, ob er dann bleiben könne. Ich verwies ihn auf die Worte meines Programms, sagte, daß Schlör und Lutz sich damit einverstanden erklärt hätten. Er deutete an, daß dann ein neues Programm versaßt werden könnte, was ich aber, nachdem ich nun meine Grundsätze dem König vorgelegt habe, als unzweckmäßig ablehnte, um so mehr, als man mir ohnedies vorwerse, mein Programm jeden Tag zu ändern

Beute, Sonntag ben 30., war Morgens Dr. Lang bei mir, ber mir intereffante Mitteilungen über die Einrichtung von Pregbureaus machte und dem ich mit wenigen Worten mein Programm mitteilte. Er wird bas für seine autographische Korrespondenz verwerten. Dann kam Marquardsen aus Erlangen, bem ich ebenfalls meine Grundfage mitteilte, und von bem ich hörte, daß er damit ganz einverstanden ist, und mir auch die Bustimmung feiner Freunde in Aussicht ftellte. Dann tam Schangenbach, ber in seiner etwas poetischen Beise politisierte und namentlich Taufffirchen als ben geeignetften Minifter bes Innern bezeichnete. Abends tam Taufffirchen zu mir, um mir verschiedene Flöhe ins Ohr zu setzen. Bunächst behauptete er, es seien wieder Schwankungen im Rabinett eingetreten, es scheine, daß man wieder von mir abgehen wolle, und man scheine zu erwarten, daß ich selbst bem Ronig die Mittel an die Sand gebe, mit der Feststellung des Ministeriums bis nach bem Landtag zu warten. Dann kam er auf die Gefahren, die mir brohten, wenn ich in bieses Ministerium eintrate, ich wurde mich abnützen, endlich tam er barauf, ich möchte lieber Bölbernborff ins Ministerium

¹⁾ Finanzminister.

nehmen (als Ministerialrat), ba man feine Ernennung jum Ministerialrat als ein Armutszeugnis für mich auffasse, da seine Tätigkeit bei meinem Programm bekannt geworben fei. Ich glaubte zwar die Gefahr, die mir aus bem Eintritt in bas bestehenbe Ministerium erwachsen wurde, nicht, ba die Ansichten Aber bas Ministerium im Cande sehr geteilt sind und bie Agitation gegen dasselbe vor allem durch Taufftirchen ins Werk gesetzt ift, eine Agitation, die ich nun schon ben ganzen Sommer im Gang febe und bie schliefilich aum Stura bes Ministers von der Bfordten geführt bat. 3nbeffen hielt ich die Sache boch zu wichtig, um nicht mit Lut zu reben, und ging noch um 10 Uhr Abends zu ihm. Er fagte, von einem Schwanken in ber Meinung bes Königs bezüglich meiner fei keine Rebe. Die Berzögerung in der Ausfertigung habe lediglich formelle Gründe: er habe noch mit ben Ministern gesprochen und beren Beistimmung zu bem Brogramm erholt, nur Pfretichner habe eine gemeinschaftliche Beratung haben wollen, bem fei er aber übers Maul gefahren, und nun fei alles Morgen murbe ich die Aufforderung erhalten, gum Ronig in Ordnuna. ju tommen, trate ich jest jurud, fo murbe ich ben Konig in die größte Berlegenheit setzen und mich bem Vorwurf ober bem Verbacht aussetzen, daß ich im letten Augenblick vor dem Landtag zuruckgeschreckt sei. beeilte mich, ihm zu erwidern, daß ich nicht daran bächte, zurückzutreten, daß ich lediglich geglaubt hatte, entgegenkommen zu muffen, im Fall ber König etwa verzöge, noch mit ber befinitiven Bilbung bes Ministeriums Run tamen wir überein, Die gange Sache beruhen gu laffen und er versprach mir, auch mit dem König nicht mehr darüber zu reden.

Am darauffolgenden Tage, dem 31. Dezember, kam Ministerialrat Lutz um 12½ Uhr zu mir und sagte mir, der König wolle mich um 1 Uhr sehen. Ich hatte nur gerade Zeit, mich in Frack und weiße Krawatte zu "wersen", und da kein Wagen da war, mit einer Droschke in die Restdenz zu sahren.

Der Abjutant führte mich in die Zimmer des Königs, die eigentlichen Wohnzimmer. Hier fand ich den König im schwarzen Frack mit Stern. Er empfing mich sehr freundlich, dann sehte er sich auf das Kanapee und lud mich ein, mich auf einen Fauteuil zu sehen. Ich dankte ihm für das Vertrauen, das er in mich geseth habe. Er sagte dann, ich hätte nicht Ministerpräsident werden wollen. Ich erwiderte, daß ich dies deshalb abgelehnt hätte, weil diese Stelle hier nicht existiert habe, doch würde ich ihm für die Verleihung des Vorsitzes im Ministerrat sehr dankdar sein. Er sprach dann über die Minister, meinte, es wäre doch besser, wenn ich Ministerpräsident geworden wäre, "dann könnte ich die andern Minister besser in Ordnung halten", klagte über die Minister, sprach ungünstig über Spretsschner, der schlör, ziemlich gut

über Bechmann und indifferent über Bombard. Dann erinnerte er sich beifällig eines Gesprächs, das wir am 7. April gehabt hatten, und wo ich ihm geraten hatte, sich mehr an Breußen zu halten. Darauf kamen wir auf den Krieg zu sprechen, auf den Prinzen Mexander von Seffen, auf verschiedene andre Gegenstände. Er fragte mich nach meiner Korrespondenz mit der Königin Viktoria, nach dem Prinzen von Wales, nach Prinz Albert u. s. w. Auch von der Presse wurde gesprochen. Ich sagte, wenn doch schon in den Wirtshäusern rasoniert werde, so sei es gleichgültig, ob das gesprochene Wort auch noch in den kleinen Blättern veröffentlicht werbe. Dies führte auf die Frage des Biertrinkens, auf das Münchner Nima, auf das Münchner Volksleben und vieles andre. empfahl ich ihm in den Reichsrat, sprach auch über die Erweiterung der Rammer der Reichsräte und sagte bann, daß ich noch nicht in der Ministeruniform kommen wurde. Er meinte, das sei ganz unnötig. Ich erwiderte, daß ich mich als Beamter betrachten würde, wenn ich einmal den Dienst übernommen hätte, und daß ich auch auf meinen Rang verzichte. Dies wollte er nicht zugeben und versicherte, er werbe beshalb die nötigen Besehle an das Oberstämmereramt ergehen lassen. Ich nahm dies dankend an. Dann sagte er, er hoffe mich später noch länger zu sprechen, und entließ mich.

Ich habe seitdem gehört, daß er sehr entzückt war über unsre interessante Konversation. Noch muß ich nachtragen, daß auch darauf die Rede kam, daß sein Großvater und seine Onkels gegen mich seien, daß er sich aber nicht habe irre machen lassen. Ich sprach ihm meine Bewunderung über seine Charaktersestigkeit aus. Auch erklärte ich ihm, warum sein Bater so mißtrauisch gegen mich gewesen sei.

Die Ernennung des Fürsten zum Minister des königlichen Hauses und des Aeußern und zum Vorsitzenden des Ministerrats erfolgte am 31. Dezember 1866.

Viertes Buch

Das baprische Ministerium

1867 bis 1870

Aufzeichnung vom 4. Januar 1867.

Resultate ber Diskuffion im heutigen Ministerrate.

achdem ich die Gründe entwickelt hatte, welche mich zu dem Antrage veranlaßten, den Gesetzentwurf 1) jetzt noch nicht zu beraten, sondern ihn erst ben Regierungen von Bürttemberg, Beffen und Baben mit bem Ersuchen mitzuteilen, fich barüber auszusprechen, ob fie geneigt waren, gemeinschaftliche Ronferenzen ber Minister bes Meußern und bes Rriegs gu veranstalten, welche über die Frage, ob eine gemeinschaftliche, gleichartige heeresreorganisation in ben genannten Staaten eingeführt werben folle, Bu beraten hatten, wurde mir vom Kriegsminister entgegengehalten, daß er wünschen muffe, sobalb als möglich mit ber Beratung bes vorliegenben Gesehentwurfs zu Ende zu tommen. Dies tonne aber mahrend bes gegenwartigen Landtags nicht geschehen, wenn nicht sofort gur Beratung im Ministerrat, im Staatsrat und in ben Rammern geschritten wurde. muffe 1868 fertig sein und, wenn er nicht im Frühjahr anfange, werde er bis dahin nicht fertig. Schlör fagte, es werde wohl nichts dabei herauskommen, die Burttemberger hatten eine andre Idee. Indeffen gebe er gu, daß man ben Versuch magen könne. Die Herren vereinigten sich schließlich zu der Ansicht, daß man die Beratung des Gesetentwurfs im Ministerrat anfangen folle. Ich könnte unterbeffen bie nötigen Anfragen an bie betreffenden Regierungen stellen laffen.

Die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen wurden durch eine Depesche an die bayrischen Gesandtschaften vom 9. Januar eingeleitet und führten zu einer Uebereinkunft mit Württemberg vom 18. Februar, nach welcher der Freiherr von Varnbüler die vier Südstaaten zum 3. Februar zu Konserenzen in Stuttgart einladen sollte. Eine "Punktation" stellte die Gegenstände sest, bezüglich deren gemeinsames Vorgehen zu erstreben sei, und durch ein "geheimes Uebereinkommen" einigten sich Bayern und Württemberg dahin, sich dei den Konserenzen durch etwaigen Widerspruch Badens und Hessens nicht aushalten zu lassen, sondern die Einrichtungen, über welche Einstimmigkeit nicht zu erzielen

¹⁾ Ueber bie Beeregreorganisation.

sei, unter sich einzuführen. Bezüglich der sübdeutschen Festungen bestimmte das geheime Uebereinkommen, daß Baden veranlaßt werden solle, Rastatt zu erhalten, während Bayern und Württemberg Um und Neu-Um als einen gemeinschaftlichen Wassenplaß erhalten und verwalten wollten.

Gemäß ber Uebereinkunft wurden die Einladungen nach Stuttgart von ber württembergischen Regierung vollzogen.

Inzwischen gaben die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten über die an den König zu richtende Abresse dem Fürsten die erste Geslegenheit, sich über die Ziele seiner deutschen Politik öffentlich auszusprechen.

Rebe in ber Rammer ber Abgeordneten am 19. Januar 1867.

Meine Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag gibt mir die erwünschte Gelegenheit, die Stellung zu bezeichnen, welche die Staatsregierung der beutschen Frage gegenüber einzunehmen beabsichtigt.

Ich werbe versuchen, bieses mit möglichster Bestimmtheit zu tun.

Nach der Auflösung des Deutschen Bundes und mit dem Austritt Defterreichs aus Deutschland ist die Stellung der deutschen Mittelstaaten vollkommen verändert und unleugdar gefährdet.

Ich unterlasse es, einen Rückblick auf die bayrische Politik der letzten Jahre zu werfen und zu untersuchen, ob Bayern Mittel und Gelegenheit geboten waren, dieser gefahrvollen Wendung der Dinge vorzubeugen.

Die praktische Politik ist angewiesen auf die Tatsachen der Gegenwart; die Vergangenheit kann sie der Beurteilung der Geschichte überlassen.

Meine Herren! Ich habe zu verschiedenen Zeiten die Gelegenheit gehabt, mich über das Verhältnis Bayerns zu Deutschland auszusprechen, und habe dies stets mit größter Offenheit getan. Ich bezeichne auch heute noch als den Zielpunkt der bayrischen Politik: die Erhaltung Deutschlands, die Einigung der Gesamtzahl der deutschen Stämme und, soweit dies nicht möglich ist, der größeren Zahl derselben zu einem Bunde, geschützt nach außen durch eine kräftige Zentralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Versassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayerns.

Wenn ich nun, meine Herren, diesen Bund als den Zielpunkt der bayrischen Politik anerkenne, so darf ich mich doch der Wahrnehmung nicht verschließen, daß ein solches Ziel jetzt und unmittelbar nicht zu erreichen ist.

Preußen war beim Abschlusse bes Prager Friedens veranlaßt, sich auf die Bildung eines engeren Bundesverhältnisses nördlich von der Linie des Mains zu beschränken, und hat diese Beschränkung durch Unterzeichnung des Friedensvertrages als für sich bindend anerkannt. Sie

ø

können diese Tatsache beklagen, Sie werden aber die Folgen nicht bestreiten können, welche sich daran knüpfen.

Es folgt daraus, daß Preußen jeden Bersuch der süddeutschen Staaten, der auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund gerichtet wäre, zurück-weisen muß.

Es folgt daraus ferner, daß die Staatsregierung nicht versuchen kann, über die Vereinigung Bayerns mit dem Norddeutschen Bund in Unterhandlungen zu treten.

Ich muß überdies ebenso offen aussprechen, daß die Entwicklung der norddeutschen Bundesverhältnisse, wie sie sich jetzt gestaltet, eine so entschiedene Hinneigung zum Einheitsstaate bekundet, daß ich es mit der Würde des Landes und den Pslichten der Staatsregierung nicht vereindar halte, den bedingungslosen Eintritt in diesen Norddeutschen Bund anzustreben. Ich wenigstens würde einem solchen bedingungslosen Eintritt meine Stimme nicht geben und die Verantwortung desselben nicht übernehmen.

Auch glaube ich nicht, daß man sich bei der Bildung des Norddeutschen Bundes durch die Rücksicht auf den Süden von Deutschland aufhalten lassen wird. Ebensowenig wird man im gegenwärtigen Augenblick zugunsten des Eintrittes der süddeutschen Staaten Modisikationen in der Gestaltung des Norddeutschen Bundes vornehmen.

Wir durfen uns nicht täuschen, die Entwicklung Deutschlands auf bem Wege der Einigung schreitet nur langsam vorwärts.

Wenn ich nun die Schwierigkeiten anerkenne, die der organischen Wiedervereinigung der deutschen Stämme in den Weg treten, so din ich doch anderseits fest entschlossen, mich jedem Schritt entgegenzustellen, der die Erreichung des von mir bezeichneten Zieles verhindern könnte.

Meine Herren! Die Staatsregierung wird keinen südwestbeutschen Bund unter dem Protektorate einer nichtbeutschen Macht schließen. Ein solches Bündnis ist in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einfach eine Unmöglichkeit. Ebenso ist Bayern nicht in der Lage, ein Berfassungsbündnis süddeutscher Staaten unter der Führung Desterreichs abzuschließen. Wenn ich den Gang der Entwicklung der inneren Zustände Desterreichs richtig beurteile, so scheint mir das deutsche Element mehr in den Hintergrund zu treten und die Regierung ihre Stüge in den außerzbeutschen Elementen der Monarchie zu suchen.

Ein Verfassundnis mit einem so gestalteten Desterreich erscheint weber wünschenswert noch ausführbar.

Wohl aber werde ich es mit Freuden begrüßen, wenn die österreichische Monarchie aus den inneren Kämpfen, in welchen sie begriffen ist, gekräftigt und gestärkt hervorgeht, damit sie ihre zivilisatorische Mission als östliche

Grenzmacht erfüllen könne. Ich werbe mich bemühen, darauf hinzuwirken, daß die freundschaftlichsten Beziehungen Bayerns zu Oesterreich erhalten und gefördert werden.

Meine Herren! Die Staatsregierung wird auch nicht die Hand bieten zur Bildung eines in sich abgeschlossen südwestbeutschen Bundesstaates, weil unzweiselhaft eine Uebereinstimmung der Regierungen und Bevölkerungen in dieser Beziehung nicht zu erreichen ist und weil ein solcher Bundesstaat die Kluft zwischen dem Süden und Norden von Deutschland noch erweitern würde.

Wenn ich aber erklärt habe, daß die Staatsregierung keinen Schritt zu tun gedenkt, der uns vom Ziele der deutschen Gesamtpolitik entsernt, so darf ich mich auf diesen negativen Standpunkt nicht beschränken. Es würde dies die Proklamierung der Isolierungspolitik sein. Bayern als Staat zweiten Ranges kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. Es bedarf einer solchen Stüze namentlich im gegenwärtigen Augenblick, in welchem die Verfassung des Deutschen Bundes zerrissen ist und die Möglichkeit europäischer Konslikte nicht bestritten werden kann. Der Großstaat aber, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse es im Falle eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären hat, ist Preußen.

Diese Bundesgenossenschaft, die in der Aufgabe der bayrischen Regierung liegt, bringt es mit sich, daß Bayern gegen bestimmte Garantie der Souveränität des Königs sich im Falle eines Krieges gegen das Ausland der Führung Preußens unterstelle; sie bringt es mit sich, daß das bayrische Heer in einer Art und Weise organistert wird, die eine gemeinschaftliche Kriegführung ermöglicht. Diese Bundesgenossenssenst wird an Wert gewinnen, wenn es gelingt, nicht nur die Wehrkraft Bayerns zu erhöhen, sondern auch die übrigen südwestdeutschen Staaten zur Einrichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganisation zu bestimmen. Die Staatsregierung ist bestrebt, diese Uebereinstimmung herbeizusühren und damit die Annäherung des Südens von Deutschland an den Norden zu sördern, zugleich aber auch die eigne Unabhängigkeit, soweit dies an uns liegt, vor Annexionsgelüsten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu wahren.

Erlauben Sie mir nun, meine Herren, zum Schlusse noch einmal die Aufgabe der bayrischen Politik in wenigen Worten zusammenzusassen! Es ist die Andahnung eines Verfassungsbündnisses mit den übrigen Staaten Deutschlands, sobald und soweit dies unter Wahrung der bayrischen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich ist; bis zur Erreichung dieses Zieles die Schaffung einer achtunggebietenden Macht, nicht durch die Organisation des Heeres allein, sondern auch durch

ben Ausbau unsrer inneren Staatseinrichtungen auf freisinniger Grundslage, durch Hebung des Selbstbewußtseins und des Bertrauens in unsre eigne staatliche Existenz.

Wenn uns dies gelingt, so wird man unser Bündnis suchen, und wir werden nicht nötig haben, uns ängstlich nach einem schirmenden Dach umzusehen; dann wird es auch gelingen, für die wichtige Frage über die Reorganisation des Zollvereins eine würdige und den Interessen des Landes entsprechende Lösung zu erzielen.

Aus einem Schreiben bes Freiherrn von Roggenbach an ben Fürften.

Neuwied, 24. Januar 1867.

... Wer wie ich sechs Jahre lang mit der politischen und moralischen Berwirrung zu tun hatte, die die Herren von Beuft und von der Pfordten durch ihre Staatsschriften, ihre Agenten und Breforgane in den armen Röpfen unsrer sübbeutschen Landsleute angerichtet haben, und wer sich über die Gefahren nicht täuscht, welche durch die babylonische Sprachverwirrung für den Beftand und die Rufunft unfers Bolkstums und der beutschen Staatsentwicklung schließlich bereitet wurden, der muß mit inniaster und aufrichtigster Freude Ihre Aeußerung begrüßen. Sie sagt mir, daß ein so bedeutender Staat wie Bayern und ein so wichtiges Element bes europäischen Bölkerspstems wie das süddeutsche endlich wieder unter den Einfluß einer verftandigen und ehrlichen, einfachen und besonnenen Leitung zurückgekehrt ist und daß die finstern Mächte entfernt sind, welche seit Jahren an der Herbeiführung eines Brandes geschürt haben, von dem sie hofften, er werde Preußen und eine gesunde Kulturentwicklung in Deutschland verzehren, der aber nun schließlich sie felbst und ihre bosen Ranke verschlungen hat . . .

Journal.

München, 25. Januar 1867.

Reuß 1) las mir eine Depesche von Bismarck vor, in welcher die Befriedigung der preußischen Regierung über meine Erklärung in der Rammer ausgesprochen wird. Daran knüpft Bismarck Aeußerungen über die Heeresorganisation und Finanzen, die mir Reuß noch vorlegen wird, um sie technisch beantworten zu lassen.

In betreff der deutschen Frage sagte die Depesche, daß man sich in Sübdeutschland täusche, wenn man glaube, Preußen wolle die Berbindung mit dem Süden auf benselben Grundlagen wie im Norden. Hier seien

¹⁾ Bring Reuß, bamals preußischer Gesandter in München.

sie durch die Rücksicht auf ihre eigne Sicherheit zu einem strafferen Zusammenschließen genötigt gewesen. Was den Süden betreffe, so sei Preußen zusrieden, wenn es die Garantie habe, daß der Süden sich nicht an fremde Mächte anlehnen werde, und daß die gemeinsame Wahrung und Pslege der materiellen Interessen gesichert sei. Preußen werde in der Verschmelzung des Südens mit dem Norden so weit gehen, als dies Bayern wünsche. Wenn man die Autonomie im Süden nicht in derselben Weise beschränken wolle wie im Norden, so sei es auch bereit, in Unterhandlungen auf einer weiteren Grundlage einzugehen.

Auf die Frage, wie ich mir die Verfassung und namentlich die Beschränkung der Autonomie dächte, behielt ich mir die weitere Aeußerung vor. Er erklärte sich bereit, bei seiner Regierung anzusragen, ob ich seine Depesche dem König vorlesen dürfe, was ich für notwendig erachtete.

Am 3. Februar wurden die Stuttgarter Konferenzen unter dem Vorsitze des Freiherrn von Barnbüler eröffnet. Außer den vier Ministern der auswärtigen Angelegenheiten nahmen die Kriegsminister und mehrere Kommissare an den Verhandlungen teil.

In der einleitenden Besprechung äußerte der badische Minister von Freydorf, er möchte wünschen, daß dem bei den vorgeschlagenen gemeinsamen Maßregeln doch wohl vor allem maßgebend gewesenen Bestreben der Einigung Deutschlands, welches nach der Auffassung der badischen Regierung dringend einen unumwundenen Anschluß an die preußische Wehrverfassung erheische, in bestimmter Weise Ausdruck gegeben werde und schlage deshalb eine Kundgebung folgenden Wortlauts vor:

"Die versammelten Bertreter ber vier südbeutschen Regierungen erkennen es als ein nationales Bedürfnis, die Wehrkräfte ihrer Länder nach den Prinzipien der preußischen Wehrverfassung einzurichten, so daß sie als Bestandteile eines deutschen Heeres im Kriegsfalle anwendbar werden."

Fürst Hohenlohe führte bagegen aus, daß der badische Antrag leicht mißverständliche Auffassung finden könne, hauptsächlich weil die vorgeschlagene Fassung der dermaligen Sestaltung der politischen Verhältnisse Deutschlands doch nicht vollständig entsprechen dürste. Die weiteren Debatten bezogen sich wesentlich auf die Frage, dis zu welchem Grade der Anschluß an das preußische Wehrspstem durchgeführt werden solle. Durch kommissarische Veratungen der Kriegsminister wurde schließlich ein Schlußprotokoll vereindart, das die Zustimmung aller Mitglieder der Konserenz sand. Der badische Minister gab dabei unter Bezugnahme auf die schon im Laufe der mündlichen Verhandlungen mehrsach von ihm kundgegebenen Aeußerungen über die Stellung, welche seine Regierung in der Frage über die Regelung der beutschen Verfassungsverhältnisse, insbesondere dem

zu gründenden Nordbeutschen Bunde gegenüber, einnehmen zu müffen glaube, nachstehende Erklärung zu Protokoll:

"Die Großherzoglich babische Regierung ist der Ansicht, daß die hier getroffenen Berabredungen etwaigen militärischen Bereinbarungen des Großherzogtums mit dem Königreich Preußen, beziehungsweise den nordbeutschen Staaten, nicht im Wege stehen und behält sich nach Umständen solche Bereinbarungen vor."

Der hessische Minister von Dalwigk erklärte barauf, "daß auch er in Anbetracht der eigentümlichen Stellung, welche die hessische Regierung dem zu gründenden Norddeutschen Bunde gegenüber einzunehmen haben werde, sich veranlaßt sinden müsse, die Zustimmung seiner Regierung zu den Beschlüssen mit einem Vorbehalte zu begleiten, wie solcher eben von der Großherzoglich badischen Regierung vorgetragen worden".

Das am 5. Februar unterzeichnete Schlufprotofoll 1) beginnt mit ber Erklärung, daß die Berfammelten es als ein nationales Bedürfnis erkennen, bie Wehrtrafte ihrer Lander zu erhöhen und so zu organisieren, daß sie zu achtunggebietender gemeinsamer Aktion befähigt werden. Sie einigen fich beshalb zu einer möglichften Erhöhung ihrer Militartrafte unter einer ben Prinzipien ber preußischen nachgebilbeten Wehrverfassung. Als solche Prinzipien werden aufgestellt: die allgemeine Wehrpflicht, die dreijährige Prasenz, die Einteilung der Wehrpflicht in die Dienstpflicht im stehenden Heere, die Reservepflicht und die Landwehrpflicht. Erftrebt wird eine Gleichartigkeit ber Organisation, welche die Heere zu gemeinsamer Aftion befähigt, gleiche taktische Einheiten, möglichste Uebereinstimmung ber Reglements, ber Feuerwaffen und Munition, gemeinschaftliche Uebungen und gleichmäßige Ausbildung ber Offiziere. "Bezüglich ber Festungen Ulm und Raftatt" heißt es am Schluffe bes Protokolls, "wird ein Entschluß bis nach Beendigung der möglichst zu beschleunigenden Liquidationsverhands lungen aufgeschoben." 2)

¹⁾ Abgebruckt bei Aegibi und Klauholb, Das Staatsarchiv, Bb. XII Nr. 2783.

²⁾ Artikel 7 bes Prager Friedens bestimmte, daß in Frankfurt a. M. eine Rommission zusammentreten sollte, bei welcher sämtliche Forderungen an den ehemaligen Deutschen Bund anzumelden und zu liquidieren seien. Desterreich und Preußen wollten sich in dieser Rommission vertreten lassen. Allen andern Staaten des ehemaligen Bundes stand die gleiche Besugnis zu. Artikel 8 gab Desterreich das Recht, aus den ehemaligen Bundessesstumen das kaiserliche Gigentum und von dem beweglichen Bundeseigentum den matrikularmäßigen Anteil Desterreichs fortzussühren oder sonst darüber zu verfügen. Die "Liquidationstommission" trat im Herbst 1866 zusammen und führte ihre Arbeit dis zum Sommer 1867 so weit durch, daß Desterreich und Holland, letzteres für Luxemburg und Limburg, für ihre Ansprüche in Geld abgesunden wurden. Auch die Ansprüche der übrigen Staaten wurden rechnerisch seisgestellt. Es wurde aber beschlossen, eine tatsächliche Teilung nicht auszussühren, vielmehr die endgültige Erledigung der Frage zu vertagen.

Unmittelbar nach den Stuttgarter Konferenzen am 6. Februar 1867 hatte der Fürst in Mühlacker eine Besprechung mit dem Großherzog Friedrich von Baden. An denselben schried er:

München, 19. Februar 1867.

Eure Rönigliche Hoheit

haben mir erlaubt, mich schriftlich direkt an Höchstdieselben zu wenden, wenn es mir nötig schiene, über die in Mühlacker besprochenen politischen Fragen weitere Mitteilungen zu machen. Der gegenwärtige Augenblick der bevorstehenden Eröffnung des nordbeutschen Reichstags läßt es für die süddeutschen Regierungen dringend geboten erscheinen, sich über die Haltung zu verständigen, die sie den Beschlüssen des nordbeutschen Parlaments gegenüber einzunehmen haben. Es ist vorauszusehen, daß nach dem Schlusse der Berhandlungen, wenn diese zu einem befriedigenden Resultate sühren, an uns die Frage gestellt werden wird, in welcher Weise wir unser Berhältnis zum Nordbeutschen Bunde regeln wollen.

Hierbei burfte es sich um folgende Punkte handeln:

- 1. Erhaltung ber eignen Souveranität,
- 2. Kräftigung Deutschlands zur Beseitigung außerer Gefahren,
- 3. Befriedigung bes nationalen Strebens im Bolte,
- 4. Offenhalten bes Beitritts Deutsch-Defterreichs.

Ich glaube, daß das gemeinschaftliche Borgeben der sübbeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baben und (soweit es sein kann) Heffen auf folgender Basis ratsam wäre:

- 1. Wir bieten Preußen und bem Nordbeutschen Bunde an, in einen unauflöslichen Bund einzutreten.
 - 2. Preußen führt bas Prafibium und ben Oberbefehl im Rrieg.
 - 3. Die vier Staaten treten, und zwar

Bayern mit 6, Württemberg mit 4, Baben mit 3,

Heffen mit 2 Stimmen

in den also erweiterten Bundesrat ein, der die Geschäfte des Bundes leitet und die Streitigkeiten unter den Bundesgliedern entscheidet.

4. Durch Vertrag wird festgesett:

bas allgemeine deutsche Indigenat und Heimatsrecht, ber Deutsche Zollverein, gleiches Maß, Gewicht und Münze, bas Bankwesen, gleiche Rechtshilfe (Prozeßordnung), gleiche Grundsätze in Beziehung auf Post, Eisenbahn, Telegraphenwesen und Schiffahrt.

- 5. Die unter 4. vorgesehenen gemeinsamen Angelegenheiten werden auf Initiative des Bundesrats geregelt, und soweit Gesehe zu erlassen sind, wird auf dem bezüglich der Wechsels und Handelsgesehung eingeschlagenen Wege versahren. Die Gesehgebung bleibt im Norden dem Reichstag des Nordebeutschen Bundes, im Süden den Kammern der vier Staaten. Bezüglich der Militärversassung erkennt Vreußen die Stuttgarter Konferenzbeschlüsse an.
- 6. Bur Marine bes Bundes und zur Vertretung der Handelsintereffen durch Konsulate trägt der Suden eine durch Vertrag festzusetzende Quote bei.
- 7. Der Anteil an den Kosten und an der Besatzung der Bundesfestungen und Bundeshäsen wird im Prinzip gleichfalls durch Bertrag
 geregelt und durch den Bundesrat sestgesetzt.
- 8. Bebingung des Abschluffes ift gleichzeitiger Abschluß einer Allianz des gesamten Deutschlands mit Oesterreich, in welcher die Integrität des deutschen Gebiets gegenseitig garantiert, dagegen von Oesterreich unter Modisszerung des Prager Friedens der Deutsche Bund anerkannt wird.

Ich lege auf letteren Punkt beshalb großes Gewicht, weil bei ben hier sich mehr und mehr sühlbar machenden Einflüssen Desterreichs nur badurch die Stimmung und Zustimmung zum Abschluß eines Bundessvertrags mit Preußen zu gewinnen sein wird, wenn gleichzeitig Desterreich in der Allianz eine Entschädigung dafür geboten werden kann, daß es seinen Einfluß auf Süddeutschland durch das Zustandekommen eines Bundes der süddeutschen Staaten mit dem Norden vermindert sieht. Indem ich Eurer Königlichen Hoheit diese Skizze vorzulegen mir erlaube, bitte ich um Höchstderen Aeußerung über dieselbe und darüber, ob Eure Königliche Hoheit eine betailliertere Darlegung besehlen. Ich würde für eine baldgnädige Antwort aus dem Grunde besonders dankbar sein, weil ich von Stuttgart in den nächsten Tagen Eröffnungen entgegensehe, die ich nicht eher beantworten will, ehe ich die Ansicht Eurer Königlichen Hoheit kenne.

Schließlich erlaube ich mir zu bemerken, daß die Ratifikationsurkunde über die Stuttgarter Konferenz Seiner Majeskät dem Könige vorliegt und in diesen Tagen abgehen wird. Ich wage die Bitte, die Auswechslung der Ratifikationen gnädigst sobald als möglich anbesehlen zu wollen, wenn unsre Urkunde in Karlsruhe ankommt, da mir die Veröffentlichung der Resultate der Konferenz in allseitigem Interesse geboten erscheint.

Ueber die Beurteilung, welche die ersten öffentlichen Erklärungen des Fürsten in Berlin gefunden hatten, schrieb ihm der bisherige preußische Gesandte in München, Brinz Reuß:

Berlin, 20. Februar 1867.

Seit geftern früh bin ich hier und habe ben Grafen Bismarck sogleich gesehen und ihm viel von München und von Ihnen erzählen muffen. 3ch

brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß er die besten Wünsche für das Reuffieren Ihres Ministeriums begt und alles tun wird, was in seinen Kräften fteht, um Sie zu unterftuten. Ich besprach mit ihm Ihren Bunsch mit Beziehung auf ein eventuelles Eingeständnis der Existenz bes geheimen Vertrags. 1) Graf Bismarck fab ein, daß es Ihnen und auch ber württembergischen Regierung angenehm und für Ihre Stellung bem Lande gegenüber vorteilhaft sein würde, wenn Sie den geheimen Bertrag avouieren könnten. Er hat nichts bagegen, daß bies seinerzeit geschieht, und möchte nur abwarten, bis ber Spektakel in ber französischen Rammer sich etwas gelegt haben wird. Also vielleicht bis nach den Interpellationen über die auswärtige Politik des Raisers.2) Dann ift er der Ansicht, auf bie Cache burch icheinbare Inbistretionen in ben Zeitungen vorzubereiten; er wurde aber gern Ihre Ansichten boren, falls Sie die Deffentlichkeit auf eine andre Weise haben möchten.3) Er trug mir auf, Ihnen zu schreiben und Ihnen zugleich zu fagen, daß, wenn Sie das Bedürfnis fühlen sollten, in dieser oder einer andern Angelegenheit sich direkt an ihn zu wenden, er sehr gern bereit sein wurde, den Weg der direkten Privatkorrespondenz zu betreten. Er hat vollständiges Vertrauen in Werthern, 4) glaubt aber, daß, bevor berfelbe zu dem Grad von Vertraulichkeit Ihnen gegenüber gelangt sein sollte, es Ihnen vielleicht lieber sein durfte, sich gegen ihn (Bismard) auszusprechen. Montgelas 5) wird von ihm als einguter Geschäftsmann und ehrlicher Mensch bezeichnet, er meint aber, daß es barüber hinaus aushöre und intimere Geschäfte nicht leicht mit ihm anzuknüpfen seien.

In demselben Sinne schrieb dem Fürsten der Herzog von Natibor: Berlin, 8. März 1867.

Heute Abend war ich bei Puttbus auf einem Ball und hatte bort Gelegenheit, mit Bismarck zu sprechen. Er kam von selbst auf Dich zu sprechen, indem er am Büsett ein Glas Champagner auf Dein Wohl und das Gedeihen Deiner dortigen Bestrebungen trank. Ich erzählte ihm, daß Du mir geschrieben, und er ist ganz darin einverstanden, daß man dort vorsichtig zu Werke gehen müsse. Man verlange hier von Bayern gar

¹⁾ Das gleichzeitig mit bem Friedensvertrage geschlossene Schutz und Trutzbindnis.

⁹⁾ Die Debatte der französischen Kammer über die auswärtige Politik fand vom 14. bis 18. März statt.

^{*)} Die Beröffentlichung bes Schutz- und Trutbündnisses erfolgte am 19. März 1867, unmittelbar nach der ersten Berhandlung des Norddeutschen Reichstags, welche Luxemburg berührte. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs, 38d. 6 S. 58.

⁴⁾ Der preußische Gesandte in München.

⁵⁾ Baprifcher Befandter in Berlin.

nichts mehr, als es uns geben wolle, wenn er keinen Taler bekommen könne, nehme er einen Silbergroschen. Man werde durchaus nicht drängen. Die materiellen Interessen Süddeutschlands — das könne man Deinen Gegnern dort vorhalten — bedingten einen Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde; ohne einen solchen sei auch der Zollverein gefährdet und dadurch der ganze Wohlstand der bortigen Länder aufs Spiel gesetzt. Das könne den Leuten dort nicht oft genug gesagt werden. Er empsiehlt Vorsicht und keine Uebereilung. Er nimmt das größte Interesse an allem, was in München geschieht.

Die Königin sprach sich gestern in demselben Sinne aus und grüßt Dich vielmals. Feldmarschall Wrangel läßt Dir auch Glück wünschen zu Deinen bisherigen Ersolgen, hofft das Beste für die Zukunft und empsiehlt sich Dir. Auch Herr von Bincke sprach mit mir über Dich und freute sich darüber. Du siehst, daß alle Parteien hier für Dich sind. Vismarck betrachtet auch die Führung Bayerns unter den süddeutschen Staaten als selbstverständlich und hat alle Anträge von Württemberg und Baden zurückgewiesen, die nicht im Verein mit Bayern gemacht wurden.

Großherzog Friedrich von Baden an ben Fürsten Sobenlobe.

Karlsruhe, 4. März 1867.

Empfangen Sie meinen beften Dank für Ihre beiben Briefe vom 19. und 20. Februar, aus benen ich mit großer Freude entnehmen durfte, daß unfre Besprechung in Mühlacker der Beginn eines vertraulichen Berkehrs wurde, dessen Wert ich sehr zu schätzen weiß.

Wir begegneten uns in dem Streben einer engeren Verbindung des Südens mit dem Norden von Deutschland, und wir haben dabei schon besprochen, in welchen verschiedenen Stadien der Entwicklung wir uns dieses Einigungswerk vollbracht benken.

Mit aufrichtigem Danke habe ich somit Ihre Vorschläge als einen hoch anzuerkennenden Versuch begrüßt, dieses Streben mehr und mehr zu betätigen, und werde nun nach gründlicher Prüsung versuchen, Ihnen meine Anschauungen darüber in Kürze darzulegen.

Im allgemeinen bin ich gern bereit, auf Ihre Vorschläge zu näherer Beratung einzugehen, würde aber sehr wünschen, über das Detail berselben noch weitere Mitteilungen von Ihnen zu erhalten, um die ganze Ausbehnung und Tragweite einzelner Punkte näher kennen zu lernen.

Die vier Grundgebanken Ihrer Borschläge betrachte ich als ben Ausbruck für die in den süddeutschen Staaten zu überwindenden Schwierigkeiten und Borurteile. Ich erkenne darin den Kreis von Rücksichten, welche Sie zu nehmen genötigt find, um einen Uebergangszustand für eine innigere Bereinigung mit dem Norden vorzubereiten. Ich verkenne aber auch nicht die Schwierigkeit, diese vier Grundsätze so zu verbinden, daß sie dem mehr und mehr sich befestigenden Norddeutschen Bunde annehmbar gemacht werden können.

Der erste Satz unter ben acht Punkten, in welchen Sie die Grundslage des gemeinschaftlichen Borgehens der süddeutschen Staaten erblicken, bezeichnet das Berhältnis zu Nordbeutschland als einen unauslöslichen Bund, und zwar als einen weiteren Bund im Gegensatz zu dem engeren Nordbeutschen. Dieser Gedanke genügt, um alle übrigen Punkte als mehr oder weniger untergeordnet erscheinen zu lassen, insofern als dieselben von einer Bereindarung mit Preußen abhängen. Ich unterlasse es daher, mich auf das einzelne schon heute näher einzulassen, und will nur zwei Fragen Ihrer freundlichen Erwägung empsehlen.

Diejenigen Teile ber Gesetgebung, wobei es unerläglich ift, eine volle Gleichmäßigkeit über Deutschland zu verbreiten, sind vorzugsweise auf dem Gebiete materieller Interessen zu finden. Es wird dabei die Frage des Bollvereins wohl die leichteste Handhabe gewähren, um die Schwierigkeit zu lösen, welche jetzt noch in bem Mangel einer Zusammenfassung aller beutschen Staaten in einem gemeinsamen Reichstag besteht. Mitteilungen aus Berlin fagen uns, daß der Eintritt von Bertretern fubbeutscher Regierungen in ben Bundesrat und fübbeutscher Abgeordneten in ben Nordbeutschen Reichstag für Zollangelegenheiten und somit die Berwandlung besselben in ein Zollparlament als eine vielleicht nahe bevorstehende erste nähere Verbindung von Nord und Süd zu erwarten stehe. Ein solcher Anfang würde sich wohl sehr bald weiter ausbilden und über andre Gebiete verbreiten. Die gange fo schwierige Gesetzgebungfrage murbe dadurch auf natürlichem, praktischem Wege eine gute Lösung finden, und es burfte wohl geraten sein, diese Lösung durch einen dahinzielenden Vorschlag vorzubereiten.

Die Aussicht auf Beteiligung der süddeutschen Staatsregierungen und Landesvertretungen bei den entsprechenden Organen des Norddeutschen Bundes, insbesondere die Aussicht auf Bildung eines Zollparlaments, wurde dann wohl auch dem Punkt 4 Ihrer Vorschläge eine modisizierte Gestalt verleihen, indem dann auf dem Wege der Gesetzgebung teilweise zu erlangen wäre, was dort Verträge festseten sollen.

Sofern nun aber ein Bundesvertrag zwischen ben einzelnen sübbeutschen Staaten und dem Nordbeutschen Bunde abgeschlossen werden will, der nach dem Borbilde der alten bisherigen deutschen Bundesakte gestaltet werden soll, frage ich mich, ob es nicht ratsamer wäre, sich möglichststreng an diesen alten Bundesvertrag anzuschließen und danach zu streben, desse entwicklungssähige Reime zur Reise zu bringen. So wenig auch

biese alte Institution während ihres langen Bestehens Gutes zu leisten vermochte, da es keine Abhilse gegen die Rivalität zweier Großmächte in einem Bunde gibt, dürste doch nun die Voraussehung geschaffen sein, mit welcher die wesentlichsten Bestandteile der alten Bundesversaffung sich vereinen lassen. Diese Voraussehung ist der Prager Friede, das Ende des langjährigen und für Deutschland so schödlichen Dualismus.

Der Artikel IV bes Prager Friedens stellt eine nationale Berbindung ber süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde in Aussicht. Defterreich erkennt diesen weiteren Bund in seiner Neugestaltung im voraus an.

Dies ist ber zweite Punkt, ben ich besonders behandeln wollte, b. h. Nr. 8 Ihrer Borschläge.

Sie halten es mit Bezug auf den sich mehr und mehr in München fühlbar machenden Einfluß Oesterreichs für unerläßlich, zur Gewinnung der Zustimmung Bayerns für den Abschluß eines Bundesvertrags mit Preußen, wenn Oesterreich durch eine Allianz mit Deutschland dafür entsichädigt wird, daß es seinen Einsluß in Süddeutschland durch das Zusstandekommen eines Bundes desselben mit dem Norden vermindert sieht.

Ich kann mir lebhaft benken, wie schwierig es für Sie sein muß, die österreichischen Sympathien in gewiffen maßgebenden Kreisen zu behandeln und diesen gegenüber den neuen Standpunkt des Prager Friedens zu verstreten. Auch erkenne ich gewiß sehr gern an, daß gewisse Vorurteile nur bekämpft werden können, indem man ihnen möglichst schonend entgegenstritt. Ich din daher gern bereit, auch diesen wichtigsten Punkt Ihrer Vorschläge weiter mit Ihnen zu erörtern, wenngleich ich mit einer solchen Bedingung des Vertragsschlusses mit Preußen mich nicht befreunden könnte. Ich möchte Ihnen aber in jeder Weise bestätigen, daß es mir ernst darum zu tun ist, Sie, soweit ich kann und darf, in Ihrer schönen, aber schweren Ausgabe zu unterstützen.

Meine Gründe gegen den Vorschlag einer solchen Allianz von ganz Deutschland mit Oesterreich unter den angegebenen Voraussetzungen sind mehrsacher Art.

Zunächst erscheint mir nötig zu wissen, ob Preußen geneigt ist, eine solche Bedingung anzunehmen, damit nicht durch Ablehnung derselben die gewünschte Verständigung verhindert werde. Ich kann nicht glauben, daß Preußen geneigt sein wird, den Prager Frieden gerade in seinem wichtigsten Punkte zu modiszieren und damit eine europäische Frage aufzuwersen, welche der genannte Friedensvertrag eben vermeiden will, indem er die nationale Verbindung von Süd- und Norddeutschland als eine innere Frage vom Auslande anerkennen läßt.

Eine Garantie bes beutschen Gebiets Desterreichs halte ich nicht für ratsam, solange bieses Reich mit ben unbeilvollsten Entwicklungsleiden zu

tämpfen hat, die stets die Gesahr in sich tragen, Deutschland in seiner eignen inneren Entwicklung zu stören ober in äußere Berlegenheiten zu verwickeln.

Es sollte bemnach wohl die Ronsolidierung des österreichischen Kaiserstaats abgewartet werden können, bevor Deutschland eine Verpslichtung eingeht, deren Erfüllung vielleicht kaum aussührbar sein dürfte.

Endlich gestatte ich mir einen Zweifel barüber zu äußern, ob es in Bayerns Interesse liegen kann, Preußen gegenüber als ber Vertreter österreichischer Interessen zu erscheinen, bevor Oesterreich selbst einen solchen Bunsch zu erkennen gegeben hat.

Dürfte es unter diesen Verhältnissen nicht richtiger sein, die Regelung ber Beziehungen des durch Bündnis vereinten Deutschlands zu Oesterreich in dem Bundesvertrage auf ähnliche Weise in Aussicht zu stellen, wie dies in dem Versassungsentwurse des Norddeutschen Bundes in betreff der süddeutschen Staaten geschieht?

Diese Form ist viel eher für alle Teile annehmbar und dürste wohl ben Interessen, welche Sie zu berücksichtigen suchen, in genügender Weise entsprechen.

Eine Bearbeitung aller berartigen Vorschläge halte ich zwar für wünschenswert, um sich auf die Zeit vorzubereiten, wo das Versassungswert des Nordbeutschen Bundes seinen Abschluß wird erreicht haben. Insosern aber seit unsrer Besprechung in Mühlacker die Lage der Verhältnisse sich bedeutend verändert hat, indem entscheidende Aussprüche in Paris und Berlin über manche Fragen ganz neues Licht verbreitet haben, erscheint es mir wünschenswert, daß wir uns diesen Verhältnissen gegenüber vorerst noch zuwartend verhalten.

Die Verhandlungen des Reichstags in Berlin und die ganze Entwicklung des Norddeutschen Bundes werden uns wohl in nicht ferner Zeit sichere Anhaltspunkte für den Inhalt und die Formen der von uns erstrebten Verbindung bringen. Es wird uns dann leicht sein, solche zu erfassen und weiter zu verwerten.

Ich glaube mich indessen mit Ihnen in Uebereinstimmung zu befinden, wenn ich das zunächst anzustrebende Bundesverhältnis mit Preußen als einen Uebergangszustand bezeichne, der damit endet, daß eine Berfassung sämtliche deutsche Gebiete soll umfassen können. Mit großem Interesse und aufrichtiger Dankbarkeit werde ich Ihre weiteren Mitteilungen empfangen.

Nach Empfang bieses Schreibens sanbte ber Fürst ben Ministerialrat Grasen Taufflirchen nach Karlsruhe, um dem Großherzog die Absichten ber baprischen Regierung näher zu erläutern. Nach bessen Rücklehr schrieb er bem Großherzog:

München, 14. März 1867.

Eurer Königlichen Hoheit erlaube ich mir meinen untertänigsten Dank für das gnädige Schreiben vom 4. d. M. auszusprechen, sowie für die huldvolle Aufnahme, welche Eure Königliche Hoheit dem Grafen Tauffkrichen zuteil werden zu lassen geruht haben.

Der Brief Eurer Königlichen Hoheit und ber Bericht des Grafen Taufflirchen haben mir einen neuen Beweis der freundlichen Gesinnung gegeben, mit welcher Eure Königliche Hoheit mich beehren, auch geben sie Beugnis von einer solchen Annäherung der Ansichten, daß meine Hoff-nungen auf ein gedeihliches Zusammenwirken der südwestdeutschen Staaten in der deutschen Frage neu belebt ist.

Ehe ich aber auf die besprochenen Fragen näher eingehe, bitte ich Eure Königliche Hoheit, mir zu gestatten, die bestimmte Versicherung vorauszuschicken, daß meine in dem Briefe vom 19. Februar über die Ansbahnung freundlicher Verhältnisse zu Oesterreich gemachten Vemerkungen in keiner Weise durch Einslüsse des Wiener Hofs oder der hier bestehensden österreichischen Partei veranlaßt, sondern der Ausdruck meiner eignen bestimmten Ueberzeugung waren, nach welcher eine Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich als das geeignete Wittel erscheint, europäische Verzwicklungen fernzuhalten und den Frieden zu sichern, dessen die südwestsbeutschen Staaten nicht minder als Oesterreich dringend bedürftig sind.

Wenn ich nun das Resultat des bisherigen Gedankenaustausches zussammenfasse, so glaube ich meinen Standpunkt, und zwar dis jetzt nur als eine höchst persönliche Ansicht, in folgenden Sägen bezeichnen zu burfen.

Der Zeitpunkt, in welchem die zum Abschluß des Nordbeutschen Bundes drängende preußische Regierung gemäß Artikel 711) des Verfassungsentwurfs die vertragsmäßige Regelung der Verhältnisse zu Süddeutschland verlangen wird, steht nahe bevor. Es ist dringend zu wünschen, daß in solchem Augenblick eine Einigung der südwestdeutschen Staaten über ihre dann in dieser Frage einzunehmende Haltung bereits so weit als möglich erzielt sei.

Diese Einigung wird namentlich ohne Berzug bann anzubahnen sein, wenn die Basis, auf ber sie beruht, unabhängig von den Modifikationen

¹⁾ Artikel 71 bes Entwurfs lautete: "Die Beziehungen bes Bundes zu ben sübbeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Versassing des Nordbeutschen Bundes durch besondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden."

Auf Antrag von Lasker und Miquel erhielt der Artikel durch Beschluß des Reichstags vom 10. April den Zusat: "Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Borschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung."



Fürst Chlodwig zu Sohenlohe zur Zeit bes baprischen Ministeriums.

FUEL CLICKARY

.

ift, welche die Beratungen des Parlaments in den Entwurf der nordsdeutschen Berfassung bringen können.

Die staatsrechtliche Basis, auf der wir allein uns frei und korrekt bewegen können und jeder Bedingung überhoben sind, ist Artikel IV des Prager Friedens. Derselbe gestattet die Bildung eines deutschen Staatenbundes mit Ausschluß Oesterreichs nach dem Borbild der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 unter den durch die Zeitverhältnisse gebotenen Modisitationen, während zurzeit die Statthaftigkeit einer näheren unter den Begriff des Bundesstaates fallenden Bereinigung mit dem Norden, namentlich eines gemeinsamen gesetzgebenden Körpers nach den Schlußworten des gedachten Artikels zweiselhaft erscheint.

Bu dem doppelten Zwecke, 1. diese Zweisel zu heben und hierdurch in die Lage versetzt zu werden, den berechtigten Forderungen der Nation zu entsprechen, 2. der Gesahr einer Störung des Friedens in Mitteleuropa zu begegnen, wäre zugleich eine Allianz mit Oesterreich anzubahnen, und zwar in ähnlicher Weise, wie solches in Artikel 71 des Entwurfs der Versassing des Norddeutschen Bundes bezüglich der Regelung des Vershältnisses zu Süddeutschland geschehen.

Erft nach Abschluß einer solchen Allianz wird zum Ausbau bes beutschen Versassungswerks mit Zentralgewalt und Parlament geschritten werden können.

Ich glaube hiernach meine Gebanken in folgenden vier Punkten formulieren zu können:

- 1. Bayern, Württemberg, Baben und Sübhessen einigen sich, bem Nordbeutschen Bunde gemeinschaftlich die Gründung eines dem früheren Deutschen Bunde nachgebildeten Staatenbundes mit Ausschluß Oesterreichs anzutragen.
- 2. Den Beratungen über diesen gemeinschaftlichen Antrag ist die Bundesakte vom 8. Juni 1815 zugrunde zu legen und nur so weit zu modissizieren, als es die durch Austritt Oesterreichs veränderte Lage, die Ueberstragung des Präsidiums an Preußen und die Sicherung des Zollvereins nötig machen.
- 3. Diesem neuen Bundesvertrage ist, ähnlich dem Artikel 71 der Versaffung des Nordbeutschen Bundes, ein Artikel über Anbahnung einer Allianz mit Oesterreich beizusügen.
- 4. Der Ausbau dieses Verfassungswerks zu einem Bundesstaate mit parlamentarischer Verfassung wäre vorzubehalten.

Gine Formulierung ber mir nötig scheinenden Modifikationen der Bundesakte will ich heute unterlassen, indem ich die Vorschläge, welche Herre Staatsminister Mathy dem Grafen Tauffkirchen zuzusichern die Gate hatte und welchen ich mit lebhaftem Interesse entgegensehe, erwarte.

Bezüglich der Art, wie sich die vier Staaten zu solchem gemeinsamen Antrag an den Norddeutschen Bund zu einigen hätten, für heute nur so viel, daß die Berufung eines süddeutschen Parlaments zu diesem Zwecke mir nicht wünschenswert erscheint, im Gegenteil, je geheimer dieses Einigungswert betrieben wird, um so mehr Aussicht dafür gegeben ist, der Einwirtung störender Einstüße überhoben zu sein.

Eure Königliche Hoheit haben mit dem Ministerialrat Grafen Tausstirchen die Frage berührt, ob nicht zu versuchen wäre, die Ansicht des Grasen Bismarck über eine Allianz mit Oesterreich zu ersorschen. Der dermalige Stand der orientalischen Frage legt demselben offendar die größte Reserve in dieser Beziehung auf, und würde deshalb vielleicht vorzuziehen sein, den ganzen eben dargelegten Plan vorläufig und dis wenigstens Bayern, Württemberg und Baden Einigung über dessen Grundzüge erzielt haben, gänzlich geheimzuhalten.

Für diesen Brief des Fürsten bantte der Großherzog umgebend am 16. März. Im Begriff, nach Berlin abzureisen, verschob er die Fortführung der sachlichen Verhandlung bis zur Rückfehr von dieser Reise. In Berlin wollte er, ohne das Projekt des Fürsten dem Grafen Bismarck mitzuteilen, doch deffen Anfichten über die Entwicklung des Verhältnisses zu Suddeutschland zu erforschen suchen. "Da ich nun aber," schreibt der Großherzog weiter, "nicht zu lange Zeit vorübergeben laffen möchte, ohne Sie über meine Beurteilung Ihres jungften Schreibens zu unterrichten, will ich Ihnen hierzu eine mündliche Gelegenheit verschaffen, Dr. Gelzer hat es übernommen, nach München zu reisen, wo er wohl am Dienstag dem 19. eintreffen kann. Er ist mein langjähriger, intimer und wohlerprobter Freund. Das hieraus entspringende unbedingte Vertrauen zu ihm vergönnt mir, dasselbe auf die vielfachsten Gebiete des Lebens auszudehnen, und daher ift er benn auch von Ihren Borschlägen und Briefen sowie von meinen Anschauungen genau unterrichtet. Es würde mich sehr freuen, wollten Sie bie Gute haben, herrn Staatsrat Gelzer auch Ihr Vertrauen zu schenken, und ihm Gelegenheit geben, sowohl meine als insbesondere seine eignen Anschauungen darzulegen. Ich empfehle ihn daher recht angelegentlich Ihrem Wohlwollen." Gelzers Name war dem Fürsten schon aus seiner Jugend vertraut, ba feine religiösen Schriften besonders von ber Mutter bes Fürsten geschätzt waren. 1) Die Wahl bieses Mannes zur mündlichen Verhandlung der deutschen Frage war daher dem Fürsten besonders willtommen, und nachdem Gelzer am 21. März in München eingetroffen mar, fanden amischen ihm und bem Fürsten Besprechungen statt,

¹⁾ Siehe Seite 84.

bie zu einem vollsommenen Einverständnis führten. In denselben Tagen war auch zum gleichen Zwecke der württembergische Minister Freiherr von Barnbüler in München anwesend.

Fournal.

12. März 1867.

Nachbem sich Wagner vorgestern bei mir angemelbet, nachher aber wieder entschuldigt hatte, da er krank geworden war, schrieb ich ihm heute. um ihn abends zu mir zu bitten. Er tam um 1/27. Anfangs war er etwas befangen, sprach von allgemeinen Dingen und entschuldigte sich, daß er überhaupt eigentlich kein Recht habe, zu mir zu kommen. Ich setzte ihn in eine behaglichere Stimmung, indem ich ihm fagte, wir hatten zwei Bereinigungspunkte, wir seien von derselben Partei gehaßt und einig in gleicher Berehrung für den König. Darauf wurde er smitteilender, sprach von der Art. wie man den König behandelt und gequalt habe, so daß er zweimal ihm geschrieben habe, er murbe abbanken, erzählte unter Beteuerungen, daß er sich bamit nicht ruhmen wolle, bag er mich bem König als Minister empfohlen habe; bann tam er auf die Aufgabe Bayerns als ein beutscher Staat, beffen Bevölkerung die Gewandtheit der Franken mit der Phantafie ber Schwaben und ber Naturkraft ber Bayern vereinige, bag ber König gang ber Mann sei, biesen beutschen Staat zu regieren und bas Ibeal des Deutschtums zu verwirklichen, kam bann auf seine Kunftrichtung zu sprechen, auf seine hiesigen Erfahrungen, auf seine Plane mit der Ginrichtung einer Kunftschule, auf die Hinderniffe, die ihm in den Weg gelegt worben feien, und endlich auf bas Rabinett. Dazwischen sprach er von der Notwendigkeit, daß ich im Ministerium bleibe. Worauf ich ihm erwiderte, daß dies nicht von mir abhinge. Ich könne nicht bafür einftehen, daß man nicht das Bertrauen des Königs in mich untergrabe, und sei bessen um so weniger sicher, als der König nach der Tradition des Königlichen Hauses nicht direkt, sondern nur durch das Kabinett mit mir verkehre. Er sagte nun, daß dies nicht so bleiben könne, worauf ich ihn darauf aufmerkfam machte, daß es sehr gefährlich sei, sich mit dem Kabinett in einen Rampf einzulaffen, er miffe bas am beften. Mein politisches Brogramm erwähnte er, worauf ich auf einige Einzelheiten noch einging.

Schließlich sprach er noch die Hoffnung aus, daß der König nie das Bertrauen in mich verlieren würde.

In der Situng der Kammer der Abgeordneten vom 16. März 1867 war über den Antrag der Abgeordneten Dr. Ebel und Dr. Bölk betreffend die Errichtung eines Obersten Berwaltungsgerichtshofs verhandelt worden. Der Antrag entsprach einem Beschlusse der Kammer vom 27. Juni 1865, weshalb nach einer eingehenden Beschrwortung durch den Abgeordneten

Dr. Ebel fich niemand weiter jum Borte melbete. Der Prafibent schloß beshalb die Diskussion vorbehaltlich einer Schlußbemerkung des Referenten und ber Regierungsvertreter. Darauf erhob sich ber Minister von Bombard und erklärte die Frage für noch nicht fo reif, daß die Staatsregierung nicht noch Beit beanspruchen muffe, um fie naber in Erwägung zu ziehen. Der Prafibent bemerkte nach biefer Rebe, daß er die Neußerung bes Staats= minifters der Juftig als einen Biebereintritt in die Diskuffion betrachte und annehme, daß herr von Bombard als Abgeordneter gesprochen habe, indem beffen Aeußerung mit ber sonftigen Stellung bes Staatsministeriums taum vereinbar fei. In der nun wieder eröffneten Diskuffion ging ber Abgeordnete Dr. Bölk zu einem scharfen Angriffe vor, erinnerte baran, baß schon am 27. Juni 1865 ber Staatsminister bes Innern erklart habe, daß man sich eingebend mit der Frage eines Verwaltungsgerichtshofs beschäftigt habe und daß er von der Notwendigkeit biefer Einrichtung burchbrungen sei. "Es ist für ein Staatsleben in jeziger Zeit," sagte er, "teine Rleinigkeit, wenn man ihm auch nur mit einem Schein von Berechtigung nachsagen tann, bag es ein steuerloses sei, und bas fagt man bem banrischen Staatswesen gurzeit nach."

Journal.

17. März 1867.

Am Sonntag bem 17. März 1867 kam ich Abends 1/2 12 Uhr von Ansbach zurud. Ich fand einen Brief von Minister Schlör, in welchem mir derfelbe mitteilte, daß den Tag vorher eine Szene in der Kammer der Abgeordneten stattgefunden habe, die ihn bestimmte, mich zu bitten, einen Ministerrat Montag ben 18. anzuseten. Bombard hatte nämlich in ber Sitzung am Sonnabend bei ber Beratung über ben Berwaltungsgerichtshof gang unnötigerweise bas Wort ergriffen und in einer Weise gesprochen, die es offenkundig machte, daß über den Verwaltungsgerichtshof eine Meinungsverschiebenheit unter ben Ministern ftattfanbe. Nachbem ich nun vorher einer Ausschußsitzung in der Kammer der Abgeordneten beigewohnt hatte, kamen um 1 Uhr die Minister bei mir zusammen. hier wurde nun bem Justigminister Bombard sein Unrecht vorgeworfen und ihm beutlich ju versteben gegeben, daß er seinen Abschied nehmen mochte. Er gab ju, daß er in seiner Rede etwas zu weit gegangen sei, bestritt aber, daß dies feine Entlaffung zur Folge haben muffe. Er werbe nicht abgeben, aber bem Rönig die Sache vortragen und bem König die Entscheidung anheim-Hierauf ging er weg. Wir andern, mit Ausnahme bes Minifters Branch, blieben nun noch beisammen und berieten, was wir zu tun hatten, und kamen dann überein, daß Schlör bis zum andern Tag ein Promemoria für ben König ausarbeiten folle. Montag Abends af Barnbüler mit Schlör

und Tauffkirchen bei mir zu Mittag, und nach Tisch wurde viel über bas Berhältnis Süddeutschlands zum Nordbeutschen Bunde gesprochen.

Den andern Bormittag verhandelte ich mit Barnbüler über die beutsche Frage, und mittags kamen die Minister mit Ausnahme Bombards wieder. bei mir zusammen. Das Promemoria Schlörs schien uns allen zu grob, so daß Greffer beauftragt wurde, ein höflicheres auszuarbeiten. ber König nicht allein von Bombard Nachricht erhielte und sich vielleicht ihm gegenüber engagiere, so schlug ich vor, mich zu ermächtigen, den andern Tag jum König ju geben und ihm vorläufig mundlich ben Stand ber Sache darzulegen. Ich schrieb also an Lutz, er möge den König bitten, mich ftatt Pfretschner, ber in die Reichsratssitzung mußte, zu empfangen, um ihm eine bringende Sache im Namen des Ministerrats vorzutragen. Abends um 1/212 Uhr bekam ich die Antwort, der König wünsche erft zu wissen, worum es sich handle, ehe er mich empfange. Am andern Morgen antwortete ich, ich hatte nur ben Auftrag, mundlich bem König die Ansichten bes Ministerrats vorzutragen, wenn der König wolle, daß ich eine schriftliche Eingabe mache, so musse ich erst ben Ministerrat berufen, um einen Rollektivantrag zu veranlassen.

Auf dieses Schreiben erfolgte umgehend die Antwort, daß der König den Fürsten am selben Tage nach 1/21 Uhr empfangen werde.

Am 30. April erfolgte die Entlassung des Justizministers von Bombard. Sin Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Berwaltungsgerichtshofs wurde der Kammer der Abgeordneten am 27. November 1867 vorgelegt.

Bericht an ben König, bie Berhältnisse Bayerns zu ben übrigen beutschen Bunbesstaaten betreffenb.
München, 20. März 1867.

Um in den Verhandlungen über die Stellung Bayerns gegenüber den übrigen deutschen Staaten, wie solche von Preußen angekündigt, mit Bürttemberg, Baden und Heffen vorbereitet, mit Oesterreich ohne Zweisel zu eröffnen sind, mit Aussicht auf Ersolg vorgehen, wie überhaupt in der gegenwärtigen überaus schwierigen Lage seine Aufgade erfüllen zu können, bedarf der treugehorsamst Unterzeichnete vor allem andern der völligen Sicherheit, daß er mit den Ansichten seines Königs und Herrn über Ziele und Wege vollständig übereinstimme, er bedarf des Vertrauens Eurer Königlichen Majestät, und zwar in dem Maße, daß sowohl das Land als die obengenannten Regierungen über das Vestehen dieser Uebereinstimmung und dieses Vertrauens keinen Augenblick im Zweisel sein können. Eure Königliche Majestät werden nicht verkennen, daß, wenn diese Ueberzeugung nicht eine sessiblicher

Lösung ber schwebenden Frage schon in seinem Beginne ein versehlter sein würde. Bur Begründung dieser Ansicht erlaubt sich der treugehorsamst Unterzeichnete an die letzten Wochen zu erinnern, in welchen umlausende Gerüchte genügt haben, eingeleitete Vorbesprechungen mit dem Großherzog von Baden und dem württembergischen Minister von Varnbüler ins Stocken zu bringen und die Partei, welche in Karlsruhe auf Eintritt in den Nordbeutschen Bund hinarbeitet, zu kräftigen.

Diese Erwägungen muffen daher dem treugehorsamst Unterzeichneten die Pflicht auflegen, Eurer Königlichen Majestät den Standpunkt, den er bei den bevorstehenden Unterhandlungen einzunehmen für nötig sindet, schon jeht mit aller Offenheit und mit möglichster Genauigkeit vorzulegen.

Nur wenn Eure Königliche Majestät biesen Standpunkt im wesentslichen zu genehmigen geruhen, ist der treugehorsamst Unterzeichnete in der Lage, die ihm allergnädigst übertragene Aufgabe zu erfüllen, und er kann um so hoffnungsvoller ans Werk gehen, je bestimmter und zweiselloser die Form ist, in welcher ihm Eure Königliche Majestät diese Uebereinstimmung zu erkennen zu geben geruhen würden.

Die Gefahr, welche dem Königreiche durch die Fortdauer des gegens wärtigen Zustandes droht, ist eine doppelte:

- 1. Jebe europäische Berwicklung, sie mag für die eine ober die andre europäische Großmacht gunstig ausgehen, wird, wenn sie Deutschland berührt, für den Bestand Bayerns und seine Selbständigkeit die größte Gefahr bringen.
- 2. Das Streben bes beutschen Volkes, den nationalen Gedanken auch gegen den Willen der Regierungen zu verwirklichen, kann zu inneren Kämpfen führen, bei welchen die Dynastie bedroht wäre.

Es muß alfo bie Aufgabe ber Staatsregierung fein:

- 1. Bündnisse zustande zu bringen, durch welche der Gefahr europäischer Berwicklungen vorgebeugt wird, und
- 2. eine nationale Einigung Deutschlands anzustreben, welche ben berechtigten Forderungen ber Nation genügt, ohne die Souveranitätsrechte Eurer Königlichen Majestät ober die Integrität Bayerns zu beeinträchtigen.

Je weniger es bestritten werden kann, daß Bayern im gegenwärtigen Augenblicke noch in der Lage ist, jedes dieser Ziele zu verhindern, um so unzweiselhafter erscheint es, daß Bayern für Erreichung dieser Ziele ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen vermag.

Diese Möglichkeit beruht aber in Umständen vorübergehender Natur, und die gebotene Gelegenheit durste nur eine kurzgemessene sein.

Mit dem Eintritt einer allgemeinen europäischen Berwicklung, mit dem Ausbruch einer intensiven nationalen Bewegung in Sabbeutschland ift diese Gelegenheit unwiederbringlich verloren. Aus diesen Erwägungen

glaubt der treugehorsamst Unterzeichnete vor allem der Ansicht entgegentreten zu sollen, als könne es den Interessen des Königreichs entsprechen, abzuwarten, dis Oesterreich wieder in die Lage käme, die frühere Stellung in Deutschland einzunehmen. Ich halte eine solche Aenderung der Berhältnisse Oesterreichs dei der dermaligen Gestaltung der österreichsschen Monarchie weder sur wahrscheinlich, noch glaube ich, daß der Wiedereintritt Oesterreichs in den Deutschen Bund bei dem unbedingten Widerspruch Preußens möglich ist, wie es denn nach den mir von Wien zugekommenen Nachrichten auch nicht in den Intentionen der österreichsschen Regierung liegt.

Jedenfalls würde der Versuch zu einem europäischen Kriege führen, der die Existenz Bayerns in Frage stellen müßte.

Aber auch von solcher Kriegsgefahr abgesehen, würde bei Fortbauer einer abwartenden und gänzlich isolierten Stellung Bayerns Preußen nicht versehlen, aus dieser Isolierung bei Behandlung der schwebenden materiellen Fragen Vorteile zu ziehen, welche den Wohlstand des Landes und indirekt die Erhaltung gesetzlicher Zustände im Lande in hohem Maße gesährden würden.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt daher verpslichtet zu sein, den Eintritt in die von Preußen angekündigten Berhandlungen über das Berhältnis der süddeutschen Staaten zu dem Norddeutschen Bunde dringend anraten und vorher, soweit irgend möglich, eine Berständigung über gemeinschaftliches oder doch gleichartiges Borgehen der südwestdeutschen Staaten in dieser Frage herbeissühren zu sollen. Mehren sich schon täglich die Anzeichen, daß Preußen mit Inangriffnahme der Frage lange zu warten nicht gesonnen sei, in welcher Beziehung der treugehorsamst Unterzeichnete auf die Rede des Königs von Preußen vom 24. Februar und auf die Rede des Grasen Bismarck am 11. März 1867 1) Bezug nimmt, so

¹⁾ Die Thronrebe Rönig Wilhelms vom 24. Februar (bei Eröffnung bes konftituierenben Reichstags bes Nordbeutschen Bundes) sagte in bezug auf Sübbeutschland: "Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Nordbeutschen Bundes zu unsern Landsleuten im Süden des Mains ist durch die Friedensschläffe des vergangenen Jahres bem freien Uebereinkommen beiber Teile anheimgestellt. Bur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unfre Hand ben ssüddeutschen Ländern offen und entgegenkommend bargereicht werben, sobalb ber Nordbeutsche Bund in Reststellung seiner Berfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Berträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung bes Bollvereins, die gemeinsame Pflege ber Bollswirtschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit bes beutschen Gebiets werden Grundbebingungen ber Berftanbigung bilben, welche voraussichtlich von beiben Teilen angeftrebt werben." Die Rebe bes Grafen Bismard vom 11. Marz fagte von Subbeutschland: "Was bann noch bie wichtige Machtfrage betrifft, fo halte ich die Bereinigung von Nordbeutschland und Süddeutschland allen Fragen gegenüber, wo es sich um den Angriff bes Nordbeutschen Bundes handelt, in allen Punkten gesichert. Sie ist gesichert burch bas Bedürfnis bes Sübens und burch bie Pflicht bes Norbens, ihm beigufteben."

erscheint es um so mehr unverschieblich, mit den füdweftbeutschen Staaten über gleichartige Behandlung der Frage ins Benehmen zu treten.

Als den bezüglich dieses Einigungswertes zu betretenden Weg glaubt nun der treugehorsamst Unterzeichnete Eurer Königlichen Majestät ganz ausschließend denjenigen vorschlagen zu sollen, welcher mit den geltenden Staatsverträgen übereinstimmt, also korrett ist und den Frieden nicht gefährdet, welcher Anknüpfungspunkte sucht in der jüngsten Vergangenheit, also vernünstig konservativ ist und welcher mehr als jeder andre die Stellung Bayerns und die Rechte Eurer Königlichen Majestät zu wahren geeignet ist.

Die Bafis bildet der Friede von Prag vom 23. Auguft 1866, welcher im Artikel IV feststellt:

- 1. daß Deutschland ohne Beteiligung und mit Ausschluß Desterreichs neu zu konstituieren sei,
- 2. daß den südwestbeutschen Staaten freistehe, eine nationale Berbindung mit dem deutschen Norden zu vereinbaren, daß jedoch
- 3. ben subwestbeutschen Staaten im Gegensatz zu ben Staaten bes Nordbeutschen Bundes eine internationale unabhängige Existenz zuwahren sei.

Dieses lettere Ersordernis ist gewahrt durch Abschluß eines Staatenbundes, mährend ein Bundesstaat, der sich von ersterem insbesondere durch ein Organ für gemeinsame Gesetzgebung (Bundesparlament) unterscheidet, die gezogene Grenze überschreiten würde.

Die jüngste Bergangenheit, an welche anzuknüpfen wäre, ift ber Deutsche Bund, aus dem Desterreich ausgeschieden, der aber, wenn auch formell aufgehoben, doch bezüglich der tatsächlichen Berbindung der deutschen Staaten untereinander nicht als vollständig gelöst erachtet werden kann. Die Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815 würde also eine geeignete Grundlage bieten.

Eine Rekonstituierung des Deutschen Bundes mit Ausschluß der österreichischen Staaten unter Zugrundelegung der Bundesakte und mit nur denjenigen Wodisikationen derselben, welche durch die eingetretenen Aenderungen von selbst geboten sind, dies ist die Basis, auf welcher nach der Ueberzeugung des treugehorsamst Unterzeichneten Einigung der südwestdeutschen Staaten zu erzielen und mit dem Norddeutschen Bund zu unterhandeln wäre.

Es würde hierdurch unter dem Namen "Deutscher Bund" ein Staatenbund geschaffen, der allerdings den Uebergang zu engerer bundesstaatlicher Bereinigung bilden, zurzeit jedoch als ein Berfassungsbündnis im rechtlichen Sinne des Wortes nicht aufgefaßt werden könnte.

Mitglieder biefes Staatenbundes maren

ber Nordbeutsche Bund, Bagern, Württemberg, Baben und bas fübliche Heffen.

Das Präsidium hätte Preußen als Vormacht des Norddeutschen Bundes. Auf günstige Verteilung des Stimmenverhältnisses wäre möglichst Bedacht zu nehmen.

Für die Regelung der Militärverhältnisse wären der Separatvertrag vom 22. Auguft 1866 und die Stuttgarter Beschlüsse maßgebend.

Artikel 19 der Bundesakte ware in einer die Existenz des Bollvereins sichernden Weise zu modifizieren.

Der Schwerpunkt ber Gesetzgebung hätte in den Kammern der Einzelsstaaten und für den Nordbeutschen Bund in dessen Bundesrat und Parlament zu beruhen.

Eintritt fübdeutscher Abgeordneter in bieses Parlament wäre abzulehnen.

In allem übrigen würde die Selbständigkeit der Einzelstaaten unberührt bleiben.

So gewiß sich auf diesem Wege eine Einigung Deutschlands anbahnen läßt, die gegebenen Falles auch den deutschen Provinzen Oesterreichs die Möglichkeit späteren Eintrittes offen läßt, so gewiß wird auf die Dauer eine solche Form den berechtigten Wünschen der deutschen Nation bezüglich ihres Anteiles an der gemeinsamen Gesetzgebung und der träftigen Wahrung der deutschen Interessen nach Außen nicht genügen.

Das Mittel, bei bem naturgemäßen und unaufhaltsamen Fortschreiten bieses deutschen Einigungswerkes europäische Berwicklungen zu vermeiben und die Integrität der Einzelstaaten und namentlich Bayerns zu wahren, sindet der treugehorsamst Unterzeichnete in Anbahnung einer Allianz dieses Deutschen Bundes mit Oesterreich, welche beiden die Möglichkeit friedslicher Rekonstituierung und Entwicklung sichern würde.

Ganz analog dem Artikel 71 bes Entwurses der Verfassung des Rordsbeutschen Bundes mare daher in der neuen Akte des Deutschen Bundes sesstauftellen, daß eine Allianz dieses Bundes mit Oesterreich sofort anzubahnen sei.

Der treugehorsamst Unterzeichnete war bisher nur imstande, mit der äußersten Vorsicht indirekte Erkundigungen über Aufnahme dieses seines Gedankens einzuziehen. Jedoch schon diese Erkundigungen haben Aussicht dafür gegeben, daß eine solche Anregung weder in Wien noch in Verlin ungünstige Aufnahme sinden werde.

In Karlsruhe scheint man bereit, auf den Plan einzugehen, auch an Einwilligung der württembergischen Regierung zweiselt der treugehorsamst Unterzeichnete nicht.

Auf dieser Basis nun in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt Unterhandlungen zu eröffnen und in Berlin und Wien Anknüpfungspunkte zu suchen, dies ist es, wozu ihn zu ermächtigen der treugehorsamst Unterzeichnete an Eure Königliche Majestät hiermit den allerehrfurchtsvollsten Antrag stellt.

Welches auch der Ausgang dieser Verhandlungen sein mag, so viel ist gewiß und wohl zu erwägen, daß schon deren Eröffnung die Stellung Bayerns zu Preußen in den schwebenden und teilweise brennenden materiellen Fragen, nämlich:

- a) ber Liquidation bes Bunbeseigentums,
- b) ber Aufhebung bes Salzmonopols,
- c) ber Erneuerung des Zollvereins, 1)

in erheblicher Beise verbeffern wirb.

Eurer Königlichen Majestät Ministerrat hat sich nach Vortrag dieses Berichtes mit den Aussührungen und Anträgen desselben mit Ausnahme des in der Sitzung des Ministerrates nicht anwesenden Staatsministers von Bomhard einverstanden erklärt.

Marginalreftript des Ronigs auf ben vorliegenden Bericht:

Die hierneben erbetene Ermächtigung erteilt München, am 80. März 1867.

Ludwig.

Aufzeichnung bes Fürsten. Gespräch mit Ministerialrat Lut ben 29. März 1867.

Lut war ganz blaß vor innerer Aufregung, als ich zu ihm kam. Er wußte, daß es sich um seine ganze Zukunft handle. Ich sing damit an, ihm zu sagen, daß ich noch keine Gelegenheit gehabt habe, mich mit einem Kandidaten für das Justizministerium zu besprechen. Ich habe andre Pläne, wie er auch von Taufftirchen bereits gehört habe. Diese Pläne könnten aber nicht ohne ein vollständiges Revirement des Ministeriums ausgeführt werden. Es handle sich von ihm selbst. Es sei nun jetzt für mich schwer, wenn nicht unmöglich, eine Aenderung des Ministeriums in Borschlag zu bringen, da ich mit den übrigen Ministern in

¹⁾ Preußen hatte in Artikel VII bes Friedensvertrags vom 22. August 1866 ben provisorischen Fortbestand des Zollvereins zugestanden, sich aber eine sechsmonatige Kündigungsfrist vorbehalten und, nachdem durch die Versassung des Norddeutschen Bundes außer den Zöllen auch die indirekten Steuern für Bundessache erklärt waren, sosort eine dementsprechende Aenderung der Zollvereinsgesetzgebung gesordert. Demgemäß mußte zunächst das bayrische Salzmonopol sallen, worüber am 9. Mai 1867 ein Vertrag zustande kam.

teinem Zwiespalt sei und namentlich für Gresser und Pechmann wahre Achtung hege. Indessen könne es wünschenswert und notwendig erscheinen, in den nächsten Monaten ein Ministerium zu haben, auf das die Welt und namentlich unsre Nachbarn mit Achtung sähen, und da sei es nun nötig, daß gescheite Leute in das Ministerium kämen, da hätte ich nun auch an ihn gedacht. Dann setzte ich ihm auseinander, wie es nicht möglich sei, daß er allein an Bomhards Stelle in das Ministerium trete, und sagte, die Schwierigkeit liege nur darin, daß, wenn jetzt das Justizministerium besetzt werde, für ihn später kein Plat sei.

Er erwiderte, wie dankbar er das Bertrauen anerkenne, das ich in ihn setze, doch glaube er, daß er bei dem Könige auf Widerspruch stoßen werde. Er erzählte, daß er schon früher vom Minister Koch für das Kultusministerium in Vorschlag gebracht worden sei, und daß dies damals an dem Widerspruch des Königs gescheitert sei. Auch könne er nicht sich selbst in Vorschlag bringen.

Ich erwiderte, daß ich jetzt keine Intrige gegen meine Kollegen beginnen könne, da kein Anlaß dazu gegeben sei, dieser Anlaß könne aber später kommen. Es könne auch ohne Anlaß dringend erscheinen, neue, junge Kräfte in das Ministerium zu bringen. Für diesen Fall wäre es erwünscht, wenn er sich möglich erhielte und die Besetzung des Justizministeriums noch auf Monate hinausschiebe.

Auf die Frage, ob ein hinschleppen mit Bomhard möglich sei, versicherte ich ihm, daß wir uns dann zu sehr blamieren wurden.

Endlich kamen wir überein, daß er dem Könige sagen wolle, ich hätte zwar an Steyrer 1) gedacht, hätte aber noch nicht mit ihm gesprochen und hielte es für wünschenswert, wenn die Sache noch in suspenso bleibe und das Ministerium noch so fortgeführt werde, nachdem Bomhard seine Entlassung erhalten habe.

Uebrigens muffe er mir offen sagen, daß sich Einstüsse geltend machten, die den König in andrer und günstigerer Weise für Bomhard bestimmten. Er habe also den König in dieser Beziehung nicht mehr in der Hand und könne für nichts einstehen.

Bericht an ben Rönig, Berhandlungen mit bem Rords beutschen Bunde betreffend.

München, 31. Märg 1867.

Eure Königliche Majestät haben burch Allerhöchstes Signat vom 30. bieses Monats ben treugehorsamst Unterzeichneten zu ermächtigen geruht, in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt Unterhandlungen zu eröffnen, um

¹⁾ Damals Ministerialrat im Ruftixministerium.

zwischen den südwestdeutschen Staaten eine Verständigung über gemeinsschaftliches oder doch gleichartiges Vorgehen gegenüber den bevorstehenden Verhandlungen mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde herbeizuführen.

Inzwischen hat das Streben Württembergs und Badens, in dieser Frage mit Eurer Königlichen Majestät Regierung sich in Uebereinstimmung zu sehen, tatsächlichen Ausbruck gefunden.

Der württembergische Staatsminister Freiherr von Barnbüler und ber Großherzoglich badische Staatsrat Dr. Gelzer waren, der letztere in besonderem Auftrag des Großherzogs von Baden, in jüngster Zeit in München, um die Grundlagen einer Uebereinkunst vorläufig mit dem treugehorsamst Unterzeichneten zu besprechen.

Das Ergebnis der Besprechungen mit Freiherrn von Varnbüler ist in anliegender Stizze 1) niedergelegt, welche mit den von Eurer Königlichen Majestät genehmigten, im Original wieder anliegenden Vorschlägen vom 20. dieses Monats vollständig übereinstimmt und deshalb, wenn auch ohne jeden offiziellen Charakter, doch die gegründete Hoffnung dafür ergibt, daß Württemberg sich dem vom treugehorsamst Unterzeichneten aufgestellten Plane durchweg anschließen wird.

Auch Staatsrat Gelzer erklärte sich im Auftrag des Großherzogs von Baden mit den ihm mitgeteilten Grundzügen der bei den Unterhandlungen mit Nordbeutschland zu beobachtenden Haltung vollkommen einverstanden.

Die Aussicht, eine Uebereinstimmung Bayerns, Württembergs und Babens auf dem vorgeschlagenen Wege herbeizuführen, ist demnach eine wohlbegründete. Anderseits schreiten die Ereignisse mit jede Voraussicht hinter sich lassender Schnelligkeit vor. Das nordbeutsche Parlament — hieran ist kaum mehr zu zweiseln — wird im nächsten Monat seine Aufgabe zu Ende geführt haben.

Der Gebanke einer Allianz des zu bilbenden beutschen Staatenbundes mit Oesterreich scheint nach ofsiziösen Kundgebungen in Berlin und Wien alle Aussicht auf Erfolg zu bieten, und handelt es sich vielleicht nur um ben ersten Schritt. Gleichzeitig tritt die luxemburgische Frage mit großem Ernste an Deutschland heran und mahnt dringend zur Einigung.

Der treugehorsamst Unterzeichnete hält es für unabweisbare Pflicht, Eure Königliche Majestät auf diese Verhältnisse und auf die Gesahren, welche eine Zögerung für die Stellung Bayerns in dieser Frage mit sich bringen muß, in allertiefster Ehrfurcht ausmerksam zu machen und verbindet hiermit die alleruntertänigste Bitte, die Allerhöchste Genehmigung darauf zu erstrecken, daß die mit Freiherrn von Varnbüler besprochene

¹⁾ Diese "Skizze" ist nicht erhalten. Ihr Inhalt ergibt sich aus bem Berichte vom 20. März und aus bem nachfolgenden Bertrag vom 6. Mai 1867.

Uebereinkunft abgeschlossen und berselben entsprechend mit den übrigen stidwestdeutschen Staaten unterhandelt werde.

Marginalreffript bes Ronigs auf ben vorstehenben Bericht:

Die hier gestellte Bitte genehmige Ich mit dem Beisate, daß die unter Zisser II formulierte Ablehnung des Eintrittes der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund beim Abschluß des Uebereinkommens noch in entschieden erer Beise ausgesprochen und in der Folge strengstens sestigehalten werden soll, und daß Mir die unter Zisser IV 6 enthaltene Anerkennung der Notwendigkeit eines Parlaments i) nicht unbedenklich, aber auch entbehrlich zu sein scheint, und daß Ich dieselbe deshalb vermieden sehen möchte. Zisser IV 8 verstehe Ich und genehmige Ich deshalb in dem Sinne, daß die vertragsmäßige Regelung ?) sogleich mit der Regelung der allgemeinen Beziehungen und vor dem Inkrasttreten der neuen Bundesverträge exfolge.

München, 11. April 1867.

Ludwig.

In diesem Zeitpunkte wurde der Gang der Verhandlungen durch die internationale Verwicklung unterbrochen, welche der französische Plan der Erwerbung Luxemburgs verursachte.

Am 1. April 1867 Nachmittags erhielt Herr von Werthern das folgende Telegramm des Grafen Bismarck:

Es würde dringend erwünscht sein, von Eurer Ezzellenz Nachricht zu ershalten, welchen Eindruck dem dortigen Rabinett der angebliche Berkauf von Luxemburg an Frankreich macht und auf welche Stimmung in Bayern, falls wir darüber in Weiterungen mit Frankreich gerieten, zu rechnen wäre.

Bismarck.

Eine Aufzeichnung des Fürsten ohne Datum berichtet den Inhalt dieses Telegramms und fährt dann fort:

Werthern antwortete: Die öffentliche Meinung erwarte, daß Preußen die Rechte Deutschlands in Luxemburg wahre. Kabinett (d. h. Ministerium) trage der Stimmung Rechnung, wenn es auch die Verhältnisse unbefangen beurteile. Heute habe ich Werthern darauf ausmerksam gemacht, in seinem schriftlichen Berichte an Bismarck die Festigkeit der öffentlichen Meinung

¹⁾ Nach dieser Bestimmung sollte "bezüglich der Fortbildung der Bundesgesetzgebung die Berechtigung nationaler Vertretung am Bunde anerkannt" werden. Zurzeit sollte die Gesetzgebung des Bundes von der Zustimmung im Süden der Ständekammern, im Norden des norddeutschen Parlaments abshängig sein.

²⁾ Des Berhaltniffes ju Defterreich.

in Bayern nicht allzusehr hervorzuheben. Es sei viel Parteitreiben babei, und die Stimmung könne jeden Augenblick umschlagen.

Am 2. April erging an ben bayrischen Gesandten in Berlin, Grafen von Montgelas, die folgende Depesche:

Gestern Abend sprach mir Baron Werthern ben Wunsch des Grafen Bismarck aus, die Ansicht der Königlichen Regierung in der Luxemburger Angelegenheit zu kennen. Ich habe mich beeilt, die Beschlüsse Seiner Majestät des Königs, meines allergnädigsten Herrn, einzuholen und entspreche nunmehr dem ausgesprochenen Wunsche in nachstehender Weise:

Graf Bismarck wird die Schwierigkeit einer bindenden Aeußerung in einer Angelegenheit anerkennen, von der mir dis jeht jede offizielle Kenntnis fehlt, in welcher ich vielmehr auf Zeitungsgerüchte und auf die geftern Abend hier eingetroffene telegraphische Notiz der Erklärung des Grafen Bismarck im Reichstage!) hingewiesen bin.

Soweit hiernach eine Beurteilung möglich ist, teilt die Königliche Regierung den von dem Grafen Bismarck angedeuteten Standpunkt vollkommen und möchte nur demselben noch beisügen, daß sie im hindlick auf die Verträge vom 19. April 1839 und 27. Juli 1839 jede Veräußerung des Großherzogtums Luxemburg ohne freie Einwilligung der Wallramschen Linie des Hauses Nassau, als Rechtsnachfolgers, für unzulässig hält. Jedenfalls vertraut die bayrische Regierung, daß Graf Vismarck nichts unterlassen hat und nichts unterlassen wird, was dazu dienen kann, die Rechte Deutschlands in dieser Sache auf friedlichem Wege zu wahren.

Sollten, was Gott verhüten wolle, die Dinge eine noch ernstere Wendung nehmen, so erwartet die Königliche Regierung, daß ihr vom Grafen Bismarck vertrauliche Mitteilung ohne Berzug zuteil werde.

E. H. wollen Seiner Ezzellenz bem Herrn Grafen von Bismarck Kenntnis von dem Inhalte bieser Depesche geben.

Laut Telegramm an Werthern vom 2. April wünschte Graf Bismarck burch Vermittlung Bayerns zu ersahren, welche Haltung er im Falle eines Kriegs mit Frankreich von Oesterreich zu erwarten habe. Nachdem eine Ansrage durch chiffriertes Telegramm an den bayrischen Gesandten in Wien ergangen war, richtete der Fürst an diesen noch an demselben Tage das solgende Schreiben:

Durch chiffriertes Telegramm vom Heutigen habe ich E. H. aufgeforbert zu versuchen, Verlässiges über die Stimmung der Kaiserlichen Regierung im Falle kriegerischer Wendung der Luxemburger Frage zu erfahren.

¹⁾ Um 1. April auf die Interpellation Bennigsen.

Zwar geben die letzten Aeußerungen der preußischen Regierung zu keinen direkten und bestimmten Besürchtungen Beranlassung, allein sie sind doch geeignet, zu ernster Prüsung der Frage aufzusordern, welche Stellung die Königliche Regierung einzunehmen habe. Die Königliche Regierung hat neben dem dringenden Bedürsnisse und Wunsche der Erhaltung des Friedens die ihr dem gesamten Deutschland und insbesondere Preußen gegenüber obliegenden Verpsichtungen im Auge zu behalten und in dieser Erwägung eine Anfrage des Grafen Bismarck durch die in Abschrift ansliegende Depesiche beantwortet.

Wenn schon in meinem Rundschreiben vom 24. Februar 1867 der Wert freundlicher Beziehungen Bayerns und des übrigen Deutschlands zu Desterreich hervorgehoben wurde, so tritt die Bedeutung einer solchen freundlichen Beziehungen Ausdruck gebenden Aeußerung der Kaiserlichen Regierung durch die jüngste Komplikation so sehr in den Vordergrund, daß die Frage der Erhaltung des Friedens wohl vorzugsweise von der Stellung abhängen dürste, welche die Kaiserliche Regierung in dieser Sache einzunehmen sich entschließt.

Belchen Bert die Erhaltung des Friedens im gegenwärtigen Augenblick für Oesterreich hat, wie selbst bewassnete Neutralität die Entwicklung der angedahnten Aenderungen des Bersassungsledens in Oesterreich gesährden würde, wird von Herrn von Beust sicher zugegeden werden. Durch eine den deutschen Interessen günstige Haltung könnte, wie kaum zu zweiseln, die österreichische Regierung nicht bloß dieser Gesahr begegnen, sondern Beziehungen zu Deutschland wieder anknüpsen, die im allseitigen Bunsche und Interesse liegen. Jedenfalls ist es der bayrischen Regierung von der höchsten Wichtigkeit, von den Entschlüssen Oesterreichs in dieser Beziehung Kenntnis zu erhalten.

Im Auftrage Seiner Majestät des Königs, meines allergnäbigsten Herrn, beauftrage ich Sie, sobald irgend möglich vertrauliche Anfrage in dieser Richtung an Herrn von Beust zu stellen, und ermächtige Sie, demselben Kenntnis von dem Inhalte dieser Depesche zu geben. Ueber die Antwort und alle auf diese Frage bezüglichen Vorkommnisse wollen E. H. mir mit möglichster Beschleunigung berichten.

Am 3. April fand ein Ministerrat statt, in welchem der Fürst sich der einstimmigen Zustimmung seiner Kollegen zu den bisher von ihm getanen Schritten versicherte. An demselben Tage telegraphierte Graf Bismard an Herrn von Werthern:

"Sagen Sie dem Fürsten Hohenlohe ganz vertraulich folgendes: Diplomatische Eröffnungen Frankreichs behaupten, daß der luxemburgische Handel abgeschlossen sei. Der Kaiser könne nicht mehr zurück, obwohl ich Benebetti gesagt habe, daß wir nach Lage der öffentlichen Meinung nicht weichen können und werden. Graf Perponcher berichtet dagegen aus dem Haag, daß der Abschluß nicht erfolgt sei, und er hosse, ihn zu hindern. Nach Stand der Dinge in Deutschland müssen wir meines Erachtens eher den Krieg wagen, so wenig auch das Objekt Luxemburg an sich des Kriegs wert ist. Die Auffassung der Sache in der Nation, deren Ehrgefühl ins Spiel gezogen, ist das entscheidende. Jedenfalls sollten wir beide den günstigen Einsluß des Inzidenzsalls auf Konsolidierung der nationalen Sache nach Krästen ausbeuten und uns daneben vom Kriege, der schnell eintreten kann, materiell nicht überraschen lassen. Die englische Regierung scheint den Krieg im geheimen nicht ganz ungern zu sehen, hossend, daß Frankreich unterliegen werde, vielleicht bereit, dazu mitzuwirken, sobald das Glück uns günstig ist."

Herr von Werthern sendete bieses Telegramm dem eben an der königlichen Tafel speisenden Fürsten zu.

Aufzeichnung des Fürsten "über den Bortrag bei Seiner Majestät dem Könige den 4. April, vormittags 11 Uhr".

In der heutigen Audienz hielt ich dem Könige über den Stand der luxemburgischen Angelegenheit Vortrag. Fragte, welche Antwort auf die Depesche des Grasen Bismarck von gestern zu geben sei und erhielt die Ermächtigung, zu erklären, daß im Falle eines Kriegs Bayern an der Seite Preußens in Gemäßheit des geheimen Vertrags stehen werde, daß es aber die süddeutschen Verhältnisse dringend wünschenswert erscheinen ließen, daß Bismarck das Ergebnis der Anfrage nach Wien abwarte, ehe zu äußersten Entschlüssen geschritten werde.

Am 5. April wurde durch eine Note an Herrn von Werthern beftätigt, "daß, falls es in der Luxemburger Angelegenheit zu einem kriegerischen Konslitte mit Frankreich kommen sollte, die bayrische Regierung ihre Stellung an der Seite Preußens und der übrigen deutschen Staaten als durch die abgeschlossenen Berträge feststehend erachtet".

Bur Beschleunigung der am 2. April mit Oesterreich angeknüpften Verhandlungen wurde zunächst am 3. April Julius Fröbel 1) nach Wien geschickt. Dieser kam am 7. April früh nach München zurück und berichtete

¹⁾ Fröbel, ber von 1862 bis 1866 im Dienste der öfterreichischen Regierung gestanden hatte und damals in Stuttgart für die württembergische Regierung arbeitete, war bereits am 26. Februar im Auftrage des Fürsten nach Wien gegangen, um die Stellung des Freiherrn von Beust zu dem deutschen Programm des Fürsten zu erkunden. Fröbel, Ein Lebenslauf, Bd. II S. 469.

zufolge einer Aufzeichnung bes Grafen Taufffirchen -, er habe mit Beuft am 4. April abends gesprochen. Beuft habe gesagt: mit Frankreich sei er in keiner Beise engagiert. Wohlwollende Neutralität liege in der Natur ber Dinge. Sich felbst in die Aftion zu engagieren, habe Desterreich zurzeit tein Motiv. Ja, wenn Breugen zu Gegenleiftungen bereit mare. Namentlich in ber orientalischen Frage burch Sicherstellung gegen eine Besetzung Bulgariens burch Rugland. Man habe aber Beweise, bag Breußen ben Beftrebungen ber Regierung im Lande feindlich entgegentrete. Dies muffe jebenfalls aufhören. Ueberhaupt muffe Preußen selbst tommen. Bayern habe burch die Verträge die zu einer Vermittlerrolle nötige Gelbständigkeit verloren. Außerdem brachte Fröbel folgende Notizen: Beuft muffe fehr porfichtig fein. Die hohe Abelspartei fei ihm feinb. Sie wurde, wenn fie siegte, ein Ministerium Metternich mit absolutistischem Regiment und frangösischem Bundnis herbeiführen. Die Erfolge Beufts auf bem Landtage in Brag 1) könnten für seine Stellung entscheidend sein. Beinrich von Gagern teile jetzt ganz das baprische Brogramm. Fröbel vermutete. daß Napoleon eher einen Kongreß als ben Krieg wolle. 2)

Graf Taufflirchen bemerkte: die Selbständigkeit Bayerns sei durch den Bertrag so wenig aufgehoben, daß derselbe dem Könige von Bayern das Recht selbständiger Kriegserklärung sichere und für diesen Fall Preußen zur Hilfe verpflichte. Habe Desterreich an der Erhaltung einer Selbständigkeit Bayerns und Süddeutschlands und der Nichtausdehnung des Norddeutschen Bundes auf dasselbe Interesse, so könne es solches nicht besser als durch Annahme der Vermittlung sichern.

Aufzeichnung bes Fürften vom 8. April 1867.

Heute Bortrag beim Könige. Ich las ihm die Depesche von Bismarck vor, welche die friedliche Wendung der Luxemburger Sache mitteilt. Dann kam er auf allerlei Nebendinge. Später auf das Ministerium. Hier fragte er, wen von den Ministern ich als besonders fähig ansehe. Ich nannte Schlör. Dann sprach er von Pranch und Orff, ich empfahl letzteren, er sprach für Pranch. Zuletzt schien er einzulenken. Dann kam er auf Gresser, sagte, daß dieser nicht der Stelle gewachsen sei, und verlangte, die Minister sollten sich mit ihm brouillieren sowie mit Bomhard, damit man ihn los würde. Ich sagte, das sei gar nicht möglich, doch könne

¹⁾ Die Neuwahlen nach Auflösung des böhmischen Landtags, welche vom 22. dis 29. März vorgenommen waren, hatten eine starke, versassungstreue deutsche Majorität ergeben. Beust selbst wurde von der Handelskammer von Reichenberg gewählt. Beust, Aus drei Bierteljahrhunderten, Bd. II S. 111.

²⁾ Die Aufzeichnungen bes Grafen Taufffirchen stimmen überein mit Frobels eignem Berichte. Gin Lebenslauf, Bb. II S. 477.

man ihn leicht irgendwo als Regierungspräsibenten unterbringen, wozu er fähig sei.

Depesche an die bayrische Gesandtschaft in Berlin. Manden, 9. April 1867.

In dem Berichte vom 6., hier eingetroffen am 8. d. M., ist betont, daß Graf Bismard eine beftimmte Erklärung der bayrischen Regierung über die Stellung wünsche, welche dieselbe im Falle des Ausbruchs eines Rriegs mit Frankreich einnehmen wurde. Ich hielt diese Frage schon durch mein chiffriertes Telegramm vom 6. d. M. und durch gleichlautende Er-Marungen an herrn von Werthern geloft, habe jedoch nicht verfehlt, Die weiteren Befehle Seiner Majestät des Königs einzuholen, durch welche ich nunmehr zu ber Erklärung ermächtigt bin, daß die bayrische Regierung, wenn in der Luxemburger Frage awischen dem Könige von Breußen und bem Raiser ber Franzosen ein Rrieg ausbrechen sollte, ben Fall bes Separatvertrags d. d. Berlin, 22. August 1866 für zweifellos gegeben erachtet, bemnach für biefen Fall bem Bertrage entsprechend zu handeln bereit fein wurde. Mit dieser Erklarung verbinde ich jedoch die wiederholte Berficherung, daß die Rönigliche Regierung, weit entfernt, jum Rriege gu brangen, an allen zur Erhaltung eines ehrenvollen Friedens geeigneten Schritten teilzunehmen, überhaupt alle hierzu geeigneten Mittel zu erschöpfen bereit ift.

Die Depesche trägt ben Genehmigungsvermerk bes Königs vom 9. April.

Großherzog Friedrich von Baben an ben Fürsten Sohenlohe.

Rarlsruhe, 9. April 1867.

An bemselben Tage, an bem ich von Berlin zurückgekehrt war, meldete sich Staatsrat Gelzer bei mir an, um mir mündlich über seine Reise nach München zu berichten. Was er mir über die Aufnahme, die ihm bei Ihnen zuteil geworden und über den Gedankenaustausch, der in bezug auf die wichtigsten Fragen der Gegenwart mit Ihnen stattgefunden, mitteilte, konnte nur in hohem Grade die Eindrücke bestätigen, die ich seinerzeit von der Unterredung in Mühlacker zurückbrachte.

Staatsrat Gelzer hat Ihnen in meinem Namen die Versicherung gegeben, daß sein Besuch hauptsächlich den Sinn habe: auch außerhalb des sormellen Geschäftsganges ein Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und mir zu befestigen, das für die glückliche Lösung der nationalen Aufgaben mir in hohem Grade wünschenswert erscheint. Staatsrat Gelzer sprach mir wiederholt mit dankbarer Befriedigung davon, wie sehr das Vertrauen, womit er Ihnen entgegentrat, in der wohltuendsten Weise erwidert wurde;

und gerade auf diese Bertrauensbasis setze ich ben höchsten Wert bei allen unsern Berührungen in Gegenwart und Zukunft.

Was nun die Punktation betrifft, die auf Ihren Wunsch während ber Anwesenheit des Staatsrats Gelzer in München als Grundlage künftiger Unterhandlungen mit Berlin entworsen und mir mitgeteilt wurde, so wissen Sie sowohl aus meinen mündlichen und schriftlichen Erklärungen als aus den eingehenden Darlegungen des Staatsrats Gelzer, wie ich im Grunde meines Herzens zu den hier vorliegenden Fragen und Zielen stehe. Es war ganz in meinem Sinne gehandelt, wenn Gelzer in seinen Unterredungen mit Ihnen sowie mit dem Herrn Grasen von Taufstrichen allen Nachdruck auf die drei Tatsachen legte:

1. daß die Bereinigung von Süd- und Nordbeutschland in einen einzigen Bundesstaat — sei es durch Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund, sei es durch Weiterentwicklung des Zollvereins — mir stets als das wünschenswerteste Ziel vor Augen steht, zu dessen Grreichung ich vor keinem persönlichen Opfer zurückscheren würde,

baß aber, folange biefes Ziel noch nicht erreichbar ift, ich es für geboten halte, mich keinem Bersuche zu entziehen, ber uns bem gewünschten Ziele wenigstens um einige Schritte näherbringt;

- 2. daß ich eben darum mich schon früher bereit erklärte und auch jetzt wieder diese Erklärung erneure: den von Ihnen ausgehenden Vorschlägen zu einer Verständigung über gemeinsame Unterhandlungen mit dem Nordbeutschen Bunde vertrauensvoll entgegenzukommen, weil ich gerade auf das aufrichtige Zusammengehen mit Ihnen, solange ich der eignen Ueberzeugung nicht untreu werden muß, den größten Wert lege, daß ich mit einem Worte es für eine vaterländische Pslicht halte, Ihre Stellung und Ihren Einfluß in Bayern, soviel an mir liegt, zu unterstützen;
- 3. daß ich den für Sie maßgebenden Wunsch, für Erhaltung des europäischen Friedens und für die Verhütung einer Zerreißung Deutschslands in zwei seindselige Lager nach besten Kräften zu wirken, vollkommen zu würdigen weiß, und daß ich in die sem Zusammenhange Ihre auf Desterreich bezüglichen Vorschläge auffasse, wie sie in Nr. VI der von Ihnen entworsenen Punktation formuliert sind.

Das Bisherige, in diese drei Tatsachen Zusammengesaßte glaubte ich noch einmal hervorheben zu müssen, um meine Gesinnung und Stellung Ihren Bestrebungen gegenüber in ihren innersten Beweggründen darzuslegen. Es liegt mir daran, daß Sie über meine Absichten und Ueberzeugungen vollkommen ins klare gesetzt seien.

Eine andre Frage ist nun aber die: welche Aussichten für die ents worfenen Bunktationen gegenwärtig in Berlin vorhanden seien? Während

meiner dortigen Anwesenheit sind mir zwei Wahrnehmungen am bedeutungsvollsten in dieser Beziehung erschienen:

Einmal glaube ich nicht, daß man dort für irgendein andres Intereffe ein offenes Ohr und ein eingehendes Berständnis erwarten darf, bis die nordbeutsche Bundesversassung gesichert ist.

Sodann konnte ich mich bort überzeugen, daß nach Annahme ber nordbeutschen Bundesversassung sosort die Beratung einer Zollvereinsrevision (wie dies auch gar nicht anders zu erwarten war) die erste Stelle vor allen sonstigen Unterhandlungen einnehmen wird. Hierauf glaube ich Sie um so entschiedener ausmerksam machen zu müssen, weil mir in Berlin von dem Grasen Bismarck nicht verhehlt wurde, welchen ungünstigen Eindruck dort eine Denkschrift in der Zollvereinssache gemacht hatte, welche gerade in jenen Tagen von München eingetrossen war. 1)

Für Ihre neueste gutige Mitteilung in betreff ber Genehmigung, welche Sie von bem Könige erlangten, in ben hier genannten Fragen bie ersten Schritte zu tun, bin ich Ihnen sehr bankbar.

Mit Ihnen wunsche ich von Herzen, daß die Luxemburger Angelegenheiten keine neuen Störungen in die Entwicklung der deutschen Berhältniffe bringen. Immerhin kann aber diese Frage ein Probestein werden für den wahren Gehalt der deutschen Nation, und in diesem Falle dürfte Einigung und Kräftigung daraus erwachsen.

Bericht an ben Rönig.

München, 10. April 1867.

Die Frage wegen Abtretung bes Großherzogtums Luxemburg an Frankreich hat in wenigen Tagen die Gefahr eines Kriegs zwischen Preußen und Frankreich in drohende Nähe gerückt. Daß sich Bayern der Teilnahme an einem solchen Kriege nach dem Wortlaute des Allianzvertrags vom 22. August 1866 und der Stimmung im Lande nicht würde entziehen können, steht außer Zweisel. Um so dringender ist es, jede gebotene Möglichkeit zu ergreisen, die Kriegsgesahr zu beseitigen oder äußerstensfalls durch eine Allianz zu verringern, die geeignet ist, den Rücken zu sichern.

Bon diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Aufforderung des Grafen Bismarck aufzufassen, über die Geneigtheit Oesterreichs zum Abschluß einer Allianz mit Preußen und Bayern Erkundigungen einzuziehen.

Die offiziellen, burch ben Grafen Bray in biefer Beziehung eingeleiteten Schritte haben zu ber ziemlich kühlen Antwort geführt, welche Eurer Königlichen Majestät aus ber vorliegenden Depesche vom 7. d. M. ersichtslich ist. Eingehender sprach Baron Beust über die Frage mit einer Privatperson, welche im Austrage des treugehorsamst Unterzeichneten sich

¹⁾ Denkschrift bes bayrischen Ministerialrats Beber.

zur Erforschung ber Ansichten bes Ministers nach Wien begeben hatte. 1) Hiernach wäre Oesterreich nicht absolut abgeneigt, eine aktiv freundliche Stellung zu Preußen in der Sache einzunehmen, es würde sich vielmehr nur darum handeln, die Gegenleistungen und Garantien sestzustellen, die Breußen und Deutschland überhaupt, und zwar insbesondere in der orientalischen Frage, der österreichischen Regierung dasur bieten würde.

Könnte es dem treugehorsamst Unterzeichneten gelingen, eine Vermittlung der Interessen Preußens und Oesterreichs in dieser Frage zu erzielen, so würde hierdurch die Stellung Bayerns in den Unterhandlungen mit Preußen einen Vorschub der wesentlichsten Art gewinnen. Eben deshalb hält es der treugehorsamst Unterzeichnete für wichtig, kein Mittel, das zu diesem Ziele führen könnte, zu versäumen. Als ein solches Mittel, welches, selbst wenn es von direktem Ersolge nicht begleitet wäre, doch indirekt zur Ednung manches Hindernisses dienen könnte, habe ich bereits mündlich Eurer Königlichen Majestät die Sendung eines Vertrauensmanns nach Berlin und Wien bezeichnet. Welche Aufgaben mit dieser Mission zu verbinden wären, ergibt der anliegende Entwurf einer Instruktion, welchen der treugehorsamst Unterzeichnete der Allerhöchsten Genehmigung unterstellt.

Als die Person, welche mit dieser ebenso wichtigen wie schwierigen Mission zu betrauen wäre, bringt der treugehorsamst Unterzeichnete Eurer Königlichen Majestät den Ministerialrat im Ministerium des Aeußern, Grasen Tausstirchen, alleruntertänigst in Vorschlag . . . Es wird dem treugehorsamst Unterzeichneten zur Beruhigung gereichen, wenn Eure Königliche Majestät vor der Fassung des desinitiven Entschlusses den Grasen Tausstirchen empfangen und sich Allerhöchstselbst davon überzeugen wollten, ob die Aussassing der vorliegenden Ausgabe seitens des Grasen den Intentionen Eurer Königlichen Majestät vollkommen entspricht.

Der dem Berichte beigefügte Entwurf einer Instruktion bezeichnet als die Aufgabe der Mission des Grasen Tauffkirchen an die Höse von Berlin und Wien:

- 1. die einer Allianz zwischen Preußen und Oesterreich entgegenstehenden Hindernisse zu ermitteln und, soweit möglich, zu beseitigen,
- 2. eine folche Allianz im allgemeinen ober boch speziell bezüglich ber Luxemburger Frage zum Abschluß zu bringen und berselben für Bayern, vorbehaltlich ber Genehmigung Seiner Majestät bes Königs, beizutreten,
- 3. bafür von Preußen günstige Bebingungen bei ben über bie Stellung Bayerns und ber übrigen südwestbeutschen Staaten zum Nordbeutschen Bunde zu eröffnenden Unterhandlungen zu erzielen und ein Uebereinkommen hierüber, vorbehaltlich der Genehmigung Seiner Majestät des Königs, abzuschließen.

¹⁾ Frobel, Siehe Seite 224.

Nach ber Zustimmung bes Königs trat Graf Taufftirchen seine Reise an. Aus Berlin schrieb er bem Fürsten am 14. April:

"Bismarck hat mich in ganz auffallender Weise mit Ausmerksamkeit überschüttet. Er scheint Oesterreich sehr notwendig zu brauchen. Desto besser, wenn es gelingt, dort Eingang zu finden . . . Der König von Preußen sprach sich über Eure Durchlaucht in der allervertrauensvollsten, anerkennenbsten Weise aus und trug mir viele Grüße an Sie auf . . ."

In Wien war die Mission bes Grafen erfolglos. Nach einer Unterrebung mit dem Freiherrn von Beust am Bormittage des 18. April schrieb er dem Fürsten am 19. April: "Ich halte es für ganz zweisellos, daß der dem Könige zu gebende Rat kein andrer sein kann, als mich zurückzurusen."

Fürst Hohenlohe an die bayrische Gesandtschaft in Berlin.

München, 23. April 1867.

Baron Werthern hat mir vor einigen Tagen eine Depesche des Grafen Bismarck vorgelesen, in welcher die Königlich preußische Regierung zu wissen wünscht, ob die Königlich bayrische Regierung in eigner, freier Entschließung bereit sei, die Verantwortlichkeit, welche der Schutz der Unabhängigkeit Luxemburgs direkt oder indirekt haben kann, mit Preußen zu teilen. Die Depesche hebt serner hervor, daß sich die deutschen Regierungen darüber klar werden müßten, was ihrem Interesse entsprechend sei, entweder die Folgen, die aus der verweigerten Konzession an Frankeich erwachsen könnten, zu tragen — und in diesem Falle frage es sich, ob Bayern gehörig gerüstet sei — oder diese Folgen abzulehnen, in welchem Falle sich die betressenden Regierungen erklären müßten, ob sie die Abslehnung des Kriegs und die ihr zugrunde liegende Zustimmung zu einer friedlichen Politik vor der Dessentlichkeit zu vertreten entschlossen seiner

Nachdem die Königliche Regierung schon durch die Depesche vom 9. April d. J. ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, in ehrlichem Bollzuge des Separatvertrags vom 22. August 1866 der preußischen Regierung in den Entwicklungen der Luxemburger Frage zur Seite zu stehen, so folgt daraus, daß ihr Entschluß auch unabhängig von den ihr zurzeit noch unbekannten Phasen der in dieser Frage von der Königlich preußischen Regierung befolgten Politik sesktlebt. Es dürste ihr jedoch in diesem Falle um so weniger eine Berantwortung für den etwaigen Ausbruch des Kriegs zur Last zu legen sein, als ihr eine Einwirkung auf die betreffenden Entsschließungen nicht möglich war.

¹⁾ Die Unterredung ist wiedergegeben in der Depesche Beusts vom 19. April an den Grasen Wimpssen in Berlin, abgedruckt bei Beust, Aus drei Bierteljahrhunderten, Bd. II S. 119.

In eigner, freier Entschließung, also abgesehen von dem Allianzvertrage, hält dagegen die Königlich bayrische Regierung dafür, vor einem zur Aufrechterhaltung der Ehre und europäischen Stellung Deutschlands nötigen Kriege nicht zurückzuschrecken, jedoch anderseits kein Mittel unversucht zu lassen, welches zur Erhaltung eines diese Ehre und Machtstellung wahrenden Friedens sühren kann. Sie muß die Erhaltung eines
solchen Friedens um so dringender wünschen, je größer und imminenter
das Unheil ist, das ein Krieg mit Frankreich über den Süden Deutschlands
bringen würde, und je schwieriger es für die militärischen Kräfte des südwestlichen Deutschlands sein dürfte, einem Angriff der französischen Armee
genügenden Widerstand entgegenzusetzen.

Die Königliche Regierung findet eine weitere Beranlaffung zum bringenden Wunsche für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Haltung des kaiserlich königlich österreichischen Rabinetts, welches sich, nach den neuesten aus Wien eingetroffenen Nachrichten, zurzeit auf eine abwartende Neutralität zu beschränken entschlossen ist. Wenn es hiernach nicht zweifelhaft sein kann, daß eine folche friedliche Politik ben Intereffen Bayerns vorzugsweise entspricht, so nimmt die Königliche Regierung auch teinen Anstand zu erklären, daß sie biese Politik und ihre Folgen auch vor ber Deffentlichkeit zu vertreten entschlossen sei. Das kann sie aber erst dann, wenn ihr das Maß der Konzessionen bekannt sein wird, welche zum Zwecke ber Aufrechterhaltung bes Friedens an Frankreich gemacht werden sollen. Die Königliche Regierung muß sich baber die Beantwortung bieses Teils ber an sie gestellten Frage bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, wo ihr über den Stand der Unterhandlungen zwischen den beteiligten Mächten und über die Bedingungen des Ausgleichs der zwischen Preußen und Frankreich schwebenden Differenz nähere Aufschluffe zugekommen sein werden.

Soweit der Königlichen Regierung durch Mitteilungen des Baron Beuft der Inhalt der öfterreichischen Vermittlungsvorschläge 1) bekannt ist, steht sie übrigens schon jest nicht an, diese für eine annehmbare Verhandlungsbasis zu erklären und hat nur den Wunsch beizusügen, daß Frankreich gleichzeitig die neuen Verhältnisse in Deutschland anerkenne.

Die Frage des Zustands der bayrischen Armee wird von dem königslichen Generalmajor und Generalquartiermeister Grafen von Bothmer, welcher sich heute zu diesem Zwecke nach Berlin begeben hat, in rückhaltsloser Weise beantwortet werden.

Ich ersuche E. H., dem Herrn Grafen von Bismard diese Depesche vorlesen und um Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Unterhandlungen bitten zu wollen.

¹⁾ Ueber Defterreichs Vorschläge vom 12. April siehe Sybel Bb. VI S. 92.

Die inzwischen fortgesetzten Verhandlungen mit Württemberg über die Regelung der Beziehungen zu Norddeutschland führten zu einer Verständigung, welche in der nachfolgenden "Ministerialerklärung" vom 6./16. Mai 1867 ausgesprochen wurde:

Die Unterzeichneten, burchdrungen von dem hohen Werte gemeinsamen Borgehens der südwestdeutschen Staaten, insbesondere Bayerns und Württembergs, bei den mit dem Norddeutschen Bunde gemäß Artikel 71 des Versassungsentwurses zu pslegenden Verhandlungen, haben sich mit Allerhöchster Genehmigung ihrer Souveräne über solgende Punkte geeinigt:

T.

Bayern und Württemberg sind bereit, auf Anregung Preußens in Unterhandlungen über Abschluß bes im Artikel IV bes Prager Friedens vorbehaltenen nationalen Bundes mit dem deutschen Norden zu treten.

II.

Der Eintritt in einen gemeinsamen Bund unter Ausbehnung ber Berfassung bes Nordbeutschen Bundes auf die Sübstaaten, kann als Basissur die Unterhandlungen nicht anerkannt werden, vielmehr ist der Absichluß eines weiteren Bundes mit dem Nordbeutschen Bunde anzustreben.

III.

Für die Verfassung dieses weiteren Bundes sind die Prinzipien der Bundesakte vom 8. Juni 1815 mit den durch den Austritt Oesterreichs und die Anforderungen der Zeit gebotenen Aenderungen zum Ausgangspunkte zu nehmen.

IV.

Die bayrische Regierung behält sich die Vorlage eines Entwurfes vor, bessen Grundzüge hiermit wie folgt sestgestellt werden:

- 1. der Bund besteht aus dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen.
- 2. Zwed des Bundes ift, die nationale Zusammengehörigkeit zu wahren, die Integrität des Bundesgebiets zu erhalten und die Wohlfahrt seiner Bewohner zu fördern. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte; sie verpflichten sich gleichmäßig, die Bundesakte unverbrüchlich zu halten.
- 3. Die Angelegenheiten des Bundes werden von einem Bundesrate unter dem Vorsitze Preußens geführt, bei welchem

Preußen 17,

Bayern 6

und die übrigen souveranen Fürsten und freien Städte des Bundes die in Artikel VI der Bundesakte vom 8. Juni 1815 vorgesehene Stimmenzahl haben.

1

- 4. Die Artikel III und IV des Entwurfes der Verfassung des Nordsbeutschen Bundes werden als Basis der Verhandlungen über Feststellung der gemeinsamen Bundesangelegenheiten anerkannt.
- 5. Um späteren Schwierigkeiten bei ber Gesetzgebung des Bundes vorzubeugen, und mit Rücksicht auf die unter der Herrschaft der früheren Bundesakte gemachten Ersahrungen, soll die Regelung jeder einzelnen dieser gemeinsamen Angelegenheiten, soweit möglich, auf dem Wege des Vertrages als Bundesgrundgesetz ersolgen.
- 6. Bezüglich der Fortbildung dieser Gesetzebung ist die Berechtigung nationaler Vertretung am Bunde anzuerkennen, zurzeit jedoch, und solange das Verhältnis eines erweiterten Bundesparlamentes zu dem Parlament des Norddeutschen Bundes unüberwindliche Schwierigkeiten bieten würde, soll die Gesetzebung des weiteren Bundes von der Zustimmung im Süden der Ständekammern und im Norden des norddeutschen Parlamentes abhängig sein. Der Bundesrat bereitet die Bundesgesetzgebung vor.
- 7. Die Exekutive steht im Norden dem Präsidium des Norddeutschen Bundes, im Suden ben einzelnen Souveranen zu.
- 8. Zu dem doppelten Zwecke, die Schwierigkeiten, welche aus den Schlußworten des Artikel IV des Prager Friedens für die nationale Entwicklung des weiteren Bundes entstehen könnten, zu beseitigen und eine Bürgschaft für Erhaltung des europäischen Friedens zu schaffen, ist dem Bundesvertrage die dem Artikel 71 des Entwurses der Verfassung des Norddeutschen Bundes nachgebildete Bestimmung beizusügen, daß eine Allianz des Bundes mit Oesterreich anzubahnen sei, soferne solche nicht gleichzeitig mit Abschluß des Bundesvertrages zu erreichen ist. 1)

V.

Bezüglich ber Militärverhältniffe der sübdeutschen Staaten, insbesondere Bayerns und Württembergs, zum Norden, hat es bei den abgeschlossenen Allianzverträgen und unter den sübdeutschen Staaten unter sich bei den Stuttgarter Beschlüssen vom 5. Februar 1867 sein Bewenden.

VI.

Die Unterhandlungen selbst sollen nach vorheriger Anregung der preußischen Regierung in Form von Ministerkonferenzen in Berlin stattsinden.

VII.

Borläufige Aeußerungen Bayerns und Württembergs in dieser Frage sollen, soweit tunlich, gegen Preußen erst nach vorherigem Einvernehmen erfolgen, jedenfalls aber sofort gegenseitig mitgeteilt werden, und wird als Form für diese Mitteilung direkte Korrespondenz der Unterzeichneten sestes geseht.

¹⁾ Die spätere Fassung dieser Nummer siehe S. 244.

VIII.

Bayern übernimmt es, den Anschluß Badens und Heffens zu dieser Punktation womöglich zu vermitteln und bietet Württemberg in dieser Beziehung seine guten Dienste an.

Durch Schreiben bes bayrischen Staatsministeriums vom 6. Mai wurden Baben und Heffen zum Beitritt zu dieser Bereinbarung aufgeforbert.

Gleichzeitig erfolgte eine vertrauliche Mitteilung des Projekts an die öfterreichische Regierung.

Die bayrisch-württembergische Vereinbarung wurde von dem babischen Ministerium eingehend geprüft. Der Minister bes Auswärtigen von Freyborf machte dazu folgende Bemerkungen:

- 1. Aus Nr. I, II und IV8 ist alles zu entfernen, was dem Eintritt süddeutscher Staaten in den Nordbeutschen Bund widerspricht.
- 2. Nr. V ist so zu fassen, daß weitere Bereindarungen süddeutscher Staaten mit Preußen oder dem Nordbeutschen Bunde in militärischen Angelegenheiten nicht ausgeschlossen sind. (Baden trat damals mit Preußen in Berhandlungen über eine Militärkonvention.)
- 3. Nr. IV 5 ift "rein unmöglich", wenn der Bund in absehbarer Zeit zustande kommen soll.
- 4. Nr. IV3 und 6 sind ebenso unmöglich, daher ist eine Gesetzgebung durch die Bermehrung des Norddeutschen Reichstags durch eine Anzahl süddeutscher Abgeordneter erforderlich.

Graf Bismard, dem biefe Berbefferungsvorschläge mit dem baprifchwürttembergischen Uebereinkommen mitgeteilt waren, bemerkte barüber bem babischen Gesandten von Türkheim in Berlin am 14. Mai 1867: er werde einem Bunde nach Maßgabe bes Protofolls vom 6. Mai nicht zustimmen, wolle dies aber nicht so bestimmt öffentlich aussprechen. Ueber die von Baben vorgeschlagenen Modifikationen behielt er sich die Erklärung vor, bis Bayern und Württemberg ihnen zugestimmt hatten. Für jett wollte er nur fo viel mit Bestimmtheit sagen, daß Breugen fürs erste einen weiteren Bund mit bem Guben muniche und benselben namentlich als die Grundlage für bie Erneuerung bes Bollvereins betrachte, bag aber für Bund wie für Rollverein eine Form einfacher Beschluffassung über gemeinsame, nicht immer lange vorauszusehende Angelegenheiten gefunden werden muffe. Ohne diese unerläßliche Voraussetzung wurde er lieber auf Bund und Rollverein mit bem Guben ober mit ben Staaten, Die grundfaklich wiberftreben, verzichten. Baben follte nach bem Bunfche bes Grafen Bismard in diesem Sinne die Verhandlungen fortsetzen. Im gleichen Sinne schrieb Bismarc an ben preußischen Gesanbten in Karlsruhe am 17. Mai: "Die Bafis ber Ministerialerklärung vom 6. Mai ist für uns unannehmbar. Die

Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung (Nr. IV 4) betrachten wir als ein Benefizium nicht sowohl für uns, für den Norddeutschen Bund, als für die süddeutschen Staaten. In betreff der Zollangelegenheiten namentlich können wir uns unmöglich auf ein Verhältnis einlassen, welches für eine gemeinsame Maßzegel außer dem Beschluß des Reichstags noch die Zustimmung von acht süddeutschen Rammern erfordern und einer jeden der letzteren praktisch ein Veto geben würde. Der einzige für uns annehmbare Modus einer gemeinsamen Zollzgeschung ist eine zum Behuse derselben eintretende Erweiterung des Bundestags und des Reichstags durch die Teilnahme von Vertretern Süddeutschlands."

Inzwischen hatte die babische Regierung ihre Abänderungsvorschläge zu dem Protokoll vom 6. Mai in München mitgeteilt und nachdem diese durch den Fürsten Hohenlohe zum Teil angenommen waren, schien das so modifizierte Uebereinkommen eine mögliche Grundlage für gemeinsame Verhandlungen der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde zu dieten. Durch Entschließung des Großherzogs vom 27. Mai 1867 wurde daher das Ministerium ermächtigt, "unter Zugrundelegung der bayrisch-württembergischen Ministerialerklärung vom 6./16. Mai mit den in der Note des Fürsten Hohenlohe vom 22. d. M. vorgeschlagenen Modisikationen gemeinschaftlich mit den drei andern Regierungen in Verhandlungen über die Gründung eines weiteren Bundes der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde einzutreten".

Indeffen wurde der Lauf dieser Verhandlungen durch die eigne Initiative der preußischen Regierung in der Frage des Zollvereins unterbrochen. Ende Mai teilte der preußische Gesandte, Baron Werthern, dem Fürsten Hohenlohe mit, daß Graf Bismarck eine Konferenz von Ministern in Berlin zu veranstalten gedenke, um über die Rekonstruktion des Zollvereins und die damit zusammenhängenden Fragen zu beraten. Der Fürst vermutete, daß dabei auch der Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund zur Sprache kommen könne und wünschte daher vor der Berliner Konserenz die Berständigung mit den übrigen süddeutschen Staaten zum Abschluß zu bringen. Deshalb erklärte er dem Baron Werthern, daß ihm die Vertagung der Konserenz die Gesandte in Stuttgart, daß Varnbüler mit dem Fürsten zur Beratung über die bevorstehenden Zollkonserenzen zusammenzutreffen wünsche. Infolgedessen des gab sich der Fürst am 30. Mai 1867 zu einer Besprechung mit Varnbüler nach Nördlingen. Er war von dem Ministerialrat Grasen Tausstirchen begleitet.

Aufzeichnung bes Grafen Tauffkirchen.

München, 80. Mai 1867.

Auf die bei den Aten befindliche Einladung begab sich der Königliche Staatsminister Fürst Hohenlohe mit dem Königlichen Ministerialrate Grafen

Taufftirchen am Heutigen mit Frühzug nach Nördlingen, woselbst Freiherr von Barnbüler bereits anwesend war.

In bem Wohnzimmer des Bahnhofsvorstands fand hierauf zwischen ben drei Genannten folgende Besprechung statt.

Baron Barnbüler las seine Depesche an Grafen Degenfeld vom 29vor und behändigte sie zu weiterer Berfügung dem Fürsten.

Er fügte erläuternd bei: bie Sendung des Grafen Taufffirchen hat in Baris eine sehr tiefgehende Wiftstimmung bervorgerufen. Der französische Gefanbte in Stuttgart, bem er mahrheitsgemäß erklart, bag er an biefer Mission weber Anteil noch von berfelben Renntnis habe, gebrauchte bie Borte: "Bayern wird, wenn es jum Kriege tommt und Frankreich fiegreich ift, teuer, febr teuer fur biefen Schritt bugen muffen." Die Berichte bes Baron Bachter aus Paris stimmten hiermit überein. Auch Baron Beuft habe fich Baron Thumb gegenüber, ber inftruktionsgemäß über bie Frage ber Retonftituierung Deutschlands bie größte Burudhaltung beobachtet habe, ungunftig und unfreundlich über ben bayrisch-württembergischen Plan geaußert. Barnbuler las eine Stelle aus einer neueren Depesche Thumbs vor, nach welcher — so wenigstens las Varnbüler — Beuft ihm gefagt habe: er gebenke nicht, ben Ultramontanen in Bayern ein Pflaster abzugeben. Das Wort "Allianz" werbe nun einmal mit ben Ronflitten amischen Breugen und Frankreich in Begiehung gebracht und errege in Paris ben größten Anftoß. Es sei bemnach fehr geraten, eine andre Faffung zu substituieren, und er muffe für Bürttemberg auf Diefer Aenderung um fo mehr befteben, als ja bei den Beratungen in Wirklichkeit biefem Ausbrucke folche aggressive Bedeutung nicht entfernt unterlegt morben sei.

Barnbüler fuhr fort: Nach ben neuesten Berichten aus Berlin bestehe baselbst zurzeit, eben um einen außerbem brobenben Rrieg mit Frankreich ju vermeiben, bie Absicht, in nationaler Ginigung mit bem Guben vorauschreiten, burchaus nicht. Barnbüler las Stellen aus einem Berichte bes Gesandten Baron Spigemberg vom 24. Mai 1867 vor, wonach Graf Bismard bemfelben eröffnet, er gebente fich für jett auf Regelung ber Rollvereinsangelegenheiten zu beschränken und werde, wenn es nicht einer ber Sübstaaten ausbrücklich verlange, nicht weiter geben. Auch eine besondere Militärkonvention verlange er nicht. Energische und gleichmäßige Durchführung der Stuttgarter Beschluffe genüge ihm. Spikemberg habe barauf angeregt, ob es nicht geraten fei, zur Abfürzung ber nach Pfingften beabsichtigten Bolltonferengen, benfelben gur Feststellung ber Grundlagen Ministertonferengen vorhergeben ju laffen. Bismard fei auf diefen Bebanten fehr bereitwillig eingegangen. Er meinte, Die Ginladung folle auf Ronferenzen der Minister des Aeugern ohne vorber festgestelltes Brogramm

gestellt und biefes in ber Einladung auf ben Bollverein und mit bemfelben in direkter Berbindung stehende Gegenstände beschränkt werden, wie die Batentgesetzgebung und bas Gewerbewesen. Die Minister ber größeren Staaten bes Nordbeutschen Bundes maren einzuladen. Er fürchte, daß man in Manchen argwöhnisch sein werbe und wurde wunschen, daß Barnbuler bei Fürst Hobenlohe sondiere. Er, Barnbuler, habe ben Gebanken freudig — jedoch unter ausbrücklicher Beschränkung der Konferenz auf Bollvereinsangelegenheiten — akzeptiert, indem er bei dem gegenwärtigen Streben, Die Empfindlichkeit Frankreichs zu ichonen und Defterreich zu verbinden, den günftigsten Augenblick zu solchen Unterhandlungen gegeben erachte. Die Ginladung in Munchen habe er jedoch Bismard überlaffen. Nachdem er von dort erfahren, daß Fürst Hohenlohe bilatorisch geantwortet und die Absicht bestehe, die Einladung zu wiederholen, auch wirklich gestern, ben 29., Nachts 11 Uhr eine folche wiederholte Einladung an ihn durch Baron Rosenberg gelangt und vermutlich berfelbe Auftrag gleichzeitig an Baron Werthern ergangen sei, habe er biese mundliche Aufklärung notig erachtet.

Bezüglich der Stellung, welche die württembergische Regierung zur Frage selbst einnehrnen würde, fügte er bei, an der Punktation vom 6. Mai 1867, die Angelegenheit, soweit möglich, durch Bertrag zu regeln, festzuhalten.

Der Bollvertrag würde

- 1. das Bollgebiet,
- 2. die Ginnahmequellen.
- 3. ben Verteilungsmobus

festzuftellen haben.

Als Einnahmequellen wären die Bölle, die Rüben-, Salz- und allenfalls Tabaksteuer anzuerkennen, Getränkesteuern dagegen abzulehnen. Neue Steuern follen nur durch Bereinbarung eingeführt werden können.

Auf Gleichheit ber Berteilung sei zu bestehen. Ob ber Bertrag auf Beit, ob kundbar ober unkundbar abzuschließen, lasse er noch bahingestellt.

Im übrigen: Beschlußfaffung einer aus Bollsmahl hervorgegangenen Bersammlung zu übertragen.

Die Anschauungen der Weberschen Denkschift hätten in Berlin übeln Eindruck gemacht und würden, wenn sie von Bayern aufrecht erhalten würden, dessen Austritt aus dem Bollverein zur Folge haben. Er könne sich denselben gleichfalls nicht anschließen. Da Bismarck die Absicht zu erkennen gegeben habe, diese Ministerkonserenzen noch vor seiner Abreise nach Paris (am 5. Juni) abzuhalten, so sei ein rascher Entschluß nötig. Barnbüler übergab eine bei der württembergischen Instruktion berücksichtigte Zusammenstellung der korrespondierenden Bestimmungen des Bollvereinsvertrags und der Bersassung des Norddeutschen Bundes.

Bezüglich der Militärverhältnisse bemerkte Varnbüler schließlich, daß die württembergische Regierung in Vorbereitung eines Wehrversassungsgesehes unausgeseht tätig, auch zur Ausssuhrung der mit Bayern angebahnten Vereinbarungen bereit sei und hierauf einen großen Wert lege, um allensallsigen späteren Prätensionen Preußens ein Fait accompli entgegensetzen zu können.

Fürst Hohenlohe sprach Baron Barnbüler für biese Mitteilungen seinen Dank aus und erkannte beren Dringlichkeit in dem Maße an, daß er sich entschloß, den eben abgehenden Postzug zur Rückehr nach München zu benutzen, um noch heute Seiner Majestät in den beiden zur Sprache gebrachten Angelegenheiten Bericht erstatten zu können.

Zum Schluß betonte Baron Varnbüler ben Wunsch einträchtigen Vorgehens Bayerns und Württembergs und beutete an, wie wichtig es für Bayern im gegenwärtigen Augenblicke wäre, in Berlin burch eine Persönlichkeit vertreten zu sein, welche über die häusigen Schwankungen ber bortigen Anschauungen sichere Nachrichten zu geben imstande wäre.

Um 3 Uhr 35 Minuten waren Fürst Hohenlohe und Graf Tauffkirchen in München zurück und übergab ersterer, nachdem er durch Baron Werthern ersahren hatte, daß eine weitere Einladung zu Ministerkonserenzen noch nicht an ihn gelangt sei, noch am selben Abend zu Berg den anliegenden Antrag. 1)

Bericht an ben Ronig.

München, 30. Mai 1867.

Auf telegraphische Sinladung des Freiherrn von Varnbüler hat sich der treugehorsamst Unterzeichnete heute früh zu einer vertraulichen Besprechung nach Nördlingen begeben.

Gegenstand berselben war eine an Herrn von Varnbüler bereits gelangte, dem treugehorsamst Unterzeichneten aber bereits angekündigte und stündlich von ihm erwartete telegraphische Einladung der preußischen Regierung zur Teilnahme an Konserenzen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche in den nächsten Tagen in Berlin eröffnet werden sollen. Diese Ministerkonserenz soll die Zollkonserenz einleiten und sich auf die Frage der Rekonstituierung des Zollvereins beschränken. Nach Varnbülers Eröffnungen legt nicht bloß die württembergische Regierung auf allseitige Annahme dieser Einladung den größten Wert, sondern hat sich auch Freiherr von Beust mit den Zielen dieser Konserenz unbedingt einverstanden erklärt.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt um so mehr zur Annahme der Einladung raten zu sollen, als nach Artikel VII des Berliner Friedens

¹⁾ Der nachfolgenbe Bericht.

vom 22. Auguft 1866 eine Berechtigung zur Ablehnung nicht besteht und überdies die Kündigung des Zollvereins zu besürchten wäre, endlich gerade der gegenwärtige Augenblick, der Preußen wegen der gespannten Berhältniffe zu Frankreich Mäßigung auferlegt, zu solchen Unterhandlungen höchst günstig erscheint.

Ueber die Instruktion des treugehorsamst Unterzeichneten wird weiterer Antrag erfolgen.

Ferner hat Freiherr von Varnbüler dem treugehorsamst Unterzeichneten die anliegende Note übergeben, in welcher der Austausch der von Eurer Majestät genehmigten Ministerialerklärung vom 6. d. M. von einer Aenderung der Fassung des Artikels IV Zisser 8 abhängig gemacht wird, welche geeignet ist, die von Oesterreich in der Eurer Majestät vorliegenden Note vom 15. L. M. erhobenen Bedenken gegen das Wort "Allianz" zu beseitigen, welche sohin als eine entschiedene und durchaus unbedenkliche Verbesserung zu erklären ist.

Der treugehorsamst Unterzeichnete muß ben größten Wert auf alsbaldigen Austausch dieser Ministerialerklärung legen und stellt bemgemäß ben alleruntertänigsten Antrag:

Eure Königliche Majestät wollen genehmigen, daß sofort auf telegraphischem Wege

- 1. die Einwilligung zur Teilnahme an den Ministerkonferenzen unter der Bedingung, daß dieselben auf Angelegenheiten des Zollvereins beschränkt bleiben, erteilt und
- 2. der von Freiherrn von Varnbüler beantragten Modifikation der Minifterialerklärung vom 6. Mai zugestimmt werde.

Marginalreffript bes Ronigs:

Diese beiben Antrage genehmigt Schloß Berg, 80. Mai 1867.

Ludwig.

"Allerhöchstes Signat" vom 30. Mai 1867.

Ich bin bei Genehmigung ber zwischen Bayern und Württemberg gepflogenen Verhandlungen sowie der nach Karlsruhe und Darmstadt gerichteten Aktenstücke von der wiederholt von Ihnen hervorgehobenen Vorausssetzung ausgegangen, es sei die Einleitung von Verhandlungen zwischen Süddeutschland und Preußen über eine Rekonstituierung des Bundes nicht von den südwestedutschen Regierungen anzuregen und werde keinenfalls von Bayern angeregt werden, daß mir aber jetzt doppelte Vorsicht vonnöten zu sein scheint, da es sich nicht bloß um Wahrung der Selbständigkeit. Bayerns, sondern im Hindlick auf die gereizte Stimmung Frankreichs und

Defterreichs gegen Preußen bei der auf Seite der ersteren einmal bestehenden und für dieselben maßgebenden, gleichviel ob berechtigten oder nicht berechtigten Auffassung des Prager Friedens, auch um Fernhaltung der Gefährdung des europäischen Friedens handelt.

Lubwig.

Schreiben bes Fürsten an die bayrische Gesandtschaft zu Wien.

München, 80. Mai 1867.

Die ausschließend zu vertraulicher Kenntnisnahme ersolgte Mitteilung ber Grundlagen, über welche die Königliche Regierung eine Einigung ber sübbeutschen Staaten bezüglich ihrer nationalen Beziehungen zum übrigen Deutschland zu erzielen sucht, hat eine mündliche Aeußerung des Freiherrn von Beust, welche die Königliche Gesandtschaft am 12. Mai 1867 berichtet hat, und eine wesentlich weitergehende Note des Kaiserlichen Kabinetts vom 15. I. M., welche mir Graf Trautmannsdorf vorgelesen hat, hervorgerusen. Die offene Darlegung der letzteren macht der Königlichen Regierung eine ebenso offene Erwiderung zur Psiicht.

Weber die bayrische noch eine andre der süddeutschen Regierungen hat einen Bertrag eingegangen, welcher sie in ihrer Berechtigung, ihre nationalen Beziehungen zum übrigen Deutschland nach eignem freien Ermessen zu regeln, irgendwie beschränkte. Der Nikolsburger Präliminarvertrag vom 26. Juli 1866, auf dessen Artikel II der zwischen Preußen und Bayern am 22. August 1866 abgeschlossene Friedensvertrag in Artikel V Bezug nimmt, enthält eine solche Beschränkung und namentlich die dem Artikel IV des Prager Friedens vom 23. August 1866 beigesügte Klausel 1) nicht. Er enthält keine Ber-

¹⁾ Artikel III des Berliner Friedens (zwischen Preußen und Bayern) vom 22. August 1866: "Seine Majestät der König von Bayern erkennt die Bestimmungen des zwischen Preußen und Oesterreich zu Nikolsburg am 26. Juli 1866 abgeschlossenen Präliminarvertrags an und tritt denselben, soweit sie die Zukunft Deutschlands betreffen, auch seinerseits bei."

Artikel IV bes Prager Friedens vom 28. August 1866: "Seine Majestät der Kaiser von Desterreich erkennt die Auflösung des disherigen Deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaats. Ebenso verspricht Seine Majestät, das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches Seine Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verdindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird." Der Zusat der letzen acht Worte unterscheidet den Prager Frieden von dem sonst gleichlautenden Artikel II der Nikolsburger Präliminarien.

pflichtung, sondern nur den Ausbruck der Berechtigung der südwestdeutschen Staaten, einen Staatenverein unter sich zu bilden. Wenn die Königlich bayrische Regierung sich bei den Friedensunterhandlungen durch der Kaiserlichen Regierung nicht unbekannte Umstände isoliert und hierdurch veranlaßt fand, einen Allianzvertrag am 22. August mit Preußen abzuschließen, so hat sie hierdurch die Verträge und insbesondere den Prager Frieden vom 23. August, an welchem sie keinen Teil hatte, sicherlich nicht verletzt.

Ueber die Frage, ob diefe Bertrage mit ben von Breußen zu Prag eingegangenen Zusagen unvereinbar find, findet sich die Königliche Regierung zurzeit nicht veranlaßt eine Ansicht auszusprechen, muß sich jedoch bagegen verwahren, daß dieses ihr Stillschweigen als Ruftimmung aufgefaßt werbe. Dagegen erkennt die bayrische Regierung die moralische Verpflichtung vollkommen an, bei ihren kunftigen Berträgen mit Preußen den von dieser Macht burch den Prager Frieden angenommenen Standpunkt auch ihrerseits festzuhalten und die volle Berantwortung, welche sie treffen wurde, wenn burch ihre Teilnahme an einer Abweichung von diesem Bertrage europäische Verwicklungen hervorgerufen murben. Sie ift sich bewußt, biefe Richtung bei ihren Beziehungen ju ben übrigen beutschen Staaten konsequent und nicht ohne Erfolg vertreten zu haben, sie glaubt berselben auch bei bem Borschlage vom 6. Mai treu geblieben zu sein und muß ber Auffaffung, daß in diesem Borschlage eine Abweichung vom Brager Frieden zu finden sei, mit Bestimmtheit entgegentreten.

Daß durch vorherige Bildung eines süddeutschen Staatenvereins die Rekonstituierung Deutschlands nach Maßgabe des Prager Friedens — also ohne Oesterreich — erleichtert worden wäre, ist nicht zu bezweiseln. Der Grund des Nichtzustandekommens eines solchen Vereins lag dis jett in der rein negativen Haltung der württembergischen, badischen und hessischen Regierung und in dem Mangel jedes Anklangs dieser Idee im Bolke, Umstände, welche einen solchen Versuch als vom Andeginn versehlt hätten erscheinen lassen. Die bayrische Regierung mußte sich deshalb dis jett auf die teilweise Einigung beschränken, welche in den Beschlüssen der Stuttsgarter Konserenz Ausdruck gefunden hat.

Für ben bemnächst eintretenden Fall nun, daß bei Abschluß des Norddeutschen Bundes ein Berein der sübdeutschen Staaten nicht bestehe, begegne ich zwei extremen Ansichten.

Nach ber einen wäre die Boraussetzung, unter welcher Preußen eine beschränkende Verbindlichkeit übernommen habe, nicht eingetreten, habe also Preußen nun unbeschränkte Besugnis, sich vertragsmäßig mit den südwests beutschen Staaten nach Belieben zu verbinden.

Nach ber andern wäre die Bildung eines subbeutschen Staatenvereins Borbedingung, ohne welche jede nationale Annäherung der subdeutschen

Staaten ober eines berfelben an ben Nordbeutschen Bund einen Bruch bes Prager Friedens begründe.

Ich kann keine biefer beiben Auffaffungen als richtig anerkennen. Der Artikel IV bes Brager Friedens enthält zwei Hauptfate:

- 1. die Anerkennung des Rechts der beutschen Staaten, einen nationalen Bund an Stelle des früheren Deutschen Bundes mit Ausschluß von Oester-reich zu bilden,
- 2. die Beschränkung bieses Rechts durch die Berpflichtung Preußens, den Staaten süblich des Mains innerhalb dieses Bundes eine internationale, unabhängige Existenz zu lassen.

Der in einer international unabhängigen Existenz einzelner Staaten innerhalb eines nationalen Bundes liegende Widerspruch löst sich durch einen Rückblick auf das frühere Bundesrecht, namentlich Artikel II der Bundesakte vom 8. Juli 1815, 1) welcher die Selbständigkeit der den Beschlüssen der Bundesversammlung unterworfenen einzelnen Staaten anerkennt.

Eine Einigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland auf den Grundlagen, auf denen auch die frühere Bundesakte beruhte, ist demnach dem Prager Frieden nicht zuwiderlausend. Eine solche Einigung glaubt die baprische Regierung auch ohne vorherige Gründung eines südwestzdeutschen Staatenvereins anstreben zu können, ohne hierdurch die mit der Abweichung von den Grundsähen des Prager Friedens verbundene Berzantwortung auf sich zu laden.

Erachtet sich die Königliche Regierung hiernach vollkommen berechtigt, auch ohne vorherige Zustimmung andrer Regierungen auf dem von ihr betretenen Wege vorzuschreiten, so mußte ihr doch der Kat der Kaiserslichen Regierung, eine rein zuwartende Stellung einzunehmen, die Verspsichtung auferlegen, die Frage der Opportunität, der tatsächlichen nationalen und politischen Rücksichten wiederholt und reislich zu prüsen. Bayern, welches durch die Ereignisse des letzten Jahres aus Deutschlandsicherlich nicht ausgeschieden ist, hat die nationale Pflicht und Aufgabe, das zerrissen nationale Band sobald möglich neu zu knüpsen. In dem Geschle dieser Pflicht stimmt die Regierung mit dem weitaus größten Teile des Volks überein.

Bayern hat, wie aus dem Wortlaut des Artikels I der Punktation vom 6. Mai 1867 erhellt, nicht die Absicht einer Initiative in dieser Beziehung, sondern glaubt solche dem Norddeutschen Bunde überlassen zu sollen.

^{1) &}quot;Bollerrechtlicher Berein ber beutschen souveranen Fürsten und freien Städte", B. A. 1, 2.

Wenn jedoch das Anerbieten von solchen Unterhandlungen von Preußen erfolgte, so würde die Königliche Regierung eine Weigerung, diesen Unterhandlungen beizutreten, im eignen Lande nicht zu vertreten imstande sein. Doch geseht, es gelänge ihr, solche nationale Regungen gewaltsam niederzudrücken, so würde ihr zweisellos die Macht sehlen, die übrigen südwestden Staaten zu gleicher Passivität zu bestimmen. Württemberg, Baden, Hessen werden mit dem Norddeutschen Bunde unterhandeln. Bayern hat die Wahl, dei diesen Unterhandlungen eine einslußreiche Stellung einzunehmen und Ueberschreitungen der durch die Verträge gezogenen Grenzen möglichst zu hindern, oder sich jedes Einslusses auf diese Neugestaltung zu begeben, ohne deshalb den möglicherweise aus densselben entstehenden Gesahren zu entgehen.

Die materiellen Interessen Bayerns und des übrigen Deutschlands sind so mannigsach verknüpft, daß Bayern es auf eine Zerreißung dieser Bande nur im Falle der äußersten Notwendigkeit und immer mit Gesahr für die eigne staatliche Existenz ankommen lassen könnte. Die Königliche Regierung demnach will und kann sich nicht von Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde über die Rekonstituierung Deutschlands ausschließen.

Die Königliche Regierung, welche ben Wunsch und das Streben einer Wiederannäherung Desterreichs an Deutschland deutlich genug manisestiert hat, wird bei diesen Unterhandlungen bestrebt sein, alle nach ihren oben dargelegten Ansichten dem Prager Frieden zuwiderlausenden Stipulationen, alle eine spätere friedliche Annäherung an Desterreich hindernden Verträge sernzuhalten. Ich glaube, daß die Kaiserliche Regierung das Sewicht dieser Gründe, daß sie Gesahr, welche in einem Ausschluß Bayerns aus Deutschland für friedliche Regelung der deutschen Verhältnisse und insbesondere sur Regelung der Beziehungen zu einem durch Ausdau seiner Versassung neu gekräftigten Desterreich liegen würde, kaum wird verkennen können. Ich hosse demnach, daß die Kaiserliche Regierung sich zu der Tätigkeit der bayrischen Regierung in dieser Frage wenn nicht beistimmend, doch auch nicht hindernd verhalten und es unterlassen wird, der bayrischen Regierung ihrer Ziele hindernd in den Weg zu treten.

Um übrigens jede Mißbeutung bes in Artikel IV Ziffer 8 der Punktation vorkommenden Worts "Allianz" zu beseitigen, sind die bayrische und die württembergische Regierung über eine andre, das Wort vermeidende Fassung dieser Stelle übereingekommen.

Der Königliche Gesandte erhält den Auftrag, dem Freiherrn von Beuft von dem Inhalt dieser Depesche in vertraulichster Weise und mit dem ausdrücklichen Ersuchen Kenntnis zu geben, dieselbe als ausschließend für die Kaiserliche Regierung bestimmt und zu weiterer Mitteilung nicht geeignet erachten zu wollen.

Gemäß ben vorstehenden Verhandlungen wurde die Fassung von Artikel IV Ziffer 8 der Ministerialerklärung vom 6. Mai dahin geändert:

"Dem Bundesvertrage ist die dem Artikel 71 des Entwurfs der Berfassung des Norddeutschen Bundes nachgebildete Bestimmung beizufügen, daß eine der Gemeinsamkeit der Nationalität entsprechende Berbindung mit Desterreich anzustreben sei, sosen solche nicht gleichzeitig mit Abschluß des Bundesvertrags zu erreichen ist."

In dieser Form wurde ber Vertrag am 31. Mai 1867 vollzogen, gleichzeitig mit ihm die folgende

"Besondere Uebereinkunst"

über gemeinsames Borgehen Württembergs und Bayerns bei ben Unterhandlungen mit dem Nordbeutschen Bunde.

I.

Für den Fall, daß das Erfordernis der Einstimmigkeit zu Abänderungen der Bundesgesetze nicht durchzusetzen ist, soll darauf bestanden werden, daß zur Aenderung einer Bestimmung des Bundesvertrags bei Annahme des in Artikel IV Ziffer 3 der Miniskerialerklärung vorgesehenen Stimmen-verhältnisses eine Majorität von drei Vierteilen erforderlich sein soll.

Π.

Es soll barauf bestanden werden, daß der Anteil der Bundesglieder an dem Rechte der Bundeskriegserklärung, die Vertretung der Zollvereinsinteressen durch Generalkonsulate und die nach Verhältnis ihres Wertes für die einzelnen Bundesländer zu regelnde Beisteuer zur deutschen Marine durch Vertrag festgestellt werden.

Ш.

Auch mit bem Fürsten von Liechtenstein wird die bayrische Regierung über die Stellung, welche er in dieser Frage einzunehmen gebenkt, ins Benehmen treten.

Aufzeichnung des Fürsten über die Ministertonferenz am 3. Juni 1867 in Berlin.

Nachdem ich gestern um 5 20 Uhr von München abgereist war, kam ich heute um 12 Uhr in Berlin an. Graf Montgelas empfing mich auf bem Bahnhose und begleitete mich nach dem Hotel de Rome, wo ich sofort eine Einladung zu einer um 2 Uhr stattsindenden Ministerkonserenz vorsand. Zuvor kam Baron Barnbüler und teilte in allgemeinen Grundzügen den Stand der Sache mit und die Vorschläge der preußischen Regierung. Um 2 Uhr suhr ich mit Ministerialrat Weber zum Grafen Bismarck. Dort sanden wir die Minister von Barnbüler, Dalwigk und

Freydorf sowie die Geheimräte Delbrück und Philippsborn, dann ben Legationsrat von Nordeck, der mit Freydorf gekommen war.

Bismarck leitete die Verhandlungen mit einem kurzen Vortrag ein und gab uns bas Prototoll, welches ben Standpuntt ber Regierung tennzeichnet. 3ch ergriff sofort das Wort, bemerkte, daß ich gekommen sei, um die Bereitwilligkeit ber baprischen Regierung ju bekunden, sich an ben Berhandlungen über die Rekonstruktion des Bollvereins zu beteiligen, obgleich ich von bem Programm und Plan bes Gegenftands ber Berhandlungen gar teine Renntnis gehabt habe, muffe aber bemerten, bag ber Standpuntt ber preußischen Regierung, wie er in bem Protofoll ausgesprochen fei, durchaus nicht mit ben Ansichten ber baprischen Regierung übereinstimme. Der Gintritt unfrer Abgeordneten in bas Norddeutsche Parlament sei eine Einrichtung, die bei uns auf feine Bustimmung rechnen tonne. Sierauf fragte Baron Barnbuler, wie benn die preußische Regierung sich das legislative Organ zusammengesett bente, worauf Bismarck erwiderte: analog bem fruberen Bunbestag werbe bie Ginteilung ber Stimmen in bem Bundeszollrat sein. Das legislative Organ sei eine bem Nordbeutschen Reichstage analoge Körperschaft, gewählt aus biretten Wahlen, ein Abgeordneter auf 100 000 Einwohner. Die Kompetenz sei bestimmt durch die Bertrage. Er ertlare, daß wenn wir Bebenten trugen, bem Bollparlament zuzuftimmen, Preußen vorziehe, daß wir in Suddeutschland ein eignes Zollgebiet bilbeten, das sich bann mit bem Nordbeutschen Bunde und bem Nordbeutschen Bollverein auf möglichst guten Buß feten konne. Breugen werbe aber nicht von dem Projekte abgeben. Die Auflösung bes Bollvereins werbe bie Folge ber Nichtannahme sein. Bas die Babl der Abgeordneten betrifft, so rat Bismarck zu birekten Bahlen, er überlaffe das aber uns und empfehle die Streichung der Diäten.

Ich führte nun aus, daß wir uns ein Zollparlament ganz anders gedacht hätten. Wir hätten eine Versammlung im Auge gehabt, welcher das Norddeutsche Parlament und die süddeutschen Kammern gewisse Nechte abzutreten hätten, welche auf die Zoll- und Handelsangelegenheiten Bezug haben, nicht aber einen Eintritt in das Norddeutsche Parlament. Nachbem Varnbüler und Freydorf sich für die preußischen Vorschläge erklärt hatten und Dalwigk demerkt hatte, daß ihm wohl auch nichts andres übrig bleiben werde, als zuzustimmen, hob Bismarck noch einmal die Vorteile hervor, die ein Zollvereinsparlament vor der bisherigen Einrichtung haben werde.

Ich gab zu, daß bezüglich der reinen Zollangelegenheiten solche Borteile nicht zu verkennen seien, müsse jedoch auf die politische Seite der Frage aufmerksam machen. Die Beschickung des Nordbeutschen Parlaments zum Zwecke der Zollvereinsverhandlungen werde uns nach und nach in

ben Nordbeutschen Bund führen. Es widerstrebe uns aber, uns indirekt und nach und nach da hineinziehen zu lassen. Wenn wir eintreten wollten, würden wir schon von selbst kommen. Ich schlüge deshalb nochmals vor, eine besondere Versammlung zu berusen, der das Nordbeutsche Parlament gewisse auf den Zollverein bezügliche Besugnisse abzugeben hätte, ebenso wie auch die süddeutschen Staaten zugunsten des Parlaments auf ihre bezüglichen Besugnisse verzichten würden.

Hiergegen erklärte sich Bismarck ganz entschieben. Darin liege eine Auslösung des Nordbeutschen Bundes. So lieb ihm der Zollverein sei, so könne er doch nicht den Nordbeutschen Bund dem Zollverein opfern. Minister von der Heydt stimmte dem bei.

Bismarck führte dann noch aus, daß wenn man gemeinschaftliche Einrichtungen wolle, man auch auf Teile seiner Selbständigkeit verzichten müsse. Er erkenne meine Offenheit an, erkläre aber hier, was er öffenklich nicht sagen würde, daß Preußen die süddeutschen Staaten nicht inkommodieren werde. Der preußischen Regierung liege nichts an unserm Eintritt in den Norddeutschen Bund, sie würde durch den Eintritt von achtzig süddeutschen Abgeordneten in den Reichstag nur in große Verlegenheit kommen. Varndüler meinte, man könne ja die Versammlung "Zollabgeordnetensversammlung" nennen, und Dalwigk erinnerte an die englische Versassung. Der Reichstag könne sich nach englischer Analogie in ein Komitee verswandeln u. s. w. Nachdem hierüber kein weiterer Beschluß gesaßt wurde, nahm nun Vismarck einen Konventionsentwurf vor, den er uns vorlas.

Hierüber wurde bis abends 1/29 Uhr diskutiert und das Protokoll entworfen, welchem den darauffolgenden Tag von Württemberg und Baden zugestimmt, während von mir eine besondere Erklärung abgegeben wurde.

Es ist keinem Zweisel unterworsen, daß Preußen eher den Zollverein aufgeben als die Idee des Parlaments sallen lassen wird. Was Seine Majestät beschließen soll, ist schwer zu raten. Für Annahme spricht der Umstand, daß von weiteren Bundesversassungenabgesehen werden kann, wenn wir den Zollverein haben, dann die Gesahren, die aus der Auslösung des Zollvereins entstehen. Will der König mit einem andern Ministerium die Auslösung des Zollvereins versuchen, so din ich gern bereit, zurückzutreten.

Während der Präliminarvertrag vom 4. Juni von Baden und Württemberg sofort, von Heffen am 7. Juni unterzeichnet wurde, erklärte Fürst Hohenlohe, daß er diesen Entwurf einstweilen nur als einen preußischen Borschlag betrachten könne, über den er die Erklärung der bayrischen Regierung vorbehalten musse. In München schien Artikel 7 des Vertrags

mit der Erhaltung der Selbständigkeit des bayrischen Staats unvereindar. Nach diesem Artikel sollte die gemeinsame Gesetzgebung über Bölle und indirekte Steuern durch den Bundesrat des Zollvereins als gemeinschaftliches Organ der Regierungen und ein Parlament als gemeinschaftliche Bertretung der Bevölkerungen ausgeübt werden. "Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen," sagte der Vertrag, "ist zu einem Vereinsgesetz ersorderlich und ausreichend." Bayern widersprach der Einrichtung einer gemeinsamen, den Einzelstaat bindenden Gesetzgebung in Zollangelegenheiten, welche eine Mediatisierung der Einzelstaaten zu bedeuten schien und wünschte die Entwicklung der gemeinsamen Angelegenheiten des Zollvereins auf den Weg des Vertrags zu verweisen.

Bur Bertretung dieses Standpunkts wurde der bereits zum Gesandten in St. Petersburg ernannte Graf Taufffirchen am 14. Juni noch einmal nach Berlin gesandt. Er hatte in dem entscheidenden Punkte keinen Ersolg, erreichte aber zweierlei: daß Bayern im Zollbundesrate sechs statt vier Stimmen führen solle und daß bei Berhandlungen mit Desterreich und mit der Schweiz Vertreter der angrenzenden Staaten zugezogen werden sollten. Auch wurde für die gesetzgebende Versammlung der Name "Zollparlament" vereinbart. Wit einem diese Bestimmungen enthaltenden Protokolle wurde der Vertrag vom 4. Juli vollzogen. Die Unterzeichnung des desinitiven Zollvereinsvertrags durch die Vertreter aller Mächte fand zu Verlin am 8. Juli statt.

Journal.

München, 18. Juli 1867.

Heute nach bem Ministerrat ging ich zu Lut, um ihm zu sagen, daß es mit der Bakatur des Justizministeriums nicht mehr länger gehe und daß ich mich entschlossen hätte, ihn in Vorschlag zu bringen. Er war davon angenehm berührt, riet aber, die Sache noch dis zur Rücklehr des Königs von Paris! zu verschieben. Ich glaube, er fürchtete, man könne ihn dann um seine Reise nach Paris bringen. Er klagte dann über den Minister des Innern und versicherte mir, daß es nicht mehr länger mit ihm gehe. Die Abgeordneten machten sich über ihn lustig und die Angelegenheit mit dem Bürgermeister von Nürnberg breche ihm beim König den Hals. Dort war ein Herr von Wächter Bürgermeister. Diesen schlug Pechmann dem König als Regierungsdirektor vor. Der König sagte, er wolle nicht, denn dann werde in Nürnberg ein Radikaler gewählt und es entstünden Schwierigkeiten wegen der Bestätigung. Pechmann insistierte und behauptete, es würde jedenfalls ein Konservativer gewählt, und dann

¹⁾ König Lubwig reifte am 20. Juli nach Paris und kehrte am 29. zurück.

gab der König nach. Nun zeigt es sich, daß die Nürnberger einen sehr sortschrittlich gesinnten Herrn von Stromer wählen wollen und daß die Behauptungen Pechmanns aus der Luft gegriffen sind. Wir stimmten beide in dem ungünstigen Urteil über Pechmann überein und Luz versichert, daß Pseuser Aussicht habe, Minister des Innern zu werden. Auf diese Art erreiche ich meinen Zweck. Schließlich fragte ich ihn noch, wie es mit meinem Antrag wegen Hegnenberg-Dux stehe und erhielt die erfreusliche Nachricht, daß der König nichts dagegen einzuwenden habe, so hoffe ich, Graf Hegnenberg zum Gesandten in Berlin zu bekommen. Den Anstrag wegen der Uebertragung des Justizministeriums an Luz werde ich also jezt ins reine schreiben und dem König geben, sobald er von Paris zurücksommt.

In das "Programm" des Fürsten, 1) welches die Genehmigung des Königs und ber im Amte bleibenden Minister gefunden hatte, war auch bie ...einheitliche Leitung bes gesamten Sicherheitsbienstes" als zu erreichenbes Biel vorgesehen. Auf eine Anfrage bes Ministerpräsidenten nach dem Stande der Arbeiten für die Borbereitung dieser Reform ermiberte ber Minister bes Innern Freiherr von Bechmann am 11. Juli 1867. daß "ber vielfach angeregten Umgestaltung des Gendarmeriekorps in ein Rivilinstitut bermalen und für die nächste Zukunft die erheblichsten Bedenken und Schwierigkeiten entgegenftanden", daß fich insbesondere die Gewißheit ergeben habe, "daß im Falle der Bornahme dieser Umgestaltung der Gefamtaufwand für die Gendarmerie (gegenwärtig 1500000 Gulben) nicht unbeträchtlich zu erhöhen und gleichwohl die periodische Erganzung des Mannschaftsstandes aufs äußerste gefährdet sein wurde". Der Minister hatte fich banach für ein Syftem entschieben, nach welchem bie Genbarmerie ein militärisches Institut bleiben, Offiziere und Mannschaften bem Militärstande angehören und unter militärischer Disziplin und Gerichtsbarkeit fteben, in bezug auf die ihnen zugewiesenen Zivildienstleistungen aber in ein "unmittelbares Berhaltnis zu ben Polizeibehörden" gebracht werden follten. Die abministrative Leitung ber Genbarmerie follte von dem Rriegs= ministerium auf bas Staatsministerium bes Innern übergeben und in beffen Bubget ber Gesamtauswand für bie Gendarmerie eingestellt werben. Der Minister berief sich fur diese Ordnung des Gendarmeriedienstes auf das Borbild Preugens und die dort und in andern Staaten gemachten Erfahrungen.

Fürst Hohenlohe wendete sich gegen bieses Projekt in bem folgenden, eigenhändig konzipierten Schreiben an ben Minister bes Innern.

¹⁾ Siehe Seite 186.

München, 21. Juli 1867.

Der Unterzeichnete hat die schätzbare Note Seiner Exzellenz vom 11. d. M. empfangen und beehrt sich, dafür seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Er bedauert jedoch, mit der hiernach in Aussicht stehenden Maßregel sein Einverständnis nicht erklären zu können. Die vollständige Reorganisation der Gendarmerie ist eine absolute Notwendigkeit, wenn das in Angriff genommene Werk innerer Resormen in allen Richtungen mit Ersolg ausgesührt werden soll; sie ist deshalb ein Postulat der Politik im allgemeinen, und eben deshalb glaubt der Unterzeichnete auch, indem er die Feststellung der Detailbestimmungen und die Gestaltung der Einrichtung an sich als selbstverständlich lediglich zum Ressort des Königlichen Staatsministeriums des Innern gehörig underührt läßt, bei der Entscheidung über das Grundprinzip, welches dei der Resorm zu besolgen sein wird, wesentlich beteiligt zu sein und erlaubt sich deshalb, auf die Frage näher einzugehen.

Die schäthare Note von 11. d. M. läßt im Eingang erseben, daß auch Seine Erzelleng ber Staatsminifter bes Innern Freiherr von Bechmann die Umgestaltung der Gendarmerie in ein Rivilinstitut als das wahrhaft Richtige ansehen. Der Unterzeichnete teilt nicht nur biese Ansicht, sondern er ist vollständig überzeugt, daß die Regierung mit einer andern Maßregel gar nicht in die bevorstehende Budgetberatung eintreten tann, daß jeder Berfuch, die Gendarmerie als einen Teil des Militärstands zu erhalten, bie ganze Reform nutlos machen und überdies ein völlig aussichtsloser sein würde, welcher der Regierung eine eklatante Niederlage in der Rammer wie in ber öffentlichen Meinung bereiten müßte. Daß ber Beseitigung bieses Militarverbands, insbesondere aber ber Abschaffung ber militarifchen Offiziere große Schwierigkeiten entgegengeftellt werben murben, hat sich der Unterzeichnete nie verhehlt, allein gerade dieser letztere Punkt ift es, bei bem die Reform bes Instituts vor allem anfangen muß; benn er ift es zumeist, welcher verhindert, daß die Gendarmerie den berechtigten Anforderungen entspricht. Es ist eine so große Anomalie, die zum Polizeibienste und zur Ausführung ber Befehle ber Berwaltungsbehörben bestimmten Organe unter bas Rommando von Vorgesetzten zu stellen, welche ber Sache völlig fremb find, vom Polizeiwesen gar teine Renntnis haben, nicht die minbefte Erfahrung im Sicherheitsbienfte besitzen und ben Berwaltungsbehörden nicht subordiniert find, daß nur die gewichtigsten Grunde eine folche in sich selbst widersprechende Ginrichtung motivieren tonnten.

Diese Grande kann nun ber Unterzeichnete nirgends auffinden.

Weshalb das hinwegfallen bes sehr teuren Apparats eines Gendarmerietorpstommandos und einer Anzahl von Stabsoffizieren die Kosten der Gendarmerie vermehren soll, ist nicht wohl abzusehen. Aber selbst wenn bie Rosten der Gendarmerie durch Organisation derselben als Zivilinstitut auf das Doppelte steigen würden, so würde die Rammer jedenfalls für eine richtig reorganisierte Gendarmerie eher drei Millionen zahlen als für das gegenwärtige Institut auch nur eine halbe Million bewilligen. Daß aber die disherige Ergänzung der Gendarmerie nicht gerade das beste Material zusührt, daß vielmehr vielsach junge, unersahrene, mehr dem Lebensgenusse als dem Dienste ergebene Soldaten nicht die richtige Schutzmannschaft sind, darüber herrscht im ganzen Lande nur eine Stimme. Wenn übrigens die Ergänzung der Gendarmerie disher so schwierig war, so ist dies ersahrungsgemäß gerade die Abneigung brauchbarer Elemente, sich unter das Rommando von Militärossizieren zu stellen und mit Exerzieren und andern sur den Sicherheitsdienst völlig unnötigen militärischen llebungen und Dienstleistungen behelligt zu werden.

Die militärische Organisation der Gendarmerie reduziert sich nach der beabsichtigten Reform auf die Beibehaltung ber militärischen Disziplin, die Militärgerichtsbarkeit und die Besetzung der Offizierstellen mit Linienoffizieren, obwohl auch in dieser Beziehung eine Konzession an bas von bem Unterzeichneten vertretene Bringip burch bie in Aussicht gestellte Beförberung von tuchtigen Brigabiers gemacht wirb. Die militärische Disziplin kann selbstverständlich bleiben, ohne daß die Gendarmerie dem Militärstande angehört; es ift hier nur auf die Grenzzollwache zu ver-Die Militärgerichtsbarkeit ist um so unmöglicher aufrechtzuerhalten, als sie künftig auch bei dem Heere auf ein Minimum beschränkt sein Es kann sich baber nur noch fragen, ob die Offiziere zur Polizei ober zum Militärstande gehören sollen. Diese Frage ist aber burch bie gar nicht zu umgebende Konzeffion entschieden, daß, "sobald bie Gendarmerieoffiziere auf Anordnung des Ministeriums des Innern ober einer Kreisregierung zu Zivildienstleiftungen kommandiert find, dieselben ben hierbei erhaltenen näheren Anordnungen pünktlich Folge zu leisten hätten". Jemand Gehorsam gegen die Befehle einer Stelle auflegen zu wollen, welche ihm nicht vorgesetzt ift, erscheint aber ein innerer Wiberspruch und beshalb völlig untunlich. Ob das Kriegsministerium ein Interesse daran haben tann, ein Korps zu besitzen, welches weber im Frieden noch in Kriegszeiten zur Armee zugewiesen werben barf, und welches überbies "andern Militärbefehlshabern als feinen speziellen Borgesetten fernerhin nicht mehr unterstellt sein soll", also einen Staat im Staate bilbet, barf billig bezweifelt werben, und endlich mag hervorgehoben werben, daß bie Sache burch Einstellung bes Bubgets ber Genbarmerie in das Budget des Ministeriums bes Innern entschieben sein burfte, benn ein Militarinstitut auf bas Budget des Zivildienstes zu stellen, kann wohl nicht beabsichtigt, jedenfalls nicht burchführbar fein.

Der Unterzeichnete ersucht Seine Exzellenz bringend, die Frage nochmals in Erwägung ziehen zu wollen. Eine Erkundigung über die Stimmung der Mitglieder des Landtags wird Seine Exzellenz überzeugen, daß ein Projekt wie das in Betracht kommende auch nicht die geringste Auszsicht auf Erfolg hat, und außerdem würde der Unterzeichnete lebhaft bedauern, wenn er bei Beratung dieses Borschlags im Ministerrat demselben mit Entschiedenheit entgegentreten müßte...

Journal.

24. Juli 1867.

Seit der Abreise des Königs beschäftigte mich zuerst die nordschleswigsche Frage. Frankreich hat in Berlin eine Mitteilung machen lassen,
daß es die Garantiesorderung wegen der Deutschen seitens Preußens!)
nicht für begründet halte. Thile ist darüber beunruhigt. Die Antwort von
Dänemark an Preußen in derselben Sache lautet ausweichend, doch schließt
sie eine Verständigung nicht aus. Es wäre klug, wenn Preußen die Sache
nicht auf die Spize treiben wollte. Ich habe dies Werthern gesagt und
ihn darauf ausmerksam gemacht, daß Preußen sehr isoliert bleiben würde.
Wit Lesourd, dem französischen Legationssekretär, habe ich auch in dieser
Sache gesprochen und zur Vorsicht geraten.

In der Zwischenzeit ist die Reise des Sultans durch Bayern aufgetaucht und machte mir viel zu tun. Anfragen in London und Paris sührten zu dem Resultat, daß der Sultan am 25. in Nürnberg übernachten werde. Ich beantragte sosort beim König, er möge einen königlichen Prinzen abordnen, um den Sultan zu begrüßen, und mich ebenfalls absenden. Dies wurde genehmigt. Ich telegraphierte nun an Ferad Pascha nach Aachen und zeigte ihm dies an und offerierte ein Souper. Die Antwort lautete, daß der Sultan das Souper nicht annehme, da er die Stunde seiner Ankunft nicht bestimmen könnte, dagegen sich freuen würde, den Prinzen zu sehen. Bon Graf Pückler aus Roblenz kam die Liste der vierzig hoffähigen Türken, die an dem Souper teilzunehmen hätten. So war nun alles zur Reise bereit, und Hof und Stall wurden in Bewegung gesetzt, das Nötige nach Nürnberg zu schaffen.

25. Juli.

Nachdem die Vorbereitungen soweit getroffen waren, machte ich mich beute früh auf den Weg zur Gisenbahn, die Tasche voll Telegrammen an

¹⁾ Am 18. Juni hatte Preußen durch eine Note seines Gesandten in Kopenhagen "die nötigen Garantien für den Schut der Deutschen" und die Uebernahme eines Teils der Schuld der Herzogtümer für die Boraussehung der im Prager Frieden (Artikel 5) vorgesehenen Rückgabe der nördlichen Distrikte von Schleswig an Dänemark erklärt. Dies führte zur Einmischung Frankreichs.

die Regierungspräsidenten, Stadtsommandanten u. s. w., die ich demr Prinzen Abalbert zur Genehmigung vorlegte (er war zur rechten Zeit auf der Eisenbahn) und dann absandte. Um 6 Uhr stieg ich zum Prinzert in den Salonwagen. Wir unterhielten uns ganz gut. Der Prinz ist recht angenehm und war äußerst liebenswürdig. Seine politischen Anssichten zeugen von vielem Berständnis.

In Gunzenhausen wollte ich eine Tasse Kasse trinken, fand aber auf bem Weg zur Restauration ben Revierförster Geiger und mußte beshalb, da ich denselben, der halb blind war und seiner Augen wegen nach Nürnsberg reiste, nicht vom Platz bringen konnte, wieder hungrig einsteigen. Hier fand ich nun den Prinzen vor einem Hausen von zwölf Würsteln, vielem Brot und einer Maß Bier. Er aß alle zwölf Würsteln! Mir wurde ganz flau vom Zusehen. Um 12 Uhr waren wir in Nürnberg. Den ofstziellen Empfang hatten wir uns verbeten. So war außer dem Eisenbahnpersonal in Unisorm niemand da. Der Prinz lud mich ein, mich zu ihm in den Wagen zu sehen. Das Bolt begrüßte uns mit sehr freundlichen Hochrusen. Der Prinz war über diese Manisestationen sehr erfreut.

Um 1 Uhr war Diner, bem die Generalität beiwohnte. Nach Tisch war Siesta, wie der Prinz es nennt. Um 4 Uhr besahen wir das Schloß. Als der Prinz sich aber zu tief in die Marterkammern, unterirdischen Gänge u. s. w. vertieste, verlor ich mich mit Moy!) und machte einen Spaziergang durch die Stadt, die auffallend belebt war. Ganz Franken war hierher mit der Eisenbahn gekommen. Als wir wieder auf die Burg in unsre Wohnung kamen, erhielten wir die Nachricht, daß der Sultan um 10 Uhr abends ankommen werde.

Demgemäß wurde die Abfahrt von der Burg um 9 Uhr festgesetzt. Mog und Graf Kreith suhren voraus. Ich mit dem Prinzen in einem Galawagen nach.

Die Straßen waren voll von Menschen, Kopf an Kopf. Wir warteten im königlichen Salon. Pünktlich um 10 Uhr wurde das Zeichen gegeben, daß der Zug nahe. Bald kam er unter atemloser Spannung der Menge herein. Die Musik sing an zu spielen. Der Zug konnte lange nicht auf den richtigen Platz kommen, um dem Sultan das Aussteigen auf dem Teppich vor dem Prinzen zu ermöglichen. Unterdessen hatte das Publikum die Dächer der Waggons erklettert, um das Aussteigen mitanzusehen, zum großen Aerger des kurkischen Gesandten in Berlin, der früher ausgestiegen war und dem diese Nürnberger Rücksichtslosigkeit sehr mißsiel.

Enblich konnte ber Bagen geöffnet werben. Der Sultan, ein kleiner

¹⁾ Obergeremonienmeifter von Mon.

Mann mit schwarzem Bart und freundlichen schwarzen Augen, stieg aus, Der Prinz geleitete ihn in den Salon, hielt ihm dort eine ftattliche Unrede in frangofischer Sprache, die Ferad Bascha übersetzte. Während ber Anrede bes Prinzen fratte fich ber Sultan ben Bart und fah fehr gelangweilt aus. Erst als ihm Ferad die Rede übersetzt hatte, antwortete er febr leise, worauf ber Bring wieder einige höfliche Worte erwiderte. Dann stellte uns ber Pring bem Gultan vor; als er meinen Namen nannte, reichte ber Sultan mir die Hand, ich ftand aber so weit, daß ich erst nach einem wie Bescheibenheit aussehenden Bogern die Band ergreifen Nachbem die Vorstellung beendigt war, bestieg der Sultan ben Bagen; erft wollte er Ferad im Wagen haben, ber Bring aber brang febr artig barauf, die Ehre haben zu burfen, mit ihm zu fahren, und Ferad, ber in ber Nähe sein mußte, wurde nun sofort von mir eingeladen, in ben nachften zweisitzigen Wagen einzufteigen. Ich fette mich zu ihm, überließ Graf Rech, für die taiferlichen Bringen, die noch irgendwo in einem Wagen sitzengeblieben maren, zu forgen, und wollte fortfahren laffen. Nun erklärte aber Ferad Pascha, ber promier chambollan müßte auch mit, so baß wir benselben zwischen uns einklemmten. Wir kamen burch die furchtbare Volksmenge endlich glücklich im "Baprischen Hof" an. Die Leute waren ziemlich anständig, johlten nur bisweilen und guckten mit ber größten Neugierde in die Wagen, waren natürlich besappointiert, wenn sie meine bayrische Uniform statt des erhofften Turbans zu sehen bekamen.

Im Hotel ging der Prinz mit dem Sultan in einen besonderen Salon. Ich wurde ebenfalls eingeladen, mich dazu zu setzen. Der Sultan saß auf einem Kanapee, hatte ein Bein untergeschlagen und unterhielt sich mit Hilfe Ferad Paschas mit uns. Bald darauf sagte der Prinz: "Ich denke, jetzt könnten wir gehen." Worauf dann allgemein Aufsbruch war.

26. Ruli.

Der Sultan hatte sich gestern entschlossen, in Nürnberg bis heute Mittag zu bleiben. Wir konnten also ausschlasen, was um so wünschenswerter war, als bas Souper mit bem Prinzen Abalbert bis 1 Uhr dauerte.

Heute früh kam die Nachricht, daß König Otto 1) heute Nacht versehen worden fei.2) Das wird wieder viel zu tun geben.

Um 11 Uhr fuhr ich mit Moy hinunter. Wir besuchten erst Ferab Pascha. Dann als der Prinz nachtam, ging ich hinunter, um dem Abschiedsbesuch des Prinzen beim Sultan beizuwohnen. Der Sultan saß mit dem Prinzen auf einem Kanapee. Eine Türe, die auf den Balton ging, war offen, so daß die Nachbarn und sogar einzelne aus dem Volk auf

¹⁾ Von Griechenland, ber in Bamberg refibierte.

²⁾ Mit ben Sterbefatramenten.

ber Straße die Entrevue mitansehen konnten. Der Prinz bat den Sultan, einen Augenblick auf den Balkon zu treten, um sich den Leuten zu zeigen. Es wurde dann etwas Hoch gerufen, doch mehr aus Scherz als aus irgendwelcher Sympathie für den Sultan, die man auch den Nürnbergern in keiner Weise zumuten kann.

Die Konversation wurde wieder durch Ferad Pascha geführt. Der Sultan hat ein blasiertes, steptisches, aber freundliches Wesen. Sehr viel Bewußtsein seiner Würde. Er macht ganz den Eindruck wie ein polnischer Gutsbesther. Sein Tarbusch ist anders als die, welche ich im Orient gesehen habe. Es scheint, daß die Mode sich geändert hat. Die jezigen roten Mügen haben die Form umgestülpter kleiner Blumentöpse und sind sehr häßlich. Er trug einen schwarzen Anzug wie ein protestantischer Pfarrer, der kleine Prinz von zehn Jahren ebenso. Auf dem Bahnhof, wohin wir uns nach dem Besuch begaben, wurde der Kleine herbeigeholt und saß mit sehr ernster Miene vor Prinz Abalbert.

Heldung, daß alles fertig sei. Der Prinz begleitete den Sultan die Meldung, daß alles fertig sei. Der Prinz begleitete den Sultan dis an den Waggon, dort wurde Abschied genommen. Der Sultan gab auch mir noch die Hand, stieg ein, und nach einigem Zögern suhr der Zug ab. Auf dem Weg vom Gasthof zum Bahnhof suhr ich wieder mit Ferad Pascha. Ich fragte ihn nach seinen politischen Sindrücken. Er meinte, man sei allzgemein sehr friedlich gesinnt. Nur die schleswissche Frage habe ihn etwas beunruhigt. Der König von Preußen habe sich aber in sehr friedlicher Weise geäußert.

Mir sagte er in seiner orientalischen Manier viel Schmeichelhaftes, daß er sich gefreut habe, "un des hommes les plus distingués de l'Allemagne" kennen gelernt zu haben, wosür ich ihm dann die Erwiderung an den Kopf schleuberte, daß ich sehnlichst gewünsicht hätte, "de kaire la connaissance de l'homme d'Etat qui depuis dien des années avait pu conduire la politique de l'Empire Ottoman avec tant de talent et de succès". Schließlich beaustragte mich Prinz Abalbert, ihm ein Telegramm auszusehen, um dem König das Resultat unser Mission und die "remerciments sincères" des Sultans auszusprechen.

Dann um 1 Uhr Diner und 420 Uhr Abreise nach München, wos mit diese sehr interessante Episode schloß.

Von König Otto keine bessere Nachricht.

Auf ber Rückreise nach Nördlingen erhielt ich das Telegramm, baß König Otto um 61/4 Uhr Abends gestorben sei.

München, 5. August 1867.

Geftern war ich um 12 Uhr nach Berg zum König bestellt. Ich fand auf ber Eisenbahn ben reußischen Gesandten Herrn von Schmertzing,

ber um dieselbe Beit seine Audienz hatte. In Starnberg fanden wir eine offene Kalesche vom Hof, welche uns nach Berg brachte. Herr von Schmerting war fehr erstaunt über das ländliche Aussehen bes königlichen Etabliffements. Die ganze hofhaltung ift fast burgerlich. wimmeln immer von Spulweibern und Magben, die allerlei Gefage tragen. Sauer 1) empfing uns an ber Treppe. Bahrend ber reugische Gefandte beim Konig war, ging ich ju Ministerialrat Lut, um ihn über bas Ministerium zu fragen. Die Entlassung von Bechmann scheint in ben hintergrund getreten zu sein. Was ben Juftigminifter betrifft, so zeigte er eine lange Liste aller nur irgend benkbaren Kandibaten, die er mit dem Konig besprochen hat. Die Hauptkandidaten sind Neumanr, Steyrer, Seuffert Neumayr und Det find mir unangenehm, weil sie zu ber und Met. Roterie der Ministermacher gehören. Steyrer ist schwerfällig. Seuffert ift auch nicht geeignet. Die Abgeordneten, die barauf verzeichnet maren, wie Hohenabel, Streit, Stenglein u. f. w. find auch teine paffenden Leute; ich bleibe bei ber Ansicht, daß Lut ber einzige ift, ber mir paßt. Er ift ein gescheiter, energischer Mann. In den politischen Ansichten stimmt er mit mir überein, und im Ministerrat werbe ich an ihm eine Stute haben. Ich sagte daher Lutz, daß ich den Antrag, der ihn vorschlägt, dem König geben mürbe.

Bald darauf wurde ich zur Audienz gerufen. Der König war sehr liebenswürdig. Er teilte mir sofort mit, daß die Königin von Griechenland die Masern habe, ich also nicht nach Bamberg zu gehen brauche. Dann kamen wir auf die griechische Frage²) zu sprechen, wobei ich ihm Taufstirchens Borschlag mitteilte, wonach die Sache in Petersburg besprochen werden solle, womit er einverstanden war. Er legt keinen Wert auf die ganze Sache und will sie fallen lassen.

Ich erzählte ihm nun, daß Napoleon wegen der mexikanischen Katasstrophe nach Salzburg komme, las ihm einen Brief von Dönniges vor, der über die deutschen Sympathien des Raisers Napoleon spricht, kam dann auf Hegnenberg, mit dessen Ernennung nach Berlin der König einverstanden ist, 3) auf die Reise Holnsteins nach Dessau und anderes. Endslich zog ich meinen Antrag bezüglich des Justizministers vor, worin ich Lut in Vorschlag bringe. Ich fragte, ob ich ihm denselben direkt geben durse, da es sich wohl nicht passe, ihn durch Lut selbst geben zu lassen. Er war damit einverstanden, sagte aber, er könne Lut nicht entbehren.

¹⁾ Flügelabjutant von Sauer.

³⁾ Finanzielle Forberungen bes Königs Lubwig I. an die griechische Regierung aus ber Zeit der baprischen Herrschaft.

³⁾ Graf Hegnenberg-Dur lehnte ben Berliner Posten ab, worauf Freiherr von Perglas, bis bahin in Paris, nach Berlin ernannt wurde.

Worauf ich erwiderte, daß ich den Antrag als acquit de conscience geschrieben hätte und er ihn überlegen möchte.

Beim Weggehen sprach er noch über Paris, erzählte, daß der Raiser ihn gewarnt habe, sich nicht zu tief mit Preußen einzulassen und entließ mich dann mit Grüßen an meine Frau, der er ein Bukett schickt.

Ich ging dann wieder hinunter, frühftlickte mit herrn von Schmertzing und Sauer und fuhr dann nach München zurück.

Auch von Paumgarten war die Rede. Der König glaubte, Paumgarten sei schon Gesandter in London, während ich ihm den Grafen Hompesch nannte, der auch gut angeschrieben zu sein scheint. Dönniges nach Italien zu schicken wäre ihm nicht unangenehm, doch sagte ich ihm, daß ich mich noch näher erkundigen würde.

Bericht an ben Rönig.

München, 4. August 1867.

Wenn es der treugehorsamst Unterzeichnete wagt, eine Frage zu berühren, die dem Kreise der seiner Amtstätigkeit zugewiesenen Gegenstände sernliegt, so wollen Eure Königliche Majestät diesen Schritt durch die allergnädigste Erwägung entschuldigen, daß es dem treugehorsamst Unterzeichneten als Vorsihendem des Königlichen Ministerrats obliegt, diesenigen Hemmnisse soften demmnisse soften Majestät zu bringen, welche sich einer ersprießlichen Tätigkeit des Ministerrats entgegenstellen. Zu solchen Hemmnissen muß der treugehorsamst Unterzeichnete die längere Erledigung des Justizministeriums rechnen, wenn er auch sehr wohl weiß, daß einer früheren Wiederbesetzung des Königlichen Justizministeriums unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden.

Jett aber naht sich im Gesetzebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten die Beratung des neuen Zivilprozesses ihrem Ende. Bevor die lette Feststellung ersolgt, sollte der verantwortliche Chef des Justigwesens denselben nochmals prüsen, um die Interessen der Regierung vollständig zu wahren; bei den Berhandlungen im Ausschusse der Reichsratskammer kann der Justizminister ohnedies nicht sehlen. Die Entwersung des Budgets ist nicht länger zu verschieben, und es kann ein solches für den Justizdienst unmöglich von einem andern endgültig ausgestellt werden als von demjenigen, welcher es den Kammern gegenüber zu vertreten hat. Endlich, so unbedeutend an sich die Sache ist, macht doch der in Aussicht stehende Juristentag gleichfalls eine baldige Entscheidung zum Bedürsnis, da es sicherlich eine sür Bayern höchst empfindliche Kritik hervorrusen müßte, wenn zur Zeit der Versammlung das Justizwesen eines obersten Leiters entbehren müßte.

Alle biese Gründe haben den treugehorsamst Unterzeichneten veranlaßt, eine entsprechende Persönlichkeit zu suchen, welche er Eurer Königlichen Majestät zur Wiederbesetzung des Postens in Vorschlag bringen könnte. Es ist nicht zu leugnen, daß die Wahl eine sehr schwere ist. Denn wenn auch vor allem von dem zu ernennenden Justizminister verlangt werden muß, daß er ein tüchtiger Jurist und Geschäftsmann und als solcher nicht bloß seinen näheren Amtsgenossen, sondern in weiteren Kreisen anerkannt sei, so glaubt doch der treugehorsamst Unterzeichnete, daß diese Eigenschaften allein nicht genügen dürsten.

Das bayrische Justizwesen und die Justizverwaltung selbst bedürfen einer durchgreisenden und gründlichen Resorm. Nur ein Mann von wahrer Energie, der streng zu sein versteht, ohne tyrannisch zu werden, wird die schwere Aufgabe lösen können, aber auch nur ein Mann, welcher im bureaukratischen Leben nicht den Blick für die Fehler und Mängel seines Berufsstands verloren hat und welcher die Bedürsnisse der Gegenwart hinsichtlich einer volkstümlichen, vom hergebrachten Schlendrian bestreiten, Justizverwaltung erkennt.

Dies alles aber würde nach der Ansicht des treugehorsamst Unterzeichneten nicht ausreichen, wenn der neue Justizminister nicht zugleich eine Persönlichkeit ist, welcher die Vertretung des Landes mit Vertrauen entgegenkommt und welche die Unterstützung derselben zu sinden hoffen dars, um die unumgänglich nötigen pekuniären und disziplinären Maßregeln bei der Kammer durchzusehen.

Endlich erfordert es wohl die allgemeine politische Lage, daß in dieser Hinsicht Uebereinstimmung des in das Ministerium eintretenden Mannes mit den übrigen Ministern stattsinde, und ist es daher schon aus diesen Rücksichten untunlich, eine Persönlichkeit aus einer jener Parteien zu wählen, welche nach der einen oder andern Seite hin die extremen Anssichten vertreten.

Faßt nun der treugehorsamst Unterzeichnete zusammen, was nach seiner innersten Ueberzeugung von dem zu ernennenden Justizminister gesordert werden muß, und prüft er die möglicherweise in Betracht zu ziehenden höheren Justizdeamten, so muß er nach reislicher Ueberlegung als den würdigsten Kandidaten den Ministerialrat Lut bezeichnen. Da Eure Königliche Majestät denselben seit Jahren kennen, wird der treugehorsamst Unterzeichnete sich kurz zu fassen haben und kann wohl darüber, daß in ihm ein Minister gefunden wäre, welchem die Wahrung der Selbständigkeit Bayerns am Herzen liegt, ebenso hinweggehen als darüber, daß dersselbe die nötige Energie und Willensstärke besitzt, im Justizwesen die gebotenen Resormen durchzusühren. Was aber die spezielle Besähigung im Justizdienste betrifft, so hat sich Herr von Lutz durch seinen hervorragenden

Anteil an der Beratung des deutschen Handelsgesetzbuchs nicht bloß in der bayrischen, sondern in der deutschen Justizwelt einen ehrenvollen Namen erworden, und glaubt der treugehorsamst Unterzeichnete noch besonders bemerken zu müssen, daß Ministerialrat von Lutz dem Koteriewesen und den persönlichen Beeinslussungen, welche sich in den höheren Beamtenstreisen der Justiz mitunter sühlbar machen sollen, sernsteht und daher der rechte Mann wäre, auch in dieser Hinsicht durchzugreisen. Der treusgehorsamst Unterzeichnete verkennt nicht, daß der Borschlag, Eure Königsliche Majestät wollen einen so treuen und zuverlässigen Arbeiter Allershöchstihrem unmittelbaren Dienste entziehen, eine nicht geringe Ansorderung enthält; allein die Ueberzeugung, daß es das Interesse Eurer Königlichen Majestät unabweißbar verlangt, den Posten des Justizministers mit einem vollkommen geeigneten Manne zu besetzen, legt dem treugehorsamst Unterzeichneten die Pflicht aus, dennoch mit diesem alleruntertänigsten Antrage bervorzutreten.

Journal.

München, 23. August 1867.

Nachbem mir durch den französischen Gesandten gestern der Bunsch des Kaisers Napoleon 1) ausgesprochen worden war, mich hier auf dem Bahnhof zu sehen, und nachdem ich auch von dem König noch gestern Abend den Austrag erhalten hatte, den Kaiser und die Kaiserin in seinem Namen zu begrüßen, begab ich mich um 3/4 12 Uhr Mittags auf den Bahnhof, um den Zug zu erwarten.

Dieser kam um die bestimmte Stunde. General Fleury fragte gleich, ob ich da sei, und ich wurde sodann, nachdem der Schlag geöffnet war, vom Kaiser eingeladen, hereinzusteigen.

Nachdem der Kaiser mich begrüßt und seine Dankbarkeit für Seine Majestät den König über den Empfang, den er in Bayern gefunden hatte, ausgesprochen, erwähnte er, daß er für Bayern noch lebhastes Interesse stühle, da er hier seine Jugend zugedracht habe. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn daran zu erinnern, daß er mir schon vor Jahren in Parisdiese Gesinnungen ausgesprochen habe, als ich die Ehre gehabt hätte, ihm vorgestellt zu werden.

Dann nahm er mich beiseite an eines ber Waggonfenster und begann die politische Konversation mit den Worten: "Vous trouvez beaucoup de difficultés?" Ich erwiderte, daß allerdings die Lage der Mittelstaaten eine schwierige sei. Dazu komme, suhr der Kaiser sort, noch die Presse,

¹⁾ Auf der Rückreise von Salzburg, wo vom 18. bis 28. August die Begegnung mit dem Kaiser von Oesterreich stattgefunden hatte. König Ludwig hatte den Kaiser am 17. August in Augsburg empfangen.

morauf id ermiderte: "La presse chez nous est encore très peu civilisée."

Lachend antwortete er: "Oui, chez nous aussi elle n'est pas très civilisée."

Dann suhr er ernsthaft sort, er hoffe, daß der Friede erhalten werde. Er sei immer für den Frieden, die Menschheit bedürse des Friedens, und der Gedanke, daß die Vergrößerung und Kräftigung eines Landes eine Drohung sür einen Nachbarstaat sei, "est passée de mode". Viel hänge freilich von Preußen ab. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei leicht irritiert, und es komme darauf an, ob Preußen den Norddeutschen Bund noch weiter ausdehnen wolle. Ich erinnerte nun daran, daß Bismarck selbst erklärt habe, er könne uns nicht brauchen. "Oui, M. de Bismarck," antwortete der Kaiser, "m'a aussi parlé avec beaucoup de modération, mais," fügte er lächelnd bei, "il prétend que ce sont les Etats du midi qui le forcent à aller plus loin."

Ich erwiderte, daß dies Drängen nur von einer Partei ausgehe, und daß man sich im allgemeinen in betreff des Eintritts in den Norddeutschen Bund abgekühlt habe.

Dann sagte er, indem er mich halb fragend ansah: "Je regrette que vous n'ayez pu former la consédération (oder union) des Etats du midi de l'Allemagne. Mais c'était impossible?" Ohne auf die Frage näher einzugehen, verwies ich auf die materiellen Interessen, die uns mit dem Norden von Deutschland verbinden, und bemerkte, daß die Abneigung gegen einen Süddeutschen Bund zum Teil ihren Grund in der Besürchtung fände, daß dadurch diese materiellen Interessen geschädigt werden könnten. Er wiederholte dann nochmals die Friedensversicherungen, und ich benutzte die Gelegenheit, zu sagen, daß eine Einigung von Desterreich, Preußen und dem übrigen Deutschland und eine Allianz dieser Konsöderation mit Frankreich jedensalls das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens und zum Schutze der Zivilisation sei. Was der Kaiser beifällig auszunehmen schutze der Javilisation sei. Was der Kaiser beifällig auszunehmen schutze der sowill acivilisation est dien menacée." Er sprach noch von den Gesahren der sozialen Bewegung und brach dann das Gespräch ab.

Darauf kam die Kaiserin, die mir von meinem Bruder 1) und meiner Schwägerin in Salzburg, von meiner Familie u. s. w. sprach, und daran eine längere Unterhaltung über die Urlaube der Minister knüpfte, bis der Raiser kam und erinnerte, daß es Zeit sei, abzureisen. Er bedauerte, nicht länger mit mir sprechen zu können, trug mir auf, dem König seinen Dank auszusprechen, worauf ich den Waggon verließ. Mit mir war noch

¹⁾ Dem öfterreichischen Oberfthofmeifter Prinzen Konftantin zu Hohenlohe.

im Waggon gewesen der französische Gesandte und seine Frau, und Herr von Radowig, 1) der sich der besonderen Gunst des kaiserlichen Hofs erfreut.

Großherzog Friedrich von Baben an den Fürften Hohenlohe.

Rarlsruhe, 29. August 1867.

Seit Sie die Gute hatten, mir zu schreiben, ist eine so lange Zeit verstrichen, daß ich fast Anstand nehme, noch auf die damals berührten Gegenstände zurückzukommen. Ein Dank kann aber nie zu spät kommen, und somit hoffe ich, daß Sie ihn auch heute noch freundlich aufnehmen wollen.

Eine gründliche Beränderung der Verhältnisse hat aber inzwischen stattgefunden und die damals uns bewegende Luxemburger Frage hat bereits andern den Platz geräumt.

Die Lage der Berhältnisse von Südwestbeutschland hat, wie mir scheint, eine Verbesserung ersahren durch Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins. Wir haben wenigstens ein sesteres Band mit Nordbeutschland geschlungen und können daraus noch bessere Verbindungen in politischer Beziehung entwickeln.

Diese Aussicht scheint mir einen wesentlichen Antrieb zur Salzburger Busammenkunft gegeben zu haben. Die Berhinderung eines Bündniffes zwischen Südwest- und Norddeutschland bildet, wie ich mich personlich überzeugte, einen fortwährenden Gegenstand der Sorge in Baris.

Die Haltung der füddeutschen Regierungen wird für die weitere Entwicklung der französisch-öfterreichischen Absichten von entscheidender Bedeutung werden. Wir werden vielleicht schon bald in der Lage sein, vorläusige Fragen zu beantworten, und es treten daher von neuem die Aufgaben an uns heran, mit denen wir beide unsre ersten geschäftlichen Berührungen pflegten.

Im Hindlick auf diese etwa bevorstehenden Aufgaben schien es mir von Bedeutung, Ihre Ausmerksamkeit einem Berhältnis zuzuwenden, dessen Borzüge ich für so hervorragend erachte, daß ich nicht versäumen wollte, Ihnen die Möglichkeit zu geben, davon Nutzen zu ziehen.

Als der König von Württemberg nach Paris reifte, traf ich unterwegs mit ihm zusammen, und da sprach er mir von dem Wunsch, mit dem König von Preußen zusammenzutreffen, wenn derselbe etwa, wie gewöhnlich, im Spätsommer zu uns ins Land kommen sollte. Da der König von Württemberg meist die Ende September in Friedrichshafen residiert,

¹⁾ Legationsrat an ber preußischen Gesandtschaft.

so schlug ich ihm vor, eine solche Begegnung zu vermitteln, insofern die Absicht des Königs von Preußen sich realisiere, den Geburtstag der Königin Augusta auf Schloß Mainau zuzubringen. Ich versprach dem König von Württemberg, ihn sofort in Kenntnis zu setzen, wenn diese Plane der preußischen Majestäten sessischen.

Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß diese Absichten sich erfüllen werden, da der König von Preußen schon balb in Baden-Baden erwartet wird.

Wie erfreulich es wäre, wenn der König von Bayern sich entschließen könnte, diese Gelegenheit zu benutzen, um ebenfalls den König von Preußen am Bodensee aufzusuchen, bedarf keiner Bersicherung. Hingegen will ich nicht versäumen, Ihnen diese Frage ans Herz zu legen und dabei die Bersicherung zu geben, daß ich mich glücklich schätzen würde, dem König auf Schloß Mainau die Gelegenheit dazu zu dieten. Die Entsernung von Hohenschwangau nach Lindau ist gering, und von Lindau aus könnte der König an einem Tage hin und zurück einen Besuch auf Mainau abstatten. Es versteht sich aber von selbst, daß wenn der König auch länger bei uns vorlieb nehmen will, es mich sehr erfreuen würde.

Ich stelle daher meine Vermittlung sowohl als auch meine Gastfreundschaft Ihrem Könige zur Verfügung und würde mich freuen, wenn Sie ebenfalls daran teilnehmen wollten. Ich glaube indessen Ihnen allein überlassen zu müssen, ob Sie meinen Gedanken verwerten wollen oder nicht. Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie mir bald eine Andeutung über eine etwaige Annahme meines Vorschlags geben wollten, damit ich mich rechtzeitig mit dem Könige von Preußen in Verbindung sehen könnte. Der Geburtstag der Königin von Preußen ist der 30. September, und vorher gehen beide Majestäten nach Hohenzaollern.

Möchten Sie meine Absicht nicht verkennen und überzeugt bleiben von der ausgezeichneten Verehrung

Ihres ergebenen

Friedrich, Großherzog von Baben.

Bericht an ben Rönig.

Auffee, 1. September 1867.

Eurer Königlichen Majestät beehrt sich ber treugehorsamst Unterzeichnete alleruntertänigst zu berichten, daß er ein Schreiben des Großherzogs von Baden erhalten hat, in welchem derselbe den Vorschlag einer Zusammenstunft Eurer Königlichen Majestät mit den Königen von Preußen und von Württembera macht.

Der treugehorsamst Unterzeichnete halt sich verpflichtet, dieses Schreiben

ehrfurchtsvollft in Vorlage zu bringen. Eure Königliche Majestät werden Allerhöchstselbst am besten zu ermessen vermögen, inwiesern ein folcher Vorschlag Allerhöchstihren Interessen entspricht.

Wenn es dem treugehorsamst Unterzeichneten erlaubt ist, seine Ansicht ehrfurchtsvollst auszusprechen, so erlaubt er sich zu bemerken, daß die Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen und der Besuch auf der Insel Mainau gemeinschaftlich mit dem Könige von Württemberg manche Vorteile bietet.

Abgesehen von dem Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen Eurer Königlichen Majestät mit dem königlich preußischen Hofe zu erhalten, würde die Anwesenheit Eurer Königlichen Majestät bei der Zusammenskunft der süddeutschen Monarchen einseitige Berabredungen, die den Intentionen und dem Interesse Eurer Königlichen Majestät zuwider-lausen, verhindern.

Indem der treugehorsamst Unterzeichnete indessen alles dem weisen Ermessen Eurer Königlichen Majestät anheimstellt, bittet er um den Allerhöchsten Besehl, in welchem Sinne er auf das Schreiben des Groß-herzogs antworten soll.

Großherzog Friedrich von Baden an ben Fürften Sobenlobe.

Rarlsruhe, 5. September 1867.

Aus Ihrer heute erhaltenen freundlichen Antwort vom 1. September habe ich mit Dank entnommen, daß Sie meinen Borschlag gern aufnehmen. Ich beeile mich daher, Sie in Kenntnis zu setzen, daß ein Brief des Königs von Preußen heute mich benachrichtigt, daß es ihn sehr freuen werde, wenn Seine Majestät der König von Bayern ihn während seines Ausenthalts bei uns besuchen wolle. Dem Könige erscheint Schloß Mainau ebenfalls als geeignetster Punkt für diese Begegnung. Er wird wohl bald nach Eröffnung des Reichstags Baden besuchen, einige Tage dort bleiben und dann nach Mainau kommen. Die Tage stehen noch nicht fest, werden aber wohl bald bestimmt werden, und dann werde ich Sie sosort davon in Kenntnis seken.

Nun aber habe ich noch die Frage, ob Sie es für richtig und der Sache förderlich halten, wenn ich selbst an den König von Bayern schreibe, um ihn einzuladen, nach Mainau zu kommen. Ich würde in diesem Falle dem König sagen, daß, da der König von Württemberg dorthin kommen wolle, um den König von Preußen zu besuchen, es mir eine Pflicht scheine, ihm die Möglichkeit zu gewähren, den gleichen Schritt in angenehmer Weise tun zu können u. s. w. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir Ihre Ansicht darüber mitteilen wollten.

Ministerialrat von Lut an ben Fürsten Sohenlohe. Sohenschwangau, 10. September 1867.

Einen Tag nach Ihrem Schreiben vom Anfang biefes Monats kam das Schreiben Gurer Durchlaucht an Seine Majestät ben König nebst bem beigebogenen Briefe bes Grokherzogs von Baben babier an. 3ch werbe taum Ursache haben, Gurer Durchlaucht näheres über die Aufnahme der Sache an ber entscheibenben Stelle ju schreiben. Dag ich gefaßt barauf war, manche Rebe halten zu muffen, wenn es zur Annahme ber Einladung nach Mainau kommen follte, werben Eure Durchlaucht ohnebies fehr wohl ermessen können. Ich habe es benn auch nicht baran fehlen lassen, alle Gründe für die Reise nach Mainau ins Feld zu führen und so namentlich ben Beweggrund, welchen Eure Durchlaucht mir an die Sand zu geben Die Gute hatten, und welcher von ber Rührigkeit bes herrn von Barnbuler hergenommen ift - aber bis jeht vergebens. Bis heute murben jeden Zag bie Grunde für und wider in Erwägung gezogen; bie Grunde gegen Die Reise wurden aber von Seiner Maiestät mit so viel Schärfe aufgesucht und ward benselben so großes Gewicht beigelegt, daß ich heute endlich ben Befehl erhielt, Gurer Durchlaucht ju schreiben, Seine Majeftat zögen es por, die Ginladung nach Mainau dankend abzulehnen. Seine Majeftät haben mir befohlen, Eurer Durchlaucht folgendes babei zu fagen: nach ber Ansicht Seiner Majestät gebe aus ber Reit ber Einladung und aus ben Motiven des Großherzogs unzweibeutig hervor, daß die Absicht dahin gebe, mit der Zusammenkunft in Mainau eine politische Demonstration gegen die Salzburger Zusammenkunft zu machen, welche etwa dahinauslaufe, daß die suddeutschen Fürften laut vor aller Belt ihre Abneigung gegen die Teilnahme an einem frangofisch-öfterreichischen Bundniffe und gegen jebe Ginmischung Frankreichs und Defterreichs in die beutschen Angelegenheiten, anderseits aber ihr Festhalten an Breußen und an bem Beftreben nach bem Anschluffe Sübbeutschlands an Nordbeutschland botumentieren wollten, alles biefes felbst auf die Gefahr hin, daß bies von Frankreich ober Desterreich übel vermerkt werbe. In welchem Sinne eine solche Trugerklärung von dem Großherzoge aufgefaßt werde, bafür gebe die babische Thronrede genugenden Aufschluß. 1) Run sei zwar Bayern ficher nicht gewillt, frangofisch-öfterreichische Bundniffe zu suchen, sondern wolle ehrlich und treu an dem abgeschlossenen Bundnisse festhalten, aber auf den Standpunkt des Großberzogs konne sich Seine Majestät beshalb

¹⁾ In seiner Thronrebe vom 5. September hatte ber Großherzog gesagt: "Die ... Friedensverträge haben ... Preußen an die Spize des Nordbeutschen Bundes gestellt und den sübbeutschen Staaten vorbehalten, eine nationale Einigung mit diesem Bunde einzugehen. Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung ungusgeset nachzustreben."

boch nicht stellen, und zu einer Trugerklärung gegen die andern Mächte, die Bayern mehr als nötig an Preußen knüpse und letzteres nur noch zu weiteren Uebergriffen ermutigen werde, scheine die Salzburger Zusammenkunst keinen genügenden Anlaß zu bieten. Man scheine die Sache in Berlin selbst jetzt ruhiger zu betrachten als ansangs, wie unzweideutig aus der gemäßigten Sprache der offiziösen Presse hervorgehe. Dazu komme, daß in Mainau doch leicht weitere Propositionen gemacht werden könnten, deren Ablehnung in der Tat unangenehmere Folgen haben könne als die Bermeidung der Gelegenheit zu deren Proposition.

Beistligen soll ich, daß Seine Majestät nichts dagegen zu erinnern sänden, sondern sogar nicht ungern sehen würden, wenn Eure Durchlaucht nach der Mainau gingen und etwa den Herrn Ministerialrat von Böldernsdorff mit sich nehmen wollten. Wenn mich Eure Durchlaucht fragen, wie das letztere zu verstehen sei, so kann ich nur auf den Schlußsat Ihres Briefs hinweisen, wo es heißt: "Wenn Seine Majestät mich allein hinschiefen, so genügt das nicht." Alle Versuche der Interpretation dieser Stelle in dem Sinne, daß Ihren Absichten mit Völderndorss Beiordnung nicht genügt werde, haben nicht zum Ziele geführt. Den Brief des Großsherzogs lege ich wieder bei, ich habe für den Fall des Bedürsens Abschrift zurückbehalten. Wenn Eure Durchlaucht nochmals in einem Verichte auf die Sache zurückkommen wollen, so ist vielleicht doch noch ein andres Resultat zu erreichen. Letzteres ist übrigens nur meine Privatmeinung.

Ueber den Justizminister hoffe ich in den nächsten Tagen Entscheidendes melben zu können. 1)

Bericht an ben Rönig.

Auffee, 13. September 1867.

Durch Schreiben bes Kabinettssekretars Eurer Königlichen Majestät ist dem treugehorsamst Unterzeichneten der Auftrag erteilt worden, die von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden angeregte Zusammenkunft mit den Königen von Preußen und von Württemberg dankend abzulehnen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete wird diesem Besehle sosort nache kommen und erlaubt sich dabei, ehrsurchtsvollst zu berichten, daß nach einem gestern eingetroffenen Telegramm des Staatsrats Daxemberger der König von Württemberg die gemeinschaftliche Begegnung mit dem König von Preußen abgelehnt, sich dagegen vorbehalten hat, dem Könige von Breußen allein einen Besuch auf Mainau zu machen. Hiermit fällt die

¹⁾ Die Ernennung bes Ministerialrats Lutz zum Justizminister erfolgte am 16. September, gleichzeitig die Ernennung bes Polizeibirektors Lipowsky zum Kabinetissekretar bes Königs.

Boraussetzung, auf welche der in dem alleruntertänigsten Antrage vom 1. d. M. enthaltene Vorschlag gegründet war, und bietet sich ein passendes Motiv zur Ablehnung.

Nachdem ber treugehorsamst Unterzeichnete indessen gestern ein Schreiben bes Großherzogs auf die vorläufige Anzeige des treugehorsamst Unterzeichneten, daß er an Seine Königliche Majestät Bericht erstatten werde, erhalten hat, in welchem der Großherzog schreibt:

"Ich beeile mich, Sie in Kenntnis zu setzen, daß ein Brief des Königs von Preußen heute mich benachrichtigt, daß es ihn sehr freuen werde, wenn Seine Majestät der König von Bayern ihn während seines Aufenthalts bei uns besuchen wolle,"

so muß der treugehorsamst Unterzeichnete dem Allerhöchsten Ermessen Eurer Königlichen Majestät anheimstellen, ob Allerhöchstdieselben es für angemessen erachten, dem Könige von Preußen, und zwar zu einer andern Zeit als der König von Württemberg, einen Besuch abzustatten, der in diesem Falle ohne alle politische Bedeutung und nur ein Att der Hösslichseit sein würde. Inwiesern derselbe den Charakter einer Erwiderung eines von Seiner Majestät dem Könige von Preußen Seiner Majestät gemachten Besuchs tragen würde, vermag der treugehorsamst Unterzeichnete bei seiner Unkenntnis der früheren Vorgänge nicht zu ermessen, auch glaubt er sich jeder weiteren Beurteilung der nun den Charakter einer Etikettenfrage annehmenden Angelegenheit enthalten zu sollen.

An ben Großherzog von Baben.

Auffee, 18. September 1867.

Eurer Königlichen Hoheit gnädiges Schreiben vom 5. d. M. habe ich gleichzeitig mit der Antwort Seiner Majestät des Königs auf meinen Bericht über die Begegnung mit Seiner Majestät dem König von Preußen erhalten. Seine Majestät trägt mir auf, Eurer Königlichen Hoheit seinen herzlichen Dank für die freundliche Bermittlung einer Begegnung mit den Königen von Preußen und Württemberg zu sagen, glauben aber jetzt, nachdem die Nachricht eingelausen ist, daß Seine Majestät der König von Württemberg die Zusammenkunft abgelehnt und sich vorbehalten haben, einen gesonderten Besuch bei Seiner Majestät dem König von Preußen zu machen, auch seinerseits nicht in der Lage zu sein, die freundliche Einsladung Eurer Königlichen Hoheit anzunehmen.

Ich habe nun den Inhalt des letten Schreibens Gurer Königlichen Hoheit Seiner Majestät dem König mitgeteilt und Allerhöchstdemselben anheimgestellt, über den etwaigen gesonderten Besuch Beschluß zu fassen.

Was die Frage Eurer Königlichen Hoheit betrifft, so kann ich zwar der Entschließung Eurer Königlichen Hoheit nicht vorgreifen, glaube aber

bei der gegenwärtigen Wendung, welche die Frage der Zusammenkunft der Monarchen genommen hat, ehrfurchtsvollst raten zu sollen, keine Einladung an Seine Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn, ergehen lassen zu wollen. Wenn es möglich ist, den König zu einem Besuche bei Seiner Majestät dem König von Preußen und bei Eurer Königlichen Hoheit zu bestimmen, werde ich die nötigen Schritte tun. Sollte ich die Einladung Eurer Königlichen Hoheit später für erforderlich halten, so darf ich mir wohl erlauben, darauf zurückzukommen.

Bericht an ben Rönig.

München, 19. September 1867.

Aus dem Schreiben des Rabinettssekretärs Eurer Königlichen Majestät hat der treugehorsamst Unterzeichnete ersehen, daß Eure Königliche Majestät beabsichtigen, den Gegenbesuch dem König von Preußen nicht auf der Mainau, sondern bei passender Zeit in Berlin zu machen. Wenn der treugehorsamst Unterzeichnete dessenungeachtet auf diesen Gegenstand zurückzukommen sich erlaubt, so geschieht dies im Gesühl der Verantwortung, die ihm seine Stellung auferlegt und ihn verpslichtet, das Interesse Eurer Königlichen Majestät nach Kräften zu wahren.

Er erlaubt sich baher, nachstehendes ehrfurchtsvollst vorzutragen.

Nachdem der Großherzog von Baden und der König von Preußen, wie dies aus dem Briefe des Großherzogs ersichtlich ist, bestimmt auf den Besuch Eurer Königlichen Majestät rechnen und nachdem auch der diesem alleruntertänigsten Berichte beiliegende Brief des Großherzogs in derselben Meinung geschrieben zu sein scheint, würde das Unterlassen dieses Besuchs— der, wie der treugehorsamst Unterzeichnete aus dem Schreiben des Ministerialrats Lutz entnehmen zu müssen glaubt, ein Gegenbesuch Eurer Königlichen Majestät wäre — jedenfalls große Verstimmung hervorrusen.

Hiermit nimmt die Frage eine politische Bebeutung an, und der treugehorsamst Unterzeichnete darf Eurer Königlichen Majestät seine Besürchtung nicht verschweigen, daß bei der Stellung, welche Preußen jeht in Deutschland einnimmt und bei den Mitteln, welche der preußischen Regierung zu Gebote stehen, eine solche Verstimmung des preußischen Monarchen für Eure Königliche Majestät wie für Bayern die nachteiligsten Folgen haben könnte.

Es können Zeiten und Verhältnisse eintreten, wo Eure Königliche Majestät der freundlichen Gesinnungen des Königs von Preußen bedürfen, und diese Zeiten können so bald eintreten, daß eine Verzögerung der Wiederherstellung dieser freundschaftlichen Beziehungen im höchsten Grade bedenklich erscheint.

Der treugehorsamst Unterzeichnete tann es beshalb nicht unterlaffen,

Eurer Königlichen Majestät ebenso ehrfurchtsvollst als bringend zu raten, in eignem Allerhöchstem Interesse einen Besuch auf der Mainau zu machen.

Sollten Eure Königliche Majestät anders beschließen, so glaubt der treugehorsamst Unterzeichnete durch diese alleruntertänigste Darlegung seiner Pflicht genügt zu haben und kann die Verantwortung für alle Folgen, welche die Unterlassung des angeregten Besuchs mit sich führen wird, von sich ablehnen.

Großherzog Friedrich von Baben an ben Fürsten Sobenlobe.

Karlsruhe, 23. September 1867.

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 13. d. M., aus dem ich mit Freuden entnahm, daß Sie noch nicht ganz die Hoffnung aufgeben, Seine Majestät den König von Bayern zu einem gesonderten Besuche seines Herrn Oheims bewegen zu können.

Ich bedaure sehr, daß mein Vorschlag einer gleichzeitigen Begegnung der drei Monarchen in Stuttgart einen Anlaß gab, nach München Bebenken darüber zu äußern, und daß dadurch Ihr König sich abhalten ließ, eine Sache auszusühren, welche bei der nahen Verwandtschaft mit dem König von Preußen so unbedenklich wäre.

Bur Unterftützung Ihrer Bemühungen erlaube ich mir baher, über bie Reiseplane ber preußischen Majeftäten Ihnen noch folgendes mitzuteilen:

Am 27. September trifft der König auf Schloß Mainau ein und bleibt dort bis zum 2. Oktober, an welchem Tage die Reise nach Hohen-zollern angetreten wird. Am 1. Oktober wird der König den König von Württemberg bei uns empfangen, und es ist wahrscheinlich, daß am folgenden Tage die preußischen Majestäten diesen Besuch auf der Reise nach Hohen-zollern in Friedrichshafen erwidern werden.

Hienach wäre immer noch die Möglichkeit vorhanden, daß Ihr König entweder auf Mainau oder in Hohenzollern, etwa in Sigmaringen, dem König von Preußen einen gesonderten Besuch abstatten könnte. Der Aufenthalt in diesem Fürstentum wird doch wohl mindestens drei Tage in Anspruch nehmen, und mein Onkel, der Fürst von Hohenzollern, wird sich gewiß sehr freuen, Ihren König bei sich bewirten zu dürsen. Auch hiersür übernehme ich die eventuelle Vermittlung.

Möchten Sie in diesen Mitteilungen nur die Absicht erkennen, Ihnen möglichst nützlich zu sein bei Ausführung Ihres schwierigen Amts.

Fürst Hohenlohe an den Großherzog von Baden.

München, 30. September 1867.

Eurer Königlichen Hoheit gnäbigstes Schreiben vom 23. d. M. habe ich bisher nicht beantworten können, da die Entscheidung bes Königs

meines allergnädigsten Herrn, nicht erfolgt war und ich immer noch die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, daß die Reise nach der Mainau noch stattfinden werde. Nun ist indessen der negative Entschluß gefaßt, und ich erlaube mir, Eure Königliche Hoheit zu bitten, mich auf den Ausdruck meines Bedauerns beschränken zu dürfen und mich von der weiteren Ausstührung der Gründe des Entschlusses zu dispensieren.

Die Bemühungen des Fürsten hatten schließlich den Erfolg, daß König Ludwig sich entschloß, den König von Preußen auf dessen Rückreise, die ihn von Sigmaringen nach Mürnberg führte, auf bayrischem Gebiete zu begrüßen. Die Begegnung sand am 6. Oktober 1867 Nachmittags von 4 bis 6 Uhr auf dem Bahnhose zu Augsburg statt.

Am 28. September traten bie Kammern zusammen. Ihre erste Aufgabe war die Beratung bes neuen Zollvereinvertrags.

Rebe bes Fürsten in ber Kammer ber Abgeordneten am 8. Oktober 1867.

Meine Herren! Die Vorlagen, welche Sie soeben entgegengenommen haben, gehören wohl zu ben wichtigsten, welche im Laufe bieser Landtagsperiode Ihrer Beratung unterstellt worden.

Die große politische Bebeutung berselben mag es gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn ich davon Anlaß nehme, einige Worte über die äußere Politik der Staatsregierung und insbesondere über unsre Stellung zur deutschen Frage zu sprechen.

Sie sind mir, als ich das letztemal Gelegenheit hatte, diese Frage zum Gegenstand meines Bortrages in diesem hohen Hause zu machen, mit einem so hohen Grad ehrenden Vertrauens entgegengekommen, daß ich fürchten müßte, dieses Vertrauens verlustig zu gehen, wollte ich Ihnen nicht jetzt, nach Ablauf fast eines Jahres, rückaltlos über die Tätigkeit der Staatsregierung in einer Angelegenheit Rechenschaft ablegen, die ebenso tief das Nationalgefühl des deutschen Volkes berührt, wie sie in dessen wichtigste materielle Interessen eingreift.

Ich werbe versuchen, Ihnen und damit dem Lande gegenüber den Beweis zu liefern, daß die Staatsregierung die Ziele, welche ich damals als diejenigen der bayrischen Politik bezeichnet habe, nicht aus dem Auge verloren, daß sie sich unablässig bemüht hat, sie zu erreichen; wie sie denn auch die Hoffnung des Gelingens und damit die Hoffnung in die Zukunft Deutschlands und Bayerns nicht aufgegeben hat.

Ich weiß, daß man von einer Seite diese Bemühungen für ungenügend erklärt, daß man das Ziel als gegeben, als leicht zu erreichen betrachtet,

und daß man die einfachste Lösung der deutschen Frage in dem Gintritt Süddeutschlands in den Norddeutschen Bund erblickt.

Meine Herren! Wenn es die Staatsregierung schon damals, als nur der Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung bekannt war, mit ihrer Pslicht nicht vereindar hielt, den bedingungslosen Eintritt in den Norddeutschen Bund, das heißt den Eintritt ohne vorherige Abänderung der Bundesversassung anzustreben, so muß sie um so mehr jetzt, wo diese Versassung abgeschlossen ist und eine Umgestaltung derselben nicht in Aussicht steht, auf ihrem Standpunkt beharren.

Gründe der äußeren und inneren Politik haben Preußen veranlaßt, die norddeutschen Staaten mit einer Verkaffungsform zu umschließen, der man das Verdienst nicht absprechen kann, die staatliche Einheit des Nordens von Deutschland anzubahnen, die sich aber eben deshalb in ihrer Entwicklung von dem Charakter einer Bundesverfassung im eigentlichen Sinne des Wortes mehr und mehr entfernen dürfte.

Wohl habe ich es anerkannt, daß kein Bundesverhältnis dem nationalen Bedürfniffe genügt, wenn nicht von den einzelnen Kontrahenten die entsprechenden Opfer zum Gedeihen des Ganzen gebracht werden; allein das Maß der Opfer, welches der Eintritt in den Norddeutschen Bund den süddeutschen Staaten auflegen würde, entspricht nicht dem Grade der Selbständigkeit, welchen diese Staaten sich zu erhalten berechtigt und, wie ich annehmen darf, ihrer überwiegenden Mehrheit nach auch entsschlossen sind.

Die freie konstitutionelle Entwicklung Sübbeutschlands, wie sie sich seit fünfzig Jahren gestaltet hat, gibt dem sübbeutschen Bolk zu diesem Entschluß das Recht und die Kraft.

Es kann hierbei füglich unerörtert bleiben, inwieweit die Nikolsburger Präliminarien und der Prager Frieden einen berechtigten Grund abgeben würden, der Ausdehnung der nordbeutschen Bundesverfassung auf das gesamte Deutschland entgegenzutreten. Jene Berträge sind indessen unter Berücksichtigung realer Machtverhältnisse abgeschlossen, deren Bedeutung berjenige nicht verkennen darf, der dazu berusen ist, mit gegebenen Tatsachen zu rechnen, und der verpflichtet ist, alles zu vermeiden, was die Entwicklung der Geschicke unsers Vaterlandes in unberechendar gewaltsame Bahnen leiten könnte.

Die preußische Regierung hat zubem selbst erklärt, sie verlange die Berbindung mit dem Süden keineswegs auf derselben Grundlage wie jene, auf welcher der Bund mit den norddeutschen Staaten beruht; es bedürfe nur eines unzweideutigen Ausdrucks der nationalen Gemeinschaft, welcher gleichzeitig die Gewißheit gebe, daß die süddeutschen Staaten nicht einer feindseligen Tendenz gegen Norddeutschland verfallen, und daß die

Pflege der gemeinsamen materiellen Interessen des deutschen Bolkes durch gemeinsame organische Einrichtungen sichergestellt werde.

Wenn bemnach Gründe der äußeren Politik sowohl als Rücksichten auf die Erhaltung der Selbständigkeit des Landes die Berbindung Bayerns mit dem deutschen Norden auf der Grundlage der norddeutschen Bundesverfassung nicht möglich erscheinen ließen, so mußte die Staatsregierung einen andern Weg suchen, um diese Berbindung zu bewirken. Denn die Staatsregierung konnte und wollte sich der Aufgabe nicht entziehen, welche von mir am 23. Januar mit den Worten bezeichnet wurde:

"Durch vertragsmäßige Bereinbarung einen Zusammenschluß Deutschlands zu ermöglichen auf Grundlagen, die mit der Instegrität des Staates und der Krone vereindar find."

Es ließen sich hier brei verschiebene Wege benten.

Einmal: bie Bilbung zweier Bunbesstaaten, eines subbeutschen gegenüber bem norbbeutschen, mit gemeinsamen Organen für einzelne bestimmte Rwede.

zweitens: ein internationaler Bund aller einzelnen beutschen Staaten, analog ber früheren beutschen Bundesverfassung,

und brittens: ein internationaler Bund ber fübbeutschen Staaten mit bem Norbbeutschen Bunbe.

Gegen ben Versuch einer organischen Verbindung eines für sich bestehenden süddeutschen Bundesstaates mit dem nördlichen Deutschland sprach die Abneigung derjenigen Staaten, mit welchen Bayern diesen süddeutschen Bundesstaat gründen müßte. Es sprach dagegen die Schwerfälligkeit eines Organismus, in welchem der Reim des Unfriedens gelegen hätte, und endlich die Gesahr der Weiterausbildung des Gegensates zwischen dem Norden und dem Süden von Deutschland.

Die internationale Berbindung sämtlicher beutscher Staaten auf Grund eines völkerrechtlichen Bertrags war durch die Auflösung des früheren Deutschen Bundes und durch den eben erst ins Leben getretenen norddeutschen Bundesstaat unmöglich geworden. Es konnte Preußen nicht zugemutet werden, die nordbeutsche Bundesverfassung, die Frucht seiner Siege, wieder aufzugeben.

Es blieb also ber Staatsregierung kein andrer Weg, als auf die Wiedervereinigung Deutschlands hinzuarbeiten unter Anerkennung der bestehenden Tatsachen.

Diese Tatsachen lagen vor: in dem Austritt Desterreichs aus dem Bunde, in dem festgeschloffenen nordbeutschen Bundesstaate und in den auf sich selbst angewiesenen süddeutschen Staaten.

Der Weg einer internationalen Verbindung der letzteren mit dem Norddeutschen Bunde war also vorgezeichnet. Die Vorbedingung zur Erreichung eines günstigen Resultats in dieser Richtung erblickte die Staatsregierung in einer Uebereinstimmung der süddeutschen Staaten untereinander über die Schritte, die zu geschehen hätten, sowie über die Zugeständnisse, die zu machen wären, um eine praktisch wertvolle Verbindung mit dem Norden herzustellen. In diesem Gedanken begann die Staatsregierung alsbald, nachdem ich die Leitung der Geschäfte übernommen hatte, diplomatische Verhandlungen, welche sich zuwörderst auf eine gemeinsame Aktion hinsichtlich derzenigen Maßregeln bezogen, die ein loyaler Vollzug der mit Preußen abgeschlossenen Schutzund Truthbündnisse notwendig machte.

Es ift Ihnen bekannt, daß deshalb zu Stuttgart ein Zusammentritt der süddeutschen Minister stattsand, daß hier in bezug auf die militärische Organisation eine Reihe wichtiger Einverständnisse erzielt wurde, und ich hoffe, daß die Militärkonferenzen, welche damals für den Monat Oktober verabredet wurden, und welche demgemäß in Bälde dahier zusammentreten werden, die gleichmäßige Organisation der süddeutschen Wehrkräfte weiter entwickeln werden.

Sobald dieses Resultat erreicht war, begannen auch Verhandlungen auf dem politischen Gebiete. Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß diese Verhandlungen mit großen Schwierigkeiten verknüpft waren — Schwierigkeiten, welche durch die bedenkliche Gestaltung der Luxemburger Frage nicht wenig erhöht wurden.

Es würde hier zu weit führen, den Gang und die Phasen der Unterhandlungen im einzelnen darzulegen; ich beschränke mich darauf, als das Resultat im allgemeinen zu bezeichnen, daß dieselben zu einer vorläufigen Berständigung über die Grundlagen geführt haben, auf welchen mit dem Norddeutschen Bunde unterhandelt werden sollte.

Hierbei wurde der Gedanke einer Allianz dieses Staatenbundes mit Oesterreich als einer notwendigen Erganzung der nationalen Bestrebungen seftgehalten.

Meine Herren! Ich bin weit bavon entfernt, die Ereignisse der jüngsten Bergangenheit zu ignorieren oder der vergeblichen Arbeit mich anschließen zu wollen, das Geschehene ungeschehen zu machen. Ich din auch jett wie früher der Ansicht, daß ein Versassungsbündnis der süddeutschen Staaten unter der Führung Oesterreichs nicht möglich ist. Dabei will ich nicht anstehen, zu erklären, daß uns weder von Oesterreich noch von Frankreich in dieser Richtung irgendwelche Andeutungen oder Vorschläge gemacht worden sind. Ie weniger wir aber jett die Gesahr einer unheils baren Trennung Deutschlands in ein Süds und Nordbeutschland zu besorgen haben, um so dringender tritt an uns die Ansorderung heran, Oesterreich, als dem natürlichen Verdündeten Preußens sowohl wie des

füblichen Deutschlands, einen Weg nicht zu verschließen, der allein geeignet ift, den Frieden Europas auf sicherster Grundlage zu verbürgen.

Diese Erwägung konnte nicht ohne Einfluß auf die Grundzüge bleiben, welche die Staatsregierung für eine deutsche Gesamtverfassung fefthalten zu muffen glaubte.

Im allgemeinen können diese Grundlagen dahin definiert werden, daß die in Artikel 3 und 4 des ursprünglichen Entwurfs der norddeutschen Bundesversassung enthaltenen Gegenstände — sonach ein nicht unbedeutendes Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung — für gemeinsam erklärt und als Bundesangelegenheiten behandelt werden sollten, und daß im übrigen die Verbindung den Charakter eines Staatenbundes unter preußischem Präsidium zu tragen habe.

Während diese Verhandlungen im Gang waren, erhielt die Staatsregierung die Einladung zur Teilnahme an den Berliner Zollkonferenzen. Die Staatsregierung konnte sich derselben um so weniger entziehen, als sie hierzu durch die Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages sowohl wie durch die Fürsorge für die materiellen Interessen des Landes verpslichtet war.

Der Bertrag, welcher aus diesen Konferenzen hervorging, liegt Ihrer Beurteilung vor.

Sie werden unschwer erkennen, daß die Bedingungen, an welche Preußen die Aufrechterhaltung des Bollvereins knüpfte, nicht ohne Einfluß auf den weiteren Fortgang des begonnenen Werkes bleiben konnten. Die Staatsregierung mußte notwendigerweise das Insledentreten der neuen Organisation des Bollvereins mit seinen Folgen abwarten, um danach zu ermessen, in welcher Form neben derselben der beabsichtigte Staatendund zur Durchführung gebracht werden könne.

Die Staatsregierung sieht bemnach ihre Aufgabe nicht als gelöst an. Sie wird die Politik, die sie als die allein richtige erkennt, nach wie vor sesthalten. Sie wird es versuchen, in Uebereinstimmung mit ihren sübbeutschen Bundesgenossen und unter Berücksichtigung bestehender Verträge, auf den gewonnenen Grundlagen die nationale Verbindung mit dem beutschen Norden herzustellen.

Die Staatsregierung ist sich aber ber Verantwortlichkeit bewußt, die ihr die Psilicht der staatlichen Selbsterhaltung Bayerns und die gefahrvolle Lage Europas auflegt.

Daraus ergibt sich von selbst die Richtung, welche die Staatsregierung einhalten wird.

Ich will es versuchen, diese Richtung möglichst flar und einsach auszudrücken.

Wir wollen nicht den Eintritt Bagerns in den Nordbeutschen Bund,

wir wollen kein Verfassungsbündnis der süddeutschen Staaten unter der Führung Oesterreichs; wir wollen keinen südwestdeutschen Bundesstaat, der für sich abgeschlossen wäre oder sich gar an eine nichtdeutsche Macht anlehnte; wir wollen ebensowenig eine Großmachtspolitik und glauben nicht, daß Bayern in einer Vermittlerrolle das Endziel seiner Politik zu suchen hat.

Das ift es, was wir nicht wollen.

Was wir aber wollen, und was wir auch ferner anstreben werben, ist die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbeutschen Bunde, und damit die Einigung des zurzeit getrennten Deutschslands in der Form eines Staatenbundes.

Es ist dies dasselbe, was die Nikolsburger Präliminarien und der Prager Frieden anerkennen.

Meine Herren! Ich sage nicht Verbindung Bayerns mit dem Nordbeutschen Bunde, ich sage Verbindung der süddeutschen Staaten. Und
ich wünschte, daß darüber vollständige Klarheit herrsche. Wie sich die Verhältnisse jeht gestaltet haben, wäre es nach meiner Ueberzeugung weder politisch korrekt noch zwedmäßig noch auch — man gebe sich keinen Ilusionen hin — in friedlicher Weise durchsührbar, daß einzelne Staaten südlich des Mains mit Nordbeutschland in nähere Verbindung träten.

Das nationale Band, das zwischen uns und dem Nordbeutschen Bunde geschaffen werden soll, muß den ganzen Süden umfassen. Nur in dieser Form ist es zulässig und zurzeit erreichbar.

Hiermit habe ich Ihnen, meine Herren, bargelegt, nach welchen Grundfätzen ich die auswärtige Politik Bayerns bisher geführt habe, und das Biel bezeichnet, welches die Staatsregierung zu erreichen bestrebt ist.

Sie werben bei Beratung ber Ihnen heute gemachten Borlagen Gelegenheit haben, sich auszusprechen, ob ber Weg, den die Staatsregierung eingeschlagen hat, ben Ansichten des Landes entspricht.

Welches Urteil Sie aber auch über meine politische Tätigkeit fällen mögen, barin werben Sie mit mir übereinstimmen, daß das Band nicht zerriffen werden darf, welches die materiellen Interessen Deutschlands sichert und ohne welches eine nationale Verbindung ir gendeiner Art unbedingt nicht gedacht werden kann.

Die Rebe des Fürsten wurde in Berlin gut aufgenommen. Die amtliche Provinzial-Korrespondenz erkannte in der Erklärung des Fürsten ein ernstes nationales Streben und hoffte, die Politik des bayrischen Ministerpräsidenten werde für die weitere Entwicklung der deutschen Sache von wichtigen Erfolgen sein. Preußen lege weniger Wert auf Namen, unter welchen die nationalen Beziehungen gepstegt werden, als auf die

tatfächliche einigende Gemeinschaft für die praktischen Aufgaben und Intereffen ber Nation. Die offiziofe "Nordbeutsche Allgemeine Zeitung" rühmte bie antidualistische Tendenz in der Rede des Fürften, bemerkte bezüglich ber Ablehnung bes Eintritts in ben Nordbeutschen Bund, daß Preußen teine Anftrengungen machen murbe, biefen Entschluß zu andern. bie Meuferungen betreffend bie Bildung eines Staatenbunds amifchen Nordbeutschland und ben subbeutschen Staaten sowie über die Allianz mit Defterreich seien weitere Aufflarungen abzuwarten. Gegenüber ber Er-Marung, bag biefer Staatenbund ben gangen Guben umfaffen muffe und bak tein einzelner fühdeutscher Staat eine nabere Berbindung mit bem Nordbeutschen Bunde eingeben burfe, murbe betont, daß in dieser Beziehung jeber einzelne fübbeutsche Staat seine freie Entschließung haben muffe. In ber Rammer ber Abgeordneten begegnete bie Regierungsvorlage teinen wefentlichen Schwierigkeiten. Der Gefegentwurf betreffend die Babl ber Abgeordneten jum Bollparlament schrieb bie Bahlberechtigung jedem ju, "ber bem Staate eine birette Steuer entrichtet". Gegen biefe Beschrantung bes allgemeinen Stimmrechts wendete sich ein Antrag der Abgeordneten Rolb und von Stauffenberg, daß "jeder felbständige Angehörige des baprischen Staats" Babler sein solle. Der Antrag wurde von ber Rammer abgelehnt. Am 22. Oktober wurde die Borlage in der Kammer der Abgeordneten mit 117 gegen 17 Stimmen angenommen.

Anders entwickelten sich die Dinge in der Kammer der Reichsräte. Der Ausschuß dieser Rammer hatte die Regierungsvorlage mit neun gegen eine Stimme verworfen. Am 26. Ottober fand die Berhandlung im Blenum ftatt. beren ungunftiger Verlauf außer Zweifel ftanb. Diese Aussicht bewog ben Fürften, einem Amendement bes Fürften Comenftein-Bertheim-Rosenberg. welches wenigstens die Gefahr einer sofortigen endgültigen Ablehnung au beseitigen versprach, freundlich zu begegnen. Das Amendement lautete: "In Erwägung, daß die Rammer der Reichsräte ftets bereit fein wird, bem Fortbeftehen bes Bollvereins und bem großen Rugen, ben berfelbe bem Lande gewährt, Opfer zu bringen, fobalb biefelben fich nur auf bem Boben ber materiellen Intereffen bewegen, nicht aber, wenn fie bie Gelbftanbigteit Bayerns in Gefahr ftellen, beschließt bie Rammer, ben porliegenben Bertragen ihre Buftimmung nur unter ber ausbrucklichen Bebingung zu erteilen, daß das dem Staate Bayern in dem bisherigen Rollvereinspertrage auftebende Recht ber Buftimmung ober Verwerfung in allen bas Rollmefen und die innere Besteuerung betreffenden Fragen auch in ben neuen Berträgen Ausdruck finbe."

Fürst Hohenlohe erklärte, daß er als Reichsrat keinen Anstand nehme, für dieses Amendement zu stimmen, daß er als Vertreter der Regierung sich nicht in der Lage sehe, sich über den Erfolg dieses Amendements aus-

Jusprechen, daß aber die Regierung sich für verpslichtet halte, wenn der Antrag zum Beschlusse erhoben werde, ihm eingehende Würdigung zuteil werden zu lassen. Darauf wurde der Antrag Löwenstein mit 47 gegen 3 Stimmen angenommen. An demselben Abend noch reiste der Fürst mit dem Berichterstatter der Kammer der Reichsräte, dem Freiherrn von Thüngen, nach Berlin, um das bayrische liborum veto noch einmal in loyaler Weise zu vertreten.

Ueber die Berliner Reise findet sich die folgende Aufzeichnung des Fürsten.

Rotizen über die Reife nach Berlin am 27. Oftober 1867.

Abreise von München infolge des Kammerbeschlusses der Reichsräte, um zu versuchen, ob weitere Konzessionen bezüglich des Betos von Preußen zu erreichen und um Herrn von Thüngen Gelegenheit zu geben, sich selbst von der Lage der Dinge in Berlin zu überzeugen. Am 27. kamen wir, Thüngen, Weber und ich, in Berlin an. Perglas 1) auf dem Bahnhof, der mir mitteilte, daß Bismarck uns um 2 Uhr empfangen werde.

Um 2 Uhr zu Bismarck. Ich stellte Thüngen vor, indem ich ben Bweck unsrer Reise barlegte.

Thüngen ergriff sodann das Wort, rechtfertigte in einer Ansprache die Auffassung der Kammer der Reichsräte und sprach den Wunsch aus, daß durch ein Entgegenkommen Preußens die Zustimmung der Reichsräte ermöglicht werden möge, darauf hindeutend, daß das Bündnis zwischen Bayern um so sester werden würde, wenn es nicht durch Zwang herbeigeführt werde.

Bismard entwickelte in längerer Auseinandersetzung den Standpunkt der preußischen Regierung, beteuerte seine deutsche Gesinnung, verwies auf die Verhandlungen des Friedensvertrages, in welchem er die Interessen Bayerns den in dem entgegengesetzen Sinne geltend gemachten Strömungen entgegengestellt habe, versicherte aber, daß die Rücksicht auf ihre Bundesgenossen die preußische Regierung abhalte, weitere Konzessionen an Bayern zu machen.

Thüngen schlug nun vor, wenn auch nicht den Regierungen, doch der Majorität der nichtpreußischen Abgeordneten im Parlament ein Ginspruchsrecht zuzugestehen.

Wogegen Bismarc einwendete, daß dadurch die nordbeutsche Berfaffung gefährdet würde. Er versicherte dann, daß es der preußischen Regierung fern liege, auf die süddeutschen Staaten irgendeinen Druck ausüben zu wollen.

¹⁾ Der neuernannte baprifche Gefandte in Berlin.

Dem Wunsch Thüngens auf Berlängerung der Ratifikationsfrist bis nach neuen Wahlen in Bayern, glaubte Bismarck auch nicht entsprechen zu können, versicherte aber, daß er auch dann, wenn wir verhindert wären, die Ratifikationsfrist einzuhalten, dieselben Bedingungen gewähren wolle, die er im Juni geboten habe. Er sprach offen und nicht nach der Art der Pferdehändler.

Wir entfernten uns nun, nachdem uns Bismarck auf 5 Uhr zum Diner gelaben hatte.

Hier fanden wir Delbrück und Reubel nebst einigen Mitgliedern ber Familie. Delbrück bestätigte bas, was Bismarck gesagt hatte, bedauerte, wenn ich aus dem Ministerium ausscheiden müsse, versicherte aber, daß man keine Konzessionen machen könne.

Herr von Reudel war vollkommen unterrichtet über die Stimmung in Bayern.

Ich fragte noch Bismarck, ob er bezüglich der Festung Ulm irgendeinen Druck auf die württembergische Regierung ausgeübt habe, was er entschieden verneinte. Es sei Preußen im Gegenteil sehr angenehm, wenn Bayern mehr Einsluß in Ulm erlange. Sollte Württemberg von Preußen einen Beitrag zur Unterhaltung von Ulm verlangen, so würden sie diesen gewähren und gar keine Rechte in Ulm beanspruchen während des Friedens; doch müßten sie dann nur verlangen, daß man als Gegenleistung Ludwigs-hasen befestige, was der strategisch wichtigste Punkt sei. Rastatt habe wenig Bedeutung und sei nur für Baden wichtig. Ludwigshasen und Germersheim seien die eigentlichen wichtigen Festungen für eine Aktion gegen Frankreich.

Bon Desterreich hätten wir nichts zu befürchten. Desterreich habe gar kein Bündnis mit Frankreich, da sonst sofort ein Bündnis mit Rußland in Aussicht stehe, und auch England nicht zusehen könne, wenn Frankreich die Ostseehäfen blockiere.

Das Berhältnis zu Desterreich werbe sich nach und nach bessern. Eine Berbindung Desterreichs, der süddeutschen Staaten und Preußens bezeichnete er als "couronnoment do l'œuvre".

Am anbern Morgen, bem 28., Aubienz beim König. Er forberte uns auf, zu reben. Baron Thüngen setzte seine Ansichten und die der Kammer der Reichsräte auseinander. Der König antwortete sehr eingehend, aber sehr bestimmt, daß er sich auf keine Modisikation des Vertrags einlassen könne, der eine Abänderung der Bundesversassung voraussetze. Glaubten wir nicht beitreten zu können, so sollten wir austreten. Doch glaube er nicht, daß die Majorität des Landes auf seiten der Reichsräte sei.

Dann sprach er länger über die preußische Politit im allgemeinen. Preußen sei zu den Annexionen gegen seinen Willen gedrängt worden.

Fünfzig Jahre hätte man ruhig im Lande gelebt, und es sei weber seinem Bater noch seinem Bruder noch ihm selbst je eingefallen, sich an dem Besitz seiner Nachbarn zu vergreifen, dis die Ereignisse des Jahres 1866 ihn dazu genötigt. Er habe Bayern gegenüber Mäßigung bewiesen.

Am Abend bes 28. verließen die baprischen Vertreter Berlin und kamen am 29. Oktober Abends nach Munchen gurud. Der Freiherr von Thüngen war burch diese Reise überzeugt worden, daß das gewünschte Beto für Bayern nicht zu erreichen fei. Am 30. Morgens machte ber Fürst bem Ausschuß der Rammer der Abgeordneten Mitteilung über das Ergebnis ber Reise. Dieser Ausschuß beschloß barauf, ber von ben Reichsraten beschloffenen Mobifitation bes Bertrags nicht beizutreten. Antrag wurde an demfelben Nachmittag in einer Plenarsitzung der Rammer ber Abgeordneten ohne Distuffion angenommen. Desgleichen ein Antrag bes Ausschuffes: Die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, Die Staatsregierung werbe dabin wirken, daß die Brafibialmacht Preußen das ihr nach § 12 bes Bertrags eingeräumte Einspruchsrecht nicht in einer ben wirtschaftlichen Interessen Bayerns nachteiligen Weise üben werbe. Fürst Sobenlobe hatte zu biefem Antrage erklart, die Staatsregierung habe gegen die Fassung des von dem Ausschuffe vorgeschlagenen Wunsches um so weniger etwas einzuwenden, als preußischerseits erklart worden sei, von bem Rechte jum Widerspruch gegen eine von Preugens Berbunbeten gewünschte Abanberung ber gemeinschaftlichen Gesetgebung ober Berwaltungsvorschriften jedenfalls nur bann Gebrauch machen zu wollen, wenn burch folche Abanderung nach Breußens wohlerwogener Ueberzeugung das Gebeiben ober bie Einnahmen bes Bollvereins gefährbet murben. Am Abend bes 30. Ottober, verhandelten die kombinierten Ausschuffe beider Rammern. Am 31. Oktober, bem letzten Tag vor Ablauf der vertragsmäßigen Ratifitationsfrist, um 11 Uhr fand die Plenarversammlung der Rammer ber Reichsräte ftatt. Borber hatte ber Ausschuß bieser Kammer mit 8 gegen 1 Stimme die Zuftimmung zu ben Berträgen beschloffen. öffentlichen Sitzung fprach fich ber Freiherr von Thungen in bemfelben Sinne aus. Die Annahme erfolgte mit 35 gegen 13 Stimmen. bemfelben Abend murbe bie Ratifitation bes Bertrags nach Berlin mitaeteilt.

Unterredung mit Baron Beuft, 6. November 1867. 1)

Baron Beuft begann mit der Eröffnung bessen, was er in Paris und London erfahren, bemerkte, daß der Raiser Napoleon die Joee eines Kon-

¹⁾ Es war die erste Begegnung des Fürsten mit Beuft. Siehe Graf Beuft, Aus drei Bierteljahrhunderten, Bd. II S. 138.

gresses zur Regelung der römischen Frage noch immer verfolge, auch sei es nötig, den Raiser darin zu unterstützen. Es werde nicht von einem Rongreß der katholischen Mächte, sondern von einem Rongresse aller Mächte gesprochen, welche katholische Untertanen haben. Er meinte, wir hätten schon eine Einladung erhalten, was ich verneinte. Es werde sich allerdings von den Geldmitteln handeln, die zur Unterhaltung des Papstes nötig seien, etwa einem obligatorischen Peterspsennig. Doch ließ er das wieder fallen und kam darauf auf die deutsche Frage.

Er ergählte, daß er mit Golg in Paris eine langere Unterhaltung gehabt und biesen barauf aufmerksam gemacht habe, bag die beutsche Frage in einer Beife geregelt werben muffe, die ben Frangofen ben Borwand jum Kriege nehme. Die Borftellung herrsche nun einmal, daß Breufien gang Deutschland fich einverleiben wolle, und biefe Borftellung muffe man ben Frangofen benehmen burch Bilbung eines fubbeutschen Bunbes, einer Ronföberation ober Union. Die Form sei gleichgültig. Golk habe sich damit einverstanden erklärt und biesen Zustand, bieses Projekt ein "proviforisches Definitivum" genannt. Beuft gab zu, baß ein folches Arrangement nur mit ber Buftimmung Preugens zu erreichen fei, benn Baben merbe nur auf Befehl Preußens zustimmen. Barnbuler 1) habe fich bamit einverstanden ertlärt, jedoch gegen ein fübbeutsches Barlament protestiert. Beuft schien barauf wenig Wert zu legen. Er meinte, die internationale Berbindung bes Subens mit dem Norden bestehe schon durch die Schutzund Trutbundniffe und ben Bollvereinsvertrag, es handle fich jett nur um bie im Prager Frieden vorgesehene Einigung der süddeutschen Staaten unter sich. Er riet wiederholt bagu, bie Sache zu überlegen, mas ich verfprach. Auf meine Frage, wie er sich bas Berhaltnis Desterreichs bazu bente, sagte er, Desterreich wolle baraus fernbleiben, ba es glaube, baburch bie Sache zu forbern. Er behauptet, ber Friede fei nur bann zu erhalten, wenn eine folche fübbeutsche Bereinigung gebilbet werbe. Wenn wir besbalb Schritte in Berlin tun wollten, fo werbe er uns unterftugen. ift ungefahr die Ibee eines Rheinbunds unter preußischem Protektorat. die hier wieder auftaucht. Bezeichnend war auch die Aeußerung, in Rom sei jett die revolutionare Partei besiegt, 2) die Regierungen in Europa hätten wieder mehr Macht, man musse also jest die Gelegenheit benuten und auch in Deutschland das revolutionare Element bekampfen.

Der Gebanke Beufts und bes Kaifers Napoleon murbe mohl in einer

¹⁾ Beust hatte eine Besprechung mit Barnbüler am 6. November im Gisenbahnzuge zwischen Bietigheim und Stuttgart. Nach einem Berichte bes babischen Gesanbten in Stuttgart hatte Beust gesagt, jedes Zeichen selbständigen Lebenstriebs ber sübbeutschen Staaten würde im Sinne bes Friedens wirken.

²⁾ Durch die Niederlage Garibaldis bei Mentana am 8. November.

Union der subdeutschen Staaten in militärischer und diplomatischer Bestiehung seine Realisierung finden.

Auf meine Frage, ob benn das bloße Abwarten biesen Zweck nicht ebenso erreiche, meinte er sehr eifrig, damit werde der Krieg nicht verswieden.

Es scheint, daß die entschiedene Absicht besteht, uns, wenn wir nicht gutwillig auf den Gedanken eingehen, bei der ersten Gelegenheit dazu zu zwingen.

Jebenfalls burften vor allem in Berlin und Stuttgart Erkundigungen einzuziehen sein, was Bismarck davon halt und was Barnbuler zugesagt hat.

Bayern kann sich am Ende eine solche Union gefallen lassen, wenn bamit kein wirklicher Bundesstaat gebildet werden soll. Ob Württemberg und Baden ihre Gesandten ausgeben wollen und süddeutschen Bundeszgesandten die Bertretung ihrer Interessen zu übertragen geneigt sein werden, steht dahin. Auch die militärische Einigung hat noch keine großen Fortschritte gemacht und berechtigt zu geringen Hoffnungen.

Bericht an ben Rönig über bie Lage ber fübbeutschen Staaten.

München, 28. November 1867.

Eure Königliche Majestät haben bem treugehorsamst Unterzeichneten burch Allerhöchst Ihren Sekretär ben Auftrag erteilen lassen, über die bermalige Lage der sübdeutschen Staaten und den Stand des Erfolges des von dem treugehorsamst Unterzeichneten angestrebten Zieles eines Bündnisses unter denselben Bericht zu erstatten.

Der treugehorsamst Unterzeichnete erlaubt sich baher, nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Wie Eurer Königlichen Majestät aus den früher erstatteten Berichten bekannt ist, hatten die mit den süddeutschen Staaten im März dieses Jahres begonnenen Unterhandlungen den Zweck, eine gemeinsame Basis für die mit dem Norddeutschen Bunde anzuknüpsenden Verhandlungen zu schaffen.

Das Resultat war die zwischen Bayern und Württemberg abgeschlossene Ministerialerklärung vom 16./31. Mai I. J., inhaltlich welcher gewisse Gegenstände allgemeinerer Natur künftig als gemeinsame deutsche Angelegenheiten der Behandlung in einem weiteren zwischen Norddeutschland und den süddeutschen Staaten abzuschließenden Bunde unterstellt werden sollten.

Nachdem jedoch in der Zwischenzeit die Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins stattgefunden hatten, glaubte der treugehorsamst Unterzeichnete vorerst weitere Schritte unterlassen und erst das Insleben-

treten des neuen Bollvereins mit seinen Folgen abwarten zu sollen, ehe weitere Unterhandlungen über eine Berbindung mit dem Nordbeutschen Bunde begonnen werden könnten.

Der treugehorsamst Unterzeichnete unterließ es daher auch, die projektierte Ministerialerklärung zwischen Bayern und Baden zum Abschlusse zu bringen und hat mit Genehmigung Eurer Königlichen Majestät am 5. August I. J. eine Depesche an den Königlichen Gesandten in Karlsruhe abgesendet, in welcher der Bunsch der Königlichen Regierung ausgesprochen wurde, die Unterhandlungen vorläusig beruhen zu lassen.

Aus einer dem treugehorsamst Unterzeichneten vor kurzer Zeit durch den Königlich württembergischen Gesandten vorgelesenen Depesche des Ministers von Varnbüler ergibt sich', daß auch die Königlich württem= bergische Regierung weitere Schritte zurzeit unterlassen will, welche eine Verbindung mit dem Norden Deutschlands zum Zwecke hätten. 1)

So ist nun diese Unterhandlung vorläusig als beruhend anzusehen. Allein der treugehorsamst Unterzeichnete kann sich nicht verhehlen, daß mit diesem rein negativen Verhalten den Interessen Bayerns nicht gedient wäre; die Zustände, wie sie zurzeit liegen, sind so unsertig, die Strömung der öffentlichen Meinung ist so gewaltig, daß, wenn die Regierung die Initiative aus der Hand gibt, andre Elemente über sie hinweg Ereignisse hervorzusen können, welche die Selbständigkeit Bayerns bedrohen würden. Der Zustand der Zerrissenheit Deutschlands, wie er gegenwärtig besteht, scheint der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung so unerträglich, daß sie sich immer von neuem bemühen wird, eine Aenderung zu veranlassen, und bietet man nicht eine annehmbare Form der Einigung, so gewinnt, daß ist vorauszusehen, nach und nach der Gedanke des unbedingten Eintritts in den Norddeutschen Bund immer mehr Anhänger. Dies ist insbesondere bei Baden und Hessen der Fall, deren Verhalten stets zweiselhaft bleibt und das ruhige Abwarten sast unmöglichseit macht.

Es ist aber in jüngster Zeit ein neues Element in diese schwierige politische Frage eingetreten. Dem treugehorsamst Unterzeichneten sind Andeutungen geworden, daß eine abwartende Stellung der suddeutschen Staaten auch den Regierungen von Desterreich und Frankreich Besorgnisse einslößt, und daß dort die Bestimmungen des Prager Friedens erst dann

¹⁾ Am 11. Dezember 1867 erklärte ber Freiherr von Barnbüler bei ber Beratung bes Budgets bes Auswärtigen in ber Zweiten Kammer, es sei entschiedene Ansicht ber Regierung, daß, nachdem sie die beiden Berträge mit Preußen abgeschlossen und damit ihre nationale Pflicht erfüllt habe, kein Grund sei, über diese Grenzlinie hinauszugehen. Schon am 7. November hatte der württembergische Geschäftsträger eine Note des Freiherrn von Varnbüler von gleichem Inhalt dem badischen Minister von Freydorf mitgeteilt.

als erfüllt betrachtet werden, wenn die in denfelben in Aussicht genommene Sinigung der sübdeutschen Staaten nicht ganz aussichtslos ist.

Wenn es dem treugehorsamst Unterzeichneten auch nicht ratsam scheint, die süddeutschen Staaten zu einem Bundesstaate nach Analogie des Nordbeutschen Bundes zusammenzuschließen, ein Unternehmen, welches überdies auf entschiedenen Widerspruch sowohl bei Württemberg als insbesondere bei Baden stoßen würde, so glaubt doch der treugehorsamst Unterzeichnete, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sein dürste, wo diese Staaten zu einer Verbindung die Hand bieten würden, welche wenigstens gemeinsame militärische Einrichtungen und eine gemeinsame Veratung über gleichmäßige politische Haltung zur Folge haben könnte.

Ob dann hieraus eine weitere politische Verbindung, ein subdeutscher Staatenverein zu gestalten sein wird, hängt zunächst von der Haltung der preußischen Regierung ab, ohne deren Zustimmung weder Baden noch auch Gessen und selbst kaum Württemberg auf einen solchen Gedanken eingehen werden.

Es wird bemnach nunmehr nötig, vorerst sich der wohlwollenden Aufnahme eines Vorgehens in dem obenbemerkten Sinne von seiten Preußens zu versichern, ferner über die in einem Gespräche des Barons Beust mit dem treugehorsamst Unterzeichneten nur im allgemeinen angedeuteten Gedanken der österreichischen und französischen Regierung nähere Nachricht einzuziehen, und endlich sich im allgemeinen der Mitwirkung Württembergs zu versichern.

Alle biese Schritte können aber nur höchst vertrauliche sein und mussen mit ber größten Borsicht und Diskretion behandelt werden; dieselben sollen nur zur Information dienen und in keiner Weise bindende Verpslichtungen für Bayern in das Auge fassen.

Insofern Eure Königliche Majestät hiermit einverstanden sind und die Ermächtigung zu dieser vorbereitenden Information zu erteilen geruhen, wird der treugehorsamst Unterzeichnete dieselbe in Angriff nehmen und deren Erfolg unter weiterer Antragstellung allerehrsuchtsvollst berichten.

Marginalreftript bes Königs auf vorstehenden Bericht:

Ich bin wegen ber Unabhängigkeit Meiner Krone und wegen ber Gelbständigkeit des Landes sehr besorgt. Deshalb habe Ich Sie zu einer Darstellung der politischen Lage veranlaßt. Es gibt Mir nun Ihr Bericht doch einige Beruhigung, da Ich hieraus wahrnehme, daß es Ihnen gelingen werde, die drohenden Gesahren durch Bildung eines süddeutschen Staatenvereins abzuwehren. Ich spreche Ihnen für Ihre Tätigkeit gerne Meinen Dank und Meine Anerkennung aus und bin auch mit den von Ihnen

vorgeschlagenen Schritten einverstanden. Da diese Angelegenheit Meine Aufmerksamkeit unausgesetzt in Anspruch nimmt, so sind Mir Ihre Berichte ganz genehm.

Hohenschwangau, 26. November 1867.

Ludwig.

Fürst Sohenlohe an ben Freiherrn von Barnbuler in Stuttgart.

München, 30. November 1867.

Eure Exzellenz haben die Anschauung geteilt, daß die Angelegenheit, welche in der Ministerialerklärung vom 16./31. Mai d. J. ihren Ausbruck gesunden, und welche zum Zwecke hatte, zwischen der Königlich württembergischen und der Königlich bayrischen Regierung ein Einverständnis zu erzielen, auf welche Weise die im Prager Frieden in Aussicht genommene nationale Verdindung des Südens mit dem Norden anzubahnen sei, vorläusig auf sich zu beruhen habe. Was mich betrifft, so din ich dabei nicht von der Ansicht ausgegangen, eine solche Vereinigung aufzugeben, denn ich halte es nach wie vor für eine dringende Notwendigkeit, dieselbe auf einer die Selbständigkeit der Südstaaten gewährleistenden Grundlag zu erstreben, um nicht Gefahr zu lausen, durch die wachsende Gewalt der nationalen Zentripetalkräste wider unsern Willen in die norddeutsche Vundesversassung hineingeführt zu werden. Ich habe aber geglaubt, vorerst mit der Zollvereinsangelegenheit ins reine kommen zu müssen, und darf wohl annehmen, daß auch hierin Eure Ezzellenz meine Ansicht teile.

Nunmehr tritt die Frage, was zu geschehen habe, unabweisbar heran, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich behaupte, daß die Agitation sich nicht lange mehr still verhalten wird, wenn die Regierungen der Südstaaten sich auf eine lediglich negative Tätigkeit beschränken wollten.

Ich habe überdies Anhaltspunkte dafür, daß eine bloß negative Politik auch nach andern Richtungen hin nicht entsprechend erachtet werden würde. Es ist Eurer Ezzellenz ohne Zweisel gleichfalls bekannt, daß in Kreisen, beren Gewicht nicht unterschätt werden darf, die Ansicht besteht, der Abschluß der Allianzverträge und des Zollvereinsvertrages entspreche nur dann den Bestimmungen des Prager Friedens, wenn auch der als Borausssehung der nationalen Verbindung des Südens mit dem Norden in Artikel IV (nach jener Ansicht) stipulierte Verein der südenutschen Staaten unter sich in das Leben trete. Man mag hiermit einverstanden sein oder nicht, ignorieren, meine ich, können wir im Süden diese Anschauung nicht, um so weniger, als ich Andeutungen erhalten habe, daß schon ein Versuch in dieser Richtung, der Beginn von Verhandlungen, in jenen Kreisen sehr angenehm berühren würde.

Nachdem nun Seine Majestät der König mich ermächtigt hat, die erforderlichen Schritte zu tun, liegt mir bei ber Achtung, welche ich ftets gegen das hohe staatsmannische Talent Eurer Erzellenz gehegt habe, und bei bem lebhaften Buniche, nur gemeinsam mit Burttemberg in ber beutschen Frage vorzugehen, vor allem baran, Gurer Erzellenz Ansicht in ber Sache zu kennen. Ich habe die in bas Auge zu fassende Frage einstweilen als einfache Brivatarbeit 1) etwas zu formulieren versucht und erlaube mir biese Stigge gang vertraulich Eurer Erzelleng anliegend gu übersenden. Es wurde mir von bochftem Werte fein, Ihre Ansicht im allgemeinen und über einzelne Detailbestimmungen zu hören. Wenn einzelnes, wie zum Beispiel die Zuziehung eines preugischen Bevollmächtigten in die Militarkommission, zu weit zu geben scheint, 2) so liegt hierbei ber Gebanke zugrunde. daß ohne Auftimmung und tätige Beihilfe Preußens eine Bereinigung der fübbeutschen Staaten in irgendwelcher Form eine Unmöglichkeit sein murbe, und daß alfo, um diefe Geneigtheit zu erzielen, bemfelben gunftige Beftimmungen aufzunehmen eine unumgängliche Notwendigkeit ift.

Die Frage, in welcher Weise bie legislativen Faktoren ihre Tätigkeit bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten geltend zu machen hätten, habe ich noch unberührt gelassen.

Ich wiederhole jedoch, daß ich diese Stizze nicht als Minister des Auswärtigen, sondern lediglich als Freund Eurer Erzellenz vorlege, und daß ich weitere Schritte nicht unternehmen wollte, ohne die Ansicht Eurer Erzellenz gehört zu haben.

Entwurf.

Im Hinblick auf Artikel IV des Prager Friedens, welcher eine Bereinigung der füdlich des Mains gelegenen deutschen Staaten zur Borausssehung einer nationalen Bereinigung mit Norddeutschland nimmt, sind Ihre Majestäten und Königlichen Hoheiten, die Könige von Bayern und Württemberg und die Großherzoge von Baden und Hessen, letzterer für die südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums, übereingekommen wie folgt:

I. Abteilung.

Art. 1.

Die Königreiche Bayern und Württemberg, bas Großherzogtum Baben und ber füblich gelegene Teil bes Großherzogtums Heffen ver-

¹⁾ Der nachfolgende Entwurf war eine Arbeit des Ministerialrats Freiherrn von Bölberndorff. Ueber dessen nahe geschäftliche und persönliche Beziehungen zu dem Fürsten, siehe die aus seinem Nachlaß herausgegebene, leider unvollendete Schrift: "Bom Reichstanzler Fürsten von Hohenlohe", München 1902.

²⁾ Artikel 6 Absat 2 bes nachfolgenden Entwurfs.

binden sich zu einem Staatenverein und führen fortan ben Ramen: "Bereinigte Subbeutsche Staaten".

Art. 2.

Die gemeinsamen Angelegenheiten dieses Bereines werben von einer Bereinsbehörde geregelt, welche aus Bertretern jedes der Bereinigten Staaten gebildet wird.

Der Sit ber Bereinsbehörbe befindet sich an bem jeweiligen Borort.

Art. 3.

In der Bereinsbehörde führt Bayern 6, Württemberg 4, Baden 3, Heffen 2 Stimmen.

In derselben Weise wechselt und zwar jährlich der Vorort, so daß in fünfzehn Jahren Darmstadt zweimal, Karlsruhe dreimal, Stuttgart viermal und München sechsmal Vorort ist.

Der jeweilige Vorortsstaat führt in der Vereinsbehörde ben Vorsitz.

Art. 4.

Die Bereinsstaaten verpflichten sich, alle Streitigkeiten, sowohl mit Bereinsgliebern als mit auswärtigen Staaten, vor die Bereinsbehörde zu bringen.

Die ersteren werben, falls eine gütliche Ausgleichung nicht zu erzielen ist, vor ein Austrägalgericht verwiesen, über bessen Berufung, Zusammenssetzung und Versahren sosort betaillierte Bestimmungen ersolgen werben.

Streitigkeiten mit Nichtvereinsstaaten werden, sobald die Bereinsbehörde den Bereinsstaat im Rechte befindet, als gemeinsame Sache behandelt werden.

Art. 5.

Das Heer ber Bereinigten Sübbeutschen Staaten ist ein gemeinsames, vorbehaltlich ber für heffen bestehenden besonderen Bereinbarungen.

Es wird in demfelben eine gleiche Organisation und gleiche Einrichtungen eingeführt, soweit dies für eine Aktion im Felde nötig ober nützlich ist.

Im Frieden steht jeder Heeresteil unter dem alleinigen Befehle des betreffenden Staatsoberhauptes; er ist nur von diesem in Eid zu nehmen und kann nur innerhalb der betreffenden Landesgrenzen verwendet werden, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen hinsichtlich der Besetzung der Bundessestungen.

Art. 6.

Bur Aufrechthaltung ber Gemeinsamkeit ber Heereseinrichtungen und zur Ausarbeitung und Ueberwachung ber hierauf bezüglichen Maßregeln besteht am jeweiligen Vororte eine Militärkommission, in welcher jeder Vereinsstaat (Hessen ausgenommen) vertreten ist, und je eine Stimme führt.

Es bleibt hierbei vorbehalten, wegen Bertretung Preußens in dieser Rommission durch einen Bevollmächtigten mit beratender Stimme weitere Bereinbarung zu treffen.

Art. 7.

Es wird zur Ausbildung der süddeutschen Offiziere in München eine gemeinsame Kriegsakademie, in Stuttgart eine gemeinsame Equitationssschule, in Karlsruhe eine gemeinsame Ingenieur- und Artillerieschule errichtet werden. Jedes Jahr sinden gemeinsame Uebungen von Heeresteilen aller drei obengenannten Staaten statt, wobei der Oberbesehl von dem jeweiligen Borortsstaate geführt wird.

Art. 8.

Als Festungen ber Bereinigten Süddeutschen Staaten werden erklärt: Ulm, Rastatt und Germersheim.

Die oberste Aufsicht und Leitung berselben steht ber Militärkommission zu. Im übrigen sind für deren Besatzung, Besehligung und Instandshaltung die Grundsätze des früheren Bundesreglements maßgebend.

Die Militärkommission wird diese sofort der benötigten Revision unterstellen und zugleich für das Gebiet der Bereinigten Süddeutschen Staaten ein vollständiges Defensivspstem entwersen, welches schleunigst und auf gemeinsame Rosten in Ausführung zu bringen ist.

Nrt. 9.

Die Vertretung nach außen übt jeder Vereinsstaat ba, wo er eine solche für nötig erachtet, selbst aus. Jedoch ist jeder Vereinsstaat, welcher an einem auswärtigen Hose eine Gesandtschaft unterhält, verpslichtet, auch den Schutz der Angehörigen eines Vereinsstaates, welcher daselbst keinen Vertreter hat, gleich dem der eignen zu übernehmen. Wo keiner der Vereinigten Süddeutschen Staaten diplomatisch vertreten ist, soll für die Angehörigen des süddeutschen Vereinsgebietes der Schutz der preußischen Gesandten erwirkt werden.

Art. 10.

Hinsichtlich ber Konsulate soll bahin gewirkt werden, daß gemeinsame sübbeutsche Konsuln aufgestellt werden. Un überseeischen Pläzen und wo es sonst zweckmäßig erscheint, soll für die Angehörigen der Vereinsstaaten der Schutz der norddeutschen Konsuln erwirkt werden.

Art. 11.

In den Vereinigten Süddeutschen Staaten besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß hinsichtlich des Aufenthaltes, des Gewerbe-, Fabrik- und Handelsbetriedes, der Zulassung zu öffentlichen Aemtern, der Besteuerung und des Genusses aller sonstigen bürgerlichen Rechte, endlich in betreff des Rechtsschutzes und der Rechtsverfolgung der

Angehörige eines Bereinsstaates als Landeseingeborner behandelt wird. Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden hierdurch nicht berührt. Ebenso bleiben dis auf weiteres die Berträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Auszuweisenden, die Berpslegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehöriger bestehen.

Seine Militärpslicht in ber aktiven Armee, der Reserve und der Landwehr kann im Frieden jeder Angehörige der Bereinigten Süddeutschen Staaten in dem Staate, in welchem er sich dauernd aushält, erfüllen.

Art. 12.

Es soll für das Gesamtgebiet der Bereinigten Süddeutschen Staaten ein gemeinsames Zivil- und Kriminalrecht und ein gemeinsamer Zivil- und Kriminalprozeß bestehen. Hierbei soll zugleich die Gemeinsamkeit dieser Gesetzebung mit jener des Norddeutschen Bundes soweit möglich angestrebt werden.

Mrt. 13.

Zur fortbauernden Wahrung der Rechtseinheit sollen alsbald nach Berwirklichung der gemeinsamen Gesetzgebung gemeinsame Obergerichte in das Leben gerufen werden.

Schon jest wird für die Vereinigten Süddeutschen Staaten ein gemeinsamer oberster Gerichtshof in Handelssachen zu Nürnberg errichtet.

Art. 14.

Außerdem find Bereinsangelegenheiten:

- 1. die Ordnung des Maß- und Gewichtsspftems, das Münzwesen und die Feststellung der Grundsätze über Emission von fundiertem und unfundiertem Bapiergeld;
 - 2. die allgemeinen Beftimmungen über bas Bantwefen;
 - 3. die Erfindungspatente;
 - 4. ber Schutz bes geiftigen Gigentums;
- 5. der Flößereis und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren sowie die Flußund sonstigen Wasserzölle;
- 6. Bestimmungen über bie wechselseitige Bollstredung von Erkenntsniffen in Zivilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;
 - 7. Maßregeln ber Medizinal- und Beterinärpolizei.

Art. 15.

Zwischen ben Vereinigten Subbeutschen Staaten und bem Nordbeutschen Bunde soll ein internationales Band, insoweit dieses nicht bereits durch

die Allianz= und Zollvereinsverträge besteht, dadurch erzielt werden, daß im Wege des Vertrages die in Artikel 13 dis 14 aufgeführten Gegenstände gemeinsam geregelt werden.

Gine zweite Abteilung bes Entwurfs enthält Bestimmungen über bie "nationale Berbindung" der Bereinigten Süddeutschen Staaten mit dem Nordbeutschen Bunde.

Freiherr von Barnbüler beantwortete das Schreiben des Fürsten vom 30. November 1867 um Neujahr 1868 dahin, daß die gemeinsame Durchführung der militärischen Einrichtungen notwendig sei, daß er aber betreffs der übrigen Punkte zweiseln müsse, daß diese zu einer organischen Sinigung der süddeutschen Staaten Stoff liesern, und daß die Tätigkeit eines Bundesorgans ohne gemeinsame Volksvertretung die öffentliche Meinung befriedigen werde. Ein süddeutsches Parlament aber wollte er nicht.

Vom 4. bis 7. Dezember 1867 fanden in München Konferenzen der Kriegsminister von Bayern, Württemberg und Baden statt zur Ausführung der Stuttgarter Beschlüffe vom 5. Februar. Fürst Hohenlohe eröffnete diese Konferenzen mit folgender Ansprache:

Ich erlaube mir vor Beginn ber militärischen Konferenz Ihnen, meine Herren, als den Vertretern der Königlich württembergischen und der Großherzoglich babischen Regierung den Dank der bayrischen Staatsregierung auszusprechen dafür, daß Seine Majestät der König von Württemberg und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden Sie beaufztragt haben, an der Konferenz teilzunehmen. Es tritt damit eine Ergänzung der Stuttgarter Februarkonferenzen ein, die wir nicht hoch genug anschlagen können.

Wenn es, wie ich nicht zweisle, die Absicht aller sübdeutschen Regierungen ist, an den mit Preußen abgeschlossenen Allianzverträgen sestzuhalten und bei kommenden Eventualitäten gemeinsam mit unsern Alliierten des deutschen Nordens die Integrität des deutschen Gebiets zu verteidigen, sowird das Zusammengehen der süddeutschen Staaten die Erreichung dieses Zwecks nicht stören, sondern fördern.

Die Verständigung der subdeutschen Staaten unter sich wird uns vom deutschen Norden nicht entsernen, sondern die Erfüllung unsrer Allianzpslichten erleichtern; sie wird uns gestatten, jene Besonderheiten zu pslegen, auf deren Erhaltung wir in Süddeutschland Wert legen; sie wird uns gestatten, den Grad der Selbständigkeit zu erhalten, den wir unbeschadet des gemeinsamen Ziels erhalten dürsen; sie wird uns endlich stärken und wertvollen Alliierten machen.

In diesem Sinne wunsche ich den bevorstehenden tamerabschaftlichen Beratungen das beste Gedeihen und den erfolgreichsten Fortgang.

Die Berhandlungen wurden nach bieser Begrüßung von den militärischen Bevollmächtigten allein fortgesett. Die schließlichen Bereinbarungen wurden in zwei Protokollen vom 7. Dezember 1867 bekundet. Das erfte biefer Prototolle stellt junachst fest, bag ben Stuttgarter Beschluffen in allen Puntten allfeitig nachgekommen fei, soweit es ben einzelnen Staaten bisher möglich gewesen. Bur Erganzung und Erlauterung ber früheren Bereinbarungen wurde als wünschenswert erklärt, im Einklange mit der inzwischen ergangenen nordbeutschen Bunbestriegsverfaffung, soweit immer tunlich, die Kriegsformation von 2% und die Friedensprafenz von 1% und damit prinzipiell die breijährige Prafenz zu erreichen. Die übrigen Beftimmungen betreffen die Erhaltung eines tuchtigen Unteroffizierstands, die Friedensstärte ber Reiterei, die Notwendigkeit übereinstimmender Exerzierreglements, übereinstimmende Abzeichen für die Offizierschargen und gleiche Benennungen ber Unteroffizierschargen. Das zweite Protokoll verpflichtet die drei Regierungen zu Verhandlungen über im kommenden Sommer ober Herbst zu veranstaltende gemeinschaftliche Uebungen und enthält bezüglich ber Festungen folgende Bestimmung:

"Bom militärischen Standpunkte aus betrachtet kann die Frage über die Festungen Süddeutschlands nur im Zusammenhange mit dem Berteidigungssystem von ganz Deutschland einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden, und erkennen es daher die hier versammelten Kriegsminister in dieser Beziehung als militärisches Bedürsnis, daß ein Organ bestehe, welches unter stetem Hindlick auf das Berteidigungssystem Deutschlandsüberhaupt die näheren Anhaltspunkte für die einzelnen sesten Pläze und Bositionen regelt.

Nachdem jedoch die Durchführung dieses Bedürfnisses vorerst nach ben verschiedensten Seiten in Erwägung gezogen werden muß, so soll hier lediglich das Bestehen desselben konstatiert, ein definitiver Beschluß jedoch nicht ausgesprochen sein."

Bericht an ben König, die Neubildung der Rammer der Reichsräte betreffend.

München, 12. Dezember 1867.

In dem Programm, welches der treugehorsamst Unterzeichnete vor Eintritt in sein Amt Eurer Königlichen Majestät vorgelegt hat und welches die Billigung Allerhöchstderselben fand, ist auch die Reform der Kammer der Reichsräte als eine anzustrebende Maßregel aufgeführt.

Um biesem für notwendig und den Staatsinteressen ersprießlich er, achteten Verlangen Rechnung zu tragen, ersaubt sich der treugehorsamst

Unterzeichnete Eurer Königlichen Majestät sechs Gesehentwürse!) vorzulegen, durch welche nach seiner Ueberzeugung ohne Gefährdung der wahrhaft konservativen Grundlagen der Berfassung die Institution der Ersten Kammer den steten Ansechtungen entzogen würde und gegen die berechtigten Bemängelungen, welche dieselbe in jüngster Zeit mehrsach gefunden, Abhilse geschaffen wäre.

Die sechs Gesetzentwürse steben in innigem Zusammenhange. Der Entwurf über Abanderung des Fideikommißedikts schafft bem bürgerlichen großen Grundbesitze die Möglichkeit, in die erbliche Pairie einzutreten; er beseitigt sonach die Ausschließlichkeit dieses Privilegiums, ohne dessen konservativen Charakter zu zerstören.

Der Entwurf über Abänderung des Titels VI § 3 der Bersfassungsurkunde ruft hingegen eine Anzahl alter adliger, mit großem Grundbesitz versehener Familien in den Reichsrat, welche bisher, offenbar ohne inneren Grund, dadurch von demselben ausgeschlossen waren, daß sie in ihrem Familieneigentum den uralten, echt germanischen Grundsatz des Gemeinguts aufrechterhalten haben. Der treugehorsamst Unterzeichnete ist der Meinung, daß in einer Ersten Kammer des Königreichs Bayern Familien wie die Crailsheim, Egloffstein, Seckendorff, Thüngen, Tacheru. s. w. nicht unvertreten sein sollten . . .

Ebenso führt der Entwurf über die Stellvertretung der erbslichen Reichsräte dazu, daß die von der Versassung in die Erste Kammer berusenen Familien mehr, als jetzt infolge häufiger und schwer zu vermeidender Hindernisse der Fall ist, wirklich zur Ausübung ihrer Standsschaft gelangen. 2)

Dieser Bermehrung des erblichen Elements gegenüber schien es erforderlich, auch dem königlichen Ernennungsrechte eine weitere Ausdehnung zu vindizieren, und diesem Zwecke entspricht der Entwurf eines Gesetzes, welches die in § 4 Titel VI der Versassungsurkunde normierte Zahl von 1/3 auf 1/2 erhöhen soll.

Was endlich den Entwurf über Erweiterung der Reichsratskammer speziell betrifft, so erlaubt sich zu dessen Begründung der treugehorsamst Unterzeichnete im allgemeinen auf die Wotive desselben allerehrsuchtsvollst sich zu beziehen. Er glaubt bei dem Versuche einer Reform des Instituts sich auf das Notwendigste beschränken zu sollen, und insbesondere eine vollständige Neugestaltung der Versassungsbestimmungen über die Erste Kammer nicht vorschlagen zu sollen, da eine solche

¹⁾ Die sechs Gesehentwürfe waren eine Arbeit bes Freiherrn von Bölderns dorff. Siehe bessen Schrift: "Bom Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe", S. 22.

⁹ Der Gesehentwurf wollte ben erblichen Mitgliebern bie Befugnis einraumen, sich für bie Dauer ber Session burch ein Familienmitglied vertreten zu laffen.

zu weitläufigen Debatten und möglicherweise zu weitgehenden Vorschlägen in der Abgeordnetenkammer führen könnte, während der Entwurf in der kurzen Fassung, die ihm gegeben wurde, zwar den dringenosten Bedürfnissen Rechnung trägt, aber im großen ganzen die Grundlage der verfassungsmäßigen Institution der Ersten Kammer unangetastet beläßt.

Der Entwurf über die Beschlußfähigkeit der Kammer der Reichsräte gründet sich, wie die Motive näher ausführen, auf einen von hervorragenden Mitgliedern dieser Kammer bereits früher gestellten Antrag und wird einem höchst bringenden Bedürfnisse abhelsen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubte, ehe in dem Ministerrate die in Frage stehenden Entwürse, welche als von dem Gesamtstaatsministerium ausgehend den Rammern vorzulegen sein dürsten, einer Beratung unterzogen würden, vorerst die Besehle Seiner Königlichen Majestät einholen zu sollen und erlaubt sich demnach den allerehrsurchtsvollsten Antrag zu stellen, Eure Königliche Majestät möchten die Beratung der sechs ansliegenden Entwürse im Ministerrate Allerhöchst anzuordnen geruhen.

Aus ben Motiven ber Gesetzentwürfe fei folgendes mitgeteilt:

1. Abanderung des Fideitommißeditts.

Man kann barüber zweiselhaft sein, ob das Institut der Fideiskommisse, wie solches in der bayrischen Berfassung hergestellt ist, an sich zweckmäßig und daher neu einzusühren wäre. Allein darüber besteht wohl kein Zweisel, daß, wenn das Gesetz die Errichtung von Fideikommissen einmal zuläßt, die Beschränkung desselben auf den Abel weder mit den materiellen Berhältnissen noch mit den Ansichten der Gegenwart über die Gleichheit vor dem Gesetze im Einklang steht. Wenn deshalb die Staatszegierung diese Anomalie zu beseitigen strebt und durch Aussedung des bisherigen Vorrechts der adligen Familien jedem die Besugnis einräumt, sein Eigentum in der bisher nur dem Adel möglichen Form zugunsten der Familie zu binden, so wird dies keinenfalls als unbillig oder unzeitzgemäß angesochten werden können.

Aber auch nicht als unbillig ober indifferent erscheint eine folche Ausbehnung des Fideikommißrechts, denn es wird dadurch dem bürgerlichen Grundbesitz der Eintritt in die Reichsratskammer geöffnet, es hört das Institut der erblichen Reichsratswürde auf, ein Privilegium des Abels zu sein, und wird Gemeingut der ganzen Nation.

2. Gesetzentwurf über die Berleihung der erblichen Reichsratswürde an im Gesamtbesitze befindliche Personen.

Die Verfassurkunde geht nicht nur von dem Prinzip aus, daß sibeikommissarischer Verband des Grundbesitzes ohne gleichzeitige Herrschaft des Erstgeburtsbesitzes unzulässig sein solle. Dieselbe will auch,

wo eine solche Erstgeburtsbevorzugung nicht stattfindet, dem Familiens grundbesitz eine politische Bedeutung nicht beigelegt wiffen.

Es läßt fich nun anführen, daß das Fideitommißinftitut in ber gurzeit geltenden beschränkten Sukzessionsweise besteht, und man kann mit guten Gründen ber Ansicht fein, daß, wenn einmal das Bermögen gugunften ber Familie gebunden werden burfe, ben Nutgenuß auch allen Familiengenoffen zusammen zu gonnen, billiger und natürlicher fei als die Bevorzugung ber zufällig Erstgeborenen. Allein die Regierung wollte nicht eine so tiefgreifende und immerhin erheblichen Bedenken unterliegende Neuerung vorschlagen, glaubte vielmehr bas Fibeitommiß als folches einfach, wie es einmal in Bayern bergebracht, bestehen laffen zu muffen. gegen ift es fo ungerechtfertigt, ben Familienbesit, welcher auf bem alten echt beutschen Grunde bes gemeinsamen Nutgenusses aller Familienglieber beruht, in seiner politischen Bedeutung bem auf Erstgeburtsrecht Stehenden gegenüber jurudauseben, bag bierin eine Menberung angezeigt icheint. Die Frage ber Teilbarkeit bes Nutgenuffes und ber Bermaltung ift lediglich eine innere Angelegenheit ber Familie und tann bie Bebeutung bes Grundbesitzes als solchen nicht anbern ober minbern.

Nun ist die Zahl an Gütern der bezeichneten Art in den franklichen Provinzen nicht unbedeutend, ja, es ist eigentlich der größere Teil des Familiengrundbesites in Bayern infolge jener Bestimmungen bisher in der Reichsratskammer unvertreten geblieben. Eine Aenderung hierin muß daher als ebenso billig wie zweckmäßig erachtet werden.

3. Gefetentwurf, bie lebenslänglichen Reichsrate betreffend.

Unter den Mängeln, welche sich zurzeit in betreff der Zusammenssetzung der Kammer der Reichstäte ganz besonders fühlbar machen, wird ohne Zweisel der Umstand hervorzuheben sein, daß in derselben zu wenig eigentlich juristisch, administrativ, sinanziell und militärisch gebildete Mitsglieder zu sinden sind und eben deshalb die Uebertragung der Referate in solchen Fragen auf große Schwierigkeiten stößt.

So politisch richtig nun auch der in der Verfassungsurkunde für die Zusammensehung der Reichsratskammer aufgestellte Grundsah ist, daß das Ernennungsrecht des Königs in einem gewissen Verhältnisse zu den übrigen Rategorien stehen muß, und so wenig es sich anempsehlen möchte, durch die Statuierung eines unbegrenzten sogenannten Pairsschubs den Charakter der Unabhängigkeit der Ersten Rammer zugunsten der einem raschen Wechsel unterworfenen jeweiligen politischen Zeitströmung aufzugeben, so erscheint doch anderseits die Zahl, die in der Versassungsurkunde für das Ernennungsrecht des Königs vorgeschrieben ist, als eine zu eng bemessen, und es wird dies noch in höherem Grade der Fall sein, wenn die Kammer etwa noch durch gewählte Mitglieder verstärkt werden sollte. Alle diese

Gründe sprechen dafür, die beantragte Erhöhung der Verhältniszahl der lebenslänglichen zu den erblichen Reichsräten von 1/3 auf 1/2 vorzunehmen.

- 4. Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Reichsratskammer. Dieser Gesetzentwurf will die Erweiterung der Rammer der Reichstäte durch 29 gewählte Mitglieder herbeiführen, nämlich
 - a) 5 Bertreter der Universitäten, des Polytechnitums und der Atademie,
 - b) 8 Bertreter bes Hanbels und ber Industrie,
 - c) 8 Bertreter bes Grundbesitzes und
 - d) 8 Bertreter ber Stäbte.

Wenn die Regierung nicht eine Umgestaltung, sondern eine Erweiterung ber Reichsratskammer vorschlägt, so geht sie vor allem bavon aus, daß in dem Zweitammerspftem — sofern dasselbe überhaupt eine reelle politische Bedeutung haben foll — die Erfte Rammer burch Erblichkeit und lebenslängliche Ernennung eine gewiffe Standigkeit erhalten muß, daß fie dadurch das konservative Element zu besonderer Geltung bringen foll und eben damit befähigt wird, die rasch wechselnde momentane Stimmung bes politischen Lebens vor einem Uebermaß und einer Ueberstürzung zu bewahren. Ferner wird sich nicht verkennen lassen, daß der zurzeit durch die erblichen Reichsräte vertretene Grundbesit ein historisch wie bem materiellen Gewichte ber Intereffen zufolge wohl berechtigtes Element einer Pairstammer zu bilden geeignet ift; endlich, daß das Recht ber königlichen Ernennung ein notwendiges Mittel bilbet, um folche Rapazi= täten zu der gesetgebenden Tätigkeit beizuziehen, welche in andrer Beise hierzu nicht gewonnen werden könnten. Demnach ergibt sich, daß dasjenige, mas in bezug auf Reform ber Reichsratstammer zu gescheben hat, in einem Beigieben folcher Elemente bestehen muß, burch welche, ohne ben Grundcharakter bes Instituts zu verwischen, eine lebendigere Entwicklung ber momentan im politischen Leben wirkenben Meinungen und Reibungen ermöglicht mirb.

Es muß also eine Verstärkung durch gewählte Mitglieder eintreten. Die Anzahl der gewählten Reichsräte soll selbstverständlich in einem gewissen Verhältnisse zu den übrigen Kategorien stehen, und wenn der Entwurf 29 Mitglieder durch Wahl berusen lassen will, so ist dies etwa das Doppelte der zurzeit lebenslänglich ernannten, und werden die erblichen Mitglieder künftig nicht zahlreicher sein als die gewählten und ernannten zusammengerechnet.

Die Kategorien, aus welchen gewählt werden soll, anlangend, so ist eine allgemeine Wahl nach örtlichen Bezirken von vornherein ausgeschlossen. Denn es wäre kein innerer Grund vorhanden, der auf diesem Prinzip beruhenden Zweiten Kammer eine auf derselben Basis ruhende Vertretung in der Ersten Kammer entgegenzuseten. Anderseits glaubte die Regierung

İ

eine Abänderung im Wahlmodus durch Beschränkung auf die höheren Steuerklassen allein nicht für genügend und auch nicht für zweckmäßig ansehen zu können, da hierdurch die Erste Rammer als lediglich auf dem Borzug des Geldes ruhend in der allgemeinen Volksanschauung schwerlich zu einem gesteigerten Ansehen gelangen würde.

Haffen, und zwar müßten hierbei nicht die früheren, historisch gewordenen, sondern die in dem modernen Staatsleben ausgebildeten Kategorien der Bevölkerung in das Auge gesaßt werden. Was hier speziell die Geistlichkeit betrifft, so ist dieselbe bisher schon in entsprechender Weise in der Kammer der Reichsräte vertreten und konnte daher bei der Aufstellung übergangen werden.

Rede des Fürsten in der Kammer der Abgeordneten bei Beratung des Gesetzes über die Wehrverfassung am 13. Dezember 1867.

Bei der gestrigen und heutigen Debatte ist auch das Gebiet der auswärtigen Politik betreten worden. Ich will es indessen unterlassen, auf manche Behauptung, welche aufgestellt wurde, auf manche bittere Bemerkung, Die gefallen ift, naber einzugeben; ich murbe fonft in die Notwendigkeit verfett fein, die Grundsate Ihnen nochmals vorzuführen, die ich für die baprische Politik festhalten zu muffen geglaubt habe, und ich murde fürchten, Sie durch die Wiederholung berselben zu ermuben. Budem find gerade jene Behauptungen auf Befürchtungen von eintretenben, tommenben Ereigniffen gegründet, an benen eine Bartei mit einer gewiffen Borliebe festzuhalten pflegt. Ich beschränke mich beshalb für heute auf einige allgemeine Bemertungen. Darin werben Sie, meine Berren, mit mir übereinstimmen, daß unfre Zeit eine gesteigerte Anftrengung in militärischen Dingen, eine möglichste Erhöhung unfrer Wehrtraft unabweisbar forbert. Wir leben in einer Zeit des Uebergangs. Alte Allianzen find zerriffen und neue find in der Bildung begriffen, die Leiden Europas haben, wenn ich so fagen barf, einen akuten Charakter angenommen, und die fieberhafte Erregung läßt auf ben balbigen Gintritt großer Erschütterungen schließen. Belcher Art die Entwicklung biefer Krifen fein wird, vermag niemand zu fagen, allein barüber wird kein Zweifel bestehen, baß auch wir bavon nicht unberührt bleiben konnen. Wir werben Opfer ju bringen haben, aber biefe Opfer werden nur bann bas Mag bes Erträglichen nicht überfteigen, wenn wir ju rechter Beit Gorge tragen, ben tommenben Gefahren geruftet, und ausreichend geruftet, entgegenzugeben. Die Entwicklung Europas und Deutschlands mag sich wie immer gestalten, Bayern muß burch ausreichende Entfaltung ber ihm innewohnenden Rraft biejenige Achtung erwerben, beren es bebarf, und als Teil bes großen Ganzen jene Stellung einnehmen, die feiner allein wurdig ift. Daß zu biefem Zwecke unfre gegenwärtige Wehrverfaffung nicht ausreicht, ift geftern und heute in berebten Worten bargelegt worden; daß aber auch eine bloße Reform unfrer Wehrverfassung unter Belassung ber Prinzipien nicht ausreicht, Ebensowenig endlich wurde ein dem ist gleichfalls außer Zweifel. schweizerischen nachgebilbetes Wehrspftem bem Zwecke genügen. also ber Staatsregierung kein andres Mittel, als zu ber Behrverfassung zu greifen, welche ben Erfolg für fich hat und welche uns die Gewißheit gibt, eine schlagfertige Armee zu schaffen, und welche namentlich ben Borteil hat, durch gleiche Formation und gleiche Bildung ein zu gemeinfamer Aftion mit unserm Alliierten taugliches und bem seinigen ebenburtiges Beer herzustellen. Durch die Einführung dieser Heeresverfassung werden wir ber Armee basjenige Bertrauen in die eigne Kraft und die eigne Tuchtigkeit verschaffen, ohne welches die Erreichung kriegerischer Erfolge nicht zu benken ist; wir werden mit diesem Wehrspftem uns dem gesamten Deutschland näher und inniger anschließen, wir werden aber zugleich auch damit diejenige Selbständigkeit wahren und erhalten, welche Bayern unbeschadet ber durch das Schutz- und Trutbündnis eingegangenen Verpflichtung erhalten kann und soll, indem wir der etwa brobenden Gewalt bas mit der nötigen Macht unterstütte Recht entgegenstellen. Ich empfehle Ihnen daber ben Gesetzentwurf zur Annahme.

Journal.

München, 19. Februar 1868.

Das Resultat der Wahlen 1) hat die ultramontane Partei übermütig gemacht, und sie glauben nun, es sei nötig, daß auch die Regierung sofort zu ihr übergehen müsse. Das kopslose und unstete Wesen des Kadinettssseretärs Lipowsky dietet ihr dazu die Möglichkeit. Dieser Mann, der es mit allen Parteien halten will und darin die wahre Staatsweisheit erblickt, hört viel und verdaut wenig, intrigiert aber desto mehr. Der Artikel der "Süddeutschen Presse", der der ultramontanen Partei entgegentritt, hat seine Indignation erregt, die er auch Fröbel ausgesprochen hat. Trozdem glaube ich nicht, daß der König ihm, wie er sagt, zu dieser Neußerung Beranlassung gegeben hat. Die ultramontane Partei freilich ist über Fröbels Artikel indigniert, und zwar deshalb, weil er ihre Pläne durchkreuzt, die darauf abzielen, die Regierung von der Fortschrittspartei zu trennen, sie ganz in das ultramontane Lager herüberzuziehen. Es geht das Gerücht, man wolle Schrenck an die Stelle von Schlör bringen. Trautt-

¹⁾ Zum Zollparlament, bie am 10. Februar stattgefunden hatten.

mansborff 1) möchte Schlör entfernen und bafür einen gescheiteren einerseits und ultramontaneren Minister anderseits hineinbringen. Er behauptet, er wolle, daß ich bleibe, will aber zugleich, daß ich eine bestimmte Schwenkung nach der Seite der Ultramontanen mache. Fröbel meint, daß er mit Beust in Widerspruch sei. Ich teile nicht diese Ansicht. Ich glaube, daß Beust hier mit den Ultramontanen und in Wien gegen sie agiert.

Morgen wird die Wahl von Schlör hier entschieden. Ich höre versschiedene Vermutungen. Die einen glauben, daß er gewählt wird, die andern meinen das Gegenteil. Jedenfalls ware bessen Entsernung aus dem Ministerium kein Ungläck.

München, 22. Februar 1868.

Schlör ist also gestern gewählt worden. Wäre er nicht durchgedrungen, so hätte er wahrscheinlich bald aus dem Ministerium austreten müssen; so kann er bleiben. Ob dies ein Vorteil ist, steht dahin. Bei Trauttmansborff hatte ich eine lange Unterredung mit Feilitzsch über die Presse im allgemeinen. Wir stimmten darin überein, daß nichts ohne Geld zu machen sei, und daß wir, da uns dies sehlt, nicht viel ausrichten werden.

Dr. Haas hat Bölbernborff Artikel gebracht, die er in verschiedene Blätter hat einrücken lassen, und die in meinem Interesse die Angelegenheit der Burg von Nürnberg?) besprechen und Pfordten verdammen. Bölderndorff wußte nicht, wie er sich die Freundlichkeit des ultramontanen österzeichischen Preßagenten deuten solle, die ich ihm sagte, daß auch Trauttmansdorff mir habe zu verstehen gegeben, daß man von jener Seite einen Sturz des gegenwärtigen Ministeriums nicht wolle. Der Moment scheint den Herren zu ungünstig, gutes Einvernehmen mit Preußen vorzuziehen. Sie sürchten den Eindruck, den mein Sturz, wenn er durch die österreichische Partei veranlaßt würde, in Berlin hervorrusen könnte. Die Dummheiten des Königs von Hannover) haben in Berlin eine irritierte Stimmung gegen Desterreich hervorgebracht, die sie kein Interesse haben jetzt zu vermehren. So scheint es, werde ich einige Zeit Ruhe haben. Der Stephansorden wird diese Stimmung konstatieren.

¹⁾ Graf Trauttmansborff, österreichischer Gesandter.

²⁾ Nach dem Friedensschlusse hatte der König von Bayern durch einen Brief vom 80. August 1866 dem König Wilhelm angeboten, die "ehrwürdige Burg seiner Ahnen" gemeinsam mit ihm zu besitzen und bei etwaigem Ausenthalte in Bayern zu dewohnen, welches Anerdieten König Wilhelm mit Dank annahm. Zu einer Abtretung des Eigentums und überhaupt zu einem Staatsvertrage darüber kam es nicht. Dies wurde durch eine ofsiziöse Aeußerung vom 15. Februar 1868 sestgestellt.

³⁾ König Georg von Hannover seierte am 18. Februar 1868 in Hiehing seine silberne Hochzeit und empfing eine Massenbeputation von Hannoveranern, welcher er in einer Tischrebe seine Hossinung auf Wiederherstellung seiner Herrschaft außsprach. Die hannoversche Legion, welche bei Gelegenheit der Luxemburger Bers

Lipowsky war Abends bei mir, um über die fremde Presse zu klagen und mich im Auftrag des Königs zu bitten, Schritte dagegen zu tun. Sein eigentlicher Zweck war aber zu hören, ob ich ihm nicht etwas über den Nachsolger des kranken Ministers von Pechmann sagen würde. Er machte sich sehr lieb und schien auf eine Eröffnung der Art zu warten. Ich schwieg aber. Außerdem sprach er von Gerüchten über den König und beklagte sich über die Münchner und ihre dösen Zungen.

Heute kam die Prinzeß Maria Theresia mit dem Prinzen Ludwig 1) an. Ich empsing sie mit Moy und Trauttmansdorff auf dem Bahnhof. Sie glänzte ganz in ihren neuen Toiletten und war sehr nett und graziös. Wir wurden vorgestellt, begleiteten sie an den Wagen und suhren dann nach Hause. Die höchsten Herrschaften hielten ihren seierlichen Einzug, von dem ich nichts sah. Der König liegt zu Bett. Es gibt wenig Leute, die glauben, daß er krank sei.

München, 24. Februar 1868.

Fröbel erzählt mir soeben, daß er von Baron Gruben, dem Taxisschen Beamten in Regensburg, neulich einen Mahnbrief erhalten habe, sich mit der klerikalen Partei zu verständigen. Gruben ist, wie mir Fröbel sagt, ein Agent des Jesuitenordens, der zum Fürsten Taxis gesetzt ist, um das große Bermögen im Interesse des Ordens zu exploitieren. Er war mit Dörnberg der Hauptagent während des Fürstentages im Jahre 1863 und hat damals mit Fröbel das Bersassungsprojekt beraten und dem Kaiser vorgelegt, jedoch die zu demokratischen Beisätze Fröbels gestrichen, woran dann die Sache scheiterte. Man hatte damals in Regensburg weitgehende Pläne; der Erbprinz sollte die Rheinlande bekommen, und es wurde deshalb auch mit Napoleon unterhandelt. Daher die Wut der Regensburger Ultramontanen gegen Fröbel.

Pascal Duprat, der bekannte Republikaner, war kürzlich hier bei Fröbel und hat ihm seine Erlebnisse in Ungarn, woher er kam, erzählt. Die ungarische Linke zweiselt an dem Fortbestand des gegenwärtigen liberalen Regimes in Oesterreich und unterhandelt deshalb schon in Ausssicht auf eintretende Katastrophen mit den Südslawen, um das große Donaureich oder die Donausöderation zustande zu bringen oder vorzubereiten.

wicklung gebilbet worben war, war im Januar 1868 aus ber Schweiz nach Frankreich übergetreten. Um 20. Februar wurde Graf Beust in den Delegationen wegen der massenhaften Uebersendung österreichischer Pässe für die Welsenlegionäre durch die Wiener Polizeidirektion in die Schweiz und wegen der Bankettrede des Königs Georg interpelliert.

¹⁾ Prinz Ludwig von Bayern hatte sich am 20. Februar 1868 zu Wien mit. Maria Theresta, Erzherzogin von Oesterreich-Cste-Modena, vermählt.

Die Sübstawen wollen von einem Anschluß an Rußland nichts wissen, nehmen aber das russische Geld, um damit ihre eignen Plane zu fördern.

4. März.

Die letzten Tage war ich sehr in Anspruch genommen. Der Tob bes Ministers Bechmann und die Frage, wer ihn ersetzen solle, beschäftigte mich vor allem. Da es mir schien, als wolle Lipowsky mich bei ber Wiederbesetzung des Ministerpostens umgehen, so erklärte ich Mittwoch im Ministerrat, daß ich bemerke, man wolle, ohne mich zu fragen. bas Ministerium erganzen; sei bies wirklich ber Fall, so wurde ich um meine Entlaffung bitten. Dies wirkte. Die Minister bekamen einen heilsamen Schrecken, ber König wurde sofort bavon in Renntnis gesetzt, und am Donnerstag Abend ließ er mich rufen, um mit mir von allerlei zu reben. Er tam auch auf bas Ministerium bes Innern, fragte nach hörmann, ben ich aber nicht als geeignet bezeichnete. Partei Neumayr arbeitet für Hörmann. Freitag kam Lipowsky, um mich direkt um meine Ansicht zu fragen. Ich sagte ihm offen, daß ich Hörmann nicht wolle wegen seiner Beziehung gur Neumaprichen Clique. Wir besprachen noch Schubert, ben er sehr rühmt, und Pfeufer, ben er nicht fehr protegiert.

Samstag kam die Nachricht vom Tode des Königs Ludwig I. 1) Darüber viele Geschäfte, Telegramme, Notifikationen u. s. w.

Die Ministerfrage ist bamit etwas in ben Hintergrund getreten. Dazu ist ber König wieber krank, Fieber u. s. w.

Im Ausschuß am Montag wurde das Budget des Ministeriums des Aeußeren beraten. Der Referent wollte mir für die Gesandtschaften nur 200 000 Gulden bewilligen, ich erklärte aber, daß ich nicht unter 250 000 Gulden heruntergehen könnte und meine Entlassung nähme, wenn man mir sie nicht bewillige. Darüber große Verstimmung im Ausschuß und schließlich Zustimmung zu meiner Forderung.

Gestern, Dienstag den 3. März, viele Besuche im Ministerium. Darunter Stenglein, der wissen wollte, ob wir uns ebenso passiv bei den nächsten Kammerwahlen verhalten würden wie diesmal bei den Wahlen zum Zollparlament. Was ich verneinte. Er sagte, daß in diesem Fall, wenn wir den Kammermitgliedern zur Wahl verhelsen wollten, die Bildung einer liberalen Partei in Aussicht stehe.

München, 22. März 1868.

Heute Abend war Lipowsky bei mir und sagte mir, Seine Majestät habe ihn beauftragt, mich zu fragen, welche Punkte ich ihm in betreff

¹⁾ Starb in Nigga am 29. Februar.

ber Besetzung des Ministeriums des Innern vortragen wolle.1) Seine Majestät könne mich nicht empfangen, da Allerhöchstderselbe eine geschwollene Backe habe.

Ich erwiderte, daß ich Seiner Majestät die Bitte vorgetragen hätte, mich vor der Entscheidung über die Frage der Wiederbesetzung des Ministeriums mündlich zu hören, und daß ich auf dieser Bitte bestehen müsse und mich auf weiteres nicht einließe. Im Falle Seine Majestät mir diese Bitte nicht gewähren sollten, müsse ich mir meine Entschließung vorbehalten. Lipowsky beteuerte, daß er sein Möglichstes getan habe, den König zu veranlassen, mich heute zu sehen, es sei ihm aber nicht gelungen. Ich sagte, es tue mir leid, darauf bestehen zu müssen. Ich sein das selbst schuldig.

Am 30. März wurde der Regierungspräsident von Hörmann zum Minister des Innern ernannt.

Bericht an ben Rönig.

München, 80. März 1868.

Durch ben Königlich preußischen Gesandten ist ber treugehorsamst Unterzeichnete in Renntnis geseht, daß Seine Königliche Hoheit der Kronsprinz von Preußen zu der am 20. April stattsindenden Bermählung des Kronprinzen von Italien nach Turin reisen und dabei München berühren wird. Die Zeit der Reise dürste auf die Woche nach Oftern sallen.

Nachdem der König von Preußen und andre Mitglieder des preußischen Königshauses verschiedene Besuche am Hose Eurer Königlichen Majestät gemacht haben, welche Eure Königliche Majestät zu erwidern noch nicht in der Lage waren, so dürsten vielleicht Kücksichten der zwischen ben Allerhöchsten Höfen bestehenden Etikette dem Kronprinzen von Preußen den Besuch am Hose Eurer Königlichen Majestät nicht gestatten.

Da aber der Kronprinz über den Brenner nach Italien reist, so kann er München nicht umgehen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt dies zur Kenntnis Eurer Königlichen Majestät bringen zu sollen, indem er fürchtet, es möchte Eure Königliche Majestät vielleicht nicht angenehm berühren, wenn der Kronsprinz von Preußen sich hier aufhielte, ohne seinen Besuch am Allerhöchsten Hose zu machen. Wäre dies der Fall, würden Eure Königliche Majestät wünschen, den Besuch des Kronprinzen zu empfangen, so könnte der treugehorsamst Unterzeichnete die Angelegenheit durch Baron Perglas in Berlin

¹⁾ Der Fürst hatte burch Bericht vom 21. März um eine Audienz nachgesucht, um über die Wiederbesetzung der Stelle des Ministers des Innern seine Ansichten mündlich darzulegen.

zur Sprache bringen lassen und bas etwa vorliegende Etikettenhindernis burch Hinweis auf einen von Eurer Königlichen Majestät beabsichtigten Besuch in Berlin, bessen Zeitpunkt nicht berührt zu werden brauchte, beseitigen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete erlaubt sich baher ehrfurchtsvollst um die Allerhöchsten Besehle zu bitten, ob und in welcher Richtung er ben Baron Perglas mit Instruktionen versehen soll.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 6. April 1868 hatte der Abgeordnete Ruland die Regierung heftig angegriffen wegen verschiedener in der "Süddeutschen Presse" enthaltenen Artikel.

Fürst Hohenlohe sagte baraus: ich muß vor allen Dingen hervorheben, daß die Staatsregierung eine eigentliche Regierungspresse nicht besitzt. Sie wollte kein Regierungsorgan und ließ beshalb die "Bayrische Zeitung" eingehen. Die "Süddeutsche Presse" ist kein Regierungsorgan. Sie erhält keine Instruktionen, und die Regierung ist also für die Aeußerungen, welche in der "Süddeutschen Presse" enthalten sind, nicht verantwortlich. Sie können dieses Verhältnis vielleicht auffallend sinden, indessen werden Sie mir recht geden, wenn ich sage, ich habe eine zu hohe Meinung von der Presse im allgemeinen, um mir ein größeres, bedeutenderes Organ der Presse zu denken, welches nach Instruktionen arbeiten, welches nach Vorsschrift oder nach Anweisung denken könnte. Ein solches Organ wäre nur denkbar in der beschränkten Form eines Staatsanzeigers, für dessen einzelne Teile die Regierung verantwortlich sein kann.

Ich muß also die Angriffe, welche gegen die Staatsregierung bezüglich ber Regierungspresse erhoben worden sind, als gegenstandslos bezeichnen.

Bericht an ben König, bie fübbeutsche Frage betreffenb. Minchen, 10. April 1868.

Durch bas am 5. d. M. ergangene Allerhöchste Signat verlangen Eure Königliche Majestät Aufklärung, aus welchen Gründen der Versuch einer Bildung eines subdeutschen Staatenvereins gescheitert ift.

Der treugehorsamst Unterzeichnete beeilt sich bemzufolge, nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Die Gründung eines süddeutschen Staatenvereins, welcher die Borausssetzung des Artikels IV des Prager Friedens erfüllen sollte, hatte von vornherein nur dann eine Aussicht auf Erfolg, wenn die Idee die vollständige Billigung Eurer Königlichen Majestät fand und damit die Hoffsnung gegeben war, daß Allerhöchstdieselben der beabsichtigten diplomatischen Attion die unbedingteste Zustimmung erteilen würden.

Aus dem Allerhöchsten Signate vom 28. Januar 1) d. J. glaubte aber der treugehorsamst Unterzeichnete entnehmen zu sollen, daß Eure Königliche Majestät den beabsichtigten Bertragsabschluß keineswegs vollskommen billigten, und daß bei Allerhöchstdenselben Bedenken gegen denfelben vorwalteten. Dies mußte in dem treugehorsamst Unterzeichneten vom Ansange an die Besurchtung erwecken, daß der Ersolg der vorgeschlagenen Maßregeln zweiselhaft sein werde.

Demungeachtet hatte der treugehorsamst Unterzeichnete nicht versäumt, dem Besehl Eurer Königlichen Majestät gemäß die Sache dem Ministerzate vorzulegen; er hat, um eine sorgsältige und ersprießliche Beratung zu ermöglichen, jedem der Herren Staatsminister ein Exemplar des Berztragsentwurses mitgeteilt und den Gang der disherigen Berhandlungen sowie die Gründe, welche ihn zu dem Vorschlage bestimmt hatten, schristlich dargelegt. Auch in dem Ministerrate zeigte sich für den Vorschlagsteine Sympathie, es wurden bei den Besprechungen sast von sämtlichen Ministern Bedenken erhoben, und nur der Kriegsminister sprach sich wenigstens der Hauptsache nach für eine Verständigung der süddeutschen Staaten untereinander aus.

Soviel hat sich schon jest herausgestellt, daß im Staatsministerium jene vollständige Uebereinstimmung der Ansichten über die Rätlichkeit und Rühlichkeit des Projektes nicht besteht, welche zur Durchführung einer so umfassenden Reform vollkommen unentbehrlich ist.

Abgesehen von diesen dem Plane entgegenstehenden Umständen, haben sich inzwischen die äußeren und inneren politischen Verhältnisse so gestaltet, daß der treugehorsamst Unterzeichnete auf einen Erfolg der Eurer Königslichen Majestät am Anfange dieses Jahres vorgeschlagenen diplomatischen Schritte nicht mehr rechnen kann.

Der treugehorsamst Unterzeichnete war darüber nie im Zweisel, daß die direkten Wahlen zum Zollparlamente dasjenige Resultat haben würden, welches sie nunmehr in dem größten Teile von Bayern und in ganz Württemberg gehabt haben, denn es waren schon längst Anzeichen genug vorhanden, welche den nunmehr offen zutage getretenen Bund der klerikalen und demokratischen Elemente erkennen ließen. Nachdem nun aber dieses Bündnis zu solchen bedeutenden äußeren Resultaten bereits geführt hat, und nachdem in der unter dem Deckmantel konservativer Interessen betriebenen Agitation auch republikanische Tendenzen austauchen, würde ein süddeutscher Staatenbund ohne gleichzeitige Gewährung eines gemeinsamen, dem norddeutschen Parlament entgegengesetzen süddeutschen Parlaments auch nicht die geringste Aussicht mehr haben, in der öffentlichen Meinung

¹⁾ Liegt nicht vor.

der Bewohner Süddeutschlands Boden zu gewinnen. Die Gewährung eines süddeutschen Parlaments aber wäre nach Ansicht des treugehorsamst Unterzeichneten, so wie sich die Sache jeht gestaltet hat, die äußerste Gesahr, denn die Berbindung Ultramontaner und Republikaner würde dieses Parlament nur dazu benuhen, um die Autorität der süddeutschen Einzelregierungen, gegen welche schon jeht ihre zügellose Presse Tag und Nacht mit allen Mitteln wirkt und wühlt, gänzlich zugrunde zu richten und damit jene Pläne sördern, welche als ihr Endziel die republikanische Föderativversassung Süddeutschlands mit dem Anschluß an die Schweiz im Auge haben. Es liegen Anzeichen vor, daß dieser Plan von Frankreich aus nicht ungern gesehen würde, weil man jenseits des Rheines hosst, süber derartig zerrüttete Staatenbildungen leicht ein Protektorat ausüben zu können.

Bas die äußeren politischen Verhältnisse betrifft, so ist Eurer Königlichen Majestät aus ben früheren Anträgen bes treugehorsamst Unterzeichneten bekannt, daß berselbe nur beshalb ben schwierigen Blan, einen füdbeutschen Berein zu grunden, neuerdings und in folch bestimmter Beise aufgegriffen bat, weil gegen Ende des vorigen Jahres jene Ronftellationen eingetreten waren, unter welchen allein die Durchführung eines folchen Bereins möglich ift; es ift bies einerseits bie Entente cordiale zwischen Defterreich und Frankreich und anderseits die Geneigtheit Breugens, zur Erhaltung bes Friedens badurch beizutragen, daß es feinen Ginfluß auf Baben und Seffen anwendet und jugleich einen gelinden Druck auf Burttemberg ausubt, um biefe Staaten zu einer Erfüllung ber Prager Stipulationen Bon biesen beiben Vorbedingungen ift zurzeit keine mehr zu veranlassen. vorhanden. Zwischen Defterreich und Frankreich ift fichtlich eine Erkaltuna eingetreten; es scheint, bag Frankreich die Hoffnung aufgegeben habe, Defterreich zu einer ihm nütlichen Aftion zu bewegen, und daß es beshalb feine Plane auf andre Beise zu erreichen strebt. Preußen aber, welches zur Beit jener vertraulichen Borbereitung, welche ber treugehorfamft Unterzeichnete auf Grund ber Allerhöchsten Ermächtigung vom 26. November vorigen Jahres begonnen hatte, sich wenigstens nicht ablehnend verhalten hatte, ist seitbem offenbar andrer Meinung geworben. Die bezidierten Erklärungen gegen bas Projett eines fübbeutschen Bunbes, welche Baben in feiner offiziellen "Rarlsruber Beitung" geben ließ, und bie wiederholt burch preußische offiziöse Blätter provozierten Erklärungen, bag an einen folden fübdeutschen Bund nicht gebacht werbe, laffen erkennen, bag Preugen teineswegs mehr gesonnen ift, einen besfallfigen Plan zu unterftugen. 1)

¹⁾ Baben wollte von Anfang an auf bas Projekt bes Sübbunds nur bann näher eingehen, wenn gleichzeitig mit bessen Gründung eine nähere Berbindung mit bem Nordbeutschen Bunde in Aussicht genommen wurde. Bismarc hielt in

Unter biesen Berhältniffen mare jeber Bersuch, eine Magregel wie Die feinerzeit Eurer Roniglichen Majestät proponierte burchzuführen, ohne alle Aussicht auf Erfolg, und der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt, baß Bayern sich einem Mißerfolg biefer Art nicht aussetzen burfe. Sollten fich biese Berhältnisse andern und für Gründung eines subbeutschen Staatenvereins sich wieberum gunftiger gestalten, so wird ber treugehorsamst Unterzeichnete nicht verfäumen, die Sache neuerdings in Angriff zu nehmen, benn er ist nach wie vor ber Ueberzeugung, daß die größte Gefahr für Sübbeutschland noch immer in den nicht erfüllten Bestimmungen des Brager Friedens liegt. Bu diesem Aweck wird er ben Gang ber Ereignisse und bie politischen Ronstellationen genau verfolgen, um in ber Lage zu fein, im richtigen Augenblick ben Blan wieder aufgreifen zu konnen. Allein, wie bereits im Eingange bieses Berichtes ehrerbietigst bemerkt wurde, nur wenn Eure Königliche Majestät sowohl als das Gesamtstaatsministerium einem folchen Plane unbedingt und mit vollem Bertrauen zustimmen, läßt sich ein Erfolg hoffen.

Rönigliches Signat auf vorstehenden Bericht:

Ich habe von Ihrer Darstellung Ginsicht genommen und sehe weiteren Berichten entgegen.

München, 15. April 1868.

Ludwig.

Journal.

München, 18. April 1868.

Nachdem mir der Kronprinz 1) gestern hatte sagen lassen, daß er mich heute zu sprechen wünsche und ich bei ihm frühstücken möchte, begab ich mich um 9 Uhr zu ihm.

Er berührte zu Anfang flüchtig meine Stellung zum Könige, worauf ich aber nicht weiter einging. Wir kamen bann auf die große Politik zu sprechen. Ich benute die Gelegenheit, ihn zu warnen, daß Preußen ja nicht zu übergreifend gegen den Süden vorgehen möchte, wies auf die

einer Unterredung mit dem badischen Gesandten in Berlin am 1. Dezember 1867 das Projekt des Süddunds für in vielen Punkten unannehmbar, widerriet aber bessen fofortige Abweisung und empfahl die Fortsetzung der Berhandlungen. In derselben Zeit lehnte er den in einem Privakschreiben des Miniskers Mathy ausgesprochen Bunsch, er möge sich bereit erklären, Baden in den Nordbeutschen Bund auszunehmen und nur den Zeitpunkt mit Kücksicht auf die europäische Lage noch unbestimmt zu lassen, ab und empfahl dabei der badischen Regierung, "nicht mit zu großer Schärse Ziele zu bezeichnen, welche den mächtigsten süddeutschen Staat in entgegengesete Bahnen treiben müßten".

1) Der Kronprinz von Preußen traf am 17. April in München ein und ftieg in ber Resibenz ab. Er blieb bis zum 18. Abends.

republikanisch-ultramontanen Tendenzen in Württemberg hin, auf die Stimmung in Bayern und vor allem auf Frankreich. Er schien das einzusehen, sprach dann länger über Württemberg und die dortigen Tendenzen, nicht über Baden und verhielt sich überhaupt sehr zurückhaltend. Als die Rede auf die preußischen Intrigen in Oesterreich kam, schien er dies zu mißbilligen, wie denn überhaupt aus seinen Reden eine gewisse Opposition gegen Bismarck hervorzuleuchten schien.

Ueber den Krieg mit Frankreich sagte er, daß die Allianz der südsdeutschen Staaten mit Preußen selbstverständlich das gemeinsame Vorgehen mit Preußen bedinge, fragte, wer der Oberbefehlshaber der dayrischen Truppen sein werde, ging dann über auf die Kriegstüchtigkeit der preußischen Armee und meinte, daß diese der französischen mindestens gleich sei. Auch die Tapferkeit der bayrischen Armee hob er hervor. Im allgemeinen sprach er sich sehr friedlich aus, sagte, daß er den Krieg verabscheue, und daß der Krieg zwar zuweilen unvermeidlich, aber nie als Mittel zum Zweck zu empsehlen sei.

Er scheint die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung als selbstverständlich vorauszusehen, dagegen schien mir, daß er die moralischen Mittel den gewaltsamen vorzieht.

Berlin, 26. April 1868.

Von 8 Uhr bis heute früh 7 Uhr verbrachte ich die Zeit größtenteils schlasend, was ich um so bequemer tun konnte, als ich den ganzen Waggon für mich allein hatte. Gegen Leipzig zu sah ich von Zeit zu Zeit aus dem Wagen und bemerkte an den Stationen verschiedene nahrungsuchende Zollparlamentsmitglieder in verwahrlostem Zustand. Später wurden die Mitglieder mitteilend, man trank zusammen schlechten Kaffee und aß belegte Butterbrote.

Um 12½ Uhr waren wir in Berlin. Die ganze Gesanbtschaft und Staatsrat Weber empfingen mich. Viktor war noch in Potsbam, kam aber bald, nachbem ich Besitz von meiner Wohnung ergriffen hatte. Ein sehr hübscher Salon und ein geräumiges Schlafzimmer im britten Stock.

Um 3 Uhr kam Perglas, der mir verschiedene politische Mitteilungen machte. Er sagt, man wisse nicht, was Bismarck tun werde, wenn ein Antrag auf Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments gestellt werde; Bismarck sei unberechendar. In der Frage der Festungen zeigte er mir eine Antwort, die ihm Bismarck geschickt hat und die entgegenkommend ist. Ich fürchte, er hat sich etwas zu schnell eingelassen.

Barnbüler kommt noch nicht. Er liegt zu Bett, doch glaubt man, daß er nicht wirklich krank ift, sonbern nur den schlechten Empfang fürchtet.

Mit Viktor sprach ich über die Schwierigkeit meiner Lage. Dann kam Roggenbach, der versicherte, Bluntschli habe nicht die Absicht, einen

Antrag auf Erweiterung der Befugnisse des Zollparlaments zu stellen. Es komme ganz darauf an, ob die Stellung eines solchen Antrags meine eigne Lage in Bayern verschlimmere; in diesem Fall werde Bismard Mittel sinden, die nationalliberale Partei daran zu hindern. Roggendach wollte, nachdem ich ihm die Nachteile auseinandergesetzt hatte, die mir ein solcher Antrag brächte, darauf wirken, daß er unterbleibe, nur müsse ich suchen, auf die Bayern zu wirken, was durch Luxburg geschehen kann. Das einzige, was Bluntschlie beabsichtige, sei, den einzelnen Staaten die Mögslichteit zu verschaffen, sich in gewissen Fragen dem Zollparlament anzuschließen, d. h. einzelne Gegenstände ihres Staates dem Zollorganismus einzususgen.

Dann kam er noch auf eine ihm eigene Ibee, er meinte, ob man nicht die Ueberschüffe aus den Bolleinnahmen für bestimmte Festungen verwenden könne, aus denen man eine Art Bundesseskungen machen würde. Der Bollbundesrat musse dann durch eine Militärkommission verstärkt werden.

Abends war ich im Theater. Dort kam Graf Hendel von Donnersmarck zu uns und erklärte, die Nationalliberalen seien alle dafür, mich als ersten Vizepräsidenten zu wählen, und nun möchte man sich mit den Freikonservativen über die Wahl des zweiten Vizepräsidenten einigen. Die Zuneigung der Nationalliberalen wird mir ordentlich unheimlich, doch fängt die Ansicht an Boden zu gewinnen, daß man nicht guttun würde, die süddeutschen Antipathien durch weitergehende Anträge zu reizen. Ich hofse die Freikonservativen noch dahin zu bringen, daß sie sich gegen einen Antrag auf Erweiterung der Zollparlamentskompetenz erklären. Es ist hier ein sehr wohlorganisiertes Fraktionswesen, das seine Vorteile hat.

Bismarck habe ich noch nicht gesprochen. Heute ist die Eröffnung. Perglas muß als bayrischer Zollbundesrat das Hoch auf den König von Preußen ausbringen, was ihn sehr beschäftigt. Es läßt sich aber nicht vermeiden.

Berlin, 28. April 1868.

Gestern war um 12 Uhr ber Gottesbienst, bem ich in der katholischen Kirche beiwohnte, und um 1 Uhr Eröffnung des Zollparlaments. Die Berssammlung im Weißen Saal war höchst glänzend. Als wir hineintraten, war der Saal noch sast leer, da der protestantische Gottesbienst in der Schloßkapelle noch nicht beendigt war. Wir begrüßten uns gegenseitig. Ich sand viele alt gewordene Jugendbekannte, so Roßhirt, den ich seit Heibelberg, Oheimb, den detmoldschen Minister, den ich seit Bonn nicht mehr gesehen hatte. Ersterer ist ultramontanes Mitglied des Zollparlaments, Oheimb ist detmoldscher Bundesrat. Nach und nach füllte sich der Saal mit Beamten und Ofsizieren, die man, um den Saal zu füllen, dazu ein-

geladen oder befohlen hatte. Endlich war die Predigt zu Ende, und es ging ber Zug bes Königs bie Treppe herunter. Alles war fehr glanzend. Der Rönig ging burch ben Saal, hielt fich nur bei mir auf, um fich nach bem Befinden Seiner Majestat unsers Königs zu erkundigen. verließ er wieber ben Saal, und unterdeffen ftellte fich alles auf, links neben bem Thron die Mitglieder bes Bunbesrats, Bismarc und Perglas an ber Spige, rechts waren leere Stuble fur bie Bringen, und wir ftanben bem Thron gegenüber. Nun kam ber König mit ben Bringen, nahm auf bem Thron ftebend Blat, bebedte fich und las die Thronrede. Wir waren alle fehr gespannt; die Rebe machte auf mich einen beruhigenden Gindruck und wird wohl auch so im allgemeinen wirten. Das hoch beim Eintritt bes Rönigs brachte ber Altersprafibent Baron Frankenberg aus. Am Schluß der Thronrede geschah bies burch Perglas. Die Formel mar vorber diskutiert worden zwischen Perglas, Delbrud und Bismard, ob "König von Preußen" ober "König Wilhelm". Man entschied fich fur "König Wilhelm", weil man fand, daß bies ructfichtsvoller für die Subbeutschen Perglas machte seine Sache gang gut. Nach ber Eröffnung wurde burch ben Alterspräsibenten bie Sitzung für 3 Uhr nachmittags angesetzt. Ich hatte vorher Audienz beim König. Derfelbe empfing mich wie gewöhnlich fehr liebensmurbig. Er beklagte fich über bie gang unbegrundeten Befürchtungen ber Gubbeutschen. Es sei ungerecht, meinte ber Ronig, ibm Groberungsgelufte jugufchreiben. Er flagte bann über bie Infulten, mit welchen er in Gubbeutschland verfolgt murbe. Ich entschuldigte uns, baß wir nichts gegen bie Preffe tun konnten, ba bie Gefetgebung mangels haft sei. Er erwiderte, daß er uns auch keinen Vorwurf mache. sprachen bann von bem Bollparlament. Ich betonte, daß es munschenswert fei, wenn sich basselbe ziemlich ruhig verhalte und keine Rompetengüberschreitung anftrebe. Der König sagte, er sei bamit einverstanden, verwies aber auf bie Elemente, welche fich in Darmftabt geltend machten und die auf den Gintritt in den Norddeutschen Bund drangten, da ihre Stellung unhaltbar fei. Uebrigens gab er gleichzeitig zu, daß die Frangofen bies als eine Ueberschreitung ber Mainlinie ansehen würden, und daß es bann jum Rrieg tommen tonne, wenn nämlich Preugen auf Diefe Bunfche einginge. Da ber König mube war und noch andre Leute warteten, so bauerte bie Audienz nur gang turze Beit.

Um 3 Uhr war dann Sitzung des Zollparlaments. Hier fand nur die Auslosung in die Abteilungen statt. Um 4 Uhr machte ich einige Besuche, um 6 Uhr war Diner dei Perglas mit Viktor, Luxdurg und Berchem. Um 8 Uhr hatte ich mit Bismarck ausgemacht ihn zu besuchen. Ich sand ihn wie gewöhnlich sehr liebenswürdig und zuvorkommend. Ueber das Zollparlament äußerte er sich zurückhaltend. Er sprach die

Hoffnung aus, daß alles ruhig verlaufen werde. Wir kamen bann auf die Festungsfrage zu sprechen, wo er seine Uebereinstimmung mit dem Blan der Auseinandersetzung des Bundeseigentums aussprach, die Notwendigkeit hervorhob, daß Bayern bei der Frage der Verwaltung und der Besatung von Ulm die vorwiegende Stellung haben musse, daß Burttemberg mehr bei Rastatt beteiligt sei, und daß es Preußen nicht einfalle, die füdbeutschen Staaten, namentlich Württemberg und Baben, durch Herauszahlenlaffen von Gelbern zu benachteiligen. Es handle fich barum, Gubbeutschland verteidigungsfähig zu machen. Man muffe sich über die Unterhaltung von Mainz, Raftatt und Ulm verständigen. Dies werde sich bann bei ber Beratung über bie Auseinanbersetzung bes Bundeseigentums schon ergeben. Bas ben Krieg mit Frankreich anbetreffe, so fei es ebenfo unmöglich, barüber etwas Sicheres zu fagen, als über bas Better, welches im Juli sein werde. Doch glaube er nicht an den Krieg, da Frantreich fich zweimal besinnen werbe, ebe es mit Deutschland anbinde. Der französische Kriegsplan bestehe barin, in Gubbeutschland mit 50 000 Mann einzufallen und biefe Staaten zur Neutralität zu zwingen. Da werbe bann ein schwieriger Moment für Gubbeutschland tommen, denn Preußen werde zwar sofort 200 000 Mann bei Roblenz und bald 500000 bort haben und damit auf Paris marschieren, allein dazu gehöre Reit. Seien wir gerüftet und konnten wir die Franzosen aufhalten, so fei dies um fo beffer.

Um neun Uhr ging ich zur Königin. Sie sprach sehr lange über ben König von Bayern und drückte ihre Sympathie für ihn aus. Sie hoffte, daß er sich bald verheiraten werde. Später kam der König, dann Roggendach, Wathdorf und Viktor. Es war von verschiedenen Dingen die Rede, besonders von der Abresse, die Konservativen mißbilligen. Bismarck soll dagegen sein, doch äußert er sich vorsichtig. Man will es hier offendar mit der nationalliberalen Partei nicht verderben.

In der Sitzung des Zollparlaments vom 28. April 1868 wurde Fürst Hohenlohe mit 238 von 301 gültigen Stimmen (59 waren auf den Freiherrn von Thüngen gefallen) zum ersten Bizepräsidenten gewählt.

Er nahm die Wahl mit ben Worten an:

Gestatten Sie, meine Herren, Ihnen meinen tiefgefühlten Dank zu sagen für die Shre, die Sie mir erweisen, indem Sie mich zu Ihrem ersten Vizepräsidenten ernennen. Ich weiß zwar wohl, daß ich diese Ehre nicht eignem Verdienste, sondern der Rücksicht verdanke, welche ein großer

¹⁾ Der nationalliberale Antrag Met und Genossen ging bahin, daß das Zolls parlament eine Abresse an den König von Preußen richten folse.

Teil dieser Versammlung den süddeutschen Mitgliedern derselben schuldig zu sein glaubt. Allein diese Ueberzeugung vermindert nicht, sondern ershöht meine Dankbarkeit. Denn, ich darf wohl sagen, Sie reichen uns damit freundschaftlich die Hand, die wir ergreisen in dem Vertrauen, daß süddeutsche Eigenart und süddeutsche Anschauungen in dieser Versammlung Achtung und Anerkennung sinden werden, daß es gelingen werde, die Ausgabe, die uns der Vertrag vom 8. Juli v. J. zugewiesen hat, in patriotischer Eintracht und Hingebung zu lösen.

Journal.

Berlin, 29. April, Abenbs.

Heute Morgen war zunächst Sitzung der Abteilungen. Ich fand Franckenstein, Aretin und Eichthal, die Mitglieder derselben Abteilung waren. Zum Vorsitzenden wurde Twesten gewählt, zu Schriftsührern einige Unbekannte.

Dann begann die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten. Das dauerte einige Stunden. Simson wurde mit großer Mehrheit gewählt, ich desgleichen, worauf ich meine Dankrede hielt, die guten Eindruck machte, da ich sie frei und sließend vortrug. Auch der Inhalt wurde allseitig als taktvoll gerühmt. Ich war froh, auf diese Weise debütiert zu haben. Es ist keine Kleinigkeit, vor dieser Versammlung zu sprechen. Unmittelbar darauf ließen sich mir eine Menge Mitglieder vorsstellen.

Hugos 1) Wahl konnte erst im zweiten Skrutinium zustande kommen. Dann ging ich nach Hause, um mich umzuziehen, und um 4 Uhr suhren wir zu dem großen Bankett. Es war eine äußerst glänzende Versammlung, sehr merkwürdig, der König und die Königin sehr liebens-würdig. Abends Kasino und Theater.

Berlin, 8. Mai 1868.

Nachdem ich geftern Morgen um acht Uhr in Berlin angekommen war, schickte ich zunächst zu Roggenbach, um über den Stand der Verhandlungen über die Abresse genaue Auskunft zu erhalten. Roggenbach kam auch bald und teilte mir den Bortlaut seiner motivierten Tagesordnung mit, der ich vollständig beistimmen zu können glaubte. Auch mit Taufstirchen und Luxburg, die etwas später kamen, wurde die Sache durchgesprochen, und es zeigte sich, daß nach vorhergegangenen Fraktionsbesprechungen der Antrag auf einsache Tagesordnung die meisten Aussichten auf Annahme haben werde. Der Austritt der Fraktion von Thüngen war nach

¹⁾ Fürft Hugo zu Hohenlohe-Dehringen, Berzog von Ujeft.

wie vor beschlossen, wenn die einfache Tagesordnung nicht angenommen werde, und die beiden württembergischen Minister waren entschlossen, ebenfalls den Saal zu verlassen. Ich ging mit der Absicht, für die motivierte Tagesordnung zu stimmen, in die Sitzung. 1)

Bennigsen sprach zuerft als Referent für bie Abresse. Er war burchaus ruhig und gemäßigt, und seine Rebe machte guten Gindruck. Thungen sprach barauf in verföhnlicher Absicht, aber nicht besonders gut. Der Ausbruck, daß die Freundschaft zwischen Gud- und Nordbeutschland "eine zarte Pflanze" sei, war offenbar unglücklich gewählt, benn er erreate große Heiterkeit in der Versammlung. Nach ihm sprach Blankenburg für einfache Tagesordnung und Bluntschli für die Abresse. Blankenburg hatte einfache Tagesordnung beantragt, aber mit Motiven verfeben, bie febr annehmbar waren. Seine Rebe war geiftreich, aber etwas zu fehr auf die Beiterkeit bes Saufes berechnet. Bluntschli sprach lang. weitläufig, ermübete bie Berfammlung und schabete baburch feiner Sache. 3ch fand nun, daß nur die Nationalliberalen und die dem Gintritt in ben Nordbeutschen Bund hulbigenden Süddeutschen gegen, und daß alle andern Fraktionen für die einfache Tagesordnung seien mit Ausnahme jener Mitglieder, welche wie Ujest und Roggenbach die motivierte Tagesordnung unterzeichnet hatten. So ware ich als baprischer Minister in bie schiefe Stellung geraten, nicht allein gegen bie Ronfervativen und Ultramontanen, sondern auch gegen foberalistische Fraktionen zu ftimmen. Damit hatte ich trot bes gemäßigten Wortlauts ber motivierten Tagesordnung mich auf den Standpunkt ber Partei gestellt, die in ihren letten Zielen die Aufhebung ber Selbständigkeit der Ginzelftaaten anftrebt. Gine folche Stellung mare mehr als ichief gewesen und hatte bie baprifche Regierung als folche kompromittiert. Nachbem alle Redner gegen die Abresse die Festhaltung an den Verträgen, Thüngen selbst — zum Entsetzen feiner Partei — die Fortentwicklung auf bem Wege des Vertrags hervorgehoben hatten, entschloß ich mich, ber einfachen Tagesordnung beizuftimmen und besprach dies auch mit Ebel und einigen andern Bayern, die meinen Entschluß volltommen billigten. Selbst Stauffenberg, ber gegen die ein-

¹⁾ Die motivierte Tagesorbnung bes Freiherrn von Roggenbach lautete: "In Erwägung, daß die Reugestaltung des Zollvereins auf Grund des Zollvertrags durch Berufung von Vertretern des deutschen Volks zu einer gemeinsamen Geschzgebungstätigkeit das Unterpfand einer stetigen Fortentwicklung der nationalen Institutionen gewährt und den berechtigten nationalen Ansprüchen auf wirksame Einigung der Staatskräfte eine besriedigende Ersüllung sichert, in Erwägung, daß ein einmültiges Zusammenwirken für die Aufgaden des Zollparlaments dieses Ziel am meisten zu fördern geeignet ist, wird über den Abrehantrag die Tagesordnung beantragt."

fache Tagesordnung zu stimmen gezwungen war, riet mir dazu, dafür zu stimmen. Die Majorität nahm dann die einsache Tagesordnung an, 1) und damit wurde einer mehrtägigen unliebsamen Debatte ein Ende gemacht. Nach der Sizung wurde dieses Resultat vielsach besprochen, indessen neigt sich die größere Mehrheit aller Urteilssähigen dahin, dasselbe als günstig anzusehen. Denn wenn auch damit die nationale Frage vertagt ist, so entspricht dies doch der gegenwärtigen Stimmung in Süddeutschland und wird wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beitragen, was vorsäusig die Hauptsache ist, wenn nicht die Annäherung der deutschen Stämme aneinander bedroht werden soll. Den Franzosen gegenüber würde ich ein andres Resultat gewünscht haben, denn diese werden darsüber Freude empfinden. Allein wenn damit die Irritation in Frankreich beschwichtigt und der Friede gesichert wird, so ist das auch ein günstiges Resultat.

Bismarck hat sich bei ber ganzen Debatte und bei den vorhergehenden Besprechungen sehr zurückhaltend benommen. Man sagt, die Kriegsbefürchtungen nehmen hier zu, namentlich infolge von Nachrichten aus England. Ich werde heute diplomatische Besuche machen und hoffe näheres zu erfahren.

Am 21. Mai fand in der neuen Börse ein Bankett statt, welches die Stadt Berlin zu Ehren der sübdeutschen Abgeordneten zum Zollparlament gab. Graf Bismarck hielt die erste Rede, welche mit einem herzlichen "Auf Wiedersehen!" an die süddeutschen Brüder schloß. Darauf erwiderte Fürst Hohenlohe:

Die Begeisterung, welche die Worte des Bundeskanzlers in den Herzen der Süddeutschen hervorgerufen haben, mag Ihnen beweisen, daß eine Annäherung zwischen Süd und Nord stattgefunden hat, welche nicht vermindert, sondern vermehrt worden ist durch die Arbeit des Zollparlaments. Ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage: die Arbeit deutschen Geistes hat das Band der Stämme enger geschlungen. Diesem Verständnis deutschen Geistes ist eine Mission zuteil geworden, herrlicher und höher als andre sogenannte zivilisatorische Missionen. (Stürmischer Beisall.) Lassen Sie uns in diesem Geist, lassen Sie uns in diesem Geist, lassen Sie uns in diesem Sinne bringe ich ein Hoch der Vereinigung der deutschen Stämme!

Nach dem Fürsten redete Bölk auf "die Zukunft des deutschen Staats".

¹⁾ Mit 186 gegen 150 Stimmen. Die Majorität bestand aus den Konservativen, der Fortschrittspartei und der süddeutschen Fraktion.

Journal.

Berlin, 23. Mai 1868.

Infolge ber vielen ermübenben Situngen mußte ich meine Aufzeichnungen ausseten. Bon Bichtigkeit tam auch wenig vor. Die Sitzungen waren interessant, sind indessen stenographiert und gedruckt. Außerhalb ber Sitzung war ein Gespräch mit Barnbuler über die Festungsfrage und einige Unterredungen mit Bismarc und endlich eine von Bluntschli gewünschte Besprechung wichtig. Barnbuler sieht meine Stellung bier mit scheelen Augen an, der Bizepräsident des Zollparlaments, meine auten Beziehungen zu Bismarck, ber von mir weiß, daß ich ihn nicht betruge, meine Stellung zum hofe u. f. m., bas alles "giftet" ihn und bat ihn veranlaßt, seinem Unwohlsein, welches nicht zu bestreiten ist, eine größere Ausdehnung zu geben, als es vielleicht nötig gewesen ware. Bei meiner ersten Unterhaltung mit Varnbüler wurde die Festungsfrage verhandelt. 1) Barnbüler wollte auf eine Berftändigung kommen, glaubte mit mir allein leicht fertig zu werden und wollte deshalb direkte Verhandlungen mit mir führen. Ich aber berief Bölberndorff von München mit den Atten. Bei ber Besprechung tamen wir barin überein, daß eine Verständigung vor ber Berufung ber Liquibationskommission nötig sei zwischen Bayern und Württemberg. Daß sie aber zustande kommen wird, das ist die Frage, und beshalb ging ich auf ben Bunsch Barnbulers nicht ein und gab die Zusammenberufung der Liquidationskommission nicht auf, sondern faßte das Protofoll in einer Art, daß die Berufung der Liquidationskommission nicht von bem Buftanbekommen ber Verftändigung zwischen Bayern und Württemberg (über Ulm) abhängig gemacht werbe. Barnbüler wünscht auch, daß vor dem Ausbruch eines Krieges mit Frankreich Breußen Rusicherungen mache,

- 1. daß wir nach dem Krieg an den Friedensverhandlungen teilnehmen,
- 2. daß nach dem Krieg der Rechtszustand bleibe, wie er ift.

¹⁾ Die Bundekliquidationklommission (siehe Seite 200) hatte sich am 31. Juli 1867 vertagt, ohne, wie Bayern gewünscht hatte, die tatsächliche Auseinandersetung durchzusühren. Die gegenseitigen Ansprüche waren nur rechnerisch sestgestellt worden. Diese Rechtklage hinderte die freie Versügung der Territorialstaaten über das in den süddeutschen Festungen besindliche bewegliche Material. Die dayrische Regierung hatte daher im April 1868 Verhandlungen angeregt mit dem Zwecke, "die disher noch bestehende faktische Gemeinschaft des deweglichen Gigentums der ehemaligen Bundessestungen durch desinitive Teilung auseinanderzusehen". Den Mitgliedern der hierzu zu berusenden Kommission sollte nach dem Bunsche der dayrischen Regierung zugleich die Beratung über die Bildung einer ständigen süddebeutschen Militärkommission und über ein gemeinsames Festungsreglement übertragen werden. Ueder die Verhältnisse der Festung Ulm, die wegen ihrer geographischen Lage nur als ein einheitlich verwalteter Wassenplag ihren Zweck erfüllen konnte, war eine Verständigung zwischen Bayern und Württemberg äußerst bringlich.

Ich machte dagegen barauf aufmerksam, daß Breußen nicht darauf einzehen werde. Barnbüler wünschte zu wissen, ob ich nichts dagegen hätte, ohne Zweisel, um sich darauf bei Bismarck zu berusen. Ich setzte indessen, da ich morgen abreise, Perglas davon in Kenntnis, um zu überwachen, was Barnbüler tut.

Bluntschli war bei mir, um mir zu sagen, daß doch nun etwas geschehen müffe, um die nationale Sache zu fördern, man könne aber nichts tun ohne Bismarck, und Bismarck habe Rücksichten auf Bayern, und deschalb komme viel auf uns an. Er führte dann aus, daß es für Baden und Hessen unmöglich sei, länger so zu bleiben, wie sie jetzt sind, Bismarck würde sie auch in den Norddeutschen Bund aufnehmen, kümmere sich gar nicht um Frankreich, wohl aber um Bayern. Ob man uns denn nicht etwas bieten könne, eine Ausnahmestellung, wodurch wir so bevorzugt wären, daß wir dann uns leichter in eine Berbindung einlassen könnten. Bayern sei ein Staat von berechtigter Bedeutung, den man nicht ebenso wie Baden und Hessen behandeln könne.

Auf meine Frage, was er sich benn unter der bevorzugten Stellung Bayerns denke, sagte er, die Diplomatie und das Heer könne man Bayern belassen und dem König ein Ehrenamt einräumen, etwa ein Reichsvikariat. Ich setzte ihm auseinander, daß es sehr schwer sei, diese Konzessionen als genügend darzustellen. Die Gegner des Eintritts in den Norddeutschen Bund würden sich dadurch nicht bestimmen lassen. Die Dynastie würde nicht, um einer Eventualität zu entgehen, die noch nicht sessssicheres Unangenehmes annehmen. Uebrigens stellte ich ihm anheim, mir einmal schriftlich seine Ansichten mitzuteilen. Roggenbach, den ich nachher sprach, war entgegengesetzer Ansicht. Er meinte, man solle jetzt gar nichts tun. Es sei gar kein Grund dazu vorhanden.

Berlin, 24. Mai 1868.

ı

Bei meinem Abschiedsbesuch bei Bismarck kam zunächst die Rede auf das Zollparlament, auf dessen Erfolg, auf die Thronschlußrede, die den Nationalliberalen nicht gefallen habe, was Bismarck mit einem gewissen Empressement hervorhob, und dann lenkte ich das Gespräch auf die Militärund Festungsfrage. Er wiederholte in dieser Beziehung, was er mir schon gesagt hatte, daß er nämlich vorziehe, wenn die Beratungen mit dem bayrischen Militärbevollmächtigten allein ohne den württembergischen gepslogen würden, da aus einer gemeinschaftlichen Beratung leicht Beunruhigung der öffentlichen Meinung hervorgehen könnte. Was die Festungsfrage betresse, so legt er augenscheinlich großen Wert auf die Auseinandersetzungskommission und bat, die Sache nicht fallen zu lassen. Ueber die militärische Bedeutung von Ulm sprach er sich nicht beutlich

aus, doch schien aus seinen Aeußerungen die Befürchtung bervorzugeben, daß, wenn wir Ulm ganz an Württemberg überließen und nicht vorher die Festung ganz eingelegt würde, dann Defterreich bei Gelegercheit die Hand barauf legen würde. Wie bebenklich überhaupt die Stellung von Desterreich gegenüber von Bayern sei, suchte er nachzuweisen, indem er erzählte, daß man in Nitolsburg sich zu einer Abtretung von Desterreichisch-Schlesien bereit erklärt habe, wenn man dafür die Grenze an den Inn verlege; ebenso hätten kühne Bolitiker in Nikolsburg von einer Abtretung bes alten österreichischen Bürttembergs vom Schwarzwald bis UIm gefprochen. Jebenfalls muß bei ber Auseinandersetzung von bem Besatzungs= recht Bayerns in Ulm gesprochen werben. Es ift gut, bag wir uns Barnbüler gegenüber nicht weiter gebunden haben, als wir es taten, und es ift notwendig, daß wir bei der Beratung mit den württembergischen Rommiffaren nicht das Geringste aufgeben, da uns Preußen aus Furcht vor ber fünftigen Besetzung Ulms burch Defterreich entschieden unterftützen wird. Die Zusammenberufung der Liquidationskommission wünscht Bismarck nicht vor Ende August, ba er ihr boch eine so große Bichtigkeit beilegt, baß er nicht gut ohne Renntnis bes bort Borgehenden bleiben möchte und seinen Urlaub nicht früher unterbrechen will.

3ch fragte bann, ob seit ber Eröffnung bes Grafen Wimpffen über bas Gespräch zwischen mir und Beuft im November bie Frage bes subbeutschen Bundes nicht von öfterreichischer Seite wieder angeregt worden sei. Er bemertte naturlich, daß ich die Frage nur deshalb gestellt hatte, um zu wissen, mas er zu bem subbeutschen Bunbe sage, und erklarte sofort, er selbst sei eigentlich gar tein Gegner besselben, er teile nicht die Ansicht, daß dadurch die Trennung Deutschlands, die Verewigung der Mainlinie geschaffen werbe, führte bies aber nicht weiter aus. Doch fügte er bei, wenn er sich nicht bafür aussprechen konne, so liege ber Grund barin. daß er damit die öffentliche Meinung und insbesondere die Nationals liberalen verlegen wurde, die barin ein Attentat auf die Ginigung der beutschen Stämme erblickten. Er erkenne im Gegenteil barin ein Mittel zur Verftandigung. Auf meine Bemertung, daß eine Verftandigung zwischen Breußen und Desterreich von Bebeutung sei, um biesen Plan zu förbern, fagte er, daß Beuft sich immer zuruchaltend benehme, daß er die Tauff= firchensche Mission falsch bargestellt und nicht benützt habe, daß die Folge bavon eine engere Verbindung amischen Rugland und Preugen gewesen sei. Er verkannte nicht die Rucksicht, die Beuft den Franzosen schuldig war, bedauerte aber, ob nun aufrichtig ober nicht, daß eine Annaberung amischen Preußen und Defterreich bis jett nicht möglich gewesen sei. Was die Kriegsfrage anbetrifft, so wiederholte er mir, was er bereits früher gesagt, daß die Frangosen nur 320 000 Mann ins Feld stellen könnten,

Nordbeutschland aber 500 000 zu seiner sofortigen Disposition habe. Er erzählte mir ferner ein Gespräch, welches er gestern gehabt, wo ein Gegner der Allianzverträge aus Württemberg sich dahin ausgesprochen habe, beim Ausbruch eines Krieges mit Frankreich müßten wir alle gegen Frankreich gehen. Er (Vismarch) habe ihm darauf erwidert, daß es eine ganz ungerechtsertigte Vermutung sei, wenn man glaube, Preußen werde die Unianzverträge zu Eroberungskriegen benützen. Er wisse nicht, was Preußen erobern solle, er zählte die Länder an der Grenze auf, nannte Polen, Vöhmen, Velgien und das Elsaß.

Schließlich schieden wir auf das freundschaftlichste. Ich unterließ es, die Frage der Beglaubigung des bayrischen Gesandten beim Nordbeutschen Bund zu berühren, da ich es für zweckmäßiger hielt, mich keiner aussweichenden Antwort auszusehen, und vorziehe, dies bei Werthern zur Sprache zu bringen.

Rebe, gehalten im "Bayrischen Hof" beim Diner am Ronftitutionsfest.

26. Mai 1868.

Meine Herren! Wenn es einen Tag gibt, an welchem wir stolz sein können, uns Bayern zu nennen, wenn es ein Fest gibt, das uns berechtigt, mit hoher Befriedigung auf die Vergangenheit und mit freudiger Zuversicht in die Zukunft zu blicken, so ist es das heutige Fest der Einigung zwischen Fürst und Volk, jener Einigung, die die Grundlage unsrer Freiheit, unsrer Selbständigkeit, unsrer staatlichen Existenz ist. Daß wir aber dieses Fest in ungetrübter Freude seiern, das verdanken wir unsrer Dynastie, und darum ist es gerechtsertigt, wenn heute vor unserm dankbaren Blick die erhabenen Gestalten der Monarchen aufsteigen, in deren Hände in dieser Zeit die Geschicke unsers Vaterlandes geruht haben.

Und hier sehen wir zuerst König Maximilian I., ben bas Bolk mit Recht den Guten nennt, den unvergeßlichen Geber der Versaffung, den seltenen Monarchen, der aus eignem freien Antriebe das staatsrechtliche Band dargeboten, welches nun seit fünfzig Jahren Krone und Bolk zu einträchtigem Handeln umschlingt.

Wir sehen König Ludwig I., wie er sest und selbstbewußt den Thron der Bäter betritt und in langer und segensreicher Regierung und in längerem segensreichem Leben gerecht und beharrlich die Ziele verfolgt, die sein hoher Geist ihm als die richtigen vorzeichnete. Was König Ludwig Bayern war, was er der Welt war, das haben beredtere Lippen vor turzem geschildert; jede Beredsamkeit muß aber zurücktreten vor seinen Werken und vor den Tränen, mit denen sein Volk ihn zur letzten Ruhesstätte geleitet hat.

Ein harmonisches Bild bietet die Erinnerung an den König Max II., bessen warme Begeisterung für Wahrheit und Recht, dessen freundliche Milde, dessen sorgsame Gewissenhaftigkeit ihn stets die Mittel sinden ließen, den Frieden mit seinem Volke zu erhalten oder, wenn er erschüttert war, ihn wieder zu festigen.

Und über diesem ganzen Fürstenhause schwebt ein Geist der Treue, der die Bersuchung fernhält, die da drehen und deuten möchte an dem gegebenen Fürstenwort.

So ist unser allergnäbigster König und Herr, bes jetzt regierenden Königs Ludwig II. Majestät, unter Auspizien erhabener Borbilder an die Regierung getreten.

Auch ihm ward eine reiche Fülle geistiger Gaben zuteil, in höherem Maße vielleicht als irgend einem seiner Vorgänger. Wir sehen darin um so mehr eine sichere Gewähr für die Zukunft, als es dem Könige in der kurzen Zeit seiner Regierung gelungen ist, die Fortbildung unster inneren Zustände in einer Weise zu fördern, die zu den schönsten Hossmungen berechtigt. Und wie heute der König in edeln Worten an sein Volk es ausgesprochen hat, "daß auch er nach dem Vorbild seiner Ahnen das Banner der Versfassung hochhalten werde", so bringen wir ihm heute den Ausdruck des Dankes, der Verehrung und der Liebe dar, der Liebe seines Volkes, die das wahre Fundament jedes Fürstenthrones ist.

Bericht bes bayrischen Gefandten in Berlin, Freiherrn von Perglas.

Berlin, 25. Mai 1868.

Nachdem Eure Durchlaucht bereits mündlich von mir über eine Mitzteilung des französischen Botschafters in Berlin unterrichtet worden sind, ermangle ich nicht, dieselbe hier schriftlich vorzutragen.

Herr Benedetti kam gestern zu mir und beklagte sich formell über ben Ausbruck eines Passus in der Rede, welchen Eure Durchlaucht bei dem Feste in der Börse gebraucht hätten, als Hochdieselben nämlich von "angeblich zivilisatorischer Mission einer andern Nation" gesprochen hätten. Da durch den öffentlichen Beisall, welcher diesem Gedanken und seiner Fassung gezollt worden sei und durch die hier desfalls verbreitete und geltende Ansicht der Passus unverkenntlich sich auf Frankreich beziehe, bedaure er lebhaft, daß Eure Durchlaucht sich bewogen gefunden hätten, diesen Ausdruck als Minister von Bayern öffentlich zu gebrauchen, denn er werde von der Presse ausgebeutet und wegen des noch verletzenderen Worts "angeblich" in Frankreich einen sehr übeln Eindruck verursachen. Er müsse dieses Versahren Eurer Durchlaucht als nicht "courtois" beziechnen, insbesondere im Hindlick auf die äußerste Reserve der franzeichnen, insbesondere im Hindlick auf die äußerste Reserve der franzeichnen, insbesondere im Hindlick auf die äußerste Reserve der franzeichnen, insbesondere im Hindlick auf die äußerste Reserve der franzeichnen, insbesondere im Hindlick auf die äußerste Reserve der franzeichnen, insbesondere im Hindlick auf die äußerste Reserve der franzeichnen.

zösischen Regierung und die absolute Zurückhaltung der französischen Botschaft in Berlin bei Gelegenheit der Zusammenkunft des Zollparlaments und überhaupt der inneren Angelegenheiten Deutschlands, daher ihm die Saltung Eurer Durchlaucht hier nicht billig und gerechtsertigt erscheine und er mir nicht vorenthalten wolle, daß er in diesem Sinne nach Paris berichtet habe, da überdies sein Eindruck von allen Personen geteilt werde, mit welchen er über die Sache verkehrt habe.

Herr Benedetti hatte den Ausfall auch als auf die Person des Raisers gerichtet bezeichnet. Hier, wie überhaupt bezüglich seiner Beschwerde, wies ich zurück jede direkte Absicht einer ofsiziellen ministeriellen Berletzung der Rücksichten gegen Frankreich von seiten Eurer Durchlaucht und erinnerte vielmehr den Botschafter an meine Mission in Paris, während welcher Eure Durchlaucht sortwährend durch mich Beweise an die französische Regierung haben gelangen lassen von dem Werte, den Hochdieselben auf gute und intime Rapports mit der französischen Regierung legten — ich könnte nicht zugeben, daß Eure Durchlaucht eine Nation resp. die französische bezeichnet hätten, am wenigsten aber die Person des Kaisers.

Herr Benedetti ersuchte mich, von seiner Mitteilung Eurer Durchs laucht Nachricht geben zu wollen. Er beharrte bei seiner empfindlichen Auffassung, bewahrte aber den Ton der freundlichen und guten Bezaiehungen, welche zwischen mir und ihm bestehen.

Aufzeichnung bes Fürsten vom 28. Mai 1868.

Die Depesche bes Freiherrn von Perglas veranlaßte mich, bei Geschenheit eines Gesprächs mit dem Marquis de Cadore diesem mein Erstaunen auszudrücken über die mir von Benedetti durch Perglas zugegangene Mitteilung. Ich bemerkte ihm dabei, daß es vollkommen irrig sei, wenn der Botschafter in Berlin darin eine Aeußerung des bayrischen Ministers erblicke, daß ich als Bollparlamentsabgeordneter gesprochen, auch der französischen Nation nicht Erwähnung getan habe und deshalb nur bedaure, wenn die überdies nur unvollkommen wiedergegebene Aeußerung Anlaß zu Mißverständnissen habe geben können.

An ben bagrifchen Gefandten in Berlin.

München, 28. Mai 1868.

Infolge ber in Ihrem Berichte enthaltenen Mitteilung begab ich mich gestern zu bem hier beglaubigten Kaiserlichen Gesandten Marquis de Cadore und drückte ihm mein Erstaunen aus, wie Herr Benedetti dazu komme, mir eine berartige Eröffnung durch E. H. machen zu lassen. Ich müsse annehmen, daß dies lediglich eine Privatansicht des Herrn Benedetti

sei, was Herr be Cadore ebenfalls nicht bezweiselte. Ich fügte ferner bei, daß meine Aeußerung nicht als die Ansicht der bayrischen Regierung gelten könne, daß ich überdem bei jenem Toast der französischen Nation keine Erwähnung getan hätte und daß ich bedaure, wenn diese Aeußerung zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe. Ich teile E. H. dies lediglich als Notiz zu Ihren Alten mit, ohne damit den Auftrag zu einer weiteren Mitteilung irgendeiner Art zu verbinden.

Journal.

München, 5. Juni 1868.

Gestern war ich bei dem Diner, welches der französische Gesandte dem hier durchreisenden Prinzen Napoleon i gab. Anwesend waren außer dem Gefolge des Prinzen und dem Personal der französischen Gessandtschaft: Graf Castell, Graf Moy, General von der Tann, Herr von Schrenck, der österreichische und der italienische Gesandte.

Ich saß neben dem Prinzen. Während der Tasel sprach er von versschiedenen Gegenständen der inneren Berwaltung Bayerns, von der Zussammensehung der Kammer der Reichsräte, von der Tätigkeit der Kammer, vom Budget u. s. w. Er schien sehr genau bekannt, und seine Fragen bezweckten nur die Bestätigung von dem, was man ihm schon früher gessagt hatte.

Nach Tisch im Lauf des Abends zog der Prinz mich beiseite und ließ sich auf ein tiefer eingreifendes politisches Gespräch ein.

Er sprach über Württemberg, das er genau kennt, erzählte, daß der Geist der württembergischen Offiziere sich eigentümlich geändert habe, daß die württembergischen Offiziere misvergnügt seien, einer kleinen Armee anzugehören, und sich danach sehnten, Teile einer deutschen Armee zu werden. Dann sprach er vom Zollverein, von den Gesahren, die in der neuen Organisation für die Selbständigkeit der einzelnen süddeutschen Staaten lägen, es sei kein Vertrag, sondern ein Verein, der uns zu Teilen eines größeren Ganzen mache, erwähnte des bereits in der bekannten Depesche des Grasen Quadt berührten Vergleichs mit Belgien, schloß aber damit, daß nichts zu machen sei. Auch der Allianzverträge erwähnte er und bestritt die Gegenseitigkeit derselben. Er erzählte, er habe Bismarck gefragt, ob er den Casus soederis anerkennen werde, wenn einmal Bayern, um Tirol zu erobern, Krieg gegen Desterreich ansangen werde, worauf ihm Vismarck geantwortet habe: "de droit, oui, de sait, non."

¹⁾ Prinz Napoleon hielt sich auf seiner Reise durch Deutschland vom 3. bis 5. Juni in München auf. König Ludwig hatte sich nicht entschließen können, ihn zu empfangen.

Der süddeutsche Bund sei früher möglich gewesen, jetzt nicht mehr. Württemberg würde nur zugunsten einer grande Allemagne auf seine Autonomie verzichten, nicht aber zugunsten Bayerns. Ja, wenn der König von Bayern alles aufs Spiel setzen wollte, aufs Pferd steigen und mit Hilse der Revolution den König von Württemberg und den Großherzog von Baden vertreiben wollte, dann sei es möglich, ein süddeutsches Königreich zu gründen, das an Oesterreich und Frankreich gute Alliierte haben werde. Er sügte bei: "Je n'ai jamais compris la triade avec deux souverains et une consédération." Nur eine zentralisierte Monarchie könnte die Trias begründen. Das sei aber ein gefährlicher Weg, und dazu gehöre ein schon gereister Monarch, der sehr populär in Deutschland und der sehr kühn vorzugehen entschlossen sei.

Auf die Kriegsfrage übergehend, erlaubte ich mir zu sagen, daß es mir unbegreiflich scheine, wie man in Frankreich zum Krieg drängen könne. Niemand werde dabei gewinnen.

Er gab dies zu, sagte aber, man musse die Eigentümlichkeit des französischen Charakters in Anschlag bringen. Der Franzose könne nicht warten wie der Deutsche. Was er für zweckmäßig halte, das suche er sofort auszuführen. Die Stockung des Verkehrs sei groß, der Franzose glaube, daß die Beunruhigung nach dem Krieg aushören werde; und da der gegenwärtige Zustand ihm unerträglich sei, so hosse er zu Ruhe und Frieden und zur Geschäftshebung durch den Krieg zu kommen.

"Quant à moi," fette er hinzu, "je trouve que la guerre est un immense malheur qu'il faut éviter à tout prix, elle n'aura que des conséquences funestes et vous serez perdus les premiers. L'unité allemande sera faite. Vous avez donc tout intérêt à désirer la paix."

Er sei übrigens überzeugt, daß Preußen den Krieg nicht wolle, Preußen könne nichts dabei gewinnen. Es habe keinen Grund, die Ent-wicklung Deutschlands zu überstürzen. Uebrigens, wenn er auch glaube, daß die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten bedroht sei, so glaube er nicht, daß jest Gefahr drohe, der gegenwärtige Zustand könne noch lange Jahre fortdauern.

Durch das ganze Gespräch zog sich eine große Bewunderung für Bismarck und großer Respekt vor den preußischen Institutionen. Alles was man von den inneren Schwierigkeiten der preußischen Lage sage, sei dummes Zeug und Uebertreibung. Er kennt die Schattenseiten des preußischen Wesens sehr genau, spricht den Süddeutschen mehr Talent, mehr Selbsigefühl und größeren Lebensgenuß zu, während der Norddeutsche sich nie Ruhe gönne und stets nach Gewinn laufe. Allein er legt großen Wert auf die merkwürdige Disziplin im preußischen Bolk, auf das Heerswesen und die Verwaltung.

Schließlich sprach er vom König. Er sagte: "On dit que votre roi est charmant, qu'il a beaucoup d'esprit et de talent, mais il est timide?" Ich erwiderte, daß ich deshalb bedaure, daß er ihn nicht kennen gelernt habe, doch sei der König sehr leidend gewesen und bedürfe der Bewegung in der Gebirgsluft, was er sehr natürlich sand.

Bericht an ben Ronig.

München, 5. Juni 1868.

Eure Königliche Majestät erlaubt sich ber treugehorsamst Unterzeichnete alleruntertänigst um Gewährung eines Urlaubs vom 12. Juni bis Ende des Monats zu bitten, um sich nach den überaus anstrengenden Arbeiten während des vergangenen Winters und während seines Aufzenthalts in Berlin etwas in der Gebirgsluft erholen zu können.

Dabei wagt er ber Allerhöchsten Erwägung anheimzugeben, ob Eure Königliche Majestät geruhen wollen, dem treugehorsamst Unterzeichneten vorher noch eine Audienz zu bewilligen, um über seinen Aufzenthalt in Berlin und insbesondere über sein Gespräch mit dem Prinzen Napoleon mündlich Bericht zu erstatten.

Der treugehorsamst Unterzeichnete würde in der Gewährung dieser Bitte zugleich ein Mittel erblicken, um den stets von neuem von Parteien und einzelnen ehrgeizigen Individuen verbreiteten Gerüchten, nach welchen Eure Königliche Majestät dem treugehorsamst Unterzeichneten Allerhöchsteihr Vertrauen entzogen hätten, ein Ende zu machen.

Marginalreffript bes Ronigs:

Nachbem ich Sie in Audienz empfangen habe, gewähre ich den ersbetenen Urlaub mit dem Wunsche, daß derselbe zur nötigen Erholung und Stärfung gereichen möge.

Schloß Berg, 13. Juni 1868.

Ludwig.

Journal.

Auffee, 15. Juni 1868.

Vor meiner Abreise von München hatte ich gewünscht, dem König noch einen Vortrag über meinen Aufenthalt in Berlin sowie über das Gespräch mit dem Prinzen Napoleon zu halten, und bat deshalb in einem Antrag um Audienz. Der Sekretär Lipowsky antwortete mir, daß der König "als Zeichen des allerhöchsten Vertrauens" mich wahrscheinlich am Tage der Prozession empfangen werde. Während der Kirche erhielt ich die Nachricht, daß der König mich unmittelbar nach der Prozession sehen wolle.

3ch fand ben König auffallend liebenswürdig und heiter. Er

erkundigte sich, ob die Bukette, die er mir von Hohenschwangau gesandt, richtig und gut angetommen seien, worauf ich Gelegenheit nahm, ihm nochmals bafür zu banten. Bir sprachen bann von meinem Aufenthalt in Berlin, ich erzählte, daß ich beffere Einbrucke mit weggenommen hatte, als ich anfangs gefürchtet, daß man die staatliche Berechtigung Baperns auch in der nationalliberalen Bartei anerkenne, daß man einsehe, Bayern fei zu groß, um in ein Verhaltnis jum Nordbeutschen Bund wie Sachsen ober Medlenburg zu treten, jebenfalls, sagte ich, sei zurzeit nichts von Preußen zu befürchten. Es kam bann die Rebe auf die ultramontane Partei, über bie fich ber König fehr ungehalten zeigte. Ich hob hervor daß man fie im Intereffe ber Dynastie gebrauchen, fie aber stets fich vom Leibe halten muffe. Die Ultramontanen hatten die Absicht, Bayern an Defterreich zu bringen, man konne ihnen also nicht trauen. Das sah ber Ronig ein. Als ich bemerkte, daß biese Partei auf meinen Sturz hinarbeite und ein neues Ministerium schon fertig habe, sagte er, bag bie Ernennung der Minifter von ihm abhinge. Ueber meinen Toaft am Tage des Berfassungsfestes außerte er sich fehr zufrieden und hob besonders die schwungvolle Sprache hervor. Dann sprach er von den Ministern, fagte, daß ich dieselben mehr beherrschen muffe, sie mußten tun, was ich wolle, ba ich Ministerprafibent sei. Ich erwiderte, daß dazu nur das Vertrauen des Königs und der Beweis nötig fei, daß ich das Vertrauen des Rönigs hatte, dies geschähe am besten, wenn er mich öfters personlich fabe und mir direkt seine Auftrage an ben Ministerrat erteile. Auf ben Besuch bes Prinzen Napoleon übergebend, meinte er, daß man ja die üble Laune bes Raisers (wenn bieselbe hervorgerufen sei baburch, bag er ben Prinzen nicht empfangen habe) baburch beschwichtigen könne, wenn er ihm einen höflichen Brief schreibe. Ich beftritt bies und fagte: "qui s'excuse, s'accuse," auch ließe fich jest nichts machen; wolle ber Ronig spater etwas tun, um ben frangofischen Sof zu gewinnen, fo tonne bies burch einen kurzen Besuch in Paris am besten geschehen. Als ich ihm sagte, daß der Prinz Napoleon sehr bedauert habe, ihn nicht zu sehen, da er schon fo viel von Seiner Majestät gehört habe, so schien ihn bas zu wurmen, und er tam öfters barauf zurud. Es war bann noch von ben "Meistersingern" bie Rebe, bie am 21. aufgeführt werben sollen, von Wagner und von Frau von Bulow. Schließlich bat ich um Urlaub auf vierzehn Tage.

Abends kam Gustav Castell zu mir ins Theater. Er erzählte, daß ihm Holnstein gesagt habe, ich stünde jetzt wieder sest beim König, nachebem ich vor einigen Wochen gewankt hätte. Holnstein habe erzählt, Lipowsky habe mit Platen unterhandelt, der mich ersehen solle. Dies muß aber ein Migverständnis sein. Ich glaube eher, daß man mit Windt-

horst unterhandelt hat. Jedenfalls hat aber Lipowsky gegen mich instrigiert. Ich beauftragte daher vor meiner Abreise am andern Morgen Bölberndorff, sich nach jemand umzusehen, der Lipowsky ersetzen könne, zugleich auch herauszubringen, ob diese Unterhandlungen über meinen Nachsolger wirklich stattgefunden hätten oder nicht, damit ich nach meiner Rücksehr auf seine Entsernung hinarbeiten kann.

In dem Protofoll vom 7. Dezember 18671) war als ein militärisches Bedürfnis die Bildung eines Organs bezeichnet worden, welches "unter ftetem Hinblick auf bas Verteibigungsspftem Deutschlands überhaupt Die näheren Anhaltspunkte für die einzelnen Blätze und Positionen" regeln Die Lösung dieser Aufgabe sollte nach ber ursprünglichen Absicht mit der Fortsetzung der Verhandlungen über die Regelung der unter den beutschen Staaten bestehenden Eigentumsgemeinschaft durch die hierfür eingesetzte Rommission 2) verbunden werden. Am 9. April 1868 regte bie bayrische Regierung die Wiederaufnahme der am 31. Juli 1867 vertagten Arbeiten der Liquidationskommission an und schlug vor, den süddeutschen Rommissaren zugleich die Beratung über die Einrichtung einer subdeutschen Militärkommission zu übertragen. Baben stimmte biesem Borschlage im allgemeinen zu unter ber Boraussetzung, bag bie zu ernennenden Rommiffare über bie Zusammensetzung und Rompetenz ber zu bilbenben ftanbigen Rommission in freie Beratungen eintreten sollten. Nachdem aber die Berhandlungen zwischen Bavern und Burttemberg über Ulm in Berlin zu einem Bertrage geführt hatten, 3) in welchem die fübdeutsche Militartommission vorausgesett murbe, mußte gur Ausführung bieses Bertrags bie balbige Lösung ber in bem Protokoll vom 7. Dezember 1867 geftellten Aufgabe erwunscht sein. Außerbem munschte Bayern jest, daß diese Rommission ins Leben treten moge, ebe die Liquidationskommission ihre Arbeiten wieber aufnähme. Man wollte baburch bem Bestreben ber babischen Regierung, welches auf eine Vertretung bes Nordbeutschen Bundes in ber zu bilbenden Kommission gerichtet war, rechtzeitig begegnen. Deshalb leate ber baprische Gesandte in Karlsrube dem dortigen Ministerium am 3. Juli 1868 ben Entwurf "ber allgemeinen Grundlagen für Organisation einer subbeutschen Militärkommission" vor, welche am 15. Juli in München ins Leben treten sollte. Der Entwurf sah eine sehr weitgehende Kompetenz ber Rommission vor. Die Festungsbehörden sollten ihr "unterstellt und eidlich verpflichtet werden" und "alle Weisungen unmittelbar durch sie empfangen". Die babische Regierung fand diese Aufforderung, insbesondere wegen der

¹⁾ Siehe Seite 288.

²⁾ Siehe Seite 200.

^{*)} Siehe Seite 310.

Rürze der Frift "überraschend und verletzend" und lehnte am 6. Juli die Einladung ab.

Bericht an ben König.

München, 10. Juli 1868.

Nachdem mündliche Mitteilungen des großherzoglich badischen Gesandten zu der Befürchtung Veranlassung geben, daß die von dem treugehorsamst Unterzeichneten gemeinschaftlich mit dem Kriegsminister in Anregung gebrachte süddeutsche Militärkommission in Karlsruhe auf Bedenken stoßen wird und diese vielleicht durch mündliche Besprechung mit dem Großherzoge selbst gehoben werden können, erlaudt sich der treugehorsamst Unterzeichnete um die Allerhöchste Ermächtigung zu bitten, sich unter dem Vorwand von Privatangelegenheiten nach Baden-Baden begeben zu dürsen, um dort zu versuchen, die Bedenken des Großherzogs zu beseitigen und seine Zustimmung zu den betressen Borschlägen zu erlangen.

Zugleich erlaubt sich der treugehorsamst Unterzeichnete ehrsurchtsvollst um die weitere Allerhöchste Ermächtigung zu bitten, sich bei dieser Gelegenheit in Stuttgart aufzuhalten, um mündlich die Ratisstation des Ulmer Vertrags bei Freiherrn von Varnbüler zu betreiben.

Journal.

Baben, 14. Juli 1868.

Am 13. früh kam ich in Stuttgart an, wo ich ein Telegramm Barnbülers fand, der mir seine Rückehr von seinem Landsitz auf 10 Uhr in Aussicht stellte. Schon um 9 Uhr schickte er aber, um zu fragen, ob er mich besuchen könne, worauf ich mich zu ihm begab.

Er empfing mich mit der Bemerkung, daß er soeben die Ratisikation bes Königs empfangen, deshalb das Protokoll aufzusehen angeordnet habe und bereit sei, die Unterzeichnung desselben und den Austausch sogleich vorzunehmen. Er hob dann hervor, welche Konzessionen Württemberg gemacht habe. 1) Durch die Uebertragung der Vizegouverneurstelle an Bayern, resp. durch das Wegfallen des württembergischen Vizegouverneurs sei die zweite Stadt des Königreichs beim Verhinderungsfalle des Gouverneurs in die Hände Bayerns gegeben; ebenso sei auch der Geniedirektor ein großes Opfer, und er habe dies alles nur sehr schwer durchsehen können. Auch werde ihm dies große Schwierigkeiten in der Kammer machen, denen er nur dann mit Ersolg entgegentreten könne, wenn wir ihm anderseits in der Frage der Verkehrsverhältnisse entgegenkämen. Hier habe er sich schon mit Herrn von Schlör verständigt, und er bäte, daß ich die Absichten des

¹⁾ Bayern wurde durch den Ulmer Bertrag das Recht eingeräumt, den Bize-gouverneur und den Geniedirektor zu ernennen.

Herrn von Schlör unterftuten möchte. Als seine Bunsche bezeichnete er bie Abkurzung bes Termins, innerhalb beffen von Heibenheim nach Ulm nicht gebaut werben könne, die Frage bes Anschluffes süblich von Ulm und die beschleunigte Ausführung der Bahn von Ansbach nach Crailsbeim. Er wünscht, daß biefe Puntte in einem Staatsvertrag aufammengefaßt werben möchten. Ich erwiderte ihm, daß ich mit Schlor, ber in Urlaub sei, barüber noch nicht gesprochen habe, versprach aber mein möglichstes zu tun, seinen Bunschen entgegenzukommen. Bas die Militärkommission betrifft, so ift er von beren Notwendigkeit überzeugt. An ben Bunkten, bie in Munchen aufgesett wurden, hat er nur zu erinnern: 1. die Gifenbahnen, beren Erwähnung in bieser Allgemeinheit er nicht zugeben will, ba die Militärs vom Eisenbahnwesen nichts verstünden, er konne beren Leitung nicht aus ber Hand geben, sonbern höchstens bas Gutachten über bie Anlage berselben vom strategischen Standpunkt aus gewähren, sowie 2. die Frage wegen des Vorsitzes. Wenn die Kommission in München zusammentrete, so sei der gleichzeitige baprische Borsitz zuwiel. Wäre sie irgendwo sonst, so habe er gegen den bayrischen Borsit nichts zu erinnern. Er habe vom preußischen Gefandten erfahren, daß man es in Baben übelgenommen habe, daß wir in Berlin die Besprechung gehalten und das Protofoll vom 23. Mai unterzeichnet hatten, die Majorifierung geniere Baben und erhebe man überhaupt bort Schwierigkeiten. Es werbe mir wohl nicht schwer fallen, das Difpverftandnis beim Großberzog aufauflären.

Er sei bereit, zu einer Beratung jemand abzuschicken, rate aber, die Liquidationskommission noch hinauszuschieben, um vorher noch Zeit zu einer Beratung der süddeutschen Staaten und zum Zustandebringen der Festungsstommission (wie er sie zu nennen rate) zu gewinnen.

Wenn die Liquidationskommission auf den 10. oder 20. September vertagt werde, so könne man die Borberatung im Lauf des August vorsnehmen. Am 1. September sei ohnedies alles noch auf Reisen.

Er sprach dann noch über die Wahlen, die so schlecht ausgefallen seien, weil die Ultramontanen, auf deren Unterstützung die Regierung gerechnet habe, im letzten Augenblick umgeschlagen hätten, und zwar infolge direkter Weisung aus Rom!

Dann kam er noch auf Degenfelb 1) zu sprechen, den er abberusen will, sobald er es tun kann, nämlich sobald die ritterschaftlichen Wahlen vorüber seien, in welcher Klasse Degenfeld Freunde habe, und dann werde er entweder Linden oder Soden schicken. Wäre es ihm nicht möglich, Linden zu ernennen, so möchte ich ihm aus der Verlegenheit helsen, indem

¹⁾ Bürttembergischer Gesandter in München.

ich ihm einen Brief zugunsten Sodens schriebe. Er werbe mir barüber Nachricht geben.

Nachdem diese Besprechung zu Ende war, wurde das Protokoll unterzeichnet. Der Austausch ber Urkunden wird durch Gasser erfolgen, der noch im Bett lag.

Um 2 Uhr fuhr ich nach Baben. Dort empfing mich ein Brief bes großherzoglichen Abjutanten mit der Bitte, um 8 Uhr Abends jum Großherzog zu kommen. Ich fand ben Großherzog wieder ganz hergestellt: begann meine Ansprache sofort mit ber Darlegung ber Berhältniffe und ber Aufklärung des Migverständniffes, barauf hinweisend, daß eine Abmachung mit Württemberg nicht stattgefunden habe und bie Besprechung über die Militär- resp. Festungskommission sich nur an die Ulmer Beratungen angeknüpft habe, legte ausführlich bie Notwendigkeit einer Berftandigung ber subbeutschen Staaten über die Festungsfrage bar, betonte. daß, gerade bei den in Baben und Bürttemberg herrschenden Befürchtungen vor einer Herauszahlung, eine vorher feststehende Abmachung und die Bilbung eines Verwaltungsorgans nützlich fein werbe und bat um Bustimmung. Ich erklärte, daß eine Teilnahme Preußens an der Kommission von Bayern und Bürttemberg nicht zugegeben werben konne und baß ich befürchte, wenn nichts ausgemacht sei, werbe die Liquidationsverhandlung zu gegenseitiger größerer Berftimmung biefer Staaten gegenüber von Nordbeutschland führen. Ich hob endlich hervor, daß gerade die Angriffe, welche gegen ben Gebanken ber fübbeutschen Militarkommission seitens ber ultramontanen Preffe erhoben murben, beweisen, daß dieselbe nicht zur Auflöfung ber Allianzvertrage führen werbe, mithin auch Baben baburch nicht auf eine seiner bisherigen Politik entgegengesette Bahn gedrängt werden solle.

Der Großherzog antwortete sehr eingehend. Er legte seine Politik dar, die durchaus nicht darauf ausgehe, seine Souveränität preiszugeben, sondern deren Grundgedanke nur der sei, daß sich die kleineren Staaten Deutschlands vor unbegründetem Souveränitätsschwindel zu hüten hätten und sich über ihre Machtstellung keine Jussionen machen sollten. Durch das Festhalten an den Allianzverträgen, durch Anlehnung an Preußen werde ihre Existenz gesichert. Er strebe nicht nach dem Eintritt in den Nordedeutschen Bund, allein das Militärwesen müsse möglichst mit dem preußischen auf gleichen Fuß gebracht werden. Die Militärkommission, wie wir sie im Auge hätten, bilde eine Macht der süddeutschen Staaten, die gegen Preußen angewendet werden könne, wenn ein Umschlag stattsinde und die ultramontanzdemokratischen Elemente hier zur Herrschaft kämen. Er wolle Ausbildung des Allianzvertrags auf Grundlage des Prager Friedens, und diese werde durch eine Militärkommission für ganz Deutschland, gemeinschaftliche Verwaltung sämtlicher, nicht bloß der süddeutschen Bundess

festungen am besten erreicht. Dies werbe am leichtesten bei Gelegenheit der Liquidationsverhandlungen bewerkstelligt werden können. Ich erwiderte barauf, daß eine Berrschaft ber ultramontan-bemotratischen Elemente noch in weitem Felde stehe, trete diese ein, so werde damit gleichzeitig ein solcher Umschwung stattfinden, daß man dann keine Militärkommission brauche, fondern bann wurden bie Allianzverträge gekundigt. Auf die Kommission komme es also bann nicht mehr an. Was ben Brager Frieden betreffe, so setze dieser ja gerade die Vereinigung der süddeutschen Staaten voraus. Unser Borschlag sei also viel mehr in Uebereinstimmung mit dem Prager Frieden als der Gedante des Großberzogs. Wolle der Großberzog bei Beratung über die Militärkommission Borschläge machen, die auf eine Berbindung ber subdeutschen Militarkommission mit ber Militargewalt bes Nordens Bezug hatten, so stehe bas ihm immer frei. Wir wollten auch keine Trennung, wir wollten für den Kriegsfall die gemeinsame Attion. aber keine Teilnahme eines preußischen Kommissars an ben Beratungen ber Kommission. Das könnten und dürften wir nicht zugeben. Stellung fei eine andre als die Babens, und biefe mußten wir zu erhalten suchen. Auch sähe ich dies gegenüber dem König als eine Ehrensache an. Er, ber Großberzog, konne als Souveran eine nationale Politik befolgen und so weit gehen, als er wolle, ich als baprischer Minister könne nicht dem König raten, auf seine Selbständigkeit zu verzichten. Ich bat deshalb. wenigstens die Beratung nicht zurückzuweisen. Damit erklärte sich der Großherzog einverstanden und meinte, die Kriegsminister könnten ja zusammentreten, um die Frage ber Wilitärkommission sowie die Grundlagen, von welchen bei der Liquidationsverhandlung auszugehen sei, zu besprechen. Mit der Verschiebung des Termins zur Eröffnung der Liquidations= verhandlungen war er einverstanden, um so mehr, als er Wert darauf legt. daß General Beyer, der noch nicht wieder hier ist, gehört werde.

Ich bat um die Erlaubnis, mit Freydorf das Nähere besprechen zu dürfen, was er auch zugestand.

14. Juli, Abends.

Herr von Freydorf kam heute Abend von Karlsruhe zu mir. Ich wiederholte in betreff der Mißverständnisse das, was ich schon dem Großherzog gesagt hatte, und empfahl ihm die Angelegenheit der Militärkommission. Herr von Freydorf hatte (wie mir Riederer 1) später bestätigte) eigentlich die Absicht, sich auf nichts einzulassen. Ihm scheint es im Interesse seiner Stellung zur liberalen Partei des Landes bedenklich, sich einem Schritt anzuschließen, der ihm von der nationalliberalen Partei als ein Abweichen von seinen preußischen Tendenzen ausgelegt werden könnte, er gesteht dies

¹⁾ Freiherr von Riederer, bayrischer Gesandter in Karlsruhe.

sogar offen zu. Er brang also sosort darauf, daß wir den ursprünglichen Plan festhalten und die Frage der Festungskommission während der Liquidationsverhandlung beraten möchten, wo sich dann der heilsame Einsluß preußischen Rates geltend machen werde. Das Abkommen, welches im Oktober 1866 vorgeschlagen worden war, schwebte ihm dabei als maßgebend vor.

Dagegen erwiderte ich sofort, daß die Zeiten sich geändert hätten, was damals möglich gewesen, sei jeht nicht mehr durchzusühren, und bayrischersoder württembergischerseits werde auf eine Teilnahme Preußens an der Berwaltung der süddeutschen Festungen nicht eingegangen werden. Auch an einzelnen Bestimmungen der zwischen dem bayrischen Kriegsminister und Suckow sestgeseten Punkte hatte er manches auszusehen, behauptete nicht zu verstehen, wie die Kommission gegen den Willen der Regierungen Geld durch Majorisserung bewilligen könne, wiederholte den Einwurf, der schon durch Riederer berichtet wurde, daß die Kommission einen Verzicht auf einzelne Souveränitätsrechte seitens der süddeutschen Staaten voraussehe, und gebärdete sich ganz unzugänglich und ängstlich wie immer, wenn es sich davon handelt, etwas zu tun, was in Verlin Anstoß erregen könnte.

Ich beruhigte ihn, indem ich ihm die Stelle aus Perglas' Bericht vorlas, wonach der König von Preußen seine Zufriedenheit mit dem Gedanken der süddeutschen Militärkommission ausgesprochen habe, wiederlegte die Einwürfe bezüglich der einzelnen Punkte des Vorschlags und legte ihm dar, daß wir an eine seindliche Stellung Preußen gegenüber nicht dächten, sondern die Verbindung zwischen der Militärkommission und dem preußischen Kriegsministerium, wenn auch auf diplomatischem Wege, aufrechtzuerhalten willens seien. Er solle nicht das Unmögliche anstreben, sondern das Gute, was in der Kommission liege, annehmen. Nun kam er auf die sormellen Schwierigkeiten, sagte, daß der Großherzog abreise, daß der Kriegsminister noch nicht da sei, daß sie sich noch nicht schlüssig machen könnten u. s. w.

Um nun doch zu einem Resultat zu kommen und die badische Regierung aus ihrer negativen Haltung herauszubringen und wenigstens ihre Answesenheit bei der Vorberatung zu erwirken, schlug ich vor, er möge das wenigstens zugeben, daß eine Vorberatung über die bei der Liquidationsskommission einzunehmende Haltung unter den süddeutschen Staaten resp. deren Vertretern stattsinde und, um die Teilnahme daran für Vaden zu ermöglichen, proponierte ich den Zusammentritt dieser Vorberatungskomsmission in München am 20. August. Sei es nötig, so könne man den Veginn der Liquidationskommission etwa dis zum 10. September vertagen. Das gab er endlich zu, um so mehr, als ich ihn versicherte, daß der Großeherzog damit einverstanden sei. Wir kamen nun dahin überein, daß, ganz abgesehen von der bisherigen Korrespondenz, unter Hinweisung auf unstre mündliche Beratung seitens Vaperns der Vorschlag gemacht werden solle,

eine Beratung ber zur Liquidationskommission abzuordnenden Mitglieder ober auch ber Rriegsminister (ober wenigstens bes babischen Rriegsministers. worauf der Großherzog Wert zu legen scheint) in München am 20. August ausammentreten soll, wo 1. über die Grundsätze, von welchen die sudbeutschen Regierungen bei der Liquidationsverhandlung ausgehen wollen. Berständigung herbeigeführt werden solle, und wo 2. auch von seite Bayerns und Württembergs der Borschlag einer ständigen Festungs: resp. Wilitär: kommission in Beratung gezogen werden soll. Zwar behauptete Freydorf, das werde zu keinem Resultat führen, da man ja noch nicht wiffe, ob die Liquidationsverhandlungen dazu führen werden, das Objekt für diese Rommission frei zu machen; allein er hatte gegen die Beratung nichts einzuwenden und will die Sache dem Großherzog und dem Ministerrat vor-Wir haben also nicht abzuwarten, was sie uns hier antworten, sondern sofort die nötigen Ginleitungen zu treffen. Bis dabin konnen bann auch die Borarbeiten für die Liquidationskommission schon so weit sein, daß bas nötige Material vorbereitet ift.

15. Juli.

Beute Morgen war ich bei bem preußischen Gesandten Grafen Flemming. Ich nahm keinen Anstand, ihm mitzuteilen, was ich mit Freydorf abgemacht habe. Er fragte nach dem Grund, warum wir den ursprünglichen Gedanken, die Beratung über die Militärkommission bei Gelegenheit der Liquidations= kommission vorzunehmen, wieder aufgegeben hatten. Ich sagte ihm, daß eine Militärkommission, die aus der Liquidationskommission hervorgehe, in welcher preußische Rommissare sitzen, jedenfalls in Suddeutschland mit Mißtrauen betrachtet werben wurde, bag ich bas Buftanbekommen einer solchen Rommission im allgemeinen Interesse für notwendig hielte und daß wir die Teilnahme eines preußischen Kommissars oder Bevollmächtigten an ben Beratungen nicht zugeben würden. Der Vorschlag der gemeinschaftlichen Berwaltung der früheren deutschen Bundesfestungen, wie er im Oktober 1866 gemacht worben sei, wäre jest unmöglich. Auch widerlegte ich die Befürchtungen, die von seiten Freydorfs im preußischen Interesse gegen die füddeutsche Militärkommission gemacht worden waren, indem ich auf den oft ausgesprochenen Willen der süddeutschen Regierungen hinwies, an den Allianzverträgen festzuhalten.

Graf Flemming bat mich, ihm diese Punkte genau zu diktieren, um darüber seinem König Bericht erstatten zu können, worauf ich um so lieber einging, als ich dadurch Gelegenheit hatte, die Angelegenheit in einer Beise dem König gegenüber dargelegt zu sehen, wie sie unsern Intentionen am meisten entspricht.

Graf Flemming, auf bessen Rat ber Großherzog viel Gewicht legt, erklärte sich mit ber Beschickung ber Beratung am 20. August einverstanden,

was zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß die badische Regierung sich bei der fraglichen Beratung vertreten lassen wird.

Am 16. Juli früh reifte ich wieder von Baden ab.

Bericht an ben Rönig.

München, 22. Juli 1868.

Wenn der treugehorsamst Unterzeichnete wagt, Eurer Königlichen Majestät seine Ansicht in einer Angelegenheit darzulegen, die zu denen gehört, welche dem Allerhöchsteignen Ermessen vorbehalten zu werden pslegen, so darf er vielleicht auf Nachsicht rechnen, wenn Eure Königliche Majestät allergnädigst in Erwägung ziehen wollen, daß es Entschlüsse im Privatleben Eurer Königlichen Majestät gibt, die von wesentlichem Einsslusse auf die Interessen des Staats im allgemeinen sind.

Eure Königliche Majestät haben ben treugehorsamst Unterzeichneten mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, mit der Sorge für die Erhaltung der Monarchie und der Rechte Eurer Königlichen Majestät betraut. Alles, was sonach auf das Wohl des Staats, auf dessen Ständigkeit und Machtstellung Einsluß haben tann, muß der treugehorsamst Unterzeichnete zum Gegenstand seiner steten Ausmerksamkeit machen.

Hierzu gehören vor allem die Beziehungen Gurer Königlichen Majestät

Gure Königliche Majestät kennen die bedenkliche Lage, in welcher sich bie Mittelftaaten Deutschlands und insbesondere Bayern seit dem Kriege von 1866 befinden. Mit der Auflösung des Deutschen Bundes ift Bayern in eine Lage versett, die große Vorsicht und Klugheit erheischt, wenn bas Königreich bei eintretenden größeren Erschütterungen seine Selbständigkeit erhalten soll. Rann nun auch das Königreich in der gegenwärtigen Lage keine Bundniffe mit fremden Mächten eingeben, so liegt boch in ben freundschaftlichen Beziehungen Eurer Königlichen Majestät zu fremden Souveränen, insbesondere zu folchen, beren Stimmen im Rate ber europäischen Machte gehört und beachtet werden, eine nicht zu unterschätzende Garantie. solchen Mächten gehört ohne Aweifel Rugland. Die perfonlichen Besiehungen Gurer Röniglichen Majeftat zu bem ruffischen Sofe find gurzeit die besten und freundschaftlichsten. Der treugehorsamst Unterzeichnete hat bies im Intereffe Gurer Königlichen Majestät stets mit Freude und Beruhigung wahrgenommen. Er kann beshalb nur wünschen, daß bieses Verhältnis ungeftört erhalten bleiben möchte. Hierzu bietet wohl die Unwesenheit der taiserlichen Kamilie in Rissingen den erwünschten Unlag. Eure Königliche Majestät haben bies bem treugehorsamst Unterzeichneten gegenüber anzuerkennen und Allerhöchstihre Absicht, bem Raiser und ber Kaiserin von Rußland bort einen Besuch zu machen, auszusprechen geruht.

Der treugehorsamst Unterzeichnete würde also nicht wagen, nochmals auf biesen Gegenstand zurückzukommen, wenn er nicht Grund hätte zu befürchten, daß Eurer Königlichen Majestät von andrer Seite entgegenzgesetzter Rat gegeben und die Ansicht ausgesprochen werden könnte, es sei ein solcher Besuch nicht nötig ober ohne jede politische Bedeutung.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt im Gegenteil, daß die Unterlaffung biefes Besuchs ohne allen Zweifel vom kaiferlich ruffischen Sofe nicht nur als ein Beichen ber Gleichgültigkeit, sondern als eine birette Beleidigung angesehen werben wurde. Trate infolgebeffen in der kaiferlichen Familie eine Berftimmung ein, fo wurden bei tommenden Greigniffen, in welchen Eurer Königlichen Majeftat ber Schutz ober die Fürsprache des russischen Bofs erwunscht sein konnte, Allerhochstdieselben statt bes Schutzes und ber Fürsprache entschiedener Feindseligkeit begegnen. ber Ansicht bes treugehorsamst Unterzeichneten hat also ein wenn auch kurzer Besuch in Kissingen, etwa nur mit kleinem Gefolge, vielleicht bei Gelegenheit des Geburtstefts der Raiserin, eine fehr große und weitgreifende Bedeutung. Um nicht dem Berbachte Raum zu geben, der treugehorsamft Unterzeichnete teile die Ansicht jener, welche bem Besuche Gurer Königlichen Majestät in Kissingen eine geringe Bebeutung beilegen, hält sich der treugehorfamft Unterzeichnete verpflichtet, Gurer Roniglichen Majeftat feine ehrfurchtsvollfte Unsicht auszusprechen und in bem Bewußtsein treuester Anhänglichkeit an Gure Rönigliche Majeftat bringend zu raten, Allerhöchftbieselben wollen geruhen, ber taiferlich russischen Familie in Kissingen einen Besuch abzuftatten.

König Lubwig begab sich am 2. August in Begleitung bes Prinzen Otto nach Rissingen und verblieb baselbst in lebhaftem Berkehr mit bem russischen Raiserpaare bis zum 10. August.

Um 13. August ging Fürst Hobenlohe nach Riffingen.

Journal.

Starnberg, 28. September 1868.

Durch ben königlichen Befehl war ich veranlaßt, mich hierher zu bezeehen, um als Minister des Hauses der Vermählung der Herzogin Sophie mit dem Duc d'Alençon, Sohn des Herzogs von Nemours, anzuwohnen. Zu Trauungszeugen waren der Prinz Abalbert und Minister Pfredschner bestimmt. Da letzterer vorzog, in Starnberg zu übernachten, so entsichloß ich mich, schon gestern Nachmittag 1/23 Uhr hierherzusahren. Wir kamen um 4 Uhr an, nahmen Besitz von unsern Zimmern im Gasthof "am See" und gingen dann spazieren, um 5 Uhr aßen wir zu Mittag und gingen dann wieder Abends an das Seeuser in der Hoffnung, etwas von den Beleuchtungen zu sehen, die angeblich zu Ehren der in Berg

weilenden Kaiserin von Rußland stattsinden sollten. Es wurde aber 9 Uhr, und da nichts kam, so zogen wir vor, uns nicht weiter zu langweilen, und legten uns bald zu Bett. Das Feuerwerk und die Beleuchtung soll sehr schön gewesen sein, war aber von hier aus wenig zu sehen. Es war Sonntag, und so hatte sich ein zahlreiches biertrinkendes Publikum vor unsern Fenstern etabliert, das schauderhaft lärmte und johlte. Mitunter sangen sie "volkstümliche Weisen", die aber sofort in bestialisches Schreien ausarteten. Ich schlief aber doch bald ein, um so mehr, als ein heilsamer Regenguß die Bande vertrieb. Heute Morgen ging ich auf den Bahnhof, um die Kaiserin von Rußland abreisen zu sehen. Auch Tausstüchen war da, um sich der Kaiserin zu präsentieren. Der König begleitete die Kaiserin und suhr auch mit ihr auf der Eisenbahn gegen München mit, ich weiß nicht dis wohin.

Um 10 Uhr fuhren wir in meinem Wagen, ben ich gestern hatte hierherkommen laffen, nach Poffenhofen. Es war noch nicht 11 Uhr, weshalb wir noch in unfre Zimmer geführt wurden. In dem meinigen roch es fehr schlecht. Balb tam die Zeit der Trauung, die in einem Saal bes Schloffes, ber zur Rapelle umgewandelt war, ftattfand. Die Hochzeitsgafte persammelten sich in bem anftogenben Salon, wo ein Rlavier ben engen Raum noch mehr beschrantte. Pfretsichner und ich beeilten uns, uns allen hohen Herrschaften vorstellen zu laffen. Außer ber Familie bes Herzogs Max waren ba Prinz Abalbert und Prinz Rarl. Letzterer begrußte mich nur von weitem mit einem Geficht, wie man einen Storpion Dann Graf und Grafin Trani. Die Erbprinzessin anzusehen pfleat. Taxis trug ein violettes ober veilchenfarbenes Gewand mit weißem Besah. Ferner waren da der Graf von Paris und sein Bruder Duc de Chartres, zwei junge wohlgebilbete Prinzen, die aber eber ben Eindruck preußischer als frangösischer Prinzen machen. Der Duc be Nemours sieht aus wie ein eleganter Franzose du cercle de l'union. Er trug den Hubertus, ebenso sein Sohn, der Bräutigam. Der Duc de Nemours erinnert an die Bilber Heinrichs IV., doch hat er einen eigentümlichen Ausbruck, der auf Pedanterie schließen läßt. Der junge Duc b'Mengon ift ein hubscher junger Mensch von frischem Aussehen. Der Prince de Joinville und sein Sohn, ber Duc be Penthiebre, sehen nicht auffallend aus. etwas alt und gebeugt, zu alt für fein Alter, liebenswürdig und höflich. Der Duc de Penthièvre hat ein gelbes, etwas judisches Gesicht und spricht gedehnt, war aber mir gegenüber sehr freundlich und mitteilend. Herzog August von Roburg ist langweilig wie immer. Interessant war mir, seine Frau kennen zu lernen, die Prinzessin Klementine, eine gescheite, lebhafte

¹⁾ Graf Taufffirchen war bamals bayrischer Gesandter in St. Petersburg.

Dame. Die Prinzessin Joinville, eine brafilianische Prinzeß, ist etwas mumienhaft, mit großen rollenden Augen in einem langen blaffen faltigen Gesicht. Dann waren noch zwei Töchter Nemours' ba, eine erwachsene und eine kleine. Alles war en robe montante. Die Braut in weißer Seide, mit Drangenbluten garniert, mit Coiffure von Drangenbluten und Tüllschleier. Auf ben Aermeln Atlasligen, nach Analogie bes Leibregiments. Eine Hofbame ber Nemours mar in feuerfarbener Seide mit strohgelbem Befat. Als alles beifammen war, ging man in die Rapelle. Das Brautpaar kniete vor dem Altar. Links babinter Bring Abalbert, hinter biefem wir beiben Minister und bann hinter uns die herren bes hauses Orleans. Auf der andern Seite der Duc de Nemours und die Herzogin sowie alle Bringeffinnen. Baneberg begann die Zeremonie mit einer paffenden Anrede. Niemand weinte, nur der Bergog Max hatte einigemale ein fehr weinerliches Aussehen. Die Braut fab fehr gleichmutig aus. Bor bem Jawort machte ber Brautigam erft seinem Bater ein Kompliment und ebenso die Braut ihren Eltern. Das Ja ber Berzogin klang, als wollte fie fagen: "von mir aus ja", ober "meinetwegen". Doch will ich bamit nichts Boses sagen, mir Mang es so. Nach der Trauung kußte ich der Herzogin bie Band und begludwunschte fie. Gie schien recht zufrieden und vergnugt. Die Bause zwischen ber Trauung und bem Diner brachten wir in unserm Zimmer zu. Ich vergaß noch zu fagen, baß mahrend ber Meffe bie Militarmufit im Freien fpielte gur Begleitung bes Gottesbienftes. Es fing an mit ber Ouverture ju einer Oper von Berbi, ich weiß nicht, ob es die "Traviata" oder der "Trovatore" war. Es war eine etwas gemäßigte Tafelmufit.

Das Diner fand unten in zwei Sälen statt. In einem Saal saßen alle königlichen Herrschaften und ich mit Pfretzichner, im andern die Hofeleute. Der Toast auf das Brautpaar wurde ohne Reden getrunken. Ich saß zwischen der jungen Prinzeß von Roburg und dem Herzog Ludwig. Das Diner war nicht besonders lang, aber auch nicht besonders gut. Nach Tisch wurde noch etwas herumgestanden, und dann ging alles auseinander. Die Orléansschen Herrschaften reisten sofort um $4^{1/2}$ Uhr ab, ebenso die andern Prinzen. Nur der Herzog von Nemours bleibt dis übermorgen mit seinen Kindern.

Wir fuhren in einem herzoglichen Wagen nach Starnberg zurück, von wo aus wir heute noch nach München mit dem Zug um 8 Uhr zurückkebren.

Bei Tisch wurde der Brautchor aus "Lohengrin" gespielt. Es muß der Exbraut des Königs sonderbar zumute gewesen sein. Eigentümlich war auch das Zusammentreffen, daß gerade am Borabend der See und Berg beleuchtet waren (für die Kaiserin), und daß auf diese

Weise ber König seiner ehemaligen Braut den "Polterabend" verherrs lichen mußte.

Der Comte be Paris sprach mit mir von Krieg und Frieden und behauptet, man sei im Bolk in Frankreich gegen den Krieg. Doch sei es schwer, die öffentliche Stimme in Frankreich zu beurteilen, da die Presse zu wenig unabhängig sei.

Er ist ein recht vernünstiger, wohlwollender Mann, der sich zu einem konstitutionellen König von Frankreich wohl eignen würde.

München, 1. Ottober 1868.

Bei dem heutigen Empfang der Diplomaten erschien auch der päpstliche Nunzius und brachte mir einen Artikel der "Neuesten Nachrichten", in welchem die Berleihung der Goldenen Rose durch den Papst an die Königin von Spanien und die Ordensverleihung an Bucher in Passau einer Kritik unterzogen wird. Der Nunzius beklagte sich darüber. Ich erwiderte ihm, daß ich diese Ausschreitungen bedaure, und daß ich bereit sei, wenn er mir deshalb den Antrag auf strafgerichtliche Bersolgung des genannten Blattes zukommen lasse, die nötigen Schritte zu tun, wie ich dies fremden Gesandten gegenüber bisher getan habe.

Was Bucher betreffe, so könne ich, fügte ich bei, übrigens mein Erstaunen nicht unterdrücken, wie die päpstliche Regierung einem Manne eine Auszeichnung zuteil werden lasse, der es sich zur Aufgabe setze, die bayrische Regierung in einer gemeinen und pöbelhaften Weise zu beschimpsen, einem Manne, dessen persönlicher Charakter der schlechteste sei, und den ich als einen "Chenapan" bezeichnen müsse. Durch solche Ordensverleihungen könnten die Beziehungen zwischen befreundeten Regierungen nicht gefördert werden.

Der Nunzius war durch diese etwas rücksichtslose Aeußerung ziemlich frappiert, behauptete nichts davon zu wissen, berief sich darauf, daß man Bucher in Rom als einen der Kirche ergebenen Mann geschilbert habe, und deutete an, daß die Sache durch Kardinal Reisach in Szene gesett worden sei. Ich nahm dies als wahr an, bemerkte aber noch schließlich, daß die Kirche nicht gewinne, wenn ihr Oberhaupt einem gemeinen Journalisten gegen den Bischof, dessen Frömmigkeit und Eiser von niemand in Zweisel gezogen werde, recht gebe.

Die Bemühungen bes Fürsten in Baden 1) hatten den Erfolg gehabt, daß die badische Regierung in die Verhandlungen über Bildung einer sübbeutschen Festungskommission eintrat. Entscheidend dafür war besonders

¹⁾ Siehe Seite 323.

der Rat der preußischen Regierung. 1) Am 31. Juli erklärte der badische Gefandte in München, Robert von Mohl, die Zustimmung seiner Regierung au bem Busammentritt einer Kommission am 21. September "gur Borberatung über die Bilbung einer Festungstommission". Am 24. August wurde die Ginladung nach Milnchen burch Entschließung des Großberzogs angenommen. Die Inftruttion ber babifchen Bevollmächtigten ging auf möglichste Förberung ber Verbindung Guddeutschlands mit bem Nordbeutschen Bunde und Verhinderung alles bessen, mas bieser Verbindung jum Nachteil gereichen konnte. Als bas einfachfte Mittel hierfur wurde die Erhaltung des gemeinsamen Eigentums an dem Festungsmobiliar bezeichnet. Am 21. September trat die Rommiffion in München zusammen. Bapern war durch den Fürsten Hobenlohe und den Kriegsminister von Branch, Burttemberg burch ben Kriegsminister Freiherrn von Wagner, ben Staatsrat von Scheuerlen und ben Oberft von Suctow, Baben burch ben Kriegsminister General von Beger und Robert von Mohl vertreten. Breugen hatte seinen Gesandten in Munchen babin instruiert, bag Breugen feine volle Beteiligung an ber zu bilbenben Rommiffion verlange, bag ihm vielmehr die Zuziehung in bestimmten Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen genüge, und daß ein Scheitern ber Berhandlungen an der Frage ber Beteiligung Preußens zu vermeiben sei. Nach vielfachen Diskuffionen in den ersten Sitzungen machte Bayern in der Sitzung vom 25. September ben ben babischen Absichten entgegenkommenden Borschlag, ber preußische Militärbevollmächtigte am Site ber Militärkommission solle von allen Berhandlungen in Renntnis gesetzt, bei wichtigen Gegenständen solle seine Meußerung im voraus eingeholt und tunlichft beruckfichtigt werden, ju Festungsinspektionen solle Preußen eingelaben werben. Am 27. September sprach der preußische Gesandte in Karlsruhe wiederholt die Ansicht seiner Regierung aus, daß Preußen an der Militärkommission teilzunehmen nicht verlange und das Zuftanbekommen bes Vertrags wünsche. Nach einem vorläufigen Abschluß ber Verhandlungen ber Kommission am 26. September wurde zur Redaktion ber Ergebnisse eine Pause verabredet und die nächste Sitzung auf den 5. Oktober festgesetzt. In diesem Stadium wurde das Gelingen des Werks durch Bürttemberg in Frage geftellt. Baben hatte bei feiner Zustimmung ben Borbehalt gemacht, daß bie Festungskommission erst nach dem Beginne der Verhandlungen der Liquidationskommission und nach der Austimmung Breußens zu den Ber-

¹⁾ Der babische Kriegsminister General von Beyer hatte am 19. und 20. Juli in Berlin mit Roon, Moltke und Thile verhandelt, und am 21. und 22. in Ems dem Könige Bortrag gehalten. Dieser war durch den Bericht des preußischen Gesfandten über die Badener Berhandlungen (S. 826) befriedigt.

einbarungen über die Beteiligung des Nordbeutschen Bundes ins Leben treten sollte. Hieran anknüpsend erklärte Württemberg nunmehr, daß der Abschluß des Vertrags vor dem Beginne der Liquidationsverhandlungen keinen Sinn mehr habe. Auch sei es sachgemäß, die Einräumungen zugunsten Preußens und des Nordbeutschen Bundes vor Bildung der Festungskommission in Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde seszustellen. Segen den bayrischen Vorsitz in der Festungskommission wurde eingewendet, daß hiermit der Schein einer bayrischen Hegemonie in Südedeutschland hervorgerusen werde. Schließlich einigte man sich dahin, daß die in Artikel 7 des Vertrags ausgenommenen Einräumungen zugunsten Preußens wieder gestrichen wurden, worauf Baden diesen Sat in den Vorbehalt aufnahm, mit dem es dem Vertrage zustimmte.

Journal.

München, 4. Ottober 1868.

Geftern tam herr von Baur, ber württembergische Legationssekretar, au mir und brachte mir eine Depesche seines Ministers, von ber er eine Abschrift zurudließ, die so abgefaßt war, daß ich annehmen mußte, daß Bürttemberg die Verhandlungen über die Festungstommission gang abbrechen wolle. Ich tonnte mir biefelbe, die im Biberspruch mit fruberen Meußerungen Barnbülers ftand, nicht zusammenreimen, und teilte fie Bolberndorff mit, ber sofort zu extremen Schritten riet. Ich legte fie indessen ruhig beiseite und wartete auf die Ankunft des württembergischen Bevollmächtigten, ber auch heute ankam. Im Laufe ber Konversation mit bemfelben zeigte es fich, daß feit dem Abgang jener Depesche in Stuttgart wieber ein Umichwung ftattgefunden hat, und nun erklart fich Burttemberg bereit, auf ben Abschluß bes Bertrags einzugehen, wenn ber Bertrag bezüglich ber Stellung von Preugen in einer Art modifiziert wirb, bag Die eigentliche Feststellung des Berhaltniffes ber subbeutschen Festungen zum Nordbeutschen Bund bis zur Verhandlung ber Liquidationskommission ausgesetzt bleibt. Ich bedaure dies, weil bei ber Liquidationskommission Breugen eine Preffion ausüben wird, aber Scheuerlen ertlarte, bag man biefe Preffion in Stuttgart nicht fürchte, und fich derfelben lieber aussetze, als daß man felbst ein Angebot mache. Wir ristieren am Ende wenig babei, und ba bies bas einzige Mittel ift, die Rommission zustande zu bringen, so werde ich die Modifikation annehmen.

Bor $^{1}/_{2}$ 2 Uhr fuhr ich zum Empfang auf dem Oktoberfest. Ich nahm Dettingen mit mir, der keinen Wagen hatte. Wir kamen gegen $^{1}/_{2}$ 2 Uhr hinaus. Dort fanden wir das diplomatische Korps und einige andre uniformierte Herren im Belt. Der König kam um 2 Uhr und wurde mit Hurra empfangen. Erst sprach er mit dem diplomatischen Korps und

bann mit uns. Mit mir sprach er absichtlich sehr lange über die Raiserin, über politische Dinge, über die Intrigen, die gegen mich gemacht würden, und daß er davon nichts wissen wolle, und war überhaupt auffallend liebenswürdig. Der Cercle dauerte sehr lange, dann besah er sich die Tiere, worauf die Preisverteilung stattsand, und schließlich das abscheuliche Pferderennen, ein wahrer Standal, der aber nicht abzustellen ist.

München, 6. Ottober 1868.

Heute Morgen war der Prediger der freien Gemeinde in Nürnberg, ein gewisser Scholl, bei mir, um mir eine Eingabe seiner Gemeinde an das Kultusministerium zu bringen. Sie beschwert sich darin, daß ihr Prediger alle Handlungen vornehmen könne, die sich auf den Kultus beziehen, nur nicht am Grabe reden, da er nicht das bayrische Indigenat habe. Ich verstehe das nicht, daß man das bayrische Indigenat haben muß, um eine Grabrede zu halten!

Der Mann sah recht germanisch aus, lange, ins Graue spielende Haare, einen Schnurrbart und kleinen Zwickelbart, schwarz angezogen, ungeheuer groß und schwärmerischen Aussehens. Die Deutschen bleiben Schwärmer selbst im Unglauben. Er sagte nur, sie hätten kein Dogma, ihr Bekenntnis sei das: Humanität zu verbreiten, sittliches Leben u. s. w. Nachdem er mir seine Angelegenheiten expliziert hatte, fragte ich ihn nach der politischen Richtung der Gemeinde. Er sagte, ein Teil sei großdeutsch-demokratisch, der andre größere Teil nationalliberal, mit den Ultramontanen hätten erstere kein Bündnis. Ihr Zusammengehen bei den Zollparlamentswahlen sei lediglich ein zufälliges, vorübergehendes.

Nach ihm kam Oberbaurat Ritgen von Gießen, der mir vom germanischen Nationalmuseum sprach. Er erzählte, daß er an der Geschichte des Wohnhauses arbeite, und machte nunmehr interessante historische Bemerstungen über die Entwicklung der menschlichen Wohnungen, deren Ursprung in Hochasien sei und die sich alle in gleicher Weise entwickelt hätten. Ursprünglich Zusammenleben mit dem Bieh, dann Trennung, und später Trennung der Familienmitglieder durch Abteilungen der Käume. Er will es publizieren.

München, 10. Oftober 1868.

Nachdem wir mit Württemberg im reinen waren, glaubte ich, daß die Konferenz nun zu einem baldigen Abschluß kommen werde. Leider aber erhielt General Beyer von Karlsruhe nicht die Ermächtigung zum Unterzeichnen und entschloß sich deshalb, gestern Abend selbst nach Karlsruhe zurückzusahren, um dort. Instruktionen zu erholen für den hier zurückzbleibenden Gesandten.

Die beiden württembergischen Bevollmächtigten kamen gestern um 5 Uhr Bu mir, und ba fie ben ganzen Tag auf eine Sitzung gewartet hatten, fo hatten fie fich, um die Zeit zu vertreiben, mit Trinken beschäftigt. Staatsrat Scheurlen fah fehr rot aus und roch wie ein altes Weinfaß. lub mich ein, mit ihm bei Marschal zu effen, einer Restauration auf bem Dultplat. Ich nahm bies an und fand bort außer Bölbernborff noch Baur und einen württembergischen Finanzrat Knapp. Es wurde viel gegeffen und noch mehr getrunten, Scheurlen hielt bann eine lange Rebe auf mich, in welcher er mein "beutsches Berg" und bas "im Auge behalten großer Ziele" hervorhob, worauf ich antwortete, daß, wenn man mir sonst wohl bas Lob versöhnlichen Charafters gegeben habe, ich heute die Wahrheit dieses Lobes selbst anerkennen burfe, nachdem es mir gelungen sei, die schwäbischen Querköpfe zu Freunden zu haben. Ich schloß bann mit einem Boch auf ben schwäbischen Bolksftamm und auf bie hier anwesenden Bertreter besselben. Um 8 Uhr trennte sich die Gesellichaft "in gehobener Stimmung". Ich ging mit Suctow ins Theater, wo ich von General Beger Abschied nahm.

11. Oftober 1868.

Geftern Mittag erhielt ich die Nachricht, daß die badischen Bevollmächtigten ihre Instruktion hatten. Ich beeilte mich fofort, die Ginladung zur Konferenz auf 3 Uhr abzusenben. Um 3 Uhr war alles da. ber Kriegsminister Branch fehlte. Wir schickten nach ihm, boch mar er nirgends zu finden. Ich hielt also die Sitzung ohne ihn, wir vereinigten uns balb, und um 5 Uhr waren wir glücklich fertig. Etwa um 6 Uhr ging ich zum Kriegsminifter, um ihm bie Beschluffe mitzuteilen und ihn zur Unterzeichnung auf 1/28 Uhr einzuladen. Ich fand ihn eben in fein Bureau zurückgekehrt, wo er gerade erst meinen Brief von Mittags erbrochen batte. Bon 12 Uhr bis 6 Uhr war er also spazieren gegangen. Um bas Maß voll zu machen, fragte er, ob es nötig sei, daß er um 1/28 Uhr tame, ba er bei sich zu Sause um 8 Uhr eine Spielpartie hatte! Er fah aber boch, daß er durch biefe Frage eine Dummheit gefagt hatte, und versicherte sofort, daß er kommen wurde. Ich war ben ganzen Tag im Ministerium gewesen und hatte nur eine halbe Stunde verwendet, um bei Quatresous!) zu effen. Der Kriegsminister, ben bie Sache boch zunächst anging, verwendet also sechs Stunden des Tags zum Spazierengehen und ben Abend zur Spielpartie, an einem Tag, wo wirklich bie Ehre Bayerns auf dem Spiele ftand, benn hatten wir gar nichts zustande gebracht, so wären wir ungeheuer ausgelacht worden!

¹⁾ Gin Beinreftaurant.

Abends wurde unterzeichnet, ich hielt eine Abschiedsrebe, man dankte mir für die vorzügliche Leitung der Berhandlungen, und alles ging um 9 Uhr außeinander.

Der "Bertrag, die Errichtung einer Festungstommission betreffend", vom 10. Ottober 1868 1) bestimmt, daß ber Sitz ber Kommission zwischen München, Stuttgart und Karlsruhe jährlich wechseln soll und daß Banern "vorläufig junächst auf brei Jahre" ben Borsit führt. Jeber Staat tann mehrere Bertreter ernennen, die aber zusammen nur ein Botum abgeben. Aufgabe der Rommission ist, die Berwaltung der drei Festungen Ulm, Raftatt, Landau, ihre Berteidigungsfähigkeit nach militärischen und technischen Rucksichten, ihr strategisches Berhaltnis zu einander sowie zu ben übrigen beutschen Festungen und Defensivanlagen zu überwachen, auch den Bau, die Unterhaltung und die Vorsorge für die militärische Benukung strategisch wichtiger Gisenbahnen und Straken zu ermagen. Sie inspiziert die Festungen. Gegenüber den Regierungen ist die Rommission eine "beratende und vorschlagende Behörde". Die Regierung, welche ein Botum ber Rommission nicht berücksichtigt, ist verpflichtet, ben übrigen Regierungen ihre Grunde mitzuteilen. Artikel 7 des Bertrags bestimmt: "Die brei Regierungen anerkennen die Notwendigkeit des Zusammenhangs bes Defensivspftems von Nord- und Subbeutschland und verpflichten fich, die Prinzipien für die Wahrung dieses Busammenhangs sowie für die Berwaltung bes bisherigen gesamten Bundesfestungsmaterials in ber bemnächst einzuberufenden Liquidationskommission bementsprechend zu regeln." Artikel 8 bestätigt, daß die mit Preußen geschlossenen Alliansperträge durch die Bilbung ber Rommission nicht berührt werden. Im Kriegsfalle wird die Tätigkeit ber Festungskommission suspendiert. Gleichzeitig mit bem "Bertrage" wurden zwei "Prototolle" gezeichnet. Das eine dieser Protofolle bekundet die Verständigung der drei Regierungen über ihre bei den bevorftehenden Verhandlungen ber Liquidationskommission einzunehmende Haltung. Alle brei Regierungen erklären eine Verteilung des vormaligen beweglichen Bundeseigentums, sei es in Natur ober burch Teilung des durch eine Berfteigerung erzielten Erlöses, für unzulässig. Bayern wurde von sich aus gegen eine Ablösung des in den einzelnen Festungen liegenden Materials burch die Territorialstaaten nichts einzuwenden haben. Da aber Baben und Württemberg widersprechen, so wird verabredet, einen solchen Antrag nicht zu stellen und eventuell bagegen zu stimmen. Baben erachtet als das Erstrebenswerteste die Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums burch eine gesamtbeutsche Rommission unter bem Vorsitz Preußens. aber Bayern dem widerspricht, "so verpflichten sich Württemberg und

¹⁾ Abgebruckt in Hirths Unnalen bes Deutschen Reichs 1872, S. 1579.

Baben, vorerst weder einen solchen Antrag zu stellen noch für diese Mobalität zu ftimmen". Bayern und Bürttemberg wünschen die Verwaltung bes Materials burch die Festungskommission. Da aber Baben eine fo weitgebende Rompetenz dieser Rommission nicht zugestehen will, so soll die Berwaltung den Territorialregierungen zustehen und durch die Festungs= kommission nur überwacht werden. Ein "Separatprotokoll" vom 10. Oktober bestimmt zunächst, daß sowohl das ebengenannte Protokoll wie der Bertrag vor dem Zusammentritt der Liquidationskommission der preußischen Regierung mitzuteilen find. Ferner erklart Baben, daß "bie Festungskommission erst nach Beendigung der Verhandlungen der Liquidations-Konferenz und nach Zuftimmung Preußens zu der Feststellung der Betei-Ligung des Morddeutschen Bundes befinitiv ins Leben treten könne" und daß seine Zustimmung zu dem Vertrage als "unter diesem Vorbehalt erteilt zu erachten sei". Ferner erklärt die badische Regierung zu Artikel 7 bes Bertrags, daß fie im Gesamtinteresse Deutschlands eine Beteiligung bes Nordbeutschen Bundes an der Wirksamkeit der Festungskommission erstreben muffe mindeftens in ber Form, daß bie Rommission bem an ihrem Site befindlichen preußischen Militärbevollmächtigten von dem Ergebniffe aller ihrer Verhandlungen Mitteilung mache und bei wichtigeren Fragen beffen Anficht vernehme und daß dem Norddeutschen Bunde zustehe, sich bei ben periodischen Inspektionen ber Festungen durch einen Abgeordneten vertreten zu laffen.

Aus einem Schreiben an ben bayrischen Gesandten Freiherrn von Perglas in Berlin.

München, 8. November 1868.

... Die Frage des Verhältnisses von Preußen und Desterreich habe ich noch viel hin und her überlegt. Ich muß dabei vorausschicken, daß ich mit Ihnen übereinstimme, daß weber uns noch Europa, d. h. dem europäischen Frieden, mit einer bloßen Allianz der deutschen Großmächte genutt wird. Abgesehen von den Bedingungen, welche eine solche Allianz mit sich bringen kann und die uns speziell in bedenklicher Weise berühren könnten, sind Allianzen auch leicht lößbar und bieten niemand eine Garantie, wenn der Zweck erreicht ist, zu welchem sie geschlossen wurden. Was uns allein retten kann und was auch allein geeignet ist, den europäisischen Frieden dauernd zu sichern, ist ein staatsrechtlicher Bund, welcher Desterreich, Preußen (resp. den Norddeutschen Bund) und Bayern zusammenssassen. Ich sage "Bayern", indem ich damit die süddeutsche Gruppe verstehe, welcher Bayern vorzustehen berusen wäre.

Wir hatten bamit die Schaffung einer großen Bentralbefensiomacht in Europa, "ohne deren Willen tein Kanonenschuß abgefeuert würde". Es versteht sich dabei von selbst, daß Preußen die Aufnahme Gesamtsösterreichs mit Ungarn bewilligen und daß es die Interessen Oesterreichs an der unteren Donau zu den seinigen machen, sich also zu einer sehr großartigen Politik emporschwingen müßte. Ich weiß, daß Bismard darauf antworten würde: "Ich kann nicht die russische Allianz aufgeben gegen Eintausch eines Bundesgenossen, dessen ich nie sicher bin."

Allein hier kommt es wieder auf den Unterschied zwischen Allianz und staatsrechtlichem Bund an, und die Bedenken Bismarcks würden zurücktreten, wenn es gelänge, die deutschen Verhältnisse in einer dauernden Art besinitiv zu regeln.

Hier liegt ein Problem vor, welches ich heute noch nicht gelöst habe, bessen Lösung ich aber als eine Notwendigkeit, als etwas nicht zu Umzgehendes ansehe.

Es fragt sich nur, zieht Preußen ben unvermeiblichen Krieg mit Frankzeich mit allen seinen Gefahren, bem Aufgeben der Inkorporation Südbeutschlands in den Nordbund vor? Mit andern Worten: Verzichtet Preußen darauf, die Mainlinie zu überschreiten, gegen den Vorteil der dauernden Konstituierung seiner gegenwärtigen Macht? Tut Preußen dies, so ist die Frage lediglich die der Formulierung eines Versassungsprojekts. Will aber Preußen oder kann es auf dem bisherigen Wege nicht umkehren, so wird es auch auf keinen Schritt eingehen, der jenen Verzicht unbedingt voraussetzt.

Hier ist aber weniger Graf Bismarck maßgebend als die öffentliche Stimmung und namentlich die Stimmung im Lager der nationalliberalen Partei. Ich würde daher bitten, erst die Aeußerungen dieser Kreise ausswerksam zu verfolgen, ehe Sie sich mit Bismarck oder andern offiziellen Persönlichseiten in ein wenn auch noch so allgemeines Gespräch wieder einlassen.

Solange das preußische Bolk und die dasselbe leitende nationalliberale Partei alles eher aufs Spiel setzen, als auf den Weg der Herzschaft "des Ablers vom Fels zum Meer" verzichten will, 1) so lange wird Bismarck sich auf nichts einlassen, so lange ist auf eine Umkehr nicht zu rechnen.

¹⁾ Emanuel Seibel war in jenen Tagen die Pension, welche er aus der Röniglichen Rabinettskasse bezog, und die Münchner Chrenprosessur entzogen worden, weil er den König Wilhelm bei dessen Besuche in Lübeck mit einem Sedichte des grüßt hatte, das mit den Worten schloß:

Und fei's als letter Bunfch gefprochen, Daß noch bereinft bein Aug' es fieht, Bie übers Reich ununterbrochen Bom Fels jum Meer bein Abler gieht.

In der Zwischenzeit will ich die Sache theoretisch ausarbeiten, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Konsul Schwab schreidt, daß der Krieg in Frankreich beschlossene Sache sei und im Januar ausdrechen werde. Ich teile diese Besürchtung nicht, wohl aber die, daß der Krieg unvermeidlich ist — wenn auch erst bei einer den Franzosen günstigen Gelegenheit —, wenn jene Gestaltung einer Desensivmacht im Herzen von Europa nicht gelingen sollte . . .

München, Enbe November 1868.

Gestern war die Tause der neugeborenen Prinzessin. 1) Um 12 Uhr begab ich mich in die Residenz im Frack und weißer Halsbinde; die Unisorm war verbannt, weil die Tause ganz en samille sein sollte, der Prinzessin Mexandra wegen.

Ich fand bort die Königin und die königlichen Prinzen Otto, Ludwig und Leopold, die Prinzeß Ludwig, Graf und Gräfin Trani. Beide Prinzessinnen waren in blauem Atlas mit weißem Pelz verbrämt. Die Prinzeß Alexandra in einer lila Jacke und Hut. Die Tause sand in dem Weißen Saal statt, der vor den Gemächern des Prinzen Abalbert ist, die Einrichtung zu einer Kapelle war recht geschmackvoll arrangiert.

Die Prinzessennen standen links, die Prinzen rechts, Prinzes Mexandra mit dem Prinzen Abalbert vor dem Altar vor roten Betschemeln. Die kleine Prinzes Jsabella trug die Kerze. Sie sah mit ihren roten lockigen Haaren gar niedlich aus und war sehr stolz auf ihr Amt. Die beiden Söhne des Prinzen trugen spanische Orden in Miniatursormat, der ältere das Goldene Blies, der jüngere den Orden Karls III. Sie zeigten mir ihn nach der Tause, wo ich mit den Kindern bekannt wurde. Die Prinzes Alexandra beantwortete alle Taussragen sehr geläusig. Der Domdechant Reindl hielt eine taktvolle Rede. Die Namen der kleinen Prinzes sind Elvira, Alexandra, Klara, Cācilie, Eugenie. Der Name Elvira mißfällt der Prinzes Abalbert, die ihn mit Recht zu theatralisch sindet, aber Prinzes Abalbert sindet ihn sehr hübsch. Er sagte mir: "Die Mutter ist eine Spanierin, deshald ist es sehr passend, daß die eine Tochter Jsabella und die andre Elvira heißt."

Nach der Taufe wurde Schokolade serviert, und nach einem langen Cercle wurden wir um 2 Uhr entlassen.

Um 4 Uhr war das Begräbnis des Staatsrats Hermann.2) Sein Tod ist ein Verlust. Mir war er eine interessante Persönlichkeit durch seine anregenden Gespräche. Dekan Mayer hielt eine recht interessante

¹⁾ Prinzessin Clvira, Tochter bes Prinzen Abalbert und der Prinzessin Amalie, Infantin von Spanien, geboren am 22. November 1868.

²⁾ Nationalökonom und Statistiker, starb am 28. November 1868.

Rebe, boch begriff ich nicht, warum er mit so besonderem Nachbruck die Bhrafe wiederholte: "Der Herr Zebaoth hat's gewollt, wer will's ihm wehren!" Daran benkt ja niemand. Mir scheint, bag er ben herrn Rebaoth bes Wohltlanges wegen so oft in seinen großen Mund nahm. Um 6 Uhr war Ministerrat, der bis nach 11 Uhr dauerte. Außer der Frage der katholischen Universität wurde auch die Reorganisation der Kammer der Reichsräte eingehend diskutiert. Schlör sprach sich merkwürdigerweise gegen bie Erweiterung burch gewählte Mitglieder aus. Die andern Minister stimmten für die Wahl, modifizierten aber meinen Borschlag babin, bag nur zwei Mitglieder in jedem Rreis von den breihundert Bochftbesteuerten genommen werben sollten, bazu bie Bertreter ber Universitäten und ber Akademie sowie bes Polytechnikums. So wird wohl ber Antrag in der Rammer durchgeben. Minister Hörmann wird nun den Antrag an ben Ronig stellen. Die Reichstäte geben mit bem Gebanken um, felbft einen Entwurf einzubringen, doch wird es beffer fein, wenn wir ihnen auvorkommen.

Um $^{1}/_{2}$ 12 Uhr war ich endlich fertig. Febenfalls war der gestrige Tag einer der mühsamsten Ministertage.

München, 6. Dezember 1968.

Geftern war Graf Usebom auf seiner Rückreise nach Florenz bei mir und benützte seinen Besuch, mir einen Vortrag über seine Tätigkeit in Florenz während bes Jahres 1866 zu halten.

Er begann damit, zu erzählen, wie man von Florenz aus schon im Jahre 1865 Berfuche gemacht habe, die Defterreicher jum Berkauf von Benedig zu veranlaffen. Der Abgesandte, ein gewiffer Landau, habe in Wien viel Anklang gefunden, sogar Graf Mensborff habe sich nicht abgeneigt gezeigt, boch fei bie Sache an bem Wiberspruch bes Raifers und ber Militärpartei gescheitert, welche es nicht mit ber militärischen Shre Defterreichs für vereinbar gehalten hatten, Benedig ohne Rampf aufzugeben. Dies benütte nun Usedom, um die Staliener jum Bundnis mit Preußen zu brängen, um anderseits die preußischen Plane in Deutschland mit der Hilfe Italiens zur Ausführung zu bringen. Govone wurde nach Berlin geschickt. Lamarmora, ber ber Ansicht war, man konne ja warten, bis bie reife Frucht ben Stalienern in ben Schoß falle, war bagegen. Usebom aber machte geltend, daß, wenn Preugen ohne Stalien Rrieg führe, das Refultat zweifelhaft fei, und wenn Desterreich fiege, Stalien nicht auf Benedigs Abtretung rechnen könne. Diefes Rafonnement scheint ben Ausschlag gegeben zu haben. Go kam bas Bundnis mit Italien zustande. Während nun England und Frankreich auf Lokalisierung des Krieges brangen, brängte Preußen auf den Ginmarsch der Italiener in Ungarn.

Daher die Instruktionen Bismarcks und die darauf versaßte bekannte Note Usedoms. Das Dementi sei dann von Bismarck gemacht worden, der ihn, Usedom, nicht leiden könne und die Akten in Barzin nicht gehabt habe, aus welchen er sich hätte überzeugen können, daß Usedom seinen Instruktionen gemäß gehandelt habe.

Auf meine Frage, was benn Lamarmora zu der Beröffentlichung ber Note veranlaßt habe, erwiderte Usedom, dies sei ein Coup monté aus Frankreich, um Breußen mit Italien zu entzweien und ihn in Florenz unmöglich zu machen. Dies fei aber ben Franzofen nicht gelungen, ba Die bekannte Note ben Italienern nur die Aufrichtigkeit Breugens bewiesen habe. So hätte er auch von allen Seiten die freundlichsten Zuschriften von Stalienern bekommen, und Lamarmoras Coup sei verfehlt. Er behauptet, die italienische Einheit sei in ganz Italien populär, niemand wolle auf die alten Zuftande gurud, die Behauptungen in Rom, Italien werbe nachstens gerfallen u. f. w. feien Lugen. Die Frangofen machten, fuhr er fort, fehr viele Fehler, sie behandelten die italienische Regierung als Bafallen und zeichneten sich burch Ueberhebung und Unverschämtheit aus, wodurch fie fich die Staliener zu Feinden machten. Der Raiser ftute fich auf die klerikale Bartei in Frankreich und werde dadurch zu bieser Bolitik gegenüber Italien gedrängt. Lamarmora sei auf französischer Seite, weil er nichts wolle als die Praponderanz Piemonts, die Herrschaft ber piemontesischen-Bartei in Stalien, nicht aber bas Aufgeben Biemonts in Italien; es sei die italienische Kreuzzeitungspartei. Dem König von Breußen sei die Alliang mit Italien sowie der Krieg mit Desterreich sehr schwer gefallen. Seine alten legitimistischen Ibeen hatten ihm ben Entschluß erschwert. Habe er aber einmal einen Entschluß gefaßt, so halte er baran fest.

In der deutschen Frage und über das Verhältnis Preußens zu Defterreich äußerte sich Usedom sehr vorsichtig. Meine Darlegung unserv Bemühungen im Jahre 1867 für einen weiteren Bund Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bund hörte er sehr ausmerksam an und schien mit mir darin übereinzustimmen, daß Preußen einen Fehler gemacht habe, uns diesen Plan durch die Abschließung der Bollvereinsverträge zu durchkreuzen. Jett, meinte er, müßte man abwarten, man könne keinen Acker pflügen, solange er gefroren sei.

Interessant war mir seine Ansicht über die nordschleswigsche Frage. Er sagte, wir sind alle einig, daß man einen Teil im Norden abtreten muß, doch auf die militärischen Positionen Düppel und Alsen nicht verzichten darf, aber der König ist eigenfinnig und macht Schwierigsteiten.

Von Bismarck sagt er, er sei fanatisch für ben Frieden und werde

sich sehr vorsichtig benehmen, um Frankreich und Desterreich teinen Anlaß jum Krieg zu geben.

Bei Gelegenheit einiger lobender Bemerkungen über Hompesch hob Usedom hervor, daß im Juni 1866 Bismarck darauf gedrungen habe, daß Italien an Bayern den Krieg erkläre. Er (Usedom) habe es aber vershindert.

München, 6. Dezember 1868.

Da Usedom Auskunft über die Frage der englischeindischen Ueberlandpost haben wollte, so ging ich heute zu ihm und gab ihm dieselbe nach Lage ber Atten. Dabei tamen wir wieder in ein langeres Gesprach. Er zeigte mir einen Brief eines württembergischen Nationalliberalen, ber barauf hinweist, daß die bortige nationalliberale Bartei Gefahr laufe, beim Volk allen Boben zu verlieren, wenn man in Preußen im Innern eine reaktionare Politik befolge. Ich bemerkte barauf, daß besonders die ungeschickte Rebe des Justizministers Leonhardt 1) und die pietistische Richtung Mühlers hier Anftoß erregten, mas er vollfommen zugab. Rur meinte er, daß ber Ronig fich schwer bagu entschließen murbe, Diefe Manner zu entlaffen. Der Rultusminifter ftebe unter bem Ginfluß feiner frommen Frau, weshalb man das Kultusministerium "das Ministerium Abelheid" nenne. Diese Frau sei sehr rührig und mische sich in alles. Dann tamen wir auf die ultramontane Partei zu sprechen, wobei wir barin volltommen übereinstimmten, daß beren Intrigen eine große Gefahr für die ganze Entwicklung bes menschlichen Geschlechtes seien und daß die meisten Menschen diese Gefahr zu leicht nehmen. Bon Gustav und ben gegen ihn gerichteten Intrigen sprach er mit vieler Sachkenntnis.

Schon gestern hatte Usedom bemerkt, daß in Berlin eine große Konfusion in der Organisterung der Kompetenz der preußischen gegensüber den Behörden des Norddeutschen Bundes herrsche. Heute kam er darauf zurück. Der Norddeutsche Bund sei eigentlich "ridikul". Man könne keinem Preußen zumuten, im Norddeutschen Bund aufzugehen, in Deutschland ja, das sei etwas andres. Als ich ihm sagte, da liege wohl der alte Gedanke an den Kaiser von Deutschland noch vor, sagte er, ja, das sei besser und man könne damit den König von Preußen er höhen, ohne daß die andern Souveräne tiefer gestellt zu werden brauchten. Eine etwas schwer zu beweisende Behauptung! Bei Gelegenheit, als wir

¹⁾ Der Justizminister Leonhardt hatte am 30. November bei Borlage bes Entwurfs ber neuen preußischen Hypothelengesetzentwürfe die Hoffnung ausgesprochen, daß dieses neue Recht in kurzem für ganz Deutschland Geltung gewinnen werde. Wenn das Gesetz sich bewähre, werde es für den Norddeutschen Bund angenommen werden, und zwischen diesem Momente und der Einführung in Süddeutschland werde ein nur nach Monaten zu berechnender Zeitraum liegen.

von Bismarck sprachen, erzählte mir Usedom als ein Beispiel wie man feine Ansichten ändern könnte, daß es Bismarck war, der Manteuffel nach Olmüg trieb. Bismarck hielt damals die österreichische Allianz für das einzige Heilmittel und blieb dieser Ansicht, dis er sich als Bundestagszesandter davon überzeugte, daß dies nicht möglich sei.

München, 21. Dezember 1868.

Beute mar Frobel bei mir, ber eben von Berlin und Wien gurudtam. Er ergählte mir, daß er in Wien die Stimmung vollständig verändert gefunden habe. Während man voriges Jahr noch an ben Zerfall Defterreichs geglaubt habe, sei jest bas Selbstvertrauen wieber groß, und man gebe icon wieber foweit, gang beftimmt zu verlangen, Gubbeutichland muffe fich an Defterreich anschließen, bamit Defterreich nicht gang magyaris fiert werbe. Auf die kleinen beutschen Dynastien brauche man, meint man bort, keine Rucksicht zu nehmen, da diese sich feindlich ober unbrauchbar erwiesen hatten. Dies ift die Stimmung in ben beutschparlamentarischen Rreisen. Die Minister außern sich vorsichtiger. Mit Beuft hatte Frobel ein langeres Gefprach, in welchem biefer ihm wegen ber haltung ber "Subbeutschen Breffe" Bormurfe machte, spater fich aber beruhigte. Beuft behauptet, sich nicht in die deutschen Angelegenheiten mischen zu wollen. Allein aus seinen Gesprächen ging boch hervor, daß er es nicht ehrlich meint. Im allgemeinen bezeichnet Frobel bie Stimmung in Wien fo, baß dort eine friedliche Lösung der deutschen Frage nicht für möglich gehalten wird.

Mit Bismarck hat Frobel eine einstündige Unterredung gehabt. Bismard fagte, er werbe Gubbeutschland gegenüber sich passiv verhalten. Die Entwicklung Deutschlands tonne noch breißig Jahre bauern, und bas schabe nicht. Es sei eine große Entwicklung, die Zeit brauche. Bom Rollparlament verspricht sich Bismarck die weitere Ausbildung der beutschen Berhältniffe. Er besprach auch bas Jahr 1866 und meinte, daß wenn er auch damals gang Subdeutschland und Deutsch-Desterreich mit Preugen hatte vereinigen konnen, er es nicht getan haben wurde, weil bamit zu viele heterogene Elemente zusammengeworfen worden wären und daraus keine dauernde Gestaltung geschaffen worden ware. Gegen ben süddeutschen Bund hatte er nichts zu erinnern, boch gab er zu, daß bamit bie erneute Teilnahme Defterreichs an ben beutschen Berhaltniffen ermöglicht werbe, woraus Schwierigkeiten entstehen konnten. Bon einem Bebroben ber fübdeutschen Selbständigkeit seitens Nordbeutschlands hatte Frobel in Berlin nichts gemerkt. Unfre Selbständigkeit werbe von Desterreich aus bedroht. Ein Brief eines Mannes aus Wien, ber teine politische Stellung habe, aber mit Beuft in Berbindung stehe, und ben Frobel hier erhalten hat,

beweift, daß man in Wien an eine Berftandigung mit Preußen auf unfre Rosten benkt.

München, 31. Dezember 1868.

Der österreichische Gesandte Graf Ingelheim 1) führte beute bei bem biplomatischen Donnerstagsbesuch bas Gespräch auf die Rede des Ministers von Barnbuler2) und bemertte, daß damit jede Hoffnung auf den Gudbund abgeschnitten sei. Ich erwiderte, daß ich dies ohne jedes Erstaunen gelesen habe, weil mir die Ansichten Barnbülers bekannt seien und ich ebenso bie Tendengen bes württembergischen Bolls tenne, welche babin gingen, vor allem seine Autonomie zu erhalten. Ohne Aufgabe eines Teils dieser Selbständigkeit aber sei auch der Südbund nicht denkbar. weshalb berselbe in Burttemberg wenig Aussicht habe, es sei benn, man gehe auf ben Plan ein, eine subbeutsche Föberation von Republiken zu bilben, was jedenfalls weder im Interesse noch im Plane der subdeutschen Regierungen liege.3) Ingelbeim riet nun zu einer Berabredung der fudbeutschen Staaten babin gebend, sich gegenseitig zu verpflichten, keinen Schritt weiter zur Annäherung an Preußen zu machen. Nur badurch könne die Gefahr einer Absorbierung durch Preußen abgewendet werden. Ich wandte dagegen ein, daß eine solche Berabredung nur einen negativen Amed habe und wohlüberlegt sein wolle. Der Prager Frieden ftipuliere die nationale Verbindung der suddeutschen Staaten mit dem Nordbunde

¹⁾ Nachfolger bes am 14. November von dem Könige in Abschiedsaudienz empfangenen Grafen Trauttmansdorff. Um 12. Dezember hatte Fürst Hohenlohe sein Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

²⁾ Bei ber Abresbebatte ber Zweiten Kammer am 18. und 19. Dezember hatte Barnbüler gefagt: Die Bereinigung ber fübbeutschen Staaten, Die man von ber Regierung verlangt, ist nichts andres als ber Subbund . . . Also nicht bloß eine Berftanbigung mit ben Nachbarftaaten, fondern ein ftaatliches Gebilde. Ich frage nun: ift ein folches möglich? ... Sie werben mir zugeben, baß eine ftaatliche Organisation etwas ju tun, eine Rompeteng haben muß. Wie wollen Sie nun diese für Ihre Zentralgewalt, für Ihr Parlament bestimmen? Doch nicht geringer als bie Rompeteng bes nordbeutschen Bundesrats? Dann mußten bie subbeutschen Staaten an bas Bunbesorgan abtreten alle biejenigen Begenstanbe, welche in ben 15 Biffern bes Artitels IV ber nordbeutschen Bundesverfassung aufgeführt sind. Dabei haben Sie zu bebenten, daß Bürttemberg und Baben in ben Bunbesorganen gegenüber von Bayern ftets in ber Minoritat maren . . . Das gange murttembergische Bolt murbe gegen ein solches Experiment fich erheben . . . Wenn Sie alle bie Gegenstände ins Auge fassen, welche bem Bunbe zufielen, so murbe gewiß bald ber Gebante Plat greifen, wenn wir einmal folde Dinge haben follen, fo wollen wir sie lieber mit ganz Deutschland als mit Bayern gemeinschaftlich haben.

³⁾ Die württembergische Bolkspartei hatte ben Sübbund in ihr Programm aufgenommen. Ihr Bertreter Karl Mayer sagte in der Abresdebatte vom 18. und 19. Dezember: "Ich glaube, wenn wir den Sübbund gründen, machen wir keinen hemmschuh für die republikanische Entwicklung Europas."

(was Ingelheim zuerst bestreiten wollte, was ich ihm aber burch Vorlesen bes Artikels IV bes Prager Friedens beweisen konnte). Ich zeigte ihm dann, daß Desterreich selbst die Notwendigkeit einer neuen Gestaltung Deutschlands in Artikel IV anerkannt habe, daß also diese Gestaltung stattsinden müsse und daß man sich auf eine negative Haltung nicht beschränken dürse, ohne dem Prager Frieden zuwiderzuhandeln. Die Verbindung der süddeutschen Staaten in Form eines Staatenvereins und dessen Verbindung mit Norddeutschland sei nicht unmöglich, und deshalb dürse man keinen Vertrag abschließen, der möglicherweise ein solches Ziel ausschließe. Uedrigens wollte ich mir seinen Rat überlegen.

Der bayrische Gesandte in Karlsruhe Freiherr von Rieberer hatte am 15. Januar berichtet, daß Großherzog Friedrich von Baden ihm bei mehreren Gelegenheiten den Wunsch ausgedrückt habe, mit König Ludwig in einen persönlichen Gedankenaustausch über die politische Lage Deutschslands zu treten. Hierauf bezieht sich der folgende Bericht des Fürsten vom 22. Januar 1869:

Eure Königliche Majestät haben bem treugehorsamst Unterzeichneten burch Schreiben Allerhöchstihres Rabinettssekretärs ben Auftrag erteilen zu lassen geruht, sich über ben in ber Depesche bes Königlichen Gesanbten in Karlsruhe angebeuteten Bunsch bes Großherzogs von Baben, mit Eurer Königlichen Majestät zusammenzutreffen, gutachtlich zu äußern.

Der treugehorfamst Unterzeichnete muß biese Begegnung um fo mehr als im Intereffe Gurer Roniglichen Majeftat liegend bezeichnen, als bie Begrundung perfonlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen Gurer Röniglichen Majestät und bem Großherzog von Baben wesentlich bazu beitragen wird, die Bemühungen des treugehorsamst Unterzeichneten zu unterftugen, Baben von einer einseitigen Politit abzuhalten und babin zu führen, eine mit ber Politik ber übrigen subbeutschen Staaten mehr harmonierende Stellung einzunehmen. Der Umschwung, welcher sich in biefer Beziehung in ber Stimmung bes babischen Bolts vorbereitet, scheint biefe Aenberung ber babifchen Bolitit forbern zu wollen, und ein Bufammentreffen mit Gurer Roniglichen Majestat wird bem Großherzog von Baden Vertrauen und Mut geben, sich mehr bemjenigen Teile seiner Untertanen zu nähern, welcher bas Aufgeben ber babischen Selbständigkeit als ein Unglud für bas Land betrachtet. Gure Königliche Majestät wiffen, daß die Tätigkeit bes Ministers in gewiffen Situationen nicht ausreicht. Das perfonliche Bervortreten Gurer Königlichen Majestät und Allerhochftberen Busammentreffen mit ben übrigen beutschen Monarchen kann gurgeit noch auf die Geftaltung ber Dinge in Deutschland bedeutenden Einfluß ausüben und die Stellung Bayerns zu der machen, auf welche das Königreich durch seine Geschichte und die ihm innewohnende Kraft Anspruch machen darf. Möchten Eure Königliche Majestät diesen Zeitspunkt nicht unbenutzt vorübergehen lassen!

Der treugehorsamst Unterzeichnete würde eine Begegnung Eurer Königlichen Majestät mit dem Großherzog von Baden als ein folgenreiches Ereignis betrachten und könnte dasselbe nur mit Freuden begrüßen. Nachdem der Großherzog Eurer Königlichen Majestät bereits beim Regierungsantritt einen Besuch gemacht hat, dürste einem Besuche Eurer Königlichen Majestät in Karlsruhe vom Standpunkte der Etikette ein Hindernis nicht im Wege stehen, ja derselbe aus diesem Grunde einer Begegnung am dritten Orte vorzuziehen sein.

Aus einem Schreiben an Professor Aegibi in Bonn. 1) München, 28. Februar 1869.

... Ich will ben müßigen Streit nicht berühren, ob ber Prager Frieden und die Nikolsburger Praliminarien den Berein süddeutscher Staaten als den einzigen Weg offen lassen, mit dem Norden in nahere Berbindung zu kommen oder nicht. Ich sasse die Sache nur vom praktischen Gesichtsvunkte ins Auge.

Wer die füddeutschen Ruftande aufmerksam beobachtet, wird leicht erkennen, daß die Gefahr für Deutschland in der mehr und mehr um fich areifenden Entfremdung zwischen Gudbeutschland und Norddeutschland liegt. Je strammer bas Band gezogen wird, welches die Staaten des Nordbeutschen Bundes umschließt, um so schwerer wird es bem Gubbeutschen, fich mit bem Gebanken einer Bereinigung mit bem Norben zu befreunden. Die nationale Abneigung der füddeutschen Stämme gegen die Nordbeutschen ift eine nicht zu leugnende Tatsache. Diese Abneigung, verbunden mit der Furcht vor dem Aufgehen in dem preußisch-deutschen Ginheitsstaate, hat seit bem Jahre 1866 auffallend zugenommen, und alle Feinde Preußens und Deutschlands benutzen diese Stimmung, um die Kluft von Tag zu Tag zu erweitern. So werben die subbeutschen Staaten unmerklich zu einer feindlichen Stellung gegenüber bem Norden geführt, und bricht irgendeine von ben Gegnern Preußens gewünschte und geförberte Rataftrophe aus, fo tritt die Gefahr nabe, daß Suddeutschland von Norddeutschland dauernd abgetrennt werde. Um diese Gefahr abzuwenden, ist es nötig, sobald als

¹⁾ Aegibi, mit welchem der Fürst im Zollparlament zusammengetroffen war, hatte ihm am 7. Februar einen Entwurf eines süddeutschen Staatenvereins gesandt, dessen Inhalt sich im wesentlichen auf den der Schuß- und Trußbündnisse beschränkte und nur durch die Bildung des "Bereins" als solche eine Förderung der süddeutschen Berfassungsfrage herbeisühren wollte.

möglich aus allen Provisorien herauszukommen und die Neugestaltung Deutschlands ernstlich zu Ende zu führen.

Diese Neugestaltung kann aber, wie die Dinge heute liegen, nicht durch einsachen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund bewerkstelligt werden. Wer sich dieses Ziel setz, wird das Provisorium und damit den gegenwärtigen prekären Zustand ins Unbestimmte verlängern. Wird aber zugegeben, daß das Provisorium gesahrbringend ist, so wird anerkannt, daß wir sobald als möglich zu einer Form gelangen müssen, die den Süddeutschen die Erhaltung ihrer Autonomie, ihrer Eigentümlichkeit, ihres, ich möchte sagen, gemütlichen Staatslebens garantiert und gleichzeitig die Verbindung mit dem Norden ermöglicht.

Haben die Süddeutschen diese Garantie, so werden sie sich nach und nach in das große deutsche Gemeinwesen einleben, wenn nicht, nicht!

Ein sübbeutscher Staatenverein, der mehr wäre als eine bloße völkerrechtliche Allianz, ein Berein, an dessen Spize ein gemeinsames Bundessorgan (wenn auch ohne Parlament) stände, gemeinsame Regelung der Wilitärangelegenheiten und der auswärtigen Politik, gemeinsame Leitung der Verkehrsangelegenheiten u. s. w. — dies würde etwa die Form sein, welche den süddeutschen Staaten jene obenerwähnte Garantie dieten könnte, und hiermit wäre denn auch den Süddeutschen der seste Boden geschaffen, von welchem aus sie den norddeutschen Brüdern ehrlich und ohne Rückhalt die Hand reichen könnten. Niemand gibt gern die Hand über einen Graben hinüber, wenn er nicht vorher auf dem diesseitigen User sesten Fuß gesaßt hat.

Fürst Hohenlohe hatte schon im November 1868 ben Versuch gemacht, die badische Regierung zur Aufgabe ihres Borbehalts, daß die süddeutsche Festungskommission erst nach Beendigung der Liquidations, verhandlungen ins Leben treten sollte, zu bestimmen. Er wünschte die Festungskommission sofort in Wirksamkeit zu sehen und durch diplomatische Verhandlungen mit Preußen die Frage des Festungsmobiliars zu erledigen, so daß ein neuer Zusammentritt der Liquidationskommission überstüssig geworden wäre. Vaden ging darauf nicht ein. Trot dessen seize bayrische Regierung die Vemühung sort, vor dem Zusammentritt der Liquidationskommissionmission, wenigstens eine Garantie dasür zu erhalten, daß nicht in dieser von den preußischen Vertretern eine gemeinsame Verwaltung des Festungsmaterials gesordert werden würde.

Einen Einblick in diese Berhandlungen gewährt der nachfolgende Entwurf eines Schreibens an den bayrischen Gesandten in Berlin, welcher nach einem Bermerk auf dem Manuskript "in veränderter Form" abgegangen ist. Er stammt aus dem Ende Februar 1869.

Auf die Anfrage, welche ich unter bem 15. v. M. burch E. H. an den Grafen Bismarck über die Magregeln stellen ließ, welche Preußen bezüglich der Behandlung des früheren beweglichen Bundeseigentums etwa als geeignet erachten wurde, und von welchen Ansichten die Koniglich preußische Regierung in dieser Beziehung bei ber Inftruierung ihrer Bevollmächtigten zu ber in Aussicht genommenen Liquidationskommission ausgehen würde, hat mir Graf Bismarck burch ben Freiherrn von Werthern am 28. v. M. eine Mitteilung zugeben laffen. Diese gibt die Bereit= willigkeit ber Königlich preußischen Regierung zu erkennen, auf ben Bunfch der füddeutschen Regierungen einzugehen, das gemeinsame Gigentum an jenem Festungsmateriale fortbestehen zu lassen, welches sich aus ber Zeit bes ehemaligen Deutschen Bundes ber in Ulm, Rastatt und Landau noch befindet, zeigt aber gleichzeitig, daß die Königlich preußische Regierung, solange die Gemeinschaft fortbesteht, auf eine gemeinschaftliche Beauffichtigung des Materials nicht verzichten zu können glaubt. Wenn ich fomit in diefer Aeußerung eine Begrundung ber Hoffnung erblice, daß die insbesondere von den Regierungen von Württemberg und Baben nicht gewünschte Ablösung bes vormaligen Bundeseigentums vermieden werden könne, so kann ich auch ein zu weitgehendes und für uns unannehmbares Berlangen barin nicht erblicken, daß die Bahrung der Gigentumsrechte Nordbeutschlands auf dem Wege gegenseitiger Beaufsichtigung zur Ausführung gebracht werbe. Die protofollarische Bereinbarung vom 10. Oftober v. J., welche wir fofort jur Renntnis ber Koniglich preußischen Regierung gebracht haben, 1) spricht benn auch feineswegs bavon, Nordbeutsch= land vollständig von jeder Mitwirkung auszuschließen, im Gegenteil ift hier bereits eine Mitwirfung besselben, solange bas gemeinsame Gigentum fortbauert, bestimmt in Aussicht genommen. Nur über bas Maß biefer Beteiligung mar uns bisher die Ansicht ber Königlich preußischen Regierung nicht bekannt, und ber Umftand, daß von verschiebenen Seiten die Errichtung einer Festungskommission als beabsichtigt bezeichnet wurde, welcher nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Verwaltung des in den füddeutschen Festungen befindlichen Materials übertragen werden sollte, mußte der Königlichen Regierung im hinblid auf die protofollarische Bereinbarung ber subbeutschen Staaten vom 10. Oktober v. J., in welcher eine folche Festungskommission ausbrücklich ausgeschlossen wird, die Pflicht auferlegen, schon jetzt zu erklären, daß sie auf einen berartigen Vorschlag einzugehen nicht in ber Lage mare.

Wenn die Königliche Regierung diese Erklärung heute wiederholen zu

¹⁾ Durch Mitteilung des Fürsten Hohenlohe an den preußischen Gefandten vom 14. Oktober 1868.

_

<u>:</u> .

-

÷

muffen glaubt, so bestimmt fie hierzu ber Bericht bes Königlichen Majors Freiherrn von Freyberg über eine mit dem Grafen von Bismarck gevflogene Unterredung, aus welcher bervorgeht, daß Seine Erzellenz eine Kommission, gemischt aus Bertretern aller beteiligten Staaten bes Gubens und aus folchen bes Nordbundes, mit ber Sorge ber Inftanbsetzung und zeit= gemäßen Berbefferung ber fortifikatorischen und artilleristischen Mittel u. s. w. als wünschenswert bezeichnet hat. Wenn ich hierin auch keinen offiziellen Vorschlag ber preußischen Regierung, sondern lediglich die im Laufe eines Gesprächs über militärische Dinge hervorgetretene Aeußerung über bas im militärischen Interesse Wünschenswerte erblicken zu können glaube, fo zeigt boch diefe Meußerung Seiner Erzellenz, zu welchen Borfchlagen bie Beratung über die Behandlung des früheren Bundeseigentums führen tann, und beftätigt die Notwendigkeit bes in meiner Depesche vom 15. v. M. niedergelegten Bunsches, vor dem Zusammentritt der Liquidations= kommission die Anschauungen ber Koniglich preußischen Regierung kennen au lernen, um schon jett in der Lage zu fein, Borfchlage als unannehm= bar zu bezeichnen, welche eine gedeihliche Lösung der Aufgabe der Liquis bationskommission zu hindern geeignet maren.

Ich bemerke hierbei, daß, wenn meine Depefche vom 15. v. M. bavon fpricht, daß Forderungen vermieben werden, welche bazu führen könnten, bas Band zu lockern, welches zwischen ben fübbeutschen Staaten und bem Nordbeutschen Bunde noch besteht, ich babei nur an jenes Band benten konnte, welches eben in ber Gemeinfamkeit bes Gigentums an bem früheren Bundesfestungsmaterial liegt. An das Schutz und Trutbundnis, welches amischen Bapern und Preugen besteht und auf welches Graf Bismard meine Aeußerung bezogen zu haben scheint, konnte ich schon aus dem Grunde nicht benten, weil nach Anficht ber Roniglich baprifchen Regierung ber Allianzvertrag lediglich ein Alt ber äußeren Politik gewesen ist. Auch mußte mir ber Gebanke, daß die Regelung des gemeinsamen Festungsmaterials irgendeinen Einfluß auf den Allianzvertrag äußern könnte, um fo ferner liegen, als in bem gleichfalls ber Roniglich preußischen Regierung mitgeteilten Bertrage vom 10. Ottober v. J. ausbrucklich erklart ift, die Bestimmungen ber Allianzverträge sollten burch die Bereinbarung über die Feftungskommission in keiner Beise berührt werden.

Ich bin weit bavon entfernt, auch nur die Möglichkeit zuzugeben, daß durch irgendeinen Anlaß der inneren Politik die Bereinbarung berührt oder gelockert werden könnte, welche zur gegenseitigen Garantierung der Integrität ihres Gebiets zwischen Bayern und Preußen bestehen. Mag die Angelegenheit des früheren Bundeseigentums zu allseitiger Zufriedenheit gelöst werden oder nicht, mag ein gemeinsames Eigentum zwischen Nordbeutschland und Süddeutschland sorterhalten bleiben oder

Bayern sich zur Ablösung seines Anteils veranlaßt sehen, die Königlich bayrische Regierung wird an dem Schutz- und Truthundnis loyal seste halten. Die durch jene Bündnisse geschaffene nationale Gemeinsamkeit in der Berteidigung deutschen Bodens steht nach unsrer Ueberzeugung so über allen Zweisel erhaben, daß verschiedene Ansichten über jene Detailsfragen in keiner Weise dieses seste Band erschüttern können.

Ich freue mich, aus ber Mitteilung bes Freiherrn von Werthern zu entnehmen, daß Graf Bismarck in dieser Hinsicht mit mir die gleiche Ansschauung teilt. Was nun die Grundsätze betrifft, von welchen bei der Regelung des gemeinsamen Festungsmaterials ausgegangen werden dürfte, so eröffnet die Mitteilung des Freiherrn von Werthern die Aussicht, daß sich die Königlich preußische Regierung darin mit der Königlich bayrischen Regierung werde einverstanden erklären können, daß die Verwaltung jenes Materials keine mit dem Norddeutschen Bunde gemeinsame sein solle.

Der Ansicht ber Königlichen Regierung wurde es mehr entsprechen. wenn die Verwaltung des in Subbeutschland gelegenen Materials nicht den füddeutschen Territorialregierungen, wie dies im Brotokoll vom 10. Ottober v. J. vereinbart wurde, sondern der Festungskommission selbst Nur um dem Wunsche Babens nachzukommen, hat übertragen würde. fich die Königliche Regierung jener Faffung des Protokolls angeschloffen. Wie indessen diese Regelung auch stattfinden mag, darin waren die sudbeutschen Regierungen einig, daß dem Nordbeutschen Bunde als Miteigentumer eine Beteiligung an der Oberaufsicht des gemeinschaftlichen Materials augestanden werden musse. Es durfte nicht schwer sein, eine Form au finden, in welcher biefe gegenseitige Inspizierung bes Materials, welches in den früheren Bundesfestungen lagert, ftattfinden könnte. Ich gebe mich also ber Hoffnung hin, daß die etwa bestehenden Differenzen in der Anschauung der beiden Regierungen bald gelöst werden können, und füge noch bei, daß es wohl am zwedmäßigsten fein wurde, die suddeutsche Reftungskommission sofort ins Leben treten zu lassen, nachdem burch eine zwischen ben fühdeutschen Staaten und bem Nordbeutschen Bunde getroffene Berständigung die in Artikel VII des Bertrags vom 10. Oktober v. J. vorbehaltene Beteiligung bes Nordbeutschen Bundes an der Oberaufsicht über die Verwaltung des Festungsmaterials geregelt sein wird.

Indem ich E. H. bitte, diese Depesche zur Kenntnis bes Herrn Grafen von Bismarck zu bringen u. s. w.

Diese Verhandlungen mit Preußen führten zu keinem Ergebnis. Im März 1869 erklärte der preußische Gesandte, daß Graf Bismarck jedensfalls der schleunigen Einberufung der Liquidationskommission entgegensehe. Am 9. März konferierte Fürst Hohenlohe auf Befehl des Königs mit

Barnbüler in Nördlingen, und das Ergebnis dieser Besprechung war, daß am 10. März die Liquidationskommission auf den 4. April zusammenberusen wurde.

Der Nachlaß des Fürsten bietet leider nur wenige Zeugnisse von dem Lebhasten Berkehr mit Ignaz von Döllinger, welcher in der Periode vor dem Zusammentritt des Batikanischen Konzils eine so bedeutsame Einswirkung auf die Kirchenpolitik des Fürsten geübt hat. Dieser Berkehr war naturgemäß in der Hauptsache ein persönlicher, und nur zur Ergänzung mündlichen Austausches wurden gelegentlich kurze Briefe geschrieben.

Am 23. März 1869 übersendet Döllinger dem Fürsten den Entwurf zu dem nachfolgenden Rundschreiben vom 9. April.

Das Rundschreiben ist bis auf die Schlußsätze, beginnend mit den Worten: "Ich habe bisher gewartet", von Döllinger versaßt. Gine französische Uebersetzung des Rundschreibens hat der Fürst eigenhändig geschrieben.

Rundschreiben an die bayrischen Gesandtschaften vom 9. April 1869.

Es läßt sich gegenwärtig mit Bestimmtheit annehmen, daß das von Seiner Heiligkeit dem Papste Pius IX.1) ausgeschriebene Allgemeine Konzilium, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischentreten, wirklich im Dezember stattsinden wird. Ohne Zweisel wird dasselbe von einer sehr großen Zahl von Bischösen aus allen Weltteilen besucht und zahlreicher werden als irgendein früheres und wird also auch in der öffentlichen Weinung der katholischen Welt die hohe Bedeutung und das Ansehen, welches einem ökumenischen Konzilium zukommt, entschieden für sich und seine Beschlüsse in Anspruch nehmen.

Daß das Ronzilium sich mit reinen Glaubensfragen, mit Gegenständen der reinen Theologie beschäftigen werde, ist nicht zu vermuten, denn derartige Fragen, welche eine konziliarische Erledigung erheischten, liegen gegenwärtig nicht vor. Die einzige dogmatische Materie, welche man, wie ich aus sicherer Quelle ersahre, in Rom durch das Ronzilium entschieden sehen möchte und für welche gegenwärtig die Jesuiten in Italien wie in Deutschland und anderwärts agitieren, ist die Frage von der Unssehlbarkeit des Papstes. Diese aber reicht weit über das rein religiöse Gebiet hinaus und ist hochpolitischer Natur, da hiermit auch die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Bölker, auch die getrennten, in weltslichen Dingen entschieden und zum Glaubenssat erhoben wäre.

¹⁾ Durch Bulle vom 29. Juni 1868.

Ift nun schon diese höchst wichtige und folgenreiche Frage ganz geeianet, die Aufmerksamkeit aller Regierungen, welche katholische Untertanen haben, auf das Ronzil zu lenken, so muß ihr Intereffe, richtiger ihre Beforgnis, sich noch fteigern, wenn fie bie bereits im Gange befindlichen Borarbeiten und die Glieberung ber für diese in Rom gebilbeten Ausschüffe ins Auge faffen. Unter biefen Ausschüffen ift nämlich einer, welcher sich bloß mit den staatstirchlichen Materien zu befassen hat. Es ift also ohne Zweifel bie bestimmte Absicht bes romischen Hofes, burch bas Ronzilium wenigstens einige Beschlusse über kirchlich-politische Materien oder Fragen gemischter Natur feststellen zu lassen. Hierzu kommt, daß bie von ben römischen Jesuiten herausgegebene Zeitschrift, die "Civilta cattolica". welcher Papft Bius in einem eignen Breve die Bedeutung eines offiziösen Organs der Römischen Kurie zugesprochen hat, es erst kürzlich als eine bem Konzilium zugebachte Aufgabe bezeichnet bat, bie Berbammunasurteile des papstlichen Syllabus vom 8. Dezember 1864 in positive Beschlüsse ober konziliarische Dekrete zu verwandeln. Da diese Artikel des Syllabus gegen mehrere wichtige Axiome bes Staatslebens, wie es fich bei allen Kulturvölkern gestaltet hat, gerichtet sind, so entsteht für die Regierungen die ernfte Frage: ob und in welcher Form sie teils die ihnen untergebenen Bischöfe, teils später das Konzil selbst hinzuweisen hatten auf die bedenklichen Folgen, welche eine folche berechnete und prinzipielle Berruttung der bisherigen Beziehungen von Staat und Kirche herbeiführen mußte. Es entsteht ferner die Frage, ob es nicht zweckmäßig erscheine, daß die Regierungen gemeinschaftlich, etwa durch ihre in Rom befindlichen Bertreter, eine Bermahrung ober Brotestation gegen folche Beschluffe einlegten, welche einseitig, ohne Buziehung ber Bertreter ber Staatsgewalt, ohne jede vorhergehende Mitteilung über staatskirchliche Fragen oder Gegenftanbe gemischter Natur von bem Ronzilium gefaßt werben möchten. Es erscheint mir unumgänglich nötig, daß die beteiligten Regierungen gegenseitiges Einverständnis über biefe ernste Angelegenheit zu erzielen verfuchen.

Ich habe bisher gewartet, ob nicht von einer oder der andern Seite eine Anregung ausgehen werde; nachdem dies aber nicht geschehen und die Zeit drängt, sehe ich mich veranlaßt, Eure zu beauftragen, vorstehende Angelegenheit bei der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, zur Sprache zu bringen, um über deren Gesinnungen und Anschauungen bezüglich dieser wichtigen Sache Erkundigung einzuziehen.

Eure wollen babei der Erwägung vorgedachter Regierung die Frage unterstellen, ob nicht eine gemeinsame, wenn auch nicht kollektive Maßnahme der europäischen Staaten in einer mehr oder minder identischen Form zu ergreisen wäre, um den römischen Gof über die dem Konzil gegenüber von ihnen einzunehmende Haltung im voraus nicht im unsgewissen zu lassen und ob nicht etwa eine Konserenz von Bertretern sämtlicher beteiligten Regierungen als das geeignetste Mittel erachtet werden könnte, jene gemeinsame Haltung einer eingehenden Beratung zu unterziehen.

Eure wollen, wenn es gewünscht wird, Abschrift bieser Depesche in den Händen des Herrn zurücklassen und über die Aufnahme, welche dieselbe gefunden hat, baldigst berichten.

Gleichzeitig mit diesem Rundschreiben erging an die katholischtheos Logischen und an die juristischen Fakultäten der bayrischen Universitäten die Aussorberung zur Aeußerung auf die nachfolgenden von Döllinger formustierten Fragen:

- 1. Wenn die Sätze des Syllabus und die päpstliche Unsehlbarkeit auf dem nächsten Ronzilium zu Glaubenswahrheiten erhoben werden, welche Beränderungen würden hierdurch in der Lehre von den Beziehungen zwischen Staat und Kirche, wie sie bisher in Deutschland praktisch und theoretisch gehandhabt wird, herbeigeführt?
- 2. Würden in dem vorausgesetten Falle die öffentlichen Lehrer der Dogmatik und des Kirchenrechts sich verpslichtet erachten, die Lehre von der göttlich angeordneten Herrschaft des Papstes über die Monarchen und Regierungen (sei es als Potestas directa oder indirecta in temporalia) als jeden Christen im Gewissen verpslichtend zugrunde zu legen?
- 3. Würden die Lehrer der Dogmatik und des Kirchenrechts sofort sich verpflichtet erachten, die Lehre, daß die persönlichen und realen Immunitäten des Klerus Juris divini seien, also auch zum Gebiete der Glaubensslehre gehören, in ihre Vorträge und Schriften aufzunehmen?
- 4. Gibt es allgemein anerkannte Kriterien, nach welchen sich mit Sicherheit bestimmen läßt, ob ein papstlicher Ausspruch ex cathodra, also nach der eventuell sestzustellenden Konziliumsdoktrin unsehlbar und für jeden Christen im Gewissen verpstichtend sei; und wenn es solche Kriterien gibt, welches sind dieselben?
- 5. Inwieweit dürften die angestrebten neuen Dogmen und ihre notwendigen Konsequenzen auch einen alterierenden Einfluß auf den Volksunterricht in Kirche und Schule und auf die populären Lehrbücher (Katechismus u. s. w.) ausüben?
- Am 31. Oktober 1867 hatte die Regierung den Entwurf eines Schulsgesetzt bei der Rammer der Abgeordneten eingebracht. Dieser Gesetztentwurf wurde schon vor der Diskussion in der Rammer der Gegenstand einer lebhaften Agitation der ultramontanen Partei, weil er prinzipiell

das ausschließliche Recht bes Staats auf Leitung und Beaufsichtigung der Schule, mit Ausnahme bes Religionsunterrichts, feststellte, bemgemäß an die Stelle des Pfarrers als alleinigen Ortsschulinspektors eine örtliche Schulinspektion fette, an ber die Gemeinde, die Rirche, die Familie und der Lehrerstand gleichmäßig beteiligt waren, und gleichzeitig die technische Beaufsichtigung des Unterrichts staatlichen Bezirksschulinspektoren übertrug. In diesen Maßregeln sab die ultramontane Partei die Trennung der Schule von der Rirche und die Entchriftlichung der Schule. Gine Abreffe des bayrischen Epistopats an den König war durch Handschreiben vom 13. Ottober 1868 bem Kultusminister "dur sorgfältigen und unparteiischen Prüfung" überwiesen worden. Die Beratungen der Rammer der Abgeordneten fanden vom 15. bis 23. Februar 1869 ftatt und endigten mit der Annahme des Gesetzes durch eine Mehrheit von 114 gegen 26 Stimmen. Fürst Hohenlohe beteiligte sich an der Diskussion nicht. Am 26. Februar tam ber Entwurf an die Rammer ber Reichsräte, in welcher ber Bischof von Dinkel Referent und ber protestantische Oberkonsisstorial= präsident von Harleß Korreferent war, beide entschiedene Gegner der prinzipiellen Bestimmungen bes Entwurfs. Bezeichnend für bie politische Lage ift ein Brief Döllingers an den Fürsten vom 15. April 1869. Durchlaucht," schreibt Böllinger, "werben es mir nicht als Unbescheibenheit beuten, wenn ich mir erlaube, den diesen Morgen geäußerten mundlichen Bemerkungen noch zur Erganzung ein paar schriftliche nachfolgen zu laffen.

Indem ich mich als treuer Diener meines Königs auf den Standpunkt der Königlichen Regierung stelle und meinen Blick auf die gegenwärtige Lage, die Parteienstellungen und die bevorstehenden Landtagswahlen richte, ergeben sich mir folgende Erwägungen:

Es liegt im Interesse der Regierung, daß noch vor dem Beginn der Wahlen eine versöhnliche und vertrauenerweckende Maßregel von ihr ausgehe. Bei der Mehrheit des Klerus (hoch und niedrig) ist nun einsmal, hauptsächlich infolge des Schulgesehentwurfs, die Ansicht verbreitet, daß die Regierung ihn in seiner disherigen Stellung zu beeinträchtigen und zurückzudrängen beabsichtige. Daß dei der Beratung des Entwurfskeine Vertreter der Pfarrgeistlichseit zugezogen wurden, hat diese Ansichtsehr befestigt. Wenn nun die Regierung ankündigte: dei den großen Meinungsdifferenzen, welche sich zwischen den drei Faktoren der Gesetzgebung hinsichtlich dieses Gesetzes herausgestellt haben, erscheint eine nochsmalige Erwägung desselben mit Zuziehung der Beteiligten, also einerseits des Klerus, anderseits des Lehrerstandes, zweckmäßig, und die Regierung behält sich vor, das so gereifte Gesetz den beiden Kammern des künstigen Landtags vorzulegen, so würde diese Maßregel allseitig befriedigen, und

insbesondere würde der Klerus in seiner Mehrheit bei den Wahlen wohl eine andre, ruhigere und besonnenere Haltung beobachten, als sonst, wie ich besorge, der Fall sein dürfte. Habe ich doch erst vor wenigen Tagen von einer Seite her, von welcher ich es nicht erwartete, den Wunsch äußern hören, daß das gegenwärtige Ministerium durch ein andres erseht werden möge.

Rommt das Gesetz wirklich zur Diskussion im Reichsrate, so ist die notwendige Folge davon,

- a) daß alle Leidenschaften wieder aufgeregt werden,
- b) daß Herr Minister von Greffer sozusagen zwischen die beiden Mühlsteine der beiden Rammern gerät, da er durch die in der Abgeordnetenstammer bereits getanen Aeußerungen und gegebenen Zusagen gebunden erscheint und voraussichtlich einer sehr großen Majorität des Reichsrats ohne Möglichkeit einer Verständigung gegenüberstehen wird,
- c) daß auf die Regierung der ungünstige Schein fällt, als ob sie und zwar in einer so hochwichtigen Frage unterlegen sei, ein Schein, der durch freiwilliges Zurückziehen und Ankündigung einer neuen Revision vermieden wird.

Alles dem Ermessen Eurer Durchlaucht anheimstellend, verharre ich verehrungsvoll

Eurer Durchlaucht

untertänigster

Döllinger."

In der Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 19. April 1869 begann die Plenarberatung. Fürst Hohenlohe hielt an diesem Tage folgende Rede:

Ich muß mir erlauben, in ber allgemeinen Diskussion bas Wort zu ergreifen, weil ich es für Pflicht halte, in einer Frage, die in so eklatanter Beise die Gegensätze der Parteien wachgerusen hat, nicht stillzuschweigen, sondern offen meine Meinung zu bekennen.

Es gibt Zeiten und Fragen, in welchen man nicht neutral bleiben kann. Unsre Zeit ist eine folche, und der Gegenstand der Diskussion liegt so, daß jeder, der berusen ist, im öffentlichen Leben zu wirken, die Pslicht hat, zu sagen, wie er dazu steht. Ueber die Notwendigkeit der Resorm unsers Schulwesens sind die Meinungen, wie es scheint, ungeteilt, wenn auch über die Art und Weise der Ausschhrung der Resorm die Ansichten auseinandergehen. Schon vor zwanzig Jahren hat ein beredtes Mitglied dieser hohen Kammer, das wir noch zu den unsrigen zählen, die durchzgreisende Resorm unsers Elementarschulwesens als eine unerläßliche Notzeichen

wendigkeit bezeichnet. Jener Herr Reichstat sagte damals: "Ich hosse, man wird endlich von der in früherer Zeit so ziemlich verbreiteten Ansicht abgesommen sein, daß das Glück des Staats in der Verdummung der unteren Klasse beruhe; unsre erleuchtete Staatsregierung wird die Ueberzeugung hegen, daß Gesahr für den Staat nicht durch Vildung des Volks, wohl aber durch das Gegenteil, durch Mangel an Vildung, entstehen könne, daß die Krast der Nation und mit derselben der Nationalwohlstand zunächst auf der Intelligenz des Volks beruhe. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, wird sie nicht säumen, die Sünden der Vergangenheit gutzumachen und zunächst unser Schulwesen der gründlichsten Revision zu unterstellen; hiermit zugleich aber wird sie eine Hauptursache zunehmender Verarmung beseitigen."

Indem ich mich diesen Worten aus vollem Berzen anschließe, glaube ich, daß ich wohl von teiner Seite diefes hohen Saufes einem Widerspruch begegnen werbe. Diese Mahnung war nicht die einzige, welche burch die Rammer an die Staatsregierung gerichtet wurde. 3ch erinnere Sie nur an den Gesamtbeschluß ber beiben Rammern vom Jahre 1866, in welchem um bie Borlage eines Schulgefetes auf freisinniger Grundlage gebeten wurde. 1) Die Staatsregierung ift diesen Bunschen nachgekommen und hat ein biesen Forberungen entsprechenbes Gefetz vorgelegt. Seitbem bat que erst außerhalb ber Landesvertretung und bann in den Kammern die Distuffion begonnen. Es ift einer ber Borguge bes tonftitutionellen Lebens, daß Fragen, welche die öffentliche Meinung aufregen, burch bie Diskussion ber gesetlichen Vertreter verarbeitet und geklart werden und baß infolgebeffen die Rube in die Gemüter zurückehrt. Auch in der porliegenden Frage mar bies ber Fall und, wenn mich nicht alles tauscht, hat die anfängliche Aufregung gegen das, wie man es zu nennen beliebte. beillose Schulgeset einer mehr unbefangenen Auffaffung Blat gemacht. Much die Beratungen Ihres Ausschuffes zeigen, soweit die Brotokolle barüber Austunft geben, nichts von einer leibenschaftlichen Erregung ber Berren Mitglieder, und auch bie Reben ber beiben Berren Referenten zeigen die ruhige und unbefangene Beurteilung bes vorliegenden Gefetzentwurfs. Jene vielgehörte Rlage, daß durch ein Schulgeset, wie das pon der Regierung entworfene, die Rirche in ihren Rechten bedroht werde, fängt wenigstens außerhalb ber Rammer an zu verstummen, benn, wer unbefangen das Gefet beurteilt, wird nach und nach zu der Ueberzeugung kommen, daß ber Unterschied zwischen bem gegenwärtigen Buftande und ben Borichlagen ber Staatsregierung nicht fo groß fei, als man urfprunglich geglaubt hatte. Allerdings gehen die Beschlüsse des Ausschusses und

¹⁾ Siehe Seite 174,

Die Aeugerungen bes Berrn Erzbischofs von Scherr weit über ben Gefet. entwurf sowie über die bestehenden Berhaltnisse hinaus. Diese Beschlusse geben jum Teil wohl aus bem grundfäglichen Beftreben hervor, ber Rirche ben vorwiegenden, wenn auch nicht ausschließlichen Ginfluß auf die Boltsschule zu vindizieren, ein Beftreben, bas auch in bem Breve Seiner Beiligteit des Bauftes Bius IX, an den Erzbischof von Freiburg vom 14. Juli 1864 feinen fehr bestimmten Ausbruck gefunden hat. Bier nun begegnen fich zwei entgegengesette Strömungen. Denn, wenn die Rirche die unbeschränkte Ginwirkung auf ben Bolksunterricht in Unspruch nimmt, fo tann anderseits ber Staat feine Rechte auf Die Leitung ber Bollsbilbung und erziehung ebensowenig aufgeben. Rönnten wir freilich von einer ibealen Auffaffung bes Staats und ber Rirche ausgehen, fo mußten wir au ber Folgerung tommen, daß es für ben Staat nur erwunscht fein tann, wenn ber Rirche, ber Spenberin bes Beils und bes Troftes, ber großen Erzieherin bes Menschengeschlechts, ein möglichst großer Ginfluß auf die Boltserziehung eingeräumt würde. Allein wir stehen nicht auf einem idealen Standpunkt, sondern auf dem Boden bes positiven Berfassungsrechts, und biefes allein ift für uns maßgebend. Diefes Berfassungsrecht ift ber Ausbruck ber Ibee bes mobernen Staats, wie er sich aus bem politischen Leben der Nation entwickelt hat und an welchem das bayrische Bolt festhalten will. Ich weiß wohl, daß der Ausdruck "moderner Staat" in gewiffen Rreisen perhorresziert wird, allein ich mußte keinen andern Namen für ben Staat, der bazu berufen ift, unfer ganges Rulturleben au schützen und zu pflegen und ber ben driftlichen Glauben nicht gefährbet, sondern nur gefördert hat, wie mir felbst die hier anwesenden Mitglieder bes hohen Rlerus beftätigen werden, wenn ich fie verweise auf die großartigen Rundgebungen tatholischer Gesinnungen, welche in neuerer Zeit stattgefunden haben. Die Schwierigkeit für ein harmonisches Rusammenwirken beiber Gewalten, ber Kirche und bes Staats, liegt aber meines Erachtens darin, daß in neuerer Zeit Aeußerungen kundgegeben sind, die eine Abneigung der in der Kirche zurzeit herrschenden Bartei gegen den Staat ertennen laffen.

Ich erinnere Sie an die Engyklika Gregors XVI. "mirari vos", welche die gesetzliche Sicherstellung der Gewissensfreiheit eine "sontentia orronea et absurda", ein "deliramentum", eine irrige und absurda Weinung, einen Wahnsinn nennt. Ich erinnere Sie an die Engyklika vom 8. Dezember 1864, welche die Freiheit des Kultus zu den verdammenswerten Irrkümern rechnet, ich erinnere endlich an die Stelle derselben Enzyklika, welche aufs bestimmteste in Abrede stellt, daß der Papst sich je mit dem Fortschritt, je mit dem Liberalismus und je mit der modernen Zivilisation versöhnen und vergleichen könne.

Wenn Herr Präsident von Harles von "revenants" gesprochen und bieselben aus dem Gebiete des Rationalismus des vorigen Jahrhunderts hat erscheinen lassen, so kann ich es Ihrer Erwägung anheimgeben, ob die Aeußerungen, die ich Ihnen eben vorgeführt habe, nicht auch zur Rategorie der revenants und zwar aus einer längst verstoffenen Zeit zu zählen wären, und ob nicht dann ein revenant den andern hervorruft.

Ich bin übrigens weit entfernt, diese Rundgebungen einer Kritik unterstellen zu wollen, ich will dieselben nur anführen, um zu zeigen, daß hier die Tatsache eines Widerspruchs zwischen jenen Aeußerungen und dem modernen Liberalismus nicht nur, sondern auch mit dem positiven bayrischen Versassungsrechte besteht. Ich erinnere Sie, um das zu beweisen, daran, daß die Versassung die Gewissensfreiheit als eines der Grundrechte des bayrischen Volks verkündet und garantiert.

Die Verfassung ist eine liberale, sie ist bas Produkt bes modernen Liberalismus, sie erkennt ausbrücklich an, daß bas "Fortschreiten zum Bessern" — es sind dies die Worte der Verfassung selbst — "nach geprüsten Ersahrungen nicht ausgeschlossen sei".

Dieser Widerspruch, diese prinzipielle Verschiedenheit der Auffassung stört jenes harmonische Zusammenwirken von Staat und Kirche, auf welches ich mir vorhin als das Ideal hinzuweisen erlaubte. Unter solchen Umständen, bei so entschiedenen Gegensähen mußte für die Staatsregierung, wenn sie ein Schulgeset vorlegen wollte, nichts andres übrigbleiben, als ein Attomodement oder, wie man es auch zu nennen psiegt, einen Modus vivendi vorzuschlagen.

Dieser Vorschlag hat allerdings die Nachteile jedes Mittelwegs, allein nach dem Obengesagten war ein prinzipieller Ausgleich nicht denkbar. Ich bin also der Ansicht, daß wir uns damit begnügen sollten, den Gesetzentwurf im wesentlichen nach den Vorschlägen der Staatsregierung anzunehmen, er bietet manche Verbesserungen, die den Gemeinden und den Lehrern zugute kommen, und er wird auch meiner Ueberzeugung nach die Kirche nicht schädigen.

Meine hohen Herren! Es wird zu allen Zeiten Menschen geben — ja, es ist die große Mehrzahl —, die in dem Kampf und Sturm des Lebens Schiffbruch zu leiden fürchten oder Schiffbruch gelitten haben, und die sich in den sichern Hasen der Kirche slüchten, um bei ihr Trost, Hilse und Versöhnung zu sinden. Die Menscheit bedarf dieser helsenden, tröstenden und versöhnenden Kirche zu allen Zeiten, und die 56 Schulinspektoren werden sie nicht erschüttern. Ob die Menschheit auch einer streitenden und verdammenden Kirche bedarf, das mögen die Theologen entscheiden.

Das Schulgesetz wurde in dem Landtage nicht verabschiedet, da eine Berftandigung zwischen beiben Kammern nicht zu erzielen war.

Die im April und Mai eingegangenen Antworten der Mächte auf das Rundschreiben vom 9. April wurden Döllinger mitgeteilt, welcher darauf dem Fürsten die folgenden "Bemerkungen" einsendete:

Wie groß die Wahrscheinlichkeit sei, daß mit der Proklamation der papstlichen Unsehlbarkeit auf dem Konzil Ernst gemacht werden solle, dürfte sich aus folgendem ergeben:

- a) Die Sache wird schon seit längerer Zeit betrieben. Rom hat seit etwa sieben ober acht Jahren nachdrücklich zur Haltung von Provinzials synoben und Diözesansynoben gedrängt und dabei zu bewirken gewußt, daß der Artikel von der päpstlichen Unsehlbarkeit schon in die Beschlüsse ober Akten dieser Synoben ausgenommen worden ist.
- b) Die zwei beutschen Bischöfe, welche bisher eigne Schriften über das Konzil herausgegeben haben, Ketteler von Mainz 1) und Feßler von St. Polten, 2) haben sich beide zugunsten des neu zu machenden Dogmas er-klärt. Feßler ist bereits vom Papst, wie zur Belohnung, zum Sekretär des Konzils ernannt worden.
- c) Wenn die Jesuiten gleichzeitig in Rom und in Deutschland in der "Civilta" wie in den "Laacher Stimmen" ankündigen, daß das Konzil das neue Dogma machen werde, so ist das bei der Macht, Organisation und umfassenden Versonenkenntnis des Ordens von großem Gewichte.
- d) Wer die Bischöfe in den romanischen Ländern kennt, weiß, daß die übergroße Mehrheit derselben in Italien, Spanien, selbst in Frankreich der Unsehlbarkeitstheorie anhängt. Es wird ihnen das als ein Fundamentalartikel schon in den Seminarien beigebracht. Selbst die nordamerikanischen Bischöse haben sich durch das Mittel eines in ihre Synodaldekrete eingerückten Paragraphen bereits einfangen lassen. Bon den italienischen, deren wohl an 130 auf dem Konzil erscheinen können, wird voraussichtlich jeder dafür stimmen. Bon der Tragweite der Sache haben diese Bischöse ich meine die italienischen und spanischen und einen großen Teil der französischen keinen Begriff.

Folgen des neuen Glaubenssates von der Unfehlbarkeit des Papstes:

1. Der Syllabus von 1864 wird eo ipso ein mit unfehlbarer Autorität bekleidetes Glaubensbekret.

¹⁾ Retteler, Das allgemeine Ronzil und seine Bedeutung für unfre Zeit, 1869.

²⁾ Feßler, Das letzte und das nächste allgemeine Konzil 1869. Feßler wurde am 27. März 1869 zum ersten Sekretär des Konzils ernannt.

- 2. Der Papst bestimmt aus eigner souveraner Autorität die Grerzzen zwischen Kirche und Staat. In Gegenständen gemischter Art entscheiderdet einzig das unsehlbar gewordene Urteil des Papstes, von welchem dann kein Nachfolger mehr abweichen darf.
- 3. Die Bulle Pauls IV., die jeden andersgläubigen Fürsten obzussehen u. s. w. gebietet, wird Dogma (man nennt sie die Bulle "Cum ex apostolatus officio").
 - 4. Desgleichen bie Bulle "Unam Sanctam".
- 5. Da die Papste die gegenwärtig allenthalben beseitigten Immunistäten des Klerus für eine auf göttlicher Anordnung beruhende Sache (Juris divini) erklärt haben, so würde dies Glaubenssatz werden.
- 6. Infolge davon wurde zum Beispiel jeder Bischof, ja jeder Geistliche überhaupt der weltlichen Gerichtsbarkeit ganz entzogen sein, oder dies doch nur wie im österreichischen Konkordat als ein einstweiliger Notstand vom Papste auf gewisse Zeit geduldet werden, wurde Klerus und Kirchengut nur mit Erlaubnis des Papstes besteuert werden können u. s. w.
- 7. Es würde für die Katholiken Gewissenspslicht werden, immer einem katholischen Beherrscher vor dem wenn auch angestammten, aber einem andern Religionsbekenntnis angehörigen Landesfürsten den Vorzug zu geben. Diese Konsequenz könnte auch in unsern Tagen bald sehr praktisch werden.

Damit sind jedoch die teils möglichen, teils sicheren Folgen noch nicht erschöpft.

Entscheibend für den Mißerfolg der durch die Zirkulardepesche vom 9. April eröffneten Politik war die Haltung der österreichischen Regierung. Es ist daher geboten, an dieser Stelle die bereits mehrsach veröffentlichte Antwort des österreichischen Reichskanzlers einzufügen.

Graf Beuft an ben öfterreichischen Gesandten Grafen Ingelheim in München.

Wien, 15. Mai 1869. 1)

Der Königlich bayrische Gesandte Herr Graf von Bray hat mir von einer Depesche Kenntnis gegeben, welche seine hohe Regierung an ihn gerichtet hat, um die Frage bei uns in Anregung zu bringen, welche Haltung die europäischen Regierungen gegenüber dem nach Rom einsberusenen ökumenischen Konzil anzunehmen haben werden. Graf Bray hat diese Depesche mir in Händen gelassen, und ich übersende Eurer Erzellenz im Anschlusse eine Abschrift derselben zu persönlicher Kenntnisnahme.

¹⁾ Die Depesche ist auch abgebruckt und verteidigt in den Erinnerungen des Grafen Beust, Aus drei Bierteljahrhunderten, II S. 278.

Unter Berufung auf die ihr zugekommenen Nachrichten über die Borsbereitungen zu der bevorstehenden Kirchenversammlung und über vermutete Absichten des römischen Hoses richtet die Königlich bayrische Regierung an uns — wie ohne Zweisel auch an andre Kabinette — die Anfrage, ob nicht zum Schutze der modernen Staatsprinzipien vorbeugende Maßregeln, wie zum Beispiel Abmahnungen an die Bischöse der einzelnen Länder oder Protestation in Rom ins Auge zu sassen, und ob es nicht sür angezeigt gehalten werde, ein Einverständnis über derartige, wenn nicht kollektive, doch möglichst identische Schritte durch gemeinsame Beratungen, vielleicht selbst durch eine Konferenz von Bertretern sämtlicher beteiligten Regierungen, herbeizuführen.

Ich habe diese Mitteilung, wie die hohe Wichtigkeit ihres Gegenstandes es erheischt, der ausmerksamsten Erwägung unterzogen, und mich zugleich für verpstichtet gehalten, vor Beantwortung der von dem Herrn Fürsten von Hohenlohe angeregten weittragenden Fragen mich vertraulich sowohl mit dem Kaiserlich Königlich österreichischen wie mit dem Königlich ungarischen Winisterium zu beraten.

Im vollen Einverständnisse mit den Ministerien beider Reichshälften und mit allerhöchster Ermächtigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs habe ich nunmehr die Ehre, durch Eurer Erzellenz gefällige Bermittlung dem Münchner Kabinette in Erwiderung auf seine Anfrage die nachstehenden Bemerkungen mitzuteilen.

Eine Regierung, welche wie die öfterreichisch-ungarische die Freiheit ber verschiedenen Religionsbekenntnisse innerhalb der freiheitlich konstituierten bürgerlichen Gesellschaft zum leitenden Grundsate erhoben hat, würde nach unser Auffassung die volle Konsequenz ihres Prinzips nicht seschalten, wenn sie einem in der Verfassung der katholischen Kirche begründeten Vorgange, wie es die Einberusung eines allgemeinen Konzils ist, ein System präventiver, einschränkender Maßnahmen gegenüberstellen wollte. Es wird, was diesen prinzipiellen Ausgangspunkt für unse Vetrachtung betrifft, zugleich darauf hingewiesen werden dürsen, daß, soviel bis jetzt bekannt, keine derjenigen Mächte, von denen der Grundsat der Unabhängigkeit der Kirche am vollständigsten anerkannt und in deren Vereich er am tiessten in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen ist, Besorgnisse über mögliche Beschlüsse des künftigen Konzils an den Tag gelegt oder sich bereits mit dem Gedanken an abwehrende Gegenmaßregeln beschäftigt hat.

Steht es nun aber als allgemeine Regel fest, daß den anerkannten Religionsgesellschaften in ihren inneren Lebensäußerungen, solange diese nicht mit dem staatlichen Standpunkte kollidieren, die vollste Freiheit gelassen werden müsse, so hat die Kaiserliche und Königliche Regierung in der Sachlage, wie sie sich bis heute darstellt, keine genügenden Motive des Rechts oder der Opportunität zu erblicken vermocht, um schon jeht dem an sich

so beachtungswerten Vorschlage ber Königlich bayrischen Regierung Folge zu geben.

Ueber ben Berlauf bes Ronzils konnen nämlich bermalen nur Bermutungen, mehr ober weniger wahrscheinliche, aufgestellt werben. einmal über das Programm der Beratungsgegenstände des Konzils sind andre offizielle Aufschluffe als die übersichtlichen Andeutungen der papftlichen Einberufungsbulle vorhanden. Das Gebiet der wirklich rein dogmatischen Fragen wird ohnehin niemand dem allgemeinen Kirchenrate streitig machen Was aber staatstirchliche Angelegenheiten sowie diejenigen Materien betrifft, welche mit ber Ronfession zugleich bas burgerliche Recht berühren, so läßt sich heute schwerlich schon ein Urteil barüber gewinnen, ob die Gefahr vorhanden sei, daß die in diesem Bereiche seither hervorgetretenen Gegenfage burch Berhandlungen und Beschluffe bes Rongils noch geschärft und ju größerer Gefährlichkeit für bie Rube ber Staaten gesteigert werben konnten. Wir können das Vorhandensein einer folchen Befahr weber bestätigen noch in Abrede stellen. Doch burfte im allgemeinen kaum vorauszuseten sein, daß die Bischöfe der katholischen Welt, bie ber großen Mehrzahl nach in Ländern mit vollkommen fakularisierter Gesetzebung leben und wirken muffen, nicht eine genaue Renntnis ber praktischen Notwendigkeit unfers Zeitalters nach Rom mitbringen follten. Und wenn die Erwartung berechtigt ift, daß es dem Zwecke ber Erhaltung des Friedens zwischen Staat und Rirche an Wortführern unter ben Bralaten des Rongils nicht fehlen werde, so liegt es vielleicht nicht im Interesse ber Regierungen, diese Stimmen als von Staats wegen patronisiert erscheinen au lassen und badurch in ihrer Autorität zu beeinträchtigen. Es läßt sich ferner bermalen noch nicht erkennen, wie die papstliche Kurie, welche in ber jegigen Weltlage bie Prazebenzien früherer Jahrhunderte in bezug auf die Teilnahme ber weltlichen Fürsten an ben Konzilien nicht wird erneuern können noch wollen, gegenüber ben Regierungen hinsichtlich berjenigen Berhandlungsgegenstände fich ju verhalten gebenkt, in welchen bie Beschluffe bes Ronzils nicht ohne staatliche Anerkennung zur Ausführung gelangen Nach unfrer Auffassung sind aber die Regierungen vollkommen in der Lage, die in dieser Richtung etwa erforderlich werdenden Schritte bes Rirchenregiments abzuwarten. Würde bemnächst bas versammelte Konzil sich wirklich anschicken, in die Rechtssphäre ber Staatsgewalt überzugreifen, oder wurden fich bestimmte Indizien für eine berartige Absicht in authentischer Weise herausstellen, dann wäre auch nach der Ansicht der Kaiserlichen und Königlichen Regierung der Fall sicher nicht auszuschließen, daß neben den abwehrenden und abmahnenden Schritten der einzelnen Staaten auch gemeinsame Beratungen ber Rabinette jum Zwecke übereinstimmenber Wahrung ber Staatshoheitsrechte sich als notig ober nützlich erweisen

Könnten. Dagegen vermögen wir nicht dafür zu stimmen, daß der bloßen Präsumtion möglicher Eingriffe in diese Rechte die Tatsache einer diplomatischen Konserenz entgegengestellt und dadurch — abgesehen von der erhöhten Schwierigkeit, auf so unsicherem Grunde zu sesten Einverständnissen zu gelangen — vielleicht der Schein einer beabsichtigten Kontrolle und Beschränkung der Freiheit der katholischen Kirche hervorgerusen und die Spannung der Gemüter ohne Not vermehrt werden könnte.

Die hier bargelegte Auffassung hat übrigens die Raiserlich Königliche Regierung nicht abhalten können, die von dem Königlich bayrischen Kabinette ausgegangene Anregung zu einem Meinungsaustausche über diese bedeutungsvolle Angelegenheit in ihrem ganzen Werte anzuerkennen. Wir fühlen uns dem Herrn Fürsten von Hohenlohe für die Mitteilung seiner Ansicht und für den uns dadurch gebotenen Anlaß, unser Verhältnis zur Sache darzulegen, aufrichtig verpslichtet, und Eure Exzellenz wollen es übernehmen, dieser Gesinnung bei Seiner Durchlaucht den wärmsten Ausdruck zu versleihen. Eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses sind Sie ermächtigt dem Herrn Ministerpräsidenten, falls es gewünscht wird, zur Verfügung zu stellen.

von Beuft.

Bon bem Fürsten Sohenlohe geschriebener Artitel für bie "Augsburger Abendzeitung".

Die Antwort des Grafen Beuft auf die Depesche des Fürsten Hohenlohe betreffend das Konzil ist ein zu eigentümliches Aktenstück, als daß wir es unterlassen könnten, bemselben einige erläuternde Worte zu widmen.

Graf Beuft geht zunächst von bem Grundsate aus, daß eine Regierung, welche wie die öfterreichisch-ungarische die Freiheit aller verschiedenen Religionsbekenntniffe innerhalb ber freiheitlich tonftituierten Gesellschaft jum leitenden Grundfage erhoben bat, bem Rongil tein "Syftem praventiver, einschränkender Magnahmen" gegenüberstellen könne. Wer die Depesche bes Fürften Sobenlobe gelefen hat, wird mit Erstaunen boren, bag fie ein Syftem praventiver, einschränkenber Magnahmen enthalte. Von einem folden Vorschlage ift in ber Depesche teine Spur zu finden. Der baprifche Minister erkundigt sich banach, welche Haltung die Regierungen dem Konzil gegenüber einzunehmen beabsichtigen, und schlägt beftimmte Wege vor gur Berftanbigung unter ben Regierungen ju bem 3wede, bie romische Rurie über die Anschauungen dieser Regierungen nicht im Zweifel zu laffen. Der Zweck ber bayrischen Regierung war also kein andrer, als die Regierungen aufzuforbern, ihre Stellung gegenüber bem Ronzil ernftlich ins Auge gu faffen. Allerdings murbe Graf Beuft berechtigt gewesen sein, Die Opportunitat und die Berechtigung "einschränkenber Dagnahmen" zu bezweifeln,

wie er es in dem darauffolgenden Sate tut, nachdem es sich aber das von nicht handelt, ist sein Einwurf ebenso unbegründet wie die der bayrischen Regierung untergeschobene Absicht eine willkurliche Maßnahme.

Graf Beuft behauptet weiter, über ben Berlauf des Ronzils tonnten nur Bermutungen aufgeftellt werben, mahrend er boch wohl burch feinen Gesandten unterrichtet sein mußte, daß das offizielle Organ des Beiligen Stuhls und alle maßgebenden Berfonlichkeiten in Rom über bie Ziele bes Rongils tein Behl gemacht haben. Denn es ift ohne Zweifel bem öfterreichischen Gesandten in Rom so gut wie jedermann bekannt, daß die Unfehlbarkeit bes Bapftes jum Dogma erhoben werden foll und bag bie Absicht besteht, die Sate bes Syllabus in konziliarische Beschlusse zu ver-Graf Beuft mußte baber so gut wiffen, wie man es in Munchen weiß, daß die Tendenz einer in der Kirche herrschenden Bartei dabin gebt. bas Berhaltnis zwischen Rirche und Staat in einer Beise fcbroff zu geftalten, daß dem Staat nur die Unterwerfung oder die vollständige Trennung übrigbleibt. Wenn Graf Beuft beffenungeachtet nicht an biefe Tatfache glauben will, wenn er die Hoffnung ausspricht, daß, im Falle das versammelte Konzil sich anschicke, in die Rechtssphäre des Staats überzugreifen, es immer noch Zeit sei, abwehrende ober abmahnende Schritte zu ergreifen, so übersieht der öfterreichische Staatsmann, daß das Ronzil sich eben nicht "anschicken" bürfte, überzugreifen, sondern sofort handeln und übergreifen wird, ohne daß ben Regierungen bann etwas andres übrigbleiben wird, als zu protestieren. Wenn sich aber Graf Beuft ber Erwartung hingibt, die Bischöfe würden eine genaue Kenntnis der praktischen Notwendigkeiten unsers Zeitalters mit nach Rom bringen, und es werbe bem Zwecke ber Erhaltung bes Friedens zwischen Staat und Rirche an Wortführern unter ben Bralaten bes Ronzils nicht fehlen, so erfreut sich ber Graf eines beneibenswerten Optimismus, ber sich um so praktischer ausnimmt, wenn man ihn der eben beendigten Schwurgerichtsverhandlung in Linz 1) gegenüberstellt. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß keiner der österreichischen Bischöfe die Verkundigung des Dogmas der Unfehlbarkeit zu verhindern suchen wird. In diesem Dogma liegt die Zukunft des Ultramontanismus, in ihm liegt ber Reim ber absolutistischen Organisation der Hierarchie, es ift die Krönung des Werks, dem die ultramontane Partei feit Jahren zustrebt, und tein Bischof wird es magen, Diesem Ziel entgegenautreten. Aus bem Kongil wird die Hierarchie ftarker und machtiger hervorgeben und ben Rampf gegen die moberne Zivilisation mit frischen Rraften

¹⁾ Bischof Aubigier von Linz wurde durch das Schwurgericht wegen seines Hirtenbriefs vom 12. September 1868, in welchem er das neue Staatsgrundgeset, behandelt hatte, wegen Bersuchs der Störung der öffentlichen Ruhe zu zwölf Tagen Kerter verurteilt. Der Kaiser begnadigte ihn am folgenden Tage.

beginnen. Ob das "freiheitlich konstituierte" Desterreich zu seinen übrigen Schwierigkeiten auch noch eine Vertiefung bes Riffes zwischen Staatsgewalt und Rirchengewalt brauchen tann, mag ber geiftreiche Staatsmann an ber Donau mit sich felbst ausmachen. Bebauerlich bleibt es immer, daß bie mahnende Stimme bes Fürsten Bobenlohe in Wien unbeachtet verhallt ift. Wir wollen babei nicht untersuchen, ob, wie ein Schweizer Blatt behauptet, ber Bunfch, die Schwierigkeiten ber inneren Lage Bayerns ju vermehren, Die Beranlaffung ift, daß ber öfterreichische Staatsmann fich nicht auf jene Antwortbepefche beschräntte, sonbern bie öfterreichischen Gefanbtschaften beauftragte, ben Bemühungen bes Fürsten Hohenlohe namentlich an ben beutschen Sofen soviel möglich entgegenzuarbeiten. Wir wollen nicht unterfuchen, ob trot aller wohltlingenden Phrasen die alte traditionelle Politik auch beute noch in ber Wiener Staatstanglei ihr Intereffe barin finbet, mit bem Jesuitenorden Sand in Sand zu gehen, um denselben bei gelegener Beit in ber auswärtigen Politit, sei es gegen Rufland in Polen, sei es gegen Breugen in Beftfalen und am Rhein, sei es wo immer, ju verwerten und zu verwenden, uns genügt es vorläufig, angedeutet zu haben, daß die Depesche bes Grafen Beuft sich lediglich in Scheingrunden bewegt und die eigentlichen Motive, welche die österreichische Regierung abhalten, fich zu einer bestimmten Saltung gegenüber bem Konzil zu entschließen, mit Stillschweigen übergeht. Wir geben bamit aufmerksamen Politikern Stoff jum Rachbenten.

Döllingers "Bemerkungen" zu ben ihm mitgeteilten Untworten ber Mächte.

Der italienische Gefandte Berr Artom scheint die Angelegenheit mehr weltmannisch als ftaatsmannisch anzusehen. Wenn er meint, die Regierungen tonnten fich ben bedenklichen Folgen von Konziliumsbeschluffen einfach burch Nichtannahme berfelben entziehen, so überfieht er babei, bag, wenn einmal gemiffe Sate als Glaubenslehre (ober "juris divini", wie man firchlicherseits sich ausbruckt) burch bas Konzil proklamiert sind, bann ber Klerus fie auch als folche bem Bolte verkundigt und fie demfelben als nunmehr zum Wefen ber Religion gehörig und unbedingt jeden Chriften verpflichtend barftellt; dies kann bann keine Regierung ber Welt mehr binbern, noch auch die Folgen, die fich baran knupfen werben, abwehren. An folchen Faits accomplis läßt sich nichts mehr anbern. Seine hinweisung auf bas Ronzil von Trient, beffen Beschluffe ja auch einige Staaten nicht angenommen hatten, geht von einer gang unrichtigen Boraussekung aus. Die bogmatifchen Detrete biefes Rongils find in allen tatholischen Ländern ohne irgendeine Widerrebe angenommen worden, oder vielmehr sie bedurften gar keiner Annahme, sie galten sofort von selbst; nur die bisziplinären Berordnungen (3. B. über geistliche Immunitäten oder die Strafen eines Duells und ähnliches) wurden von einigen Staaten (3. B. Frankreich) gurudgewiefen. Nun follen aber gerade auf biefem Rongil neue Glaubenslehren, und zwar folche, welche in firchenpolitischer hinficht bochft bebenklich Wenn dies wirklich geschieht, so mare werden murben, aufgestellt werden. es völlig vergeblich, daß die Regierungen etwa hintennach tämen mit der Erklärung: "wir nehmen fie nicht an," man wurde ihnen lachend erwidern, eure Boller, von ihren Brieftern belehrt, glauben fie bereits, ohne euch darum zu fragen. Wird zum Beispiel die Unfehlbarkeit bes Bavites zum Dogma erhoben, so ist eo ipso die berühmte Bulle "Unam Sanctam" Rogula fidei, unverbrüchliche Glaubensvorschrift für die ganze katholische Welt, und damit ist die vollständige Oberherrschaft des Papstes über alle Monarchen und Regierungen auch in weltlichen Dingen und in ber Politik mit einem Male zum göttlich geoffenbarten Dogma geftempelt, welches nun tonsequenterweise auch in ben Ratechismen, im Beichtstuhl und auf allen Kanzeln und Rathebern gelehrt werben muß. Die römischen Jesuiten in der "Civiltà" haben vor wenigen Tagen (in ihrem Heft vom 3. April S. 21) Diese Ronsequenzen bereits vollkommen und mit aller Offenheit akzeptiert. Man steuert also in Rom mit klarem Bewußtsein auf Dieses Biel los.

Nach ber Ansicht bes Herrn von Beust wäre zu besorgen, daß ein zeitiges Hervortreten der Regierungen eher ermutigend auf die ultramontane Partei wirken und sie in Rom zu entschlossenem Fortschreiten auf der betretenen Bahn bestimmen möchte.

Es ist aber bagegen zu erinnern, daß die römische Kurie selber schon seit Jahrhunderten sich vorzugsweise durch das Motiv der Furcht hat leiten lassen und daß sie alsbald zurüczuweichen oder einzuhalten psiegt, wo sie auf energischen Widerstand stößt, ganz besonders dann, wenn dieser Widerstand ein kombinierter mehrerer Mächte wäre. Wozu noch kommt, daß nach übereinstimmenden Berichten in Rom auch eine gemäßigte, oder antijesuitische Partei besteht, zu welcher selbst einige Kardinäle gehören. Diese Partei würde sich durch eventuelle Erklärungen oder Schritte der Regierungen ermutigt und gestärkt sühlen und sich in den Stand geseht sehen, dem die jeht allerdings überwiegenden Einslusse der Gegenpartei, welche die neuen Dogmen anstredt, sich mit Erfolg zu widersehen.

Birtular an bie toniglichen Gefanbtichaften vom 29. Mai 1869,1)

Nachdem nunmehr auch die Erklärungen der bei den letzten Neuwahlen mehrfach Gewählten abgegeben sind und sonach die Zusammensetzung der

¹⁾ Beröffentlicht im Oktober 1869 burch die "Donauzeitung" A. A.-3. 17. 10. 1869 Nr. 290.

kunftigen Kammer 1) vollständig bekannt ist, ergibt sich, daß in derselben vertreten sein werden: 1 Mitglied der Bolkspartei, 56 Mitglieder der Fortschrittspartei, 20 Mitglieder der Mittelpartei, sonach 77 Liberale und 77 von der klerikalen Partei vorgeschlagene Kandidaten.

Der Regierung konnte dieses Resultat nicht unerwartet sein; es ift eine bekannte Erfahrung im politischen Leben, daß in erregten Zeiten, und wenn sich die Bestrebungen der Parteien in leidenschaftlicher Weise gessteigert haben, stets die Extreme von einem gewissen äußerlichen Erfolg begleitet sind und diejenigen Parteien, welche mit Ruhe und Besonnenheit vorangehen wollen, für eine Zeitlang in dem Wahlkampse in der Minderscheit bleiben.

Bei der großen Aubrigkeit, insbesondere der klerikalen Richtung, bei ben bedeutenden Mitteln gur Agitation, über welche fie verfügt, mare sogar ein Sieg bieser Partei keineswegs unmöglich gewesen und war sogar von verschiedenen Seiten erwartet worden. Um so mehr kann die Regierung fich bamit zufrieden erklaren, daß es ungeachtet aller Anstrengungen ihren Gegnern nicht gelungen ift, Die Majorität in ber Rammer zu erlangen, und daß selbst das gegenwärtige Resultat nur dadurch erreicht werden konnte, daß die antiliberale Richtung, um beren Sieg es sich im Schofe biefer Partei eigentlich handelte, mittels ber vorgeschobenen Sorge für die Selbständigkeit der Krone und des Landes und mittels der wohlbenutten Abneigung ber Mehrheit bes Bolkes gegen eine Unterwerfung unter preußische Oberhoheit mastiert murbe. Die ausgesprochene Anschauung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aber, nicht in den Norddeutschen Bund eintreten zu wollen, kann die Regierung nur als eine — wenn auch von ben gegnerischen Führern nicht beabsichtigte — Austimmung zu der von ihr bisher verfolgten Politik ansehen, denn gerade Diefer Grundsat mar es, ber die außere Politit Bagerns bisher leitete, und welchen zu verlaffen bas Ministerium weder Anlag noch Reigung gehabt hatte. Dagegen hat es selbst die extremste klerikale Richtung nicht gewagt, mit einem Programm aufzutreten, welches ben Bruch ber Alliangverträge, eine Anlehnung an eine fremde Macht ober auch nur eine internationale Politit gefordert hatte, vielmehr haben selbst die ausgesprochensten Feinde bes Ministeriums für notwendig gehalten zu betonen, daß auch sie eine nationale Verbindung mit den nordbeutschen Stammesgenoffen anftreben. Ueberdies hat fich gezeigt, daß jedenfalls in ben Städten und in einem großen Teile des Landes die klerikale Richtung überhaupt keinen Boben bat.

Unter diesen Umftanden ift bem gegenwärtigen Minifterium sein Berhalten klar vorgezeichnet. Dasselbe hat keine Beranlaffung, solange Seine

¹⁾ Die Bahlen hatten am 20. Mai ftattgefunden.

Majestät der König ihm sein Allerhöchstes Bertrauen bewahrt, Die Geschäfte nieberzulegen, und noch viel weniger, eine andre als die bisherige Politik im Innern sowohl als nach außen einzuschlagen. Was insbesondere die Gesetzgebung in inneren Angelegenheiten betrifft, so ift allerbings bei ber voraussichtlich schwankenden Majorität zurzeit ein weiteres Vorangeben in ben Reformbeftrebungen nicht wohl tunlich; es ift bies aber auch feineswegs nötig. Denn es wird nur jum Beften bes Landes bienen, wenn die vielen umfangreichen neuen Gefete allmählich fich in bem fogialen Leben einzubürgern Zeit haben, wenn eine Pause in der bisherigen Fruchtbarkeit ber Legislation eintritt, und wenn man eine Ronfolidierung ber bisherigen Erfolge abwartet, ehe man mit Neuerungen weiter vorangeht. Daß aber die bisherigen Errungenschaften wieder aufgehoben würden und eine ben Bestrebungen ber letten Jahre entgegenarbeitenbe Strömung in ber Gesetgebung Blat greifen konnte, bagu reicht die Macht ber Merikalen Partei in der Rammer nicht aus; ganz abgesehen davon, daß sich jetzt schon Anzeichen finden, es werbe sich alsbald innerhalb dieser 77 klerikal Gewählten eine Scheibung vollziehen, indem hierunter eine große Anzahl wohlbenkender, ruhiger und patriotischer Manner zu zählen find, welche keineswegs geneigt sein werden, die Zwecke der extremen Parteiführer mitauverfolgen.

Die äußere Politik der Regierung hat, wie ich bereits oben erwähnt habe, materiell die Zustimmung des Landes gefunden, und es wird deshalb das Ministerium wie bisher auch fortan bestrebt sein, die Selbständigkeit der Krone im vollsten Maße zu wahren, ohne dabei die Aufgabe aus den Augen zu lassen, welche die Friedensverträge des Jahres 1866 für die künstige Entwicklung Deutschlands ausgesprochen haben, die Aufgabe, die Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands durch ein nationales Band wieder auszuheben, welches Macht und Ansehen des Baterlandes gegen fremde Angriffe sichert, ohne der Gleichberechtigung der Stämme und ihrer Fürsten einen Eintrag zu tun.

Ich ersuche Sie, in biesem Sinne sich bei der Regierung, bei welcher Sie altreditiert sind, auszusprechen, und benutze biesen Anlag u. s. w.

Journal.

Berlin, 8. Juni 1869.

Abreise von München gestern abend 6 Uhr. Auf dem Bahnhof fand ich Arco-Ballen mit Familie. Arco suhr mit mir, was mir insosern unangenehm war, als er Konversation machte, was mir auf der Eisenbahn sehr unbequem ist; ich legte mich daher bald in die Ecke und schlief. Um 4 Uhr früh kamen wir nach Hof, wo er mich ausweckte, um Kasse zu trinken. Dort tras ich eine Anzahl Abgeordneter, Franckenstein, Zu Rhein

und ähnliche, auch mehrere Fortschrittler. Arco-Balley verspätete sich in Altenburg und mußte zurückbleiben.

In Berlin fand ich Biktor, Perglas und das Personal der Gesandtschaft. Ich suhr mit Biktor ins Hotel, zog mich schnell an und suhr dann um 2 Uhr zu der Eröffnung des Zollparlaments, welche ohne alle Zeremonie im Weißen Saal durch Delbrück geschah. Wir waren im Frack. Nachher war eine Sizung, in der nur Formalien abgemacht wurden.

4. Juni 1869.

Gestern bei der ersten Sitzung wurde ich von vielen alten Bekannten begrüßt, u. a. von dem im Reichstag berühmten Finanzredner Benda, der mit mir vor fünfundzwanzig Jahren bei der Regierung in Potsdam war. Er hat sich seit jener Zeit so verändert, daß ich ihn nicht wiedererkannt hätte. Damals ein junger schöner Mann mit schwarzen Locken, jett ein alter Prosessor mit grauem Haar und ohne Zähne. Andre sind wieder gar nicht verändert. Ich mache die Ersahrung, daß leidenschaftliche Charaktere am schnellsten alt werden, während ruhige Naturen die äußere Hülle am wenigsten abnutzen und sich deshalb "konservieren".

Eben komme ich aus der Sitzung, in der ich wieder zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden din. Ich war dis zum letzen Augenblick
zweifelhaft, od ich mich bei meiner Antwort auf wenige Worte beschränken
oder etwas mehr sagen sollte. Nun zeigte ich Viktor die Rede, wie ich
sie aufgesetzt hatte und wie ich sie dann wirklich gehalten habe, und dieser
riet mir unbedingt dazu, da sie auf die Versammlung den besten Eindruck
machen werde und es mir am Ende gleichgültig sein könne, was die
ultramontane Partei, mit der ich es doch verdorben hätte, dazu sage.
Was Viktor vorauszesagt hatte, war auch der Fall. Meine Rede wurde
lebhaft begrüßt und hat mir meine Position verstärkt. Ich wurde nachher
vielsach behändedrückt. Bei der Lage der Dinge, wie sie sich nach und
nach gestaltet, ist es notwendig, immer klar zu sagen, was man denkt,
und nur nie sich dem Vorwurf auszusetzen, daß man nicht den Mut habe,
seine Ueberzeugung zu bekennen. Simson wurde wieder zum ersten Präsidenten und Hugo zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Rebe.

Indem Sie mich zum zweiten Male zu Ihrem Bizepräsidenten erwählen, erweisen Sie mir eine Ehre, für welche ich Ihnen zu aufrichtigem Danke verpstichtet din. Diese Ehre ist um so größer, als ich im vergangenen Jahre nicht Gelegenheit hatte, Beweise für meine Befähigung zu dem mir übertragenen Amte abzulegen. Wenn Sie mir heute dessenzungeachtet Ihre Stimmen geben, so din ich berechtigt, das Motiv Ihres

Vertrauens in der Beurteilung meiner außerhalb des Kreises dieser Versammlung liegenden Tätigkeit zu suchen. Damit gewinnt aber Ihre Abstimmung für mich eine höhere politische Bedeutung. Das Votum die ser Versammlung gibt mir den Mut, auszuharren auf dem Wege, den ich für den richtigen halte, auszuharren in dem Bestreben, die Versöhnung, Verständigung und Eintracht der deutschen Stämme nach Kräften zu fördern.

In diesem Geiste nehme ich das mir übertragene Amt an und bitte Sie nur noch, mir Ihre wohlwollende Nachsicht nicht zu entziehen, wenn ich berusen sein sollte, die Verhandlungen dieser hohen Versammlung zu leiten.

Berlin, 7. Juni 1869.

Geftern war ich zum Diner nach Potsbam eingelaben. um 3/42 Uhr auf ben Bahnhof, wo ich hugo und Stillfried fand, mit benen ich in einen Waggon flieg. In Neuendorf (zu meiner Zeit hieß es Nowawes) fanden wir die koniglichen Equipagen, die uns nach Babelsberg brachten. Ich war seit vierundzwanzig Jahren nicht bort ge= wefen. Das Schloß ist sehr schon geworben, noch schöner ber Park. 280 zu meiner Zeit nur elende Anpflanzungen waren, ist jetzt ein schöner englischer Bart mit großen Baumen. Alles prachtig gehalten. Beim Diner waren ber Ronig, Die tronpringlichen Berrichaften, ber Pring von Beffen mit Prinzeß Alice und alle sonstigen Berrschaften. Der König war liebenswürdig wie immer, erkundigte sich nach dem König von Bayern und Pring Otto, ließ sich aber sonft nicht in politische Gesprache ein. Die Kronprinzeß sprach viel eingehender, fragte, wann der König kommen werbe, und erging fich in beutsch-politischen Erörterungen. Prinzeß Alice erinnerte mich an Osborne. Ueberhaupt war man fehr liebenswürdig und fagte mir viel Schmeichelhaftes über meine Rebe. Ich faß neben Bring Georg, mit bem ich viel über Bagner fprach. Nach Tisch kam eine Menge fleiner Pringen und Pringeffinnen, Die ben alten Ronig um= ringten und ihm die Band tugten. Es fah recht hubsch und patriarchalisch aus. Um 6 Uhr war ich wieder zurud, ging bann noch zu Perglas, wo ich eigentlich batte effen sollen, und begrußte die bort eingeladenen Größen, bie bei ber Zigarre in "angegeffenem Zuftand" im Salon fagen. Abends machte ich einen Spaziergang zu Kroll, wo ich die "füddeutsche Fraktion" fanb: Schrend, Franckenstein, Aretin u. f. m., mit benen ich freundschaftlich nach Hause wanderte.

Heute Morgen war Zollparlament. Ich hatte die nationalliberale Partei bewogen, die Frage wegen des bayrischen Wahlgesetzes zum Zollsparlament, die voriges Jahr unangenehme Debatten veranlaßt hatte und die wieder auftauchen wollte, fallen zu lassen, indem ich ihnen versprach,

eine beruhigende Rede zu halten. Dies tat ich auch; die Rede erntete Bravos, und wir tamen ohne Distussion über die ganze Geschichte meg. Um 6 Uhr war Diner bei bem amerikanischen Gesandten. Ich faß neben feiner Frau, einer alten Amerikanerin, sehr elegant, mit der ich scheußliches Sie schwärmt für Erckmann-Chatrian und empfiehlt Englisch sprach. seine Bücher allen young ladies. Nachbem wir die verschiedenartigsten Weine getrunken hatten, brachte Mifter Bancroft einen Toaft auf ben König von Bayern aus. Ich erwiderte, daß ich diesen Toaft bem König melben wurde, ber eine große Sympathie für die Amerikaner habe, baß feine Worte um fo mehr Wert hatten, als fie von einem fo ausgezeichneten Manne wie Mifter Bancroft tamen, sprach noch von ber Berbruderung ber Nationen und von ber hoffnung, welche alle Wohlgefinnten befeele, baß bie Bolfer biefes Ziel erreichen murben, und trank bann in einem nicht sehr glücklichen Uebergang auf das Wohl des Mannes, der diefe Hoffnung teile, nämlich auf Mister Bancroft. Die Rede war nicht fehr abgerundet, aber doch erträglich.

Berlin, 8. Juni 1869.

Beute Morgen war Perglas lange bei mir, um mit mir über bie Liquidationsverhandlungen zu sprechen. Während er ba war, kam auch ein herr Sterkow (oder wie er heißt), der mit dem Zeichen (-) Korrespondenzartitel in die "Allgemeine Zeitung" schreibt. Gin wohlunterrichteter Mann, aber ber Typ eines Preghusaren. Dann fuhr ich Bisiten. Zuerft bei Brinz August von Württemberg, der mir seinen mit Jagdgegenständen reich verzierten Saal zeigte, dann zu verschiedenen Prinzen, wo ich mich einschrieb, und endlich zu Moltke, mit bem ich ein langes Gespräch über den Krieg hatte, das ich besonders aufzeichnen werde. Es ist ein merkwürdiger, klarer, entschloffener Mann. Um 4 Uhr war großes Diner bei Hof zu Ehren bes Bizekönigs von Aegypten. Wir fuhren, Viktor und ich zusammen, in ber Galaequipage. Im Schloß mar schon alles verfammelt, mit Ausnahme bes Konigs. Der Bizekonig kam etwas früher als ber Rönig. Er ift ein kleiner Mann mit einem Bart; trot feiner gestickten Uniform und bem Schwarzen Abler machte er mir ben Einbruck eines französischen Caféwirts. Bei Tisch saß ich neben Boguslaw Radzis will und Viktor. Ersterer sprach schwärmerisch von seinen verschiebenen Rindern, die im geiftlichen Stande sind. Gine Tochter Nonne und zwei Sohne Geiftliche. Es war rührend, wie er mir ergablte, daß er seine Tochter, die für ihn eine wahre Freundin gewesen sei, so ungern habe ins Rlofter geben laffen, daß fie jest aber febr gludlich fei. Sie ift barmherzige Schwester. Nach Tisch hatte ich eine lange Unterhaltung mit Bringeß Rarl, bann mit Pringeß Alice, die fehr heiter und liebenswürdig ist, endlich mit der Kronprinzeß, für die ich ein ganz besonderes tondre habe, und dann ließ ich mich dem Vizekönig vorstellen, der glücklich war, mit mir über Aegypten sprechen zu können. Er spricht sehr gut Französisch. Alles, was Berlin an großen Tieren besitzt, war anwesend. Auch Bluntschli traf ich, mit dem ich über Jesuiten, Konzil und Protestantentag redete.

Nun bin ich aber von allbem ganz schwindlig, um so mehr, als man die grauenhafte Idee hatte, eine Militärblechmusik während der Tafel spielen zu lassen, was wahrhaft betäubend wirkte.

Gefpräch mit General von Moltte am 8. Juni 1869.

Bei einem Besuche bei General von Moltke tam bie Rebe auf die fübbeutschen Berhaltniffe. Moltte verlannte nicht, mas wir bisher getan hätten, bemerkte aber, daß wir möglicherweise bei einem auswärtigen Kriege die Bolitik des Ruspatkommens befolgen würden. Wir seien nicht geruftet und wurden biefe Politit befolgen, ohne uns eines Bertragsbruchs schuldig zu machen. Ich erwiderte, daß man zu einer tüchtigen Ausbildung der Armee viel Geld brauche. Dieses werde aber von den Diese teilen sich in Ultramontane und Liberale. Rammern abbängen. Lektere bewilligten überall nicht gern Gelb für die Armee. Erstere würden mehr Geld bewilligen, wenn fie nicht die Befürchtung begten, daß ber Arieg doch schließlich mit dem Berluft der Selbständigkeit des Landes ende. Hätte biese Partei die Gewißheit, daß der Krieg das Resultat des Verlufts ber Selbständigkeit nicht habe, fo murben fie eber zu Gelbbewilliaungen bereit sein. Gine folche Garantie biete uns nur ein ftaatsrechtliches Band unter ben fübdeutschen Staaten. Moltte erwiderte, ohne auf letteren Bunkt einzugehen, daß die Befürchtung vollkommen grundlos sei. (Das gleiche wurde mir eingehend von dem General der Artillerie Bringen Hobenlobe auseinanbergesett.)

Auf den Krieg selbst eingehend, sagte er: Frankreich werde keinen Krieg beginnen, wenn Oesterreich nicht mitgeht, so dumm seien die Franzosen nicht. Sie wüßten zu gut, daß sie Preußen nicht gewachsen seien, wenn sie allein angriffen. Oesterreich aber sei jetzt nicht gerüstet. Wenn der Krieg mit Frankreich und Oesterreich ausdreche, so werde sich Preußen in seinem Feldzugsplan nicht irre machen lassen. Man werde alle Streitkräfte auf Frankreich werfen und die Oesterreicher möchten unterdessen tun, was sie wollten, und wenn sie die Verlin marschierten.

Was Ulm betrifft, so sagte Moltke, es sei eine österreichische Festung und habe wenig Wert. Man könne es aber boch nicht aufgeben.

Bezüglich ber Liquidationskommission erwähnte er nur, daß man in Preußen nichts wolle, als sich vergewissern, daß die Kanonen, welche doch

Preußen mitgehörten, so placiert seien, daß man sie nicht gleich wegnehmen könne.

Berlin, 10. Juni 1869.

Gestern eine kurze Sitzung des Zollparlaments. Göler wollte über einen Artikel des Bertrags mit Japan eine nationalgesärbte Rede halten. Ich hielt ihm meine Gründe entgegen, und er verschluckte seine schöne Rede und schwieg. Eine selbstbeherrschung.

Nachmittags Fahrt nach Potsbam, wohin wir zum Theater "in kleiner Uniform" eingelaben waren. Wir kamen um 6 Uhr bort an, begaben uns von ber Station Wildpart zu Jug in bas Neue Palais, wo man uns unterbeffen, bis bas Theater anging, ein Zimmer gab. Wir brachten aber ben größten Teil ber Zeit auf ber Terrasse zu, obgleich bas Wetter nicht sehr schön war. Um 7 Uhr begann das Theater. Es ist ein hübsches kleines neukonstruiertes Theater im Neuen Balais. bochsten herrschaften sagen vorn auf Stublen. In ber Mitte bie Rronpringeß mit Bringeß Alice von Beffen. Links ber Bigekonig, rechts ber Rönig von Preußen, bann die übrigen Bringen. Hinter ber Kronpringeß fagen die Bringes Charlotte und die Pringes von Seffen, zwei Madchen von sechs ober acht Jahren, und zwischen sich hatten fie ben Sohn bes Bigekonigs. Die beiben Mabchen maren fehr vertraut mit ihrem Spieltameraden im roten Tarbusch und bem impassibeln turkischen Gesicht. Die kleine Brinzes von Heffen arrangierte ihm ben seibenen Buschel auf seinem Tarbusch, und als das Theater vorbei war und sie wegging, kußte sie ihn, worüber er fehr erstaunt war. Sie fragte ihn auch, wo benn seine Mama mare, worüber er teine Austunft geben tonnte. Go erzählte bie Kronprinzeß nachher. Das Theater bestand aus einem französischen Lustspiel "Les souliers de bal" und einem horrend dummen Ballett unter dem wenig frangösischen Titel "La fete du jour de naissance". Unter anderm kam auch ein "pas styrion" zur Aufführung. Zwei Tanger in turgen schwarzen Schwimmhofen, rosenfarbenem Tritot und weißen Socien bis etwas über die Knöchel tangten mit zwei Damen mit roten Strumpfen. Die übliche Bewegung ber Daumen in ben Hosenträgern fehlte nicht, bazu sang ein Chor abenteuerlicher Steirer, mit grunen Buten und roten Beften, Die bekannten angeblichen Gebirgsjobler "Wenn ich nun von der Alpe weta geh u. f. w.", durch und durch Berliner Holdrio. Viktor und ich sowie Frit, die wir nebeneinander fagen, unterhielten uns fehr barüber.

Nach dem Theater war Souper, wo ich zwischen General Loë und Aristarchi Bei saß. Dann war Cercle, und um 10 Uhr wurden wir entlassen, um mit dem Extrazug nach Berlin zurückzusahren. Bismarck lud mich ein, mit ihm zu sahren, und benützte die Gelegenheit, mit mir von Geschäften zu sprechen.

12. Juni 1869.

Gestern übergab mir Simson das Präsidium des Zollparlaments bei Beratung des neuen Zollgesetzs. Ich brachte die 166 Paragraphen in drei Stunden durch. Glücklicherweise kam keine Streitigkeit und Unsannehmlichseit vor. Die Redner sprachen alle von der Sache und niemand machte Unsug. So ging mein erster Versuch glücklich ab, und ich din nun genug eingewöhnt, um auch dei weniger ruhigen Sitzungen zu präsidieren. Simson war sehr unwohl, und wenn es dis Montag nicht besser. Simson war sehr unwohl, und wenn es dis Montag nicht besser ist, so wird er ernstlich krank. Dann bleibt mir der Vorsitz für den Rest der Session, doch hoffe ich nicht. Um 5 Uhr war Diner dei Scheidt, Geheimer Rommerzienrat, im Hotel Royal. Ein langes lärmendes Vergnügen mit viel Wein.

Abends, um mir Bewegung zu machen, Regelpartie im Unionsklub bis 1/21 Uhr.

Unterrebung mit Bismard am 12. Juni 1869.

Nach einem Diner bei Bismarck lub dieser mich und Barnbüler ein, mit ihm in den Garten zu gehen. Bismarck brachte sofort das Gespräch auf das Ronzil, das ihn ganz besonders zu interessieren scheint. Er erging sich zunächst in allgemeinen Bemerkungen und sprach seine Uebereinstimmung mit meiner Auffassung aus. Barnbüler dagegen verteidigte seinen Standpunkt, welcher darin besteht, die in Rom beabsichtigten Ertravaganzen als einen Nagel zum Sarg der ultramontanen Bestrebungen anzusehen. Ich verteidigte dagegen die Ansicht, daß eine solche Hossinung sich als trügerisch erweisen und die Beschlüsse des Ronzils nicht allein die katholische Kirche schädigen, sondern auch den Staat in Gesahr bringen würden.

Nachdem Varnbüler aber sich bereit erklärt hatte, seinen Standpunkt insoweit aufzugeben, daß er sich von gemeinsamen Schritten nicht ausschließen werde, kam Bismarck auf den Vorschlag, es sollten die deutschen Staaten gemeinsame vertrauliche Schritte in Rom tun, um dort vor zu weitzgehenden Maßregeln abzumahnen. 1) Er benke sich, sagte Graf Bismarck,

¹⁾ Bismarck hatte bereits in der Depesche an Arnim vom 26. Mai 1869, in welcher dessen Antrag auf Sendung von Oratores zum Konzil abgewiesen wird, dem Gesandten geschrieben: "Seine Majestät der König haben mich ermächtigt, mit der Königlich bayrischen Regierung und eventuell mit den übrigen süddeutschen Regierungen in vertrauliche Verhandlungen zu treten und womöglich im Namen des gesamten Deutschlands, auf welches es uns zunächst hier nur ankommen kann, gemeinsame Sinwirkungen auf die Kurie zu versuchen, welche ihr die Gewißheit geben würden, daß sie bei etwa beabsichtigten Ausschreitungen einem entschiedenen Widerstand der deutschen Regierungen begegnen werde." Friedrich, Geschichte des Batikanischen Konzils, Bb. I S. 785.

Die Sache so: Bayern solle an die deutschen Regierungen den betreffenden Borschlag machen, dann würden sich die preußische und die übrigen Resierungen damit einverstanden erklären, und diese Noten könnten dann dem Bevollmächtigten, welchen Bayern in Form eines Reisenden von Distinktion nach Rom schicken müsse, als Beglaubigung dienen. Der bestreffende Bevollmächtigte müsse keinen offiziellen Charakter haben, sondern zu seinem Bergnügen nach Kom reisen, dürse aber dort über seine Qualität als offiziöser Bevollmächtigter keinen Zweisel lassen. Wer diese Person sei, müsse freilich noch überlegt werden. Wir gingen verschiedene Persönlichkeiten durch, konnten aber zurzeit niemand finden und beschlossen, daß die Frage der Person des Abzusendenden noch in suspenso bleiben solle.

Den andern Tag kam der Geheime Rat Abeken, Referent für die Ronzilsachen im auswärtigen Ministerium, zu mir, und wir verabredeten die in dem anliegenden Promemoria enthaltenen Schritte.

Promemoria.

Berlin, 14, Juni 1869.

Am 13. Juni begab ich mich im Auftrage bes herrn Ministers zu bem hier anwesenden Königlich bayrischen Staatsminister und Minister bes Meußern, herrn Fürften von Sobenlobe, Durchlaucht, um bemfelben nebst andern auf das bevorftebende öftumenische Ronzil bezüglichen Schriftftuden auch die unter bem 28. v. M. an ben Röniglichen Gefandten in München gerichtete Depefche vorzulegen. Seine Durchlaucht erklarte fich mit bem Inhalt berfelben vollkommen einverstanden und fügte noch bingu, baß er ebenso einverftanden sei mit dem in bezug auf die Form des in Rom zu tuenden Schrittes ihm munblich gemachten Vorschlage bes Grafen Bismard, daß die vertraulichen Vorstellungen und Mahnungen burch eine von der Königlich bayrischen Regierung in vertraulicher Mission nach Rom zu entsendende Personlichkeit gemacht werben sollten. Abgefandte wurde nicht im Namen Bayerns allein, sondern im Namen aller beutschen Regierungen ju sprechen haben, beren Beteiligung an Diesem Schritte burch besondere Schreiben, welche bem Abgesandten gleichsam gur Beglaubigung feines gemeinschaftlichen Auftrags bienen wurden, ju tonstatieren sei.

Der Königlich bayrische Herr Minister sprach seine Absicht aus, nunmehr ohne weiteres mit dem Vorschlage zu einer solchen Sendung und zur Verständigung über die Sprache, die in Kom geführt werden solle, wosür Seine Durchlaucht die in der diesseitigen Depesche vom 28. Mai angedeuteten Grundsätze billigte, sich an die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt zu wenden. Die Persönlichkeit, welche

zu ber Sendung zu mählen, musse er vorerst noch in suspenso lassen. Bon der erfolgten Mitteilung an die gedachten Höse versprach der Fürst hierher Mitteilung zu machen, damit der Borschlag von preußischer Seite unterstützt werde. Ob Sachsen von seiten Bayerns oder von seiten Preußens aufzusordern sei, möge noch weiterer Erwägung vorbehalten bleiben.

Im Laufe der Besprechung zeigte sich Seine Durchlaucht der Fürst Hohenlohe auch dem von preußischer Seite angeregten Gedanken nicht abgeneigt, daß neben den Schritten in Rom auch an die deutschen Bischöse vor ihrem Abgange nach dem Konzil respektive bei der ihnen dasur zu erteilenden Erlaudnis eine Kundgebung der deutschen Regierungen, und zwar ebenfalls in völliger Uebereinstimmung des Inhalts, gerichtet würde, um ihnen den Standpunkt, welchen die Regierung dem Konzil gegenüber einnehme, klarzumachen und sie vor der Teilnahme an Beschlüssen, welche in die Rechte des Staats übergriffen, zu warnen. Hierüber wollte der Königlich bayrische Herr Minister indes noch weitere Mitteilung erwarten; der nächste nach Kom hin zu tuende Schritt solle aber dadurch nicht ausgehalten werden.

Bei dem mündlichen Bortrage, welchen ich dem Herrn Minister= präsidenten Grasen Bismarck noch am 12. vor seiner Abreise hierüber er= stattete, erklärte sich derselbe mit der von dem Königlich bayrischen Herrn Ministerpräsidenten beabsichtigten Behandlung der Sache vollkommen ein= verstanden.

Abeten.

Journal.

Berlin, 19. Juni 1869.

In ber geftrigen Sitzung bes Bollparlaments tam ber Metiche Antrag gur Beratung, ber babin ging, ben Bollbunbegrat aufzuforbern, Daßregeln zu ergreifen, um bas gleichzeitige Tagen von Ginzellandtagen mit bem Zollparlament zu verhindern. Run ift Met ein unverschämter, gemeiner Schreier, und ber Ton bes Antrags hatte mich schon lange geärgert. Ich bachte aber, es wurde von irgendeiner Seite eine Mobifitation tommen. und kummerte mich nicht barum. Als ich nun in die Sitzung kam, hörte ich zu meinem Erstaunen, daß felbst die suddeutsche Fraktion keine Gin= wendung erheben wolle. Nun wußte ich aber zu gut, daß Meg dem Antrag eine folche Deutung geben wurde, die es mir schließlich unmöglich machen wurde, zuzustimmen. Da ber Antrag an sich zweckmäßig war, so machte ich noch in ber Sigung eine Mobifikation und zeigte fie Schrenck, Barnbüler und Simson. Alle fanden meine Fassung anständiger. Barnbüler aber, ber von einer großen Eifersucht über meine Stellung im Parlament beseelt ist, riet mir ab, die Modifikation einzubringen, es sei nicht nötig, Delbrück werde schon etwas sagen u. f. w., nur weil er wußte, daß ich

mir wieder einen parlamentarischen Sutzeß erringen wurde. Da ich nun unfre lieben, gemütlichen Landsleute tenne, fo schwieg ich, war aber um so mehr entschloffen, meinen Antrag einzubringen. Nun kam die Distuffion. Der Referent ftellte ben Untrag febr harmlos bar. Gin Beffe fprach bagegen, und nun wollte man ichon schließen, worauf bann Det nur allein noch gesprochen haben wurde. Ich bat also ums Wort und motivierte turz meinen Antrag. Darauf sprach Metz, gerade wie ich es vorausgesehen hatte, mit Ausfällen auf ben subbeutschen Partikularismus, in seinem gewöhnlichen, verletenden, marktschreierischen Ton. Da ich gesagt hatte, ber Antrag verlete in der Form mein ästhetisch-diplomatisches Gefühl. fo gab er mir einen kleinen Sieb, rubmte aber meine "nationale Gesinnung" und erklärte fich mit meiner Modifikation einverstanden und zog seinen Antrag zuruck. Go tam benn mein Antrag faft einstimmig zur Annahme. Rast alle Ultramontanen stimmten mit. Ich babe baburch mir ben Boben in München für die Rückehr wieder smooth gemacht, ohne mir bier au schaben. Bas meine Rebe anbetrifft, so hatte ich ben Fehler begangen, fie vorher zu notieren, wodurch fie schlecht wurde, wie ich nachher aus ben ftenographischen Aufzeichnungen ersah. Der Erfolg blieb aber boch.

Nach ber Sitzung fuhr ich in ben Friedrichshain, den ich noch nie gesehen hatte, da er am Ende der Königstraße liegt. Eine hübsche, englische Anlage.

Abends war ich mit Karl und Kraft im Walnertheater, um "Heydemann und Sohn" zu sehen. Ein außerorbentlich amüsantes Stück. Das Walnertheater ist das einzige, das ich besuche. Das Ballett "Fantaska" habe ich einmal gesehen. Es ist das unsinnigste Zeug, der glänzendste Blödsinn, der noch je auf dem Theater dargestellt wurde. Die Ausstatung ist prachtvoll, doch ist es schade, so viel Geld auf ein so wahnsinniges Machwerk zu verwenden. Wenn man sieht, wie solche Sachen bewundert werden, so überschleicht einen das wehmütige Gesühl, daß die Menschheit zurückgeht.

Gefpräch mit Graf Bismard.

Berlin, 23. Juni 1869.

Der preußische Minister sprach zuerst von der Beendigung des Parlaments und dessen Resultaten und von der Haltung der Parteien, er erklärte sich sehr zusrieden, daß wenigstens etwas zustande gebracht worden sei. Was die politischen Diskussionen betrifft, so habe er die Parteisührer darauf ausmerksam gemacht, daß es gegenüber der Stimmung in Süddeutschland ganz unfruchtbar sei, Fragen zu berühren, bei welchen doch nur eine süddeutsche Minderheit über die süddeutsche Mehrheit mit Hilse der Nordbeutschen den Sieg davontragen werde.

Davon abspringend, berührte er die Frage der Liquidationskommission, erklarte sein Einverftandnis mit ben Munchner Berabredungen und fügte bei, daß er den Antrag bei dem König von Breußen gestellt habe, diese Bereinbarungen genehmigen zu wollen; er habe nur noch den Bunfch, der ihm durch das Kriegsministerium nahegelegt worden sei, und der darin bestehe, es möchten Mitglieder ber Subkommission, baprische und preußische (ober auch andre), eine Reise nach Landau machen, um dort zu beraten, ob es nicht zweckmäßiger sei, das bewegliche Material nach Germersheim zu bringen und Landau ganz aufzugeben. Er bat mich, ich möchte die Sache in München in Anregung bringen. Auf die deutsche Frage zurucktehrend, erging fich Graf Bismard in einer langeren Darlegung ber Grunde, weshalb Preußen gar nicht daran denke, irgendwie die Selbftändigkeit Baperns oder der andern füddeutschen Staaten zu beeinträchtigen. Baben habe für Preugen teinen Bert, und bas Entgegenkommen Babens tonne von Breugen nicht beruchfichtigt werben. Dort seien Offiziere, aber teine Goldaten — politisch gesprochen. Damit tonne man nichts machen.

Die Entwicklung in Deutschland werde sehr langsam gehen, und Preußen habe noch zu viel im Nordbeutschen Bund zu tun, um sich darauf einzulassen, heterogene Elemente in den Bund aufzunehmen oder mit denselben einen Bund einzugehen, der den Kristallisationsprozeß des Nordsbeutschen Bundes nur stören würde.

Darauf bemerkte ich, es liege in dem gegenwärtigen Zustand von Deutschland eine große Gefahr sowohl für ben Norden als ben Suben. Solange Frieden bleibe, habe dies nichts zu fagen, aber breche der Krieg aus, fo murbe man fich in Gubbeutschland fragen, wozu führen wir ben Rrieg? Siegen wir, fo werden wir nachher in ben Nordbeutschen Bund eintreten, werben wir befiegt, fo find wir auch verloren. Um folche Erwägungen zu beseitigen, um ben Guben zu rudhaltlofer freudiger Ditwirtung zu bringen, fei es notwendig, ihm die Garantie feiner Gelbftanbigleit nach bem Kriege zu verschaffen, und bies geschebe burch einen meiteren Bund nach Analogie bes alten Deutschen Bundes zwischen Sudbeutschland und bem Norden. Ich fragte also Graf Bismarck, ob er auch biefe Berbindung als eine folche ansehe, welche die Entwicklung und Ausbilbung bes Nordbeutschen Bundes ftore. Er erwiderte eifrig, ba muffe er fich nicht flar ausgebruckt haben, biefer Gebanke fei ihm fern, jebe Berbindung, bie wir ihm boten, werbe er bantbar annehmen. Jene Befürchtungen seien aber unbegrundet; erftens werde Breugen nach dem Kriea. wenn er mit Bilfe Gubbeutschlands geführt werbe, nicht fo niebertrachtig fein, feinen Bundesgenoffen Bebingungen vorzuschreiben, bie fie nicht annehmen könnten, und bann werbe ber Rrieg jedenfalls für Breußen fiegreich ausfallen, ba Frankreich Preußen nicht gewachsen sei. Er führte bas

durch Aufzählung der preußischen Truppen und durch Bergleichung mit den Franzosen weitläufig aus. Außerdem wies er auf die Allianz mit Rußland hin, widerlegte meine Einwände bezüglich einer antipreußischen Stimmung in Rußland, indem er nachwies, daß dies nur die Preßmanöver der Hiehinger Intriganten seien, welche durch Bermittlung des Groß-fürsten Konstantin gleichzeitig dieselben Artikel in die "Moskauer Zeitung", den "Beobachter" und die "Sächsische Zeitung" einrücken ließen.

An den Bruch der Allianzverträge seitens der süddeutschen Staaten glaube er nicht im entserntesten. Auch sei dies für Bayern viel zu gesfährlich, da trot seiner deutschen Gesinnung und seinem guten Willen im Fall des Bruchs der Allianzverträge dann eine Strömung eintreten könne, die zur Teilung Bayerns zwischen Norddeutschland und Oesterreich sühren würde. Er würde dagegen sein, aber er werde es in einem solchen Falle nicht hindern können. Die Allianz Frankreichs mit Italien habe für ersteres keinen Wert, die Italiener würden nicht marschieren, wenn auch Viktor Emanuel, der durch Geld und Frauenzimmer zu allem zu bringen sei, einen Vertrag mit Frankreich abschließen wolle.

Er kam bann auf die frangösische Diplomatie zu reben, äußerte sich wegwerfend über Grammont und Mouftier, gunftig über Benedetti. Dann ging er auf die Erinnerungen von 1866 über. Bier ergählte er, ber eigentliche Grund, weshalb er sich beeilt habe, ben Frieden in Nitolsburg ju schließen, habe in ber ungarischen Frage gelegen. Sie hatten nicht baran gedacht, die ungarische Revolution loszulassen, wenn sich Frankreich nicht eingemischt hatte. In bem Augenblick ber frangösischen Einmischung habe man aber ben Krieg mit Frankreich befürchten muffen, und beshalb habe er bann Klapka losgelaffen. Nun fei aber baraus bie Gefahr entstanden, biefe Bewegung ju einer Ausbehnung heranwachsen zu sehen, die zu europäischen Verwicklungen geführt und namentlich Rußland beunruhigt haben wurde. Die Befürchtung, ben Krieg fo große Dimenfionen annehmen zu feben, die Ruckficht auf die Gefahren, welchen bie preußische Armee durch Cholera und Fieber ausgesetzt gewesen, hatten ihn veranlaßt, in Nikolsburg entschieden auf Frieden zu dringen, selbst mit Anbieten feiner Entlaffung.

"Man glaubt immer," sagte er, "ich hätte damals nur in Triumphen geschwommen, und ich kann Sie versichern, daß ich nie eine schrecklichere Zeit durchgemacht habe. Alle im Hauptquartier sahen mich wie einen Verräter an, und wenn ich an den hohen Fenstern des Schlosses stand, so dachte ich oft: "Tust du nicht am Ende besser, wenn du da hinunterspringst?" Ich habe oft im Konseil solche Szenen gehabt, daß ich aufsprang, hinauslief, die Türe zuwarf, mich auß Bett legte und wie ein Schloshund heulte."

Bon ber Bundesversassung sprechend, sagte er, mit dem König von Sachsen hätte man einen Bundesvertrag schließen können, das sei ein vernünftiger, gewissenhafter Mann von deutscher Gefinnung. Mit dem König von Hannover sei dies nicht möglich gewesen, deshalb habe man Hannover annektieren müssen.

Schließlich fragte ich ihn noch über mein Projekt eines weiteren Bundes. Er erklärte, auf Berhandlungen eingehen zu wollen, doch möchte ich dies direkt mit ihm tun. (Ich bemerke, daß ich besonders betont hatte, daß es sich nur von einem Staatenbund wie in der alten Bundesversassung handle, ohne Parlament.) Auch möchte ich ihm eigenhändig schreiben, wie er mir eigenhändig antworten werde. Natürlich sollte dies nur eine vorläufige unverdindliche Korrespondenz sein, was nicht ausschließt, daß wir die Korrespondenz als eine sehr ernste und vorsichtig zu behandelnde Sache zu betrachten haben. Das Resultat des Gesprächs ist, Bismarck will zurzeit nichts von Süddeutschland, er glaubt nicht an den Krieg mit Frankreich, er ist aber im Fall des Krieges ebenso wie Moltke überzeugt, daß Preußen siegen wird, und er wird Bayern zu vernichten trachten, wenn es den Allianzvertrag nicht hält.

Berlin, 23. Juni 1869.

Mit Roggenbach das Verfassungsprojekt besprochen. Er sagt, die nationalliberale Partei und Preußen überhaupt sehe in einem solchen Projekt nur eine Desorganisation des disher bestehenden Zustands. Sie wollen alles oder nichts. Keine gemeinschaftliche Gesetzgebungsarbeit, sagt man hier, ohne Unterordnung unter die Gewalt des Bundes.

Baben werbe nicht zustimmen wegen ber Furcht, majorisiert zu werben. Er rat: tein Parlament, weber sübdeutsches noch nordbeutsches, Burucktommen auf bas frühere Projekt: Staatenbund, gemeinschaftliche Militärangelegenheiten, Analogie bes alten Bundes. Reine weiteren Konzessionen an die sübdeutschen Nationalliberalen.

München, 3. Juli 1869.

Gestern erhielt ich um $12^{1/2}$ Uhr Mittags ein Telegramm von Lipowsky, welches mir mitteilte, daß der König mich und Schlör in Berg zu sehen wünsche zwischen 2 und 3 Uhr. Der Wagen, hieß es am Schluß, werde uns in der Wohnung abholen. Zuerst dachte ich, daß der Nachsat ein Irrtum sei, es sand sich aber wirklich ein Wagen ein, der uns durch den Fürstenrieder Park nach Berg brachte. Wir kamen dort nach 3 Uhr an. Der König empfing mich zuerst. Er gab mir, was er selten tut, die Hand und war sehr liebenswürdig. Ich sprach ihm zuerst von meinem Bericht über das Gespräch mit Bismarck und führte die Gründe, weshalb jeht an eine weitere Bedrohung Bayerns durch Preußen nicht zu denken

sei, weiter aus. Der König ist immer voll Mißtrauen, was in seinem äußerst steptischen Wesen begründet ist. Den Allianzvertrag, behauptete er, könnten wir jeden Augenblick lösen, es sei darin ein Passus, der uns dies ermögliche, was ich natürlich bestreiten mußte, wogegen ich zugab, daß man jeden Vertrag kündigen kann, wenn man es in seinem Interesse sindet. Dies aber sei hier nicht der Fall. Ich sührte die Gesahr aus, die uns das bringen würde. Besser sein Bündnis nach Art des Deutschen Bundes mit Preußen abzuschließen. Dagegen seien zwar die Minister, die behaupteten, daß ein solches Bündnis den Fortschrittlern zu wenig und den Ultramontanen zu viel sei. Der König erwiderte sehr tressend, daß sei gleichgültig, auf die öffentliche Meinung dürse man nicht zu viel geben. Auch begreise er nicht, was die Minister damit zu tun hätten. "Sie sind ja Minister des Aeußern, die andern geht das gar nichts an."

Ich erwiderte, daß die auswärtige Politik auf die Lage des ganzen Ministeriums so viel Ginfluß habe, daß man es ben Ministern nicht übelnehmen tonne, wenn sie wissen wollen, mas ich tue. Dazu kommt, daß ber Ronig ben andern Ministern sein Erstaunen ausspricht, wenn fie nichts von bem miffen, mas im Ministerium bes Meugern geschieht, wodurch Diese Berren natürlich gegen mich aufgebett werden. Das ift so die Natur bes Ronigs, die Leute hintereinander zu begen. 3ch tann bas nur burch bie größte Ehrlichkeit und Offenheit tontertarieren. In bezug auf bas Ronzil machte ich einen kurzen Vortrag über die gegenwärtige Lage. Der Ronig fand wieber febr richtig ben Rern ber Sache, inbem er bemertte, daß das Recht ber Staaten ber Rirche gegenüber auf den Konkordaten beruhe und biefe burch einseitiges Vorgeben ber Kirche verlett murben. Wir tamen bann auf die Todesstrafe. Der Ronig erwähnte, es habe ihn vielfach beschäftigt, daß ich ihm in der letzten Unterredung gesagt batte, ich fei ein Gegner ber Tobesftrafe. Wir besprachen weitläufig bie bekannten Gründe für und gegen. 1) Endlich machte er mich noch auf die Aquarelle aufmerksam, die er in seinem Zimmer hatte, und entließ mich bann. Schlor murbe bann gerufen, und als er wiebertam, agen wir mit Sauer zu Mittag und fuhren nach Starnberg, wo wir ben Bahnzug nach Munchen bestiegen und um 1/2 9 Uhr nach Sause kamen.

Der König war wie immer fehr scharffinnig in seinen Fragen und Antworten. Es ist schade, daß seine Fähigkeiten so brach liegen und er

¹⁾ Die Kammer der Abgeordneten hatte am 22. März 1867 in namentlicher Abstimmung mit 87 gegen 44 Stimmen einen Antrag angenommen, "daß dem gegenswärtig versammelten Landtage ein Gesehentwurf über die Abschaffung der Todesstrafe vorgelegt werde".

sich mehr und mehr auf die schlechte Gesellschaft des Bereiters Hornig beschränkt. Gestern Abend wollte er noch nach der Riß sahren, wahrsicheinlich um der Ankunft des Kaisers von Oesterreich zu entgehen.

Die Rommission zur "Auseinandersetzung des vormaligen beweglichen Bundeseigentums" war am 4. April 1869 zusammengetreten. Die endzültigen Vereindarungen enthält das Protokoll der neunten Sitzung vom 6. Juli 1869. Dieses Protokoll bestimmt: 1)

- 1. Eine Teilung bes gemeinsamen Materials ber vormaligen Bundessfestungen Mainz, Ulm, Rastatt, Landau wird zurzeit nicht beschloffen. Dieses Material verbleibt im gemeinschaftlichen Eigentum der auf der Ronferenz vertretenen Staaten und wird "im Interesse des allgemeinen deutschen Berteidigungssystems verwaltet, erhalten und ergänzt".
- 2. Das Material in Ulm, Rastatt, Landau wird burch die Territorials regierungen, das in Mainz durch den Norddeutschen Bund verwaltet.
- 3. Die Rosten ber Unterhaltung und Erganzung tragen die Staaten, welche die Berwaltung übernehmen.
- 4. Alljährlich im Monat September findet eine Inspizierung statt durch besondere Kommissionen, deren Zusammensetzung für die verschiedenen Festungen bestimmt ist, und zwar so, daß in jeder Kommission Preußen und der Nordbeutsche Bund und die sübdeutsche Festungskommission neben der Territorialregierung vertreten sind.
- 5. Der Umfang ber Inspettion und ber Geschäftsgang ber Kommissionen ift bestimmt.
- 6. Der preußische Militärbevollmächtigte am Sitze ber sübbeutschen Festungskommission wird von den Ergebnissen der Verhandlungen der letteren, soweit sie das bewegliche Eigentum betreffen, sortlaufend unterrichtet. Bei Beratungen der Festungskommission, welche wesentliche Aenderungen der Substanz des Festungsmaterials betreffen, wird er zusgezogen.
- 7. Bei benjenigen Fragen, welche sich auf die Wahrung des Zusammenhangs des Desensivsztems zwischen Norddeutschland und Süddeutschsland beziehen, und in solchen Angelegenheiten, welche von wesentlichem Einstusse auf das gesamte deutsche Berteidigungssystem sind, werden die süddeutschen Regierungen vor Erledigung solcher Gegenstände die Anssichten des Norddeutschen Bundes in der Regel durch Bermittlung des Militärbevollmächtigten hören, und wenn sie den Vorschlägen des Nordsbeutschen Bundes nicht Folge geben, dem Norddeutschen Bunde die Gründe mitteilen.

¹⁾ Abgebruckt in Hirths Annalen bes Deutschen Reichs, 1872, S. 1579.

An ben bayrifchen Gefandten Baron Perglas in Berlin. München, 12. Juli 1869.

Euer Hochwohlgeboren haben in Ihrem Bericht vom 8. b. M., welchen ich Seiner Majestät vorgelegt habe, Ihre Anschauungen über die Haltung ber preußischen Regierung gegenüber bem Kongil in einer Beise bargelegt, Die eine Rritit ber Schritte ber baprischen Regierung beutlich erkennen Ich glaubte in der ganzen Sache Euer Hochmohlgeboren bisher ftets mit voller Bereitwilligkeit Auskunft über die Motive gegeben zu haben, welche mich veranlaßten, die Initiative in diefer Angelegenheit au ergreifen. Jene Kritik läßt mich aber ersehen, daß ich mich nicht beutlich genug ausgesprochen haben muß, ba Sie von ber Ansicht auszugeben scheinen, als habe die bayrische Regierung ohne Rücksicht auf ihre fatholifche Bevollerung und ohne fich ber Stute bewußt zu fein, welche Diefe Bevölkerung ber Macht und Gelbständigkeit ber Krone bietet, unbedacht die Frage angeregt und damit die Sympathien eines Teils des Landes verscherzt. Wenn überhaupt zugegeben wird, und darüber bürfte tein Zweifel bestehen, daß die weltlichen Regierungen es sich selbst schuldig find, nicht unvorbereitet das Ronzil an sich herankommen zu laffen, so mußte eine Regierung die Initiative ergreifen. Es braucht aber keiner machiavellistischen Suppositionen, um einzusehen, daß die preußische Regierung als eine akatholische nicht in ber Lage war, ben ersten Schritt zu Er wurde nicht allein ihre Stellung gegenüber ben katholischen Untertanen erschwert haben, sondern auch als ein unberechtigter bezeichnet worden fein. Das gleiche gilt von Württemberg und Baben. Defterreich hatte seine eignen Grunde, ein doppeltes Spiel zu spielen.

So blieb von den deutschen Regierungen nur Bayern. Gerade aber um Ronfliktezu vermeiden, die das bevorstehende Konzil, wenn es die angekündigten Beschlüsse sait, mit sich bringen würde, gerade um den Frieden zwischen der Staatsregierung und der katholischen Bevölkerung nicht noch mehr gefährden zu lassen, mußte die bayrische Regierung darauf denken, wie jenen extremen Beschlüssen entgegenzuarbeiten sei. Daß eine einzelne Regierung in Rom nichts ausrichten werde, war klar. Nur vereinigte Maßregeln aller oder mehrerer Regierungen können dort Eindruck machen, und um diese herbeizusühren, war eine Mitteilung an die Regierungen der andern beteiligten Staaten nötig.

Die bayrische Regierung hat damit zwar die Sympathien des Jesuitenordens verscherzt, wenn sie diese überhaupt je gehabt hat, sie hat aber die Zustimmung aller guten Katholiken erworden, die nicht unter dem Einssluß jenes Ordens stehen, und sie glaubt in keiner Weise ein Aergernis bereitet zu haben. Auch kann sie hoffen, jene religiösen Konstitte entsernt zu haben, welche für die Stellung Bayerns und für das Heil der Kirche selbst verderblich werden könnten. Aus einem Bericht an den König vom 14. Juli 1869.

... Sämtliche Regierungen stimmen darin überein, daß dem Ronzil auf dem religiösen Gebiete die vollständigste Freiheit der Entscheidung gewahrt bleiben, daß dagegen ebenso entschieden jedes Herübergreisen dieser geistlichen Versammlung in das Gebiet des Staats abgewehrt werden müsse, und daß Konziliarbeschlüsse von der Beschassenheit, wie sie der Unterzeichnete vorhersieht, die höchste Gefahr für den religiösen Frieden und für die Ruhe des sozialen Lebens mit sich bringen werden.

Dagegen besteht barüber eine Differeng, ob icon jest Schritte, um berartige Beschluffe zu verhindern, geschehen sollen ober ob man zuwarten foll, bis berartige Beschlüffe gefaßt seien. Wenn die Motive, welche für die lettere Alternative angeführt werden, wirklich die richtigen wären, wenn es nämlich wirklich, wie namentlich öfterreichischerseits bervorgeboben wird, unglaublich mare, bag die Mehrheit ber Bischöfe sich zu folchen ertremen Entscheidungen hinreißen laffen werbe, fo ließe fich allerdings gegen ein Zuwarten nicht viel einwenden. Allein die von dem treugehorfamft Unterzeichneten gehegte Besorgnis ift nach allen Informationen eine wohlbegrundete, und ber treugehorfamst Unterzeichnete kann sich ber Meinung nicht entschlagen, daß auch jene Staaten, welche biefe Beforgnis nicht zu begen vorgeben, in Wirklichkeit nicht von biefen Motiven, sondern von andern geleitet werden, insbesondere von einer gewiffen Gifersucht auf die Initiative Bayerns, dann wohl auch, weil es im Interesse mancher Staaten gelegen scheint, wenn namentlich Bayern noch tiefer in die Rämpfe mit der ultramontanen Partei verwickelt und dadurch in seiner politischen Aktion nach außen gelähmt wirb.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt daher, daß, ungeachtet dieser gegen seine Maßregel von einzelnen Staaten versuchten politischen Diversion, dennoch auf dem betretenen Wege vorgegangen werden sollte, jedoch mit um so größerer Vorsicht und Delitatesse. Es erscheint jetzt als wünschenswert, daß durch einen zuverlässigen und seiner Persönlichkeit wie seinem sozialen Stande nach passenden Bevollmächtigten der deutschen Staaten in Rom die nötigen Schritte geschehen, um einen näheren Ausschluß über die beabsichtigten Maßregeln zu erlangen und um nochmals auf die Gesahren ausmertsam zu machen, welche für den religiösen Frieden und die Kirche selbst aus den Beschlüssen des Konzils hervorgehen müßten, die in die Rechtssphäre des Staats übergreisen würden.

Marginalreftript bes Rönigs:

Die bisherigen Verhandlungen haben die Schwierigkeiten nachgewiesen, die Regierungen zu einem gemeinsamen präventiven Borgehen in der Konzilfrage zu bestimmen, aber dazu gedient, die Ausmerksamkeit zu schärfen und somit ihren Zweck teilweise erfüllt. Die Abordnung eines Agenten ohne Kreditiv, jedoch mit der Bestimmung, im Namen sämtlicher deutschen Regierungen zu sprechen, scheint mir gegenüber der bisherigen Ablehnung gemeinschaftlichen Handelns und der verschiedenen Stellung der verschiedenen Regierungen nicht recht ausssührbar und im Ersolge zweiselhaft. Halten Sie aber dassühr, daß Bersassung und Gesetze Mittel zur Abwehr ausreichend nicht in die Hand geben und daß daher Ihre Sorge für volle Sicherung meines königlichen Oberaufsichtsrechtes und der staatlichen Interessen mediges Mittel nicht umgehen läßt, so will ich nicht hindern, daß Sie es anwenden, versüge jedoch in diesem Falle, daß Sie mir hierüber Bericht erstatten und über die Person des Abgeordneten gutachtlichen Borschlag machen.

Hohenschwangau, 31. Juli 1869.

Ludwig.

An ben Grafen Bismard.

München, 5. August 1869.

Eure Exzellenz haben die Güte gehabt, mit Baron Varnbüler und mir über die in Konzilsangelegenheiten zu ergreifenden weiteren Maßregeln sich zu besprechen, und es wurde damals als das zweckmäßigste anerkannt, einen gemeinsamen Bevollmächtigten in vertraulicher Mission nach Rom zu senden, um auf die Entschließungen, welche dort gefaßt werden, in mäßigender Weise einzuwirken. Wie ich mich seither überzeugt habe, wird diese Maßregel insolange nicht auf die Zustimmung der sämtlichen deutschen Regierungen rechnen können, als nicht zugleich mit dem Vorschlage auch die Persönlichseit benannt werden kann, welcher die ebenso schwierige als delikate Mission übertragen werden sollte. Eine solche Persönlichseit zu sinden ist mir disher nicht gelungen. Ich wollte die Gründe, weshalb ich in der besprochenen Angelegenheit noch nicht weiter vorgegangen din, Eurer Ezzellenz nicht länger vorenthalten, behalte mir aber weitere Mitteilung vor, sobald es mir gelungen sein wird, einen Vertreter zu sinden, dessen allseitige Alzeptation gehofft werden kann.

Graf Bismard an ben Fürften Bohenlohe.

Bargin, 11. August 1869.

Eurer Durchlaucht danke ich verbindlichst für die gefällige Mitteilung vom 5. d. M., welche mir verspätet über Berlin zugegangen ist. Bon seiten der diesseitigen Regierung ditte ich das Einverständnis mit der Wahl jeder Persönlichkeit, welche der Königlich bayrischen für den beabsichtigten Zweck geeignet erscheinen wird, vorauszusehen. Eurer Durchslaucht wird es zur Genugtuung gereichen, daß schon jett die Besprechungen

ber beutschen Regierungen untereinander, wie sie auf die von Bayern ergangene Anregung stattgesunden, in Rom im Sinne der Borsicht und des Friedens nicht ohne Wirkung geblieden sind. Es gibt dort eine Partei, welche mit dewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europas zu stören bestrebt ist, in der fanatischen Ueberzeugung, das die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Ersahrungen von 1848 und auf die psychologische Wahrheit sußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eisriger sucht, als die irdisch befriedigte. Der Papst indessen soll angesichts des Widerstands, der sich in Deutschland ankundigt, bedenklicher und dem Einslusse jener Partei weniger zugänglich geworden sein.

Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzebung, in Nordbeutschland wenigstens, eine durchschlagende Basse gegen jeden unsgerechten Uedergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gedrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohltat, die den geistlichen wie den weltlichen Obrigseiten erwiesen wird, wenn der Konstitt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt. Auf unser Epistopat hat das Kultministerium sich demüht in vertrauslichem Wege vorbeugend einzuwirken.

Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser, und wenn ich mich auch von den Landtagsverhandlungen nach Möglichkeit fernhalte, so hosse ich doch für den Nordbeutschen Bund zu Ansang des Jahres vollkommen geschäftsbereit zu sein.

Genehmigen Sie ben Ausbruck ber ausgezeichnetsten Hochachtung, mit ber ich bie Ehre habe zu sein

Eurer Durchlaucht gehorsamster Diener

pon Bismarck

Journal. 1)

Barichau, 10. August 1869.

Geftern früh fuhr ich über Pilchowitz nach Gleiwitz, um von da nach Warschau zu reisen. In Kattowitz bestiegen wir den polnischen Zug, auf dem schon Polnisch sprechende Kondukteure waren. In Sosnowize wurde das Gepäck revidiert, da aber der Marschall Berg dorthin Besehle erteilt hatte, so wurden wir ohne Revision durchgelassen. Der Zug war sehr besetzt, doch ließ man uns allein. Ich las die ganze Zeit den "General

¹⁾ Bon einer Reise nach ben Wittgensteinschen Gutern.

Leberecht von Knopf", fand aber die Lekture etwas ermubend, wie alle gar zu lang ausgesponnenen Satiren. In Warschau empfing uns ein Abjutant des Feldmarschalls, der mich in einer kaiferlichen Equipage in das Hotel Viktoria geleitete, und awar durch den erleuchteten Salon der faiferlichen Familie, wo auch ber Oberpolizeimeifter, ein General in großer Uniform, mir porgeftellt wurde. Das Bublikum wurde mir zulieb auf die Seite gepufft, und ich ward wie ein gefrontes Haupt angestaunt. Nach einem kleinen Souper ging ich um 11 Uhr zu Bett. Heute machte ich fruh einen Spaziergang in bem schönen Jardin de Saxe, und nach dem Frühftuck fuhr ich, dem Feldmarschall Berg einen Besuch zu machen. Er empfing mich fehr freundlich, führte mich in fein Rabinett, b. h. einen großen Salon mit Säulen, wo er mir mahrenb 11/2 Stunden über hohe Bolitik sprach. Er ging bavon aus, daß die Rube in Europa nur erhalten und die Möglichkeit einer Entwaffnung nur bann geschaffen werden konne, wenn Defterreich, Rugland und das übrige Deutschland einig waren. Diese Entente sei aber febr schwer herzustellen. Er erklarte mir nun die Grunde, wodurch Defterreich und Rugland einander feind geworben seien. Um bies zu tun, ging er zuruck auf bie Geschichte von 1840 bis 1854. Der erfte Grund sei Krakau. Er ergählte, wie er bie Beseitigung der Republik Krakau in Berlin durchgesett habe.1) Damals. als ber Bertrag zwischen ihm, Canity und Ficquelmont in Berlin unterzeichnet wurde, habe er vorgeschlagen, Defterreich bie Bedingung aufzuerlegen, das Salz von Wieliczka zu einem bestimmten Preis an Rußland abzugeben und fich zu verpflichten, Krakau nicht zu befestigen. Raifer Nikolaus habe dies nicht genehmigt. Balb darauf habe Desterreich Krakau befestigt, und dies habe Raiser Nikolaus verlett.

Im Jahre 1849, als der ungarische Krieg schlecht ging, habe der Kaiser von Desterreich den Kaiser von Rußland um Hilfe gebeten. Berg wurde damals nach Wien abgeschickt, um die Vorbereitungen zum Krieg zu treffen. Er erzählte nun, wie er nach Brünn zum Kaiser von Desterreich, nach Wien zu Schwarzenberg und nach Preßburg gesahren sei. Alles wurde schnell und freundschaftlich verabredet. Der Kaiser von Rußeland kam nach Warschau, dort besuchte ihn der Kaiser von Desterreich. Alles war abgemacht dis auf den Oberbesehl. Der Kaiser Nikolaus wünschte, daß Paskiewitsch den Oberbesehl haben solle, weil er den Ehrgeiz Paskiewitschs kannte. Allein Kaiser Franz Josef erklärte, daß sich dies mit seiner Ehre nicht vereinigen lasse, da es sich um einen Krieg gegen seine Untertanen handle. "Plutot perir qu'agir contre mon honneur!" habe er gesagt, worauf ihn Kaiser Nikolaus umarmt hätte.

¹⁾ Treitschke, Deutsche Gebichte, Bb. V S. 546.

Nun aber wurde Pastiewitsch tückisch und boshaft und tat alles, um die Rampagne schlecht zu führen, wodurch er nichts andres erreichte, als dem österreichischen General mehr Borteil zuzuwenden.

Der britte Grund der Szission kam dann noch dazu während des Krimkriegs, wo Desterreich eine Armee in Galizien aufstellte, was den Russen den größten Schaden brachte. Da entbrannte denn die Abneigung gegen Desterreich auch im russischen Volk.

Graf Berg scheint ein Anhänger der alten nordischen Allianz. Er wünscht dieselbe wiederhergestellt zu sehen, beklagt, daß Gortschakow die Avancen, die Beust in Petersburg gemacht, zurückgewiesen habe, und hosst, daß es doch noch gelingen werde, auf eine Politik zurückzukommen, die Europa den Frieden erhalten werde. Nur wenn Rußland, Oesterreich und Preußen zusammengingen, würde Frankreich ruhig sein, und England sich den drei alliierten Mächten anschließen. Heute Nachmittag will er mir die Politik der russischen Regierung gegenüber der katholischen Rirche außeinandersehen.

Graf Berg kam um 4 Uhr zu mir, um sein politisches Gespräch weiter fortzusehen. Er erzählte mir den ganzen polnischen Aufstand von 1863. Die Polen würden nicht angesangen haben, wenn sie nicht von Frankreich und England das Versprechen erhalten hätten, sie zu unterstühen. Daraushin wurde die ganze Insurrektion von den Chefs der Bewegung eingeleitet. Er berührte dann die Periode des Ministers Wielopolsky, der auch von seinen eignen Leuten betrogen wurde, und kam dann auf die Zeit, wo er selbst die Verwaltung zu führen hatte. Die ganze Polizei war in den Händen von Polen. Er nahm deshalb 60 Offiziere und 3000 Soldaten und schaffte sich damit eine Polizei für einige Wochen. Dreimal gelang es ihm, die geheime Nationalregierung auszuheben und zu verurteilen und dreimal kamen wieder neue. Vis beim dritten Male die Bolen die Sache ausgaben.

Bei den Untersuchungen, welche hierauf folgten, fand sich, daß der Klerus wesentlich kompromittiert war. Es konnte daher nicht vermieden werden, einzelne Geistliche zu entsernen. Die Bischöse waren im allgemeinen gut. Nachdem der Erzbischof Fialkowsky von Warschau gestorben war, wurde auf Empsehlung der Frau von Meggendorf ein in Betersburg beschäftigter junger Geistlicher zum Erzbischof gemacht, er hieß Felinsky. Dieser war aber, wie man erst später ersuhr, bei Mieroslawski gewesen, hatte Barrikaden gebaut und war wegen einer unglücklichen Liebe in den geistlichen Stand getreten. Dieser machte nun auch den Revolutionsschwindel mit, dis man ihn wegschickte.

Von Lubiensky erzählte er, daß er anfangs ganz vernünftig gewesen, später aber plöglich umgeschlagen sei. Er stand in Korrespondenz mit

Lebochowsky und Chigi, die ihn aufhetzten. Er starb auf der Reise, weil er zuviel Obst gegessen, sich einen Ruhranfall zugezogen hatte und diesen durch starken Wein kurieren wollte.

Nachdem er mir dies und vieles andre erzählt hatte, suhr mich Graf Berg in seinem offenen Wagen, von Tscherkessen begleitet, nach dem Schloß Lazienki, wo uns seine Schwägerin und seine Nichte erwarteten. Es war noch der Chef des Generalstabs von Minkwiz da und ein andrer General sowie ein junger Graf Berg, der Neffe des Generals. Das Diner sand in einem sehr schönen Saal statt, und nach Tisch tranken wir auf einem Balkon, von dem man die Aussicht auf den Garten hat, Kaffee. Es war leider etwas kühl. Bei warmem Wetter muß der Ausenthalt in dem von Teichen und Gartenanlagen umgebenen Schlosse sehr angenehm sein.

Heute den 11. August fuhren wir mit dem Zug um 10 Uhr nach Biala, wo wir um 3 Uhr ankamen.

Biala, 13. August 1869.

Der heutige Tag war beftimmt jum Besuch bes Guts Olfzyn. ist einige Meilen von hier entfernt. Wir fuhren um 8 Uhr weg. Beg geht burch Felber, wo Hafer geschnitten wurde, und burch ben Bald. Alles fremde Guter. Gine halbe Stunde von Olfgyn tamen wir in ben eignen Bald, etwa taufend Morgen, meistens kleine Gichen und Buchen, ohne Wert hierzulande. Olfzyn ift ein trauriger Ort. Der Boben ift aber nicht schlecht. Dort empfing uns ber Bachter Berr Gerlick, ber früher ein bebeutendes Bermogen und eignen Besitz hatte, bas aber alles durchgebracht hat und nun Pachter ift. Im Salon hingen einige Delbilder, die er gemalt hat. Auffallend war eine heilige Magdalena, ein sehr bekolletiertes Frauenzimmer mit einem roten Schurz, welches vor einem Tisch kniet, auf dem ein von innen beleuchteter Totenkopf liegt, der die Formen der Beiligen erleuchtet. Nachdem wir die Gebäude besehen, eine Bauerndeputation angehört und ben Obstgarten bewundert hatten, betrachteten wir die Photographien der Verwandtschaft im Salon und ich unterhielt mich mit Madame Gerlicz, einer blonden feinen Polin, für die Oberft Devel, der Landrat des Kreises, schwärmt. Er war auch anwesend. Herr Gerlicz und Oberft Devel hatten fich Arm in Arm photographieren laffen, und das Bild hängt im Rabinett ber Madame Gerlicz. Wir mußten bann bas pflichtmäßige Diner effen und schließlich eine große Probuttion ber Madame Gerlicz auf dem Flügel mitanhören. Gerlicz sagte: "Ma femme, elle est artiste." Es war von Chopin, und sie spielte mit großer Fertigkeit. Als wir um 5 Uhr nach Hause kamen, waren schon die beiden jungen Grafen Berg angekommen, die Neffen bes Marschalls, die morgen mit uns jagen follen.

14. August.

Heute Jagd. Um $8^{1/2}$ Uhr fuhren wir von Biala weg. Ich mit einem ber jungen Berg, die andern folgten. Auf einem Hügel an der Eisenbahn fand sich die Jagdgesellschaft zusammen. Der Oberst Devel in Unisorm, sein Abjutant, ein Major von der Gendarmerie, ein Abslösungskommisser und verschiedene andre Tschinowniks. Wir hofften Wölse zu schießen, das Wetter war schön, und wir glaubten, daß es nicht sehlen könne. Aber wir jagten den ganzen Tag ohne Resultat. Die verschiedenen Sonntagsschützen, die statt Jagdtaschen alte Geldtaschen umphängen hatten, freuten sich eines reichhaltigen Frühstucks und wurden Abends zu einem großen Diner eingeladen, das von 8 bis 11 Uhr dauerte. Mir tat der Spaziergang im Wald sehr wohl. Die jungen Grasen Berg sind sehr wohlerzogene nette Leute, mit denen ich mich besreundete. Der eine war in Ischl, um Gemsen zu jagen, was ihm natürlich nicht gelang. Ich proponierte ihm, nächses Jahr zu uns zu kommen.

16. August.

Absahrt um 8 Uhr nach Domaczew zur Jagd. Wir suhren am Bug her, bann durch den Fluß nach dem Dorf Domaczew. Bon da nach dem Wald führt der Weg durch eine desolate Sandwüste. Ich habe selten etwas Traurigeres gesehen, dazu der graue Himmel mit schweren Regenwolken, die sich auch bald zu entladen begannen. In einem Dorf am Wald war die "Oblawa", die Treiber, etwa zweihundert an der Zahl, in den malerischsten Rostümen. Die Frauen in braunen Röcken, mit sonderbaren roten oder weißen Mügen auf dem Kopf. Die Männer auch in Braun und mit Sandalen von Birkenrinde. Die Jagd war wenig ergiebig. Der eine Graf Berg schoß einen Wolf, wir sahen nichts. Der Regen wurde immer stärker, und wir kamen ziemlich naß zu dem Wagen.

17. Auguft.

Fahrt durch die Wälber von Kuzawka nach Januwka; hier waren gegen vierhundert Bauern zur Oblawa versammelt. Alle mit ihren braunen Röcken, roten Schärpen und Strohhüten, auch Juden waren aufgeboten. Man sah verschiedene Judenbuben mit langen Stecken, um sich gegen die Wölfe zu verteidigen. Großes Geschrei, dis die Oblawa in Bewegung gesett wurde. Dann gingen wir auf die Stände. Ich bekam einen Platz an einer schmalen Waldwiese. Lange hörte man nichts. Endlich gingen die Treiber, dann plötzlich sielen rechts und links einige Schüsse. Ich sah weit auf der Wiese zwei Wölfe und bachte schon, daß alles vorbei sei, da kam plötzlich ein großer weißlichgelber Wolf in vollem Lauf über die Wiese gegen mich. Ich schoß. Er stürzte, raffte sich wieder auf und

verschwand. Ich lief nach, sah ihn noch einmal, wollte wieder schießen, da versagte das Gewehr. Nun glaubte ich schon, er sei schlecht geschoffen. Nach dem Treiben sand er sich aber wenige Schritte hinter mir verendet. Große Freude und Aufregung. Alle andern Wölse, deren es sieden waren, wurden gesehlt. Nur zwei Rehe und einige Hasen waren geschossen. Nach einem zweiten Treiben, bei welchem ich einen Fuchs schoß, verließ ich die Jagd, um nach Holiszow zu fahren.

20. Auguft 1869.

Um 11½ Uhr fuhren wir von Biala ab und kamen um ½6 Uhr in Warschau an. Die beiben jungen Bergs erwarteten mich mit ber Equipage ihres Ontels und fuhren mich ins Hotel. Nach bem Effen tam Graf Berg und lud mich für morgen zum Diner ein. Er brachte mir ein ganzes Baket ber von seiner biplomatischen Kanzlei jeden Tag gemachten Zeitungsberichte, aus welchen ich mich über ben Stand der Bolitik unterrichten konnte. Der alte Marschall hat eine rührende Rärtlichkeit für seine Neffen und Aboptivföhne. Er spricht gern von ihnen und ist glucklich, bag ich ihnen die Freude machen will, fie gur Gemsjagd einzuladen. Graf Berg ift überhaupt ein febr auter Mann, ber seine schwierige Stellung mit großem Takt und aller nur irgend möglichen Rücksicht ausfüllt. Jeben Tag wird es mir aber beutlicher, daß zwischen Bolen und Ruffen tein Friede möglich ift. Die Antipathie liegt in den Raffen. Der Ruffe ist energisch, rücksichtslos, gefühllos und babei klug. Der Pole leidenschaftlich, feinfühlend, leicht verletzt und nicht ausbauernd. "Le Français du Nord", wie er sich gern nennt. Die Unterbrückung ber einen Raffe durch die andre tritt überall zutage. Der Haß wird badurch ftets von neuem angefacht. Man glaubt in Rugland zu fein, wenn man über bie Grenze bei Sosnowize fährt, und boch ist man in einem durchaus antirussischen Lande, beffen Bewohner nur so lange russisch bleiben, als sie durch die russischen Soldaten, Beamten und Priefter unterdrückt werden. Jest setzen sie ihre Hoffnung auf Desterreich und auf eine angeblich bevorstehende Revolution in Rugland. Ich glaube, fie täuschen sich. Der russische Roloß liegt wie ein Alp auf Bolen, und ich zweifle, daß sie ihn je bauernd werben abschütteln können.

Wien, 25. Auguft 1869.

Nach zweitägigem Aufenthalt in Rauben heute früh in Wien angekommen. Besuch um 3 Uhr bei Graf Beust. Er war sehr liebenswürdig und zuvorkommend wie immer. Erzählte zunächst von seinem Zeitungskrieg mit Preußen, 1) hoffte, daß nun alles vorüber sein werde,

¹⁾ Beranlaßt burch die Depesche des Herrn von Thile vom 4. August, welche gegen Aeußerungen Beusts in den Delegationen Berwahrung einlegte.

hob aber hervor, daß es sehr schwer sei, jede Verstimmung zu vermeiden. Die Aeußerungen in den Delegationen seien in Berlin falsch aufgefaßt Im allgemeinen von dem Verhältnis zwischen Breugen und Defterreich sprechend, meinte er, und das habe er auch Werthern oft gefagt, daß eine Berftandigung nur dann möglich sei, wenn Defterreich sich entschlösse, Preußen in Deutschland freie Band zu laffen, bann werbe Breugen sofort davon profitieren, damit verliere Desterreich aber Die freundliche Stimmung Frankreichs, und die ruffisch-frangofische Alliang fei die Folge davon. Damit würden die Interessen Desterreichs im Orient aufs schwerste bedroht, und Defterreich sei schließlich doch nicht sicher, ob ihm die Allianz Breußens gegenüber von Rußland den Erfat für die freundschaftlichen Gesinnungen Frankreichs biete. So folge aus einem Schritt ein zweiter, und man muffe bie ganze Reihenfolge im Auge behalten. 3th hob hervor, daß ich gerade deshalb, weil ich für Desterreich eine dauernde Stellung innerhalb einer Bereinigung von Defterreich, Preußen und Subbeutschland munschte, auf die verschiedenen Projette gekommen sei, benn bazu nötige uns ja auch bas eigne Interesse, welches die Berftändigung Defterreichs und Preußens auf unfre Koften durchaus nicht wünschen laffe.

Beuft erinnerte, daß er ebendeshalb auch den süddeutschen Bund (ohne Oesterreich) als eine Garantie des Friedens ansehe, worauf ich ihm bemerkte, daß der süddeutsche Bund an der Eisersucht Württembergs das größte Hindernis sinde, ein Hindernis, welches eben nur durch Mittel beseitigt werden könnte, welche ich als zu abenteuerlich dem Könige nicht vorschlagen könne. (Aboptierung des Programms der süddeutschen Demokratie.)

Nach diesen und ähnlichen Gesprächen empfahl ich mich. Noch muß ich bemerken, daß auch das Konzil zur Sprache kam. Ich machte Beust darauf aufmerksam, daß über die Pläne in Rom nicht zu zweiseln sei, erwähnte Manning, die "Civilta" u. s. w. Er gab das zu, erwähnte aber, daß man sich gedulden müsse. Er hoffe auf eine Spaltung innerhalb des österreichischen Klerus, diese würde sich aber nicht vollziehen, wenn sich die Regierung nicht ganz passiv verhielte. Er hofft viel in diesem Sinne, d. h. im liberalen, vom Bischof von Salzburg.

Aus einem Brief Dollingers.

Herrnsheim bei Worms, 5. September 1869.

Der Brief behandelt die Antwort, welche die theologische Fakultät in München auf die Fragen der Regierung (siehe Seite 353) gegeben hatte. Der Entwurf zu dem Gutachten, welcher von Döllinger versaßt war, ist "durch die Kollegen nicht gerade wesentlich verändert worden, aber es sind Rusähe, Erweiterungen hinzugekommen, welche — die Klugheit, d. h. das

Bestreben, bei ben kirchlichen Autoritäten möglichst wenig anzustoßen, eingegeben hat. Aber wie vorsichtig und behutsam sie nun auch lautet, sie wird bennoch ohne allen Zweisel in Rom, in Regensburg, in Würzburg, überhaupt bei ber ultramontanen Partei das stärkste Mißsallen erregen. Ich habe mich zuletzt selbst gewundert, daß meine Kollegen doch so viel zu sagen sich entschließen konnten, mehr als vielleicht das große, gemischte Publikum aus dem Dokument, wenn es bekannt werden sollte, herauslesen wird. Aber sie sind freilich von der Größe des Unheils, welches der Kirche droht, ebenso stark überzeugt wie ich.

Erst vor wenigen Stunden hat mich der Bischof von Orleans, 1) der zu einem Besuche hierhergekommen war, verlassen. Aus seinen Mitteilungen ersehe ich, daß die Zahl der Bischöse, welche den römisch-jesuitischen Plänen abgeneigt sind und ihnen entgegentreten wollen, doch bedeutend größer ist, als ich zu hoffen wagte. Er glaubt auf die Stimmen von fast fünfzig französischen Bischösen rechnen zu können, meint aber zugleich, daß auf die Haltung der deutschen Bischöse sehr viel ankomme, ja daß diese eigentlich den Ausschlag zu geben berusen seinen. Selbst in Italien sind nach seiner Bersicherung mehrere Prälaten geneigt, sich den Gegnern der Unsehlbarkeitsetheorie anzuschließen. Die Ansicht nämlich, daß die Proklamierung dieses neuen Dogmas sehr inopportun sei und nur die Berlegenheiten der Bischöse vermehren würde, scheint gläcklicherweise dort sehr verbreitet zu sein."

Rarbinal Pring Hohenlohe an ben Fürsten.

Rom, 15. September 1869.

... Bielleicht befinnt sich der Heilige Bater noch, doch zweisle ich daran. Bei allem Respekt für das Oberhaupt der Kirche wird mein Gehorsam auf eine harte Probe gestellt. Ich vertraue, Gott wird mir beistehen.

Oft frage ich mich, was soll ich tun in diesen Stürmen? Man hat mich so viel als möglich isoliert. Um nur ein Beispiel anzuführen, halten Reisach und der Rektor der hiesigen deutschen Anstalt (Anima) Monsignore Gaßner u. a. jeden Deutschen ab, mich zu besuchen, und dann das fortswährende Heben beim Heiligen Bater, so daß er in fortwährender Aufregung gegen mich ist; alles das und vieles andre macht meine Stellung zu einer schwierigen. Ich habe durch das Isolement allerdings den Borsteil, mehr freie Stunden für mich zu haben. Ich würde, wenn Döllinger hierherkäme, ihn bei mir logieren, oder wenn du oder er einen versläßlichen Theologen (weltlich oder geistlich) wüßtet, den ihr mir zur Zeit des

¹⁾ Ueber die Zusammenkunft des Bischofs Dupanloup mit Döllinger und Lord Acton in Herrnsheim bei Worms siehe Friedrich, Geschichte des Vatikanischen Konzils, Bb. II S. 896.

Konzils und womöglich schon vorher schicken wolltet, so würde ich ihn bei mir logieren und verköstigen, und es wäre mir sehr lieb, einen solchen Mann in meiner Nähe zu haben so lange als möglich.

Bon ben Jesuiten wird jest wieder die große Romodie aufgeführt, wonach sie vor dem Publikum in zwei Parteien geteilt sind, aber au fond find fie eins und werben von einem Zentrum regiert. Es existieren also vor bem Publikum zwei Parteien unter ben Jesuiten. Die einen schreien und jubilieren für die Unfehlbarkeit des Papstes (wie 3. B. die "Civiltà"), um Pius IX. für sich zu haben, provozieren alle guten Ratholiken, die nicht jesuitisch sind, gegen die Unfehlbarkeit zu sprechen, entfernen sie dadurch vom Papst, so daß der Papst die Herren der "Civiltà" für seine Leibhusaren auserlesen muß. Die andre Bartei, worunter, wie es scheint, auch der Pater Bekr, der General, (früher glaubte ich, Böllinger gehöre au fond auch bazu) schütteln bebächtig ben Ropf wie alte erfahrene Leute, die Bius IX. als einen leichtfertigen Jungen ansehen, aber nur im tiefen Bertrauen. Diese halten sich die Türe offen, sei es für ein nächstes Pontifikat, sei es namentlich für ben Episkopat, zum Beispiel ben französischen, und sobald sich ber Wind hier einmal gedreht haben würde, werden die Jesuiten die ersten sein, die die "Civilta" (bies Spielzeug, erfunden für Pius IX.) perhorreszieren, sich über Pius IX. lustig machen und die "Civiltà"-Bäter womöglich nach Auftralien schicken, woher man sie dann später einmal als reumütige Sünder wieder zurücksommen lassen kann. Ein Beispiel haben wir im vorigen Jahrhundert, wo in Rom die Jesuiten die Gallicam propositionem verabscheuten, während gleichzeitig in Frankreich der Jesuitengeneral mit seinen bons pères die Gallicam propositionem unterschrieb und verteibigte, und bies, weil sie baburch hofften, die Bourbonen und das Parlament u. f. w. von der Idee der Aufhebung des Ordens abzubringen.

Ich glaube, daß die Frage der Unfehlbarkeit des Papstes von der der Jesuiten vollständig zu trennen ist. Wie die Unsehlbarkeit auch entschieden wird, den Jesuiten ist dies im Grunde einerlei. Sie werden nach wie vor ihre falsche Moral, ihre Intrigen und ihr gottloses Treiben mit Gemütlichkeit fortsehen. Sie haben die Frage der Unsehlbarkeit jeht nur als eine Standarte ausgebracht und diese Standarte der "Civilta" in die Hand gegeben, damit sie dem Papst damit Wind vormacht. Der Papst, entzückt davon, ohne zu ahnen, was die alte Jesuitenpartei sagt und tut, wirst sich der "Civilta" gerührt in die Arme, umfaßt gar in seiner Verblendung den ganzen Orden als die Retter seiner Ehre in der (ganz unnötig ausgebrachten) Unsehlbarkeitsfrage, slieht alle andern, macht den Jesuiten alle möglichen Konzessionen, und les dons pères lachen sich ins Fäustchen. Wie erklärt sich's, daß Dupanloup überall herumfährt und gegen die Unsehlbarkeit des

Papftes agitiert? Er ist doch auch Jesuit (wenn er gleich jetzt so tut, als habe er sich von ihnen getrennt) — nur um une masse de monde zu kompromittieren und womöglich im entscheibenden Augenblick in einen Chaussegraben zu wersen. Die Unsehlbarkeitsentscheidung, günstig oder ungünstig, bringt uns in der Jesuitensrage nicht vor noch zurück. Wohl aber hat die Unsehlbarkeitsfrage Pius IX. den Jesuiten so in die Arme gebracht, daß von allen den Plänen und Ideen Pius' IX. gegen die Jesuiten keine Spur mehr übrig ist. Die Patres wissen, daß sie Pius IX. nur dadurch seschalten können, daß er in die Enge getrieben wird und sich zu ihnen slüchten muß. Pius IX. muß vollständig isoliert bleiben, deshalb hetzen sie ihn auch gegen alle Regierungen, damit er, mit allen Regierungen verseindet, nie mehr auf einen grünen Zweig komme.

... Wenn das Konzil zustande kommt, so mag wohl manches anders kommen, als wir fürchten. Aber eben darum, daß es anders komme, muß man sich rühren. Du bift einer der wenigen, die das einsehen.

Wie gesagt, ist es mir etwas bange, wenn ich sehe, daß Dupanloup sich nun auf einmal als Ronvertit geriert, überall herumfährt — auch zum Kölner Erzbischof vor der Fuldaer Ronserenz —, und man auch in Paris, sogar in den Kreisen des Erzbischofs von Paris, sich einredet, Dupanloup habe sich ganz geändert. Mit Casa Borghese, sagt er, habe er sich ganz verseindet und hat sich der Fürstin Rospigliosi (natürlich nur geistig) in die Arme geworsen. Ob er aber nicht gerade im entscheidenden Augensblick seine neue Partei in den Graben wirft? Hossen wir das Beste! Ein sehr nüglicher, verläßlicher Mann ist Hesele, der neuernannte Bischof von Rottenburg. Man scheint hier seine Präkonisation noch hinausschieden zu wollen . . .

Bericht an den König.

München, 28. September 1869.

Eurer Königlichen Majestät beehrt sich ber treugehorsamst Unterzeichnete ehrsurchtsvollst anzuzeigen, daß er heute den Besuch des österreichischen Ministers Grafen Beust erhalten hat, welcher auf seiner Rückehr von Baden und der Schweiz nach Wien sich einen Tag in München aushält.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt, daß der Inhalt des Gesprächs mit dem Grafen Beust für Eure Königliche Majestät nicht ohne Interesse sein dürfte und erlaubt sich darüber im nachstehenden alleruntertänigst zu berichten.

Der Besuch, ben ber österreichische Minister bei Ihrer Majestät der Königin von Preußen in Baden gemacht hat, war bloß ein Att der Courtoisie. Ueber Politik hat Graf Beust mit der Königin nicht gesprochen. Dies erscheint auch um so wahrscheinlicher, als die Tatsache des Besuchs und der Einladung zum Diner bei der Königin vollständig dem Zweck

entsprach, ber nach bem Erachten bes treugehorsamst Unterzeichneten barin bestand, vor der Welt die besseren Beziehungen Desterreichs zu Preußen zu bokumentieren. Bon Baben ging Graf Beuft zunächst nach Strafburg, um ber bort in ber Nähe wohnenden Familie Pourtales einen Besuch zu machen, wo er mit dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich zusammentraf. Die Erwähnung bieses Besuchs führte natürlich auf die Verhältniffe in Frank-Graf Beust tann so wenig wie irgend jemand voraussehen, mas beim Eintritt des Todes des Kaisers Napoleon in Frankreich geschehen Er glaubt aber, und hat bies bem Raiser burch ben Fürsten wird. Metternich sagen laffen, daß nur das Aufgeben bes verfonlichen Regimes und das unbedingte Eintreten in die konstitutionelle Regierungsform die Dynastie retten konne. Graf Beuft hat bem Raifer beshalb bringend anempfohlen, auf bem Wege ber Reform ber Staatsverfaffung nicht steben zu bleiben. Er hat auf bas Beispiel Defterreichs hingewiesen, wo bie Folge des Konstitutionalismus Beruhigung der Gemüter und Wiederaufblühen der Geschäfte und eine gesicherte Stellung gegen außen gewesen sei. Bas die Reise der Raiserin nach dem Orient 1) betrifft, so behauptete Graf Beuft, daß dieselbe unternommen werde, um die Raiserin, die ihrer ultramontanen Richtung wegen sehr unpopulär sei, den Franzosen etwas aus bem Gesicht zu bringen.

Der wichtigste Besuch, ben ber österreichische Minister auf seiner Reise gemacht hat, war ohne Zweifel der bei dem russischen Minister Fürsten Gortschakow in der Schweiz. Er hatte mit ihm eine mehrstündige Konferenz, in welcher über die ganze europäische Lage gesprochen wurde. Es scheint aus ben Mitteilungen über bie Unterhaltung mit ziemlicher Sicherheit hervorzugehen, daß der Zweck der Reise Beufts vor allem darin bestand, in Anbetracht der bevorstehenden Greignisse in Frankreich ein besseres Ginvernehmen mit ben nordischen Mächten herbeizuführen. Graf Beuft gab zu, daß der treugehorsamst Unterzeichnete seine Ansicht richtig formuliere, als er ihm fagte, es erscheine nötig, daß die foliden Mächte des europäischen Kontinents sich gegenüber den in Frankreich vorauszusehenden Eventualitäten dahin verständigten, vorläufig ihre gegenseitigen kleinen Mißverständniffe auf sich beruhen zu laffen, ober, wie Beuft sich ausbrückte, "bie Bakeleien beiseite zu lassen". Man sei, fügte er bei, selbstverständlich weit davon entfernt, diefen "guten Beziehungen" eine bestimmte Form zu geben. Bon einer Allianz sei keine Rede, und man unterlasse das, um Frankreich nicht zu verlehen, welches in einer nordischen Allianz immer eine Koalition sehen Aber man hat sich verständigt, und im Interesse des europäischen Friedens ist damit viel erreicht.

¹⁾ Bur Gröffnung bes Suezkanals.

Die Befürchtung, daß eine Verständigung Oesterreichs und Preußens auf Rosten der süddeutschen Staaten stattsinden könnte, dürste hierbei nicht außer acht gelassen werden. Der treugehorsamst Unterzeichnete hat deshalb den Grasen Beust sorgfältig sondiert und hat zu seiner Beruhigung gesunden, daß der österreichische Minister nach wie vor den gleichen Wert auf die Erhaltung des Status quo legt; denn er nahm die Darlegung des treugehorsamst Unterzeichneten über das Unsinnige der Gerüchte, welche Bayern die Absicht zuschreiben, in den Norddeutschen Bund einzutreten, mit entschiedenem Beisall und großem Interesse auf, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn er etwa seine Absicht geändert hätte. Dabei bemerkte er, daß theoretisch der Zustand in Deutschland unbefriedigend sei, daß es aber am Ende in der Politik nicht auf Theorien, sondern auf die tatssächlichen Verhältnisse ankomme, und diese seine süddeutschland nicht ungünstig.

Journal.

-

..

· ·

München, 28. September 1869.

Heute Morgen erhielt ich ein Telegramm mit der Aufforderung, mich bereit zu halten, um 12 Uhr von einem königlichen Wagen abgeholt zu werben, da mich der König um 2 Uhr sprechen wolle. Ich tat dies und wurde um 12 Uhr abgeholt. Minister Hörmann fuhr mit. Unterwegs besprach ich mit ihm die Thronrede und überzeugte ihn, daß fie, so wie fie jett vorgeschlagen wurde, nicht bleiben könne. Wir fuhren ziemlich rasch burch ben Fürstenrieber Part und kamen um 2 Uhr an; Sauer empfina uns. Bur bestimmten Stunde murde ich jum König geführt, ber mir die Hand brudte und mich mit ganz besonderer Liebenswürdigkeit behandelte. Er hoffte mich daburch zu bestimmen, mich so auszusprechen, wie er es wunschte, nämlich, daß es nicht nötig fei, daß er die Rammern selbst eröffne. Dies tat ich aber nicht, sondern sagte ihm, mir sei die Thronrede und Adresdebatte zuwider, aber ich könnte ihm nicht verschweigen, daß man über ihn schimpfen werde, wenn er nicht felbst zur Eröffnung Darüber wurde nun hin und her geredet, immer versuchte er wieder mich zu ber Aeußerung zu bewegen, es sei nicht nötig, bis er sich endlich überzeugte, daß es ihm nichts helfe. Er runzelte die Stirne nach allen Richtungen, es half ihm aber nichts, und schließlich erklärte er, er werbe fich die Sache überlegen. Wir sprachen bann von allem möglichen, und die Unterhaltung dauerte über zwei Stunden. Rach mir fam Bormann an die Reihe, der dann die üble Laune schlucken mußte, in die sich der König meinetwegen hineingearbeitet hatte. Schließlich wurde auch noch Perglas gerufen. Ich ging unterbeffen im Park spazieren. Sauer gesagt, daß ich das tun murbe, und biefer glaubte beshalb erft beim

König anfragen zu müssen. Ueber Lipowsky äußerte sich der König dem Minister Hörmann gegenüber sehr wegwersend. Es scheint, daß Lipowsky sich seine Stellung durch sein unsinniges Geschwätz verdorben hat. Als alle Audienzen vorbei waren, aßen wir, ich, Hörmann, Perglas und Sauer in einem Gartenpavillon zu Mittag. Es war 6 Uhr geworden, und nach Tisch suhren wir nach Starnberg, um mit der Eisenbahn hierher zurückzussahren.

Heute Abend um 10 Uhr war ich noch im Klub, wo ich nur einen verschlasenen Rellner sand. Dies sind die Zerstreuungen von München. Die Rammer der Abgeordneten hat einige Wahlen beanstandet, dadurch sind neun Abgeordnete außerstande, den Präsidenten mitzuwählen, ein Abgeordneter ist verhastet, kann also nicht erscheinen, so daß die Rammer 144 Mitglieder zählt. Davon gehören 72 der ultramontanen und 72 der liberalen Partei an. Morgen ist Präsidentenwahl; wenn sie sich nicht verständigen, so kommt keine Wahl zustande, und dann lösen wir die Rammer auf. Ich denke aber, man wird sich vereinigen und Edel wählen. Es ist schade, denn so hätten wir vier Wochen Ruhe gehabt, während neu gewählt worden wäre.

29. September.

Die Präsidentenwahl in der Kammer der Abgeordneten hat noch immer zu keinem Resultat geführt. 71 Stimmen für Edel und 71 für Weiß. Die Abgeordneten erwarten, daß wir die Rammer auslösen. Bölderns dorff rät, so lange fortwählen zu lassen, die einer krank wird. Doch dürste daß nicht möglich sein. Ueberall große Aufregung. Heute Abend war ich in dem Trauerspiel "Drahomira" von Weilen. Schrecklicher Unsinn und Phrasen. Prosessor Zachariä von Göttingen besuchte mich in der Loge.

Der Rarbinal Bring Sobenlobe an ben Fürften.

Tivoli, 3. Oktober 1869.

... Was ben Professor Friedrich betrifft, so soll er ja kommen, nur wäre es gut, die Sache geheimzuhalten, dis er bei mir ist. In den Unterhandlungen mit ihm wird es gut sein, ihm zu sagen, daß er den Hauptzweck seines Aufenthalts hier nicht mitteilt, sondern einen andern Grund, Rom zu sehen oder dergleichen. Du wirst das besser versiehen, als ich es sagen kann ...

Was Sigmund 1) betrifft, so habe ich allerdings Grund zu vermuten, daß er sich nach und nach der ultramontanen Partei genähert hat, wenn auch nicht aus Ueberzeugung, doch aus Interesse, "weil er es nicht mit

¹⁾ Bagrischer Gefandter in Rom.

ben Leuten verberben will". Dann foll er aber nicht mehr Gefandter bleiben unter Deinem Ministerium, wenn er ehrlich handeln will. Denn wenn zum Beisviel Karbinal Antonelli ihm fagt: "Le Prince de Hohenlohe veut faire le théologien", so könnte er ihm barauf eine bundige Antwort geben, bas tut er aber nicht, sondern ergählt bas noch obenbrein mit einer gewiffen unpaffenden Manier andern. Und seine Beziehungen zu dem Corps diplomatique sind auch verfahren. Nachdem er mich jede Woche zweimal besuchte und jett gar nicht mehr kommt, nachdem er hier einen immenfen Rugen hatte ftiften konnen burch festes murbiges Auftreten, statt bessen ganz passiv (und nicht einmal immer bas) bleibt, so habe ich einigen Verdacht über seine veränderte Stellung, die er wohl eingenommen haben mag, hauptsächlich um sich nicht zu schaben für bie Run ift aber zu bebenten, bag es jest ichon zu fpat ift, por bem Ronzil einen andern herzuschicken. Indeffen ein anftandiger Mensch, ber tut, was Du ihm fagst, sich auch in wichtigen Fällen mit den Gefandten gleichgefinnter Regierungen ins Ginvernehmen fest, ficher in feinen Ansichten, namentlich nicht ultramontan ist, Dich verteibigt, wo es nottut - aber wo findet man bas alles vereinigt? Ich munschte febr, bag beim Konzil ein würdiger sicherer Vertreter von Bapern wäre, aber ich fürchte, daß es schwer sein wird, einen zu finden. Wenn Döllinger teine Persona minus grata hier mare, so mare er sehr geeignet bazu. Uebrigens jemand, ber kein Lumen mundi ware und bem man einen tuchtigen Ablatus gabe, in der Art wie Professor Huber, mare auch gut. 1)

Journal.

Manchen, 6. Oftober 1869.

Am Sonnabend hörte ich, daß Haneberg²) sich bemüht habe, die Abgeordneten zu einer milberen Stimmung zu bewegen. Ich ging deshalb zu ihm; er sagte mir, daß er es versucht habe, daß es ihm aber nicht gelungen sei, wenngleich der Bunsch bestehe, sich dem Terrorismus des Herrn Weiß, der die ultramontane Partei beherrscht, zu entziehen. Sonntag war das Oktobersest. Montag keine Sitzung. Dienstag sollte das letzte Skrutinium sein. Es blieben mir also noch zwei volle Tage zur Unterhandlung. Ich ließ sosort alle Winen springen, Völderndorff, Hegnenberg, Dönniges u. a. machten sich auf die Beine. Es war ein immerwährendes Hin= und Herrennen. Die Sache war dadurch schwierig, daß meine Kollegen aus verschiedenen Gründen gegen die Verständigung und

¹⁾ Der bayrische Gesandte von Sigmund wurde noch im Oktober nach dem Haag versetzt. Zu seinem Nachfolger wurde Graf Taufstirchen berusen.

²⁾ Damals Abt von St. Bonifaz in München.

für Auflösung intrigierten. Enblich gelang es, die ultramontane Partei zu bestimmen, mir Montag um 11 Uhr eine Deputation zu schicken. Diese kam und beriet mit mir. Sie hatten zum Wortführer den Abvokaten Schüttinger aus Bamberg bestellt, ber bann auch erklärte, fie batten die Majorität und wollten die beiben Prasidenten wählen. Ich machte ben Herren begreiflich, daß bies teine Berftandigung möglich mache; fie follten wenigstens ohne vorherige Bestimmung eines Randibaten für bas Prafibium eine Besprechung mit Abgeordneten ber Linken vornehmen. Das wollten sie aber nicht, sonbern verlangten, daß die Wahl von Weiß zum ersten Brafibenten außer Distussion bleiben musse. Nun tamen abends bie Bevollmächtigten ber Fortschrittspartei zu mir. Diese erklärten, fie konnten sich nur bann auf eine Unterrebung einlassen, wenn alle Randidaten diskutiert würden, dagegen seien sie bereit, von ihrem Kandidaten (Ebel) abzugeben. Unter biesen Unterhandlungen tam ber Dienstag heran und mit ihm wieder die Abstimmung. 71 gegen 71. Run trat der Ministerrat zusammen. Tropbem daß die Unterhandlung im Gang war und Hörmann dies wußte, beantragte er sofortige Auflösung. erwiderte, daß dies mich kompromittieren wurde und wurde außerst un-Stürmische Szene im Ministerrat. Schließlich gaben bie angenehm. Ich telegraphiere an ben König um Aufschub. Der König Herren nach. gewährt ihn. Da kommt gestern Abend ber Abgesandte ber Ultramontanen und fagt, die Fraktion konne sich nicht darauf einlassen, Weiß noch in Frage zu stellen. Um 9 Uhr kommt die Fortschrittspartei und sagt, daß sie unter biesen Umständen sich auf keine Besprechung einlasse. Damit war die Unterhandlung zu Ende, und die Auflösung wurde beschloffen und entsprechend an den König telegraphiert. Ich fürchte, daß wir bei ber Auflösung nichts gewinnen werben. Doch konnte ich mich nicht langer widerseten, da, wenn weitere Unterhandlungen nicht zum Biel geführt hatten, mir ber Borwurf nicht erspart worden mare, die Sache in die Länge zu ziehen, und man das Mißlingen, welches nicht unwahrscheinlich war, mir schlecht ausgelegt haben wurde. Batten die Minifter weniger gedrängt, so mare es möglich gewesen, mit Rube zur Verständigung zu kommen. Jedenfalls wird man mir ben Berfuch ber Berftandigung fpater um so mehr banken, je schlechter bas Resultat ber Wahl ausfallen wird. Gin Umschwung ber öffentlichen Meinung, Die jest für Auflösung ift, Doch ist das ein geringer Troft. Vorläufig haben wir wird eintreten. fechs Wochen Rube.

München, 26. Oftober 1869.

Die Ankunft des Königs von Württemberg, die Sonnabend den 23. Abends 10 Uhr stattfand, hatte nicht die gewöhnlichen Unruhen und Schreibereien veranlaßt, da der König diesmal von besonderer Liebenswürdigkeit beseelt und seinem königlichen Nachbarn alle möglichen Liebenswürdigkeiten zu erweisen bereit war. Leider kam aber der König von Württemberg im strengsten Inkognito hierher, so daß das Anerdieten der Wohnung in der Residenz und andre Hösslichkeiten nicht angenommen wurden. Doch suhr unser König nach Augsburg entgegen und mit den Herrschaften hierher, wo Souper auf dem Bahnhose war. Sonntag 1 Uhr hatte ich Audienz dei dem König von Württemberg. Ich hatte dem König sagen lassen, od er nicht am Montag, wo kein Hosdiner war, bei mir essen wolle. Er lehnte es aber ab. Als ich nun Montag mein Diner den Ministern und Staatsräten gab, ließ er Schlör während des Essens abholen, eine Rückschssiosigkeit, die ich ihm sehr übelnehme, da er die Stunde meines Diners wußte.

Viel liebenswürdiger war der Großherzog von Weimar, der heute Morgen ankam. Ich hatte dem Adjutanten einen Besuch per Karte gemacht, worauf er sich bei mir um 7 Uhr anmeldete. Wir sprachen sehr lange über die gegenwärtigen Zustände, über den König, über die Wahlen, über das Konzil u. s. w. Da er nun besonders in letzterer Beziehung Fragen stellte, die ich ziemlich aussührlich beantworten mußte, so wurde meine Auseinandersetzung mitunter etwas lang, so daß ich bemerken konnte, wie ihn der Schlaf übermannte. Denn seine Augen verloren ihren wenigen Glanz, was mich dann sofort zur Abkürzung meiner Vorlesung veranlaßte. Dann lebte er wieder auf und war überhaupt "recht nett" und liedenswürdig.

Morgen ist Ministerrat, wo das Rundschreiben Hörmanns besprochen werden soll. Ich bin darauf sehr neugierig.

München, 22. November 1869.

Die Wahlen 1) scheinen zuungunsten des Ministeriums ausfallen zu wollen. Gestern sagte mir Feilitssch, daß in diesem Falle Hörmann seine Entlassung geben wolle. Lut hat Völderndorff heute gesagt, daß das ganze Ministerium die Entlassung geben müsse, da doch nichts mehr zu machen sei. Lut konspiriert aber ohne Zweisel mit Schlör, um mich und einige andre Minister hinauszudrücken und vielleicht selbst Minister des Aeußern oder wenigstens Vorsitzender des Ministerrats zu werden. Unter diesen Umständen scheint die Partie verloren oder wenigstens sehr verwickelt.

Um 11 Uhr ging ich zu Döllinger, um ihm die Instruktion Tauffkirchens zur Einsicht zu geben. Wir besprachen die Situation, und da erzählte er mir, er habe eben ein Handbillett des Königs erhalten, welches ihn wegen seiner Broschüre gegen die Infallibilität belobt, und zugleich einen

¹⁾ Die Wahlen fanden am 16. und 25. November ftatt. Fürst Hohenlohe, Denkwärbigkeiten. I

Brief von Sauer, den er aber noch nicht gelesen habe. Wir lasen ihn nun zusammen, und hier fand sich, daß Sauer ihn um Rat fragt, was er in ber gegenwärtigen schwierigen Lage bem Ronig vorschlagen foll, insbesondere was der König tun soll, wenn etwa das Ministerium seine Entlassung nach dem Ergebnis der Bahlen einreiche. Ob er raten folle. fie anzunehmen ober nicht. Ich machte nun mit Böllinger, ber gerabe mehrere Leute hatte, aus, bag er in biefen Tagen zu mir kommen folle, wo wir das Nötige besprechen und ausdenken wollten, mas er Sauer raten folle. Bugleich folle er jett schon an Sauer schreiben, er murbe ihm ben gewünschten Rat erteilen. Es handelt fich jetzt barum, ein kurzes Memoire zu machen, um barin bie Ratschläge zusammenzufaffen, bie barauf abzuzielen hatten, ber Konig foll bas Ministerium entlassen, b. h. die Entlaffung annehmen, und mich mit ber Bilbung eines neuen Ministeriums beauftragen, ober beffer gesagt, mir sagen, ich solle ibm Bugleich konnte ihm Dollinger fagen, wenn ber Vorschläge machen. König dies nicht wolle, so möchte er gleich die Minister an Stelle der zu entlaffenden ernennen. Mit Bölderndorff bin ich über folgende übereingekommen:

Ich Minister bes Aeußern wie bisher, Pfretsichner Finanzen, Pranch Krieg, Pfeuser Inneres (Hörmann in die Pfalz), Schubert Kultus, Lut Justiz, Hegnenberg an Schlörs Stelle.

Dies würde also Döllinger mitzuteilen sein.

Wenn der König, wie dies aus dem Briefe Sauers hervorgeht, mein Entlassungsgesuch nicht anzunehmen Luft hat, sondern mich in einem neuzubildenden Ministerium belassen will, so wäre dem König zu raten, nicht mich mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen, da dies den Traditionen, welche hierzulande üblich sind, nicht entspricht, sondern gleich diejenigen Minister durch neue zu ersehen, welche er nicht beizubehalten willens ist. Dadurch wird dem ganzen Getriebe des Ehrgeizes, welches während einer Ministertriss zutage zu treten psiegt, die Wurzel abgeschnitten, und die Beruhigung des Landes tritt schneller ein.

Ich weiß, daß die ultramontane Partei mir nichts zumuten wird, was ich nicht tun kann. Gine Verständigung ist deshalb möglich, wenn nicht gleichzeitig Minister ernannt werden, mit welchen ich nicht gehen kann. Ich würde daher zu behalten raten: Pfretschner, Pranck, Lut, dagegen die Entlassung annehmen seitens der Minister Greffer, Hörmann und Schlör. An Stelle Greffers wäre Staatsrat Schubert zu ernennen, der sür den Augenblick genügt und später durch einen andern ersetzt werden kann. Greffer könnte an seine Stelle in den Staatsrat kommen. An die Stelle Hörmanns würde ich Pfeuser ernennen und Hörmann als Präsidenten in die Pfalz schicken. Endlich wäre Schlör durch Graf

Segnenberg zu ersetzen, einen Mann, bessen Integrität des Charakters, dessen politische Bergangenheit und Talent von immensem Wert wären und dessen Ernennung wesentlich zur Beruhigung des Landes beitragen würde. Ich getraue mir, Hegnenberg zur Annahme zu bewegen, weshalb es-zweckmäßig wäre, mich zu beaustragen, mit ihm zu verhandeln, wenn der König nicht vorzieht, ihn sosort zu ernennen. In diesem Falle müßte ich rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden, um ihn zu verhindern, die Ernennung abzuweisen. Auf dieser Ernennung beruht die ganze Aussicht des Ersolgs der vorgeschlagenen Kombination.

München, 28. November 1869.

Heute 3/411 Uhr in die Kapelle des Pfarrers der Ludwigskirche, wo die Trauung Taufffirchens mit Ernestine Pfeffel zelebriert wurde. In bem Salon bes Pfarrers versammelte man sich. Es war die "Elite" der Gefellschaft anwesend. Die Braut im eleganten weißen Atlaskoftum mit Orangenblüten, Taufflirchen im Frack mit bem schwarzen Rordon bes schwebischen Nordsternordens. Ich war Taufflirchens Trauzeuge und hatte einen eignen Betschemel mit rotem Samt in der Kapelle. Als alles versammelt war, ging man in die Rapelle. Der Pfarrer Weber von ber Frauenkirche hielt die Rede, in welcher viele Gemeinplätze enthalten waren, ber man es aber anmerkte, daß er lebhaften Anteil nahm, da er der langjährige Beichtvater von Ernestine Pfeffel ist. Hinter mir kniete die alte Pocci, die ihrem Schnupfen ober ihrer Rührung durch häufiges lärmendes Niesen Luft machte. Nach der Trauung ging man wieder in den Salon des Bfarrers, wo umarmt wurde. Von da fuhr man zu Pfeffel, wo Champagner getrunken und wieder umarmt wurde. Nachmittags fuhren die Neuvermählten nach Italien.

Hier ist alles in Aufregung wegen der Wahlen. Die Ultramontanen haben ohne Zweifel gesiegt. Das Ministerium wird seine Entlassung einreichen, wenn die Wahlen bekannt sein werden. Alle kleinen Ambitionen werden rege, die Raben rüsten sich zum Fluge, da sie ein Aas wittern. Das Ministerium sagt: "Es will Abend werden, und der Tag neigt sich zu Ende." Ich sehne mich danach, den Feinden offen und rückhaltlos entgegentreten zu können. Ich kann nicht daran denken, zu bleiben, wenn ich die Majorität der Kammer gegen mich habe, und ich gestehe, daß ich gerne abgehe. Drei Jahre Ministerium ist vorläusig genug.

Morgen wird sich die Sache entscheiben. Wenn die Majorität der ultramontanen Partei ganz entschieden gegen mich ist, reiche ich wahrsscheinlich mit dem ganzen Ministerium meine Entlassung ein. Wir werden dann sehen, was der König tut.

Der Rarbinal Bring Sohenlohe an ben Fürften.

Rom, 26. November 1869.

Ich habe Dir neulich durch die Post geschrieben. Der Brief war, wie Du bemerkt haben wirst, darauf berechnet, daß er auf der Post gelesen würde resp. in der Staatssegretaria. Secramondo hatte gegen seinen Nachsolger alle möglichen horreurs hier verdreitet, deshalb habe ich auf alle Weise dem Unsug entgegenzuarbeiten gesucht... Daß der Bischof von Passau nicht kommt, ist schade. Es wird manchen herben Kampf geben, und ich fürchte, die Ultramontanen werden die Majorität haben. Frech und waghalsig sind sie, und wenn auch für den Augenblick der Papst ziemlich verstimmt ist ob der verschiedenen Manisestationen, als da sind Dupanloup, 1) nordamerikanische Bischöse 2) u. s. w., so glaube ich, im entscheidenden Augenblicke wird die freche Partei alle zu überschreien suchen. Ich din jest obendrein noch recht unwohl, so daß ich mich in einer ziemlich melancholischen Stimmung besinde.

Dupanloups Brief ist gut. Man sieht, Janus und andre Bucher sind ihm in die Nase gestiegen . . .

Es scheint, daß Haneberg nun auch nicht kommen wird zum Konzil, während er doch alles Recht als Ronsultor hatte. Rardinal Schwarzensberg wünscht sehr, Döllinger hier zu haben, aber er weiß nicht, wie er es ansangen soll. Ich riet ihm, ihn als seinen Theologen zu berusen, aber er schien mir noch unentschlossen. Friedrich wird nun wohl gegen Ende des Monats kommen. Man hat es übrigens so eingerichtet, daß die Rardinäle, die nicht zur Partei gehören, möglichst wenig zu tun bekommen. Man hatte davon gesprochen, ich solle die deutschen Bischöse hier bei mir wöchenklich empfangen. Ich habe mich aber bei der großen Irritation der Parteien dazu nicht entschließen können, um so mehr, als, wie ich glaube, der Papst ziemlich mißtrauisch gegen mich ist und er am Ende gar noch in seinem Wahn den Bischössen verbieten könnte, sich bei mir zu versammeln. Rardinal Schwarzenberg hat mir versprochen, die Bischösse bei sich in der Anima zu versammeln.

Journal.

München, 26. November 1869.

Seute kamen die Minister bei mir zusammen, um die Nachricht über ben Ausfall ber Wahlen bei mir entgegenzunehmen. Ich begann damit,

¹⁾ Dupansoups "Lettre au clergé de son diocèse relativement à la définition de l'infallibilité au prochain concile" vom 11. November 1869 erschien in ber "Gazette de France". Friedrich, Geschichte des Batisanischen Konzils, Bb. II S. 896.

²⁾ Die nordamerikanischen Bischöfe hatten sich bei der Durchreise durch Paris gegen die Opportunität der Definition der Unsehlbarkeit ausgesprochen. Friedrich Bb. II S. 378.

Hörmann aufzusorbern, über das Resultat der Wahlen Vortrag halten zu wollen, was sehr schnell beendigt war, da die Zahl bereits bekannt und kein Zweisel war, daß die Ultramontanen 80, die Liberalen nur 74 Stimmen hätten. Darauf entstand eine Pause. Ich benützte dieselbe sosort, um das Wort zu ergreisen und den Herren auseinanderzuseten, daß ich es sei, gegen den sich die allgemeine Antipathie in der patriotischen Partei richte, ich rekapitulierte mein früheres Programm, hob die Aenderung in der Stimmung des Landes hervor und stellte die Frage an die Minister, ob sie nicht glaubten, daß die Aufregung sich beschwichtigen ließe und ein Modus vivendi mit der Kammer dann herzustellen sein werde, wenn ich das Ministerium verließe. Sie möchten mir darauf offen ihre Antswort sagen.

Hörmann ergriff sofort das Wort, um zu erklären, daß er jedenfalls sich mir anschließen werde, da ihn das Mißtrauensvotum des Landes vor allen getroffen. Er rechtfertigte sich in eingehender Weise, indem er nach-wies, daß eine Regierung in der gegenwärtigen Zeit nicht parteilos sein könne. Es handle sich, den modernen Staat gegen die reaktionären Ge-lüste der Ultramontanen zu verteidigen. Wie die Regierung bestehen könne, wenn sie in diesem Kampse nicht Partei nehmen wolle!

Ihm schloß sich Greffer 1) an, indem er eine würdige Handbewegung machte. Er schien einen römischen Senator darstellen zu wollen und war äußerst pathetisch.

Pfretsichner, der nun das Wort ergriff, gestand "mit aller kollegialen Offenheit" zu, daß allerdings die Animosität der Parteien sich gegen die drei Kollegen gerichtet habe, und "ließ die Frage unentschieden", ob durch eine partielle Modisitation des Ministeriums nicht am besten der Berlegenheit abgeholsen werden könne.

Schlör sprach sodann gegen den Gedanken einer allgemeinen Entlassung des Ministerrats. Er deutete darauf hin, daß man ja auch bei der Entlassung des Ministers Bomhard nicht den Weg der allgemeinen Entlassung eingeschlagen habe, sprach von der schlimmen Lage, in welche das Ministerium wohl auch aus dem Grunde gekommen sei, weil die Solidarität des Ministerrats nur leerer Schall gewesen, führte verschiedene Fälle an, welche beweisen sollten, daß ich das Ministerium im ganzen in die Verantwortung von Handlungen hineingezogen hätte, ohne daß die andern Minister etwas davon gewußt hätten. Er erwähnte rühmend, wie Pfordten jeden Ministerrat mit Vorlegung von Depeschen begonnen habe, tadelte, daß Ernennungen im diplomatischen Korps stattgefunden hätten,

¹⁾ Der Minister bes Kultus und Unterrichts, ber burch sein Schulgesetz bie besondere Feinbschaft der Ultramontanen sich zugezogen hatte.

ohne daß das Ministerium etwas davon erfahren, und daß die Liquidations= verhandlungen beendet worden seien ohne Zutun der übrigen Minister. Er schien offenbar seine Absicht babin zu richten, mir die Schuld ber gegenwärtigen Lage in die Schuhe schieben zu wollen, um die andern Minister gegen mich aufzubringen. Ich widerlegte sofort die einzelnen Vorwürfe, bemerkte, daß, wenn Pfordten im Jahre 1866 die Depeschen vorgelegt habe, dies febr natürlich gewesen sei, führte den Herren vor, baß ich öfters versucht hatte, die außere Politit jum Gegenstand ber Beratung im Ministerrat zu bringen, stets aber sehr wenig Aufmerkfamteit gefunden habe, vindizierte mir bas Recht ber Ernennungen im diplomatischen Korps, sogut wie Schlör sich bas Recht, Gifenbahnbeamte anzustellen, nicht streitig machen lassen werde, wies nach, daß die Liquidationsverhandlung erst nach einem Winisterratsbeschluß angefangen worden fei, und rechtfertigte mich vollständig. Branck, der in seiner gewöhnlichen derben Weise erklärte, wenn man sich die Achtung der Welt erhalten wolle, muffe man jetzt feine Entlaffung einreichen, und was der König dann tun wolle, sei seine und nicht unfre Sache.

Hörmann sprach bann noch eingehend und sehr treffend in bem obenerwähnten Sinne.

Lut erklärte sich dahin, er halte es für bedenklich, wenn das System des Parlamentarismus und der Majoritätsregierung eingeführt werden wolle, deshalb würde er einen partiellen Ministerwechsel vorgezogen haben, nach der Aeußerung Prancths könne er aber nur auch der Gesamtentlassung zustimmen und werde nicht allein bleiben. Jedenfalls erkläre er sich gegen ein Koalitionsministerium, in welches etwa Weiß oder ein andrer Patriot eintrete. In einem solchen werde er nicht bleiben.

Schlör kam bann wieber auf ben Fall ber Entlassung Bomhards zuruck, ber ihm als ein Muster vorschwebte, und schloß mit bem Borschlag, ich möchte nach Hohenschwangau gehen und bem König die Lage der Dinge mündlich auseinandersetzen.

Dagegen erklärte ich mich jedoch sofort auf das entschiedenste, da ich nicht Lust hätte, die Sache zu verwickeln, sondern sie klar haben wollte. Der König könnte mir die Entlassung verweigern, und dann werde man mir den Borwurf machen, daß ich den König dazu bestimmt habe.

Schließlich resumierte ich als Vorsitzender, indem ich bemerkte, daß ein Majoritätsbeschluß in dieser Sache nicht gesaßt werden könne. Jedenfalls sei ich aber entschlossen, dis morgen Mittag 12 Uhr meine Entslassung zu geben. Die Herren möchten sich bis dahin die Sache überlegen. Man kam dann überein, daß Lut einen Entwurf einer Eingabe an den König machen solle, den er morgen mitbringen wird.

28. November 1869.

Am 27. brachte Lut feinen Entwurf in ben Ministerrat. ftellung gefiel mir nicht, da sie manches Ueberflüssige enthielt. Doch wurde fie modifiziert, wenn auch unvollständig. Nachmittags wurde unterzeichnet. Abends tam Holnstein zu mir, ber mir erzählte, man behaupte, ich murbe nicht abgeben, ba ich die Besolbung nicht entbehren könne. Ich beruhigte ihn durch die Berficherung, daß das Entlaffungsgesuch bereits abgegangen Es wird mir immer klarer, daß ich nicht bleiben kann. Ich wurde nur dann bleiben können, wenn die ultramontane Partei bestimmt erklärte, daß sie meine Politik billigt, was sie nicht tun wird. Der Neib und die Miggunst meiner Rollegen im Reichsrat wurden Baffen in die Sand bekommen, gegen die ich wehrlos ware, wenn fie mir vorwerfen konnten, ich bliebe aus Eigennutz gegen ben Willen und ohne bas Vertrauen bes Landes. Ich würde biefen Angriffen in kurzester Zeit unterliegen, und bann nicht mehr wie jetzt mit Ehren, sondern mit Spott und Schande weggeschickt werben. Gebe ich jetzt, so werbe ich regrettiert und bleibe immer wieber möglich. Auch tann ich mit Schlör nicht bleiben.

Entlassungsgesuch bes Fürsten.

München, 29. November 1869.

Als mir Eure Königliche Majestät vor nun drei Jahren die Gnade erwiesen, mich zur Leitung des Staatsministeriums des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und zum Vorsitze im Ministerrate zu berufen, begann ich meine amtliche Tätigkeit mit einer öffentlichen Erklärung, in welcher ich die Zielpunkte der bayrischen Politik in folgende Sätz zusammensaßte:

Anbahnung eines Verfassungsbündnisses mit den übrigen Staaten Deutschlands, sobald und soweit dies unter Wahrung der bayrischen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich ist; bis zur Erreichung dieses Zieles die Schaffung einer achtunggebietenden Macht, nicht durch die Organisation des Heeres allein, sondern auch durch den Ausbau unser inneren Staatseinrichtungen auf freisinniger Grundlage.

Die Zustimmung Eurer Majestät hat es bem unter meinem Vorsitze vereinigten Ministerium möglich gemacht, diese Grundsätze während der Zeit meiner Amtössührung im wesentlichen zur Aussührung zu bringen. Wenn auch die politische Gesamtlage Europas nicht gestattete, ein Verfassungsbündnis zu schließen, in welchem nach meiner Ueberzeugung die Existenz Bayerns mehr als bisher gesichert erschiene, so ist es doch gelungen, die guten Beziehungen Bayerns zu den verbündeten deutschen Staaten in einer Weise zu pslegen, welche jene Stütze gewährt, ohne

welche ein Staat in der Lage Bayerns nicht bestehen kann. Die Er= neuerung des Zollvereins hat die wirtschaftlichen Interessen Bayerns sichergestellt und das Ergebnis der Verhandlungen über das frühere deutsche Bundeseigentum hat die notige Gemeinsamkeit mit den beutschen Staaten in militärischen Angelegenheiten befestigt, ohne Bauern Opfer aufzulegen, bie mit ber Gelbständigkeit bes Ronigreichs nicht vereinbar gewesen waren. Die Durchführung ber sozialen Gesetze bilbet bie freisinnige Grundlage für ben Ausbau ber inneren Zuftande bes Landes, wie auch in ber neuen Beeresorganisation ber Reim jener achtunggebietenben außeren Macht gelegt ift, welche ich damals als die Lebensbedingung des baprischen Staats bezeichnet hatte. Diese Grundsätze und ihre Konsequenzen sind aber schon vom ersten Tage meiner amtlichen Tätigkeit an von einer zu jener Zeit nur wenige Stimmen in der Rammer der Abgeordneten gablenden Bartei bekampft worden. Diese Partei hat seitdem nicht aufgehört, die Tätigkeit der Rate der Krone als eine verberbliche für Eure Königliche Majestät und das Land zu bezeichnen. Es ist ihr gelungen, das von ihr zur Schau getragene Miktrauen in weitere Rreife zu perbreiten.

Eure Königliche Majestät haben mich während dieser Zeit trot allebem mit einem Grade des Allerhöchsten Vertrauens beehrt, der mich zu um so tieserer Dankbarkeit verpflichtet, als mir bewußt ist, welche Anstrengungen seitens meiner Gegner bei Eurer Königlichen Majestät selbst gemacht wurden, um dieses Allerhöchste Vertrauen zu untergraben.

Gestützt auf diese gnädigen Gesinnungen, konnte ich bisher die Angrisse der Gegner unbeachtet lassen. Nach dem Ausfall der jüngsten Wahlen aber war es meine Pflicht, in Erwägung zu ziehen, ob ich auch noch serner imstande sei, Eurer Königlichen Majestät meine Dienste mit Ersolg zu weihen. Ich mußte mir die Frage verneinen. Die alleruntertänigste Vorstellung des Gesamtministeriums vom gestrigen Datum hat Eurer Königlichen Majestät die Gründe darzulegen versucht, aus welchen die Fortsührung der Geschäfte durch das gegenwärtige Ministerium nicht ratsam erscheint.

Indem ich mich den Schlußfolgerungen der in jenem Schriftstäte enthaltenen Ausführungen anschließe, kann ich nur noch hervorheben, daß ich gegenüber einer Rammer, welche die Gegner des Ministeriums in sests geschlossener Majorität vereinigt, und gegenüber der Opposition der Rammer der Reichsräte, der ich in erhöhtem Maße ausgesetzt wäre, weil mir dieselbe den Mangel des Vertrauens im Lande zu jeder Zeit entgegenshalten würde, es nicht mit meiner Pflicht vereindaren zu können glaube, ein Amt ferner zu führen, zu dessen erfolgreicher Erfüllung eine energischere Tätigkeit gehört, als die ist, welche mir unter den obwaltenden Verhältnissen ermöglicht würde.

Indem ich daher Eure Königliche Majestät ehrfurchtsvollst zu bitten wage, die mir übertragenen Geschäfte andern Händen anvertrauen zu wollen, welche zurzeit mehr geeignet sind, die Interessen Eurer Königlichen Majestät zu wahren, lege ich an den Stusen des Thrones den Ausbruck des unauslöschlichen Dankgefühls nieder, zu welchem mich die Beweise des Bertrauens und der Gnade Eurer Königlichen Majestät, deren ich in den letzten drei Jahren in so reichem Maße teilhaftig geworden bin, für alle Zeiten verpstichten werden.

Un ben Rönig.

:*. ::

:

.

;

München, 1. Dezember 1869.

Eure Königliche Majestät haben mir durch Allerhöchstihren Kabinettssseretär aussprechen lassen, daß mir Allerhöchstihr Bertrauen auch jett noch zur Seite stehe, und daß ich deshalb ungeachtet des Aussalls der Wahlen die Geschäfte fortsühren möge. Gegenüber diesem Allerhuldvollsten Beweise des Königlichen Bertrauens kann es mir nicht länger geziemen, meine Ueberzeugung zur Geltung zu bringen, daß ich Eurer Königlichen Majestät und dem Lande möglicherweise später bessere Dienste leisten könnte, wenn ich mich jetzt von der politischen Tätigkeit zurückziehen würde. Es ist vielmehr meine Pflicht, dem Allerhöchsten Wunsche zu gehorchen, und habe ich demnach nunmehr zu erwägen, in welcher Weise ich Eurer Königlichen Majestät, indem ich auf meinem Posten ausharre, am meisten nützlich sein könne.

Ich kann nun in dieser Hinsicht wohl als den Willen Eurer Königlichen Majestät ansehen, daß ich nicht die Aufgabe haben soll, den Parteikamps, welcher unglücklicherweise im Lande allzusehr überhandsgenommen hat, noch mehr zu steigern und mit einseitigen Maßregeln den Versuch zu machen, die sogenannte patriotische Partei zu Voden zu wersen. Vielmehr glaube ich, daß Eure Majestät den Versuch gemacht wünschen, ob nicht die gemäßigten und loyalen Elemente dieser Partei mit denen der andern zu gemeinsamem Wirken sur das Veste des Landes vereinigt und die bestehende Kluft im Volke geschlossen werden könne. Versöhnung wird also, wie ich glaube, die Hauptaufgabe sein, die ich mir zu stellen habe und wohin sich die Politik Eurer Königlichen Majestät Regierung zu richten haben wird.

In der äußeren Politik wird dies eine Beränderung nicht nötig machen. Wie Gurer Majestät bekannt ist, ist mein Bestreben in dieser Richtung nie ein andres gewesen als die Politik der Bersöhnung zwischen den streitenden deutschen Großmächten, ebenso wie die Bersöhnung zwischen den unadweisdaren Forderungen des nationalen Gedankens und dem Rechte der Gleichberechtigung aller deutschen Stämme, dem unbestreitbaren

Rechte ber bayrischen Selbständigkeit und der unantastbaren Souweränität der Krone Eurer Königlichen Majestät. Allerhöchstderselben ist jeder Schritt bekannt und Eure Königliche Majestät haben jeden Schritt gebilligt, welchen ich in der Leitung der äußeren Politik getan habe. Auch glaube ich nicht, daß die Mehrzahl der sogenannten patriotischen Partei etwas andres will, als was seit den letzten Jahren geschehen, daß sie ebensowenig wie Eurer Königlichen Majestät Ministerium die Zerreißung der Allianzverträge, des Zollvereins, der nationalen Rechtsgemeinsamkeit begehrt, welche den Süden und den Norden verdinden. Es bedarf daher wohl nur einer loyalen und offenen Darlegung der Tatsachen und einer klaren Bezeichnung der Endziele, um das bestehende Mißtrauen zu besseitigen.

Sollte aber dies nicht ber Fall sein, sollte sich bas Mißtrauen an meine Person heften ober sollte die Mehrzahl ber patriotischen Partei wirklich andre Tendenzen verfolgen und eine antinationale Politik anftreben, bann allerbings wurde es mir mit bem beften Willen, bem Befehle Eurer Königlichen Majestät nachzukommen, boch unmöglich sein, langer bie Geschäfte fortzuführen. Denn ein Aufgeben bes Programms, mit welchem ich das Ministerium des Aeußern übernommen habe, den Bergicht auf das Bestreben, die trostlose, durch das Jahr 1866 geschaffene Lage Deutschlands zu beseitigen und auf Grund bes Prager Friedens ben Suben und Norben Deutschlands wieder verfaffungsmäßig zu einer hoberen Einheit zu verbinden, konnte ich niemals eingehen. Doch bezweifle ich, wie gesagt, daß die patriotische Partei eine solche Politik verlangt. Was bagegen die innere Politik betrifft, so ift kein Zweifel, bag hier eine Wendung insofern eintreten muß, als die Regierung volle Unparteilichkeit wiederzugewinnen und mit Gewiffenhaftigkeit festzuhalten hat. Unparteilichkeit burfte fich aber nicht burch Schwäche gegenüber ben Erzeffen aller Parteien, sondern in dem Bestreben bokumentieren, ohne Rucksicht auf die Parteien dem Gesetze Achtung zu verschaffen. hierzu gehört vor allem die Wiederbelebung des Glaubens an die Unparteilichkeit der Beamten, wodurch allein ihrem Vorgehen wieder Achtung und Nachdruck verschafft werden kann. Es muß vermieben werden, daß die Entscheidungen der Staatsbehörben als von ber Parteigefinnung biktiert erscheinen. Regierung und ihre Organe muffen objektip handeln und damit zeigen, baß sie über ben Parteien steben. Wird nun einerseits in bieser Richtung vorgegangen werden müssen, so wird man anderseits auch die bringenosten Wünsche ber sämtlichen Parteien, soweit fie berechtigt find, nicht langer unbefriedigt laffen bürfen.

Bu diesen rechne ich in erster Reihe die Gewährung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Ich würde daher die Allerhöchste Genehmigung

Eurer Königlichen Majestät erbitten mussen, daß schon in der nächsten Thronrede in dieser Beziehung Erklärungen gegeben werden. Als zweite mit dieser verdundene Maßregel erscheint die Resorm der Kammer der Reichsräte. Eurer Majestät ist bekannt, daß ich dieses Berlangen bereits beim Eintritt in mein jetziges Amt unter die vorgeschlagenen Maßregeln meines Programms aufgenommen habe. Ich halte es für nötig, diese Frage nicht länger beruhen zu lassen, würde jedoch, um den Wünschen Surer Königlichen Majestät entgegenzukommen, das Wahlprinzip aufgeben und an dessen Stelle das Prinzip der Präsentation zu setzen vorschlagen. Endlich glaube ich auch hinsichtlich der von der vorigen Kammer dringend gewünschten Einräumung des Rechts der Initiative von Eurer Königlichen Majestät die Ermächtigung erbitten zu sollen, einem unfruchtbaren Streite zwischen Krone und Landesvertretung ein Ende zu machen.

Um nun diese Makregeln in bem Sinne durchzuführen, wie ich glaube. daß sie durchgeführt werden sollen, wird allerdings notwendig werden, eine Modifikation bes Ministeriums eintreten zu laffen und insbesondere das Ministerium des Innern mit einem Manne zu besetzen, ber imftande ift, mit voller Ueberzeugung für biese Richtung ber Bolitik einzutreten und ber die Fähigkeit besitt, dieselbe por ber Rammer zu verteidigen. Nachdem ber Staatsminister von hörmann, welchem es an Befähigung bierzu, an Singebung an Eure Königliche Majeftat und an Energie teineswegs fehlt, seinen Austritt aus bem Ministerium für unvermeiblich halt und auch Eure Königliche Majeftat biese Ansicht teilen, murbe es sich junächst um Die Besetzung ber beiben Ministerien bes Innern 1) handeln. Rönigliche Majestät haben mir burch Allerhöchstderen Rabinettssekretar bie Frage stellen laffen, ob ich mit ber Wahl bes Staatsrats Schubert für Die Stelle bes Minifters bes Innern für Rirchen- und Schulangelegenheiten und mit der Ernennung des Prafibenten Lerchenfeld jum Minifter bes Innern einverstanden sei. Was den Staatsrat von Schubert betrifft, so habe ich gegen benfelben nichts einzuwenden. Bezüglich bes Freiherrn von Lerchenfeld bagegen erlaube ich mir, nachstehende ehrfurchtsvollste Bedenken porzutragen. Freiherr von Lerchenfelb ift ein tuchtiger Beamter und ehrenhafter Charafter. Bei ber Wahl eines Minifters, insbesonbere wenn berselke in ein Ministerium tritt, welches einen bestimmt ausgeprägten Charafter trägt, find aber nicht allein die Gigenschaften bes zu Wählenben ins Auge zu faffen, sondern es ist auch der politische Ruf in Unschlag zu bringen, welchen berfelbe genießt. Mun gilt Freiherr von Lerchenfeld als ultramontan. Er mag biefen Ruf nicht verdienen, allein er hat als Brafibent ein Berhalten gezeigt, welches mit Grund zu biefem Urteil

¹⁾ Das Ministerium bes Innern und bas Kultusministerium.

Anlaß gibt, und seine Ernennung an Hörmanns Stelle würde beshalb einem Systemwechsel gleichgeachtet werden, die Hoffnungen der Gegner des Ministeriums verstärken, obwohl nicht befriedigen und gleichzeitig das Bertrauen des liberalen Teils der Bevölkerung zu dem Ministerium auf das tiesste erschüttern. Diese Ernennung trüge das Gepräge der Nachgiebigkeit gegenüber der ultramontanen Partei in einem Grade, der den Charakter der Bersöhnung und des Ausgleichs weit überschreiten würde. Ohne also mich mit mir selbst in Widerspruch zu setzen, könnte ich nicht mit Freiherrn von Lerchenselb gemeinsam in einem Ministerium wirken.

Che Eure Rönigliche Majestät über biese Buntte einen Allerhöchsten Entschluß fassen und ebe ich überhaupt raten könnte, eine Modifikation bes Ministeriums vorzunehmen und bamit die bestehende Krifis zu beendigen, wurde ich es für geradezu unumgänglich nötig halten, daß Eure Königliche Majestät vorher bem Ministerium einen reellen Boben schaffen und ihm die Eristenz möglich machen, indem Allerhöchstbiefelben, bem tonstitutionellen Gebrauche folgend, die Häupter der Gegenpartei, welche die Majorität der Rammer der Abgeordneten hat, hören und deren Ansichten und Vorschläge entgegennehmen. Eure Königliche Majestät vergeben badurch nichts dem der Krone zustehenden Rechte der alleinigen und letzten Entscheibung über die Bahl der Minister und können, wenn Allerhöchstbiefelben biefe Vorschläge gebort haben, unbeirrt nach Allerhöchstihrem eignen Ermeffen handeln. Allein Gure Königliche Majestat find König bes gangen Landes und aller Parteien, und ich bin fest überzeugt, es liegt in Eurer Königlichen Majestät wohlverstandenem Interesse, wenn Allerhöchstbieselben auch bie andre Seite hören. Man wird barin einen Beweis ber landesväterlichen Unparteilichkeit finden, und ich glaube, bie vielen ehrlichen Anhänger Eurer Königlichen Majestät, welche sich ohne Aweifel in den Reihen der sogenannten Patrioten finden, sind dieser Allerhöchsten Gnabe nicht unwürdig. Wenn ich bemnach Eurer Roniglichen Majestät meine alleruntertänigste Anschauung unterbreiten barf, so glaube ich. daß Allerhöchstdieselben vor allem einen und den andern Führer der patriotischen Partei, zum Beispiel Ministerialrat Weiß, Staatsrat von Schrenck ober Freiherrn von Thungen entweder nach Hohenschwangau bescheiden oder durch Allerhöchstihren Kabinettssekretär nicht nur über die Lage im allgemeinen, sondern speziell über die Bildung eines Ministeriums aus jener Partei und deffen Programm befragen follten. diese Vorschläge den Ansichten Gurer Königlichen Majestät nicht, so haben Eure Königliche Majestät dann erst den vollen Anlaß, meine obige ehr= furchtsvolle Darlegung in Betracht zu ziehen, und ich wiederhole, falls diefelbe Eurer Königlichen Majestät genehm ist, wie ich es bereits telegraphisch anzuzeigen mir erlaubt habe, meine volle Bereitwilligkeit, den Befehlen

Eurer Königlichen Majestät gemäß das Ministerium sortzusühren. Dann nur wird das Ministerium mit Sicherheit vor die Kammer treten und kann die baldige Wiederholung der Krisis vermieden werden.

Journal.

Hohenschwangau, 3. Dezember 1869.

Resultat ber Besprechungen in Sobenschwangau.

Der König und seine Umgebung sind durch die zahlreichen Briese von allen Seiten, die sie von München bekommen haben, zu der unerschütterlichen Ueberzeugung gekommen, daß Hörmann und Gresser nicht zu halten sind und daß diese beiden Minister gewechselt werden müssen. Ich widersprach und schlug vor, die Aenderung des Ministeriums dis nach der Rammereröffnung und den ersten Debatten zu vertagen. Die Befürchtung, daß dies zu größeren Eingriffen sühren und das Werk der Bersöhnung mit dem Lande hindern könne, überwog aber in einem Grade, daß ich mit meiner Ansicht nicht durchdrang.

Der König versicherte mich seines vollen Vertrauens und wollte zuerst die Entlassung aller Minister annehmen und mich mit der Neubildung des Ministeriums respektive den betreffenden Vorschlägen beaustragen. Ich lehnte dies ab, da hierzu nicht der Moment sei. Es werde bei dieser Neubildung doch nichts andres herauskommen als höchstens die Entsfernung Hörmanns und Gressers, wozu da die großen Worte von Neubildung des Ministeriums anwenden. Auch sei dies gegen die disherige Uebung. Nun beaustragte mich der König, ihm sur Hörmann und Gresser andre Minister vorzuschlagen. Pracher und Lerchenseld, gegen die ich mich bestimmt erklärte, ließ er fallen, wollte aber dagegen von Feder und Pfeuser nichts wissen. Ich diskutierte mit ihm über diese und kam schließlich zu dem Resultat, daß ich nach Rücksprache mit den Ministern und nach näheren Erkundigungen auch bei Hörmann selbst, "der am besten seinen Nachsolger nennen könne", dem König in den nächsten Tagen schreiben solle.

Mit der Borlage eines Wahlgesetzes an die Kammer ist der König einverstanden. Ferner soll ich Eisenhart¹) Borschläge machen über die Form, in welcher die Entlassung der Minister zu geschehen habe und in welcher das Promemoria der Minister zu bescheiden wäre.

¹⁾ Am 21. September 1869 war der Ministerialrat von Lipowsky seiner Funktion als Sekretär des Königs enthoben worden. An seine Stelle trat der Appellationsgerichtsrat Eisenhart, dessen Ernennung zum Ministerialrat und Sekretär des Königs am 5. Januar 1870 erfolgte.

Auf eine vorherige Besprechung mit Ultramontanen will der König nicht eingehen, und zwar aus dem nicht zu widerlegenden Grunde, daß man gar keiner sestigeschlossenen Partei gegenüberstehe, also nicht mit Parteichess verhandeln, sondern nur mit Privatpersonen reden könne. Letzteres sei schon genügend durch Eisenhart geschehen, und der König wolle von ihren Borschlägen nichts wissen. Der König versicherte mich wiederholt seines besonderen Bertrauens. Er kannte alle Geschichten, Intrigen, Schwähereien u. s. w. auf das genaueste.

Un ben Rabinettsfefretar Gifenhart.

München, 5. Dezember 1869.

... Ich habe heute Morgen sofort mit Lut und Schlör gesprochen, mit ersterem die Lage besprochen und ihm die Entschließungen Seiner Majestät mitgeteilt, mit letterem bie kleinen Sakeleien, Die amischen uns bestanden, weggeräumt, so daß ich glaube, jest mit Schlör aut fortkommen zu konnen. Dann ging ich zu hormann, setzte ihn von bem Willen Seiner Majestät in Kenntnis und benachrichtigte Greffer. Um 1 Uhr war Ministerhier berichteten Pranch und ich über unfre Reise, und ich eröffnete nun im Plenum bes Ministerrats ben Ministern, bag Seine Majestat bie Entlassung ber Berren von Bormann und Greffer annehme, bagegen die ber übrigen Minister nicht genehmige. Bas die Form anbetrifft, so wurde es von den beiden Beteiligten sowohl als von den übrigen Ministern als ber geeignete Weg angesehen, wenn Guer Hochwohlgeboren Seiner Majestät porschlugen, daß durch Allerhöchstes Signat die Entlassung ber Minister, welche Seine Majestät im Amte behalten wollen, nicht genehmigt, dagegen bie der Herren von Hörmann und Greffer angenommen wurde. könnte auf den Antrag des Gesamtministeriums geschehen. noch an jeden der beiden abgehenden Minister ein Handbillett angezeigt sein. Auch würde ich vorschlagen, daß mit den beiden herren über ihre Weiterverwendung Rücksprache genommen würde. Die Verwesung der beiben Ministerien konnte burch Staatsrate geschehen.

Was die Wiederbesetzung der beiden Stellen betrifft, so ist unter den einsichtigen Menschen, die ich gefragt habe, kein Zweisel, daß der geeignetste Herr von Feder ist. Ich weiß durchaus niemand anders. Die Konzession, die der ultramontanen Partei durch die Entlassung Hörmanns und Gressers gemacht wird, ist so groß, daß es nicht der weiteren Konzession bedarf, einen ultramontan gefärdten Minister zu nehmen. Feder ist liberal, hat aber nie den Ultramontanen Anlaß zu Unzufriedenheit gegeben. Lieber wäre mir Graf Hegnenberg, der nimmt aber ohne Zweisel nicht an.

Jebenfalls wäre es gut, wenn ich telegraphisch die Antwort erhielte. Dann könnte ich gleich mit Feber reden, und die Sache käme zu Ende. Wenn es noch einige Tage bauert, so wird die Aufregung in den Kreisen der Ministerkandidaten immer größer. Jeder, der seinen Namen schreiben kann, bildet sich in solcher Zeit ein, daß er zum Minister berusen sei und wird zum Unzufriedenen, wenn man ihn nicht wählt.

Un ben Rönig.

München, 5. Dezember 1869.

Eure Königliche Majestät haben die Gnade gehabt, mich zu beaustragen, über die Wiederbesetzung der Ministerien des Kultus und des Innern Allerhöchstderselben Vorschläge zu machen. Ich habe nun, soweit es bei der Kürze der Zeit möglich war, die umfassendsten Erkundigungen einzezogen, mit ersahrenen Mitgliedern des Beamtenstands und insbesondere auch, dem speziellen Austrage Eurer Königlichen Majestät entsprechend, mit dem derzeitigen Minister des Innern Kücksprache gepslogen, und von allen ist als die zurzeit geeignetste Persönlichseit für das Ministerium des Innern der Präsident der Kreisregierung in Ansbach Herr von Feder bezeichnet worden. Es wird an ihm gerühmt, daß er ein allseitig gebildeter, sehr ersahrener, durchaus loyaler Beamter ist, daß er Redegade besitzt und daß er durch die Versöhnlichseit des Charakters die Garantie bieten werde, in der jehigen schwierigen Lage nach keiner Seite hin zu verlehen.

Alle andern höheren Staatsbeamten, welche ihrer Stellung nach zu einem Ministerposten berusen werden könnten und welche ich mit meinen Rollegen durchgesprochen habe, sind in einer oder der andern Weise entsweder Eurer Königlichen Majestät nicht genehm oder undrauchbar oder zurzeit nicht möglich. Unter diesen Umständen und da Eure Königliche Majestät den Zustand der Ungewißheit baldmöglichst beendigt zu sehen wünschen, bleibt mir nichts, als Eure Königliche Majestät alleruntertänigst zu bitten, mir allergnädigst zu gestatten, im Allerhöchsten Auftrage mit dem Präsidenten von Feder unterhandeln zu dürsen. Bezüglich des Ministeriums des Innern für Kultus- und Schulangelegenheiten haben mich Eure Königliche Majestät bereits beauftragt, mit Staatsrat von Schubert zu sprechen, ein Austrag, den ich morgen aussühren werde.

Aufzeichnung.

München, 7. Dezember 1869.

Sonntag Ministerrat. Hörmann und Gresser den Entschluß des Königs mitgeteilt, daß er sie entlassen will. Abends mit Schlör und Lut beraten. Es wurde beschlossen, Präsident Feder dem Könige vorzuschlagen. Ich berichte sosort an den König. Montag früh zu Hegnenberg. Er ist nicht abgeneigt, das Ministerium des Innern zu übernehmen. Bittet um 24 Stunden Bedenkzeit. Dienstag den 7. schieft er mir den Brief seines

Arztes, ber ihm auf das entschiedenste abrät. Nun nach Berg telegraphiert und um die Ermächtigung gebeten, mit Feder unterhandeln zu dürsen. Der König will von Feder nichts wissen. Ich antworte, daß ich keinen andern wisse.

Einladung an die Minister zur Beratung morgen 10 Uhr früh. Heute mit Schubert verhandelt, der seine Bedenken äußert und seine Gesundheit als zu gestört angibt. Doch will er die Sache dis morgen überlegen. 1)

München, 9. Dezember 1869.

4

Heute Worgen bem königlichen Auftrag entsprechend mit Graf Hegnenberg nochmals gesprochen. Er beweist, daß es gar nicht möglich ist, da er an einem Herzsehler leidet, wodurch ihm jede Tätigkeit uns möglich wird.

Mit Marquard Barth gesprochen. Er ist sehr erfreut zu hören, daß ich kein Koalitionsministerium bilden will, perhorresziert Lerchenfeld, Dazenberger und Bölberndorff. Mit Feber und Schubert einverstanden. Rät auch zu Hohe! Auch Pfeuser ware der Fortschrittspartei recht.

Mittags zu Schubert, ben ich nicht zu Hause traf, ber aber zu mir kam. Er wird wieder in seinem Entschluß schwankend und bittet sich noch Bedenkzeit aus.

Dann an Feber telegraphiert, ber hierherkommen wird. Nachmittags Diplomatentag, abends die Minister.

10. Dezember, Abends.

Um 12 Uhr mit Feber gesprochen. Aengstlicher Bureaukrat, der sich nicht traut, das Ministerium zu übernehmen. Er geht weg und verspricht Antwort. Ich konferiere mit den Ministern und schreibe dann an Feder, was wir ihm bieten. Abends kommt seine und Schuberts Ablehnung. Nun Brief an Eisenhart, worin ich Pfeuser als das ultimum refugium bezeichne.

München, 15. Dezember 1869.

Beschluß im Ministerrat: Einberusung der Kammern notwendig. Provisorisches Versehen des Ministeriums des Innern dis zum Zussammentritt der Kammer nicht ratsam.

Also Minister des Innern Pfeufer oder Braun (birekte Wahlen), Kultus Lutz. Nach Hohenschwangau berichten laffen. Telegramm mit vorläufiger Anzeige.

Am 17. Dezember an Eisenhart telegraphiert, daß Braun annimmt.

¹⁾ Laut Telegramm an Eisenhart vom 8. Dezember lehnte er an diesem Tage ab.

In der Thronrede, mit welcher der Landtag am 17. Januar 1870 eröffnet wurde, fagte König Ludwig in Mücklick auf die Parteikämpfe der Wahlperiode:

"Der Widerstreit entgegenstehender Meinungen hat in der letzten Zeit einen Grad ungewöhnlicher Heftigkeit erreicht. Infolgedessen haben sich vielsach irrtümliche und beunruhigende Borstellungen verbreitet. Im Bertrauen auf Ihrer aller Baterlandsliebe und Einsicht gebe ich mich der Hossinung hin, daß das Borbild maßvoller Haltung, welches Sie dem Lande geben werden, wesentlich zu seiner Beruhigung beitragen wird.

Ich weiß, daß manche Gemüter die Sorge erfüllt, es sei die wohlsberechtigte Selbständigkeit Bayerns bedroht. Diese Besürchtung ist unsbegründet. Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt. Treu dem Allianzvertrage, für welchen ich mein königliches Wort verpfändet habe, werde ich mit meinem mächtigen Bundesgenossen für die Shre Bayerns einstehen, wenn es unsre Pflicht gebietet.

So sehr ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der beutschen Staaten wünsche und hoffe, so werde ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbständigkeit Bayerns nicht gefährdet.

Indem ich der Krone und dem Lande die freie Selbstbestimmung wahre, erfülle ich eine Pflicht nicht allein gegen Bayern, sondern auch gegen Deutschland. Nur wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung Gesamtdeutschslands auf dem Boden des Rechts."

Die Rammer der Reichstäte hatte am 18. Januar 1870 einen Aussichuß für den Entwurf einer Abresse an den König zur Beantwortung der Thronrede gewählt. Diesem Ausschusse gehörten an außer dem Direktorium — dem durch den König ernannten ersten Präsidenten, Freiherrn von Staussenderg, dem von der Kammer gewählten zweiten Präsidenten, Freiherrn von Thüngen, und den ebenfalls von der Kammer gewählten beiden Sekretären, Reichstat von Niethammer und Grasen von Lerchensseld — drei für diesen Zweck besonders gewählte Mitglieder, nämlich der Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums von Harleß, Freiherr von Aretin und Reichstat von Bomhard. In dem von dieser Kommission vorgelegten Entwurse lauteten die Absäte 4 und 5 wie folgt:

"Entsprechend der tiefgefühlten Treue gegen Eure Majestät und der festen Anhänglichkeit an das Land und dessen selbständige Entwicklung, hat sich in der Majorität des Bolkes ein durch die Parteistellung des Ministeriums noch gesteigertes Mißtrauen gebildet, deffen Ausbruck der Erfolg der Wahlen ist.

Wohl sind die erhabenen Worte Eurer Majestät geeignet, die erregten Gemüter zu beruhigen. Allein ein wirkliches Vertrauen wird nur dann zurücklehren, wenn es Eurer Majestät gelingt, Männer als Räte der Krone zu sinden, welche den entsprechenden Willen mit der Festigkeit des Handelns vereinen und die in gleicher Weise das Vertrauen Eurer Majestät wie das des Landes besitzen."

Nachbem in der Generalbebatte über den Entwurf der Abreffe der zweite Präsident, Freiherr von Thüngen, das Mißtrauensvotum gegen die Bolitik des Kürsten Hohenlohe begründet hatte, erwiderte dieser:

Nachdem der zweite Herr Prasident meinem Bunsche entgegengekommen ift, mir Gelegenheit zu geben, mich gegen die Anschuldigungen, welche in der Abresse enthalten sind, zu verteidigen, so werde ich von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. Ich kann babei ein gewisses Erstaunen nicht unterdrücken, daß die Mitglieder des hohen Ausschuffes erft jest von einem folchen Mißtrauen gegen die Königliche Staatsregierung befallen werden, nachdem fie fich brei Jahre bemfelben Minifterium gegenüber befanden, ohne demfelben je ein Zeichen bes Mißtrauens gegeben zu haben, ja ber bedeutenbste, ber folgenreichste Alt bes Ministeriums, welchem ich porzustehen die Ehre habe, die Erneuerung des Rollvereins ist unter Ruftimmung ber Majorität bes hohen Hauses, in welcher sich auch ber größte Teil ber Ausschufimitglieber befunden bat, vollzogen worben. Seitbem find zwei Jahre vergangen. In dieser Zeit ift nicht ein Aft meiner amtlichen Tätigkeit in diesem hohen Hause auch nur einer Kritik unterstellt worben, und ich bente, Sie wurden es nicht unterlaffen haben, wenn ein Grund dazu vorhanden gewesen wäre.

Das lettemal haben sich die Kammern im Mai v. J. getrennt.

Was ist seitbem Neues geschehen, um den Tadel zu rechtfertigen, welcher heute gegen die Minister ausgesprochen werden soll?

Der zweite herr Präsibent sagt, es seien nicht bestimmte Tatsachen, sondern mehrere kleine Tatsachen, die zusammengerechnet das Mißtrauen rechtfertigen.

Der zweite Herr Präsident hat auf meine Haltung im Zollparlament hingewiesen. Es wird mir dadurch Gelegenheit gegeben, die Angriffe, welchen ich in dieser Beziehung in einem Teil der Presse ausgesetzt gewesen bin, zu beleuchten. Es handelt sich von der Rede, welche ich bei Gelegenheit meiner Wahl zum Vizepräsidenten gehalten habe. 1)

¹⁾ Siehe Seite 369.

Ich bitte, meine hohen Herren, sich ins Gebächtnis zurückzurufen, was ich damals gesagt habe. Ich wies darauf hin, daß ich meine Wahl zum Bizepräsidenten dem Vertrauen der Mitglieder des Zollparlaments versdanke, und ich konstatierte, daß dieses Vertrauen sich auf meine außerhalb des Parlaments liegende Tättgkeit beziehe.

Ich präzisierte diese Tätigkeit aber mit den Worten: Es sei das Bestreben, die Eintracht, die Bersöhnung und Berständigung der deutschen Stämme zu befördern. Ich begreife nicht, wie ein solches Bestreben mir von den Organen der sogenannten patriotischen Partei als Bergehen angerechnet werden kann.

Ich will aber die kleinen Tatsachen nun beiseite lassen und zu dem eigentlichen Kern der Sache übergehen.

Der Herr Präsident Freiherr von Thüngen hat es offen gesagt, der Tadel sei vorzugsweise mir bestimmt, das Mißtrauen richte sich gegen meine ganze politische Anschauung und Haltung seit zwanzig Jahren.

Wenn Sie nun, meine hohen Herren — ich meine damit die Herren Ausschußmitglieder —, bisher keinen Tadel gegen das Ministerium ausgesprochen haben, so darf ich annehmen, daß Sie es deshalb nicht getan haben, weil Sie auf Erfolg nicht rechnen konnten.

Gegen folche Anklagen brauche ich mich übrigens nicht weiter zu verteidigen, allein ich bin es mir selbst schuldig, einen Rückblick auf meine ganze politische Tätigkeit während der letzten drei Jahre zu wersen, und ich bin hierzu um so mehr veranlaßt durch die schönen und tiefgedachten Worte Seiner Könialichen Hoheit des Herzoas Karl Theodor in Bapern. 1)

Meine hohen Herren! Ich will nicht zurückgehen auf die Ereignisse vor dem Jahre 1866.

Ich will nicht untersuchen, ob das Schicksal, welches Bayern im Jahre 1866 getroffen hat, nicht durch rechtzeitiges Eingehen auf die Borschläge bezüglich der Reform der deutschen Bundesversaffung zu vermeiden gewesen wäre. Jene Borschläge sind von der damaligen Staatsregierung nicht mit der Bereitwilligkeit aufgenommen worden, welche notwendig gewesen wäre, um zu einem befriedigenden Resultate zu führen. Darin hat der zweite Präsident vollkommen recht, daß er mich auf meine frühere Tätigkeit in diesem hohen Hause verweist. Ich habe es damals

¹⁾ Herzog Karl Theobor hatte "die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines ganz Deutschland umfassenden nationalen Bandes" betont und der bisherigen Führung der auswärtigen Angelegenheiten bezeugt, daß sie das doppelte Ziel, Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns und Herstellung einer ganz Deutschland umfassenden Bundesversassing stets angestrebt habe. Er hatte es aus diesem Grunde abgelehnt, sich dem in dem Abrehentwurfe enthaltenen Nißtrauensvotum anzusschließen.

schon an Warnungen nicht fehlen lassen, die aber nicht beachtet wurden. So wurde Bayern unvorbereitet von den Ereignissen des Jahrs 1866 überrascht, und es mußte nun die Folgen früherer politischer Fehler büßen.

Die Lage Bayerns am Schlusse bes Jahrs 1866 war eine trostlose. Die Verbindung, welche bis bahin die deutschen Staaten geeinigt hatte, war zerrissen, der deutsche Bund ausgeschieden, Desterreich aus jeder näheren Verbindung mit Deutschland ausgeschieden, der Zollverein war gekundigt und Vayern demnach nicht allein in seiner politischen Stellung bedroht, sondern auch der Gesahr ausgesetzt, seine wirtschaftlichen Interessen geschädigt zu sehen. Die norddeutschen Staaten waren teils Preußen einverleibt, teils im Begriffe, dem engeren Bunde beizutreten. Den süddeutschen Staaten bot der Prager Friedensvertrag den Trost, sich zu einem Vereine zusammenschließen zu können, dessen nationale Verbindung mit dem Norden der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb.

Schon im August des Jahrs 1866 habe ich in diesem hohen Hause barauf hingewiesen, welche Gefahren aus einer solchen Gestaltung der Dinge entstehen würden. Ich habe durchaus nichts zurückzunehmen von dem, was ich damals hier gesagt habe. 1) Ich riet, die Zeit zu benutzen, solange noch alles im Fluß sei, die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit Nordbeutschland anzubahnen, ehe der Nordbeutsche Bund abzgeschlossen sei.

Ich sagte: Wenn das Gebäude des Nordbeutschen Bundes sertig sei, so würden wir entweder ausgeschlossen bleiben oder wir müßten Bedingungen annehmen, welche die Rechte der Dynastie und des Landes schädigen könnten. Die hohe Kammer und die Staatsregierung waren damals andrer Ansicht als ich, und als ich Ende des Jahrs 1866 in das Ministerium trat, waren die Prinzipien des Norddeutschen Bundes seste gestellt und die Annexionen in Preußen vollzogen.

Einem so gearteten Bunde beizutreten, konnte ich nicht raten.

Meine Erklärungen, welche ich im Januar 1867 gegeben habe, lassen über die Absichten ber Staatsregierung bezüglich des Nichteintritts in den Norddeutschen Bund keinen Zweisel. Allein es wäre ein Fehler gewesen, wenn man im bloßen Abwarten das Ziel der bayrischen Politik sich hätte vorsehen wollen, und ich habe nicht gewartet, dis man mir Vorschläge entgegentrüge.

Ich begann zunächst mit ben subeutschen Staaten die bekannten Berhandlungen, welche den Zweck hatten, die militärischen Kräfte der subbeutschen Staaten auf gleichmäßiger Grundlage so zu organisieren, daß

¹⁾ Siehe Seite 171.

sie zu gemeinsamer achtunggebietender Macht befähigt werben. Dies führte zur Stuttgarter Bereinbarung vom Februar 1867.

Wenn es aber, meine hohen Herren, unbestreitbar ist, daß die beutschen Mittelstaaten ihre Eristenz nicht sowohl ihrer Macht als vielmehr ihren geschichtlichen und vertragsmäßigen Rechten verbanken, fo mußte es sich mir als unabweisbare Pflicht aufdrängen, sobald als möglich für die Stellung der Mittelftaaten wieder ben Boben vertragsmakiaer Rechte zu finden. Dies war die Beranlaffung zu ben Berhandlungen mit Burttemberg und Baben über ein Berfaffungsprojekt, welches die Grundung eines weiteren Bundes für die subdeutschen Staaten mit bem Nordbeutschen Bunde zum Zweck hatte. Ich habe im Herbst des Jahres 1867 eingehend darüber Auskunft erteilt, aber ehe noch diese Bereinbarung jum Abschluß tam, wurde ber Bollverein auf feiner neuen Grundlage abgeschloffen. Schon damals konnte ich mir nicht verhehlen, daß die Entwicklung, die Neugestaltung des Zollvereins abgewartet werben muffe, ehe man ermeffen könne, ob das Verfassungsprojekt, welches jenen Verhandlungen zugrunde lag, seine Lebensfähigkeit werbe bewähren können. Die Erfahrungen, welche wir innerhalb bes neugestalteten Rollvereins gemacht haben, zeigen, bag jenes Berfaffungsprojekt in seiner damaligen Form Aussicht auf Verwirklichung nicht hat.

Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich niemals versucht habe, das erfolgreichste Mittel für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten anzuwenden, nämlich die Gründung des süddeutschen Bundes, so wird mir die Verantwortung darüber nicht schwer.

Bu einem subdeutschen Bunde gehören subdeutsche Staaten, die ihn abschließen.

Daß Baden einem süddeutschen Bunde ungünstig gestimmt ist, wird Ihnen bekannt sein. Aber auch in Württemberg ist keine Aussicht auf Gründung eines süddeutschen Bundes, wenngleich in Württemberg eine ansehnliche Partei besteht, welche den süddeutschen Bund auf ihr Programm geschrieben hat. Die württembergische Regierung hat sich in den Kammern schon vor längerer Zeit und wiederholt auf das entschiedenste gegen diese Ansicht ausgesprochen und Sie, meine hohen Herren, werden mir am wenigsten zumuten, mit Umgehung der württembergischen Regierung jener Süddundpartei die Hand zu reichen.

Wenn aber auch ein Subbund mit einem subbeutschen Parlament und einer subbeutschen Exekutive eine Unmöglichkeit ift, so halte ich es doch noch heute für das eigentliche Ziel, welches ein baprischer Minister anstreben muß, eine möglichst nahe Verbindung der subbeutschen Staaten

¹⁾ Siehe Seite 344.

und ein gemeinsames Handeln berselben in allen politischen Fragen ans zubahnen, und in dieser Beziehung glaube ich behaupten zu können, daß ich mehr geleistet habe, als jemals ein baprischer Minister geleistet hat.

Die Gründung der süddeutschen Festungskommission und der Abschluß der Liquidationsverhandlungen bieten dafür den deutlichsten Beweis.

Es ist damit eine süddeutsche Einrichtung geschaffen, die einzige, die seit fünfzig Jahren ins Leben getreten ift.

Ob diese Einrichtung Ihren Beifall sindet, kann ich nicht ermessen. Was mich betrifft, so glaube ich damit nicht nur im bayrischen, sondern im deutschen Interesse gehandelt zu haben, da die Erfüllung der Allianzverträge durch diese Einrichtung erleichtert wird.

Am Schluß ber Generalbiskuffion fagte ber Fürft:

Meine hohen Herren! Ich will Ihnen offen sagen, was ich als ben Grund Ihres Mißtrauensvotums ansehe. Ihre Wortführer haben sich einer Partei angeschlossen, welche zwar von den Allianzverträgen spricht, im Grunde ihres Herzens aber mir die Vertragstreue dem Nordbeutschen Bunde gegenüber zum Vorwurf macht. Nur so kann ich das Mißtrauens-votum, welches Sie zu formulieren im Vegriffe sind, mir erklären, und wenn ich es mir so erkläre, so muß ich es als ein ehrenvolles Zeugnis meiner politischen Tätigkeit hinnehmen.

Das Mißtrauensvotum und die ganze Abresse wurde mit unwesentlichen Aenderungen des Wortlauts von der Kammer angenommen. Mit "Nein" stimmten zwölf Reichsräte, unter ihnen der Herzog Karl Theodor in Bayern. Die übrigen königlichen Prinzen, nämlich Prinz Otto, Prinz Luitpold, Prinz Ludwig, Prinz Leopold, Prinz Abalbert und Herzog Ludwig in Bayern stimmten der Abresse zu.

Der Empfang der Adresse und der zu ihrer Ueberreichung gewählten Deputation wurde durch königliches Schreiben vom 1. Februar 1870 abgelehnt. Das Schreiben lautet:

"Die Abresse der Kammer der Reichsräte hat durch prinzipielle Angrisse auf den Gesamtbestand des gegenwärtigen Ministeriums ohne jede tatsächliche oder gesehlich greisbare Begründung dem Geist der Versöhnung nicht entsprochen, welchen ich in meiner Thronrede der Landesvertretung entgegengebracht habe, und hierdurch die Möglichseit ihrer Annahme für mich ausgeschlossen. Uebrigens werde ich deshalb nicht vermeiden, dem Lande die durch das Uebermaß der Parteidewegung gestörte Ruhe wiederzugeben. Von dieser Entschließung ist der erste Präsident der Kammer der Reichsräte soson dieser Zu verständigen."

In der Kammer der Abgeordneten begann die Abrefidebatte am 29. Januar 1870. Das Mißtrauensvotum gegen den Fürsten Hohenlohe war in den Absähen 3 und 4 des Abrefientwurfs so formuliert:

"Eurer Majestät Königliches Wort: "Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossen habe, sind dem Lande bekannt,' legt den Grund zur Beruhigung der durch ein schweres Schicksal beunruhigten Gemüter. Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unserm Volke Eingang sinden.

Aber wir leben in einer Zeit, die zu entscheibenden Krisen führt und wo von europäischen Rechtszuständen kaum mehr die Rede sein kann. Die Berträge mit Preußen sind ersahrungsmäßig der Deutung fähig und die möglichen Deutungen verbreiten Beängstigung im Bolke. Daraus entspringt unwillkurlich das Berlangen nach einem Leiter unster auswärtigen Angelegenheiten, dem das Bertrauen des Landes entgegengetragen werde."

Gleich nach Beginn ber Generalbebatte hielt ber Fürst die folgende Rede:

Meine Herren! Der Entwurf ber Abresse verlangt einen Leiter ber auswärtigen Angelegenheiten Bayerns, welchem das Vertrauen des Landes entgegengetragen würde. Er will damit offenbar sagen, daß mir dieses Vertrauen sehle.

Die Abresse gibt Gründe hierfür nicht an, sie bezeichnet jenes Berlangen als ein "unwillfürliches" und weist nur ganz im allgemeinen auf bevorstehende Krisen und auf die Möglichkeit von Deutungen, deren die mit Breußen geschlossenn Berträge erfahrungsmäßig fähig seien.

Auf dieses Gebiet der subjektiven unwillkürlichen Gefühle, der Antipathien und Sympathien, kann ich nicht eingehen. Wenn der Herr Referent 1) und seine Parteigenossen und mit ihnen die Majorität des Ausschuffes mich nicht für fähig halten, die Verträge mit Preußen in einer Weise zu deuten und vielleicht umzudeuten, wie sie den Anschauungen seiner Parteigenossen entspricht, so will ich darüber nicht streiten.

Ich möchte aber der Debatte eine positive Grundlage schaffen, und beshalb erlauben Sie mir, daß ich schon jetz Ihnen in kurzen Worten meine politische Tätigkeit während meiner dreisährigen Amtssuhrung darslege. Diese meine Ausführung kann aber nur darin bestehen, Sie auf die Grundsätze zu verweisen, mit welchen ich in das Ministerium getreten din, und darzulegen, daß ich diesen Grundsätzen treu geblieben bin.

¹⁾ Referent war Comund Jörg, ber Herausgeber ber "Historisch-politischen Blätter".

Die Grundsätze nun, nach beren Darlegung Seine Majestät der König mich vor drei Jahren an die Spitze der Geschäfte gestellt hat, sind die selben, welche die jüngste Thronrede sest und bestimmt ausspricht. Zu verteidigen brauche ich dieselben nicht; der Entwurf stimmt diesen Grundsätzen mit so viel Wärme zu, daß nichts zu wünschen übrigbleibt.

Meine Herren! Ich kann ben leitenden Gedanken meiner Politik in zwei Sätze zusammenfassen. Es ist die Erhaltung des Zusammenhangs der süddeutschen Staaten mit dem Norden und die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Baperns.

Wenn Sie die Verhandlungen der baprischen Kammern seit dem Jahre 1848 durchgeben, so werben Sie nicht leicht eine Diskuffion allgemein politischen Inhalts sinden, in welcher nicht der nationale Gedanke jum Ausbruck gekommen mare. Diefer Gebanke bes Busammenhangs ber beutschen Stämme, die Wiederherstellung der nationalen Verbindung hat durch die Ereignisse des Jahres 1866 an Bebeutung nicht verloren. Gerade das Gefahrvolle der Lage, in welche die Mittelstaaten durch jene Ereignisse - bie Rerftorung bes Deutschen Bundes - verset waren, hat ben Ruf nach Sicherstellung biefer Lage vermehrt. gebend von bem Grundsate, daß die Mittelstaaten nicht ihrer Dacht, fonbern ihrem vertragsmäßigen und hiftorischen Rechte ihre Stellung verdanken, mußte bie Staatsregierung barauf Bedacht nehmen, den Mittels staaten sobald als möglich den Boden vertragsmäßiger Rechte wiederzugewinnen. Wir sind einmal die Schwächeren in Deutschland, und die Geschichte lebrt, daß der Schwächere, wenn er in ungunstiger Lage ift, burch Abwarten nicht gewinnt, sondern immer nur verliert. diesem Grunde habe ich stets von neuem gestrebt, die Bestimmungen des Nikolsburger Präliminarvertrags, der zurzeit die Grundlage der beutschen Politik bildet, zum Bollzug zu bringen, und wer auch zur Leitung ber auswärtigen Angelegenheiten in Bayern berufen fein wird, der wird die Erfahrung machen, daß, je fpater die nationale Verbindung amischen dem Norben und bem Guben Deutschlands auf vertragsmäßigem Wege geregelt wird, um fo größer bie Opfer fein werben, welche Bapern au bringen baben mirb.

Die praktische Anwendung meiner soeben entwickelten Grundsätze ergab sich sofort bei Erneuerung des Zollvereins. Wenn wir damals aus der wirtschaftlichen Verbindung mit dem Norden ausgetreten wären, wenn wir damit eine gesonderte Stellung eingenommen hätten, die nicht nur in bezug auf die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch in bezug auf unsre ganze politische Stellung eine isolierte geworden wäre, so unterliegt es keinem Zweisel, daß wir diese Stellung in kurzer Zeit und mit weit größeren Opsern an unsrer Selbständigkeit wieder hätten ausgeben müssen.

Meine Herren! Ich bin stolz darauf, daß ich damals jene Berhandslungen zu einem glücklichen Resultate geführt habe und daß es mir ges lungen ist, die Zustimmung beider Kammern zu dem Zollvereinsvertrag zu erhalten und jene Abtrennung des Südens oder, um mich besser auszudrücken, nachdem Württemberg und Baden der Erneuerung des Zollsvereinsvertrags zugestimmt hatten — die Abtrennung Bayerns von dem übrigen Deutschland zu verhindern.

Eine weitere Frage, in ber jene Grundsätze zur Anwendung gekommen sind, war die gleichmäßige Gestaltung des deutschen Wehrspstems.

Ich beklage mit Ihnen die Lasten, welche dem Bolke für militärische Awede auferlegt werben, allein, meine Herren, so wenig angenehm Ihnen diefe Behauptung Mingen mag, diefe Laften find notwendig, um Bayern das Schickfal zu ersparen, im Momente der Gefahr wehrlos dazustehen und bann Opfer bringen zu muffen, im Bergleich zu welchen biejenigen Leistungen, die wir jett für die Armee verlangen, eine Rleinigkeit sind. Aber diese Lasten können auch deshalb nicht vermindert werden, weil wir die Verpflichtungen erfüllen wollen, welche uns das Gesamtinteresse Deutschlands auferlegt. Die Verträge, welche Sudbeutschland gur Wahrung ber Integrität beutschen Gebiets mit Preußen abgeschlossen bat, waren vorhanden, als ich ins Amt trat, und ich mochte biese Gelegenheit nicht vorübergeben laffen, ohne einem in ber Preffe aufgetauchten Borwurf entgegenzutreten. Ich nehme Anlaß, um mit Entschiedenheit hervorzuheben, daß ich diese Berträge nie geleugnet habe. Wenn ich in meiner Rede vom 19. Januar 1867, wo ich das Geheimnis noch zu bewahren hatte, ben Inhalt jener Verträge als basjenige hinftellte, was Bayern auch aus allgemein politischen Grunden zu erstreben habe, so tann mir baraus sicherlich ein Vorwurf nicht gemacht werben. Der Abregentwurf betont fo entschieden, daß ein Vertragsbruch in Bayern unmöglich sei, daß ich kein Wort in dieser Richtung weiter verliere.

Aber, meine Herren, es gibt eine zweisache Art des Vertragsbruchs, eine offene und eine versteckte. Sollte der Allianzvertrag nicht illusorisch werden, so mußte die Wehrkraft des Südens der des Nordens ebenbürtig gemacht werden, nicht weil der Wortlaut des Allianzvertrags uns dazu verpflichtete, sondern aus freiem Entschlusse und weil Bayern seiner Stellung, seiner eignen Bürde schuldet, ein wertvoller Alliierter zu sein. Weil ich aber auch auf die Gemeinschaft des Südens stets einen entscheidenden Wert gelegt habe, so wurde, um diese Organisation möglichst gleichmäßig für Süddeutschland zu erzielen, die Vereindarung von Stuttgart im Fedruar 1867 getroffen, an welche sich dann der Vertrag vom 10. Oktober 1868 sowie die Verhandlungen der Liquidationskommission in diesem Sommer anschlossen, deren Resultate bekannt sind. Wenn sich hieraus ergibt, daß die Regierung alles getan

hat, um Deutschland vor weiterer Zersplitterung zu bewahren, eine Tätigsteit, die, wie ich mich wohl rühmen darf, unzweifelhaft zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen hat, so wird doch niemand imstande sein, in allen diesen Handlungen irgend etwas zu sinden, was der Selbständigkeit Bayerns zu nahe treten und die Rechte der Krone oder des Landes schädigen könnte.

Was ich außerbem angestrebt habe, um die deutschen Verhältnisse einer desinitiven Regelung zuzussühren, ist Ihnen bekannt. Ich habe darüber bei früheren Gelegenheiten aussührlich Rechenschaft gegeben. Man mag darüber urteilen wie man will, das eine aber wird die Zukunst lehren, es wird keinem bayrischen Minister gelingen, einen andern Weg zu sinden, um der Aufgabe, welche nach dem Inhalt der Rikolsburger Präliminarien gestellt ist, gerecht zu werden und die nationale Einheit mit der berechtigten Selbständigkeit Bayerns in Einklang zu bringen, als den, welchen ich gegangen din.

Meine Herren! Es konnte, und damit werden die praktischen Politiker dieses Hauses einverstanden sein, nicht Aufgabe der Regierung eines Staats von der Stellung Bayerns sein, sich der unfruchtbaren Bemühung hinzugeben, theoretischen Ausarbeitungen Anerkennung zu verschaffen, deren Annahme nicht durch inneren Wert der Arbeit, sondern durch die politische Lage Europas bedingt ist.

In diese Rategorie theoretischer Arbeiten gehört auch das Projekt bes sogenannten subbeutschen Bunbes. Rachbem bie Rikolsburger Praliminarien ben Sat aufstellen, daß die füblich ber Mainlinie gelegenen beutschen Staaten in einen Berein zusammentreten sollen u. f. w., ift ber Gebanke, ja der Bunsch gerechtfertigt, das gegenwärtige Provisorium auf biesem Wege in ein Definitivum umzuwandeln. Wenn Sie ben Sudbund näher betrachten. Sie mögen ihn nun fübbeutschen Staatenverein ober wie immer nennen, wenn Sie barunter kein bloßes Scheingebilbe, sondern einen lebensfähigen, staatsrechtlich konstruierten Organismus verstehen, so werben Sie zugeben, daß berfelbe nicht zustande kommen fann, ohne daß die einzelnen Staaten, welche ihn bilben, auf einen Teil ihrer Souveranitätsrechte verzichten. Sowohl die gesetzgebende als bie erefutive Gewalt ber Einzelstaaten murbe augunsten ber Rollettivgewalt bes Bundes beschränkt werben muffen. Um nur ein Beispiel anzuführen, so wurde die auswärtige Vertretung nicht etwa eine baprische, wurttembergische ober babische sein, sondern eine Bertretung des süddeutschen Bundes werben muffen. Dies wurde nun fur Bayern, welches im fubbeutschen Bunde schon durch die Bahl seiner Einwohner eine überwiegende Stellung einnimmt, tein Nachteil sein. Ob aber unfre Nachbarstaaten Luft hatten, die Beschränkung ihres Gelbstbestimmungerechts zugunften

eines Sübbundes sich gefallen zu lassen, das ist die Frage. Sie ist, was Württemberg betrifft, beantwortet, und zwar durch die Rede des württembergischen Staatsministers des Aeußern in der Sitzung der Kammer vom 19. Dezember 1868. Er sagt:

"Ich frage Sie, meine Herren, wollen Sie für Württemberg diese Dinge in die Hand eines Bundes geben, bei welchem Sie in verschwindender Minorität sind, wollen Sie sich von Bayern vorschreiben lassen, wie Ihre Eisendahnen, wie Ihre Posten zu verwalten seien, wollen Sie sich in dieser Beziehung von Bayern Bestimmungen geben lassen; ist dies der Sinn des hohen Hauses? Ich werde es nie und nimmer glauben, und das ganze württembergische Volk würde gegen ein solches Experiment sich erheben, wenn es einmal die Folgen zu tragen hätte."

Wenn mir nun eingewendet wird, dies sei nur die Ansicht des württembergischen Ministers, so erinnere ich daran, daß Württemberg nicht eine von Freiherrn von Varnbüler regierte absolute Monarchie ist, sondern ein konstitutioneller Staat, in welchem Freiherr von Varnbüler damals die Majorität der Volksvertretung für sich hatte und in welchem er, soviel ich weiß, dieselbe noch immer für sich hat. Ich will auch die Aeußerung eines andern württembergischen Ministers ansühren über densselben Gegenstand. Es ist die Rede des Ministers von Mittnacht. Er sagte:

"Ein Sübbund, wie man ihn auf jener Seite einrichten würde, ein Sübbund, in dem ein in sich uneiniges, von Parteiungen zerrissenes Parlament regieren wollte, wäre die wirksamste Propaganda für unser rasches Aufgehen im Nordbund, welches schwerlich abgewendet würde durch das geträumte Milizbeer von einigen Millionen Streitern."

Das sind die maßgebenden Ansichten über den Süddund in Württemberg, und ich glaube nicht, daß ein Ministerwechsel in Württemberg eine Aenderung hervorrusen würde. Der Württemberger verzichtet ungern auf die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit seines Landes, vielleicht zugunsten einer deutschen Republik, möglicherweise zugunsten einer gesamtdeutschen Monarchie, nie und nimmer aber zugunsten eines aus Bayern, Württemberg und Baden bestehenden Süddunds, wie er von den Verteidigern desselben geträumt wird. Wenn aber schon in Württemberg dem Süddunde unüberwindliche Schwierigkeiten begegnen, so werden Sie zugeben, daß er in Baden der Unmöglichkeit entgegensieht.

Ich habe Ihnen nun bargelegt, welche Politit ich bisher befolgt habe und daß ich eine andre nicht befolgen konnte. Ich habe stets erklärt, daß die Werfassung des Nordbeutschen Bundes nicht so gestaltet ist, daß Bayern bieselbe annehmen könnte. Ich habe diesen Grundsat in allen meinen politischen Handlungen sestgehalten. Allein, meine Herren, wenn ich

zugebe, daß die Pflege des nationalen Gedankens bis zu einem Grade ausgedehnt werden kann, welcher mit der Pflicht eines bayrischen Ministers nicht vereindar wäre, so wollen Sie nicht vergessen, daß es auch eine Pflege der Selbständigkeit Bayerns gibt, die mit den Pflichten nicht verseindar ist, welche die Tatsache uns auferlegt, daß Bayern einen Teil unsers großen deutschen Baterlands bildet. Die Grenze ist hier genau bestimmt, erwarten Sie von mir nicht, daß ich sie jemals überschreite; ich werde mich mit den zentrisugalen Elementen, welche sich zurzeit in Süddeutschland geltend machen, nie verbinden.

Der Abrefientwurf gefteht zu, daß für Bayern eine andre Politik nicht möglich sei als biejenige, welche von ber gegenwärtigen Staatsregierung befolgt worden ift. Die Abreffe erklart fich mit allen Grundfaten einverftanden, welche die Thronrede proflamiert hat und welche wir auf Befehl Seiner Majestat bes Konigs seit brei Jahren burchführen. Dabei spricht aber ber Entwurf aus, bag bie Gefinnung bes gegenwärtigen Ministers des Aeußern dem Lande kein Bertrauen einflöße. Ich glaube nicht, daß es irgend jemand gelingen würde, mir durch Tatsachen nachzuweisen, daß ich dieses perfönliche Mißtrauen in meine Bflichttreue gegenüber ber Dynastie, gegenüber bem Lande verdient habe. Benn aber dieses Mißtrauen barin besteht, bag man von mir annimmt, ich sei unfähig, ein boppeltes Spiel zu fpielen, ich sei unfähig, Jahre hindurch freundliche Gesinnungen gegen Nordbeutschland zu beucheln und dieselben bei gelegener Reit in feindliche umzuwandeln, dann bat biefes Mißtrauen allerdings Grund. Ru einer solchen Bolitik bin ich nicht fähig, aber ich kann bann verlangen, daß man auch klar, beutlich und ohne Umschweife sage, daß ich deshalb bas Vertrauen der patriotischen Partei nicht besitze.

Auf verschiedene Bemerkungen "patriotischer" Redner bezüglich des Rundschreibens vom 9. April 1869 erwiderte Fürst Hohenlohe am 4. Februar:
... Ich bitte Sie, meine Tätigkeit bezüglich des Konzils lediglich vom Gesichtspunkte der einfachen Pflichterfüllung aufzusassen. Als ich im Jahre 1868 zuerst von der Zusammenberufung des Konzils Kenntnis erhielt, mußte es für mich Pflicht sein, die Stellung mir klarzumachen, welche die Regierung dem Konzil gegenüber einzunehmen habe. Ich habe deshalb die Geschichte zu Kate gezogen und habe gefunden, daß bei dem letzen, dem Tridentinischen Konzil, die Regierungen an der Beratung teilgenommen haben. Ich verweise Sie auf die Tätigkeit des dayrischen Gesandten Paumgartner, welcher bekanntlich einen lebhaften Anteil an den Beratungen des Konzils gehabt und insbesondere dadurch sich bekannt gemacht hat, daß er die Aussehaus des Zölidats in Antrag brachte. Daß von einer solchen Tätigkeit zu unsver Zeit nicht mehr die Rede sein kann, ist selbstverständlich.

Allein es schien nach ben Berichten, welche ich aus Rom erhielt, die Frage über die Teilnahme der Regierungen am Konzil noch keineswegs entschieden zu sein.

Die Berichte im Sommer 1868 ließen alle ersehen, daß Kardinal Antonelli damals noch im Zweifel war, ob eine Ginladung an die Regierungen zur Teilnahme erfolgen folle. Wir mußten uns also barauf gefaßt machen, zu bem Konzil eingelaben zu werben. Das war also ein formeller Grund, weshalb die Regierung verpflichtet war, sich näher mit ber Sache zu beschäftigen und fich mit ben übrigen europäischen Regierungen ins Benehmen ju feten, bamit eine gleichmäßige haltung gegenüber bem Ronzil ermöglicht werbe. Gin zweiter Grund, weshalb die Regierung ihre Aufmerksamkeit dem Rongil zuwenden mußte, war der Inhalt der bevorftebenden Berhandlungen. Bier boten fich uns offiziose Mitteilungen aus Rom bar, in welchen die Absichten, welche von einer fehr mächtigen Partei in Rom gehegt wurden, bargelegt waren. Es waren dies die "Civiltà cattolica" und die "Laacher Blatter". Was in jenen Zeitschriften über Die Absichten enthalten mar, welche dem Konzil zugeschrieben wurden, mußte Die Regierung mit einiger Beforgnis erfüllen. Das mar ber Grund, weshalb ich mich an die andern Regierungen gewendet und auf die Gefahren aufmerksam gemacht habe, die aus solchen Beschlüffen hervorgeben konnten, und ich habe zugleich barauf angetragen, sich burch gemeinschaftliche Beratungen barüber flar zu werben, in welcher Beise man etwaigen Beschlüffen ber Art, welche Staat und Rirche in Zwiespalt zu bringen geeignet waren, entgegenarbeiten könnte. Es lag barin burchaus keine feindliche Absicht gegenüber ber Rirche. Um nun aber auf festem Boben gu stehen, wurden auch noch sowohl die theologischen als die juristischen Fakultaten zu Gutachten aufgefordert; biese find durch die Presse veröffentlicht, und sie beweisen, daß die Befürchtungen der Staatsregierung nicht unbegründet waren. Der Herr Abgeordnete Westermayer hat gefragt, was benn in der Zwischenzeit geschehen ift, um die Tätigkeit der Regierung zu rechtfertigen. Ich will Sie nicht weiter mit Ausführungen ermüben, sondern lediglich bitten, wenn die Sitzung vorüber ift, die "Allgemeine Beitung" von heute gu lesen, in der Sie das "Schoma de occlosia Christi" 1) finden. Ich glaube, baß, wer biefes Schema, welches ben Beratungen bes Konzils unterstellt werben wird, aufmerkfam durchlieft, keinen Zweifel barüber haben wird, daß hier der Reim zu einem Konflikt zwischen Staat und Kirche gegeben fein bürfte.

¹⁾ Das von dem Jesuiten Perrone versaßte "Schema de ecclesia" erneuerte, die Ansprüche der Päpste auf Oberherrschaft über Fürsten und Bölker. Friedrich, Das Batikanische Konzil, Bb. III S. 542.

Auf die Begründung des Mißtrauensvotums durch den Referenten Jörg erwiderte der Fürst am 5. Februar:

. . . Der Herr Referent hat am Anfang ber Abregbebatte gesagt: Europa blicke auf diesen Saal. Es ift richtig, meine herren, die Entscheibung, welche Sie hier treffen werben, wirb von weittragender Bedeutung fein, nicht beshalb, weil die Greigniffe unfers Ronigreichs für die Welt von so großer Wichtigkeit waren, sondern beshalb, weil ber Rampf, ber hier seit einer Boche entbrannt ift, nur einen Teil des großen Rampfs bildet, der zurzeit die Welt bewegt. Es ift der Streit der beiden Anschauungen, beren eine im mobernen Rechtsstaate und in der ganzen freis heitlichen Entwicklung der Gegenwart etwas zu Erhaltendes und zu Pflegendes erblickt und beren andre biesen modernen Staat und die ganze moderne Entwicklung perhorresziert und das Beil der Menschheit in einer Neugestaltung bes Staats auf anbern Grundlagen sucht, in einer Neugestaltung, welche durch die Kirche, und awar durch eine im absolutistischen Sinne rekonstruierte Rirche, vervollständigt und getragen wurde. In diesem Rampf eine Aenberung ber Ueberzeugungen burch Worte berbeiführen zu wollen, ware die vergeblichste aller Bemühungen. Weine Auffassung wird auch nicht beirrt durch die Versicherungen jener, welche sich frei wiffen von Abfichten, wie ich sie eben bezeichnete, auch nicht durch die glanzende Rebe eines fehr geehrten Mitglieds, welches bie Verfohnung bes Liberalismus mit der Kirche zur Aufgabe seines Lebens macht, welches aber wohl demselben Schicksal entgegengeben wirb, welches alle biejenigen getroffen bat, welche dieselben Bestrebungen hatten. Denn, meine Herren, ich kann mich bes Gedankens nicht entschlagen, daß ein Teil der Gegner nur deshalb mit ben Feinden des modernen Staats gemeinsame Sache macht, weil es biefen gelungen ift, für ihre Tenbengen jene erregte Stimmung zu benuten, in welche die Gemüter durch die Ereigniffe des Jahres 1866 gebracht worden sind. Diese Erregtheit beruht aber einesteils auf der Furcht, welche ber gegenwärtige Buftand Deutschlands einflößt, nachdem bas Band zerriffen ift, welches die deutschen Stämme bis zum Jahre 1866 zusammengehalten hat. Sie beruht ferner auf der Furcht vor den Beftrebungen derjenigen, welche ben nationalen Gebanken zum endlichen Ausbruck zu führen suchen, ohne den gegebenen Tatsachen und den Gefühlen des Bolks allseitig Rechnung zu tragen.

Ich habe mich seit drei Jahren redlich bemüht, Bayern aus diesem Zustande der Unsicherheit herauszusühren, ich habe mich bemüht, schon jetzt und gerade vor jener Zeit, wo eine Kündigung des Zollvereins stattsfinden kann, zu vertragsmäßig geordneten Zuständen zurückzugelangen. Freilich haben einzelne Redner gemeint, daß überhaupt eine vertragsmäßige Verdindung der süddeutschen Staaten mit dem Norden vom Uebel sei.

Allein das kann ich nicht als die Ueberzeugung der ganzen Partei annehmen. Denn sonst würden Ihre Versicherungen in Ziffer IV des Adressentwurfs nicht benjenigen Grad von Glaubwürdigkeit verdienen, welchen ich Ihnen, wie man es einem loyalen Gegner schuldig ist, gern zugestehe.

Sie sprechen aus, daß Sie eine nationale Verbindung der deutschen Stämme wollen und verlangen, und ich darf annehmen, daß Sie diesen Wunsch und diese Hoffnung nicht in eine nebelhafte Ferne und in eine Zeit verlegen wollen, in welcher durch ungeahnte und nicht zu erwartende Ereignisse nicht etwa bloß die Basis der Friedensverträge von 1866 beseitigt, sondern auch der ganze seit Jahrhunderten vollzogene Entwicklungsgang der deutschen Staaten in sein Gegenteil verkehrt sein würde. Wenn Sie aber, meine Herren, darauf nicht warten wollen, so gibt es nur einen Weg, diese nationale Verdindung zu erlangen, und das ist derjenige, welchen die bayrische Regierung versucht hat. Es ist der Weg, durch Verträge, also durch Akte der gleichberechtigten Staatssouveränität, eine versassungsmäßige Gemeinschaft des Südens mit dem Norden herbeizussühren . . .

Ich muß es gegenüber ben Meußerungen bes Herrn Referenten nochmals betonen, ich habe niemals, auch nicht im August 1866, 1) mich für ben Eintritt in ben Nordbeutschen Bund ausgesprochen. Der Nordbeutsche Bund war damals noch nicht abgeschloffen, und ber Herr Referent würde im Verfolg meiner Aeußerungen von damals gefunden haben, daß ich eben deshalb für die Annäherung an den Norden Deutschlands gesprochen habe, weil es damals noch nicht unmöglich gewesen ware, Bedingungen zu erlangen, mit welchen bie Gelbstänbigkeit Bayerns vereinbar gewesen mare. Sie werben vielleicht eine folche Boraussekung naiv finden, ich bitte Sie aber, nicht zu vergeffen, daß ich noch nicht Minister war und als Privatmann nicht die volle Renntnis aller tatfächlichen Berhältnisse besitzen konnte. Ich halte auch ben Gintritt in ben Nordbeutschen Bund nicht bloß für eine Frage ber Reit, wie mir ber Herr Abgeordnete Pfahler imputieren wollte. Ich habe die Grunde — und es sind nicht blog Gelbgrunde, wie berselbe Berr Redner meinte, weshalb ich die Verfassung bes Nordbeutschen Bundes nicht für die geeignete Form einer nationalen Vereinigung für uns Sübbeutsche ansehen kann — so oft und so verständlich auseinandergesett, bag es mohl genugen burfte. Aber meine Berren, bas ift boch vollkommen unmöglich, überhaupt eine nationale Berbindung zu schaffen, wenn gar teine Rechte, gar teine Gegenstände, gar teine Legislative, überhaupt gar nichts, mas bisher ber einzelne Staat für fich beforgte, kunftia gemeinsam beforgt werben foll; und ich erachte bie Selbständigkeit Bayerns baburch allerdings nicht für gefährbet, wenn es gewiffe Angelegenheiten

¹⁾ Siebe Seite 171.

einer gemeinsamen Behandlung unterstellt, bei welcher Behandlung aber allerdings — und das ift das Unterscheibende — Bapern ebenso viele Rechte hat und eine ebenso entscheibende Stimme führt wie jeder andre Staat. Ich bin nun mit bem herrn Referenten einverstanden, daß wir bie Beaufsichtigung über biese Angelegenheiten und die Gesetzgebung innerhalb berselben nicht einer Bundesbehörde übertragen sollen, wie sie an der Spike bes Nordbeutschen Bundes steht und in welcher Bapern teine andern Befugnisse hatte, als daß ihm im Bundesrate nur etwa sechs ober acht Stimmen auftanben, und wo bann im Reichstage die Minoritat von fünfzig baprischen Abgeordneten in der großen Masse der norddeutschen verloren ginge. Ich habe auch in meiner Rede vom 8. Oktober 1867 nicht gesagt. wie der Herr Referent meint, daß ich bestrebt sei, diese Rechte und Befugnisse an das nordbeutsche Parlament zu übertragen; auch ich halte die Organisation des Nordbeutschen Bundes und die dadurch bedingte Behandlungsart der Bundesangelegenheiten nicht für geeignet, die damals als gemeinsam projektierten Angelegenheiten ihr zu unterstellen. getrachtet, in jenen Berhandlungen eine vertragsmäßige Gemeinsamkeit aller ber Angelegenheiten zu erzielen, bei welcher bie einzelnen fübdeutschen Staaten als gleichberechtigte Faktoren in Behandlung dieser Angelegenheiten anerkannt worden waren. Das ist es, was meine Berhandlungen im Auge hatten, welche ich mit ben subbeutschen Staaten — benn mit bem Nordbeutschen Bunde haben gar teine Verhandlungen stattgefunden — bezüglich eines weiteren Bundes zwischen Subbeutschland und Nordbeutschland geführt babe. Und beshalb bezeichnet meine damalige Rede die anzustrebende Berbindung ausbrücklich als einen Staatenbund. Sie wissen, woran jene Berhandlungen gescheitert find. Der Bersuch ber Gründung eines sudbeutschen Staatenvereins, unter beffen Voraussetzung bie Bestimmungen ber Nifolsburger Praliminarien hinsichtlich einer nationalen Berbindung mit dem Norden Deutschlands allein zur Ausführung zu bringen wären, ist bisher nicht gelungen. Es gibt politische Situationen, in welchen ber Wille bes einzelnen Menschen, ja ber Wille eines Staats fich als unzulänglich erweift. Die Schwierigkeiten, welche fich einer befriedigenden Neugestaltung Deutschlands entgegenftellen, find burch ben Bang, welchen bie Erneuerung bes Bollvereins genommen hat, in gewiffer Beziehung vermehrt worden. Ich habe es damals versucht, die Rekonstruktion des Zollvereins auf andern, mehr föderativen Grundlagen zu erwirken. Allein meine Borschläge find in Berlin vereinzelt geblieben, und wenn wir ben Bollverein nicht aufgeben wollten, mußten wir ber neuen Form auftimmen. Damals stand ber Weg offen, auszuscheiben aus ber beutschen Gemeinschaft und eine isolierte Stellung sowohl in wirtschaftlicher als politischer Beziehung einzunehmen, es ftand ber Weg offen, uns auf uns felbst zuruchuziehen. Ich hätte einer solchen Politik nicht zustimmen können, ich war bereit, im Sommer 1867, als ich von Berlin zurückkam und bevor der Zollvertrag abgeschlossen war, mein Amt niederzulegen. Ich habe die Entscheidung Seiner Majestät dem König und dem Lande überlassen. Seine Majestät der König und das Land haben sich für Erhaltung des Zollvereins auf der von Preußen vorgeschlagenen Grundlage entschieden ausgesprochen. Damit war die Gestaltung Deutschlands in söderativer Richtung wesenlich erschwert; daß auch der Gedanke des Süddundes dadurch nicht gesördert wurde, werden Sie begreisen.

Ich konstatiere bei dieser Gelegenheit mit Vergnügen, daß auch der Herr Referent seine Ansicht bahin ausgesprochen hat, es hätte auch kein andrer als ich den Süddund zustande gebracht. Wenn der Herr Abgeordnete Greil aber verstanden hat, ich halte den Süddund nicht für ratsam, weil badurch die Selbständigkeit der einzelnen Staaten gefährdet werde, so hat der Herr Abgeordnete mich falsch verstanden. Ich habe nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Konstruierung des Süddunds deschwierigkeiten hingewiesen, welche der Konstruierung des Süddunds deschalb entgegenstanden, weil derselbe nur dann zustande kommen könne, wenn jeder der süddeutschen Staaten auf einen Teil seiner Selbständigkeit, auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechts verzichtet. Ich fügte bei, Bayern könne dieses Opfer bringen, da wir die stärkste Macht innerhalb des Süddunds sein und die gebrachten Opser durch die Stellung wieder ausgeglichen würden, welche Bayern im Süddunde einzunehmen hätte. Ich fügte dann bei, daß Württemberg und Baden auf einen solchen Verzicht einzugehen, wenig Grund hätten.

Der Herr Abgeordnete Greil will aber weber ben Bundesstaat noch ben Staatenbund, ja nicht einmal ein "Anlehnen an ben Palaft bes Nordbeutschen Bundes". Damit ift aber auch ber von mir angeftrebte weitere Bund verurteilt und die Politit des Abwartens als die eigentlich baprische Politik proklamiert. Es ist möglich, daß wir vorderhand bazu gezwungen fein werben; allein, meine herren, es gibt für uns zwei Arten bes Abwartens. Die eine besteht barin, daß wir die gegebenen Berhaltniffe offen und ruchaltlos akzeptieren und sie nicht als folche ansehen, die wieder zu zerstören wären, daß wir aufmerksam beobachten, ob und wann der Augenblick gekommen sein wird, in welchem an der großen nationalen Aufgabe mitgewirkt werben kann unter Wahrung ber Rechte und Interessen unsers engeren Baterlands, und es gibt eine andre Art des Abwartens, die barin besteht, mit Ungehulb nach dem Augenblick zu spähen, wo man bas Geichehene ungeschehen, wo man die Greigniffe rudläufig machen und Revanche für bas Erbulbete nehmen tonne. Daß, meine Herren, ich mit letterer Art bes Abwartens nicht einverstanden bin, das werden Sie begreifen, ich wurde baburch mit meiner gangen politischen Bergangenheit in Wiberspruch geraten . . .

Ich kann nicht schließen, ohne noch einem Vorwurse zu begegnen, der mir von seite des Herrn Reserenten gemacht worden ist, es ist meine vielbesprochene Rede im Bollparlament.) Ich glaube, der Herr Reserent hat nicht die ganze Rede vorgelesen, ich glaube der Schluß wurde vergessen. Der letzte Sat beginnt: "Das Vertrauen dieser hohen Versammlung wird mir die Krast geben, auszuharren" — dieser Ansang des Satzes wurde von dem Herrn Reserenten noch gelesen, aber der Schluß nicht, welcher lautet: "in dem Bestreben, sur Versändigung, Versöhnung und Eintracht der beutschen Stämme mit allen Krästen zu wirken".

Meine Herren! Ich habe diese Erklärung nicht abgegeben in einer Berfammlung eines fremben Landes, ich habe fie abgegeben in einer Bersammlung, welche auf Grund bes Bertrags vom 7. Juli 1867 in Berlin tagte, ich habe sie abgegeben in einer beutschen Bersammlung. Ich habe nicht im Sinne ber nationalliberalen Partei gesprochen, sondern ich habe meine Tätigkeit bahin bezeichnet, daß ich fur Berföhnung, Gintracht und Berftandigung der deutschen Stamme fortarbeiten werde, und insofern konnte ich mich auf meine Tätigkeit als baprischer Minister des Aeußern beziehen. Bahrlich, meine Herren, es ware weit gekommen, wenn man von Verföhnung und Eintracht beutscher Stämme nicht mehr reben konnte, ohne fich die Borwürfe eines Teils feiner beutschen Mitburger zuzuziehen. Ich bin überzeugt, daß ein andrer Minister nicht anders gesprochen hatte. Aber wie etwa ein Minister hatte sprechen muffen, ber nach dem Sinne bes Herrn Referenten gewesen ware, bas will ich Ihnen sagen; er hatte sprechen oder wenigstens benten muffen: "Dant meinen Bemühungen, bant ben Bemühungen ber Preffe meiner Partei ist es nicht möglich, von Versöhnung, Berftandigung und Eintracht ber beutschen Stamme in biefem Saale zu reben." Daß ich, meine Berren, fo nicht fprechen konnte und fo nicht gesprochen habe, barauf bin ich stolz.

Schreiben bes Königs Ludwig an ben Fürsten vom 6. Februar 1870.

Mit großem Interesse habe ich soeben die meisterhafte, in der Tat unwiderlegliche Rede, welche Sie gestern in der Zweiten Kammer gehalten haben, gelesen, und es drängt mich, noch ganz unter dem Eindruck derselben, Ihnen meine Freude und meine vollste Anerkennung hierüber aus ganzem Herzen auszusprechen.

Möge es Ihren bestimmten und beredten Worten gelingen, die letten Nebel des leider immer noch nicht ganzlich verscheuchten Mißtrauens zu bannen.

¹⁾ Siehe Seite 369.

Mögen Sie ausharren in Ihrem ehrenvollen Amte, getragen von dem Bewußtsein meines unerschütterten Vertrauens und mich nicht durch Ihr Ausscheiden in die Gefahren eines etwaigen Systemwechsels mit seinen unausbleiblich unheilbringenden Folgen stürzen. Indem ich Ihnen und der Fürstin meine freundlichsten Grüße sende, bleibe ich mit bekannten Gesinnungen

Ihr fehr geneigter Ronig

Ludwig.

Der das Mißtrauensvotum enthaltende Satz der Abresse wurde am 10. Februar mit 77 gegen 62 Stimmen angenommen.

Fürft Hohenlohe an ben Prinzen Otto von Bayern. München, 12. Februar 1870.

Durchlauchtigster Pring! Gnäbigster Herr!

Eure Königliche Hoheit wollen mir gnädigst gestatten, in nachstehendem eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, in welcher nur Eure König-liche Hoheit die nötige Aufklärung geben können.

In einer Nummer der "Donauzeitung" vom 9. d. M. finde ich folgende Stelle: "Die "Kölnische Bolkszeitung' berichtet: Man erzählt sich vom Prinzen Otto, derselbe sei mit dem Vorsatze in die Kammer gekommen, seine Stimme gegen die Adresse abzugeben; allein vor Beginn der Situng habe ein andrer Prinz des königlichen Hauses ihn in einem Nebenzimmer von Aktenstücken Einsicht nehmen lassen, die beweisen sollen, das Ministerpräsident von Hohenlohe sich dem Grasen Vismarck gegenüber zu Dingen engagiert habe, die der Selbständigkeit Bayerns Gefahr bringen müßten."

Eure Königliche Hoheit werden mit mir einverstanden sein, daß dieser Artikel die schwerste Anschuldigung enthält, die gegen einen bayrischen Minister erhoben werden kann, und daß ich verpflichtet bin, solchen Gerüchten entgegenzutreten. Ich erlaube mir daher, Eure Königliche Hoheit ehrfurchtsvoll zu bitten, mir gnädigst sagen zu wollen, ob irgendein Borkommis Veranlassung zu obigem Gerüchte geben konnte oder ob die ganze Sache eine gewöhnliche Ersindung ist.

Pring Otto von Bayern an ben Fürsten Sohenlohe. Gure Durchlaucht!

In Beantwortung Ihrer Zeilen vom 12. d. freue ich mich, Eurer Durchlaucht versichern zu können, daß jener Artikel nur lügenhafte Angaben enthält, und ermächtige Eure Durchlaucht, von dieser meiner Ausgaben dass den dass bestendes, ventwardigteten. 1 28*

sage im Falle einer Dementierung obigen falschen Gerüchtes Gebrauch zu machen.

Bugleich füge ich ben Ausbruck meiner ausgezeichnetsten Hochschung bei und verbleibe

Gurer Durchlaucht

freundlich geneigter

Otto.

München, 18. Rebruar 1870.

Journal.

Ministerrat am 13. Februar 1870.

Bur Besprechung der Lage traten heute um 11 Uhr die Minister zussammen. Ich eröffnete die Sitzung mit dem Bemerken, daß wohl alle Herren mit mir einverstanden sein würden, daß ich nicht bleiben könne. Ich hätte indessen nicht vorgehen wollen, ohne die Rollegen davon in Kenntnis zu sehen.

Pfretichner war damit einverstanden und hob in seinem Botum hervor, daß die Rammer der Abgeordneten den übrigen Ministern kein Mißtrauensvotum gegeben habe.

Schlör begann damit, zu sagen, er würde an meiner Stelle nicht einen Tag länger in diesem Ministerium bleiben. Was die übrigen Minister betreffe, so habe er sich die Sache reislich überlegt. Ein Entlassungszgesuch ihrerseits sollten sie nicht einreichen, das sei ein abgenutztes Mittel. Dagegen schlage er vor, daß die übrigen Minister gleichzeitig mit meinem Entlassungszgesuch ein Memorandum an den König einreichen sollten, in welchem sie ihre Anschauung von der Lage der Dinge darstellen müßten.

Pranch hielt diesen Weg nicht für korrekt. Die Stellung der übrigen Minister werde nach meinem Rücktritt unhaltbar. Alle müßten zugleich ihre Entlassung einreichen und abwarten, ob bei einer Neubildung einer ober der andre wieder eintreten könne. Er begründete seine Ansicht durch Hinweis auf die Haltung der Kammer der Reichsräte.

Lut fagt: Was die Entschließungen des Fürsten Hohenlohe betrifft, so muß ich sie ihm allein überlassen. Will der Fürst bleiben, so bleibe ich mit ihm. Gine Entlassung einzureichen und dann wieder zu bleiben, sei eine Komödie.

Nach längerem Hin- und Gerreben fand wieder ein Umschwung der Meinung statt, und es wurde anerkannt, daß man doch nicht wohl ohne mich bleiben könne.

Schließlich wurde beschloffen, sich die Sache allseitig noch einmal zu überlegen. Ich erklärte übrigens, daß ich nicht bleiben könne. Ich sei in einer andern Lage, mit zwei Mißtrauensvoten könne kein Minister bleiben u. s. w.

Fürst Hohenlohe an famtliche Minister mit Ausnahme des Kriegsministers.

München, 14. Februar 1870.

Eurer Erzellenz

beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß ich nach Rücksprache mit Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister und nachdem derselbe die Bedenken, welche er im gestrigen Ministerrate gegen mein einseitiges Vorgehen erhoben hatte, fallen gelassen hat, mich entschlossen habe, noch heute mein Entlassungsgesuch Seiner Majestät zu überreichen. Ich habe mich zu diesem Schritte auch aus dem Grunde veranlaßt gesehen, daß ich heute Abend von Seiner Majestät empfangen werde und es mir notwendig erschien, daß Seine Majestät vorher schon die Motive in Händen habe, welche mich zu der fraglichen Bitte zwingen.

Un Rönig Ludwig.

Die Hoffnung, welche Gure Ronigliche Majeftat in Allerhöchstberen Handschreiben vom 6. d. M. an mich auszusprechen geruhten, daß es gelingen mochte, bas Mißtrauen zu beseitigen, welches gegen mich besteht, ift leider unerfüllt geblieben. Die Partei, welche nach bem Ausfalle ber Wahlen die Mehrheit in der Rammer der Abgeordneten bilbet, ift trot aller Mube nicht zu überzeugen gewesen, bag ihr Diftrauen unbegrundet ift. Die gefetlichen Vertreter des Landes haben sich in ihrer Mehrheit gegen mich ausgesprochen, und so stebe ich zwei Beschluffen ber beiden Rammern des Landtags gegenüber, welche die entschiedene Absicht bekunden, meine fernere Tätigkeit im Minifterium unmöglich zu machen. Diefes Migtrauen mag auf vorgefaßten irrigen Meinungen ober auf Ginwirtung von außen beruhen, Tatsache ift, daß beibe Körperschaften, mit welchen die Regierung das Wohl des Landes zu beraten hat, eine feindfelige Stellung gegen mich genommen haben. Ich bin Eurer Röniglichen Majeftat für die Feftigkeit, mit welcher Allerhochstdieselben mich bisher ju unterftugen bie Gnabe hatten, aus tiefftem Bergen bantbar. eben diese Dankbarkeit und die treue Anhänglichkeit an Gure Majestät legten mir die Pflicht auf, mit mir zu Rate zu geben, ob ich einen weiteren Anspruch auf die Unterftutung Gurer Roniglichen Majeftat erheben barf, ohne Gure Rönigliche Majeftat ben ernsteften Gefahren preiszugeben. Die, folange die bayrifche Verfaffung befteht, haben fich die Monarchen Bayerns vom konstitutionellen Wege entfernt. Selbst nach ben fturmischen Ereigniffen bes Jahres 1848, wo zur Wieberherstellung geordneter Rechtszuftande in fast allen Staaten Europas Ottropierungen ober Staatsstreiche stattfanden, hat sich Bayern nicht auf diesen Weg brangen laffen. diefer Tatfache wurzelt neben der angeborenen Anhänglichkeit das tiefe

Bertrauen, welches das bayrische Bolt in seine Dynastie sett. Ich kann Eurer Königlichen Majestät nicht raten, einen andern Weg einzuschlagen, welcher das Bertrauen des Bolks in Eure Königliche Majestät vermindern und Allerhöchstdieselben, wenn auch nicht mit Notwendigkeit, doch mögslicherweise zu gewaltsamen Schritten sühren könnte.

Eure Rönigliche Majestät würden bamit einer um so größeren Gefahr entgegengeben, als sich in nicht zu ferner Zeit gewaltsame Umwälzungen in Frankreich und vielleicht auch in andern europäischen Staaten vorausfeben laffen. Trafe eine folche Zeit mit einer Beunruhigung bes Königreichs zusammen, welche in dem Umftand Nahrung fande, daß den konstitutionellen Rechten zuwidergehandelt worben ift, fo murbe bie Bewegung sich nicht mehr gegen bas Ministerium, sondern gegen die Allerhöchste Berson Eurer Königlichen Majestät felbst richten. Giner solchen Eventualität durfen Gure Ronigliche Majeftat nicht ausgesetzt werden. Ich erlaube mir ben ehrfurchtsvollen Rat, Gure Majeftat wollen sich in ben konftitutionellen Formen eine ftets bereite Sandhabe erhalten, um die Beruhigung des Landes nach der einen oder der andern Richtung herbeizuführen. In biefer Erwägung und lediglich im allerhöchsten Intereffe Eurer Königlichen Majestät mage ich baber bie alleruntertänigste Bitte, mich von bem mir allergnäbigst übertragenen Amte entheben gu wollen. Ich bin bereit, die Geschäfte des Ministeriums fortzuführen bis es Eurer Königlichen Majeftat gelungen fein wird, ben Eurer Königlichen Majestät geeignet erscheinenden Nachfolger zu finden.

Journal.

München, 14. Februar 1870.

Um 3 Uhr schickte ich mein Entlassungsgesuch an den König. Um $^{1}/_{2}$ 7 Uhr ging ich in die Residenz. Der König empsing mich sehr liebenswürdig, bedauerte die Lage der Dinge und daß es soweit gekommen sei, schien aber wohl einzusehen, daß ich nicht anders habe handeln können. Er war über die Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten sehr wohl unterrichtet, zitierte Stellen aus meiner Rede und sprach seine Entzüsstung über die "Patrioten" aus. Er meinte, es sei eine Schwäche, nachzugeben, und bestritt meine Aufsassung. Ich suchte ihm zu beweisen, daß ich nur in seinem Interesse handle, indem ich ihn nicht in eine Lage verzsetze, entweder nachzugeben oder zu einem Staatsstreich zu kommen. Ich sagte, daß er vollkommen in seinem Recht gewesen sei, der Kammer der Reichsräte sein Mißfallen zu erkennen zu geben, daß aber der Beschluß der gewählten Vertreter des Landes eine andre Vedeutung habe und das Verbleiben eines Ministers, dem die Kammer so seindlich gegenüberstehe, zu übeln Folgen sühren könne. Er protestierte dagegen, daß er unkon-

stitutionell versahren wolle, kam aber immer wieder darauf zurück, daß in meiner Entlassung eine Schwäche und ein Nachgeben liege. Er fragte mich, wen er denn nehmen solle, und ich nannte ihm Bray. Ultramontane Minister und insbesondere Thüngen will er um keinen Preis. Es wurde dann noch viel hin und her geredet über Konstitutionalismus, absolute Monarchie u. s. w. Schließlich fragte er mich, ob ich nicht die Geschäfte vorläusig noch fortsühren wolle, was ich bejahte. Beim Nachhausegehen begegnete ich Hörmann, der mir bestätigte, daß ich vollkommen recht getan habe und daß vorläusig an eine Versöhnung zwischen mir und der Patriotenpartei nicht zu denken sei.

München, 17. Februar 1870.

Werthern teilte mir im Auftrage bes Grafen Bismarck folgendes mit: Bis auf die neueste Zeit habe es ihm zweckmäßig geschienen, daß ich abginge. Ich würde, habe er gemeint, mich nur in kleinen Streitigkeiten aufreiben und sei dann nicht mehr fähig, bei großen Aktionen mitzuwirken.

Seitdem sich aber der König mit solcher Entschiedenheit in den Bordergrund gestellt habe, bedürse es nicht mehr des Experiments, welches mein Rückritt zur Folge habe, um den König zu überzeugen, daß er mit der ultramontanen Partei nicht regieren könne. Diese Ueberzeugung habe der König. Wenn Werthern sage, er wisse nicht, wie weit und in welchen Schritten mich der König unterstüßen werde, so liege dies doch nur in meiner Hand. Der Kampsplatz sei geöffnet, ich brauche daher nur anzusangen. Als Mittel des Kampses bezeichnet Bismarck die Auslösung der Rammer der Abgeordneten und einen Pairsschub.

Ferner teilt mir Werthern ein langes Exposé über das Hospiz bell'Anima in Rom mit. Nach einem Breve von 1859, welches infolge einer Enquete erlassen wurde, blieb Oesterreich im Besitz des Protektorats jener Anstalt. Preußen sindet dies "nach Königgrätz und Prag" ganz unzulässig und will dieses Protektorat Oesterreich streitig machen. Er fragt, ob ich von der Sache Kenntnis habe, wie ich es ansehe, und ob Bayern geneigt sei, sich den Schritten anzuschließen, die Preußen im allgemeinen deutschen Interesse zu tun beabsichtige. Ich erwiderte, daß mir die Berbältnisse der Anima nicht undekannt seien, daß ich aber die Sache sür ernst hielte, da gleichzeitig Oesterreich und der Jesuitenorden verletzt würden, und daß ich erst Tausstrichen zum Bericht aufsordern müsse u. s. w., ehe ich mich weiter erkläre.

Aus einem Briefe Döllingers an den Fürsten. München, 21. Februar 1870.

Die Lage wird immer ernster und brohender. Gben kundigt bie "Donauzeitung" an, bag neben Retteler und Melchers auch unser Herr Erz-

1

bischof zu den Infallibilisten übertreten wolle. Sehr möglich, da er unter dem Einflusse seines Setretärs Ragerer steht, dessen Gesinnung allgemein bekannt ist.

Das Rettungsmittel ware ein gemeinschaftliches Borgeben ber Mächte, Frankreichs vor allem, Desterreichs, Bayerns. Aber bazu, fürchte ich, ift keine Aussicht.

Angesichts des Schoma do occlosia erscheint jedenfalls die von Eurer Durchlaucht im Sommer ergriffene Initiative vollständigst gerechtsfertigt.

Ich selber hatte noch vor einigen Monaten so etwas nicht für möglich gehalten.

Rönig Ludwig an den Fürsten Hohenlohe.

München, 7. März 1870.

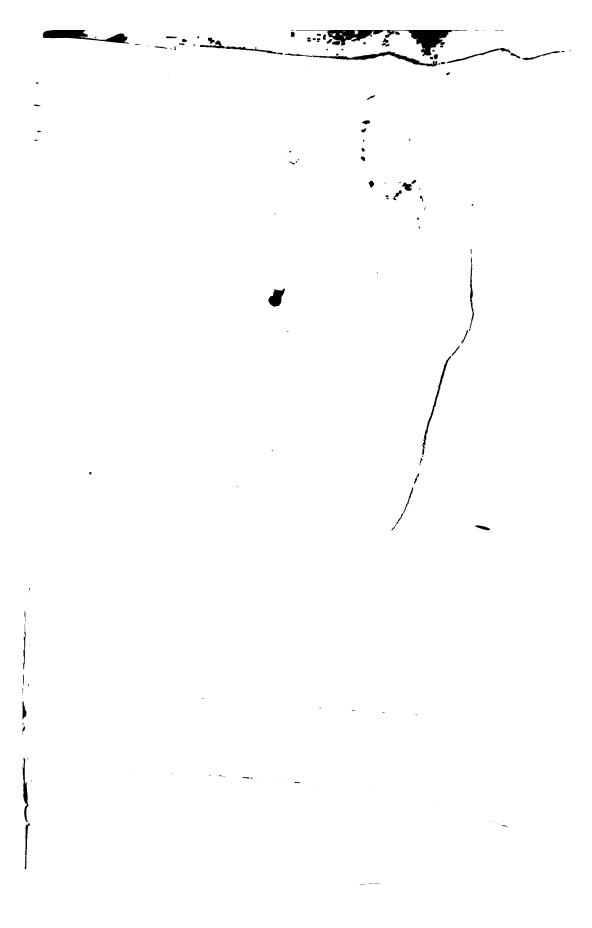
Mein lieber Fürft!

Sie haben wiederholt an mich die Bitte um Enthebung als Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußern gebracht. Nach einzehender Prüfung der Verhältnisse habe ich in Würdigung der von Ihnen vorgebrachten persönlichen Motive diesem Ihrem Gesuche heute Folge gegeben. Indem ich Ihnen dies eröffne, fühle ich mich gedrungen, Ihnen sie opserwillige Hingebung und bewährte Treue, wodurch Ihre Amtssührung ausgezeichnet war, mit vollstem Herzen meine Anerkennung auszusprechen. Dieser Anerkennung tatsächlichen Ausdruck zu verleihen, habe ich Sie, mein lieber Fürst, in die Zahl der Kapitulare meines Rittersordens vom heiligen Hubertus aufgenommen. Indem ich Ihnen die ersneute Versicherung meines freundlichen Wohlwollens erteile, verbleibe ich fortan

Ihr sehr gewogener König

Ludwig.

Enbe bes erften Banbes.



\$

-				
	•			

	1
	1
	İ
	ļ
	!
•	
·	

•	

